Immental [illegible] ... [illegible]

1. A. 94 – 98. [illegible]

185 – 198. [illegible]
[illegible]
[illegible]

[illegible] Abg Moritz an Pfalz [illegible] Abg Lindner

A. 214. 218.

LZ 88
3. Exemplar.
Sep.

Verhandlungen

des

Landtages des Fürstenthums Lippe

vom

December 1877 bis Juni 1878.

Aus den Landtagsakten zusammengestellt.



Detmold,
gedruckt in der Meyer'schen Hofbuchdruckerei
(Gebr. Klingenberg.)

LANDES-BIBLIOTHEK
DETMOLD

Inhaltsübersicht.

Seite

I. Landesherrliche Propositionen.

1. Die Feststellung des Landkassen-Etats für die Jahre 1878 und 1879 betr. I
2. Den Erlaß: 1. eines Gesetzes bezüglich des Eigenthumserwerbes an Grundstücken und deren dinglicher Belastung; 2. eines Gesetzes bezüglich einer Grundbuch-Ordnung betr. LXXI
3. Den Entwurf des Gesetzes wegen Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer betr. CXXXVII
4. Gesetz-Entwurf, die Vermarkung der Bezirksgrenzen und der Grenzen der Eigenthumsstücke bei der Landesvermessung betr. . . . CLXXIV
5. Den Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Einführung des Gesetzes über den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung und des Gesetzes bezüglich einer Grundbuchordnung . . . CLXXVIII
6. Die Einführung einer Gewerbesteuer betr. CXCIII
7. Die Abtretung der Gerichtsbarkeit der Stadt Detmold an die Regierung vom 1. Januar 1878 ab betreffend CCXLVI
8. Die definitive Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer betr. CCXLIX
9. Die organische Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium in Detmold betr. CCLV
10. Die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Wegbau-Verwaltung betr. CCLVII
11. Die Abänderung des § 35 des Gesetzes über den Civilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 hinsichtlich des Betrages der Pensionen betr. . CCLXI
12. Erlaß eines Gesetzes, den Betrieb der Dampfkessel betr. . . CCLXV
13. Die Gehalte der Staatsbeamten betr. CCLXXIII

14. Den Erlaß eines Gesetzes wegen Zusammenlegung der Grundstücke betr. Seite CCXV

15. Die Aufnahme einer Anleihe behufs Ausführung des Gesetzes vom 12. Sept. 1877 über die Entschädigungen für die vom 1. Januar 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen betr. . CCCXVII

16. Die Errichtung einer neuen Hauptlehrerstelle an der Bürgerschule in Detmold betr. CCCXXI

17. Erlaß einer Verordnung, das Auftreten des Colorado-Käfers betr. CCCXXIII

18. Erlaß eines Gesetzes, die Pensionirung der Gendarmen betr. . CCCXXIX

19. Den Beitritt des hiesigen Landes zu dem Uebereinkommen zwischen Preußen, den Thüring. Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Bremen und Hamburg wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei CCCXXXII

20. Den zwischen der hiesigen und der Königlich Preußischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag wegen Anlage einer Eisenbahn von Herford nach Detmold betr. CCCXLIX

II. Das Landtagsprotokoll . . 1 — 220

Proposition,

betreffend die Feststellung des Landkassen-Etats für die Jahre 1878 und 1879.

Auf gnädigsten Befehl des Durchlauchtigsten Fürsten wird dem Landtage hierneben der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Landcassen-Etats für die Jahre 1878 und 1879 zur verfassungsmäßigen Berathung und Beschlußfassung zugestellt.

Nach den Vorschriften im § 25 der Verordnung vom 6. Juli 1836, die landständische Verfassungs-Urkunde betr., und im § 8 des Gesetzes vom 3. Juni 1876, die Zusammensetzung des Landtages und die Ausübung der Rechte desselben betreffend, soll die Einberufung des Landtages alle zwei Jahre erfolgen, und eine Zusammenberufung in kürzerem Zeitraume von dem Bedürfnisse abhängig sein. Diesen Vorschriften entspricht es, daß der Etat der Landcasse jedes Mal für eine zweijährige Periode dem Landtage vorgelegt wird, wie dieß früher die Regel bildete. Der Staatsregierung erscheint es erforderlich, daß auch in Zukunft wieder in gleicher Weise verfahren werde, und es ist deshalb der jetzt dem Landtage unterbreitete Etat der Landcasse für eine zweijährige Periode, die Jahre 1878 und 1879, aufgestellt worden.

Die etwa im Laufe derselben eintretenden Veränderungen werden durch Nachtrags-Etat festzustellen sein.

Die Positionen des vorliegenden Etats schließen sich soviel wie möglich an diejenigen des Etats von 1877 an und haben nur da Veränderungen erlitten, wo solche sich als durchaus nothwendig herausstellten. Hinsichtlich dieser Abweichungen finden sich die bezüglichen Erläuterungen im Etat selbst, auf welche deshalb Bezug genommen wird.

Hier wird im Einzelnen noch Folgendes bemerkt:

Im Titel V 2 der Ausgabe sind die Mittel zur Anstellung eines neuen Gendarmen in Ansatz gebracht, deren Bewilligung schon dem letzten Landtage proponirt, von ihm aber abgelehnt worden ist.

Die Staatsregierung muß aber an der Nothwendigkeit der Vermehrung der Zahl der Gendarmen festhalten. Seit Einführung der Freizügigkeit und Abschaffung der Pässe, seit der mit der großen Handelskrisis verbundenen Einstellung der Thätigkeit der Fabriken, hat sich die Zahl der Landstreicher im hiesigen Lande von Jahr zu Jahr erheblich gesteigert. Durch die Eröffnung der Hannover-Altenbekener Bahn und der mit dieser in Verbindung stehenden Löhne-Hameln-Vienenburger Bahn ist das Gebiet, aus welchem Landstreicher mit Leichtigkeit in das hiesige Land gelangen können, bedeutend erweitert; es steht zu erwarten, daß durch die Anlage der in Aussicht stehenden Herford-Detmolder Bahn dieser lästige Zuzug sich noch fühlbarer äußern wird. Hierzu kommt, daß seit der Fertigstellung des Hermannsdenkmals der Fremdenverkehr auf allen zu demselben von den verschiedenen Eisenbahnen führenden Wegen und Straßen sich in kaum erwarteter Weise gesteigert hat. Unter diesen Fremden befindet sich aber auch eine bedeutende Anzahl von Personen,

welche einer strengen Aufsicht bedürfen, wenn nicht Excesse der unangenehmsten Art die Ordnung gefährden sollen.

Auch auf dem Gebiete der Gewerbepolizei wird die Thätigkeit der Gendarmen in erhöhtem Maße in Anspruch genommen, indem die seit dem Erlaß der Gewerbeordnung eingetretene Zunahme der Wirthschaften auch eine vermehrte Controle erfordert, insbesondere auch mit Rücksicht auf die zum Gastwirthschaftsbetriebe bestimmten Locale und deren Einrichtung, damit diese stets in einem den Anforderungen des Gesetzes entsprechenden Zustande erhalten bleiben. Ferner haben die Gendarmen den Gewerbebetrieb im Umherziehen, welcher sich im hiesigen Lande erst seit dem eben erwähnten Zeitpunkte entwickelt und insbesondere in den letzten Jahren eine große Ausdehnung gewonnen hat, zu überwachen, wodurch ihre Zeit ebenfalls bedeutend in Anspruch genommen wird. Wie sehr sich die Thätigkeit der Gendarmen gesteigert hat, ergiebt sich am Besten aus der folgenden Zusammenstellung. Es wurden von ihnen zur Anzeige gebracht: im Jahre 1871 — 91 Verbrechen und Vergehen, im Jahre 1876 — 119, im Jahre 1871 — 338 Uebertretungen, im Jahre 1876 — 818, in Haft genommen 1871 — 387 Bettler und Landstreicher, im Jahre 1876 deren 525.

Außerdem kommt noch in Betracht, daß die Gendarmen zum Transport der condemnirten Verbrecher in auswärtige Anstalten benutzt und zum Transport der im Lande aufgegriffenen Verbrecher an auswärtige Behörden verwandt werden müssen.

Alle diese Umstände lassen schon an und für sich eine Vermehrung der Zahl der Gendarmen als nothwendig erscheinen, im Laufe der Jahre ist aber noch ein besonderer Grund hinzugetreten, welcher für die hier in Rede stehende Maßregel spricht. Es ist dies das hohe Lebensalter einer größeren Anzahl

der Gendarmen, welches veranlaßt, daß dieselben körperlich nicht mehr im Stande sind, den bedeutend gesteigerten Anforderungen des Dienstes ausreichend zu genügen. Zwei der Gendarmen stehen im 68., einer im 63., drei im 60. und zwei im 59. Lebensjahre. Männer in einem solchen vorgeschrittenen Lebensalter können nicht mehr eine derartige körperliche Anstrengung aushalten, wie solche für einen Patrouillenbezirk erforderlich ist, welcher nach den Kräften eines Mannes zwischen 30 und 40 Jahren bemessen ist. Dann müssen die älteren Gendarmen wegen chronischer rheumatischer Leiden und sich daraus bildenden acuten Krankheiten oft für längere Zeit gänzlich vom Dienste dispensirt werden. Da in solchen Fällen eine anderweitige Vertretung wegen Mangels an disponiblen Kräften unmöglich ist, so muß die Mitüberwachung des betreffenden Patrouillenbezirks den nächststationirten Gendarmen übertragen werden, so daß dann meistens drei Bezirke die Uebelstände einer nicht ausreichenden Ueberwachung zu tragen haben. Will man also nicht auf den Zweck der Gendarmerie überhaupt, die Ordnung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, verzichten, so muß entweder die Ausdehnung einiger Bezirke durch Einschieben einer neuen Station verringert werden, oder es müssen mehrere Pensionirungen älterer Gendarmen und ein Ersatz derselben durch frische Kräfte stattfinden. Die Staatsregierung glaubt sich für die erste Alternative aussprechen zu müssen. Es gewährt diese Einrichtung den Vortheil, daß im Falle der Erkrankung eines Gendarmen ein Ersatz gestellt werden kann, ohne daß eine Vergrößerung der jetzt bestehenden Patrouillenbezirke sich erforderlich macht. Ferner wird durch eine Verkleinerung der letzteren ermöglicht, die Kräfte der älteren Gendarmen dem Dienste zu erhalten. Im anderen Falle würde eine Pensionirung verschiedener älterer Gendarmen eintreten müssen und hierdurch der Staatscasse eine nicht unerhebliche Ausgabe erwachsen. —

Der von dem Landtage gestellte Antrag, daß die an die Städte zu entrichtende feste Rente zu 1074 M. 89 Pf. durch Compensation mit der nach dem Einnahmetitel I 6 C von den Städten zu zahlende Geldrente zu 856 M. 67 Pf., sowie durch Zahlung des nach der überschießenden Rente zu berechnenden Kapitals ausgeglichen werde, hat nicht zur Ausführung gebracht werden können, theils weil die betreffenden Städte selbst die Ausgleichung ablehnten, theils weil die ganze Angelegenheit mit der städtischen Patrimonialgerichtsbarkeit in so enger Verbindung steht, daß erst bei dem demnächstigen Uebergang der letzteren an den Staat eine definitive Regelung als möglich erscheint.

Eine Gleichstellung der Gehalte einiger älterer Armenärzte mit denjenigen der jüngeren, welche vom Landtage gewünscht wird, hat im vorliegenden Etat nicht stattgefunden, weil in Zukunft ebenso die Kosten der ärztlichen Behandlung der Armen, wie sämmtliche übrigen Aufwendungen für die Armenpflege, nachdem die bevorstehende neue Organisation der Gemeinden und in Folge dessen auch der Ortsarmenverbände eingeführt, von diesen letzteren zu tragen sein werden, und dieserhalb eine Aenderung in den bestehenden Gehaltsverhältnissen als nicht zweckmäßig erscheint.

Wird die Ausgabe mit der Einnahme verglichen, so ergiebt sich für das Jahr 1878 bei einer Einnahme von 838,674 Mark 38 Pf. und einer Ausgabe von 880,130 M. 27 Pf. ein Deficit von 41,455 M. 89 Pf., für das Jahr 1879 bei einer Einnahme von 838,448 M. 78 Pf. und einer Ausgabe von 877,082 M. 27 Pf. ein Deficit von 38,633 M. 49 Pf.

In welcher Weise dieses letztere zu decken ist, kann nicht eher festgesetzt werden, als bis der Landtag über die beiden ihm nochmals zugehenden Gesetzentwürfe, betreffend die Einführung einer Gewerbesteuer und die Einführung

einer allgemeinen Gebäudesteuer, einen Beschluß gefaßt hat. Es erscheint deshalb nothwendig, im § 2 des Gesetz-Entwurfs die Bestimmung über die Beschaffung der zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahme und Ausgabe erforderlichen Mittel einem besonderen Gesetze vorzubehalten.

Gesetz-Entwurf,

betreffend die Feststellung des Landcassen-Etats für die Jahre 1878 und 1879.

Von Gottes Gnaden Wir Günther Friedrich Woldemar, Regierender Fürst zur Lippe ꝛc. verordnen mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

§ 1.

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Etat der Landcasse für die Jahre 1878 und 1879 wird

	pro 1878	pro 1879
in Einnahme auf	838,674 M. 38 Pf.,	838,448 M. 78 Pf.
in Ausgabe auf	880,130 M. 27 Pf.,	877,082 M. 27 Pf.

festgestellt.

§ 2.

Ueber die Deckung des die Einnahme übersteigenden Betrages der Ausgabe von 41,455 M. 89 Pf. für das Jahr 1878, und von 38,633 M. 49 Pf. für das Jahr 1879 wird durch ein besonderes Gesetz Bestimmung getroffen werden.

Detmold, den

Etat der Landkasse

für

die Jahre 1878 und 1879.

Tit.	Einnahme.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
I.	**Finanz-Verwaltung.**							
	1. Domainen und Klostergüter.							Ad. I. 3. C. Durchschnittlicher Ertrag aus d. letzten drei Jahren, nach Absetzung einiger nicht regelmäßig wiederkehrend hohen Posten.
	2. Forsten.							
	3. Directe Steuern.							
	A. Grundsteuer und Huschatz	147000	—	147000	—	147000	—	
	B. Gebäudesteuer (Kottenabgaben) . . .	2100	—	2100	—	2100	—	ad I. 3 F. Die Steuer vom Gewerbe im Umherziehen ist im laufend. Jahre weit hinter d. Voranschlage trotz der erhöhten Sätze zurückgeblieben und wird wahrscheinlich in d. folgend. Jahren sich noch mehr vermindern.
	C. Classensteuer und classificirte Einkommensteuer	330000	—	330000	—	330000	—	
	D. Schulsteuer	42000	—	42000	—	42000	—	
	E. Erbschaftssteuer . . .	20000	—	7500	—	7500	—	
	F. Gewerbesteuer	16000	—	13000	—	13000	—	
	G. Sonstige Einnahmen.							
	4. Indirecte Steuern:							
	A. Stempelsteuer:							
	1. Von der Reichs-Hauptkasse	900	—	150	—	150	—	ad. I. 4 A. I. Die Mindereinnahme ist Folge d. Minderertrags an Wechselstempelsteuer.
	2. Von den Verwaltungsbehörden . . .	—	—	400	—	400	—	
	B. Landstraßen:							
	1. Chausseegelder	44730	—	44039	—	44039	—	
	2. Holz und Obst . . .	1000	—	1000	—	1000	—	ad. I. 4. B. S. Special-Etat Nr. 1.
	3. Sonstige Einnahmen	36	—	36	—	36	—	ad. I. 4. C. Nach dem Ergebniß der Rechnung von 1876.
	C. Niederlage-Gelder . .	30	—	10	—	10	—	
	Latus	603796	—	587235	—	587235	—	

Tit.	Einnahme.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	Transport	603796	—	587235	—	587235	—	
	D. Strafgeld. aus Zoll- u. Steuer-Vergehen . .	50	—	37	—	37	—	ad. I. 4. D. Desgleichen.
	E. Sonstige Einnahmen							
	5. Ueberschüsse aus den Landes-Credit-Anstalten:							
	A. Leihecasse	10500	—	10500	—	10500	—	ad. I. 5. B. Es kommen 6000 Mark in Zugang.
	B. Sparcasse	9000	—	15000	—	15000	—	
	C. Unterstützungscasse .	2550	—	—	—	—	—	ad. I. 5. C Der Zuschuß aus der Unterstützungscasse ist zufolge des Landtagsabschiedes in Wegfall gekommen.
	6. Geldrenten:							
	A. Für Abtretung der mitlandesherrlichen Rechte über Lippstadt	27360	—	27360	—	27360	—	
	B. Von Fürstl. Landrentei	15000	—	15000	—	15000	—	ad. I. 6. C. Ein Theil der von der Stadt Detmold gezahlten Rente kommt möglicher Weise in Folge des § 1 des Gesetzes, betr. die Entschädig. ausschließlich. Gewerbeberechtigungen vom 12. Septbr. 1877 in Wegfall.
	C. Von 6 Städten . . .	856	67	856	68	856	68	
	7. Allgemeine Kassenverwaltung:							
	A. Eingehende Activ-Capitalien.							
	1. Von den an Reservisten und Landwehrleute gewährten Beihülfs-Darlehen	960	—	930	—	930	—	
	2. Von sonstigen Activ-Capitalien.							ad. I. 7. S. Anl. Nr 4.
	Latus	670072	67	656918	68	656918	68	

Tit.	Einnahme.	1877. M.	1877. ₰	1878. M.	1878. ₰	1879. M.	1879. ₰	Bemerkungen.
	Transp.	607072	67	656918	68	656918	68	
	B. Zinsen von Activ-Capitalien:							
	1. Von den Beihülfs-Darlehen der Reservisten und Landwehrleuten	100	80	75	20	49	60	
	2. Von den übrigen Activ-Capitalien . .	73323	50	76455	—	76455	—	
	3. Von der verfallenen Eisenbahn-Caution in den deponirten Werthpapieren im Nominalbetrage zu 450,000 Mark.							
	C. Anleihen.							
	8. Verschiedene sonstige Einnahmen.							
	Tit. I.	743496	97	733448	88	733423	28	

Tit.	Einnahme.	1877. M	₰	1878. M	₰	1879. M	₰	Bemerkungen.
II.	**Verwaltung für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.**							ad II. 1. Nach der Rechnung von 1876.
	1. Bergwerks-Abgaben.	70	—	48	—	48	—	
	2. Bauverwaltung.							
	A. Vermiethung von Gebäuden.							ad II. 2. B. Die 6jährige neue Verpachtung ergiebt nur den in Ansatz gebrachten Ertrag.
	B. Verpachtung von Grundstücken	256	50	208	50	208	50	
	C. Verkauf von Gebäuden							ad II. 3. Nach der Rechnung von 1876.
	D. Verkauf von Grundstücken.							
	E. Sonstige Einnahmen.							ad III. 2. Hierunter sind auch begriffen die Dispensationsgebühren von Ehehindernissen, welche bisher unter V. 3 der Einnahme verrechnet wurden. Die Einnahme der Regierungs-Sportelncasse haben sich durch die seit 1. Juli 1877 hinwegfallenden Patentgebühren verringert.
	3. Einnahme der Eichungsämter	20	—	10	—	10	—	
	4. Verschiedene sonstige Einnahmen.							
	Tit. II.	346	50	266	50	266	50	
III	**Landes-Verwaltung.**							
	1. Verkauf der Gesetzsammlung und der Karte von Lippe . .	60	—	60	—	60	—	
	2. Sporteln und Gebühren der Verwaltungsbehörden	600	—	1200	—	1200	—	
	3. Sonstige Einnahmen.							
	Tit. III.	660	—	1260	—	1260	—	

Tit.	Einnahme.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
IV.	**Justiz-Verwaltung.**							ad IV. 1. Die Vermehrung ergiebt sich durch Hinzutritt der Sporteln des Stadtgerichts zu Detmold. ad IV. 3. Nach der Rechnung von 1876.
	1. Gerichtskosten, Stempelgebühren u. Strafgelder	90000	—	98000	—	98000	—	
	2. Sonstige Strafgelder	2100	—	3000	—	3000	—	
	3. Sonstige Einnahmen							
	Tit. IV.	92100	—	101000	—	101000	—	
V.	**Verwaltung des Innern.**							ad 3. Die Zuschüsse der Eingesessenen zu Lieme für die Gendarmen zu 81 M, sowie der Eingesessenen zu Hörstmar zu 45 M fallen vom 1. Octb. 1877 an fort. Die Einnahmen an Dispensationen sind III. 2. der Einnahme verrechnet.
	1. Verwaltung d. Straf-, Besserungs- und Gefangenanstalten							
	2. Erstattung v. Unterstützungen an Landarme	600	—	1200	—	1200	—	
	3. Sonstige Einnahmen	1531	—	905	—	705	—	
	Tit.	2131		2105		1905		
IV.	**Verwaltung d. landwirthschaftl. Angelegenheiten.**	—	—					Für 1878 ist der Erlös des Verkaufs der alten Gewehre der Gendarmen mit 200 M als einmalige Einnahme in Ansatz gebracht.
	Tit. VI.	—	—					

Tit.	Einnahme.	1877. M.	1877. ₰	1878. M.	1878. ₰	1879. M.	1879. ₰	Bemerkungen.
VII.	**Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.**							
	1. Zuschuß aus der Lemgoer Gymnasialcasse zum Gehalt des Schulraths	300	—	300	—	300	—	
	2. Kostgelder der Taubstummen-Zöglinge . .	288	—	288	—	288	—	
	3. Sonstige Einnahmen							
	Tit. VII.	588	—	588	—	588	—	
VIII.	**Militär-Verwaltung.**							
	1. Für Ersatz-Reserve-Scheine und Gestellungs-Atteste	6	—	6	—	6	—	
	2. Sonstige Einnahmen							
	Tit. VIII.	6	—	6	—	6	—	

Tit.	Zusammenstellung der Einnahme.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
I.	Finanz-Verwaltung . . .	743496	97	733448	88	733423	28	
II.	Verwaltung f. Handel, Gewerbe u. öffentliche Arbeiten	346	50	266	50	266	50	
III.	Landes-Verwaltung . . .	660	—	1260	—	1260	—	
IV.	Justiz-Verwaltung . . .	92100	—	101000	—	101000	—	
V.	Verwaltung des Innern	2131	—	2105	—	1905	—	
VI.	Verwaltung der landwirthschaftlichen Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	
VII.	Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- u. Medicinal-Angelegenheiten	588	—	588	—	588	—	
VIII.	Militair-Verwaltung . .	6	—	6	—	6	—	
	Summe der Einnahme	839328	47	838674	38	838448	78	

Tit.	Ausgabe.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
I.	**Finanz-Verwaltung.**							
	1. Steuern.							
	A. Gehalte und persönliche Ausgaben							
	1. Landes-Cataster u. Ablös.-Commission	3465	—	3465	—	3465	—	ad I. 1. A. 1. conf. Anlage Nr. 2.
	2. Hebungs-Beamte . .	3705	—	3705	—	3705	—	ad I. 1. A. 2 conf. Anlage Nr. 2.
	3. Büreau-Miethe . . .	135	—	135	—	135	—	
	B. Sachliche Ausgaben und Büreau-Kosten . .	1350	—	3500	—	2500	—	ad I. 1. B. Erhöht sich für 1878 durch die Heranziehung des Fürstlich Schaumburg-Lippischen Paragiums im Amte Blomberg z. Grundsteuer für die Catast.-Commission, sowie für die Jahre 1878 u. 1879 durch die Ausführung des Gesetzes, betr. die Entschädigung für aufgehobene ausschließliche Gewerbeberechtigungen, für d. Ablösungs-Commission.
	C. Kosten der Steuer-Erhebung an Preußen	15000	—	15000	—	15000	—	
	D. Sonstige vermischte Ausgaben	200	—	200	—	200	—	
	2. Renten an Mitglieder des Fürstlichen Hauses (Ad manus Serenissimae)	3336	—	3336	—	3336	—	
	3. Renten und Entschädigungen:							
	A. An d. Städte: M. ₰							
	Blomberg . . . 218 70							
	Detmold . . . . 300 —							
	Horn 157 19							
	Lemgo . . . . . 300 —							
	Salzuflen . . . 99 —							
		1074	89	1074	89	1074	89	
	Latus	28265	89	30415	89	29415	89	

Tit.	Ausgabe.	1877. ℳ	₰	1878. ℳ	₰	1879. ℳ	₰	Bemerkungen.
	Transp.	28265	89	30415	89	29415	89	
	Beitrag zu den Verwaltungskosten der Städte (provisorisch):							
	Detmold 190 78							
	Lemgo 481 21							ad I. 3. C. 1. conf. Anl.
	Salzuflen . . . 205 02							ad I. 3. C. 2. Nr. 3.
	Lage 93 63							
	Blomberg . . . 265 33							ad I. 4. A. Die Zinf. erhöhen
	Horn 247 31							sich f. d. Jahr
	Barntrup . . . 111 83							1879 um 3000
	Schwalenberg . 114 89	1710	—	1710	—	1710	—	M., da im J.
	(cfr. Gesetz vom 31. Oct. 1854 resp. vom 15. Juli 1857).							1878 voraussichtlich eine Summe von 72000 M. z. Zweck d. Ausführung der Vermessung d.
	B. Dem erbherrl. Hause Schaumburg-Lippe . . .	139	96	139	96	139	96	Landes angeliehen werden wird.
	C. Pensionen und Unterstützungen:							ad I. 6. Nach dem Reichsgesetze vom
	1. An Beamte	24609	27	24007	47	24007	47	26. Mai 1877
	2. An deren Hinterblieb.	14183	17	14638	17	14638	17	sind die Matricularbeiträge für Lippe
	4. Landes-Schulden-Verwaltung:							festgestellt auf
	A. Zinsen von Passiv-Capitalien	46226	54	45836	14	48836	14	152672 M., wozu nach § 3 d. o. Gef. der Antheil des
	B. Schulden-Tilgung.							
	C. Sonstige Ausgaben .	500	—	500	—	500	—	hief. Landes an dem Mehrbedarfe kommt,
	5. Anzuleg. Capitalien.							
	6. Matricular-Beiträge .	149838	50	152850	—	152850	—	sodaß die ausgeworf. Summe annähernd
	7. Vermischte Ausgaben.							
	Tit. I.	265473	33	270097	63	272097	63	erreicht werden wird.

Tit.	Ausgabe.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
II.	**Verwaltung für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.**							ad. II. 1. Kosten für die einzuholenden technischen Gutachten. ad. II. C conf. Anlage Nr 1.
	1. Bergwerks-Verwaltung	—	—	100	—	100	—	ad. II. 2. D. Die Weseruferbauten erfordern wegen Ausführung des zur Begradigung des Fahrwassers in d. alten Varenholzer Bucht erforderlichen Parallelwerkes, sowie wegen der nöthigen Ausbesserung d. stark beschädigten Bollwerkes an der Erderschen Zollschacht, sowie die Anschaffung eines neuen Grandschiffes einen bedeutend höhern Kostenaufwand. Wenn der Bau d. Parallelwerkes auf 2 Jahre vertheilt wird, was zulässig ist, so wird die in Ansatz gebrachte Summe erforderlich sein.
	2. Verwaltung des Bauwesens.							
	A. Gehalte:							
	1. Hochbau-Verwaltung	7200	—	7200	—	7200	—	
	2. Wegbau-Verwaltung							
	Zulagen.							
	B. Unterhaltung d. öffentlichen Gebäude	5500	—	3650	—	3650	—	
	C. Wegebau:							
	1. Kosten der Landstraßen	109909	—	117121	—	117121	—	
	2. Zuschüsse zu den Kosten der Gemeindestraßen	4650	—	4400	—	4400	—	ad. II. 3. Für das Eichungswesen haben 100 M. mehr p. 1878 in
	3. Baumpflanzungen	80	—	50	—	50	—	Ausgabe gebracht
	4. Insgemein	2040	—	2010	—	2010	—	werden müssen, weil durch Vergleichung der von
	D. Weser-Uferbauten	3000	—	7000	—	7000	—	den Eichämtern benutzten s. g. Gebrauchsnormale
	E. Verschiedene sonstige Ausgaben	200	—	200	—	200	—	mit den auf dem Lemgoer Eicharchive befindlichen
	3. Eichungswesen	150	—	250	—	150	—	Hauptnormalen u. etwaigen Richtigstellung der
	4. Vermischte Ausgaben.	7200	—					erstern Transporte und Ausbesserungskosten entstehen werden.
	Tit. II.	139929	—	141981	—	141881	—	

Tit.	Ausgabe.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
III.	**Landes-Verwaltung.**							
	1. Gehalte:							
	A. Cabinets-Ministerium	9375	—	9375	—	9375	—	conf. Anl. 5.
	B. Regierung	35422	—	35422	—	35422	—	
	2. Remunerationen	1500 / 2250	—	3300	—	3300	—	
	3. Diäten und Reisekosten	3000	—	3000	—	3000	—	
	4. Für statistische Zwecke	—	—	750	—	750	—	ad. III. 4. Die vom Reiche geforderten vielfachen statistischen Nachweisungen machen d. Ansetzung einer besondern Position erforderlich.
	5. Kosten der Vertretung b. Bundesrathe u. sonstige Legations-Kosten	—	—	1500	—	1500	—	
	6. Landes-Grenzregulirungen	450	—	450	—	450	—	ad. III. 5. Die Einstellung dieser Position hat sich als durchaus nothwendig herausgestellt.
	7. Büreau-Kosten:							
	A. Schreibmaterialien, Porto, Telegramme	4500	—	4500	—	4500	—	
	B. Außerordentliche Expeditionskosten	750	—	1200	—	1200	—	ad. III. 7. B. Die Erhöhung rechtfertigt sich durch die vermehrten Expeditionsarb.
	C. Drucksachen	1800	—	1800	—	1800	—	
	D. Zeitungen und Brochüren	350	—	350	—	350	—	
	E. Heizung und Erleuchtung im Cabinets-Ministerium	96	—	96	—	96	—	
	F. Heizung und Erleuchtung der sonstigen Büreauzimmer	800	—	1200	—	1200	—	ad. III. 7. F. Die Ausgabe hat sich durch Einführung von Büreaustunden um diesen Betrag gesteigert.
	G. Landesarchiv	36	—	36	—	36	—	
	H. Landkasse	405	—	405	—	405	—	
	Tit. III.	60734	—	63384	—	63384	—	

Tit.	Ausgabe.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
IV.	**Justiz-Verwaltung.**							
	1. Gehalte und Büreau-Kosten:							
	A. Justizcanzlei, Hofgericht, Criminalgericht	33810	—	33810	—	33810	—	ad. IV. 1. A. —D. s. Anl. 6.
	B. Justizbeamte	36450	—	39450	—	39450	—	
	C. Assessoren ohne Landrentei-Hebung	16290	—	18990	—	18990	—	
	D. Assessoren mit Landrentei-Hebung	8970	—	9120	—	9120	—	
	E. Amts-Unterbedienten	20276	21	22151	—	22151	—	ad. IV. 1. E. s. Anl. 7.
	2. Sachliche Ausgaben .	600	—	600	—	600	—	
	3. Sonstige vermischte Ausgaben							
	Tit. IV.	116396	21	124121	—	124121	—	

Tit.	Ausgabe.	1877. M.	1877. ₰	1878. M.	1878. ₰	1879. M.	1879. ₰	Bemerkungen.
V.	**Verwaltung des Innern.**							
	1. Landtag.							
	A. Gehalte des Ausschusses u. des Land-Syndicus	1950	—	1950	—	1950	—	
	B. Diäten des Landtags	30000	—	10000	—	10000	—	
	C. Sonstige vermischte Ausgaben	2000	—	1000	—	1000	—	
	2. Gendarmerie.							
	A. Gehalte:							
	1. Commandeur	900	—	900	—	900	—	ad V. 2. A. 2. Die Ausgabe erhöht sich durch die beantragte Bewilligung der Anstellung eines neuen Gendarmen.
	2. Gendarmen	18140	—	19040	—	19040	—	
	B. Sonstige persönliche Ausgaben:							
	1. Dem Commandeur .	300	—	300	—	300	—	
	2. Den Gendarmen . . .	750	—	800	—	800	—	
	C. Bekleidung u. Waffen	1830	—	1250	—	1050	—	
	D. Sonstige Ausgaben .	200	—	210	—	210	—	
	E. Kosten der Anschaffung von neuen Gewehren	—	—	1260	—	—	—	ad V 2. E. Einm. Ausgabe.
	3. Strafanstalten.							
	A. Gehalte.							
	B. Unterhaltung der Sträflinge:							ad V. 3. conf. Anlage Nr. 8.
	1. In d. hiesig. Anstalt	3000	—	4000	—	4000	—	
	2. In auswt. Anstalten	7000	—	7000	—	7000	—	
	C. Transport der Sträflinge	100	—	100	—	100	—	
	Latus	66170	—	47810	—	46350	—	

Tit.	Ausgabe.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen
	Transp.	66170	—	47810	—	46350	—	ad VII. 1. Zu den nach dem Gesetze vom 12. Septb. 1877 an die Consistorialcasse zu zahlenden 50000 M. sind aus der Generalcasse nach Anl. 12. 33000 M. jährlich abzuführen, sodaß die Landcasse noch 17000 M. zuzuschießen hat. Für das Jahr 1878 kommt als einmalige Ausgabe die Summe von 3300 M. als Kosten der ersten Landes-Synode hinzu. ad VII. 2. A. conf. Anlage Nr. 9. ad VII. 3. conf. Anl. Nr. 10.
	D. Sonstige vermischte Ausgaben.							
	4. Standesbeamten. . . .	4500	—	4500	—	4500	—	
	5. Landarme.	600	—	1200	—	1200	—	
	Tit V.	71270	—	53510	—	52050	—	
VI.	**Verwaltung d. landwirthschaftl. Angelegenheiten.**							
	1. Zu landwirthschaftl. Zwecken	3000	—	3000	—	3000	—	
	2. Diäten d. Kürungs-Commission	200	—	200	—	200	—	
	Tit. VI.	3200	—	3200	—	3200	—	
VII.	**Verwaltung der geistl., Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.**							
	1. **Consistorialcasse**	19914	—	20300	—	17000	—	
	Entschädigung der Geistlichen wegen der in Wegfall gekommenen Stolgebühren	3000	—	—	—	—	—	
	2. **Gymnasien:**							
	A. zu Detmold	20051	60	25190	10	25002	10	
	B. zu Lemgo	6988	87	6988	87	6988	87	
	C. Remuneration des Schulraths	800	—	800	—	800	—	
	3. **General-Schulcasse** . .	121773	—	133191	—	133191	—	
	4. **Taubstummen-Anstalt:**							
	A. Gehalte	975	—	975	—	975	—	
	Latus	173502	47	187444	97	183956	97	

Tit.	Ausgabe.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	Transp.	173502	47	187444	97	183956	97	
	B. Andere persönliche Ausgaben	300	—	300	—	300	—	
	C. Kostgelder	1600	—	1600	—	1600	—	
	D. Unterrichts-Local	12	—	12	—	12	—	
	E. Industrie-Unterricht	45	—	45	—	45	—	
	F. Verschiedene sonstige Ausgaben	150	—	150	—	150	—	
	5. Gewerbeschulen	600	—	600	—	600	—	
	6. Landes-Bibliothek:						—	
	A. Gehalte	630	—	630	—	630	—	
	B. Andere persönliche Ausgaben	60	—	60	—	60	—	
	C. Bücher und Kunstsachen	1950	—	1950	—	1950	—	
	D. Porto und Fracht	36	—	36	—	36	—	
	E. Buchbinderlohn	270	—	270	—	270	—	
	F. Heizungskosten	18	—	18	—	18	—	
	G. Geräthe und Reparaturen	60	—	60	—	60	—	
	H. Sonstige Ausgaben	126	—	126	—	126	—	
	7. Medicinalwesen:							
	A. Gehalte.							
	1. Des Medicinal-Collegs, d. Aerzte, Wundärzte und Thierärzte	10171	67	10171	67	10171	67	ad VII. 7. A. 1. conf. Anl. Nr. 11.
	2. Der Hebammen	1500	—	1500	—	1500	—	
	Tit. VII.	191031	14	204973	64	201485	64	

Tit.	Einnahme.	1877. M.	1877. ₰	1878. M.	1878. ₰	1879. M.	1879. ₰	Bemerkungen.
	Transp.	191031	14	204973	64	201485	64	
	B. Hebammen-Unterricht und geburtshülfliche Geräthe	1000	—	1000	—	1000	—	
	C. Aerztliche Hülfe bei schweren Geburten armer Wöchnerinnen	500	—	500	—	500	—	
	D. Landkrankenhaus . . .	4500	—	4500	—	4500	—	
	E. Irren-Anstalt	9732	—	9732	—	9732	—	
	F. Sonstige vermischte Ausgaben	60	—	60	—	60	—	
	8. Germanisches Museum	75	—	75	—	75	—	
	Tit. VII.	206898	14	220840	64	217352	64	
VIII.	**Militär-Verwaltung.**							
	A. Gehalte	1236	—	1236	—	1236	—	
	B. Andere persönliche Ausgaben, Dienstaufwand	60	—	60	—	60	—	
	C. Aushebung der Militairpflichtigen	1400	—	1400	—	1400	—	
	D. Aushebung der Pferde							
	E. Sonstige vermischte Ausgaben	300	—	300	—	300	—	
	Tit. VIII.	2996	—	2996	—	2996	—	

Tit.	Zusammentrag der Ausgabe.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
I.	Finanz-Verwaltung . . .	265473	33	270097	63	272097	63	
II.	Verwaltung für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten	139929	—	141981	—	141881	—	
III.	Landes-Verwaltung . . .	60734	—	63384	—	63384	—	
IV.	Justiz-Verwaltung	116396	21	124121	—	124121	—	
V.	Verwaltung des Innern	71270	—	53510	—	52050	—	
VI.	Verwaltung der landwirthschaftlichen Angelegenheiten	3200	—	3200	—	3200	—	
VII.	Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten	206898	14	220840	64	217352	64	
VIII.	Militair-Verwaltung . .	2996	—	2996	—	2996	—	
	Summe der Ausgabe	866896	68	880130	27	877082	27	
	Abschluß.							
	Summe der Einnahme.	839328	47	838674	38	838448	78	
	Summe der Ausgabe .	866896	68	880130	27	877082	27	
	Deficit	27568	21	41455	89	38633	49	

Anlage Nr. 1.

Wegbau-Etat. Zum Landkasse-Etat für 1878 und 1879.

	A. Einnahme.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰
I.	Aus der Rechnung vom Jahre 1877 kann die etwaige Einnahme noch nicht angegeben werden.						
II.	Aus der Landcasse:						
	1. von den Hebestellen:						
	a. von den verpachteten	40500	—	39029	—	39029	—
	b. von den administrirten	3600	—	4380	—	4380	—
	2. von den Extraposten	150	—	150	—	150	—
	3. aus Fürstl. Hofmarstalls-Casse	480	—	480	—	480	—
	4. Miethgelder	36	—	36	—	36	—
	5. Aus den Baumpflanzungen	1000	—	1000	—	1000	—
	6. außerdem erforderlicher Zuschuß aus der Landcasse	70913	—	78506	—	78506	—
	Ueberhaupt	116679	—	123581	—	123581	—

	B. Ausgabe.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰
I.	Unterhaltung der Chausseen, einschl. der Procentgelder für die Rechnungsführer im Betrage von 375 M.	109909	—	117121	—	112721	—
II.	Neubauten vac.	—	—	—	—	—	—
III.	Rectificationen vac.	—	—	—	—	—	—
IV.	Baumpflanzungen	80	—	50	—	50	—
V.	Communalwegbau:						
	a. für Beaufsichtigung von Neubauten	2250	—	2100	—	2100	—
	b. Zuschuß zur Schuldentilgung	2400	—	2300	—	2300	—
VI.	Insgemein:						
	a. Dienstkleidungen für die Wegaufseher für den Turnus 1878 bis 1881	595	—	560	—	560	—
	b. Formulare	270	—	300	—	300	—
	c. Barrieren	200	—	200	—	200	—
	d. Geräthschaften	95	—	50	—	50	—
	e. Außerordentlich	900	—	900	—	900	—
	Ueberhaupt	116679	—	123581	—	123581	—

Den Wegbau-Etat für die Jahre 1878 und 1879 betreffend.

I. Zu der Einnahme.

Die unter Tit. II a und b auf 34409 M. berechnete Einnahme von den Hebestellen mußte um 691 M. niedriger, als im Etat für das Jahr 1877, angenommen werden, weil die Pachtgelder für die am Ende des vorigen und im Laufe des gegenwärtigen Jahres neu verpachteten Hebestellen um diesen Betrag sich niedriger stellen.

Die Einnahmen für Extraposten, aus Fürstlicher Hofmarstallscasse und an Miethgeldern konnten ohne Veränderung beibehalten werden, ebenso sind die Aufkünfte aus den Baumpflanzungen wieder mit 1000 Mark in Ansatz gebracht, obgleich im gegenwärtigen Jahre ein höherer Ertrag erzielt ist, da bekanntlich auf reiche Erndten in andern Jahren erheblich unergiebigere zu folgen pflegen.

II. Zu der Ausgabe.

Für die Unterhaltung der Landeschausseen sind Tit. I einschließlich der Procentgelder für die Rechnungsführer, im Betrage von 375 Mark, 117121 M. ausgeworfen worden, oder 7000 M. mehr, als die pro 1877 veranschlagten Unterhaltungskosten betragen. Diese Erhöhung schien nothwendig, da die im westlichen Theile des Landes belegenen, einer außerordentlich starken Benutzung von schweren Fuhrwerken unterworfenen Wege bedeutend gelitten haben und dieselben, bei einer fast ununterbrochenen Ausbesserung, einer erheblich größeren Menge Unterhaltungsmaterials bedürfen, da ferner die Straßenpflaster in verschiedenen Städten in umfangreicher Weise zu erneuern sind, und an

mehreren älteren Brücken (in Salzuflen an der Salzebrücke, an der s. g. Königsbrücke vor Schötmar und an der Kallebrücke bei Niedermühle) voraussichtlich größere Reparaturen nöthig werden.

Tit. IV. Für Baumpflanzungen sind nur 50 M. (gegen 80 M. pro 1877) ausgeworfen, da neue ausgedehnte Pflanzungen nicht auszuführen sind, die Kosten der Unterhaltung der bestehenden Pflanzungen aber in den Special-Anschlägen mitberechnet werden.

Tit. V. Communalwegbau. Es dürften dafür die in Ansatz gekommenen (2100 M. für die Beaufsichtigung der Neubauten und 2300 M. Zuschuß zur Tilgung der Communalwegbauschulden, zusammen) = 4400 M. genügen. Im Etat von 1877 waren dafür 4650 M., oder 250 M. mehr, berechnet.

Tit. VI. Insgemein. Für Dienstkleidungen, Formulare, Barrieren, Geräthschaften und Außerordentlich sind zusammen 2010 M., mit geringer Abweichung gegen das Jahr 1877, wo 2040 M. angesetzt waren, berechnet.

Die ganze Ausgabe beziffert sich auf 123,581 M., so daß zu der Einnahme unter II 1—5 des Etats ein Zuschuß von 78,506 M. (II 6 des Etats) erforderlich sein würde.

Der Landtag hatte das Gesuch gestellt, es einer Prüfung zu unterziehen, ob eine Rectification des im Amte Oerlinghausen belegenen, vom Scheerenkruge nach Oerlinghausen führenden Weges baldmöglichst auf Staatskosten vorzunehmen sei. In Gemäßheit der im Landtagsabschied ertheilten Zusage ist dies geschehen und würde die Staatsregierung, da auch sie die beantragte Rectification für sehr wünschenswerth hält, schon jetzt den Landtag um die Bewilligung der erforderlichen Mittel im Betrage von 11,257 M. angehen, wenn nicht ein anderer Umstand die Entscheidung dieser ganzen Angelegenheit

in einer späteren Zeit als räthlich erscheinen ließe. Bei Ausführung der in Aussicht stehenden Eisenbahn von Herford über Salzuflen und Lage nach Detmold ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich die Verkehrsverhältnisse alsdann ändern und die fragliche Straße einer geringeren Benutzung unterworfen wird.

Es beträgt die Entfernung nämlich jetzt:

1. von Oerlinghausen über die Faulestraße und den Scheerenkrug bis zum Bahnhofe Bielefeld ca. 14 Kilometer;

   die Entfernung würde betragen:

2. von Oerlinghausen über die Faulestraße, den Scheerenkrug und Schötmar bis zum Bahnhofe Salzuflen ca. $17\,^1/_2$ Kilometer;
3. von Oerlinghausen über die bequemere Chaussee direct nach Helpup und dem Bahnhof Lage $10\,^1/_2$ Kilometer.

Die Entfernung ad 3 ist also die erheblich kürzere und wenn sich nun in Folge dessen der Hauptverkehr von Oerlinghausen nach Lage erstrecken sollte, so würde die s. g. Faulestraße einer geringeren Benutzung unterworfen sein.

Sollte dieses aber der Fall sein, welches sich erst später beurtheilen läßt, so würde die mit einem so erheblichen Kostenaufwande verbundene Rectification mit dem dadurch bewirkten Nutzen in keinem richtigen Verhältnisse stehen.

Die Staatsregierung behält sich vor bei der Berathung des nächsten Etats auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Anlage Nr. 2.

Zum Landkassen-Etat für 1878 und 1879.

	I. Finanz-Verwaltung.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	1. Steuern.							
A	Gehalte und persönliche Ausgaben.							
	1. Landes-Cataster- und Ablösungs-Commission							
	Commissar: Obergerichtsrath Wasserfall .	300	—	300	—	300	—	
	Secretair: Rechnungsrath Schönfeld	2400	—	2400	—	2400	—	
	Derselbe für Heizung und Reinigung der Locale	75	—	75	—	75	—	
	Catasterschreiber Wantrup	600	—	600	—	600	—	
	Landtaxator: Col. Stuckmann zu Bentorf . . .	90	—	90	—	90	—	
		3465	—	3465	—	3465	—	
	2. Hebungsbeamte.							
1	Amtsrendant Heldman, Hauptmann a. D. . . .	900	—	900	—	900	—	
2	Amtsrendant Landgraf . .	1050	—	1050	—	1050	—	
3	„ Hanke	780	—	780	—	780	—	
		2730	—	2730	—	2730	—	

	I. Finanz-Verwaltung.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	Transp.	2730	—	2730	—	2730	—	
4	Amtsrendant Wilckens . .	600	—	600	—	600	—	
5	„ Ernst, Amtm.	225	—	225	—	225	—	
6	Sportelnrendant: Nieländer, Amtmann	150	—	150	—	150	—	
		3705	—	3705	—	3705	—	
	3 Büreau-Miethe der Zoll-Einnehmer.							
1	Rekate, Rendant	75	—	75	—	75	—	
2	Mönnig, Steuer-Einnehm.	60	—	60	—	60	—	
		135	—	135	—	135	—	

Anlage Nr. 3.

Zum Landkassen-Etat für 1878 und 1879.

	Pensionen und Unterstützungen.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	I. An Beamte.							
1	Overbeck, Amtsrath . . .	2763	—	2763	—	2763	—	
—	Ströber, Regierungsbote	402	—	—	—	—	—	† 3 Debr. 1876.
—	Hildebrand, Syndicus . .	600	—	—	—	—	—	† 21. Juni 1877.
2	Stölting, Steuer-Einn.	120	—	120	—	120	—	
3	Kellner, Grenz-Aufseher	441	—	441	—	441	—	
4	Meier, " "	670	50	670	50	670	50	
5	Stedtfeld, Bundes-Canzlei-Secretair	205	72	205	72	205	72	
6	Hasse, Landreceptor, Rath	2820	—	2820	—	2820	—	
7	Garnjost, Steuer-Auss.	90	—	90	—	90	—	
8	Antze, Assessor	1560	—	1560	—	1560	—	
9	Preuß, Amtsrath	3088	80	3088	80	3088	80	
10	Reese, Steuer-Aufseher .	912	—	912	—	912	—	
11	Böke, " "	1046	25	1046	25	1046	25	
—	Berthold, Gymnasial-Director	2854	50	—	—	—	—	† den 13. Septbr. 1877.
12	Kestner, Prof., Gymnasiallehrer	2052	—	2052	—	2052	—	
13	Rentsch, Gymnasiallehrer	855	—	855	—	855	—	
14	Franzmeier, Steuer-Auss.	965	—	965	—	965	—	
15	Sievert, Sträflings-Auss.	72	—	72	—	72	—	
16	Sundermann, Gendarm	144	—	144	—	144	—	
17	Corbach, Amtschirurg . .	184	50	184	50	184	50	
18	Müller, Steuer-Aufseher	945	—	945	—	945	—	
19	Weerth, Professor	1818	—	1818	—	1818	—	
20	Schneider, Gendarm . . .	—	—	697	20	697	20	
21	Reitze, Dr., Oberlehrer .	—	—	2557	50	2557	50	
		24609	27	24007	47	24007	47	

	Pensionen und Unterstützungen.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	II. An Hinterbliebene von Beamten.							
1	Wwe. Wasserfall, Archivar	345	—	345	—	345	—	
2	Amtsvogt Weßel's zwei Töchter	100	—	100	—	100	—	
3	Wwe. Wasserfall, Canzleirath	300	—	300	—	300	—	
4	Wwe. Overbeck, Wegbau-Inspector	450	—	450	—	450	—	
5	Wwe. Kellner, Amtsassessor	600	—	600	—	600	—	
6	Wwe. Kellner, Rath	300	—	300	—	300	—	
7	„ Riedemann, Amtsrendant	225	—	225	—	225	—	
—	Fräul. Auguste Meyer	240	—	—	—	—	—	† 11. Novbr. 1876.
8	Wwe. Knipping, Amtsrath	600	—	600	—	600	—	
9	„ Gröne, Canzlist	108	—	200	—	200	—	ad 9 wegen Armuth und Kränklichkeit erhöht.
10	„ Kemper, Amtmann	187	50	187	50	187	50	
11	Fräul. Johanne Liebig	144	—	144	—	144	—	
12	Wwe. Eschenburg, Reg.-Präsident	1500	—	1500	—	1500	—	
13	Wwe. Reuter, Canzleibote	108	—	108	—	108	—	
14	„ Schierenberg, Amtm.	600	—	600	—	600	—	
15	„ Petri, Amtmann	600	—	600	—	600	—	
16	„ Dr. Reinold	225	—	225	—	225	—	
17	„ Dr. Schönfeld	225	—	225	—	225	—	
—	„ Dr. Pramann	225	—	—	—	—	—	† 12. Mai 1877.
18	„ Dr. Riedemann	225	—	225	—	225	—	
19	„ Stüde, Amtschirurg	112	50	112	50	112	50	
		7420	—	7047	—	7047	—	

	Pensionen und Unterstützungen.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	Transp.	7420	—	7047	—	7047	—	
20	Wwe. Clasing, Amtschirg.	112	50	112	50	112	50	
21	„ Gröne, Grenzauff.	108	—	108	—	108	—	
22	„ Grönewald, „	108	—	108	—	108	—	
23	„ Ottemeyer, „	72	—	72	—	72	—	
24	„ Sielemann, „	108	—	108	—	108	—	
25	„ Streicher, „	72	—	—	—	—	—	† Juni 1877.
26	„ Petig, Gendarm	72	—	72	—	72	—	
27	„ Lehbrink, „	54	—	54	—	54	—	
28	Fräul. Alwine Brokhausen	300	—	300	—	300	—	
29	Fräul. Anna Schönfeld	122	67	122	67	122	67	
30	Wwe. Drießen, Steuerrendant	108	—	108	—	108	—	
31	Wwe. Ulrich, Obergerichts-Secretär	600	—	600	—	600	—	
32	Wwe. Meyer, Amtmann	300	—	300	—	300	—	
33	„ Steinhagen, Gymnasiallehrer	300	—	300	—	300	—	
34	Wwe. Cronemeyer, Steueraufseher	108	—	108	—	108	—	
35	Wwe. Schröder, Gendarm	108	—	108	—	108	—	
36	„ Petri, Geh. Reg.-Rath	900	—	900	—	900	—	
37	Wwe. Schulz, Reg.-Pedell	180	—	180	—	180	—	
38	„ Kellner, Amtsrendant	300	—	300	—	300	—	
39	Wwe. Althof, Criminalger.-Secretär	300	—	300	—	300	—	
		11753	17	11308	17	11308	17	

	Pensionen und Unterstützungen.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	Transp.	11753	17	11308	17	11308	17	
40	Wwe. Weßel, Amtsrath	600	—	600	—	600	—	
41	„ Dr. Dornheim, Gymnasiallehrer	600	—	600	—	600	—	
42	Wwe. Hunke, Criminalger.-Pedell	180	—	180	—	180	—	
43	Wwe. v. Meien, Hofbaurath	300	—	300	—	300	—	
44	Wwe. Arcularius, Wegbaumeister	600	—	600	—	600		
45	Wwe. Hoffmann, Reg.-Rath	—	—	900	—	900		
46	Wwe. Geh. Hofrath Dr. Piderit	150	—	150	—	150		
		14183	17	14638	17	14638	17	

Anlage Nr. 4.

Zum Landkasse-Etat für 1878 und 1879.

Uebersicht

der Activ- und Passiv-Kapitalien der Landcasse und der davon zu berechnenden Jahreszinsen Ende 1877.

		Kapital.		Zinsen.	
		M.	₰	M.	₰
	A. Activ-Kapitalien.				
1	Antheil an der Französischen Kriegs-Entschädigung:				
	Bestand Anfang 1877	1386300	—	59418	—
	Im Jahre 1877 neu angekauft	78300	—	3132	—
	Bestand Ende 1877	1464600	—	62550	—
2	Antheil an den Reichs-Kassenscheinen . . . . . im Jahre 1877 unverändert geblieben.	309000	—	13905	—
	Zusammmentrag.				
1	Antheil an der Französischen Kriegs-Entschädigung	1464600	—	62550	—
2	Antheil an den Reichs-Kassenscheinen	309000	—	13905	—
	Gesammt-Bestand Ende 1877	1773600	—	76455	—

	Kapital.		Zinsen.	
	M.	₰	M.	₰
B. Passiv-Kapitalien.				
Bestand derselben Ende 1876	1132857	41	45743	44
Im Jahre 1877 neu aufgeliehen an Ablösungs-Kapitalien geistlicher Gefälle bis jetzt	9301	47	372	06
Zusammen	1142158	88	46115	50
Dagegen sind im Jahre 1877 zurückgezahlt bis jetzt	6984	02	279	36
Mithin gegenwärtiger Bestand der Passiv-Kapitalien	1135174	86	45836	14
Activ-Kapitalien	1773600	—	62550	—
Passiv-Kapitalien	1135174	86	45836	14
Ueberschuß der Activ-Kapitalien	638425	14	16713	66

Anlage Nr. 5.

Zum Landkassen-Etat für 1878 und 1879.

III. Landes-Verwaltung.

	1. Gehalte	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	A. Cabinets-Ministerium.							
1	Cabinets-Minister	7500	—	7500	—	7500	—	Der Posten ist mit dem des Regierungs-Präsidenten vereinigt.
2	Cabinets-Expedient Fischer	1725	—	1725	—	1725	—	
3	Cabinets-Diener Funke .	150	—	150	—	150	—	
	=	9375	—	9375	—	9375	—	
	B. Regierung.							
1	Präsident	—	—	—	—	—	—	Vgl. A. 1.
2	Geh. Reg.-Rath Meyer.	5400	—	5400	—	5400	—	
3	Reg.-Rath Rohdewald . .	4140	—	4140	—	4140	—	ad. B. 3 außerdem 900 M. aus der Leihecasse und 150 M. aus der Unterstütz.-Casse.
4	Reg.-Rath Steneberg . . .	4650	—	4650	—	4650	—	
5	Reg.-Baurath Overbeck .	3600	—	3600	—	3600	—	
6	Reg.-Secretär Ulrich . . .	2940	—	2940	—	2940	—	
7	1. Reg.-Registrator Varenholz	1725	—	1725	—	1725	—	ad. 4.
8	2. Reg.-Registr. Schmidt	1350	—	1350	—	1350	—	
9	Reg.-Calculator Neumann	1725	—	1725	—	1725	—	
10	1. Reg.-Expedient Emmighausen	1950	—	1950	—	1950	—	
11	2. Reg.-Expedient Solveen	1080	—	1080	—	1080	—	
12	Reg.-Pedell Funke	1102	—	1102	—	1102	—	Vgl. A. 3.
13	Archivrath Falkmann . . .	2820	—	2820	—	2820	—	
14	Landreceptor Hasse	2940	—	2940	—	2940	—	
	=	35422	—	35422	—	35422	—	

Anlage Nr. 6.

Zum Landkasse-Etat für 1878 und 1879.

IV. Justiz-Verwaltung.

A. Justiz-Canzlei, Hofgericht, Criminalgericht.

	1. Gehalte.	1877. M.	ß	1878. M.	ß	1879. M.	ß	Bemerkungen.
	Obergerichts-Director	—	—	—	—	—	—	vacat.
1	Geh. Justizrath Preuß	4800	—	4800	—	4800	—	
2	Obergerichtsr. Dr. Caesar	4500	—	4500	—	4500	—	ad 4. exclusive 300 M. von d. Ablösungs-Commission.
3	" Piderit	4200	—	4200	—	4200	—	
4	" Wasserfall	3600	—	3600	—	3600	—	ad 6. exclusive 300 M. von den Straf-anstalten.
5	" vacat	3600	—	3600	—	3600	—	
6	" Overbeck	3300	—	3300	—	3300	—	
7	Obergerichts-Secretair Dr. Ludolph	2220	—	2220	—	2220	—	
8	Derselbe als Criminal-gerichts-Secretair	600	—	600	—	600	—	
9	Canzlist Berkemeier	1620	—	1620	—	1620	—	
10	" Niermann	1440	—	1440	—	1440	—	
11	Canzlei-Expedient Meyer	1080	—	1080	—	1080	—	
12	Pedell Bax	1350	—	1350	—	1350	—	Dar. 90 M. Remuner. seit 1875.
13	Canzleibote Lesemann	1200	—	1200	—	1200	—	ad 14. Remuneration vorläufig.
14	Derselbe, als Criminal-gerichts-Pedell	300	—	300	—	300	—	
	=	33810	—	33810	—	33810	—	

Justizbeamte.

	Gehalte.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
1	Justizbeamter zu							
	Horn	3600	—	3600	—	3600	—	
2	Lage	3300	—	3300	—	3300	—	
3	Oerlinghausen	3000	—	3000	—	3000	—	
4	Schötmar	3450	—	3450	—	3450	—	
5	Hohenhausen	3000	—	3000	—	3000	—	
6	Varenholz	3000	—	3000	—	3000	—	
7	Brake	3150	—	3150	—	3150	—	
8	Sternberg	3300	—	3300	—	3300	—	
9	Schieder	3000	—	3000	—	3000	—	
10	Schwalenberg	3300	—	3300	—	3300	—	
11	Detmold	3450	—	3450	—	3450	—	ad 13 wird eine Erhöhung des bisherigen Gehaltes zu 2700 M. auf die in Ansatz gebr. Summe beantragt.
12	Lipperode	900	—	900	—	900	—	
13	Stadtrichter zu Detmold	—	—	3000	—	3000	—	
	=	36450	—	39450	—	39450	—	

C. Assessoren und Gerichtsschreiber ohne Landrenteihebung.

	1. Gehalte.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen
1	Assessor in Detmold . . .	2850	—	2850	—	2850	—	
	Büreaukosten	525	—	525	—	525	—	
2	Assessor in Lage	2550	—	2550	—	2550	—	
	Büreaukosten	525	—	525	—	525	—	
3	Assessor in Schötmar . . .	2250	—	2250	—	2250	—	
	Büreaukosten	525	—	525	—	525	—	
4	Assessor in Schwalenberg	2100	—	2100	—	2100	—	
	Büreaukosten	525	—	525	—	525	—	
5	Assessor in Alverdissen . .	2100	—	2100	—	2100	—	
	Büreaukosten	525	—	525	—	525	—	
6	Hülfsarbeiter beim Stadtgerichte zu Detmold . . .	—	—	1500	—	1500	—	ad 6. Da der Stadtrichter allein nicht sämmtl. Geschäfte erledigen kann, so macht sich die Heranziehung eines zweiten Beamt. nothwendig, für welchen die in Ansatz gebrachte Summe als Remuneration beantr. wird.
7	Gerichtsschreib. am Stadtgerichte zu Detmold . .	—	—	1200	—	1200	—	
8	Registrator in Barntrup	240	—	240	—	240	—	
9	Gerichtsschreiber in Barenholz	900	—	900	—	900	—	
10	Gerichtsschr. in Schieder	675	—	675	—	675	—	
	=	16290	—	18990	—	18990	—	

D. Assessoren mit Landrentei-Hebung.

	Gehalte.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
1	Assessor in Oerlinghausen	1650	—	1650	—	1650	—	
	Büreaukosten	525	—	525	—	525	—	ad 2 wird eine Erhöhung der Büreaukosten um 75 M. beantragt, da auch den übrigen Assessoren Büreaukosten im Betrage von 525 M. vergütet werden.
2	Assessor zu Hohenhausen	1410	—	1410	—	1410	—	
	Büreaukosten	450	—	525	—	525	—	
3	Assessor in Brake	2250	—	2250	—	2250	—	
	Büreaukosten	525	—	525	—	525	—	
4	Assessor in Horn	1710	—	1710	—	1710	—	
	Büreaukosten	450	—	525	—	525	—	ad 4 wie ad 2.
	=	8970	—	9120	—	9120	—	

Anlage Nr. 7.

Unterbedienten.

	1. Gehalte.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
1	Amt Blomberg	387	—	387	—	387	—	Die Erhöhung ist durch eine Abrundung herbeigeführt.
2	„ Brake	2016	—	2016	—	2016	—	
3	„ Detmold	4070	—	4070	—	4070	—	Desgleichen.
4	„ Hohenhausen	1641	—	1641	—	1641	—	
5	„ Horn	1158	—	1158	—	1158	—	
6	„ Lage	2292	—	2292	—	2292	—	Desgleichen.
7	„ Oerlinghausen	1200	—	1200	—	1200	—	
8	„ Schieder	923	—	923	—	923	—	Desgleichen.
9	„ Schötmar	1631	—	1631	—	1631	—	Desgleichen.
10	„ Schwalenberg	1431	—	1431	—	1431	—	ad 11. Bei einer inzw. eingetretenen neuen Besetzung der Pedellen- und Executordienste
11	„ Sternberg-Barntrup	2031	—	2031	—	2031	—	machte sich eine Erhöhung des Gehalts nothwendig, da der bisherige Gehalt zu niedrig war.
12	„ Varenholz	1337	—	1337	—	1337	—	
13	„ Lipperode	159	—	159	—	159	—	
14	Stadt Detmold	—	—	1875	—	1875	—	ad 12. In Folge Abrundung erhöht.
	=	20276	—	22151	—	22151	—	ad 14 für einen Gerichtsdiener u. Executor.

Anlage Nr. 8.

Zum Landkassen-Etat für 1878 und 1879.

Etat der Strafanstalten für die Jahre 1878, 1879.

Tit.		Nach dem Etat für 1877.	Etat für 1878.	Etat für 1479.
	A. Einnahme.	M.	M.	M.
1	Erwerb der Gefangenen und Corrigenden	2000	3900	3900
2	Spielkarten und Kartenstempel	2100	2100	2100
3	Zuschuß aus der Landkasse	3100	4000	4000
4	Vergütung für Verpflegung der vom Criminalgericht zu Lemgo eingesandten Gefangenen und der vom hiesigen Stadtgerichte zu Haftstrafen verurtheilten Personen	450	450	450
5	Von Gefangenen und Corrigenden zur Erstattung kommenden Unterhaltungskosten	—	435	435
6	Gartenfrüchte und Obst (1877 Tit. 5)	100	100	100
7	Vermischt (1877 Tit. 6)	180	180	180
	Sa.	7830	11165	11165
	B. Ausgabe.			
1	Anschaffung und Unterhaltung der Geräthe ...	300	300	300
2	Kleidungsstücke, Leinengeräth ꝛc.	100	700	700
	Latus	400	1000	1000

Tit.		Nach dem Etat für 1877.	Etat für 1878.	Etat für 1879.
		M.	M.	M.
	Transp.	400	1000	1000
3	Wäsche	60	60	60
4	Lebensmittel	2000	4000	4000
5	Erleuchtung	150	150	150
6	Brennmaterial	500	500	500
7	Arznei	100	100	100
8	Gärten und Viehstand	400	400	400
9	Besoldungen laut Anlage	3020	3050	3050
10	Antheil der Gefangenen und Corrigenden am Arbeitsverdienst	50	700	700
11	Bücher und Schreibmaterialien	50	50	50
12	Ankauf von Spielkarten	900	900	900
12	Vermischt	200	255	255
	Sa.	7830	11165	11165

Besoldungs-Etat der Strafanstalten für die Jahre 1878, 1879.

		M.
1	Director	300
2	Hausverwalter	1650
3	Geistlicher	180
4	Vorsänger	80
5	Die beiden Aufseher je 300 M.	600
6	Die Aufseherin und Haushälterin	240
	Sa.	3050

Zum Etat der Strafanstalten 1878, 1879.

I. Einnahme.

Titel 1. Der Erwerb der Gefangenen und Corrigenden, welcher im Jahre 1876 sich auf 2360,95 M. belief, hat bereits in den ersten 8 Monaten des Jahres 1877 mehr als 2600 M. betragen, was einestheils in der erheblich gestiegenen Frequenz der Strafanstalten, anderntheils darin seinen Grund hat, daß ein Theil der Sträflinge gegen einen Tagelohn von 80 Pf. Feld- und Gartenarbeiten für benachbarte Grundbesitzer und Pächter verrichtet hat. Demgemäß ist dieser Posten für die Jahre 1878 und 1879 mit 3900 M. in Anschlag gebracht.

Titel 3. Das Bedürfniß einer Erhöhung des Zuschusses aus der Landkasse auf 4000 M. ergiebt sich aus einer Vergleichung der übrigen Einnahme mit der Ausgabe.

Titel 5. Diese Position gründet sich auf die neuerdings getroffene Einrichtung, daß vermögende Sträflinge die Kosten ihrer Unterhaltung in den Strafanstalten mit 60 Pf. bezw. 55 Pf. pro Tag zu erstatten haben; für einen zuverlässigen Anschlag dieser Einnahme genügt die bisherige kurze Erfahrung nicht.

II. Ausgabe.

Titel 2. Da die in der Strafanstalt vorhandenen wollenen Decken, von denen im Winter jeder Gefangene zwei erhält, fast sämmtlich sehr abgenutzt sind, so werden deren 40 bis 50 Stück für 1878 und ebenso viele für

1879 angekauft werden müssen, was eine Ausgabe von je 400 bis 500 M. verursachen wird. Außerdem ist die Anschaffung einer erheblichen Zahl Lederschuhe in beiden Jahren erforderlich. Auf diesen Gründen beruht die außerordentliche Erhöhung der hier in Rede stehenden Position.

Titel 4. Die Ausgabe für Lebensmittel hat sich nach der Rechnung von 1876 auf 3320,80 M. belaufen, ist daher für die beiden Etatsjahre mit Rücksicht auf die größere Zahl der Sträflinge zu 4000 M. veranschlagt.

Titel 9. Der an der hiesigen Taubstummenschule angestellte Lehrer Brockschmidt, welcher auf der Strafanstalt jeden Sonntag den Gesang leitet und einen Sonntag um den andern eine Predigt vorliest, bittet um eine Erhöhung der bisherigen Vergütung zu 50 M. Da dieser Anspruch begründet erscheint und der ꝛc. Brockschmidt seinen Dienst auf der Anstalt sehr gut versieht, so wird für ihn eine Zulage von 30 M. beantragt, durch welche sich die Ausgabe von Besoldungen auf 3050 M. erhöhen würde.

Titel 10. Die Gefangenen und Corrigenden erhalten von dem Tagelohn zu 80 Pf., den sie durch Feld- und Gartenarbeit außerhalb der Anstalt verdienen (A. 1) 20 Pf. Ihr Antheil am gesammten Arbeitsverdienste wird nach den Erfahrungen im Jahre 1877 sich in den nächsten Jahren auf etwa 700 M. belaufen.

Titel 13. Die jährliche Remuneration des katholischen Pastors ist in Rücksicht auf die Seelsorge für eine größere Anzahl von Gefangenen der katholischen Confession von 45 M. auf 100 M. erhöht, die vermischte Ausgabe, in welche dieser Posten gehört, daher um 55 M. höher angeschlagen, als bisher.

Anlage Nr. 9.

Etat für das Gymnasium zu Detmold für 1878, 1879.

Tit.	I. Einnahme.	Nach dem Etat von 1877. M.	₰	Etat für 1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
I.	Bestand aus der Rechnung von 1877	—	—	—	—	—	—	
II.	Aus öffentlichen Kassen und zwar:							
	1. Landkasse	20051	60	25190	10	25002	10	
	2. Generalkasse	3074	90	3074	90	3074	90	
	3. Städtische Kämmereikasse	3450	—	3450	—	3450	—	
III.	Schulgeld	11000	—	14000	—	14000	—	zu III. Nach der Rechnung von 1876: 11,976 M.
IV.	Restanten	—	—	—	—	—	—	
V.	Zeugnisse	46	—	46	—	46	—	zu V. 1875: 58 M.; 1876: 22 M.
VI.	Zinsen. vacat	—	—	—	—	—	—	
VII.	Zurückbezahlte bezw. gehobene Kapitalien. vacat	—	—	—	—	—	—	
VIII.	Außerordentlich	—	—	126	—	126	—	zu VIII. 1876: 126 M.
	Summe der Einnahme	37622	50	45887	—	45699	—	

Tit.	II. Ausgabe.	Nach dem Etat von 1877. M.	₰	Etat für 1878. M.	₰	Etat für 1879. M.	₰	Bemerkungen.
I.	Vorschuß aus der Rechnung von 1877	—	—	—	—	—	—	
II.	Gehalte:							
	1., Director	4650	—	5100	—	5100	—	
	2., 1. Oberlehrer . . .	4050	—					
	3., 2. Oberlehrer . . .	3300	—					
	4., 3. Oberlehrer . . .	3450	—					
	5., 4. Oberlehrer . . .	2700	—					
	6., 1. Gymnasiallehrer	2700	—	28350	—	28350	—	
	7., 2. Gymnasiallehrer	2400	—					
	8., 3. Gymnasiallehrer	2100	—					
	9., 4. Gymnasiallehrer	2700	—					
	10., 5. Gymnasiallehrer	1800	—					
	11., 1. Gymnasiallehrer, Remuneration für das Turnen	432	—	432	—	432	—	
	11., Dsgl. für die Bibliothek	75	—	75	—	75	—	
	13., 3. Gymnasiallehrer für das Turnen .	288	—	288	—	288	—	
	14., Gymnasial-Elementarlehrer	1800	—	1800	—	1800	—	
	15., Religionslehrer . . .	300	—	300	—	300	—	
	16., Zeichenlehrer	1050	—	1050	—	1050	—	
	17., Singlehrer	240	—	240	—	240	—	
	18., Schulpedell	450	—	450	—	450	—	
	Latus	34485	—	38085	—	38085	—	

Tit.	Fernere Ausgabe.	Nach dem Etat von 1877. M.	₰	Etat für 1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	Transport	34485	—	38085	—	38085	—	
III.	Bücher, Drucksachen, physikalische Apparate und für den Zeichenunterricht	800	—	800	—	800	—	
IV.	Bauten, Reparaturen, einschließlich Handwerker-Rechnungen:							
	a. gewöhnlich	650	—	650	—	650	—	zu IV. a. Der Durchbau des Zeichensaales ist zu 750 M. veranschlagt.
	b. außerordentlich	—	—	4274	—	4274	—	
V.	Schulutensilien	300	—	488	—	300	—	
VI.	Abgaben vacat	—	—	—	—	—	—	
VII.	Brennmaterial	540	—	540	—	540	—	zu VII. 1876: 446 M.
VIII.	Verwaltung	225	—	150	—	150	—	zu VIII. 1876: 112 M.
IX.	Zinsen vacat	—	—	—	—	—	—	
X.	Insgemein	622	50	900	—	900	—	zu X. 1876: 978 M.
XI.	Zurückbezahlte Kapitalien vacat	—	—	—	—	—	—	
XII.	Belegte Kapitalien vacat	—	—	—	—	—	—	
	Summa der Ausgabe	37622	50	45887	—	45699	—	
	Uebersicht.							
	Die Einnahme beträgt	37622	50	45887	—	45699	—	
	Die Ausgabe beträgt	37622	50	45887	—	45699	—	

Zum Etat für das Gymnasium zu Detmold für 1878, 1879.

Einnahme.

Tit. III. Das Schulgeld wird nach der Anzahl der Schüler im Jahre 1877 ungefähr 13000 M. betragen und läßt sich bei den für Prima und Secunda auf 88 M., für Tertia und Quarta auf 66 M. und für Quinta und Sexta auf 54 M. erhöhten Sätzen auf 14000 M. für 1878 und 1879 veranschlagen.

Ausgabe.

Tit. II 1—10. Als Gehalt für den Director ist die Normaletatssumme zu 5100 M. angenommen, sowie ebenfalls nach dem Normaletat für die 4 Oberlehrer und die 5 Gymnasiallehrer die Durchschnittssumme von je 3150 M.

Tit. II 15. Für den Religionslehrer muß, wenn im Laufe der beiden Etatsjahre hierbei eine Aenderung eintreten sollte, eine höhere Remunerationssumme als die jetzige angenommen werden, etwa 450 bis 600 M.

Tit. IV. Die laufenden Bauten und Reparaturen an den Gebäuden sind zu 650 M. veranschlagt.

Bei der vermehrten Schülerzahl macht es sich aber nöthig, den bisherigen Zeichensaal im Gymnasialgebäude zu Klassenzimmern einzurichten und dagegen in einem Anbau an das Turnsaalgebäude wieder einen Zeichensaal herzustellen.

Die erstere Bauanlage ist in der obigen Summe von 650 M. begriffen.

Es werden dadurch zwei Klassenzimmer und ein Raum für die Bibliothek und die Registratur des Gymnasiums beschafft.

Die Kosten des Zeichensaalgebäudes, welches außer dem eigentlichen Zeichensaal und dem Vorplatze zwei kleine Nebenräume zum Ablegen der Mäntel, Mützen ꝛc. sowie zur Aufbewahrung von Modellen und Zeichengeräthschaften enthalten soll, sind auf 7008 M. veranschlagt.

In diesen beiden Vorzimmern könnten dann zugleich die jetzt in einem dem Verein für das Hermanns-Denkmal gehörigen Theile des Turnhauses stehenden beiden Hermannsfiguren nebst dem Modelle des Gerüstes und verschiedenen anderen dahin gehörigen Gegenständen Platz finden. Der bisher hierfür benutzte Raum muß nämlich vom obigen Vereine erworben werden, um nach Fortnahme der Zwischenwand auf diese Weise den Turnsaal im Verhältniß zu der gewachsenen Schülerzahl zu vergrößern.

Der Verein beanspruchte für die Abtretung dieses Theils des Gebäudes die dem Betrage der Baukosten ungefähr entsprechende Summe von 1200 M., hat diese aber in Rücksicht darauf, daß jene dem Vereine gehörigen Gegenstände in dem neuen Zeichensaalsgebäude demnächst untergebracht werden sollen, auf 1000 M. ermäßigt.

Endlich hat die Direction des Gymnasiums den schon oft geäußerten Wunsch jetzt wiederholt, daß zur Aufrechterhaltung der für ein Gymnasium wesentlichen größtmöglichen Ordnung und Pünktlichkeit eine große Schlaguhr für dasselbe im Kostenbetrage von 480—540 M. angeschafft werde.

Die vorstehenden Beträge von 7008 M., 1000 M. und 540 M. zusammen also 8548 M. würden als außerordentlich hier aufzunehmen sein.

Tit. V. Für Schulutensilien, wozu auch die Turngeräthe gehören, war in den Etat von 1877 die Summe von 300 M. angenommen. Es ist

nun seitens der Direction beantragt, einige neue, zweckmäßigere Turngeräthe im Kostenbetrage von 188 M. anzuschaffen, weßhalb die obige Summe für 1878 auf 488 M. erhöht worden ist.

Tit. VIII. Die Verwaltungskosten können nach den Beträgen der Ausgabe von 1876, 1877 für die beiden Etatsjahre etwas ermäßigt, von 225 M. etwa auf 150 M.

Tit. X. Dagegen wird dieser Titel der Ausgabe: Insgemein von 662 M. auf 900 M. zu erhöhen sein.

Anlage Nr. 10.

Etat der General-Schulkasse für 1878, 1879.

Tit.	Einnahme.	Nach dem Etat pr. 1877. M. ohne ₰	Etat für 1877. M. ohne ₰	Etat für 1879. M. ohne ₰	Bemerkungen.
I.	Bestand d. Rechnung v. 1877	—	—	—	
II.	Zuschuß aus der Landrentei	306	306	306	(und 67 ₰.)
III.	Zuschuß aus der Waisenhauscasse zur Beköstigung von etatmäßig 20 zahlenden Seminaristen	600	600	600	Zu V: 1877 erfolgten außer den 100,138 M. aus der Landcasse noch 10,857 M. 49 ₰ aus der Generalcasse deren Einnahme nach Abzug der noch ferner darauf haftenden Ausgaben künftig in die Landcasse fließt.
IV.	Zuschuß aus der Leihecasse	735	735	735	
V.	Zuschuß aus der Landcasse	100138	106241	107295	
	(außerdem aus der Generalcasse)	10875			
	Desgl. für die Gehaltszulagen von 1873	21625	21625	21625	Zu VI: 22 Seminaristen; davon 4 frei; die übrigen 18 bezahlen den Beitrag zu 135 M.
VI.	Beiträge der Seminaristen zu ihrer Beköstigung	1620	2430	2430	
VII.	Erstattungsbeträge früherer Seminaristen.				Zu VII: Die einzelnen Beträge sind die für 1878 zu berechnenden. Die Summe von 1134 M. für 1877 ist nur zur Vergleichung mit den Summen der beiden Etatsjahre hinzugefügt. Für 1879 sind bis jetzt keine neue Zahlungstermine angesetzt, die frühern Zahlungsverbindlichkeiten mit den Abträgen von 1878 aber erfüllt.
	1. Schulz zu Bielefeld . . . . . 192 M.				
	2. Küstermann zu Berghofen . . . 225 „				
	3. Klamer, bisher zu Hiddesen . . 637 „		1054		
		1134			
VIII.	Für abgelöste 16 Klafter Deputatholz des Seminars 194 M. und 67 ₰ und außerordentlich	200	200	200	Zu VIII: 1876 außerordentlich: nichts.
	Summe der Einnahme	137215	133191	133191	

Tit.	Ausgabe.		Nach dem Etat pro 1877 M. ohne ₰	Etat für 1878. M. ohne ₰	Etat für 1879. M. ohne ₰	Bemerkungen.
I.	Vorschuß aus der Rechnung von 1877		—	—	—	
II.	Gehalte des Directors und der Lehrer des Seminars:					
	1. Seminardirector Credé, einschl. der Zulage von 1873 statt der frühern 10 Deputatklaft. Holz nach deren Ablösung	M. 3450 160				
	2. Prof. Dr. Weerth, einschl. der Zulage von 1873	1050				
	3. Seminar-Oberlehrer Steinhagen, desgl.	1620				
	4. Musiklehrer Walkerling, desgl. . . . Remuneration für den Violinunterricht	2070 300				
	5. Zeichenl. Menke, einschl. der Zulage von 1873	180				
	6. für das Stimmen der Orgel und Instrumente	150				
	Latus	8980	—	—	—	

Tit.	Ferner Ausgabe.		Nach dem Etat v. 1877. M. ohne ₰	Etat für 1878. M. ohne ₰	Etat für 1879. M. ohne ₰	Bemerkungen.
		M.				
	Transport	8980				
	7. für Turnunterricht, einschl. der Zulage von 1873	180				
	8. für den Unterricht in der Obstbaumzucht	150				
III.	Gehalte der Lehrer.		9310	9310	9310	Zu III: Die einzelnen Beträge sind die für 1878, 1879 zu berechnenden; die Summe von 115203 M. ist dagegen nur zur Vergleichung beigefügt. Zu a. Etat von 1877: 12962 M.
	1. Ordentliches Gehalt.					
	a. Nebenlehrer und ständige Hülfslehrer	12242				Zu b: Etat von 1877: 4125 M.
	b. die 10 ältesten Nebenlehrer	4725				Zu c 1—5: Etat von 1877: 75333 M. — 1878 und 1879: 73199 M.
	c. Hauptlehrer:					
	1. Classe	7133				
	2. „	9263				
	3. „	15662				
	4. „	23800				
	5. „	17341				
	2. Gehaltszulage v. 1873.					
	a. Nebenlehrer à 90 M.	3690				Zu a: Etat von 1877: 4140 M.
	b. Hauptl. à 120 bezw. 150 M. .	16290				Zu b: Etat von 1877: 16410 M.
	Latus	110146	9310	9310	9310	

Tit.	Ferner Ausgabe.		Nach dem Etat v. 1877. M. ohne ₰	Etat für 1878. M. ohne ₰	Etat für 1879. M. ohne ₰	Bemerkungen.
		M.				
	Transport	110146	9310	9310	9310	
	3. Alterszulagen durch Aufrücken von Hauptlehrern in höhere Altersklassen	674				Zu 3: Etat v. 1877: 144 M.
	4. Persönliche Alterszulagen . . .	885				Zu 4: Etat v. 1877: 885 M.
	5. Definitive Gratificationen	300				Zu 5: für überfüllte Schulen. Etat von 1877: 300 M.
	6. Vorübergehende Gratificationen .	900				Zu 6: Etat v. 1877: 900 M
			115203	112905	112905	
IV.	Pensionen		6528	3933	3933	Zu IV. Die frühern Pensionen sind, soweit sie nicht durch den Tod der Inhaber fortfielen, in dem bisherigen Betrage beibehalten, die neuen aber nach dem Gesetze vom 12. Sept. 1877 berechnet. Eine dieser neuen Pensionen war bereits am Landtage bewilligt. Die beiden übrigen ebenfalls schon in dem jetzigen gesetzlichen Betrage zu berechnen, rechtfertigt sich insofern, als die beiden betr. Lehrer in der Zeit zwischen dem Erlasse des Gesetzes und der Publication desselben gestorben sind. Die jetzige Summe der Pensionen zu 3933 M. wird sich infolge des Gesetzes wohl etwas erhöhen.
V.	Kosten der Central-Verwaltung:					
	1. für Schulvisitationen	400				Zu V 1. Etat von 1877: 300 M.
	2. Gehalt d. Rechnungsführers, einschl. der Zulage v. 1873 .	840				
			1140	1240	1240	
		Latus	132181	127388	127388	

Tit.	Ferner Ausgabe.		Nach dem Etat v. 1877. M. ohne ₰	Etat für 1878. M. ohne ₰	Etat für 1879. M. ohne ₰	Bemerkungen.
	Transport		132181	127388	127388	
VI.	Kosten d. Seminars:	M				Zu VI. Die einzelnen Beträge sind die für 1878 u. 1879 zu berechnenden, wogegen die Summe von 4584 M. pro 1877 nur zur Vergleichung beigefügt ist. VI 1 wird fortfallen, wenn die Baumschule, wie es Absicht ist, verlegt wird.
	1. Gehalt d. Oeconomen und Entschädigung desselben für theilweise Abtretung der Nutzung des Waisenhausgart. zur Baumschule	38 M. 17 ₰				
	2. Beköstigung der 22 Seminaristen (à 180 M) u. für Frühstück der 4 freien Seminaristen (à 30 M.)	4080				
	3. für Bücher u. sonst. Lehrmittel	300				Zu 3. Rechnung von 1876: 250 M.
	4. Brennmaterial	250				Zu 4. Rechnung von 1876: 248 M.
	5. Beleuchtung	110				Zu 5. Rechnung von 1876: 110 M.
	6. Bau- und Reparaturkosten	365				Zu 6. Für beide Jahre sind die Reparaturkosten zu 730 M. veranschlagt.
	7. Insgemein	210				Zu 7. Rechnung von 1876: 210 M.
			4584	5353	5353	
VII.	Unterstützungen		300	300	300	
VIII.	Außerordentlich		150	150	150	
	Summe der Ausgabe		137215	133191	133191	

Anlage Nr. 11.

Zum Landkassen-Etat für 1878 und 1879.

VII. Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

	7. Medicinalwesen.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	A. Gehalte.							
	1. Medicinal-Collegium.							
1	Geh. Medicinal-Rath Dr. Kirchner, Med.-Referent	1050	—	1050	—	1050	—	600 M. für das Referat in d. Regierung.
2	Dr. Eschenburg, Geh. Hofrath	300	—	300	—	300	—	
3	Med.-Rath Dr. Theopold	300	—	300	—	300	—	
4	Derselbe als Hebammenlehrer	600	—	600	—	600	—	
	2. Amts-Physici.							
1	Dr. Kirchner, Geh. Med.-Rath	600	—	600	—	600	—	
2	Dr. Honerla, San.-Rath	664	—	664	—	664	—	einschl. 60 M. an die Lemgoer Stadtkasse für Holz.
3	„ Theopold, Med.-Rath	610	—	610	—	610	—	
4	„ Lenzberg, San.-Rath	450	—	450	—	450	—	
5	„ Caspari, „	450	—	450	—	450	—	
6	„ Hilbk zu Lippstadt	75	—	75	—	75	—	
	3. Landkrankenhaus.							
1	Dr. Petri in Detmold	450	—	450	—	450	—	
	4. Armenärzte und Amtschirurgen.							
1	Dr. Petri in Detmold	225	—	225	—	225	—	
2	„ Becker in Lemgo	225	—	225	—	225	—	
3	„ Theopold II in Blomberg	225	—	225	—	225	—	
4	„ Capellen i. Schötmar	300	—	300	—	300	—	
	Latus	6523	—	6542	—	6524	—	

	7. Medicinalwesen.	1877. M.	₰	1878. M.	₰	1879. M.	₰	Bemerkungen.
	Transp.	6524	—	6524	—	6524	—	
5	Dr. Esau in Oerlinghausen	300	—	300	—	300	—	
6	„ Schnitger, San.-Rath in Schwalenberg	600	—	600	—	600	—	
7	„ von Sobbe in Horn	225	—	225	—	225	—	
8	„ Severin in Lage	300	—	300	—	300	—	
9	„ Hentzen in Varenholz	300	—	300	—	300	—	
10	„ Beißenhirtz i. Hohenhausen	225	—	225	—	225	—	
11	„ Cordemann in Bösingfeld	225	—	225	—	225	—	
12	„ Theopold in Barntrup	225	—	225	—	225	—	
13	Harland, Med.-Chirurg in Lage	225	—	225	—	225	—	
14	Thomas, Med.-Chirurg in Schlangen	122	67	122	67	222	67	
	5. Medicinal-Referenten für Apotheken.							
1	Quentin, Med.-Rath	180	—	180	—	180	—	
2	Dr. Overbeck, Med.-Assess.	120	—	120	—	120	—	
	6. Kreis-Thierärzte.							
1	Meyer, Hofthierarzt, in Detmold	150	—	150	—	150	—	
2	Riekehof in Lemgo	150	—	150	—	150	—	
3	Busch in Humfeld	150	—	150	—	150	—	
4	Tielker in Blomberg (prov.)	150	—	150	—	150	—	
	Summa	10171	67	10171	67	10171	67	

Anlage Nr. 12.

Etat der Generalcasse über die Revenüen von eingezogenen Klöstern und Stiftungen für 1878 und 1879.

Tit.	Einnahme.
I.	Bestand aus voriger Rechnung
II.	Einnahme von Grundstücken.
	A. Meierei Falkenhagen:
	1. Pachtgeld vom Pächter v. Ohlen
	2. erstattete Brandcasse-Beiträge
	B. Von vereinzelten Grundstücken der Meierei:
	1. Von den an Eingesessene zu Rischenau, Hummersen und Henkenbrink verpachteten
	2. Von den zur ehemaligen Glashütte gehörigen Grundstücken
	3. „ „ zum s. g. Küchenhause gehörenden Parcellen
	4. „ dem lippischen Garten vom Lehrer Hellmann
	5. „ der Riepenbreite, an den Todtengräber verpachtet
	C. Vom Falkenhagener Forste incl. der vererb- und verpachteten Grundstücke
	D. Pachtgelder von den in der Lemgoer Feldmark belegenen früher Marienfelder Grundstücken incl. Drainszinsen
III.	Geldrenten und Zehnten
	A. Falkenhagen:
	1. für Malschweine und Trifthämmel
	2. „ Hühner und Eier
	3. Urkund und Canons:
	a. Urkundgeld aus Sabbenhausen ... 2 M. 91 ₰
	„ Wörderfeld ... 1 „ 72 „
	„ Kötterberg ... — „ 50 „
	„ Rischenau ... 10 „ 50 „
	Latus

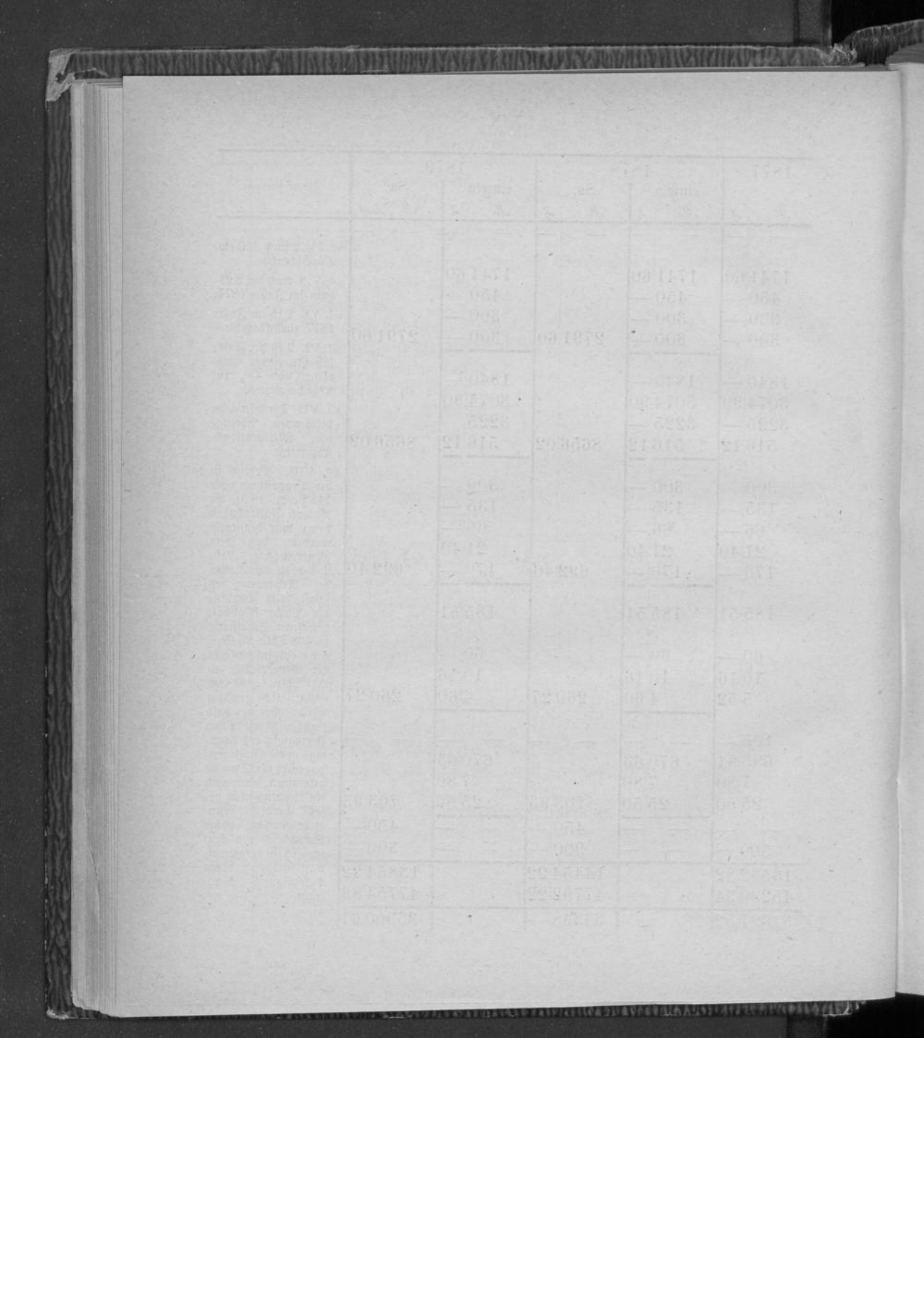
1877.		1878. einzeln		1878. Sa.		1879. einzeln		1879. Sa.		Bemerkungen.
M.	₰	M.	₰	M.	₰	M.	₰	M.	₰	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
5060	53	6075	—			6075	—			ad. II. A. 1 verpachtet bis Johannis 1895; die frühere Pacht vom Kruge und die Zinsen von Drainanlagen stecken jetzt in der Hauptpacht.
153	60	153	60	6228	60	153	60	6228	60	
2055	28	2185	34			2185	34			ad. II. B. 1 und 2 aufs Neue pro Petri $187^{7}/_{83}$ verpachtet.
484	—	311	75			311	75			
324	23	324	23			324	23			ad. II. B. 3 bis Ende 1878 verpachtet.
16	—	16	—			16	—			ad. II. B. 4 bis Ende 1877 verpachtet.
15	—	15	—	2852	32	15	—	2852	32	
5190	—	—	—	7200	—	—	—	7200	—	ad. II. C. nach dem Etat pro $187^{7}/_{81}$.
330	45	—	—	330	45	—	—	330	45	ad. II. D. bis Martini 1878 verpachtet.
				10382	77			10382	77	
469	50	469	50			469	50			Diese Abgaben bleiben dieselben, falls sie nicht theilweise abgekauft werden.
187	59	187	59			187	59			
15	88	15	63			15	63			
14302	06	672	72	16611	37	672	72	16611	37	

Tit.	Einnahme.	
		Transp.
III.	b. Canons: die Gemeinde Sabbenhausen vom ehem. Fischteiche	9 M. 25 ₰
	Schneidewind vom ehemaligen Schulhause	7 „ 71 „
	die Schule zu Sabbenhausen vom Garten	4 „ 63 „
	4. Zehntrente aus Sabbenhausen, halb Martini, halb Petri	
	5. Zehntpachtgelder, desgl. aus Rischenau	84 M. 15 ₰
	„ Henkenbrink	124 „ 50 „
	„ Kötterberg	128 „ 71 „
	„ Riese	464 „ 53 „
	„ Hummersen	567 „ 1 „
	B. Von der herrschaftlichen Saline zu Uflen die bis auf Weiteres vereinbarte Rente	
IV.	Von Korngefällen der Meierei Falkenhagen: 759 Schffl. 6½ Mtz. Roggen; 21 „ 2½ „ Gerste; 817 „ 1 „ Hafer	
V.	Zinsen von ausgeliehenen Capitalien: 1. Schulvorstand in Erder von noch 300 M.	
	2. Von Meliorations-Capitalien	
	3. „ 3361 M. für verbesserte Schuldotationen	
	4. „ 226,143 M. 33 ₰ Capitalien bei Privaten	
	5. „ 250,748 M. 75 ₰ Capitalien bei der Landcasse	
VI.	Zurückbezahlte Kapitalien: 1. Abtrag des Schulvorstandes in Erder	
	2. desgl. von Meliorations-Capitalien	
VII.	Außerordentlich	
		Summe der Einnahme

1877.		1878. einzeln		1878. Sa.		1879. einzeln		1879. Sa.		Bemerkungen.
ℳ	₰	ℳ	₰		₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
14302	06	672	72	16611	37	672	72	16611	37	
21	58	21	59			21	59			
1219	98	1219	98			1219	98			
1368	80	1368	80			1368	80			
1328	89	1328	89	4611	98	1328	89	4611	98	
6000	—			6000	—			6000	—	
12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	ad. V. 1 sind im Jahre 1877 abgetragen.
233	94	205	75			186	62			
136	70	136	70			136	70			ad. V. 4. Die geringere Einnahme an Zinsen hat darin ihren Grund, daß für einige Kapitalien der Zinsfuß von $4\frac{1}{2}$ auf $4\frac{1}{6}$ % ermäßigt ist.
9806	20	9728	70			9728	70			
10029	97	10029	97	20101	12	10029	97	20081	99	
300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
470	22	467	75	467	75	449	49	449	49	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	ad. VI. 1 ist im Jahre 1877 abgetragen.
45230	44			47792	22			47754	83	

Tit.	Ausgabe.
I.	Vorschuß aus voriger Rechnung
II.	Gehalte der kathol. Geistlichen und des Seelsorgers am Landkrankenhause:
	1. Pastor in Falkenhagen
	2. Caplan das.
	3. Pastor in Lemgo
	4. Seelsorger am Landkrankenhause
III.	Dotationen der Gymnasien ꝛc.:
	1. Gymnasium zu Lemgo
	2. „ „ Detmold
	3. Realschule zu Lippstadt
	4. katholische Kirche das.
IV.	Verwaltungskosten:
	1. Gehalte: a. des Hauptrendanten
	b. „ Specialrendanten
	c. „ Kornboden-Administrators
	d. der Richter im Amte Schwalenberg
	2. Reparaturen an der katholischen Kirche zu Falkenhagen
V.	Oeffentliche Abgaben:
	1. Beiträge zur Brandcasse
	2. zur Amtsgemeindecasse:
	a. von einzelnen verpachteten Grundstücken
	b. von den zum Küchenhause gehörenden Grundstücken
	c. Kirchensteuer vom Kornboden
VI.	Zinsen von Passiv-Kapitalien:
	1. von 3000 M. Kaution des Pächters
	2. von 17449 M. 33 Pf. sonstigen Kapitalien
	3. Zinsrente an die Kirche zu Stapelage
	4. Desgl. an die General-Superintendentur
VII.	Ausgeliehene Kapitalien
VIII.	Außerordentlich
	Summe der Ausgabe
	Die Einnahme beträgt
	Ist Ueberschuß =

1877.		1878. einzeln		1878. Sa.		1879. einzeln		1879. Sa.		Bemerkungen.
M.	₰	M.	₰	M.	₰	M.	₰	M.	₰	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
										ad. IV. 2 nach 3jährig. Durchschnittte.
1741	60	1741	60			1741	60			
450	—	450	—			450	—			ad. V. 1 nach der Ausgabe im Jahre 1877.
300	—	300	—			300	—			ad. VI. 1 ist im Jahre 1877 zurückbezahlt.
300	—	300	—	2791	60	300	—	2791	60	
										ad. VI. 2 ist der Zinsfuß für einige Kapitalien von $4\frac{1}{2}$ auf 4% herabgesetzt.
1840	—	1840	—			1840	—			
3074	90	3074	90			3074	90			
3225	—	3225	—			3225				ad. VII. Die wieder zu belegenden Abträge von Meliorations-Kapitalien.
516	12	516	12	8656	02	516	12	8656	02	
										ad. VIII. Bereits in der Proposition vom 14. Decbr. 1870, die Meierei Falkenhagen betr., war beantragt worden, daß dem Meiereipächter Lohmeyer zu den Kosten der Reparatur des schon beim Beginne der Pacht schadhaft gewesenen Schafstalls zu 438 Thlr. 23 Sgr. 8 Pf. ein Zuschuß aus der Generalcasse zu 200 Thlr. = 600 M. nachträglich gewährt werde. Bei der bald nachher stattgehabten Vertagung des Landtags ist die Angelegenheit nicht zur Sprache gekommen, somit auch ein Beschluß nicht gefaßt worden. Nunmehr ist die obige Summe in den Etat pro 1878 aufgenommen und wird deren Bewilligung beantragt.
300	—	300	—			300	—			
135	—	135	—			135	—			
66	—	66	—			66	—			
21	40	21	40			21	40			
170	—	170	—	692	40	170	—	692	40	
185	51	185	51			185	51			
60	—	60	—			60	—			
10	16	10	16			10	16			
5	52	4	60	260	27	4	60	260	27	
105	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
693	31	670	63			670	63			
7	80	7	80			7	80			
25	50	25	50	703	93	25	50	703	93	
—	—	—	—	450	—	—	—	450	—	
300	—	—	—	900	—	—	—	300	—	
13532	82			14454	22			13854	22	
45230	34			47792	22			47754	83	
31697	52			33338	—			33900	61	



Proposition,

den Erlaß 1. eines Gesetzes bezüglich des Eigenthumserwerbes an Grundstücken und deren dinglicher Belastung. 2. eines Gesetzes bezüglich einer Grundbuch-Ordnung betreffend.

Seitens des Landtages ist in der Erklärung auf die Proposition, die anderweite Regelung der Grundsteuer betr., die Bewilligung der für die Neuvermessung des Landes und die Neuveranlagung der Grundsteuer erforderlichen Mittel u. A. an die Voraussetzung geknüpft, daß noch im laufenden Jahre dem Landtage ein Gesetzentwurf darüber vorgelegt werde, „daß die Hypothekenbücher auf die Grundlage der zu errichtenden Grundsteuerbücher, sobald dieselben angefertigt, gestellt werden".

Der Zweck hierbei ist gewesen, für die Hypothekenbücher in Beziehung auf die verpfändeten Grundstücke eine feste Grundlage zu gewinnen und hierfür die neue Vermessung zu verwerthen.

Bisher enthielten die Hypothekenbücher, wenigstens auf dem Lande, keine Angaben der verpfändeten Güter nach ihrer Beschaffenheit, Größe und ihren Zubehörungen, vielmehr bildeten in dieser Beziehung die Salbücher (Cataster) die Grundlage. Lediglich in letzteren fanden die Zu- und Abschreibungen statt. Die Regelung der Besitztitel stand nicht im unmittelbaren Zusammen-

hange mit der Führung der Hypothekenbücher, und für die Regelung der Besitztitel fehlte es an einem ausreichenden Zwange.

Die Gefahren für die Creditverhältnisse, welche diese Einrichtung in sich barg, sind zu bekannt, als daß es dieserhalb einer weiteren Ausführung bedürfte.

Schon deshalb erscheint es nicht gerathen, diese Einrichtung auch noch nach Beseitigung der alten Salbücher und nach Aufstellung der neuen Grundsteuerbücher beizubehalten. Sie würde aber auch außerdem nicht durchführbar sein.

Sie war nur haltbar, weil die Fortschreibung der Cataster und die Führung der Hypothekenbücher bei derselben Behörde stattfand, und mit der Fortschreibung der Salbücher die Besitztitel regulirt wurden.

Dieß Verhältniß ändert sich aber, sobald das Gesetz vom 12. September l. J., die Grundsteuer von den Liegenschaften betr., zur Ausführung gelangt. Die Fortschreibung der Grundsteuerbücher wird zukünftig von Verwaltungsbeamten besorgt, welche mit der Feststellung und Regulirung der Besitztitel nichts zu thun haben, welchen vielmehr nur für die Fortschreibung der Grundsteuerbücher zum Zwecke der Grundsteuererhebung über die eingetretenen Veränderungen in den Eigenthumsverhältnissen von den betr. Grundeigenthümern, bzhw. von den Gerichten, bei welchen die Verhandlungen wegen des Eigenthums-Ueberganges stattgefunden haben, unter Beibringung der erforderlichen Unterlagen Anzeige zu machen ist.

Zur Feststellung und zum Nachweise der Eigenthumsverhältnisse können also die Grundsteuerbücher nicht dienen und eignen sie sich demnach auch nicht zur Grundlage für die Hypothekenbücher. Zu diesem Zwecke sind vielmehr von den Behörden, bei welchen die Verhandlungen über die Regulirung der Besitztitel stattfinden, (von den Gerichten) besondere Bücher zu führen, welche

mit den Hypothekenbüchern im unmittelbaren Zusammenhange stehen und für sie eine feste Grundlage bilden. Es sind dieß die s. g. Grundbücher.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend sind, um den Intentionen des Landtages, für die Hypothekenbücher in Hinsicht auf die verpfändeten Grundstücke eine feste Grundlage zu schaffen und hierfür die neue Vermessung zu verwerthen, zu entsprechen, zwei Gesetzentwürfe nach dem Muster anderer Staaten ausgearbeitet, von denen der eine die geeigneten Vorschriften über den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung, der andere entsprechende Bestimmungen über die Form und Einrichtung der Grundbücher, über die mit der Führung der Grundbücher beauftragten Behörden und über das in Grundbuchsachen zu beobachtende Verfahren enthält. Hieran wird sich dann noch ein weiterer Gesetzentwurf reihen, welcher Vorschriften darüber enthält, in welcher Weise die Resultate der neuen Vermessung zur Herstellung der Grundbücher verwandt werden sollen, und wie die Eintragungen der bisherigen Hypothekenbücher in die Grundbücher demnächst überzuführen sind. Dieser die Uebergangsbestimmungen enthaltende Gesetzentwurf, welcher der Grundbuchordnung nach deren Feststellung angeschlossen werden kann, wird dem Landtage in einer besonderen Vorlage zugehen.

Durch diese Gesetze wird das Hypotheken- und Grundbuchwesen im hiesigen Lande in einer durch die neue Regelung der Grundsteuer erforderlich gewordenen und den Zeitverhältnissen entsprechenden Weise geregelt werden. Zugleich wird dadurch eine Reihe Streitfragen, welche mit der Zeit durch die veralteten Hypothekengesetze hervorgerufen waren und sonst bei der bisherigen Führung der Sal- und Hypothekenbücher entstehen konnten, ihre Beseitigung finden.

In den Gesetzen hat die Einrichtung der „Grundschulden" Aufnahme

gefunden, indem zu erwarten steht, daß dieselbe nach dem Vorgange im Königreiche Preußen auch in der zukünftigen deutschen Civilgesetzgebung Berücksichtigung finden wird.

Auf höchsten Befehl werden dem Landtage die gedachten beiden Gesetzentwürfe hierneben zur verfassungsmäßigen Prüfung und Genehmigung ergebenst vorgelegt.

Gesetz-Entwurf

den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung betreffend, vom

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. erlassen mit Zustimmung des Landtags das nachstehende Gesetz:

Erster Abschnitt.

Von dem Erwerb des Eigenthums an Grundstücken.

§ 1.

Im Fall einer freiwilligen Veräußerung wird das Eigenthum an einem Grundstücke nur durch die auf Grund einer Auflassung erfolgte Eintragung des Eigenthumsüberganges im Grundbuch erworben.

Als Eigenthum im Sinne dieses Gesetzes gilt auch das nutzbare Eigenthum (Erbpacht) und das vererbliche und veräußerliche Nutzungsrecht an einem auf fremdem Grund und Boden stehenden Gebäude.

§ 2.

Die Auflassung eines Grundstücks erfolgt durch die mündlich und gleichzeitig vor dem zuständigen Grundbuchamt abzugebenden Erklärungen des eingetragenen Eigenthümers, daß er die Eintragung des neuen Erwerbers bewillige und des Letzteren, daß er diese Eintragung beantrage.

§ 3.

Ein Erkenntniß, durch welches der eingetragene Eigenthümer eines Grundstücks zur Auflassung rechtskräftig verurtheilt ist, ersetzt die Auflassungserklärung desselben, sobald es vollstreckbar ist.

§ 4.

Außerhalb der Fälle einer freiwilligen Veräußerung wird Grundeigenthum nach dem bisher geltenden Recht erworben. Das Recht der Auflassung und Belastung des Grundstücks erlangt aber der Erwerber erst durch seine Eintragung im Grundbuch.

Miterben können jedoch ein ererbtes Grundstück auflassen, auch wenn sie nicht als Eigenthümer desselben im Grundbuch eingetragen sind.

§ 5.

Gegen den eingetragenen Eigenthümer findet ein Erwerb des Eigenthums an dem Grundstück durch Ersitzung nicht statt.

§ 6.

Der eingetragene Eigenthümer ist kraft seiner Eintragung befugt, alle Klagerechte des Eigenthümers auszuüben, und verpflichtet, sich auf die gegen ihn als Eigenthümer des Grundstücks gerichteten Klagen einzulassen.

Gegen seine Eigenthumsklage steht dem Beklagten die Einrede der Verjährung nicht zu. Hat der Beklagte von dem Kläger oder seinen Rechtsvorgänger auf Grund eines den Eigenthumserwerb bezweckenden Rechtsgeschäfts den Besitz des Grundstücks erhalten, so sind die aus dem Rechtsgeschäft herzuleitenden Rechte nicht als Einrede, sondern nur durch Klage oder Widerklage geltend zu machen.

§ 7.

Eine Vormerkung zur Erhaltung des Rechts auf Auflassung oder auf

Eintragung des Eigenthumsüberganges kann nur unter Vermittelung des Prozeßrichters oder mit Bewilligung des eingetragenen Eigenthümers eingetragen und nur auf Ersuchen des Prozeßrichters oder auf Antrag desjenigen, für welchen die Vormerkung erfolgte, gelöscht werden.

§ 8.

Die Eintragung des Eigenthumsüberganges und deren Folgen können nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts angefochten werden.

Es bleiben jedoch die in der Zwischenzeit von dritten Personen gegen Entgelt und im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Grundbuchs erworbenen Rechte in Kraft.

Gegen diesen Nachtheil kann sich der Anfechtungskläger durch die von dem Prozeßrichter nachzusuchende Eintragung einer Vormerkung sichern.

§ 9.

Die Anfechtung ist auch auf Grund des Rechtsgeschäfts, in dessen Veranlassung die Auflassung erfolgt ist, statthaft, jedoch wird die mangelnde Form dieses Geschäfts durch die Auflassung geheilt.

§ 10.

Beschränkungen des Eigenthumsrechts an dem Grundstück erlangen Rechtswirkung gegen Dritte nur, wenn dieselben die Beschränkungen gekannt haben oder letztere im Grundbuch eigetragen sind.

Zweiter Abschnitt.

Von den dinglichen Rechten an Grundstücken.

§ 11.

Dingliche Rechte an Grundstücken, welche auf einem privatrechtlichen

Titel beruhen, erlangen gegen Dritte nur durch Eintragung Wirksamkeit und verlieren dieselbe durch Löschung.

Der Eintragung bedürfen jedoch nicht die gesetzlichen Vorkaufsrechte und die Grundgerechtigkeiten (Prädialservituten).

§ 12.

Der Eintragung bedürfen ferner nicht alle Domanialgefälle und die gemeinen Lasten. Zu den letzteren gehören alle nach Gesetz, Verfassung oder Herkommen auf dem Grundstück ruhenden aus dem Gemeinde- und Amts-Verbande oder aus dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande entspringenden oder an Kirchen-, Pfarren und Schulen oder an Kirchen-, Pfarr- und Schulbediente zu entrichtenden oder aus der Verpflichtung zu öffentlichen Wege-, Wasser- und Uferbauten entstandenen Abgaben und Leistungen, ferner die Beiträge, welche an Meliorationsgenossenschaften oder andere gemeinnützige von der Staatsbehörde genehmigte Institute zu entrichten sind.

§ 13.

Zur Eintragung eines Rechts in der zweiten Abtheilung des Grundbuchs genügt der Antrag des eingetragenen oder seine Eintragung gleichzeitig erlangenden Eigenthümers unter bestimmter Bezeichnung des Rechts und des Berechtigten.

Auf Antrag des Berechtigten findet die Eintragung statt, wenn der eingetragene Eigenthümer in einer beglaubigten Urkunde die Eintragung bewilligt hat.

§ 14.

Fehlt die Einwilligung des Eigenthümers, so kann die Eintragung, auch wenn das Recht auf einer letztwilligen Verfügung des Erblassers des Eigen-

thümers beruht, nur auf Grund eines rechtskräftigen und vollstreckbaren Erkenntnisses auf Eintragung oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde erfolgen.

§ 15.

Eingetragene dingliche Rechte können weder durch Ersitzung eines entgegenstehenden Rechtes noch durch Verjährung aufgehoben werden.

§ 16.

Eine Vormerkung zur Erhaltung des Rechts auf Eintragung eines dinglichen Rechts kann nur mit Bewilligung des eingetragenen Eigenthümers oder unter Vermittelung des Prozeßrichters oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde eingetragen werden. Gelöscht wird eine eingetragene Vormerkung nur mit Bewilligung dessen, für den sie eingetragen ist, oder unter Vermittelung des Prozeßrichters oder auf Ersuchen derjenigen Behörde, auf deren Antrag dieselbe eingetragen worden.

Durch die Vormerkung wird für die endgültige Eintragung die Stelle in der Reihenfolge der Eintragungen gesichert.

§ 17.

Die Rangordnung der auf demselben Grundstück eingetragenen Rechte bestimmt sich nach der Reihenfolge der Eintragungen, die letztere nach der Zeit, zu welcher der Antrag auf Eintragung dem Grundbuchamt vorgelegt worden ist.

Eintragungen unter demselben Datum haben die Rangordnung nach ihrer Reihenfolge, wenn nicht besonders dabei bemerkt ist, daß sie zu gleichen Rechten neben einander stehen sollen.

Dingliche Rechte, welche der Eintragung nicht bedürfen (§ 11 Abs. 2 § 12) haben gleichen Rang mit einzutragenden dinglichen Rechten, welche

gleich bei Anlegung des Grundbuchblatts eingetragen sind, und gehen allen Eintragungen in der dritten Abtheilung vor.

Sind sie erweislich erst nach Anlegung des Grundbuchblatts entstanden, so richtet sich ihr Rang nach dem Datum ihrer Entstehung.

Dritter Abschnitt.

Von dem Recht der Hypothek und der Grundschuld.

1. Von der Begründung dieser Rechte.

§ 18.

Das Recht der Hypothek und der Grundschuld entsteht durch die Eintragung im Grundbuch.

§ 19.

Die Eintragung erfolgt:

1. wenn der eingetragene oder seine Eintragung gleichzeitig erlangende Eigenthümer sie bewilligt hat, auf Antrag desselben oder des Gläubigers;

   Die Bewilligung kann mit Angabe eines Schuldgrundes geschehen (Hypothek), oder ohne Angabe eines Schuldgrundes (Grundschuld). Im ersteren Falle muß die Schuldurkunde vorgelegt werden;

2. wenn der Gläubiger auf Grund eines rechtskräftigen und vollstreckbaren Erkenntnisses, durch welches der eingetragene Eigenthümer zur Bestellung einer Hypothek oder Grundschuld verurtheilt worden ist, die Eintragung beantragt;

3. wenn eine zuständige Behörde gegen den eingetragenen Eigenthümer die Eintragung nachsucht.

§ 20.

Der eingetragene Gläubiger erlangt das Verfügungsrecht über die Grundschuld erst durch die Aushändigung des Grundschuldbriefes an ihn.

§ 21.

Der eingetragene Miteigenthümer kann auf seinen Antheil eine Hypothek oder Grundschuld bewilligen; auch kann im Wege des gesetzlichen Zwanges gegen ihn auf seinen Antheil eine solche eingetragen werden.

§ 22.

Der Gläubiger hat das Recht unter Vermittelung des Prozeßrichters eine Vormerkung auf dem Grundstück seines Schuldners eintragen zu lassen.

Auch diejenigen Behörden, welche die Eintragung einer Hypothek gegen den Eigenthümer nachzusuchen gesetzlich berechtigt sind, können die Eintragung einer Vormerkung verlangen.

Durch die Vormerkung wird für die endgültige Eintragung die Stelle in der Reihenfolge der Eintragungen gesichert.

§ 23.

Die Eintragungsbewilligung muß auf den Namen eines bestimmten Gläubigers lauten, das verpfändete Grundstück bezeichnen, und eine bestimmte Summe in gesetzlicher Währung, den Zinssatz oder die Bemerkung der Zinslosigkeit, den Anfangstag der Verzinsung und die Bedingungen der Rückzahlung angeben.

§ 24.

Wenn die Größe eines Anspruchs zur Zeit der Eintragung noch unbestimmt ist (Kautions-Hypotheken), so muß der höchste Betrag eingetragen werden, bis zu welchem das Grundstück haften soll.

§ 25.

Für Kapitalien, welche zinslos oder mit Zinsen unter dem Zinssatz von fünf vom Hundert eingetragen sind, kann der Eigenthümer des Grundstücks einen Zinssatz bis fünf vom Hundert mit der Rangordnung des Capitals eintragen lassen. Der Einwilligung der gleich- oder nachstehend eingetragenen Gläubiger bedarf es dazu nur, sofern dieselben schon in den bisherigen Hypothekenbüchern mit derselben Forderung ingrossirt gewesen waren.

§ 26.

Der bei der Veräußerung eines Grundstücks zur Sicherstellung einer Forderung bedungene Vorbehalt des Eigenthums gewährt dem Veräußerer nur das Recht, für die bestimmte Summe eine Hypothek auf das Grundstück eintragen zu lassen.

§ 27.

Der Eigenthümer kann auf seinen Namen Grundschulden eintragen und sich Grundschuldbriefe ausfertigen lassen. Er erlangt dadurch das Recht, über diese Grundschuld zu verfügen und auf dritte Personen die vollen Rechte eines Grundschuldgläubigers zu übertragen.

Bei der Vertheilung der Kaufgelder in Folge einer gerichtlichen Zwangsversteigerung kann er die Grundschuld für sich geltend machen.

§ 28.

Hat der Eigenthümer das Eigenthum des Grundstücks abgetreten, so erlangt er an der auf seinen Namen eingetragenen Grundschuld alle Rechte eines Grundschuldgläubigers.

§ 29.

Eine Hypothek kann auf Antrag des Eigenthümers und des Gläubigers in eine Grundschuld umgewandelt werden, wenn die in der zweiten Ab-

theilung bei Anlegung des Grundbuchblatts eingetragenen Berechtigten, und die in der dritten Abtheilung gleich- oder nachstehend eingetragenen Gläubiger einwilligen, welche schon in den bisherigen Hypothekenbüchern mit derselben Forderung ingrossirt gewesen waren.

2. Von dem Umfang des Hypotheken und des Grundschuldrechts.

§ 30.

Für das eingetragene Kapital, für die eingetragenen Zinsen und sonstigen Jahreszahlungen und für die Kosten der Eintragung, der Kündigung, der Klage und Beitreibung haften:

das ganze Grundstück mit allen seinen, zur Zeit der Eintragung nicht abgeschriebenen Theilen (Parcellen, Trennstücken);

die auf dem Grundstück befindlichen oder nachträglich darauf errichteten, dem Eigenthümer gehörigen Gebäude;

die natürlichen An- und Zuwüchse, die stehenden und hängenden Früchte, jedoch haften die dem Pächter zuwachsenden Früchte nicht;

die auf dem Grundstück noch vorhandenen abgesonderten, dem Eigenthümer gehörigen Früchte;

die Mieth- und Pachtzinsen und sonstigen Hebungen;

die zugeschriebenen unbeweglichen Zubehörstücke (Pertinenzien) und Gerechtigkeiten;

das bewegliche, dem Eigenthümer gehörige Zubehör, so lange bis dasselbe veräußert und von dem Grundstücke räumlich getrennt worden ist;

die dem Eigenthümer zufallenden Versicherungsgelder für Früchte, bewegliches Zubehör und abgebrannte oder durch Brand beschädigte Gebäude, wenn

diese Gelder nicht statutenmäßig zur Wiederherstellung der Gebäude verwendet werden müssen oder verwendet worden sind.

§ 31.

Die Abtretung und Verpfändung der Ansprüche auf Versicherungsgelder, die Vorauserhebung, Abtretung und Verpfändung von Pacht- und Miethzinsen auf mehr als ein halbes Jahr, und die Veräußerung stehender und hängender Früchte ist, soweit sie zum Nachtheil der eingetragenen Gläubiger gereicht, ohne Wirksamkeit.

§ 32.

Werden nach der Eintragung der Hypothek oder Grundschuld dem verpfändeten Grundstücke andere Grundstücke als Zubehör zugeschrieben, so treten diese in die Pfandverbindlichkeiten desselben; es gehen jedoch die mitübertragenen Posten des zugeschriebenen Stücks — soweit es sich um Befriedigung derselben aus diesem Stück handelt — den zur Zeit der Zuschreibung auf dem Hauptgut eingetragenen vor.

§ 33.

Werden unbewegliche Zubehörstücke oder Theile des Grundstücks auf dem Blatt des bisherigen Haupt- oder Stammguts abgeschrieben und auf ein anderes Blatt übertragen, so haften sie für die eingetragenen Belastungen des bisherigen Haupt- oder Stammguts nur dann, wenn diese bei der Abschreibung auf das andere Blatt mitübertragen worden sind.

3. Von der Rangordnung der auf demselben Grundstück haftenden Hypotheken und Grundschulden.

§ 34.

Die Rangordnung der auf demselben Grundstück haftenden Hypotheken und Grundschulden bestimmt sich nach den in § 17 gegebenen Vorschriften.

§ 35.

Ein voreingetragener Gläubiger kann sein Vorrecht einem nachstehenden einräumen. Die Einräumung des Vorrechts für das Kapital bezieht sich auch auf die Nebenleistungen. Die Vorrechte der Zwischenposten werden hierdurch nicht geändert.

§ 36.

Die Rangordnung zwischen den Belastungen zur zweiten und dritten Abtheilung des Grundbuchs bestimmt sich nach dem Datum der Eintragung.

Eintragungen unter demselben Datum stehen zu gleichem Recht, wenn nicht besonders dabei bemerkt ist, daß die eine der anderen nachstehen soll.

Hypotheken, welche in Folge einer Ablösung eingetragener oder der Eintragung nicht bedürfender (§ 11 Abs. 2 § 12) dinglicher Rechte bestellt werden, erhalten bei der Eintragung denselben Rang wie letztere jedoch nur insoweit, als das Ablösungscapital den gesetzlichen Ablösungsfuß nicht übersteigt, oder als ein etwa vereinbarter höherer Ablösungsfuß bei der Eintragung des Rechts bemerkt ist. Das abgelöste Recht wird im Grundbuch von Amtswegen gelöscht und ist der Vorrang solcher Hypotheken im Grundbuch bei der Eintragung zu bemerken.

4. Von der Wirkung des Rechts der Hypotheken und der Grundschulden.

§ 37.

Durch die Eintragung der Hypothek und der Grundschuld wird für den Gläubiger die dingliche Klage gegen den Eigenthümer begründet. Der letztere haftet nur mit dem Grundstück nach Maßgabe der §§ 30, 32. Er kann der dinglichen Klage die Einrede, daß zunächst gegen den persönlichen Schuldner geklagt werden müsse, nicht entgegen setzen.

§ 38.

Gegen die Klage aus einer Grundschuld sind Einreden nur soweit zulässig, als sie dem Beklagten gegen den jedesmaligen Kläger unmittelbar zustehen oder aus dem Grundschuldbrief sich ergeben, oder die Thatsachen, auf welche sich dieselben gründen, dem Kläger beim Erwerb der Grundschuld bekannt gewesen sind.

Gegen die Klage aus einer Hypothek können Einreden aus dem persönlichen Schuldverhältniß einem Dritten, welcher ein Recht auf die Hypothek gegen Entgelt erworben hat, nur entgegengesetzt werden, wenn sie ihm vorher bekannt geworden sind oder sich aus dem Grundbuch ergeben.

Einreden gegen das Verfügungsrecht des Klägers aus der Person seines eingetragenen Rechtsurhebers (Autors) sind sowohl gegen die Klage aus einer Grundschuld als gegen die aus einer Hypothek unzulässig.

Die Beweiskraft von Schuldbekenntnissen über ein Darlehn hängt nicht vom Ablauf einer Zeit ab, wenn auf Grund der Urkunde eine Hypothek eingetragen ist.

§ 39.

Gegen die dingliche Klage auf Rückstände von Zinsen und sonstigen Jahresleistungen ist die Einrede der Tilgung unbedingt zulässig.

Mit dem Grundschuldbriefe können Zinsquittungsscheine ausgegeben werden. Ist dies geschehen, so ist nur der Inhaber des fälligen Zinsquittungsscheines gegen Aushändigung desselben zur Empfangnahme der Zinsen berechtigt.

§ 40.

Gleich- oder nacheingetragene Gläubiger können Grundschulden nur dann

anfechten, wenn sie im Wege der Zwangsvollstreckung die Eintragung erlangt haben.

§ 41.

Hat der Erwerber eines Grundstücks die auf demselben haftende Hypothek in Anrechnung auf das Kaufgeld übernommen, so erlangt der Gläubiger gegen den Erwerber die persönliche Klage, auch wenn er dem Uebernahmevertrag nicht beigetreten ist.

Der Veräußerer wird von seiner persönlichen Verbindlichkeit frei, wenn der Gläubiger nicht innerhalb eines Jahres, nachdem ihm der Veräußerer die Schuldübernahme bekannt gemacht, die Hypothek dem Eigenthümer des Grundstücks gekündigt und binnen sechs Monaten nach der Fälligkeit eingeklagt hat.

Ist das Kündigungsrecht für eine bestimmte Zeit ausgeschlossen oder an den Eintritt eines bestimmten Ereignisses geknüpft, so beginnt die Frist mit Ablauf der Zeit oder Eintritt des Ereignisses.

§ 42.

Wenn eine Hypothek oder Grundschuld ungetheilt auf mehreren Grundstücken haftet, so ist der Gläubiger berechtigt, sich an jedes einzelne Grundstück wegen seiner ganzen Forderung zu halten.

Soweit der Gläubiger aus dem einen Grundstück seine Befriedigung erhalten hat, erlischt die Hypothek oder Grundschuld auf dem mitverhafteten Grundstück. Der Eigenthümer desselben erlangt nicht das Recht, über diese Post zu verfügen, oder sie für sich zu liquidiren.

§ 43.

Der hypothekarische oder Grundschuldgläubiger, dessen Anspruch vollstreckbar geworden, hat das Recht, auf gerichtliche Zwangsverwaltung und gerichtliche Zwangsversteigerung anzulegen.

Haftet die Hypothek oder Grundschuld nur auf einem Antheil des Grundstücks, so kann nur der Antheil zur Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung gestellt werden.

§ 44.

Der Antrag auf Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung ist auch dann zulässig, wenn seit der Zustellung der Klage ein Wechsel in der Person des Eigenthümers des Grundstücks eingetreten ist.

§ 45.

Ein Vertrag zwischen dem hypothekarischen oder Grundschuldgläubiger und dem Eigenthümer, durch welchen Ersteren das Recht der Veräußerung zum Zweck ihrer Befriedigung entzogen wird, ist nichtig.

§ 46.

Der Eigenthümer ist berechtigt bei der Zwangsversteigerung mitzubieten. Es muß jedoch, sobald ein Betheiligter seiner Zulassung widerspricht, für sein jedesmaliges Gebot im Termin eine Sicherheit baar oder in inländischen öffentlichen nicht außer Umlauf gesetzten Papieren, oder Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs oder des Königreichs Preußen erlegt werden. Diese Papiere müssen mit den laufenden Zinsscheinen und Talons eingereicht werden und sind nach dem Börsenpreise zu berechnen. Wenn der Eigenthümer der Meistbietende geblieben und ein begründeter Widerspruch nicht erfolgt ist, so wird durch Erkenntniß ausgesprochen, daß ihm das Eigenthum an dem Grundstück zu belassen sei.

§ 47.

Der Ersteher erwirbt das Eigenthum frei von allen Hypotheken und Grundschulden.

Dingliche Lasten anderer Art, welche aus privatrechtlichen Titeln her-

rühren, müssen von dem Ersteher übernommen werden, wenn denselben keine Hypothek oder Grundschuld vorgeht. Gebote, durch welche der Bietende sich zur Uebernahme derartiger, einer Hypothek oder Grundschuld nachstehender Lasten bereit erklärt, dürfen nur dann berücksichtigt werden, wenn dieselben zugleich für sämmtliche der zu übernehmenden Last vorgehende Hypotheken oder Grundschulden vollständige Deckung gewähren.

§ 48.

Ein Vertrag, durch welchen sich der Eigenthümer einem Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger gegenüber verpflichtet, das Grundstück nicht weiter zu belasten, ist nichtig.

§ 49.

Beschränkungen des eingetragenen Gläubigers in der Verfügung über die Hypothek oder Grundschuld erlangen Rechtswirkung gegen Dritte nur, wenn dieselben bei Hypotheken im Grundbuch eingetragen oder bei Grundschulden auf dem Grundschuldbrief vermerkt sind oder wenn sie den Dritten bei Erwerb ihres Rechts an dem Grundstück bekannt waren.

Die Eintragung erfolgt entweder mit Bewilligung des Gläubigers, oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde.

§ 50.

Erhebliche Verschlechterungen des Grundstücks, durch welche die Sicherheit des Gläubigers gefährdet wird, berechtigen denselben, bei dem Prozeßrichter Sicherungsmaßregeln zu beantragen, auch seine Befriedigung vor der Verfallzeit zu fordern.

§ 51.

An den bestehenden Vorschriften über die unter Aufsicht einer Behörde zu bewirkende Verwendung der dem Grundstückseigenthümer zufallenden Kapi-

talien im Interesse der dinglich Berechtigten wird durch dieses Gesetz nichts geändert.

5. Von dem Uebergang der Hypotheken und Grundschulden.

§ 52.

Die Hypothek kann nur gemeinsam mit dem persönlichen Recht abgetreten werden.

Wird eine zur Sicherung eines persönlichen Rechts dienende Grundschuld ohne den persönlichen Anspruch abgetreten, so erlischt letzterer.

§ 53.

Die Eintragung der Abtretung oder Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld darf nur auf Grund der Bewilligung des Gläubigers oder seiner rechtskräftigen und vollstreckbaren Verurtheilung zur Bewilligung oder auf Grund eines Ersuchens einer zuständigen Behörde gegen den eingetragenen Gläubiger erfolgen.

§ 54.

Der Erwerb der Hypothek oder Grundschuld durch Abtretung und die Wirksamkeit der Verpfändung derselben hängt nicht von der Eintragung ab.

§ 55.

Grundschulden können ohne Nennung des Erwerbers abgetreten werden (Blancoabtretung).

Jeder Inhaber erlangt dadurch das Recht, die Blancoabtretung durch einen Namen auszufüllen, die Grundschuld auch ohne diese Ausfüllung abzutreten, und die dingliche Klage anzustellen.

§ 56.

In Ermangelung einer Vereinbarung der Betheiligten werden die Kosten der Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld und deren Eintragung von

dem Verpfänder allein, die Kosten der Abtretung und deren Eintragung von dem abtretenden Gläubiger und dem Erwerber zu gleichen Theilen getragen; hat jedoch der befriedigte Gläubiger auf Veranlassung des Eigenthümers die Hypothek oder Grundschuld ihm oder einem Andern abgetreten, so hat der Eigenthümer die Abtretungs- und Eintragungskosten zu zahlen.

6. Von der Löschung der Hypotheken und Grundschulden.

§ 57.

Das Hypotheken- und Grundschuldrecht wird nur durch Löschung im Grundbuch aufgehoben.

§ 58.

Die Löschung erfolgt auf Antrag des Eigenthümers oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde.

§ 59.

Vormerkungen werden gelöscht auf Ersuchen derjenigen Behörde, auf deren Antrag dieselben im Grundbuch vermerkt worden, oder auf Bewilligung dessen, für den sie vermerkt worden sind.

§ 60.

Weigert der Gläubiger die Bewilligung der Löschung, so bleibt dem Eigenthümer überlassen, zugleich mit der Klage gegen den Gläubiger bei dem Prozeßrichter den Antrag zu begründen, das Grundbuchamt zu ersuchen, daß bei der Hypothek oder Grundschuld Widerspruch gegen weitere Verfügungen des Gläubigers vermerkt werde.

§ 61.

Die Kosten der Quittung und Löschung hat beim Mangel einer Vereinbarung der Betheiligten der Schuldner, die besonderen Kosten für den Nachweis der Berechtigung des Gläubigers der Letztere zu tragen.

§ 62.

An die Stelle einer gelöschten Hypothek und Grundschuld darf eine andere nicht eingetragen werden, vielmehr rücken die nachstehenden Posten vor.

§ 63.

Wenn eine Hypothek oder Grundschuld von dem Eigenthümer bezahlt oder auf andere Weise getilgt worden ist, so ist der bisherige Gläubiger nach der Wahl des Eigenthümers verpflichtet, entweder Quittung oder Löschungsbewilligung zu ertheilen, oder die Post ohne Gewährleistung abzutreten.

§ 64.

Der eingetragene Eigenthümer ist berechtigt, auf Grund der Quittung oder Löschungsbewilligung die Post auf seinen Namen umschreiben zu lassen oder über sie zu verfügen.

§ 65.

Ein gleiches Recht hat der eingetragene Eigenthümer, welcher die Hypothek oder Grundschuld von Todeswegen erworben hat, auf Grund des Testaments, des Erbvertrages oder der Erbbescheinigung.

Hat derselbe die Post als Vermächtnißnehmer erworben, so bedarf es zur Umschreibung der Einwilligung des Erben, oder seiner rechtskräftigen und vollstreckbaren Verurtheilung zu derselben.

§ 66.

Erwirbt der Gläubiger das verpfändete Grundstück, so kann er die Hypothek oder Grundschuld auf seinen Namen stehe lassen oder über sie verfügen.

§ 67.

Die Vorschriften der §§ 63 — 66 finden auf Kautionshypotheken keine Anwendung.

Vierter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 68.

Der Prozeßrichter hat auf den Antrag einer Partei die Eintragung einer Vormerkung bei dem Grundbuchamt nachzusuchen, wenn ihm der Anspruch oder das Widerspruchsrecht, welche durch die Vormerkung gesichert werden sollen, glaubhaft gemacht sind.

§ 69.

Der Prozeßrichter hat auf Antrag die Rechtskraft des Erkenntnisses, auf Grund dessen eine Eintragung oder Löschung erwirkt werden soll, zu bescheinigen.

§ 70.

Dieses Gesetz tritt am ..... in Kraft.

Gegeben Detmold den

Gesetz-Entwurf

betreffend die Grundbuchordnung für das Fürstenthum Lippe vom . . . . .

Von Gottes Gnaden Wir Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. erlassen mit Zustimmung des Landtags als Gesetz die anliegende Grundbuchordnung für das Fürstenthum Lippe.

Detmold den

Grundbuch-Ordnung.

Erster Abschnitt.

Von der Form und Einrichtung der Grundbücher.

§ 1.

Für jeden Gemeindebezirk werden ein oder mehrere Grundbücher angelegt. In diese werden die selbstständigen, in den Grundsteuerbüchern verzeichneten Grundstücke eingetragen.

Die Eintragung erfolgt in einer den Artikeln der Mutterrolle entsprechenden Nummerreihe. Das vererbliche und veräußerliche Nutzungsrecht an einem auf fremdem Grund und Boden stehenden Gebäude wird auf ein besonderes Blatt eingetragen.

§ 2.

Für die zum Domanium und für die dem Staate gehörenden Grundstücke, ingleichen für Grundstücke der Kirchen, Schulen, Gemeinden und öffentlichen Genossenschaften, für Eisenbahnen und öffentliche Wege bedarf es der Anlegung eines Grundbuchblattes nur in dem Falle der Veräußerung oder Belastung, oder wenn von dem Eigenthümer oder einem Berechtigten bezw. der Direction der Fürstl. Fideicommiß-Verwaltung darauf angetragen wird.

Die Grundstücke der Eisenbahnen und die öffentlichen Wege werden dann in dem Grundbuche eines jeden Bezirks, in welchem sie liegen (§ 1) eingetragen.

§ 3.

Die Mutterrollen dienen zur Ausmittelung der in die Grundbücher einzutragenden oder bereits eingetragenen Grundstücke, ihrer Lage und Größe. Ihre Bezeichnung in den Mutterrollen ist bei den Grundbüchern beizubehalten. Bei Gutscomplexen genügt die Eintragung der Gesammtfläche und des Gesammtreinertrages.

§ 4.

Das Grundbuchblatt eines Grundstücks umfaßt dessen Bestandtheile, unbewegliche Zubehörstücke und Gerechtigkeiten.

Zubehörstücke erhalten nur dann ein besonderes Blatt im Grundbuch, wenn das Hauptgut im Auslande oder in dem Bezirke einer anderen Gemeinde liegt.

Im ersteren Fall ist das Zubehörstück, sofern nicht durch Staatsverträge ein Anderes bestimmt ist, als ein selbstständiges Grundstück zu behandeln.

Im letzteren Fall ist auf dem Titel des Zubehörstücks zu vermerken, zu welchem Hauptgut dasselbe gehört, demnächst das Blatt gegen weitere Ein-

tragungen zu schließen, und auf dem Titel des Hauptgutes auf das Grundbuchblatt des Zubehörstücks hinzuweisen.

§ 5.

Die Grundbücher werden, nach dem diesen Gesetz beigelegten Formular eingerichtet. (Anlage A.)

§ 6.

In dem Grundbuch erhält jedes selbstständige Grundstück, d. h. jede unter demselben Artikel der Mutterrolle befaßte Grundbesitzung, ein eigenes Grundbuchblatt. Dasselbe besteht in einem Titel und drei Abtheilungen.

§ 7.

Der Titel enthält in der Ueberschrift die Bezeichnung des Grundbuchamtes, der Gemeinde und des Grundstücks nach dem Artikel der Mutterrolle und zerfällt in 4 Hauptspalten:

Erste Spalte: Ordnungsziffer,

Zweite Spalte: Bestand und Veränderungen,

Dritte Spalte: Zuschreibungen mit den Unterabtheilungen:

von — Flächeninhalt — Grundsteuerreinertrag — Miethwerth,

Vierte Spalte: Abschreibungen mit den Unterabtheilungen:

nach — Flächeninhalt — Grundsteuerreinertrag — Miethwerth.

§ 8.

In die erste Spalte der ersten Abtheilung ist einzutragen:

der Eigenthümer nach Vor- und Zunamen, nach Stand, Gewerbe, oder anderen unterscheidenden Merkmalen, Wohnort oder Aufenthaltsorts; eine juristische Person nach ihrer gesetzlichen oder in der Verleihungsurkunde enthaltenen Benennung; eine Handelsgesellschaft,

Actiengesellschaft und Genossenschaft unter ihrer Firma und Bezeichnung des Orts, wo sie ihren Sitz hat;

in die zweite Spalte:

das Datum der Auflassung und der Eintragung, die Vermerke über Zuschreibungen (§ 51), und auf Antrag des Eigenthümers der Erwerbsgrund;

in die dritte Spalte:

auf Antrag des Eigenthümers der Erwerbspreis, die Schätzung des Werths nach einer öffentlichen Taxe und bei Gebäuden die Feuerversicherungssumme mit Angabe des Datums.

§ 9.

In die erste Hauptspalte der zweiten Abtheilung werden eingetragen:

1. Dingliche Rechte an Grundstücken, welche auf einem privatrechtlichen Titel beruhen. (§ 11 des E. E. G.)

   Von der Eintragung sind ausgeschlossen die an den Staat zu entrichtenden Steuern und Abgaben.

   Der Eintragung bedürfen nicht die im § 11 Abs. 2 und § 12 des E. E. G. aufgeführten Rechte und Lasten.

2. Die Beschränkungen des Eigenthums und des Verfügungsrechts des Eigenthümers.

In die zweite Hauptspalte „Veränderungen" werden alle Veränderungen eingetragen, welche die in der ersten Hauptspalte vermerkten Rechte und Beschränkungen erleiden.

Ist ein in der ersten Hauptspalte eingetragenes Recht aufgehoben, so erfolgt die Löschung in der Hauptspalte „Löschungen"; die Löschung einer Ver-

änderung wird unter der zweiten Hauptspalte in der Nebenspalte „Löschungen" bewirkt.

§ 10.

In die erste Hauptspalte der dritten Abtheilung werden die Hypotheken und Grundschulden eingetragen.

Wenn mit solchen Rechten der Besitz und Genuß des Grundstücks von Seiten des Gläubigers verbunden ist, so wird zugleich dieses Recht in der zweiten Abtheilung vermerkt.

In die zweite Hauptspalte „Veränderungen" sind alle Veränderungen der in der ersten Hauptspalte eingetragenen Posten zu vermerken.

Die Nebenspalte „Löschungen" in der zweiten Hauptspalte ist für die Löschung der Veränderungen, die Hauptspalte „Löschungen" zur Löschung der in der ersten Hauptspalte eingetragenen Posten bestimmt.

§ 11.

Für mehrere im Bezirk desselben Grundbuchamts liegende Grundstücke desselben Eigenthümers kann auf dessen Antrag ein gemeinschaftliches Blatt angelegt werden, wenn daraus nach dem Ermessen des Grundbuchamts keine Verwirrung zu besorgen ist.

§ 12.

Für jedes Grundbuchblatt werden besondere Grundacten gehalten. Den Grundacten sind Tabellen vorzuheften, welche eine wörtliche Abschrift der Grundbuchblätter sein müssen.

§ 13.

Die Einsicht der Grundbücher und Grundacten ist Jedem gestattet, welcher nach dem Ermessen des Vorstehers des Grundbuchamts ein rechtliches Interesse dabei hat.

Oeffentlichen Behörden und den von ihnen beauftragten Beamten steht in den gesetzlich bestimmten Fällen die Einsicht der Grundbücher und Grundacten und die Entnahme von Bemerkungen aus denselben frei, auch sind sie berechtigt Abschriften zu verlangen.

Zweiter Abschnitt.

Von den Grundbuchämtern.

§ 14.

Das Grundbuchwesen gehört zur Zuständigkeit der Amtsgerichte. Jedes Amtsgericht bildet ein Grundbuchamt und besteht als solches aus einem zum Richteramt befähigten Vorstand (Grundbuchrichter), einem Buchführer und den erforderlichen Schreibern und Unterbeamten.

§ 15.

Die Dienstaufsicht über die Grundbuchämter und die Entscheidung über Beschwerden gegen Verfügungen derselben steht dem Landgerichte zu. Auf die Beschwerdeführung finden im Uebrigen die Vorschriften Anwendung, welche in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit gelten.

§ 16.

Liegen Grundstücke, welche einem einheitlichen Gutsverbande angehören, in den Bezirken verschiedener Grundbuchämter, so hat das Landgericht zu bestimmen, welches Amt das Grundbuch zu führen hat.

§ 17.

Streitigkeiten über die Zuständigkeit mehrerer Grundbuchämter werden von dem Landgerichte entschieden.

§ 18.

Wenn ein Grundbuchblatt aus dem Bezirk eines Grundbuchamts in den

eines anderen übergeht, so wird dem letzteren eine vollständige beglaubigte Abschrift des Blattes mitgetheilt und das frühere Blatt geschlossen. In diese Abschrift ist nur der noch gültige Inhalt aufzunehmen.

§ 19.

Die Beamten des Grundbuchamts haften für jedes Versehen bei Wahrnehmung ihrer Amtspflichten, soweit für den Beschädigten von anderer Seite her Ersatz nicht zu erlangen ist.

Soweit der Beschädigte nicht im Stande ist, Ersatz seines Schadens von dem Grundbuchbeamten zu erhalten, haftet ihm für denselben der Staat.

§ 20.

Die Schadensersatzklage gegen die Grundbuchbeamten verjährt in 3 Jahren, nachdem der Beschädigte von dem Dasein und dem Urheber des Schadens Kenntniß erhalten hat. Sind seit dem Zeitpunkt der Beschädigung 30 Jahre verflossen, so kommt es auf den Zeitpunkt der erlangten Kenntniß nicht weiter an.

Dritter Abschnitt.

Von dem Verfahren in Grundbuchsachen.

1 Allgemeine Bestimmungen.

§ 21.

Die Grundbuchämter verfahren, mit Ausnahme der im Gesetz bestimmten Fälle, nur auf Antrag.

§ 22.

Die Anträge werden mündlich bei dem Grundbuchamt angebracht oder schriftlich eingereicht.

§ 23.

Mündliche Anträge auf Eintragungen oder Löschungen sind von dem Grundbuchrichter aufzunehmen.

§ 24.

Schriftliche, zu einer Eintragung oder Löschung erforderliche Anträge und Urkunden müssen gerichtlich oder notariell aufgenommen oder beglaubigt sein. Jedoch bedürfen schriftliche Anträge, welchen die beglaubigten Urkunden beiliegen, in denen die Betheiligten die beantragte Eintragung oder Löschung schon bewilligt haben, keiner besonderen Beglaubigung.

§ 25.

Urkunden und Anträge öffentlicher Behörden bedürfen, wenn sie ordnungsmäßig unterschrieben und untersiegelt sind, keiner Beglaubigung.

§ 26.

Anwälte bedürfen zur Stellung der Anträge keiner besonderen Vollmacht, wenn die von ihnen eingereichte gerichtlich oder notariell beglaubigte Urkunde die Bewilligung oder den Antrag der Betheiligten auf Eintragung oder Löschung enthält.

§ 27.

Andere Personen, welche als Bevollmächtigte Anträge stellen, haben sich durch gerichtlich oder notariell aufgenommene oder beglaubigte Vollmacht auszuweisen.

§ 28.

Sind die zur Eintragung oder Löschung erforderlichen Urkunden oder Vollmachten von einer ausländischen Behörde ausgestellt oder beglaubigt, und ist die Befugniß dieser Behörde zur Ausstellung öffentlicher Urkunden nicht durch Staatsverträge verbürgt, oder sonst dem Grundbuchamt bekannt, so muß die Befugniß der ausländischen Behörde zur Aufnahme des Actes und deren Unterschrift auf gesandtschaftlichem Wege festgestellt werden.

§ 29.

Bei Eintragungen und Löschungen auf Grund von Erbverträgen, letztwilligen Verfügungen und Ertheilungsurkunden genügt, wenn sie gerichtlich oder notariell aufgenommen sind, ein Auszug aus diesen Urkunden, soweit derselbe die einzutragende oder zu löschende Bestimmung betrifft, wenn in den dazu geeigneten Fällen eine gerichtliche Bescheinigung darüber beigefügt ist:

daß in der Urkunde eine weitere hierauf bezügliche Bestimmung nicht enthalten ist.

§ 30.

Auf Grund von Privattestamenten oder von Erbverträgen, welche gültig ohne öffentliche Urkunde errichtet sind, können Eintragungen oder Löschungen nur erfolgen, wenn entweder das Anerkenntniß des gesetzlichen Erben durch eine öffentliche Urkunde nachgewiesen, oder eine Bescheinigung des Amtsgerichts, bei welchem der Erblasser zur Zeit des Todes seinen allgemeinen Gerichtsstand hatte, beigebracht wird, daß sich nach erfolgter öffentlicher Ladung Niemand gemeldet habe, der ein besseres Recht in Anspruch nehme.

§ 31.

Sind Nachlaßforderungen getheilt, so genügt zu deren Umschreibung eine gerichtliche Bescheinigung,

daß die Forderung bei der Theilung des Nachlasses dem Erben oder Vermächtnißnehmer übereignet worden sei.

§ 32.

Dem auf Eintragung oder Löschung gerichteten Ersuchen einer zuständigen Behörde, welches den gesetzlichen Erfordernissen entspricht, insbesondere auch alle wesentlichen Punkte des einzutragenden Vermerks enthalten muß, haben

die Grundbuchämter zu genügen, oder den aus dem Grundbuch sich ergebenden Anstand der ersuchenden Behörde bekannt zu machen.

§ 33.

Die Anträge sowohl als die Urkunden sind genau mit dem Zeitpunkt des Eingangs vom Grundbuchrichter oder Buchführer zu bezeichnen.

§ 34.

Die Verfügungen auf die Anträge sind vom Grundbuchrichter zu erlassen und vom Buchführer auszuführen.

Die Eintragungsformel ist dem Antrag gemäß von dem Richter wörtlich in der Fassung zu entwerfen, in welcher sie in das Grundbuch eingetragen werden soll.

Nebenbestimmungen, insbesondere über Kündigung oder Zahlung des Capitals, sind dem Antrag entsprechend in die Formel aufzunehmen.

§ 35.

Bei allen Einschreibungen in das Grundbuch ist der Tag der Einschreibung anzugeben; die in die zweite und dritte Abtheilung einzutragenden Posten sind in jeder Abtheilung mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Die Einschreibungen sind im Grundbuch von dem Grundbuchrichter und dem Buchführer zu unterzeichnen.

§ 36.

Aus mehreren Eintragungsgesuchen für dasselbe Grundstück erfolgt die Eintragung in der durch den Zeitpunkt der Vorlegung der Gesuche bei dem Grundbuchamt bestimmten Reihenfolge, und aus gleichzeitig vorgelegten Gesuchen zu gleichem Recht, wenn nicht in denselben eine andere Reihenfolge bestimmt ist.

§ 37.

Der Grundbuchrichter ist verpflichtet, die Rechtsgültigkeit der vollzogenen Auflassung, Eintragungs- oder Löschungsbewilligung nach Form und Inhalt zu prüfen. Ergiebt diese Prüfung für die beantragte Eintragung oder Löschung ein Hinderniß, so hat der Grundbuchrichter dasselbe dem Antragsteller bekannt zu machen.

Mängel des Rechtsgeschäfts, welches der vollzogenen Auflassung, Eintragungs- oder Löschungsbewilligung zu Grunde liegt, berechtigen nicht, die beantragte Eintragung oder Löschung zu beanstanden.

2. Eintragung des Eigenthümers.

§ 38.

Der Grundbuchrichter darf die Auflassungserklärung erst entgegennehmen, wenn er nach Prüfung der Sache dafür hält, daß der sofortigen Eintragung des Eigenthums ein Hinderniß nicht entgegensteht.

In der Auflassungserklärung können die Betheiligten das Rechtsgeschäft, welches der Auflassung zu Grunde liegt, bezeichnen, und sind dieselben befugt, eine Ausfertigung oder Abschrift der über das Rechtsgeschäft errichteten Urkunde zu den Acten zu geben.

Die Eintragung des Eigenthumsüberganges muß sich unmittelbar an die Auflassung anschließen.

§ 39.

Wer von dem Zeitpunkt, in welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, das Eigenthum eines Grundstücks erworben hat, für welches ein Grundbuchblatt nicht angelegt ist, erhält auf Antrag die Eintragung als Eigenthümer, wenn er seinen Erwerb nach den Vorschriften des bisherigen Rechts nachgewiesen hat.

§ 40.

Gilt unter Eheleuten Gütergemeinschaft, so ist dieses Rechtsverhältniß auch auf den Antrag eines Ehegatten, im Grundbuch zu vermerken.

Bei fortgesetzter Gütergemeinschaft ist das Miteigenthum der Kinder auf den Antrag des überlebenden Ehegatten, der Kinder oder deren gesetzlicher Vertreter einzutragen.

§ 41.

Die Eintragung des Eigenthums gesetzlicher Erben an den zur Erbschaft gehörigen Grundstücken erfolgt auf Grund einer Erbbescheinigung des zuständigen Richters.

Beruht das Erbrecht auf einem Erbvertrag oder einem Testament, so muß die letztwillige Verordnung oder ein nach § 29 bescheinigter Auszug aus derselben mit der Verkündigungsverhandlung, oder den sonst zum Nachweise des Erbrechts erforderlichen Urkunden (§ 30) in Ausfertigung beigebracht werden, sofern diese Urkunden dem Grundbuchrichter nicht in Urschrift vorliegen.

§ 42.

Lehnsfolger haben ihr Nachfolgerecht durch eine Bescheinigung der Lehnsbehörde nachzuweisen.

Die Eintragung der Familienfideicommiß- oder Stammgutseigenschaft erfolgt auf den Antrag des Eigenthümers oder eines Nachfolgeberechtigten, sobald derselbe nachweist, daß jene Eigenschaft entstanden ist.

Familienfideicommiß- oder Stammgutsnachfolger sind als Eigenthümer einzutragen, wenn sie ihr Nachfolgerecht durch eine Erbbescheinigung des zuständigen Richters nachweisen.

§ 43.

Vermächtnißnehmer müssen die Einwilligung der Erben in die Eintragung ihres Eigenthums in beglaubigter Form oder das die Erben zur Ertheilung der Einwilligung verurtheilende rechtskräftige und vollstreckbare Erkenntniß beibringen.

§ 44.

Nebenbestimmungen aus Verträgen oder letzwilligen Verordnungen, welche das Eigenthum oder die Befugniß des Eigenthümers, über das Grundstück zu verfügen, beschränken, werden nur auf Antrag eingetragen.

§ 45.

In den Fällen, in welchen der Erwerb des Eigenthums an Grundstücken eine Auflassungserklärung des bisher eingetragenen Eigenthümers nicht voraussetzt, kann der Eigenthümer zur Eintragung seines Eigenthums angehalten werden, wenn

1. eine zuständige Behörde dieselbe erfordert,
2. wenn ein dinglich oder zu einer Eintragung Berechtigter dieselbe beantragt.

§ 46.

Wird von einem nach § 45 hierzu Berechtigten die Eintragung des Eigenthümers beantragt, so hat der Grundbuchrichter den Eigenthümer unter Mittheilung des Antrages aufzufordern, binnen einer bestimmten Frist bei Vermeidung einer die Summe von 150 Mark nicht übersteigenden Geldstrafe sich eintragen zu lassen.

Läßt derselbe die Frist fruchtlos verstreichen und bescheinigt auch nicht Hindernisse, welche einen ferneren Aufschub rechtfertigen, so setzt der Grundbuchrichter die Strafe fest und erneuert die frühere Aufforderung an ihn unter

der Verwarnung, daß nach Ablauf der neuen Frist auf ferneres Andringen des hiervon zu benachrichtigenden Antragstellers im Wege der Zwangsvollstreckung die Eintragung seines Eigenthums werde herbeigeführt werden.

Bestreitet der Eigenthümer im Fall des § 45 Nr. 2 das Recht des Antragstellers, so ist Letzterer zum Prozeßwege zu verweisen.

§ 47.

Die Eintragung des Eigenthümers ist dem bisher eingetragenen Eigenthümer und den aus dem Grundbuch ersichtlichen dinglich Berechtigten, sowie dem Verwaltungsamt bekannt zu machen.

§ 48.

Wenn ein Grundstück, welches von einem eingetragenen Grundstück abgezweigt werden soll, auf ein anderes Blatt zu übertragen ist, so muß das einzutragende Grundstück in der Auflassungserkärung nach der Mutterrolle unter Beifügung eines beglaubigten Auszuges aus derselben und nöthigenfalls einer Vermessungsbescheinigung, aus welcher die Größe des abgezweigten Grundstücks hervorgeht, bezeichnet werden.

§ 49.

Wenn ein Theil eines Grundstücks unbelastet auf einen Eigenthümer übergehen soll, dessen Grundbesitz im Grundbuch nicht verzeichnet zu werden braucht (§ 2) so kann auf Verlangen des Erwerbers die im Anschluß an die Auflassung zu bewirkende Eintragung des Eigenthumsüberganges dadurch ersetzt werden, daß auf dem bisherigen Grundbuchblatt die Abschreibung des Theils mit Angabe des Sachverhältnisses vermerkt wird. Dieser Vermerk hat die Wirkung der Eintragung des Eigenthumsüberganges.

§ 50.

Wird von einem Grundstück ein Theil oder ein Zubehörstück getrennt,

so wird dasselbe auf dem Titel abgeschrieben, und daselbst zugleich vermerkt, auf welches Grundbuchblatt es übertragen wird.

§ 51.

Soll das abgeschriebene Stück einem anderen Grundstück als Zubehör zugeschrieben oder auf das Blatt eines anderen Grundstücks selbstständig übertragen werden, so wird die Zuschreibung oder Uebertragung auf dem Titel und in der ersten Abtheilung eingetragen.

§ 52.

Der Erwerber eines Trennstücks kann noch vor der Auflassungserklärung des Veräußerers mit dessen Zustimmung die Eintragung eines vorläufigen Vermerks der erfolgten Veräußerung beantragen. Ohne Zustimmung des Veräußerers ist die Eintragung des Vermerks nur auf Ersuchen des Prozeßrichters statthaft. Der Vermerk wird in der zweiten Abtheilung eingetragen und bei der Abschreibung des Trennstücks von Amtswegen gelöscht.

§ 53.

Haften auf dem Hauptgut oder auf dem ganzen Grundstück Lasten und Schulden, so wird das Trennstück frei von solchen abgeschrieben, wenn

entweder nach gesetzlicher Vorschrift das Trennstück frei von Lasten und Schulden aus dem Verbande des Hauptguts ausscheidet,

oder die Berechtigten das Trennstück aus der Mithaft entlassen.

§ 54.

Scheidet das Trennstück nicht aus der Mithaft mit dem Hauptgut aus, so werden die Lasten und Schulden auf das Blatt des Trennstücks von Amtswegen übertragen. In Betreff der Lasten finden die Vorschriften der Circulare vom 12. Jan. und 1. Mai 1830 (L. V. Bd. VII S. 529, 536), sowie

des Gesetzes, die Besitzveränderungen bei Grundstücken u. s. w. betr., vom 23. März 1864 (L. V. Bd. XIII S. 196.) Anwendung.

§ 55.

Gehen die Lasten und Schulden ungetheilt auf das Trennstück über, so wird dies bei den betreffenden Posten in der Spalte „Veränderungen" auf dem bisherigen Grundbuchblatt bemerkt, und die dinglichen Verbindlichkeiten werden auf das neue Blatt in die entsprechende Abtheilung übertragen.

§ 56.

Gehen die Lasten und Schulden antheilsweise über, so wird der auf das Trennstück fallende Antheil auf das Blatt des letzteren übertragen und auf dem des Stammgrundstücks gelöscht.

§ 57.

Uebernimmt der Erwerber des Trennstücks die Lasten und Schulden unter Zustimmung der Berechtigten allein, so werden dieselben auf dem Blatt des Stammgrundstücks gelöscht und auf das Blatt des Trennstücks vollständig übertragen.

§ 58.

Die Entlassung des Trennstücks aus der Mithaft, sowie die alleinige oder antheilsweise Haftung des Trennstücks wird auf den Hypothekenurkunden und Grundschuldbriefen vermerkt.

§ 59.

Der Grundbuchrichter hat einzelne Theile oder Zubehörstücke des Grundstücks ohne Einwilligung der Hypotheken- und Grundschuldgläubiger oder anderer dinglich Berechtigter unbelastet abzuschreiben oder den Umtausch gegen andere Grundstücke zu vermerken, wenn die Unschädlichkeit der Veräußerung

oder des Austausches für diese Berechtigten von dem zuständigen Verwaltungsamt bezeugt wird.

§ 60.

Grundbuchblätter werden geschlossen, wenn sämmtliche darauf eingetragene Grundstücke abgeschrieben sind.

3. Verfahren bei Eintragungen in der zweiten und dritten Abtheilung.

§ 61.

Beschränkungen des Verfügungsrechts des Eigenthümers, sowie auf einem privatrechtlichen Titel beruhende dingliche Rechte, welche an dem Tage, wo dieses Gesetz in Kraft tritt, ohne Eintragung rechtsgültig bestehen, müssen bis zum ..... eingetragen werden, widrigenfalls sie dritten Personen gegenüber nicht geltend gemacht werden können.

§ 62.

Geldrenten bedürfen behufs ihrer Eintragung nicht der Kapitalisirung, andere zu gewissen Zeiten wiederkehrende Abgaben und Leistungen nicht der Veranschlagung in Geld.

§ 63.

Altentheile (Leibzuchten) werden in der zweiten Abtheilung eingetragen. In dem Eintragungsvermerk ist auf die zu den Grundacten in beglaubigter Form einzureichende Festsetzung des Altentheils zu verweisen; einer Eintragung der einzelnen Leistungen bedarf es nicht.

§ 64.

Soll eine dauernde Last, eine Hypothek oder eine Grundschuld auf mehrere Grundstücke zur Gesammthaft eingetragen werden, so ist auf dem Blatt jedes Grundstücks die Mithaft der anderen zu vermerken.

§ 65.

Zur Eintragung der Abtretung einer Hypothek ist die Vorlegung der Hypothekenurkunde, zur Eintragung der Abtretung einer Grundschuld die Vorlegung des Grundschuldbriefs erforderlich.

§ 66.

Die Abtretungserklärung muß den Namen des einzutragenden Erwerbers enthalten. Der Annahme-Erklärung des letzteren bedarf es nicht.

§ 67.

Bei der Eintragung einer Abtretung bedarf es nicht der Erwähnung der Zwischeninhaber der Hypothek oder der Grundschuld, dem Grundbuchamt müssen aber die Zwischenabtretungen in ununterbrochener Reihenfolge vorgelegt werden.

§ 68.

Die Eintragung der Abtretung wird auf der Hypothekenurkunde oder dem Grundschuldbrief vermerkt und dieser Vermerk mit der Unterschrift und dem Siegel des Grundbuchamts versehen. Die vorgelegten Abtretungserklärungen werden bei den Grundacten entweder in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift zurückbehalten.

§ 69.

Erfolgt eine Theilabtretung, so ist von der Hypothekenurkunde oder dem Grundschuldbrief eine gerichtlich oder notariell beglaubigte Abschrift anzufertigen und zugleich auf die Haupturkunde der Vermerk, welcher Theil der Hypothek, oder Grundschuld abgetreten, und auf die beglaubigte Abschrift der Vermerk, für wen und über welchen Theil derselben die Abschrift gefertigt ist, zu setzen.

Soll die Theilabtretung eingetragen werden, so sind die Haupturkunde und die beglaubigte Abschrift dem Grundbuchamt vorzulegen und ist die Eintra-

gung der Abtretung gemäß § 68 auf beiden Urkunden und neben dem Eintragungsvermerk auf der Haupturkunde zu vermerken:

noch gültig auf (mit Angabe der Summe).

§ 70.

Die Vorschriften der §§ 65 — 68 finden auch Anwendung, wenn eine Hypothek oder Grundschuld auf andere Weise erworben oder verpfändet wird.

Der Vermerk der Verpfändung muß den Gläubiger und die Forderung, zu deren Sicherheit die Verpfändung erfolgt, bezeichnen.

§ 71.

Soll die Hypothek oder Grundschuld auf einen Vermächtnißnehmer umgeschrieben werden, so muß die Einwilligung des Erben oder dessen rechtskräftige und vollstreckbare Verurtheilung zu derselben beigebracht werden.

§ 72.

Zur Einräumung des Vorrechts genügt eine darauf gerichtete Erklärung des Einräumenden.

Die Eintragung der Vorrechtseinräumung ist auf der Urkunde über die zurücktretende und auf Verlangen auch auf der Urkunde über die vortretende Post von dem Grundbuchamt zu vermerken.

§ 73.

Ueberweisungen eingetragener Posten an Zahlungsstatt im Wege der Zwangsvollstreckung sind auf Ersuchen des Richters oder der zuständigen Verwaltungsbehörde einzutragen.

Die ersuchende Behörde hat die über die betreffende Post ausgefertigte Urkunde vorzulegen, und ist auf derselben von dem Grundbuchamt die Eintragung der Ueberweisung zu vermerken.

Im Fall der Ueberweisung eines Theils der Post ist eine Zweigurkunde nach § 69 anzufertigen.

§ 74.

Vormerkungen werden in der ersten Hauptspalte der zweiten Abtheilung eingetragen, wenn durch dieselben das Recht eines Erwerbers auf Auflassung oder auf Eintragung eines Eigenthumsüberganges oder auf ein in diese Abtheilung einzutragendes Recht, — in der ersten Hauptspalte der dritten Abtheilung, wenn durch sie das Recht auf eine Hypothek oder Grundschuld gesichert werden soll.

§ 75.

Die endgültige Eintragung an der Stelle einer Vormerkung erfolgt auf Grund eines rechtskräftigen und vollstreckbaren Erkenntnisses oder auf Ersuchen des Prozeßrichters oder mit Bewilligung dessen, gegen welchen die Vormerkung gerichtet war.

§ 76.

Die Umwandlung einer Hypothek in eine Grundschuld wird neben der Post in der zweiten Hauptspalte vermerkt. Die Hypothekenurkunde wird, von der Schuldurkunde gelöst und durch Zerschneiden vernichtet, bei den Grundacten zurückbehalten; die Schuldurkunde ist dem Gläubiger zurückzugeben, nachdem der vorhandene Eintragungsvermerk durchstrichen worden.

§ 77.

Beschränkungen des Verfügungsrechts über das Grundstück gehören in die erste Hauptspalte der zweiten Abtheilung; Beschränkungen des Verfügungsrechts über ein in der zweiten oder dritten Abtheilung eingetragenes Recht werden neben demselben in der zweiten Hauptspalte vermerkt.

Auf der über das eingetragene Recht gebildeten und beizubringenden Urkunde ist von dem Grundbuchamt die Eintragung der Beschränkung zu vermerken.

4. Löschungen.

§ 78.

Die Löschung der Eintragungen in der zweiten und dritten Abtheilung darf, sofern nicht die Löschung von Amtswegen vorgeschrieben ist, nur auf Antrag des im Grundbuch eingetragenen Eigenthümers des Grundstücks oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde erfolgen.

§ 79.

Zur Begründung des Löschungsantrages einer in der zweiten Abtheilung eingetragenen Last genügt die von dem Eigenthümer vorzulegende Löschungsbewilligung des eingetragenen Berechtigten oder dessen Rechtsnachfolgers.

§ 80.

Zur Begründung des Antrags des Eigenthümers, eine Hypothek oder Grundschuld zu löschen, gehört entweder

1. die von dem Gläubiger ertheilte Quittung oder Löschungsbewilligung, oder
2. der Nachweis der rechtskräftigen und vollstreckbaren Verurtheilung des Gläubigers, die Löschung zu bewilligen, oder
3. der Nachweis der eingetretenen Vereinigung (Confusion oder Consolidation), oder
4. die Vorlegung des Ausschlußerkenntnisses nach erfolgtem Aufgebot der Post, oder
5. die Bescheinigung des Prozeßrichters, daß von dem Eigenthümer den

in dem § 89 dieses Gesetzes gestellten Anforderungen Genüge geschehen ist.

Mit dem Antrage muß in den Fällen 1 — 3 die über die Eintragung ausgefertigte Urkunde oder das Erkenntniß, durch welches die Urkunde nach erfolgtem Aufgebot für kraftlos erklärt worden ist, vorgelegt werden.

§ 81.

Mit dem zur Löschung vorgelegten Grundschuldbrief sind die noch nicht erloschenen Zinsquittungsscheine (§ 39 des E. E. G.) zu übergeben.

Der zur Berichtigung der fehlenden Zinsquittungsscheine erforderliche Betrag muß vor der Löschung gerichtlich niedergelegt werden. Die Hinterlegung des fälligen Betrages geschieht durch den Schuldner. Den nicht fälligen Betrag kann der Gläubiger für seine Rechnung hinterlegen. Verweigert er dies, so ist der Schuldner den Betrag für eigene Rechnung zu hinterlegen verpflichtet, und berechtigt, denselben von dem zurückzuzahlenden Capital abzuziehen.

§ 82.

Der Inhaber eines noch nicht erloschenen Zinsquittungsscheines kann gegen Aushändigung desselben den Betrag aus dem Depositum in Empfang nehmen.

Sechs Monate nach Ablauf der Erlöschungsfrist für jede einzelne Zinsrate ist der Hinterleger berechtigt, die Rückgabe des entsprechenden Betrages zu verlangen.

Ein Aufgebot der Zinsquittungsscheine findet nicht statt.

§ 83.

Die Löschung der Lehns-Eigenschaft kann nur auf Grund einer Bescheinigung der Lehnsbehörde, daß die Lehns-Eigenschaft erloschen sei, erfolgen.

Die Löschung der Familienfideicommiß- oder Stammgutseigenschaft erfolgt auf den Antrag des Eigenthümers, sobald derselbe nachweist, daß jene Eigenschaft erloschen ist.

§ 84.

Die Löschung der in der zweiten Abtheilung auf Antrag einer zuständigen Behörde eingetragenen Beschränkungen erfolgt auf Ersuchen dieser Behörde oder mit Bewilligung dessen, zu dessen Gunsten sie eingetragen worden, auf Antrag des Eigenthümers.

§ 85.

Persönliche unvererbliche Einschränkungen des Eigenthums oder des Verfügungsrechts werden auf Antrag des Eigenthümers des Grundstücks gelöscht, wenn der Tod des Berechtigten nachgewiesen ist.

Besteht jedoch die Möglichkeit von Rückständen, so kann die Löschung nach Ablauf eines Jahres erfolgen, sofern bis dahin eine Vormerkung zur Erhaltung des dinglichen Rechts nicht eingetragen ist.

§ 86.

Die Löschung einer im Grundbuch eingetragenen Post, deren Tilgung der Eigenthümer des Grundstücks behauptet, aber durch eine beglaubigte Quittung des eingetragenen Gläubigers oder dessen Rechtsnachfolgers nicht nachweisen kann, weil ihm dieselben ihrer Person oder ihrem Aufenthalt nach unbekannt sind, findet nur in Folge eines gerichtlichen Aufgebots nach Vorschrift der Prozeßordnung statt.

§ 87.

Das Aufgebot einer Post, von welcher der Eigenthümer des Grundstücks behauptet, daß sie getilgt sei, kann, wenn er darüber eine Bescheinigung beibringt, auf seinen Antrag auch dann erfolgen, wenn der Inhaber der Post zwar bekannt ist, aber als solcher sein Verfügungsrecht nicht nachgewiesen hat.

§ 88.

Es wird in diesem Falle nach Vorschrift der Prozeßordnung unter Berücksichtigung der folgenden näheren Bestimmungen verfahren:

1. Der Eigenthümer des Grundstücks hat ein Verzeichniß der ihm bekannten angeblichen Rechtsnachfolger des letzten verfügungsberechtigten Inhabers der Post zu übergeben und zugleich zu versichern, daß außer diesen keine anderen, ihm bekannten, Rechtsnachfolger vorhanden sind.
2. Zu dem Termin werden die angezeigten angeblichen Rechtsnachfolger besonders und die der Person oder dem Aufenthalte nach unbekannten Berechtigten öffentlich geladen.
3. Die öffentliche Ladung der unbekannten Berechtigten muß den Namen des eingetragenen Gläubigers, die Beschaffenheit und den Betrag der Post und das Datum der Urkunde angeben; sie ist mit einer Fristbestimmung von drei Monaten zu erlassen und durch Aushang an der Gerichtsstelle, sowie einmalige Aufnahme in den deutschen Reichs-Anzeiger und das Regierungsblatt, sowie nach dem Ermessen des Gerichts auch noch auf andere Art bekannt zu machen.
4. Die Ladungen erfolgen unter der Verwarnung, daß die Ausbleibenden mit ihren Ansprüchen auf die Post würden ausgeschlossen und die Post im Grundbuch würde gelöscht werden.
5. Die Löschung erfolgt auf Grund des Ausschlußerkenntnisses und nach rechtskräftiger Zurückweisung eines etwaigen Widerspruchs derjenigen, die sich bis zum Termin mit Ansprüchen gemeldet haben, auf Antrag des Eigenthümers.

§ 89.

Auf die Versicherung des Eigenthümers des Grundstücks, daß der In-

haber einer noch nicht getilgten, aber bereits fälligen oder der Kündigung unterworfenen Post, welche er zur Löschung bringen will, der Person oder dem Aufenthalt nach ihm unbekannt oder nicht verfügungsberechtigt sei, kann die Löschung unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. Der unbekannte Inhaber der Post ist von dem Gericht der belegenen Sache öffentlich aufzufordern, dem Eigenthümer Quittung oder Löschungsbewilligung zu ertheilen. Diese Aufforderung wird einmal im Regierungsblatt und durch Aushang an der Gerichtsstelle sowie nach dem Ermessen des Gerichts auch noch auf andere Art bekannt gemacht.

   Der bekannte, aber nicht als verfügungsberechtigt nachgewiesene Inhaber ist durch besondere Verfügung aufzufordern.

2. Die in der öffentlichen Aufforderung von dem Gericht zu bestimmende Frist wird, wenn mit der Aufforderung die Kündigung verbunden ist, um die Kündigungsfrist verlängert.

3. Wenn der Inhaber innerhalb der gestellten Frist sich nicht gemeldet und sein Verfügungsrecht nicht nachgewiesen hat, so gestattet das Gericht dem Antragsteller, das Capital nebst den eingetragenen Zinsen für fünf Jahre zum gerichtlichen Depositum einzuzahlen.

   Wenn der Antragsteller durch beglaubigte Quittung die Zahlung der Zinsen nachweist, oder seit Ausstellung der Urkunde noch nicht fünf Jahre verflossen sind, so ist derselbe nur verpflichtet, für den hiernach zu berechnenden kürzeren Zeitraum die Zinsen bei Gericht einzuzahlen.

§ 90.

Nach erfolgter Zahlung ertheilt das Gericht dem Eigenthümer eine Be-

scheinigung, daß die Post auf seinen Antrag aufgeboten, daß sich der verfügungsberechtigte Inhaber derselben nicht gemeldet und der Eigenthümer der Vorschrift des § 89, Nr. 3 genügt hat. Die Löschung erfolgt auf Grund dieser Bescheinigung, die der Eigenthümer dem Grundbuchamt einzureichen hat.

§ 91.

Wenn sich innerhalb Jahresfrist ein Berechtigter zur Empfangnahme der eingezahlten Geldsumme nicht meldet, so ordnet das Gericht ohne weiteres Verfahren die Ablieferung derselben an die Landes-, Witwen- und Waisencasse an.

Meldet sich der Berechtigte später, so wird ihm der eingezahlte Betrag ohne die inzwischen erhobenen Zinsen aus dieser Casse zurückgezahlt.

§ 92.

Ob und welcher Betrag an Zinsen dem Eigenthümer des Grundstücks zurückzuzahlen ist, weil der Gläubiger darauf keinen Anspruch hat, oder dem Gläubiger nachgezahlt werden muß, weil sein Anspruch den eingezahlten Betrag übersteigt, hat beim Mangel einer Vereinigung der Prozeßrichter zu entscheiden.

§ 93.

Wenn der Inhaber der Post zwar bekannt, auch Quittung zu leisten erbötig ist, oder wirklich geleistet hat, die Urkunde darüber aber verloren gegangen ist, so kann die Löschung nur erfolgen, nachdem die Urkunde in Gemäßheit der Vorschriften der Prozeßordnung aufgeboten und durch Erkenntniß für kraftlos erklärt worden ist.

Von dem Inhaber der Post ist ein Eid, wenn die Art des Verlustes bekannt ist, dahin:

daß die Urkunde auf die angegebene Art verloren gegangen sei,

und wenn die Art des Verlustes unbekannt ist, dahin zu leisten:

daß man die Urkunde nicht böswilliger Weise abhanden gebracht habe, auch aller angewandten Mühe ungeachtet nicht wisse, wo sie sich befinde.

§ 94.

Ebenso ist zu verfahren, wenn der Gläubiger an Stelle der abhanden gekommenen die Ausfertigung einer neuen Hypothekenurkunde oder eines neuen Grundschuldbriefs verlangt.

§ 95.

Die neue Urkunde wird aus einer beglaubigten Abschrift der verloren gegangenen und der mit der Bescheinigung der Rechtskraft versehenen Urtheilsformel des Erkenntnisses gebildet.

Die Ausstellung der neuen Urkunde wird in der zweiten Hauptspalte „Veränderungen" bei der Post vermerkt.

§ 96.

Die Löschung einer Post wird von dem Grundbuchamt auf der Urkunde vermerkt und der Eintragungsvermerk auf derselben durchstrichen.

§ 97.

Bei Löschung der ganzen Post werden die Urkunde und die zurückgereichten Zinsquittungsscheine durch Zerschneiden vernichtet und auf der angefügten Urkunde über die persönliche Verpflichtung der vorhandene Eintragungsvermerk durchstrichen. Die Urkunde über die Löschungsbewilligung wird bei dem Grundbuchamt zurückbehalten.

§ 98.

Bei der Löschung eines Theils der Post wird der zu löschende Theil von dem ausgeworfenen Geldbetrag abgeschrieben, und diese Theillöschung auf der Urkunde vermerkt.

§ 99.

Die Löschung einer Veränderung erfolgt in der Nebenspalte der zweiten Hauptspalte auf Antrag oder mit Einwilligung desjenigen, für welchen die Einschreibung geschehen ist, oder auf Ersuchen derjenigen Behörde, welche die Einschreibung beantragt hat.

§ 100.

Eine aus Versehen des Grundbuchamts gelöschte oder bei Ab- und Umschreibungen nicht übertragene Post ist auf Verlangen des Gläubigers oder von Amtswegen mit ihrem früheren Vorrecht wieder einzutragen. Diese Wiedereintragung wirkt jedoch nicht zum Nachtheil Derjenigen, die nach der Löschung Rechte an dem Grundstück oder auf eine der gelöschten gleich- oder nachstehende Post in redlichem Glauben erworben haben.

Vierter Abschnitt.

Von der Bildung der Urkunden über Eintragungen im Grundbuch.

§ 101.

Ueber die Eintragungen in der ersten und zweiten Abtheilung, über Veränderungen in der zweiten und dritten Abtheilung und über die Eintragungen von Vormerkungen in der ersten Hauptspalte der dritten Abtheilung werden besondere Urkunden nicht angefertigt.

§ 102.

Der Eigenthümer kann jederzeit eine beglaubigte Abschrift des vollständigen Grundbuchblatts seines Grundstücks oder des Titels und der ersten Abtheilung verlangen.

§ 103.

Ueber die Eintragung einer Vormerkung über Eintragungen in der zweiten, Veränderungen und Löschungen in der zweiten und dritten Abtheilung

erhalten die Betheiligten und die Behörde, welche die Eintragung nachgesucht hat, von dem Grundbuchamt eine Benachrichtigung, welche die Eintragungsformel wörtlich enthält. Zu den Betheiligten gehört immer der eingetragene Eigenthümer.

§ 104.

Ueber die Eintragungen der Hypotheken werden Hypothekenbriefe, über die Eintragungen der Grundschulden Grundschuldbriefe ausgefertigt und dem Eigenthümer des Grundstücks oder der Behörde, welche die Eintragung nachgesucht hat, eingehändigt. Im letzteren Fall erhält der Eigenthümer eine Benachrichtigung. Mit dem Hypothekenbrief wird die Schuldurkunde durch Schnur und Siegel verbunden. Ein Verzicht auf die Ausfertigung des Hypothekenbriefes ist zulässig; auf die Ausfertigung des Grundschuldbriefs darf nicht verzichtet werden.

Den Hypothekengläubigern, welche alte Hypothekenurkunden besitzen, steht es frei, unter Einreichung derselben die Ausfertigung von Hypothekenbriefen zu beantragen.

§ 105.

Wird auf Ausfertigung eines Hypothekenbriefes verzichtet, so erhalten der Eigenthümer und der Gläubiger eine Benachrichtigung nach Vorschrift des § 103.

§ 106.

Der Hypotheken- und der Grundschuldbrief besteht aus der Ueberschrift, dem vollständigen Eintragungsvermerk derjenigen Post, für welche er ausgefertigt wird, den für die Prüfung der Sicherheit der Post erheblichen Nachrichten aus dem Grundbuchblatt und der Unterschrift des Grundbuchamts mit Datum und Siegel.

§ 107.

Bei Gesammthypotheken und Gesammtgrundschulden werden von allen verhafteten Grundstücken, welche ein besonderes Blatt im Grundbuch haben, die Hypotheken- und Grundschuldbriefe ausgefertigt, und mit einander durch Schnur und Siegel verbunden.

§ 108.

Die Ueberschrift lautet:

Lippischer Hypothekenbrief, Lippischer Grundschuldbrief,

und enthält eine Angabe des Grundbuchs nach Grundbuchamt, Gemeinde und Band, der Nummer des Grundbuchblatts und der Post, für welche die Urkunde ausgefertigt wird.

§ 109.

Die Nachrichten enthalten:

1. aus dem Titel des Blattes die Bestandtheile und Zubehörungen des Grundstücks mit ihrer Größenangabe nach der Mutterrolle, den Grundsteuer-Reinertrag oder den Miethwerth und die Abschreibungen mit gleicher Angabe ihrer Größe, ihres Reinertrages oder Miethwerthes;
2. aus der ersten Abtheilung des Blattes den vollständigen Namen des Eigenthümers, seinen Stand, Wohn- oder Aufenthaltsort; die letzten nicht zehn Jahre zurückliegenden Erwerbspreise, falls solche im Grundbuchblatt vermerkt sind, sowie die etwa eingetragene Versicherungssumme mit Angabe der Jahreszahl;
3. aus der zweiten Abtheilung in möglichster Kürze die Beschränkungen und Lasten;
4. aus der dritten Abtheilung die einzelnen Summen und die Fünf vom Hundert übersteigenden Zinssätze der vor- oder gleichstehenden Posten,

mit kurzer Angabe, welche Nummern der zweiten und dritten Abtheilung gelöscht sind.

§ 110.

Auf Antrag des Eigenthümers ist dem Grundschuldbrief ein Zinsquittungsbogen beizulegen, auf welchem die einzelnen Zinsquittungen für einen fünfjährigen Zeitraum, mit dem Stempel des Grundbuchamts versehen, enthalten sind.

Auf dem Grundschuldbrief ist zu vermerken, ob und für welche Zeit Zinsquittungsscheine ertheilt sind.

Nach Verbrauch der einzelnen Quittungsscheine ist der Inhaber des Grundschuldbriefs berechtigt, die Ertheilung eines neuen Zinsquittungsbogens nachzusuchen.

§ 111.

Die bei einer Hypothek oder Grundschuld eingetragenen Veränderungen und Löschungen werden von dem Grundbuchamt auf dem Hypotheken- oder Grundschuldbrief unter Beifügung des Siegels vermerkt.

Wird bei einer Post, über welche bisher ein Hypothekenbrief nicht ausgefertigt war, eine Veränderung eingetragen, so muß die nachträgliche Bildung des Hypothekenbriefs erfolgen.

§ 112.

Bedarf der Hypotheken- oder Grundschuldbrief einer Erneuerung, so ist das ursprüngliche Exemplar von dem Grundbuchamt durch Zerschneiden zu vernichten und bei den Grundacten zurückzubehalten. Bei der Ausfertigung des neuen Exemplars werden Vermerke, die für die gegenwärtige Gültigkeit des Hypotheken- oder Grundschuldbriefs ohne Erheblichkeit sind, sowie gelöschte Eintragungen in der zweiten und dritten Abtheilung, und ältere Abtretungen weggelassen.

§ 113.

Der Grundbuchrichter und der Buchführer haften für die Uebereinstimmung der Angaben des Hypotheken- oder Grundschuldbriefs mit dem Inhalte des Grundbuchs und haben diese Urkunden, sowie alle späteren Vermerke des Grundbuchamts auf denselben zu unterschreiben.

Fünfter Abschnitt.

Von der Wiederherstellung zerstörter, sowie von Anlegung neuer Grundbücher.

§ 114.

Sind die Grundbücher eines Orts oder Bezirks zerstört oder verloren gegangen, so erfolgt deren Wiederherstellung auf Grund eines Gesetzes.

Sechster Abschnitt.

Von den Kosten.

§ 115.

Die Kosten für die Bearbeitung der Grundbuchsachen werden nach der revidirten Taxordnung für die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, vom 15. Juni 1864, erhoben.

Grundbuchamt Detmold.

zum Artikel Nr. 7. **Grundbuch=**

Ordn.= №	Bestand und Veränderungen.	Zuschrei= von Art. №	Flächen=Inhalt. H.	A.	m.
1.	Bestand bei der Errichtung des Blattes	7	29	41	79
2.	Am 3. Januar 1874 die Parcellen Nr. 11, 12, 14 bis 21 und 13/67 der Flur 5 verkauft und aufgelassen	—	—	—	—
3.	Am 5. Januar 1874 zum öffentlichen Wege abgetreten und aufgelassen und hier ohne Uebertragung auf ein anderes Blatt abgeschrieben	—	—	—	—
4.	Reinertragsveränderung innerhalb des Artikels nach der Fortschreibung pro 1874	—	—	—	—
5.	Die Gebäude im Jahre 1874 abgebrannt	—	—	—	—
6.	Die Gebäude im Jahre 1875 neu gebaut und eingeschätzt	—	—	—	—
7.	Im Jahre 1876 das Wohnhaus vergrößert ...	—	—	—	—
8.	Am 13. April 1876 angekauft und am 19. Mai 1876 aufgelassen von Artikel 9 die Parcellen Flur 3, Nr. 41/75 und 22/76 sowie von Parcelle 19 den östlichen Theil mit 19 Ar 63 Meter	9	4	17	73

Anlage A.

Gemeinde Berlebeck.

blatt. der Mutterrolle.

bungen.			Abschreibungen.						
Grundsteuer-Reinertrag.		Mieth-werth.	nach Art.	Flächen-Inhalt.			Grundsteuer-Reinertrag.		Miethwerth.
M.	₰	M.	№	H.	A.	m.	M.	₰	M.
894	36	75	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	2	7	21	13	243	71	—
—	—	—	—	3	73	21	82	87	—
3	55	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	75
—	—	120	—	—	—	—	—	—	—
—	—	20	—	—	—	—	—	—	—
133	22	—	—	—	—	—	—	—	—

Erste Abtheilung.

№	Eigenthümer.	Zeit und Grund des Erwerbes.	Werth.	M.	₰
*) 1.	Philipp Moritz Gutendorf zu Berlebeck.	Auf Grund der Erbbescheinigung vom 3. April 1858 eingetragen am ..... F. N.			
2.	Johann Heinrich Beuthem zu Detmold.	Aufgelassen und eingetragen am 1. Juli 1867. ..... N. F.	Preis vom 1. Juli 1867	35000	
			Wohnhaus, Hof- und Wirthschaftsgebäude sind gegen Feuersgefahr versichert mit	10580	

*) Die punktirten Linien bedeuten rothe Linien.

Zweite Abtheilung.

№	Betrag. M.	₰	Dauernde Lasten und Einschränkungen des Eigenthums.	Veränderungen. Eintragung.	Veränderungen. Löschung.	Löschungen. №	
1.	5	—	Fünf Mark unablöslicher Zins für die Kirche zu Heiligenkirchen. Eingetragen am . . . . . F. N.				
2.	—	—	Ein Vorkaufsrecht für den Oeconom Heinrich Carl Gutendorf auf 10 Jahre, bis 1. Juli 1877. Eingetragen auf Grund des Kaufvertrags vom 1. Juli 1867 am . . . . . F. N.				
3.	—	—	Die nothwendige Subhastation ist eingeleitet. Eingetragen am . . . . . F. N.			3.	Gelöscht am . . . . F. N.

№	Betrag. M.	₰	1. Hypotheken und Grundschulden.	№	M.	₰
1	7000	20	Sieben Tausend Mark zwanzig Pfennige Darlehn, mit 4 1/2 Prozent jährlich vom 1. Juli 1858 verzinslich, gegen sechsmonatliche Kündigung am 1. Juli oder 1. Januar zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom ..... am ..... F. N.	1	5000	20
	2000	—				
	5000	20				
2	5000	—	Fünftausend Mark Darlehn, mit 4 1/2 Prozent jährlich vom 1. October 1858 verzinslich, gegen sechsmonatliche Kündigung am 1. April oder 1. October zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom .... am ... F. N.			
3	10000	—	Zehn Tausend Mark Darlehn, mit 5 Prozent jährlich vom 1. Januar 1859 verzinslich, gegen sechsmonatliche Kündigung zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom ..... am ..... F. N.	3	10000	—
4	10000	—	ꝛc.			
5	10000	—	ꝛc.			

Abtheilung

2. Veränderungen.			3. Löschungen.			
Eintragungen.	№	Löschungen.	№	Mk.	₰	
Von den eingetragenen 7000 Mark 20 Pf. mit den Zinsen vom 1. Januar 1859 abgetreten an den ꝛc. zu ꝛc. Eingetragen am ..... F. N.			1	2000	—	Gelöscht am ..... F. N.
			1	5000	20	Gelöscht am ..... F. N.
			2	5000	—	Gelöscht am ..... F. N.
Abgetreten an den Eigenthümer Johann Heinrich Beuthem zu Detmold. Eingetragen am ..... F. N.						

№	Betrag. M.	₰	1. Hypotheken und Grundschulden.	№	M.	₰
6	8000	—	Vorgemerkt zur Erhaltung des Vorrechts einer Hypothek zum Betrage v. acht Tausend Mark für den ꝛc. zu ꝛc. am . . . . . F. N.				Acht Tausend Mark in eine Hypothek für eine Kaufgeldforderung umgeschrieben, verzinslich mit 5 Prozent vom 1. October 1859 und zahlbar gegen sechsmonatliche Kündigung für den N. N. zu N. Eingetragen auf Grund rechtskräftigen Erkenntnisses des . . . . Gerichts zu . . . vom . . . am . . . F. N.			
7	6000	—	Sechs Tausend Mark mit 5 1/2 Prozent vom 1. Januar 1860 verzinslich und gegen sechsmonatliche Kündigung zahlbar eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom . . . . . am . . . . . F. N.			
	1000	—				
	5000	—				
8	5000	—	Fünf Tausend Mark Grundschuld, mit 5 1/2 Prozent vom 1. Juli 1872 in halbjährigen Raten verzinslich, gegen sechsmonatliche, nicht vor dem 1. Juli 1875 zulässige Kündigung zahlbar, eingetragen für den Banquier Friedrich Klein zu Berlin am 2. Juli 1872. F. N.	8	5000	—
	1000	—				
	4000	—			2500	—

Abtheilung.

2. Veränderungen.			3. Löschungen.			
Eintragungen.	№	Löschungen.	№	M.	₰	
			7	1000	—	Gelöscht am..... F. N.
Abgetreten mit den Zinsen vom 1. Januar 1873 an den Holzhändler Carl Gross zu Lage. Eingetragen am..... F. N.						
Von den unter Nr. 8 eingetragenen 5000 Mark mit dem Vorzugsrecht vor dem Ueberrest und mit den Zinsen vom 1. April 1873 abgetreten an den Hausbesitzer Julius Rott zu N. Eingetragen am..... F. N.						Fortsetzung siehe hinter Nr. 9.

№	Betrag. M.	₰	1. Hypotheken und Grundschulden.	№	M.	₰
9	1000	—	Ein Tausend Mark Grundschuld, mit 5 1/2 Prozent vom 1. Juli 1873 verzinslich und gegen sechsmonatliche Kündigung zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. mit dem Bemerken, daß diesen Eintausend Mark das Vorrecht vor denjenigen 1000 Mark eingeräumt ist, welche von der unter Nr. 8 eingetragenen Grundschuld dem Friedrich Gottlieb Gross zustehen, am 15. September 1873. F. N.	9	1000	—
				8	500	—
10	1000	—	ꝛc.	8	2000	—
					1000	—
					1000	—

Abtheilung.

2. Veränderungen. Eintragungen.	№	Löschungen	3. Löschungen. №	M.	₰	
Abgetreten an den ꝛc. zu ꝛc. mit den Zinsen von . . . . . Eingetragen am . . . F. N.						
Fortsetzung von Nr. 8. Vorgemerkt auf diejenigen 2500 M., welche dem Holzhändl. Carl Gross zustehen, für den Kaufmann Ferd. Müller zu Lemgo am 7. Mai 1873. F. N.		Die vorgemerkten 500 Mark sind mit den Zinsen vom 1. Juni 1873 und mit dem Vorzugsrecht vor den verbleibenden 2000 Mark abgetreten an den Kaufmann Ferd. Müller zu Lemgo. Eingetragen am 31. Mai 1873. F. N.					
Bei der Theilung des Nachlasses des Holzhändlers Carl Gross dem Friedrich Gottlieb Gross übereignet. Eingetragen am . . . . . F. N.			8	1000	—	Gelöscht am 15. Sept. 1873. F. N.
Der unter Nr. 9 eingetragenen Grundschuld von 1000 Mark ist das Vorzugsrecht vor den unter Nr. 8 dem Friedrich Gottlieb Gross noch zustehenden 1000 Mark eingeräumt worden. Eingetr. am 15. Sept. 1873. F. N.						

Proposition,

den Entwurf des Gesetzes wegen Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer betr.

Der Landtag hat sich in seiner Erklärung auf die Proposition, die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer betr., vom 25. Juli 1877 mit der Einführung der gedachten Steuer einverstanden erklärt, indem er sich von der Unzulänglichkeit und Unbilligkeit der bislang erhobenen Contribution von der Haustaxe vollständig überzeugt hat.

Zu den Bestimmungen in dem § 2 unter Nr. 8 und im § 4 des vorgelegten Gesetzentwurfes sind indessen Abänderungen in Vorschlag gebracht, durch welche das dem Entwurfe zum Grunde liegende Prinzip vollständig geändert, und die allgemeine Gebäudesteuer in eine Steuer von den Wohnräumen umgewandelt wird; wodurch aber auch in Verbindung mit der in Vorschlag gebrachten Herabsetzung des Procentsatzes für den Steuerbetrag das Ergebniß der Steuer auf einen sehr geringen Betrag herabgedrückt wird.

Dem betr. Preußischen Gesetze, welches bekanntlich bei Ausarbeitung des vorgelegten Gesetzentwurfes zur Grundlage gedient hat, liegt der Zweck unter, die Gebäudesteuer nach ihrer Art der Veranlagung und nach dem Steuerbetrage in ein bestimmtes Verhältniß zur Grundsteuer zu bringen, und erstere

als Ergänzung der letzteren dienen zu lassen. Dieses Prinzip wird durch die vorgeschlagenen Abänderungen verlassen, obwohl es doch empfehlenswerth ist, auch bei vorliegendem Gesetze das preußische Muster beizubehalten, nachdem bei der beschlossenen neuen Veranlagung der Grundsteuer in gleicher Weise verfahren ist. Es erscheint dieß sogar erforderlich, wenn, wie geschehen, die übrigen dem preußischen Gesetze entnommenen Bestimmungen bezüglich der bei der Veranlagung anzuwendenden Grundsätze beibehalten werden sollen.

Nach dem Entwurfe sind nur die zum Betriebe der Landwirthschaft bestimmten unbewohnten Gebäude, und solche zu gewerblichen Anlagen gehörige Gebäude, welche nur zur Aufbewahrung von Rohstoffen und Brennmaterialien, sowie als Stallung für das lediglich zum Gewerbebetriebe bestimmte Zugvieh dienen, von der Gebäudesteuer befreit. Nach dem Antrage des Landtages soll dagegen die Steuer nicht nur auf die bewohnten Gebäude beschränkt werden, sondern es sollen auch, wenn in einem solchen Gebäude einzelne Räume zu gewerblichen oder landwirthschaftlichen Zwecken benutzt werden, dieselben bei Ermittelung des Nutzungswerthes nicht in Anrechnung kommen. Es verliert dadurch die Steuer, indem sie sich nur auf die Wohnräume beschränkt, ganz den Character einer Art der Grundsteuer, und scheint damit ein innerer Grund für die Erhebung der Steuer von den Grund- und Hausbesitzern wegzufallen. Sollen nur die Wohnungen als solche besteuert werden, so liegt es näher, dieserhalb die Inhaber der Wohnungen in Anspruch zu nehmen, als die Hausbesitzer, im Besondern, wenn die Heranziehung der einzelnen Räume der Wohnung zur Steuer sich nach der Art richtet, in welcher der Inhaber dieselben benutzt; es wird sonst in manchen Fällen die Vergünstigung der Befreiung von der Steuer, welche dem Inhaber der Wohnung zu Gute kommen soll, nicht diesem, sondern dem Hausbesitzer zu Theil werden. Ein großer Theil der Ge-

werbetreibenden besitzt, namentlich in den Städten, nicht eigene Häuser, sondern wohnt zur Miethe. Vermiethet der Hausbesitzer eine bisher lediglich zum Wohnen benutzte Wohnung einem Gewerbetreibenden, z. B. einem Kaufmann oder Wirthe, so werden die Räume, welche von dem neuen Miether zum Gewerbebetriebe benutzt werden (die Läden, Comtoire, Schenkstuben, Fabrikräume und ganze Fabrikgebäude, Logirräume ꝛc.) von der Steuer befreit, der Hausbesitzer wird aber von den ein Gewerbe gedachter Art treibenden Miethern einen höheren Miethzins fordern, als von Miethern, die kein die Mitbewohner oft belästigendes Gewerbe treiben. Wollte man die Befreiung auf die ein Gewerbe treibenden Hausbesitzer beschränken, so würden sie einen ungerechtfertigten Vorzug vor den übrigen Gewerbetreibenden genießen. Es nimmt also offenbar die Häusersteuer durch die beabsichtigte Veränderung einen persönlichen Charakter an und verliert ihre Eigenschaft als Grundsteuer.

Mit der vorgeschlagenen Abänderung ist eine Gleichstellung der Gewerbetreibenden mit den Landwirthen hinsichtlich der den letzten bei der Veranlagung zu Theil werdenden Vergünstigungen beabsichtigt. Eine derartige Gleichstellung ist aber wegen der Verschiedenheit des Betriebes bei der Landwirthschaft und den Gewerben überhaupt nicht durchführbar. Sodann geht die beabsichtigte Vergünstigung der Gewerbe weit über den Zweck hinaus. Es wird dadurch ein Vorzug vor andern Personen, welche nicht zu den Gewerben zu rechnende Geschäfte führen, bezüglich der Geschäftsräume gewährt, und derselbe in manchen Fällen die auferlegte Gewerbesteuer ausgleichen. Zudem hat die Abänderung im Gefolge, daß eine Anzahl von Gebäuden von der Steuer befreit wird, zu deren Befreiung kein innerer Grund vorliegt, zumal sie gleichzeitig von der Grundsteuer befreit sind, (z. B. Schauspiel-, Ball-, Gesellschaftshäuser u. dgl. sowie Nebengebäude).

Ferner lassen sich bei einer großen Anzahl der Gewerbetreibenden und Landwirthe kaum die Unterscheidungen zwischen den zum Wohnen und zum Gewerbebetriebe benutzten Räumen auffinden, weil die Wohnungsräume gleichzeitig zur Ausübung des Gewerbes benutzt werden. Es wird dies namentlich viel bei solchen Gewerbetreibenden stattfinden, welche eine Gewerbesteuer nicht zahlen, bei welchen also der Grund für die Befreiung von der Gebäudesteuer nicht zutrifft. Ebenso ist die Benutzung der Räume zum Gewerbebetriebe einem häufigen gar nicht controlirbaren Wechsel unterworfen. Es wird also sehr häufig, besonders beim Wechsel der Wohnungen, eine neue Steuerveranlagung nöthig werden.

Durch alle diese Umstände wird die Veranlagung der Steuer sehr erschwert und eine sehr ungleichmäßige werden.

Noch complicirter und mit einiger Gleichmäßigkeit kaum durchführbar wird dieselbe aber, wenn von dem Nutzungswerthe noch die Reparatur- und Unterhaltungskosten abgezogen werden sollen. Eine Berechnung der Unterhaltungskosten eines Gebäudes für die Wohnräume und für die zum Gewerbebetriebe dienenden Räume wird in vielen Fällen nicht wohl möglich sein, die Abrechnung der Unterhaltungskosten für das ganze Gebäude auf die Steuer für einzelne zum Wohnen benutzte Räume desselben aber oft die ganze Steuer absorbiren. Außerdem kommt dabei in Betracht, daß häufig die Unterhaltungskosten der Miether, nicht der steuerzahlende Hausbesitzer trägt.

Sodann erscheinen die für die Veranlagung einer Gebäudesteuer bestimmten Vorschriften für eine Steuer von den Wohnräumen zum Theil nicht passend; namentlich nicht, soweit sie sich auf die ländlichen Gebäude beziehen und diese nach dem Wirthschaftsertrage der Besitzung oder des Gutes, wozu sie gehören, in verschiedene Klassen eintheilen. Die Berücksichtigung der Hof-

räume bei Feststellung des Nutzungswerthes der Gebäude wird oft nicht möglich sein, wenn nicht die Wohnräume, sondern die steuerfrei bleibenden Gewerberäume durch dieselben in ihrem Nutzungswerthe erhöht werden (z. B. bei Zimmereien, Tischlereien, Gasthöfen, Handereien, Fabriken u. s. w.) Der allgemeine Miethwerth der Gebäude kann für die Ermittelung des Nutzungswerthes nicht maßgebend sein, wenn die zu dem Gewerbebetriebe benutzten Räume außer Beachtung bleiben sollen; ebensowenig die für den Gewerbebetrieb günstige Lage und innere Einrichtung der Gebäude. In den Hauptverkehrstraßen der Städte, wo sich die Gewerbe namentlich die Kaufläden concentriren, haben die Gebäude meistens ihren Werth wegen der günstigen Verhältnisse für das Gewerbe und den Handel, während die Wohnräume in ihnen meistens schlechter sind, als in den vom Mittelpunkte entfernteren Straßen. Soll die Steuer dieser Gebäude, indem man nur die Wohnräume zu derselben heranzieht, nicht auf einen mit dem Häuserwerthe in gar keinem Verhältnisse stehenden Betrag herabsinken, so würde man für die Abschätzung der Wohnräume andere Bestimmungen treffen müssen.

Aber auch von diesem Allen abgesehen wird, wenn die Steuer auf die Wohnräume beschränkt wird, bei dem Ausfalle so zahlreicher Gebäude und Räume der Ertrag außerordentlich herabgedrückt, und kann, wenn außerdem von dem Nutzungswerthe noch die Unterhaltungskosten abgezogen, und von dem so gefundenen Werthe statt der vorgeschlagenen 4 Procent nur drei Procent als Steuer berechnet werden sollen, mit Bestimmtheit erwartet werden, daß das Erträgniß die Summe, welche jetzt durch die s. g. Contribution von der Haustaxe aufgebracht wird, nicht oder nur wenig übersteigen wird, und der geringfügige Mehrertrag mit den Veranlagungskosten in keinem Verhältniß steht. —

Zum § 6 der Vorlage ist vom Landtage beantragt, daß für das ganze Land nur ein Veranlagungs-Kommissar ernannt werde, um eine möglichste Gleichmäßigkeit in der Steuerveranlagung dadurch zu erzielen. So zweckmäßig dieß zu dem angegebenen Zwecke auch sein mag, so würde dazu hier im Lande doch kaum eine geeignete Person gefunden werden können, indem die dem Commissarius, wenn er für das ganze Land bestellt wird, obliegenden Arbeiten denselben für einen sehr langen Zeitraum vollständig in Anspruch nehmen würden, und daher ein hiesiger Beamter neben seinen sonstigen Arbeiten mit dem Geschäfte nicht wohl betraut werden kann. Es würde sich dann empfehlen, daß die Ausführung der Arbeiten zur Veranlagung der Gebäudesteuer mit Einschluß der Entscheidung über die dabei vorkommenden Streitigkeiten und Beschwerden ebenso, wie bei der Veranlagung der Grundsteuer, unter der Leitung des Königlich Preußischen Finanz-Ministeriums durch einen von diesem damit zu beauftragenden Beamten erfolge, und zu dem Ende ein Vertrag mit der Königlich Preußischen Staatsregierung abgeschlossen werde. Auch abgesehen von den diesem Auswege entgegenstehenden Schwierigkeiten würden die Kosten der Veranlagung dadurch erheblich vermehrt werden, und jedenfalls das Veranlagungswerk einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, als für die zeitige Finanzlage der Landkasse und für das Inslebentreten der Einrichtungen, deren Kosten durch diese Steuer bestritten werden sollen, wünschenswerth ist.

Da nun auch die obere Leitung der Veranlagung in der Hand der Regierung liegt, welche die zur Ausführung erforderlichen speciellen Instructionen zu erlassen hat (§ 5 des Ges.-Entw.), so darf erwartet werden, daß in Befolgung der bei der Veranlagung zu beobachtenden Grundsätze auch dann eine allgemeine Gleichmäßigkeit erzielt wird, wenn für jedes Amt und jede

Stadt ein Veranlagungs-Commissar ernannt wird. Eine Gleichmäßigkeit der Abschätzung in allen Landestheilen würde auch durch einen Commissar nicht erzielt. Es kommen dabei die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bezirke in Betracht, welche von dem aus dem Bezirke zu entnehmenden Commissar und den Einschätzungs-Deputirten am besten beurtheilt werden können.

Was schließlich die in Vorschlag gebrachten Bestimmungen wegen der Beschwerde- und Reclamations-Instanz anbetrifft (§§ 8 u. 9), bei welchen die betr. Vorschriften in dem Gesetze, die Klassensteuer und klassificirte Einkommensteuer betr., vom 6. Juni 1868 zum Muster gedient haben, so kann sich die Regierung nur für den Fall damit einverstanden erklären, daß dabei ebenso, wie bei dem Beschwerdeverfahren in Klassensteuersachen das Interesse des Steuerfiscus geeignete Berücksichtigung findet. Es wird dies auch wesentlich zur Beförderung der Gleichmäßigkeit bei der Veranlagung beitragen.

Außerdem wird dem Vorsitzenden der Reclamations-Commission, welcher nicht blos an den Sitzungen Theil zu nehmen, sondern auch außerhalb derselben die ganze Geschäftsleitung zu besorgen hat, hierfür eine Remuneration zu gewähren, und ihm ein Actuar und Pedell beizugeben sein.

Der Landtag wird das Gewicht der oben gegen die vorgeschlagenen Abänderungen des Entwurfes hervorgehobenen Bedenken nicht verkennen, welche bei der letzten Berathung nicht in der Weise geltend gemacht werden konnten, da die Abänderung, soweit sie das Prinzip des Gesetzes betrifft, erst im letzten Stadium der Verhandlung erfolgte, und eine vorgängige Berathung im betr. Ausschusse nicht stattfand.

Höchstem Befehle gemäß wird deshalb dem Landtage der angeschlossene Gesetz-Entwurf, in welchem im Uebrigen die Anträge des Landtages Aufnahme gefunden haben, zur nochmaligen Erwägung und verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt.

Gesetz,

betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom . . .

Von Gottes Gnaden Wir Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe ꝛc. ꝛc. verordnen, mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

§ 1.

Die bisher von den Wohngebäuden und Hofräumen entrichtete Grundsteuer und Kottenabgabe wird außer Hebung gesetzt, und an deren Stelle eine allgemeine von den Gebäuden und dazu gehörigen Hofräumen zu entrichtende Gebäudesteuer eingeführt.

§ 2.

Befreit von der Gebäudesteuer sind:

1. die Fürstlichen Schlösser, welche vom Landesherrn benutzt werden — für jetzt das Residenzschloß und das sog. neue Palais zu Detmold, sowie die Schlösser zu Schieder und Lopshorn —, außerdem der Lippehof zu Lemgo, solange die Benutzung desselben dem dortigen Gymnasium in bisheriger Weise gewährt wird;
2. die dem Staate gehörigen Gebäude;
3. diejenigen Gebäude, welche zu einem öffentlichen Dienst oder Gebrauch bestimmt sind;
4. die zum öffentlichen Unterrichte bestimmten Gebäude;

5. die Dienstgebäude der Kirchen- und Schuldiener;
6. Kirchen, Capellen und andere dem öffentlichen Gottesdienste gewidmete Gebäude, sowie die gottesdienstlichen Gebäude der mit Corporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften;
7. Armen-, Waisen- und Krankenhäuser, Besserungs-, Aufbewahrungs- und Gefängnißanstalten, so wie Gebäude, welche milden Stiftungen angehören und für deren Zwecke unmittelbar benutzt werden;
8. diejenigen unbewohnten Gebäude, welche nur zum Betriebe der Landwirthschaft, z. B. zur Unterbringung des Wirthschaftsviehes, der Wirthschaftsgeräthe, der Bodenerzeugnisse u. s. w. bestimmt sind; nicht minder solche zu gewerblichen Anlagen gehörige Gebäude, welche nur zur Aufbewahrung von Rohstoffen und Brennmaterialien, sowie als Stallung für das lediglich zum Gewerbebetriebe bestimmte Zugvieh dienen;
9. die zu Entwässerungs- oder Bewässerungsanlagen dienenden unbewohnten Gebäude;
10. unbewohnte Gartenhäuser.

§ 3.

Die Veranlagung der Gebäudesteuer erfolgt dergestalt, daß jedes der Steuer unterliegende Gebäude nach Maßgabe seines jährlichen Nutzungswerthes zu einer der im Tarif (Anl. A.) bestimmten Steuerstufe eingeschätzt wird, vorbehältlich einer etwaigen Ermäßigung der Steuersätze bei Feststellung des Etats.

Die Ermittelung des Nutzungswerthes erfolgt nach den in der Anl. B. zusammengestellten Grundsätzen.

Trifft der ermittelte Nutzungswerth zwischen zwei Steuerstufen, so wird das Gebäude zu der geringeren eingeschätzt.

§ 4.

Die Steuer beträgt jährlich:

1. für Gebäude, welche vorzugsweise zum Bewohnen und nur in Ansehung einzelner Räume zu gewerblichen Zwecken, z. B. zu Kauf- und Kramläden, zu Werkstätten u. s. w. benutzt werden, ferner für Schauspiel-, Ball-, Bade-, Gesellschaftshäuser und ähnliche Gebäude; vier vom Hundert des Nutzungswerthes;
2. für solche Gebäude, welche ausschließlich oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe dienen, namentlich für Fabriken und Manufacturgebäude, Ziegel-, Kalk- und Gypsbrennereien, für Brauereien und Branntweinbrennereien, für Hammer- und Hüttenwerke, Schmieden und Schmelzöfen, Dampf-, Wasser- und Windmühlen, desgl. für solche nicht zur Benutzung für die Landwirthschaft und Fabriken (§ 2, Nr. 8) bestimmte Keller, Scheunen und Ställe, welche als selbstständige Gebäude betrachtet werden müssen, zwei vom Hundert des Nutzungswerthes.

Bei den genannten Gebäuden kommt jedoch nur der Miethswerth des räumlichen Gelasses, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Triebwerke oder die darin befindlichen Maschinen und Geräthschaften, in Betracht. Für die vier ersten Stufen des Tarifs (Anl. A.) wird die Steuer auf 3 vom Hundert des Nutzungswerthes ermäßigt.

§ 5.

Die obere Leitung bei der Veranlagung der Gebäudesteuer führt Unsere Regierung, welche die zur Ausführung der Veranlagung erforderlichen speciellen

Instructionen nach Maaßgabe dieses Gesetzes zu erlassen, die zur Herstellung der nothwendigen Gleichmäßigkeit dienlichen Anordnungen zu treffen und etwaige Irrthümer und Verstöße gegen die Veranlagungsvorschriften von Amtswegen zu berichtigen hat.

§ 6.

Die Veranlagung der Gebäudesteuer geschieht bezirksweise durch eine Veranlagungs-Commission, bestehend aus einem Veranlagungs-Commissar und drei Einschätzungs-Deputirten.

Jede Stadt, so wie jedes Amt bilden je einen Einschätzungsbezirk. Die Veranlagungs-Commissare werden von Unserer Regierung ernannt. Die Einschätzungs-Deputirten werden gewählt: in den Städten vom Magistrat und Stadtverordneten-Collegium in gemeinschaftlicher Sitzung, in den Aemtern durch den Amtsgemeinderath. Für jeden Einschätzungs-Deputirten ist gleichzeitig ein Stellvertreter zu wählen. Die Mitglieder der Veranlagungs-Commission werden auf treue und gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag an Eides Statt verpflichtet.

Die Veranlagungs-Commission trifft ihre Entscheidung hinsichtlich der Einschätzung selbst durch Annahme des Durchschnitts aus den Taxen der drei Deputirten; in allen andern Fällen nach Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet der Commissar.

Die Einschätzungs-Deputirten und deren Stellvertreter werden auf 6 Jahr gewählt.

Jeder heimathsberechtigte gebäudesteuerpflichtige Hauseigenthümer ist wählbar und verpflichtet, die Wahl auf sechs Jahre anzunehmen. Zur Ablehnung der Wahl berechtigen nur geistliches Amt, anhaltende Kränklichkeit oder noth-

wendige Geschäfte, welche längere Abwesenheit nothwendig machen oder ein Alter von 60 Jahren.

Wer ohne solche Gründe die Wahl ablehnt, zahlt eine von der Wahlbehörde festzusetzende Strafe von 45 bis 75 Mark zur Gemeindecasse.

§ 7.

Die Veranlagungs-Nachweisungen über die zur Steuer eingeschätzten Gebäude sind von der Veranlagungs-Commission zu unterschreiben und der Bezirks-Verwaltungsbehörde zuzustellen, welche danach das Gebäudesteuercataster aufzustellen hat.

Nach Abschluß des Catasters ist dasselbe in dem Geschäftslocale der Bezirks-Verwaltungsbehörde auf 14 Tage zur Einsicht der Gebäudeeigenthümer auszulegen und darüber eine öffentliche Bekanntmachung durch das Regierungsblatt zu erlassen.

Außerdem ist das Ergebniß der Gebäudesteuerveranlagung den Gebäudeeigenthümern durch Zufertigung von Auszügen aus den Veranlagungs-Nachweisungen bekannt zu machen.

Diese Auszüge müssen neben specieller Bezeichnung der zur Veranlagung gekommenen Gebäude die für diese in Ansatz gebrachten Miethswerthe und die den Gebäuden auferlegten Steuerbeträge, so wie die Reclamationsfrist enthalten.

§ 8.

Beschwerden über die geschehene Veranlagung müssen binnen einer Präclusivfrist von 6 Wochen, vom Empfange des Auszuges aus der Veranlagungsnachweisung an gerechnet, bei der Veranlagungs-Commission angebracht werden. Gegen die von dieser abzugebende und dem Beschwerdeführer schriftlich bekannt zu machende Entscheidung, für welche keine Kosten zu berechnen sind, steht demselben innerhalb einer Präclusivfrist von 6 Wochen nach erfolgter

Insinuation der Recurs an die für das ganze Land bestellte Reclamations-Commission zu.

§ 9.

Die Reclamations-Commission besteht aus einem von der Regierung zu ernennenden Vorsitzenden und aus sechs Mitgliedern, welche der Landtag, ohne auf Abgeordnete beschränkt zu sein, auf die Dauer von sechs Jahren zu erwählen hat. Außerdem wählt derselbe drei Stellvertreter, welche im Falle der Verhinderung oder des Ausbleibens eines Mitgliedes während der sechsjährigen Wahlperiode einzutreten haben. Von den Mitgliedern müssen 3 in einer Stadt, 3 außerhalb einer solchen ihren Wohnsitz haben, von den Stellvertretern mindestens einer in einer Stadt und mindestens einer außerhalb einer solchen.

Die Mitglieder der Commission haben, wenn sie verhindert sind, an einer Sitzung Theil zu nehmen, 8 Tage vor derselben bei dem Vorsitzenden Anzeige davon zu machen, damit die Einberufung der Stellvertreter erfolgen kann. Diejenigen, welche dieß unterlassen, haben die durch ihr Verschulden entstehenden Kosten einer ausfallenden Sitzung zu erstatten.

Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist die Commission berechtigt, wenn außer dem Vorsitzenden 4 Mitglieder anwesend sind. In der ersten Sitzung hat der Vorsitzende die Mitglieder auf treue und gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag an Eides Statt zu verpflichten. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt; bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Vorsitzenden.

Wird ein Recurs verworfen, so fallen die durch etwaige Localbesichtigungen erwachsenen Kosten dem Reclamanten zur Last.

Gegen die dem Reclamanten schriftlich bekannt zu machende Ent-

scheidung der Reclamations-Commission ist eine weitere Berufung nicht zulässig.

Die Mitglieder der Reclamations-Commission erhalten für die Dauer der Sitzungen eine tägliche Remuneration von 9 Mark, die auswärtigen an Reisekosten für die Hin- und für die Rückreise zusammen 3 Mark für die Postmeile.

Die Remuneration des Vorsitzenden, des ihm beizugebenden Actuars und Pedellen wird von Unserer Regierung festgesetzt.

Das Interesse des Steuerfiscus wird durch einen von der Regierung zu ernennenden Steuer-Commissarius vertreten, welcher zu den für die Vornahme der Veranlagungen anzuberaumenden Terminen einzuladen und mit seinen Anträgen zu hören ist.

Derselbe ist in gleicher Weise, wie die Steuerpflichtigen, zur Anbringung von Beschwerden gegen die geschehenen Veranlagungen und zur Ausführung des Recurses bei der Reclamations-Commission gegen die Entscheidungen der Veranlagungs-Commission berechtigt.

Die auf Beschwerden und Recurse der Steuerpflichtigen ergangenen Entscheidungen sind dem Steuer-Commissarius ebenso wie den Steuerpflichtigen bekannt zu machen.

§ 10.

Die Kosten der Gebäudesteuer-Veranlagung trägt die Landcasse.

Die den Veranlagungs-Commissarien und Einschätzungs-Deputirten zu bewilligenden Tagegelder werden von Unserer Regierung festgesetzt.

Alle Behörden, Gemeinden und Privatpersonen sind verpflichtet, die in ihrem Besitz befindlichen Zeichnungen, Risse. Pläne, Taxen und sonstige Schriftstücke, welche bei der Ausführung des Veranlagungsgeschäfts von Nutzen sein

können, den Veranlagungs-Commissarien auf Verlangen zur Einsicht und Benutzung vorzulgen.

Die Bezirks-Verwaltungsbehörden haben während der Veranlagung der Gebäudesteuer der Veranlagungs-Commission einen mit den Localverhältnissen bekannten Unterbedienten beizugeben.

§ 11.

Sämmtliche Gebäudesteuer-Cataster sind, nachdem sie die vorgeschriebene Zeit zur Einsicht der Steuerpflichtigen offengelegen haben, in doppelter Ausfertigung an Unsere Regierung einzusenden.

Das eine Exemplar wird remittirt, das andere der Landes-Cataster-Commission zugestellt werden, welche die Hebelisten danach anzufertigen und wegen der richtigen Fortschreibung der Steuercataster das Erforderliche anzuordnen hat.

§ 12.

Um die Gebäudesteuer-Cataster bei der Gegenwart zu erhalten, müssen darin alle Veränderungen nachgetragen werden, welche dadurch entstehen, daß

a. in dem Eigenthumsverhältnisse der Gebäude ein Wechsel eintritt;
b. bisher steuerpflichtige Gebäude in die Classe der steuerfreien oder bisher steuerfreie Gebäude in die Classe der steuerpflichtigen übergehen;
c. Gebäude durch Veränderung ihrer Bestimmung aus der § 4 Nr. 2 bezeichneten Classe in die § 4 Nr. 1 bezeichnete Gebäudeclasse übergehen und umgekehrt;
d. Gebäude neu entstehen oder gänzlich eingehen;
e. besteuerte Gebäude durch Veränderung in ihrer Substanz, namentlich durch das Auffetzen oder Abnehmen eines Stockwerks, oder durch das Anbauen oder Abbrechen eines Gebäudetheiles, durch Vergrößerung

oder durch gänzliche oder theilweise Abtrennung der dazu gehörigen Hofräume an Nutzungswerth wesentlich gewinnen oder verlieren.

§ 13.

Mit Ausnahme der im § 16 unter Nr. 1 — 4 vorgesehenen Fälle finden alle im Laufe des Jahres eintretenden Veränderungen erst im folgenden Jahre Berücksichtigung.

Bei eintretendem Wechsel in dem Eigenthumsverhältnisse eines Gebäudes — § 12a. — ist letzteres zwar sofort auf den Namen des neuen Eigenthümers im Gebäudesteuer-Cataster umzuschreiben, der neue Eigenthümer zahlt aber erst vom Anfange des folgenden Jahres an die Steuer, und bleibt dem früheren Eigenthümer nur das Recht vorbehalten, die im Laufe des Jahres, worin der Besitzwechsel eingetreten ist, annoch gezahlten Steuerbeträge von dem neuen Eigenthümer wieder einzuziehen.

Die im § 12 unter b — e bezeichneten Veränderungen müssen von den Gebäude-Eigenthümern bis Ende des Jahres, worin die Veränderungen eingetreten sind, der betreffenden Bezirks-Verwaltungsbehörde angezeigt werden. Diese hat sämmtliche zur Anzeige gekommenen Veränderungen in einem Verzeichnisse zusammenzustellen und letzteres der Veranlagungs-Commission zuzustellen, von welcher alsdann die in Folge der eingetretenen Veränderungen zu entrichtenden Steuerbeträge zu ermitteln und die Veranlagungs-Nachweisungen an die Bezirks-Verwaltungsbehörde einzusenden sind. Nachdem sodann das Ergebniß der neuen Abschätzung den Eigenthümern der betreffenden Gebäude bekannt gemacht und über etwaige Reclamationen endgültig entschieden ist, sind die Verzeichnisse über die eingetretenen Veränderungen an die Landes-Cataster-Commission zur Berichtigung der Steuercataster und Hebelisten einzusenden.

Mit der Hebung der Steuer wird sodann zuerst im April jedes Jahres verfahren.

§ 14.

Ist die Anzeige von dem im Eigenthumsverhältnisse eingetretenen Wechsel unterblieben, so wird die veranlagte Gebäudesteuer von dem im Steuercataster eingetragenen Eigenthümer bis zum Schlusse des Jahres forterhoben, in welchem die zur Fortschreibung und Berichtigung des Catasters erforderliche Anzeige erfolgt, ohne daß jedoch der neue Besitzer von der auch ihm gesetzlich obliegenden Verhaftung für die Gebäudesteuer entbunden wird.

Ist die Anzeige von einer Aenderung unterlassen, welche eine Steuerverminderung oder die Freiheit von der Steuer begründet, so wird die Steuer ebenfalls von dem im Cataster aufgeführten Eigenthümer bis zum Schlusse des Jahres, in welchem die Anzeige erfolgt, forterhoben.

§ 15.

Wird vom Uebergange steuerfreier Gebäude in die Classe der steuerpflichtigen, ferner von neu entstandenen Gebäuden und wesentlichen Verbesserungen von Gebäuden, so wie von Veränderungen in der Einrichtung oder Benutzung der im § 4 Nr. 2 gedachten Gebäude, wodurch dieselben in die § 4 Nr. 1 bezeichnete Classe eintreten, keine Anzeige gemacht, so ist, wenn dadurch dem Staate Steuer vorenthalten ist, letztere vom Eigenthümer nachzuzahlen, und dieser außerdem in eine, dem doppelten Betrage der vorenthaltenen Steuer gleichkommende Geldbuße zu verurtheilen.

In den übrigen Fällen ist gegen den Gebäude-Eigenthümer, welcher die Anmeldung einer vorgefallenen Aenderung unterläßt, eine Geldstrafe von 1 Mark bis 9 Mark auszusprechen.

Die Untersuchung und Entscheidung steht dem Gerichte zu, wenn nicht

Derjenige, welcher der Verletzung einer der vorstehenden Vorschriften beschuldigt wird, binnen einer von der Verwaltungsbehörde zu bestimmenden Frist den ihm bekannt gemachten Strafbetrag nebst der etwa zu erlegenden Steuer und die durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten freiwillig bezahlt.

§. 16.

1. Neuerbaute oder von Grund aus wieder aufgebaute Gebäude werden erst nach Ablauf zweier Kalenderjahre, seit dem Kalenderjahre, in welchem sie bewohnbar bzw. nutzbar gemacht worden sind, zur Gebäudesteuer herangezogen.
2. Ebenso treten Steuerhöhungen in Folge von Verbesserungen der Gebäude (§ 12 e) erst nach Ablauf zweier Jahre seit dem Kalenderjahre in Kraft, in welchem die Verbesserung vollendet worden ist.
3. Für Gebäude, welche durch Brand, Ueberschwemmung oder sonstige Naturereignisse vollständig zerstört oder von ihrem Eigenthümer gänzlich abgebrochen sind, wird die Gebäudesteuer vom Anfange desjenigen Quartals ab, in welchem die Zerstörung erfolgt oder der Abbruch vollendet ist, abgesetzt.
4. Geht durch Brand, Ueberschwemmung oder sonstige Naturereignisse der Jahresertrag eines solchen Gebäudes ganz oder theilweise verloren, so ist, sofern der erlittene Verlust den dritten Theil des jährlichen Nutzungswerthes des Gebäudes erreicht oder übersteigt, ein dem Verhältniß des erlittenen Verlustes entsprechender Theil, nach Umständen der ganze Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu erlassen.

Dieser ganze Betrag ist auch dann zu erlassen, wenn ein Gebäude erweislich während eines Viertel-Jahres unbenutzt geblieben ist und keinen Ertrag gewährt hat.

§ 17.

Die Gebäudesteuer ist in den ersten 8 Tagen jeden Monats mit dem zwölften Theile ihres Jahres-Betrages fällig und in diesem Betrage zu erheben.

In den Städten wird die Hebung der Steuer den Magisträten übertragen und dafür eine Hebungsgebühr von drei Procent der eingegangenen Steuer bewilligt.

In den Aemtern ist die Steuer durch die angestellten Rendanten und Unterbedienten zu erheben.

§ 18.

Zur Entrichtung der Gebäudesteuer ist der im Steuercataster verzeichnete Eigenthümer verpflichtet. Steht das Eigenthum an einem Gebäude Mehreren gemeinschaftlich zu, so ist jeder Miteigenthümer für Entrichtung des ganzen Steuerbetrags verhaftet.

Demjenigen, von welchem die Steuer eingezogen wird, verbleibt das Recht, von einem jeden der übrigen Miteigenthümer den auf ihn fallenden Antheil wieder einzuziehen.

Ist der Eigenthümer abwesend, ohne im Orte einen Bevollmächtigten bestellt zu haben, so ist der Miether verpflichtet, die Gebäudesteuer, soweit es von fälliger und noch nicht entrichteter Miethe geschehen kann, zu bezahlen, aber berechtigt, das Gezahlte an der Miethe in Abzug zu bringen.

§ 19.

Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die dawider angebrachten Reclamationen nicht aufgehalten; sie muß vielmehr, mit Vorbehalt der Erstattung des zu viel oder der Nachzahlung des zu wenig gezahlten Betrags, zur Verfallzeit prompt entrichtet werden.

§ 20.

Gewinnt Unsere Regierung die Ueberzeugung, daß die Steuerveranlagung in einem Einschätzungsbezirke ungleichmäßig mit der in den übrigen Bezirken ausgeführt ist, so kann mit Zustimmung der Reclamations-Commission das ganze Verfahren cassirt und eine neue Veranlagung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen angeordnet werden.

§ 21.

Die Gebäudesteuer-Veranlagung wird alle zehn Jahre einer Revision unterworfen, bei deren Ausführung die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes ebenfalls zur Anwendung kommen.

§ 22.

Soweit sich die vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen auf die Veranlagung der Gebäudesteuer beziehen, treten dieselben sofort mit der Publication dieses Gesetzes in Kraft.

Nach Vollendung der Veranlagungsarbeiten ist der Zeitpunkt des Aufhörens der alten und des Eintritts der neuen Gebäudesteuer im Verwaltungswege bekannt zu machen.

Gegeben Detmold den ꝛc.

Anlage A.

Tarif

zur Veranlagung der Gebäudesteuer.

Steuerstufe.	Jährlicher Nutzungswerth der Gebäude.	Jahressteuer. nach § 4 zu 1		nach § 4 zu 2		Steuerstufe.	Jährlicher Nutzungswerth der Gebäude.	Jahressteuer. nach § 4 zu 1		nach § 4 zu 2	
		M.	₰	M.	₰		M.	M.	₰	M.	₰
	bis										
1	12	—	40	—	20	24	750	30	—	15	—
2	18	—	60	—	30	25	825	33	—	16	50
3	24	—	80	—	40	26	900	36	—	18	—
4	36	1	20	—	60	27	975	39	—	19	50
5	45	1	80	—	90	28	1050	42	—	21	—
6	60	2	40	1	20	29	1125	45	—	22	50
7	75	3	—	1	50	30	1200	48	—	24	—
8	90	3	60	1	80	31	1350	54	—	27	—
9	105	4	20	2	10	32	1500	60	—	30	—
10	120	4	80	2	40	33	1650	66	—	33	—
11	135	5	40	2	70	34	1800	72	—	36	—
12	150	6	—	3	—	35	1950	78	—	39	—
13	180	7	20	3	60	36	2100	84	—	42	—
14	210	8	40	4	20	37	2250	90	—	45	—
15	240	9	60	4	80	38	2400	96	—	48	—
16	270	10	80	5	40	39	2550	102	—	51	—
17	300	12	—	6	—	40	2700	108	—	54	—
18	360	14	40	7	20	41	2850	114	—	57	—
19	420	16	80	8	40	42	3000	120	—	60	—
20	480	19	20	9	60	43	3300	132	—	66	—
21	540	21	60	10	80	Bis 6000 Mark steigt jede Stufe um je 300 Mark, von 6000 Mark und weiter um je 600 Mark.					
22	600	24	—	12	—						
23	675	27	—	13	50						

Anlage B.

Allgemeine Grundsätze bei Veranlagung der Gebäudesteuer.

A. Gegenstände der Gebäudesteuer.

§ 1.

Als Gebäude im Sinne des Gesetzes sind nur solche Baulichkeiten anzusehen, welche zur Erreichung dauernder Zwecke hergestellt sind (wenn auch nicht dauernd benutzt werden), ein zu Wohnungs- oder gewerblichen Zwecken bestimmtes räumliches Gelaß und nach ihrer ganzen Beschaffenheit einen dauernden Nutzungswerth haben.

§ 2.

Sämmtliche steuerpflichtige Gebäude sind in der Regel einzeln einzuschätzen, also auch diejenigen Hinter- und Seitengebäude, Remisen, Ställe u. dgl., für welche die Steuerfreiheit auf Grund des § 2 des Gesetzes nicht beansprucht werden kann. Indeß können kleine Holz- und Viehställe u. s. w., welche nicht nach Nr. 8 in § 2 des Gesetzes ganz steuerfrei zu belassen sind, auch ohne Veranlagung als besondere Gebäude in der Weise angemessen berücksichtigt werden, daß ihr Nutzungswerth demjenigen des Wohngebäudes, zu welchem sie gehören, hinzugerechnet wird.

§ 3.

Von zwei Gebäuden, welche durch eine vom Fundament bis zur Dachspitze durchgehende Giebelwand von einander getrennt sind, muß, wenn sie sich auch unter einem Dache befinden und äußerlich als ein Ganzes darstellen, dennoch jedes für sich als ein besonderes Steuerobject zur Veranlagung gezogen werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie verschiedenen Eigenthümern gehören oder zur Zeit in der Hand eines Besitzers vereinigt sind.

§ 4.

Hofräume bilden keine selbstständigen Steuerobjecte. Sie sind in den Veranlagungsnachweisungen u. s. w. nur nachrichtlich und ohne Ausweisung eines selbstständigen Nutzungswerthes als Zubehör desjenigen Gebäudes zu vermerken, dessen Nutzungswerth durch sie erhöht wird.

§ 5.

Die zu Bahnhöfen gehörigen Grundflächen sind, so weit sie zum Verkehr des Publikums oder zum Transportgeschäft benutzt werden, als Hofräume zu behandeln.

Die bei den Bahnhöfen etwa vorhandenen Grundflächen, welche weder zum Verkehr des Publikums, noch zum Transportgeschäft benutzt werden, sind, auch wenn sie innerhalb der Umwehrung des Bahnhofs belegen, der Besteuerung durch die Grundsteuer von den Liegenschaften zu unterwerfen.

B. Befreiung von der Gebäudesteuer.

§ 6.

Die unter Nr. 3 im § 2 des Gesetzes bezeichneten Gebäude müssen, um von der Gebäudesteuer freigelassen zu werden, dauernd und unmittelbar zu einem öffentlichen Dienste oder Gebrauche bestimmt sein.

Der Umstand, daß einzelne Räume eines hiernach steuerfrei zu lassenden Gebäudes auch zu andern Zwecken benutzt werden (z. B. das Vermiethen von Kaufmannsläden oder Schenklocalen in einem Rathhause) ist einflußlos. Die hierher gehörigen Gebäude sind entweder ganz frei oder ganz steuerpflichtig. Eine theilweise Veranlagung ist unstatthaft.

Dagegen bleiben steuerpflichtig:

a. die den Gemeinden gehörigen, an Privatpersonen vermietheten Gebäude;
b. die den kaufmännischen Corporationen und ähnlichen Gesellschaften gehörigen Gebäude, wie z. B. Lager-, Versammlungs-, Schützenhäuser u. dgl.;
c. städtische Gasanstalten und andere, zu einem Gewerbebetriebe dienende Gebäude.

§ 7.

Zu den unter Nr. 8 im § 2 des Gesetzes bezeichneten Gebäuden gehören alle Gebäude, welche in der Erreichung der daselbst gedachten landwirthschaftlichen oder gewerblichen Zwecke ihre Hauptbestimmung finden, und in welchem zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume entweder gar nicht oder doch nur in untergeordnetem Maße vorhanden sind.

§ 8.

Bei der Bemessung des steuerbaren Nutzungswerthes solcher ländlicher Wohngebäude, in welchen gleichzeitig die zum Betriebe der Landwirthschaft, z. B. zur Unterbringung des Wirthschaftsviehes, der Bodenerzeugnisse u. s. w. erforderlichen Räume vorhanden sind, so wie solcher zu gewerblichen Anlagen gehörigen Wohnräume, welche gleichzeitig die zur Aufbewahrung von Rohstoffen oder Brennmaterialien für die Fabrik u. s. w. bestimmten Räume umfassen, sind diese Räume außer Anschlag zu lassen, die Wohngebäude gedachter Art demnach nur so zur Veranlagung zu bringen, als ob die darin befind-

lichen, lediglich zum Betriebe der Landwirthschaft u. s. w. bestimmten Räume gar nicht vorhanden wären.

§ 9.

Nach Maßgabe des allgemeinen Grundsatzes unter Nr. 8 im § 2 des Gesetzes sind insbesondere frei zu lassen:

a. die zur Aufbewahrung von Holz, Torf, Steinkohlen u. s. w. zum Verbrauch in der Wirthschaft bestimmten Gebäude auf dem Lande;
b. die Viehställe der kleinen Leute auf dem Lande, auch wenn sie keine eigentliche Landwirthschaft betreiben;
c. die Mastviehstallungen und die Stallungen zur Unterbringung des Wirthschaftsviehes auf größeren Gütern;
d. die Backhäuser in ländlichen Ortschaften, so fern sie nicht zugleich zu Wohnungen dienende Räume enthalten oder zum Gewerbebetriebe benutzt werden;
e. Scheunen, Remisen, Schuppen und sonstige, zur Unterbringung von Wirthschaftsproducten und Geräthen, Wagen, Viehgeschirren u. s. w. dienende Baulichkeiten.

§ 10.

Dagegen sind steuerpflichtig diejenigen zum Betriebe der Landwirthschaft dienenden, wenn auch unbewohnten Gebäude, welche ihrer selbst halber und außer Verbindung mit Grundstücken vermiethet sind; z. B. einzelne Scheunen, gleichviel zu welchem Zwecke sie vom Miether benutzt werden; eben so alle solche Gebäude, in denen s. g. landwirthschaftliche Nebengewerbe, wie Brennerei, Brauerei, Zuckerfabrikation u. s. w., betrieben werden.

§ 11.

Unter einer gewerblichen Anlage (Nr. 8 im § 2 des Gesetzes) ist ein

zu Fabrik- oder sonstigen gewerblichen Zwecken besonders eingerichtetes Gebäude zu verstehen, wozu auch die Betriebsstätten der Tischler, Zimmermeister, Seiler und sonstigen Gewerbetreibenden zu rechnen sind. Diese gewerblichen Anlagen selbst sind der Gebäudesteuer unterworfen, wogegen die dazu gehörigen, lediglich zur Aufbewahrung von Rohstoffen, z. B. Brettern, Hanfvorräthen, Tabaksblättern u. s. w. bestimmten Schuppen und unbewohnten Gebäude als steuerfrei zu behandeln sind.

§ 12.

Die unter Nr. 8 im § 2 des Gesetzes bezeichneten Erfordernisse sind dagegen nicht vorhanden beispielsweise:

a. bei den zur Aufnahme des Zugviehs der Reisenden bestimmten Stallungen der Gastwirthe;
b. bei den Stallungen der Posthalter und Lohnfuhrleute;
c. bei den Mastviehställen auf Fabrikanlagen;
d. bei den Niederlagen von Verkaufsartikeln;
e. bei den Locomotiv- und Personenwagen-Schuppen der Privateisenbahnen.

Derartige Gebäude sind daher steuerpflichtig.

C. Die Veranlagung der Wohngebäude in den Städten.

§ 13.

In den Städten ist der Nutzungswerth der steuerpflichtigen Gebäude nebst den dazu gehörigen Hofräumen nach dem mittleren jährlichen Miethswerthe derselben festzustellen und letzterer nach den durchschnittlichen Miethspreisen abzumessen, welche innerhalb der vom Veranlagungsjahre unmittelbar vorangegangenen zehn Jahre in der Stadt bedungen sind.

§ 14.

Der Veranlagung der Gebäudesteuer in den Städten ist lediglich der Bruttonutzungswerth der Gebäude zu Grunde zu legen. Abzüge von dem Bruttonutzungswerthe für die allmähliche Abnutzung des Anlagecapitals, für die Unterhaltungskosten, für Verluste u. s. w. sind unbedingt unzulässig.

§ 15.

Der Nutzungswerth derjenigen Gebäude, für welche aus dem im § 14 bezeichneten zehnjährigen Zeitraume bedungene Miethpreise nicht ermittelt werden können, ist nach pflichtmäßigem, billigem Ermessen festzustellen.

Dabei sind die gefundenen Nutzungswerthe ähnlicher in der Stadt befindlicher Gebäude sowie die Lage, bauliche Beschaffenheit, innere Einrichtung und alle etwa vorhandenen Vortheile oder Nachtheile des betreffenden Gebäudes zu berücksichtigen, welche im Falle einer Vermiethung auf den Miethpreis von Einfluß sein würden.

§ 16.

Haben in einer Stadt wirklich bedungene Miethspreise nur für so wenige Gebäude ermittelt werden können, daß durch Vergleich mit letzteren die Einschätzung der übrigen Gebäude nicht erfolgen kann, so ist zunächst nach billigem Ermessen der Nutzungswerth der schlechtesten in der Stadt befindlichen Gebäude festzustellen und demnächst im Vergleich mit den letzteren die Einschätzung der übrigen Gebäude, von den minder schlechteren zu den besseren und besten aufsteigend, vorzunehmen.

§ 17.

Im Uebrigen ist bei der Einschätzung der geringeren Gebäude in dem Tarif (§ 3 des Gesetzes) folgendes zu beobachten:

1. In jeder Stadt ist stets mit der Einschätzung der schlechtesten Gebäude zu beginnen und von diesen zu den besseren und besten überzugehen, aber nicht umgekehrt.

2. Für solche städtische Nebengebäude von nur geringem räumlichen Gelasse, wie beispielsweise Holz- und Viehställe, Waschküchen u. s. w., welche nicht selbstständig vermiethet werden, sondern lediglich den Miethern des Hauptgebäudes zur Mitbenutzung und zwar dergestalt überlassen sind, daß der Miethspreis für diese Mitbenutzung nicht besonders festgestellt, sondern in dem für die im Hauptgebäude vermietheten Räume bedungenen Miethpreise mit einbegriffen ist, bedarf es der Feststellung eines selbstständigen Nutzungswerthes nicht. Vielmehr ist es für genügend zu erachten, wenn der Nutzungswerth derartiger Baulichkeiten nicht besonders ausgeworfen, sondern bei Bemessung der Steuerstufe für das Hauptgebäude mitberücksichtigt, der Veranlagung des letztern zur Steuer also derjenige Miethspreis, welcher zugleich für die Mitbenutzung der erstern zu entrichten ist, zu Grunde gelegt wird.

3. Bei Ermittelung des Miethswerthes von Gebäuden von ungewöhnlicher Größe und Beschaffenheit (Schlössern und ähnlichen), für welche der Maßstab eines Miethswerthes durch Vergleichung mit anderen Gebäuden am Orte nicht gefunden werden kann, ist nach verständigem Ermessen ein angemessener Tarifsatz festzustellen.

4. Außerhalb der Stadt belegene, zum Communalverbande der letzteren gehörige, bewohnte Gebäude sind zwar nach den für die Städte bestehenden Veranlagungs-Grundsätzen zur Gebäudesteuer heranzuziehen, aber wenn nicht besondere Umstände etwas Anderes bedingen, verhältniß-

mäßig niedriger einzuschätzen, als Gebäude von ähnlicher Größe und Beschaffenheit im Innern der Stadt.

5. Schauspiel-, Ball-, Gesellschaftshäuser und ähnliche Gebäude, Gasthöfe u. s. w. sind behufs ihrer Einschätzung mit gewöhnlichen Wohnhäusern nach billigem Ermessen zu vergleichen.
6. Der Umstand, daß ein Gebäude nicht das ganze Jahr hindurch vom Eigenthümer benutzt zu werden pflegt, kann eine Ermäßigung der Einschätzung nicht begründen.

D. Die Veranlagung der Wohngebäude in den ländlichen Ortschaften.

§ 18.

Für die Veranlagung der Wohngebäude in den ländlichen Ortschaften gelten folgende allgemeine Vorschriften:

In so weit aus wirklichen Miethspreisen ein zureichender Anhalt für die Feststellung des Nutzungswerthes der Gebäude nicht zu gewinnen ist, sind zu diesem Behufe neben der Größe, Bauart und Beschaffenheit der Gebäude auch die Gesammtverhältnisse der zu denselben gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke zu berücksichtigen.

In der Regel sind:

1. die Wohngebäude, welche zu ländlichen Grundstücken von so geringem Ertrage gehören, daß deren Besitzer davon selbstständig nicht leben können, sondern genöthigt sind, zu ihrem Unterhalt noch anderweiten Verdienst durch Tagelohn und diesem ähnliche Lohnarbeit zu suchen, in Gleichem die Wohngebäude der kleinen Handwerker, Fabrikarbeiter u. s. w. in eine der Stufen 1—6 einzuschätzen;

2. die Wohngebäude, welche zu solchen selbstständigen ländlichen Besitzungen gehören, deren wirthschaftlicher Reinertrag nach ungefährer Schätzung durchschnittlich weniger als 3000 Mark jährlich beträgt, zu den Stufen 7—22;
3. die Wohngebäude, welche zu solchen größeren ländlichen Besitzungen gehören, deren Wirthschaftsertrag auf 3000 Mark jährlich oder darüber geschätzt wird, zu den Stufen 17—37 des Tarifs zu veranlagen.

§ 19.

Gehören zu einer ländlichen Besitzung mehrere Wohngebäude, so wird nur das Hauptwohngebäude zu der, den Gesammtverhältnissen der Besitzung entsprechenden Stufe des Tarifs eingeschätzt. Die übrigen zu derselben Besitzung gehörigen Wohngebäude, wie Pächter-, Rentmeister-, Verwalter-, Förster-, Gesinde- und Tagelöhnerwohnungen sind mit Berücksichtigung ihres Umfangs und ihrer Wohnungsräume zu einer der Stufen 1—6 des Tarifs zu veranlagen.

Eine über diese Sätze hinausgehende Besteuerung nach dem Miethswerthe ist bei solchen Gebäuden nur dann zulässig, wenn dieselben an Personen vermiethet werden, welche weder zur Bewirthschaftung der Besitzung bestimmt sind, noch im Dienste des Besitzers derselben stehen.

§ 20.

Behufs Einschätzung der einzelnen Wohngebäude kommt es zunächst darauf an, jedes der letzteren einer der im § 19 unter Nr. 1, 2, 3 bezeichneten drei Hauptclassen zu überweisen, und sind hierfür die Gesammtverhältnisse der zu den betreffenden Gebäuden gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke in erster Linie entscheidend.

§ 21.

Bei Ueberweisung der Wohngebäude zur ersten Hauptgebäudeclasse nach der Vorschrift unter Nr. 1 im § 19 dient im Allgemeinen als Anhalt, daß eine Besitzung, um als selbstständig angesehn zu werden, einen wirthschaftlichen Reinertrag von 600 Mark einschließlich des Nutzungswerths der Wohnung gewähren muß.

§ 22.

Um für die einzelnen der ersten Hauptclasse zu überweisenden Wohngebäude die angemessene Steuerstufe festzustellen, ist davon auszugehn, daß in die erste Stufe des Tarifs der Regel nach nur Wohngebäude von geringem Werthe einzuschätzen sind, welche nur für eine Familie Wohnungsräume darbieten.

Wenn ein der ersten Hauptclasse zu überweisendes Gebäude für eine zweite, bezw. mehrere Familien Wohnungsräume darbietet, so ist dasselbe nicht mehr in die erste Stufe, sondern seinen Verhältnissen entsprechend, in eine der folgenden bis zur sechsten Stufe des Tarifs einzuschätzen. Welche dieser Stufen zu wählen sei, richtet sich danach, in welchem Maße die vorgedachten, die höhere Einschätzung begründenden Verhältnisse zusammentreffen.

§ 23.

Zum Behufe der Einschätzung der zur zweiten Hauptclasse gehörigen Wohngebäude in die unter Nr. 2 in § 19 ausgeworfenen Stufen 7—22 des Tarifs ist bei der Ermittelung des Nutzungswerthes für ein bestimmtes Wohngebäude neben den sonstigen im § 19 angegebenen allgemeinen Einschätzungsmerkmalen auch das Verhältniß, nach welchem die Nutzungswerthe der Wohngebäude der ersten Hauptclasse festgestellt sind, zu berücksichtigen, und sind demgemäß in der zweiten Hauptclasse einzuschätzen:

Wohngebäude, welche zu selbstständigen ländlichen Besitzungen gehören, deren durchschnittlicher wirthschaftlicher Reinertrag anzunehmen ist auf etwa

600— 750 Mrk. jährlich in die Stufen 7—13 des Tarifs,
von 750—1500 „ „ „ „ „ 10—15 „ „
1500—2250 „ „ „ „ „ 12—18 „ „
2250—2997 „ „ „ „ „ 16—22 „ „

§ 24.

Bei der Veranlagung der zur dritten Hauptclasse gehörenden Wohngebäude zur Gebäudesteuer sind die einzelnen Abstufungen innerhalb der unter Nr. 3 im § 19 für die dritte Hauptclasse vorgeschriebenen Stufen 17—37 des Tarifs in der Weise festzustellen, daß Wohngebäude auf ländlichen Besitzungen, deren jährlicher wirthschaftlicher Reinertrag anzunehmen ist auf:

3000— 6000 Mrk., eingeschätzt werden zu den St. 17—23 d. T.
6000— 9000 „ „ „ „ „ „ 20—26 „ „
9000—12000 „ „ „ „ „ „ 23—29 „ „
12000—15000 „ „ „ „ „ „ 28—32 „ „
15000—18000 „ „ „ „ „ „ 31—33 „ „
18000—21000 „ „ „ „ „ „ 33—34 „ „
21000—24000 „ „ „ „ „ „ 34—35 „ „
24000—27000 „ „ „ „ „ „ 35—36 „ „
27000 und darüber „ „ „ „ „ 36—37 „ „

§ 25.

Bei Ermittelung des Nutzungswerths der zur zweiten und dritten Hauptclasse gehörigen Wohngebäude ist zu beachten, daß die Wohngebäude der zweiten Hauptclasse in die Stufen 7—22 des Tarifs, die zur dritten Hauptclasse gehörigen Gebäude dagegen in die Stufen 17—37 eingeschätzt werden

sollen. Aus diesem Ineinandergreifen der Steuerstufen 17—22 für beide Hauptclassen ergiebt sich, daß als höchste Steuerstufe für die zur zweiten Hauptclasse gehörigen Wohngebäude mittlerer gemeingewöhnlicher Größe, Bauart und Beschaffenheit in der Regel die 19. Stufe mit einem Nutzungswerthe von 420 bis 477 Mark jährlich, und als niedrigste Steuerstufe für die zur dritten Hauptclasse gehörigen Wohngebäude mittlerer gemeingewöhnlicher Größe, Bauart und Beschaffenheit in der Regel die 20. Stufe mit einem jährlichen Nutzungswerthe von 480 bis 537 Mark festzuhalten sein wird, dergestalt, daß Wohngebäude, welche, den Verhältnissen der dazu gehörigen ländlichen Besitzungen entsprechend, der zweiten Hauptclasse angehören, nur ausnahmsweise und jedenfalls nur dann in die Stufen 20, 21 oder 22 des Tarifs einzuschätzen sein werden, wenn die betreffenden Gebäude ungewöhnlich geräumig oder von vorzüglichster Bauart und Beschaffenheit sind, so wie umgekehrt der dritten Hauptclasse angehörige Wohngebäude nur ausnahmsweise und nur dann in die 17., 18. oder 19. Stufe des Tarifs eingeschätzt werden dürfen, wenn die ersteren ungewöhnlich klein, oder von sehr mangelhafter Bauart und Beschaffenheit sind.

§ 26.

Die zu ländlichen Besitzungen gehörigen Wohngebäude dürfen niemals in eine höhere Stufe eingeschätzt werden, als Wohngebäude von gleicher Größe, Bauart und Beschaffenheit in der nächstbelegenen Stadt. Demgemäß ist die Steuerstufe für ein ländliches Wohngebäude, namentlich der zweiten und dritten Hauptclasse, zunächst nach den allgemeinen Regeln in den §§ 17—25 zu ermitteln, und wenn sich dann durch Vergleichung mit ähnlichen Wohngebäuden in der nächstbelegenen Stadt ergiebt, daß jene Steuerstufe zu hoch gegriffen

sei, so ist die entsprechende niedrigere Steuerstufe für das ländliche Wohngebäude festzusetzen.

§ 27.

Hinsichtlich der zur dritten Hauptclasse gehörigen umfangreichen (schloßartigen) Wohngebäude auf größeren Gütern ist, wenn es in der nächsten Stadt an geeigneten Vergleichsobjecten fehlt, eine andere Stadt des Landes, in welcher sich ähnliche Wohngebäude vorfinden, zum Zweck der Vergleichung auszuwählen. Dabei ist jedoch das ländliche Wohngebäude immer nur als Ganzes und für eine Familie zur Benutzung bestimmt ins Auge zu fassen, dergestalt, daß der Nutzungswerth nicht danach abzumessen ist, wie es zu vermiethen sein würde, wenn es unter Herstellung der dazu noch erforderlichen Einrichtungen in eine größere oder geringere Zahl kleiner Wohnungen zerlegt und mit solchen im Einzelnen zur Vermiethung gestellt würde, sondern nur darnach, was der betreffende Grundbesitzer für das bezügliche Wohnhaus in der Stadt nach den in letzterer bestehenden Miethsverhältnissen an Miethe zu zahlen haben würde.

§ 28.

1. Solche Land- und zum Bewohnen eingerichtete Gartenhäuser, welche nur zum Sommeraufenthalt bestimmt sind, werden ohne Rücksicht auf den Umfang und Ertragswerth der dazu gehörigen nutzbaren Ländereien nach Maßgabe ihrer Größe, Bauart und Einrichtung lediglich nach dem Miethswerthe eingeschätzt.

2. In gleicher Weise wird verfahren bei der Einschätzung von Wohnungen, welche mehr oder weniger einen städtischen Character haben, z. B. Vergnügungslocale, Wirthshäuser u. s. w.

Läßt sich der Miethwerth nach den localen Verhältnissen nicht feststellen, so wird der Miethwerth der nächstbelegenen Stadt als maßgebend angenommen.

E. Die Veranlagung der gewerblichen Gebäude.

§ 29.

Der Nutzungswerth der gewerblichen Gebäude ist in den Städten in gleicher Weise, wie bei den Wohngebäuden, nach den in den letzten fünfzehn Jahren bedungenen Miethpreisen zu bemessen und finden hierbei die Vorschriften in den §§ 14—18 ebenfalls Anwendung.

In den ländlichen Ortschaften sind die gewerblichen Gebäude in diejenige Steuerstufe einzuschätzen, in welche Gebäude derselben Art und von gleichem oder ähnlichem Umfange in den Städten eingeschätzt sind, wodurch dieselben mit den gewerblichen Gebäuden in den Städten gleichgestellt werden.

Bei der Einschätzung aller gewerblichen Gebäude kommt aber nur der Miethswerth des räumlichen Gelasses dieser Gebäude, ohne Rücksicht auf die darin befindlichen Maschinen oder Geräthschaften in Betracht.

§ 30.

Lassen sich wirklich bedungene Miethpreise für gewerbliche Gebäude nicht ermitteln, so sind letztere nach ihrer Größe und baulichen Beschaffenheit mit Wohngebäuden von gleichem oder ähnlichem Umfange, wofür die Miethspreise bereits feststehen, zu vergleichen und ist dementsprechend der Nutzungswerth der gewerblichen Gebäude nach billigem Ermessen festzustellen.

§ 31.

Windmühlen sind je nach ihrer Größe, Bauart und Beschaffenheit in eine der Stufen von 1—6 einzuschätzen.

§ 32.

Im Uebrigen dienen für die von Unserer Regierung noch zu erlassenden speciellen Instructionen die in der Anweisung vom 14. October 1862 für die preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen enthaltenen Grundsätze im Allgemeinen als Anhalt.

Detmold den 2c.

Gesetz-Entwurf,

die Vermarkung der Bezirksgrenzen und der Grenzen der Eigenthumsstücke bei der Landesvermessung betreffend, vom.....

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, Regierender Fürst zur Lippe ꝛc. ꝛc.

erlassen mit Zustimmung des Landtags das nachstehende Gesetz:

§ 1.

Bei der vorzunehmenden Landesvermessung sind, und zwar vor Ausführung der Detailvermessung (Stückvermessung), sämmtliche Eigenthums- und Bezirksgrenzen (§ 4 des Gesetzes vom 12. September 1877) mit geometrischer Hülfe in genauer Weise dauerhaft zu vermarken, soweit solches nicht bereits geschehen ist.

§ 2.

Zur Vermarkung sind in der Regel Grenzsteine von angemessener Größe und Beschaffenheit zu verwenden.

Bei regelmäßigen Feldlagen sind die Grenzsteine in geraden Linien, sogenannten Steinlinien, zu setzen, welche von den Grenzen, auf welche die Grundstücke mit ihren Breiten stoßen, in angemessener Entfernung angelegt werden müssen.

Sind Grenzsteine zur Vermarkung nicht geeignet, so sind statt derselben zugerichtete, starke und an dem Fußende angekohlte Pfähle, welche in entgprechender Tiefe unter der Oberfläche des Bodens mit einem gleichfalls angekohlten Querholze zu versehen sind, zu setzen.

Sind die Grundstücke von Gräben, Hecken oder Zäunen ꝛc. eingeschlossen, so genügt es, nur die Hauptwinkelpunkte zu vermarken, sofern über die dazwischen liegenden Grenzstrecken ein Zweifel nicht obwaltet.

§ 3.

Die Bezirks-Verwaltungsbehörden haben vor dem Beginn der Vermarkung ihres Bezirks ein genaues Verzeichniß sämmtlicher Grundbesitzer, in den Aemtern nach Bauerschaften getrennt, aufzustellen und darin diejenigen Grundbesitzer zu bezeichnen, für deren Grundstücke eine Vermarkung nothwendig ist.

Fürstliche Rentcammer und Fürstliche Forstdirection haben bezüglich der abgeschlossenen Domanial- und Forstbezirke den Bezirks-Verwaltungsbehörden vor dem Beginn der Vermarkung ihre Vertreter namhaft zu machen, und zugleich ein Verzeichniß der Grundstücke, deren Vermarkung nothwendig ist, einzureichen.

Seitens der Rittergutsbesitzer ist, wenn sie bei der Vermarkung durch einen Bevollmächtigten sich vertreten lassen wollen, davon den betreffenden Bezirks-Verwaltungsbehörden Anzeige zu machen. Auch ist von ihnen ein Verzeichniß der Grundstücke, deren Vermarkung nothwendig ist, den Bezirks-Verwaltungsbehörden einzureichen.

§ 4.

Die Magistrate haben für ihren Verwaltungsbezirk und die Aemter für jede Bauerschaft ihres Amtsbezirks eine Commission von drei vorzüglich localkundigen unbescholtenen Grundeigenthümern zur gütlichen Ausgleichung der etwa vorkommenden Streitigkeiten über Eigenthumsgrenzen und zugleich zur Wahrnehmung der Interessen und Obliegenheiten ihres Bezirks bei Ausführung der Vermarkung zu bestellen und ein Verzeichniß der Commissionsmitglieder den mit der Ausführung der Vermarkung beauftragten Geometern mitzutheilen.

§ 5.

Die mit der Ausführung der Vermarkung beauftragten Geometer haben in öffentlich anzuberaumenden Terminen die Eigenthumsgrenzen districtsweise in Gegenwart der Grundeigenthümer klar zu stellen und die zu vermarkenden Punkte der Grenzen durch entsprechende Pfähle, welche Seitens der Grundeigenthümer in Bereitschaft zu halten sind, zu bezeichnen.

Die Vermarkung dieser Grenzpunkte ist innerhalb der auf den Localtermin folgenden 14 Tage von den Grundeigenthümern unter Beaufsichtigung der im § 4 bestellten Commission zu bewirken.

§ 6.

Die Vorladungen zu den Terminen sind in ortsüblicher Weise, in den Amtsbezirken durch Vermittelung der Gemeindevorstände, zu erlassen. Ueber die erfolgte Vorladung der Eigenthümer ist eine Bescheinigung auszustellen und zu den Gemarkungsacten zu bringen. Die Grundeigenthümer haben den an sie ergangenen Vorladungen Folge zu leisten und ihre Grenzen entweder selbst oder durch geeignete Vertreter anzuweisen.

Sollte der Vorladung keine Folge geleistet werden, so sind die betreffenden Grundeigenthümer unter der Verwarnung zu einem zweiten Termine vorzuladen, daß im Falle dieselben gleichwohl nicht erscheinen sollten, die Vermarkung ihrer Grenzen nach den Angaben der etwa erschienenen Grenznachbarn, beziehungsweise der bestellten Commission bewirkt und von ihnen als richtig anerkannt angenommen werden sollte.

Geschieht die Vermarkung innerhalb der im § 5 festgesetzten Zeit nicht, so ist dieselbe von der Bezirks-Verwaltungsbehörde auf Kosten der Säumigen herbeizuführen.

§ 7.

Walten Streitigkeiten über die Eigenthumsgrenzen ob und gelingt es der bestellten Commission, sowie dem Geometer nicht, eine gütliche Einigung der Betheiligten herbeizuführen, so hat der mit der Vermarkung beauftragte Geometer eine Verhandlung über den Sachverhalt aufzunehmen, welche von den betheiligten Grundeigenthümern und der im § 3 bestellten Commission mit zu vollziehen und zu den Gemarkungsacten zu bringen ist.

Eine Vermarkung der streitigen Eigenthumsgrenzen findet nicht statt, dieselben sind vielmehr mit Berücksichtigung der Oertlichkeit in möglichst entsprechender Weise festzustellen und die betreffenden Grundstücke demgemäß, ohne daß dadurch die Rechte und Ansprüche der Eigenthümer in irgend einer Art berührt oder beeinträchtigt werden, in das Flurbuch und die Mutterrolle einzutragen. (§ 4 des Gesetzes vom 12. September 1877).

§ 8.

Die Kosten der Vermarkung fallen den Grundeigenthümern zur Last. Dieselben sind für jeden Bezirk zur Liquidation und Festsetzung zu bringen und innerhalb desselben auf die einzelnen Grundeigenthümer in entsprechender Weise zu vertheilen. Die Einziehung der Kosten geschieht in den Amtsbezirken von den Gemeindevorständen, erforderlichen Falles im Wege der administrativen Execution.

§ 9.

Die gesetzten Grenzmarken gelangen bei der Detailvermessung (Stückvermessung) sämmtlich zur Aufnahme und zur Eintragung in die Stückvermessungshandrisse und Gemarkungskarten. Die Ergebnisse der Vermessung werden den Betheiligten demnächst durch öffentliche Vorlesung mitgetheilt.

Detmold den .....

Proposition,

den Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Einführung des Gesetzes über den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung und des Gesetzes bezüglich einer Grundbuchordnung.

In der Proposition, den Erlaß 1. eines Gesetzes bezüglich des Eigenthumserwerbes an Grundstücken und deren dinglicher Belastung, 2. eines Gesetzes bezüglich einer Grundbuch-Ordnung betreffend, ist die Vorlage eines weiteren Gesetzentwurfes vorbehalten, welcher Vorschriften darüber enthalte, in welcher Weise die Resultate der neuen Vermessung zur Herstellung der Grundbücher verwandt werden sollen, und wie die Eintragungen der bisherigen Hypothekenbücher in die Grundbücher demnächst überzuführen sind.

Dieser Gesetzentwurf wird dem Landtage hierneben zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt.

Indem im Allgemeinen auf den Inhalt desselben Bezug genommen werden kann, wird nur noch bemerkt, daß die Fassung einiger Vorschriften je nach der Einrichtung, welche bei den nach den Reichs-Justizgesetzen einzuführenden Gerichten bezüglich der Fortschreibung der Hypothekenbücher getroffen wird, vielleicht einer Aenderung bedarf.

Entwurf

eines Gesetzes, betreffend die Einführung des Gesetzes über den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung, vom . . . . . und der Grundbuchordnung vom . . . . . im Fürstenthum Lippe

---

Von Gottes Gnaden Wir Günther Friedrich Woldemar, Regierender Fürst zur Lippe ꝛc. ꝛc. verkünden mit Zustimmung des Landtags als Gesetz für das Fürstenthum Lippe, was folgt:

§ 1.

Das Gesetz über den Erwerb des Eigenthums an Grundstücken und deren dingliche Belastung vom . . . . . und die Grundbuchordnung vom . . . . . treten nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen in Kraft.

I. Anlegung der Grundbücher.

§ 2.

Für jeden Gemeindebezirk des Fürstenthums wird von dem zuständigen Amtsgerichte (§ 14 der Grundbuchordnung) ein Grundbuch im Anschlusse an die Grundsteuer-Mutterrolle angelegt.

§ 3.

Die Verwaltungsämter haben, sobald die Grundsteuer-Vermessungs-Arbeiten bis zum Nachweise der Besitzer und des Flächeninhalts der einzelnen Grundstücke abgeschlossen sind, den Amtsgerichten Abschrift der auf Grund dieser Nachweise aufgestellten Grundsteuer-Mutterrolle zuzustellen.

§ 4.

Sobald den Amtsgerichten die Grundsteuer-Mutterrolle zugegangen ist, werden die Eigenthümer der einzelnen Grundstücke behuf Anlegung des Grundbuchs vorgeladen.

§ 5.

Der als Eigenthümer Vorgeladene ist verpflichtet, dem Amtsgerichte

1. seinen unmittelbaren Rechtsvorgänger zu nennen;

2. den Rechtsgrund anzugeben, vermöge dessen das Eigenthum auf ihn übergegangen ist;

3. die darauf sich beziehenden Urkunden oder andere Beweisstücke vorzulegen und

4. alle auf dem Grundstücke haftenden Beschränkungen des Eigenthums, Eigenthumsvorbehalte, dingliche Rechte und Hypotheken anzuzeigen.

Das Amtsgericht ist verpflichtet, den vom Eigenthümer benannten Berechtigten Mittheilung von der geschehenen Anzeige zu machen.

Auch hat das Amtsgericht den vom Eigenthümer nicht angezeigten Berechtigten, deren Vorhandensein ihm amtlich bekannt ist, von der nicht erfolgten Anzeige ihrer Berechtigung Mittheilung zu machen.

§ 6.

Das Amtsgericht kann die Befolgung seiner Ladungen und die Erfüllung der dem Eigenthümer aufgelegten Verpflichtungen unter Androhung von Geldstrafen bis zu hundert und fünfzig Mark erzwingen.

§ 7.

Zur Eintragung des Vorgeladenen als Eigenthümer genügt es, wenn er

1. entweder nachweist, daß er nach bisherigem Rechte das Eigenthum erworben hat,

2. oder seinen Eigenthumsbesitz durch ein Zeugniß des Gemeindevorstandes bescheinigt,

3. oder durch Urkunden, eidesstattlich abgegebene Versicherungen von Zeugen oder sonst glaubhaft macht, daß er allein oder unter Hinzurechnung der Besitzzeit seiner Rechtsvorgänger das Grundstück seit zehn Jahren ununterbrochen im Eigenthumsbesitz gehabt hat.

§ 8.

Wer in dem Artikel der Mutterrolle nicht als Eigenthümer verzeichnet ist, gilt unter der Voraussetzung des § 7 als berechtigt, im Grundbuche als Eigenthümer eingetragen zu werden, wenn der in der Mutterrolle Verzeichnete in einer öffentlichen oder öffentlich beglaubigten Urkunde seine Einwilligung ertheilt hat, oder zur Ertheilung derselben durch ein rechtskräftiges und vollstreckbares Erkenntniß verurtheilt worden ist.

§ 9.

Sobald in einer Gemeinde die Eigenthumsverhältnisse in Gemäßheit der vorstehenden §§ festgestellt sind, hat das Amtsgericht von der das Hypothekenbuch führenden Behörde die erforderlichen Ingrossations-Extracte einzuziehen.

§ 10.

Nach Eingang der Hypothekenextracte ladet das Amtsgericht die Eigenthümer vor und fordert sie zur Erklärung über dieselben auf. Diese Erklärung muß sich namentlich auch auf die gegenwärtigen, dem Eigenthümer bekannten Inhaber der im Extracte verzeichneten Hypotheken erstrecken und, so weit die Pöste anerkannt werden, zugleich dahin gerichtet werden, daß diese Pöste auf das betreffende Grundbuchblatt eingetragen werden können.

§ 11.

Ingrossirte General-Hypotheken geben das Recht auf Eintragung als Gesammt-Hypothek auf sämmtliche selbstständige Grundstücke, welche von ihnen ergriffen werden. Es müssen daher die obigen Erklärungen für alle in Betracht kommenden Grundstücke abgegeben werden.

Zu jedem Artikel ist zugleich die Mithaft der andern Artikel zu vermerken (cfr. Grundbuchordnung § 62). Ergiebt sich, daß die ingrossirte Generalhypothek auch Grundstücke in einem andern Amtsgerichtsbezirke befaßt, so haben die Amtsgerichte sich hiervon gegenseitig Mittheilung zu machen, und hat jedes Amtsgericht dafür zu sorgen, daß die ingrossirte Generalhypothek als Gesammthypothek gehörig auf dem betreffenden Artikel eingetragen werde.

§ 12.

Der Eigenthümer hat ferner seine Erklärung abzugeben über alle auf dem Grundstücke haftenden Beschränkungen des Eigenthums und über dingliche Rechte an demselben, welche nach §§ 10 und 11 des Eigenthums-Erwerbs-Gesetzes zu ihrer Wirksamkeit gegen Dritte die Eintragung voraussetzen. Diese Beschränkungen und dinglichen Rechte sind nach ihrem Umfange, dem Namen der Berechtigten, dem Ursprung u. s. w. näher anzugeben, und

vom Eigenthümer ist die Erklärung abzugeben, daß er die Eintragung derselben in das Grundbuch, Abtheilung II, bewilligt.

§ 13.

Das Amtsgericht hat allen aus den vorstehenden Verhandlungen (§§ 10, 11, 12) sich ergebenden Berechtigten Mittheilung von der erfolgten Anzeige und Anerkennung ihres Rechtes zu machen. Auch hat das Amtsgericht den vom Eigenthümer etwa nicht angezeigten Berechtigten, deren Vorhandensein ihm amtlich bekannt ist, so wie den Inhabern solcher Ingrossate, welche der Eigenthümer bestritten hat, von der nicht erfolgten Anzeige oder Anerkennung Mittheilung zu machen. Soweit die Bestreitung darauf beruht, daß diese Ingrossate bereits erledigt sein, kann nach Ermessen des Amtsgerichts von einer Benachrichtigung abgesehen werden. Bei der Mittheilung hat das Amtsgericht jedem Einzelnen diejenigen Rechte anderer Personen ihrem Umfange nach genau zu bezeichnen, welche seinem Rechte vorgehn oder gleichstehn, unter Trennung der vom Eigenthümer anerkannten von den nicht anerkannten Rechten.

Damit ist die Aufforderung an die Berechtigten zu verbinden, innerhalb einer vom Amtsgerichte zu bestimmenden Frist Widerspruch gegen die ihnen mitgetheilte Rangordnung zu erheben, widrigen Falls sie als in dieselbe einwilligend angesehen werden würden, vorbehältlich einer Aenderung in Folge später etwa noch erfolgenden Anmeldungen.

§ 14.

Wenn die Erklärungen des Eigenthümers nicht einfach anerkennend sind, oder wenn ein Berechtigter gegen die ihm mitgetheilte Rangordnung Widerspruch erhoben hat, so hat das Amtsgericht in Gemäßheit des § 6 behuf

gütlicher Vereinbarung zu einem Termine vorzuladen, in welchem jeder Betheiligte die in seinem Besitz befindlichen Beweisstücke vorzulegen hat.

§ 15.

Kommt eine Vereinbarung über das vom Eigenthümer bestrittene Recht nicht zu Stande, so ist dasselbe demnächst als Vormerkung in das Grundbuch einzutragen. Behauptet der Eigenthümer, daß ein beanspruchtes Recht erloschen sei, ohne dieß urkundlich nachweisen zu können, so ist das Recht einzutragen, zugleich aber in der Spalte „Veränderungen" die behauptete Erlöschung, falls sie bescheinigt ist, vorzumerken.

§ 16.

Vereinigen sich die Betheiligten über die Rangordnung ihrer Rechte nicht, so stellt das Amtsgericht dieselbe vorläufig fest. Derjenige, welcher sich durch diese Feststellung für beschwert erachtet, hat innerhalb 4 Wochen nach Mittheilung derselben dagegen Widerspruch zu erheben und die Eintragung einer Vormerkung zu beantragen, widrigen Falls er an die Feststellung gebunden ist. Auf Antrag eines Betheiligten hat das Amtsgericht dem Widersprechenden eine Frist zu bestimmen, innerhalb welcher er bei Strafe der Löschung der Vormerkung durch eine Bescheinigung des Prozeßrichters nachzuweisen hat, daß der Widerspruch gerichtlich geltend gemacht ist.

§ 17.

Von allen denjenigen Ingrossaten, bei welchen die gegenwärtigen Inhaber nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, sowie von denen der Schuldner behauptet, daß die Schuld erloschen sei, fertigt das Amtsgericht nach Gemeinden getrennte Verzeichnisse an und veröffentlicht dieselben im Regierungsblatt und nach Ermessen in andern geeigneten Blättern zwei Mal, in Zwischen-

räumen von zwei bis vier Wochen, mit der Aufforderung an die unbekannten Gläubiger, sich zu melden.

In diesen Verzeichnissen sind die Eigenthümer bezw. deren Rechtsvorgänger, auf welche das Ingrossat sich bezieht, die eingetragenen Gläubiger bezw. deren Rechtsnachfolger, die Art und der Betrag der Post und das Datum der Ingrossation genau zu bezeichnen.

§ 18.

Sobald die nach § 10 folg. zu veranlassenden Vernehmungen und Ermittelungen für den Bezirk einer oder mehrerer der bisherigen Hypothekenbehörden stattgefunden haben, erläßt das Landgericht eine Bekanntmachung durch Anschlag in dem Amtsgerichtsgebäude des betr. Bezirks und durch Veröffentlichung im Regierungsblatt und in anderen geeigneten Blättern.

Durch dieselbe werden alle nicht bereits vorgeladenen Personen, welche vermeinen, daß ihnen an einem Grundstücke in dem Bezirke das Eigenthum zusteht, sowie diejenigen Personen, welche vermeinen, daß ihnen an einem Grundstücke ein das Eigenthum beschränkendes Recht, oder eine Hypothek, oder ein anderes dingliches Recht zustehe, aufgefordert, sich innerhalb sechs Monaten von einem zugleich zu bestimmenden Tage an bei dem zuständigen Amtsgerichte zu melden. Von der Verpflichtung zur Anmeldung sind diejenigen hypothekarisch oder sonst dinglich Berechtigten frei, denen eine besondere Mittheilung nach § 13 dahin zugegangen ist, daß ihr Recht anerkannt sei, oder welche sich nach § 17 schon gemeldet haben, oder deren Rechte nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes ingrossirt worden sind.

Ferner sind von der Verpflichtung zur Anmeldung frei alle diejenigen Eigenthümer, welche nach § 29 von Amtswegen berücksichtigt werden müssen.

§ 19.

Die Unterlassung der Anmeldung hat den Rechtsnachtheil zur Folge, daß bei Hypotheken das Recht aus der Ingrossation verloren geht, und daß Eigenthums- oder sonstige dingliche Rechte Dritten gegenüber, welche innerhalb der Ausschlußfrist ihre Rechte angemeldet haben, oder welche im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Grundbuchs das Grundstück oder Rechte an demselben erworben haben, nicht geltend gemacht werden können.

§ 20.

Die Anmeldung muß eine bestimmte Bezeichnung des Grundstücks, wo möglich unter Bezugnahme auf den Artikel der Mutterrolle bzw. auf Flur und Parcele und bei Eigenthumsvorbehalten und Hypotheken einen bestimmten Geldbetrag enthalten, für welchen die Eintragung beansprucht wird. Zugleich ist die Rangordnung, welche für das angemeldete Recht in Anspruch genommen wird, zu bezeichnen. Die vorhandenen Beweisurkunden müssen der Anmeldung beigefügt werden.

§ 21.

Das Amtsgericht hat die erfolgenden Anmeldungen zu den Grundacten zu nehmen und den Anmeldenden auf Verlangen eine Bescheinigung zu ertheilen; von den eingelieferten Beweisurkunden sind vor ihrer Rückgabe beglaubigte Abschriften zu den Grundacten zu nehmen.

§ 22.

Das Landgericht hat die § 18, 20 und 30 ihrem wesentlichen Inhalte nach innerhalb der Ausschlußfrist von sechs zu sechs Wochen durch das Regierungsblatt und sonst geeignete Blätter mit Angabe des Tages, mit welchem die Ausschlußfrist abläuft, bekannt zu machen.

§ 23.

Die in der Mutterrolle genannten Eigenthümer, welche sich nicht in Gemäßheit des § 7 legitimirt haben, werden in das Grundbuch als Eigenthümer eingetragen, sobald sie die in § 7 Nr. 3 genannte Nachweisung liefern.

§ 24.

Angemeldete Eigenthumsansprüche werden zur Erhaltung des Rechts auf Anfechtung der geschehenen Eintragung und auf eigene Eintragung als Vormerkungen in die zweite Abtheilung eingetragen, sobald diese Ansprüche bescheinigt sind.

Von der Eintragung einer derartigen Vormerkung, sowie von der Verwerfung eines darauf gerichteten Antrags ist sowohl der in der Mutterrolle genannte Eigenthümer, als auch Derjenige, welcher die Eintragung beantragt hat, in Kenntniß zu setzen.

§ 25.

Die dinglichen Rechte bzw. Hypotheken werden mit der ihnen nach dem bisherigen Rechte zukommenden Rangordnung in Abtheilung II und III des Grundbuchs eingetragen. Sind vor dem Ablauf der Ausschlußfrist derartige Rechte angemeldet, über welche die im § 15 — 17 vorgeschriebenen Verhandlungen noch nicht stattgefunden haben, so tritt, so weit erforderlich, das dort angeordnete Verfahren ein.

§ 26.

Ein Vorbehalt des Eigenthums zur Sicherung einer Forderung, welche vor dem Tage, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, ingrossirt war, wird im Grundbuch als Hypothek auf das dem Vorbehalt unterworfene Grundstück eingetragen.

Ergiebt das Ingrossat nicht einen bestimmten Geldbetrag der Forderung, und kommt eine Einigung unter den Betheiligten über einen solchen nicht zu

Stande, so erfolgt dessen Festsetzung durch den Prozeßrichter. Inzwischen ist eine Vormerkung auf den höchsten vom Gläubiger geforderten Betrag einzutragen.

§ 27.

Die Eintragung oder Vormerkung einer nach dem bisherigen Recht auf eine unbestimmte Summe ingrossirten Hypothek kann nur auf eine bestimmte Summe geschehen. Diese wird für Vormünder und Curatoren durch die obervormundschaftliche Behörde, in andern Fällen durch den Pozeßrichter festgesetzt.

§ 28.

Die Hypothekenbehörden haben über die in Betreff der mitgetheilten Extracte (§§ 9 und 10) eintretenden Veränderungen ein Verzeichniß für jede Gemeinde zu führen und daraus monatliche Auszüge den Amtsgerichten mitzutheilen. Letztere haben nach Maßgabe dieser Mittheilungen das Erforderliche auf Grund das § 11 folg. zu bewirken.

§ 29.

Ueber alle in der Zeit zwischen der Mittheilung der Abschriften aus der Mutterrolle (§ 3) bis zum Ablauf der Ausschlußfrist (§ 18) bei den Verwaltungsämtern in den Mutterrollen vorgekommenen Veränderungen haben dieselben innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Anordnung der Umschreibung durch die zuständige obere Behörde dem betreffenden Amtsgerichte Abschriften der Fortschreibungslisten mitzutheilen. Außerdem sind bei Ablauf der Ausschlußfrist die vorhandenen noch unerledigten Umschreibungsanträge dem Amtsgerichte in Abschrift mitzutheilen. Letzteres hat sodann die nach Maßgabe dieses Gesetzes zur Feststellung des Eigenthums und dessen Beschränkungen erforderlichen Verhandlungen einzuleiten.

§ 30.

Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den Ablauf der in

diesem Gesetze bestimmten oder nach demselben richterlich zu bestimmenden Fristen findet nicht statt.

Auf Beschwerden gegen die Amtsgerichte finden die Bestimmungen des § 15 der Grundbuchordnung Anwendung.

§ 31.

Alle durch dieses Gesetz nöthig werdenden Zustellungen an Personen außerhalb des Fürstenthums erfolgen im Gebiete des deutschen Reiches durch die Postanstalten, und zwar frankirt.

II. Uebergangs-Bestimmungen.

§ 32.

Bis zum Ablauf der Ausschlußfrist führen die bisherigen Hypothekenbehörden ihre Geschäfte in der bisherigen Weise fort, sofern nicht in den nachstehenden Bestimmungen Abänderungen enthalten sind.

Neben den bisherigen Hypothekenbüchern legen dieselben jedoch neue nach Gemeindebezirken getrennte Hypothekenbücher an, in welche die Eintragungen zu den betreffenden Artikeln der Mutterrolle erfolgen.

§ 33.

Nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist die Ingrossation von General-Hypotheken nicht mehr zulässig. Jede Urkunde, auf Grund deren eine Hypothek eingetragen werden soll, muß das Grundstück, auf welches die letztere sich bezieht, nach dem Artikel der Mutterrolle, nöthigen Falls nach Flur und Parcele, genau bezeichnen, und ist ihr ein beglaubigter Auszug aus der Mutterrolle, oder eine Bescheinigung des Verwaltungsamts über die Katastrirung des betreffenden Grundstücks beizufügen. Bei öffentlichen Urkunden bedarf es einer solchen Beifügung nicht, wenn aus der Urkunde selbst hervorgeht, daß der Bezeichnung des Grundstückes ein Auszug aus der Mutterrolle zum

Grunde gelegen hat. — Im Uebrigen sind die Vorschriften des § 23 des Eigenthums-Erwerbs-Gesetzes zu beachten

§ 34.

Wo dem Gläubiger ein Anspruch auf Ingrossation einer General-Hypothek zusteht, hat derselbe ein Recht auf Bewilligung der Eintragung einer Hypothek auf die Grundstücke des Schuldners zum Belauf einer bestimmten Summe, welche bei Dienst-Cautions-Hypotheken durch die zuständige Dienstbehörde unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt wird.

Eine Eintragung zur Gesammtschaft auf die in verschiedenen Artikeln der Mutterrollen, beziehungsweise demnächst in verschiedenen Grundbuchblättern befaßten Grundstücken ist nicht statthaft. Es hängt von dem Antrage des Gläubigers bezw. von der Anordnung durch die zuständige Behörde ab, auf welches Grundstück oder in welcher Vertheilung auf die verschiedenen Grundstücke die Eintragung geschehen soll.

§ 35.

Ingrossationen auf unbestimmte Summen sind nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unzulässig.

§ 36.

Der Vorbehalt des Eigenthums zur Sicherung einer Forderung kann nur als Hypothek ingrossirt werden.

§ 37.

Die Wirkung der bisherigen General-Hypotheken erstreckt sich nicht auf diejenigen Grundstücke, welche der Schuldner nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erwirbt.

§ 38.

Die nach dem bisherigen Recht begründete Wirkung der General-Hypo-

theken auf des Schuldners bewegliches Vermögen erlischt mit dem Tage des Ablaufs der Ausschlußfrist (§ 18), bleibt indeß für ein vor oder spätestens an diesem Tage eröffnetes Concursverfahren noch in Geltung.

§ 39.

Mit dem Ablauf der Ausschlußfrist schließt die Hypothekenbehörde die Hypothekenbücher ab und sendet sodann die neuen Bücher (§ 32 Abs. 2) an die betreffenden Amtsgerichte ein.

Die in die neuen Bücher eingetragenen Rechte werden ohne Weiteres nach dem Zeitpunkte der Ingrossation in die Grundbücher übertragen unter Benachrichtigung des eingetragenen Eigenthümers und der Berechtigten von der geschehenen Eintragung und deren Rangordnung, wenn sie entweder auf den Namen des Eigenthümers eingetragen sind, oder auf den Namen eines Rechtsvorgängers desselben in einem Zeitpunkte eingetragen sind, in welchem derselbe gemäß der zu den Grundacten erfolgten Feststellungen Eigenthümer des Grundstücks war.

Andernfalls tritt zunächst das Verfahren gemäß § 10 folg. ein.

§ 40.

Mit dem Ablaufe der Ausschlußfrist treten die im § 1 genannten Gesetze für den betr. Hypothekenamtsbezirk vollständig in Wirksamkeit.

§ 41.

Bis zur wirklichen Anlegung der einzelnen Grundbuchblätter gelten wegen der darin einzutragenden Grundstücke folgende Bestimmungen:

Die zu den Grundacten erfolgten Feststellungen der in das Grundbuch einzutragenden oder vorzumerkenden Rechte ersetzen die Eintragung bezw. Vormerkung im Grundbuch.

Diejenigen noch nicht festgestellten Rechtsverhältnisse, welche zu den Grund-

acten angemeldet sind, oder aus den Mittheilungen der Hypothekenbehörden (§§ 9. 28. 39) oder der Verwaltungsämter (§§ 3. 29) sich ergeben, gelten bis dahin, daß das Amtsgericht über die Eintragung oder Vormerkung entschieden hat, als im Grundbuche vorgemerkt.

Veräußerungen und dingliche Belastungen des Grundstücks sind statthaft, nachdem die Person des einzutragenden Eigenthümers festgestellt ist. Die Eintragung im Grundbuch wird ersetzt durch die Bemerkung zu den Grundacten, daß dieselbe geschehen solle.

Auf Ersuchen wird darüber vom Amtsgericht eine vorläufige Bescheinigung ertheilt.

§ 42.

Die behufs Anlegung der Grundbücher zur Ermittelung und Eintragung des Eigenthums, der Hypotheken und dinglichen Rechte von Amtswegen erforderlichen Verhandlungen sind stempel- und kostenfrei; soweit sie nicht durch das Verschulden eines Betheiligten veranlaßt sind; im letzteren Falle kommt die Gebührentaxe für die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit zur Anwendung.

§ 43.

Die Hypothekenordnung vom 12. März 1771 und alle sonstigen auf das Hypotheken- und Ingrossationswesen bezüglichen Gesetze und Anordnungen treten mit dem Tage für den betreffenden Bezirk außer Kraft, an welchem für denselben die Ausschlußfrist (§ 18) abgelaufen ist.

§ 44.

Der Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird im Verordnungswege bestimmt.

Gegeben Detmold den . . . . . .

Proposition,

die Einführung einer Gewerbesteuer betreffend.

Auf gnädigsten Befehl des Durchlauchtigsten Fürsten wird dem Landtage hierneben der Gesetzentwurf über die Einführung einer Gewerbesteuer zur verfassungsmäßigen Berathung und Beschlußfassung nochmals zugestellt.

Während die sonstigen von dem Landtage beantragten Aenderungen in dem neuen Entwurfe Berücksichtigung und Aufnahme gefunden haben, ist über zwei Punkte und zwar die wichtigsten und wesentlichsten, nämlich über die Art und Weise der Veranlagung der Gewerbesteuer und über die Höhe der Steuersätze, ein Einverständniß nicht erzielt worden. Wenn die Staatsregierung dennoch auf den frühern Entwurf zurückgegriffen hat, so findet dies seinen Grund darin, daß der Landtag in der Erklärung auf die fr. Proposition sein volles Einverständniß mit der Staatregierung darüber kund giebt, daß das System der preußischen Gewerbesteuer-Gesetzgebung auch die Grundlage der bezüglichen Gesetzgebung des hiesigen Landes bilden soll. Wäre dieses nicht der Fall, so würde es die Staatsregierung zweckdienlicher und mehr im Interesse der Sache liegend gefunden haben, wie sie auch im Laufe der Verhandlungen mehrmals ausgesprochen hat, ein anderes System als das der preußischen Gesetzgebung zu wählen. Nach ihrer Ansicht folgt es nämlich aus der Natur der Sache, daß wenn ein Land das System der Gesetzgebung eines anderen Landes zur Grundlage seiner eigenen Gesetzgebung macht, sich in allen

Hauptprinzipien möglichst an das Vorbild anzuschließen und nicht den einen Grundsatz anzunehmen, den andern aber durch einen mit dem System nicht harmonirenden zu ersetzen hat; ein Grundsatz, welcher bereits in den Motiven des früheren Entwurfs seinen Ausdruck gefunden hat.

Der Entwurf geht davon aus, daß die Gewerbesteuer eine Jahressteuer ist, d. h. daß die Veranlagung der Steuer und die Vertheilung derselben nach Maßgabe des Umfanges des Gewerbebetriebes während des ganzen, bei der neuen Veranlagung ablaufenden Jahres zu erfolgen hat, daß die während des Steuerjahres eintretenden Veränderungen, Erweiterungen oder Beschränkungen in dem Umfange des Gewerbes, erst bei der Besteuerung für das folgende Jahr zu berücksichtigen sind, soweit nicht für einzelne Gewerbe besondere Ausnahmebestimmungen gelten. Es folgt hieraus aber mit Nothwendigkeit, daß dieser Veranlagung der Geschäfte nach dem Umfange während des Jahres auch jährliche Steuersätze entsprechen müssen, daß der aus der Gesammtzahl dieser letzteren sich ergebende Betrag die Aufkunft an Gewerbesteuer während des Steuerjahres bildet und diese im Staatshaushalts-Etat in Einnahme zu bringen ist. Der Entwurf hat sich hier ganz der preußischen Gesetzgebung angeschlossen, welche die eben aufgestellten Grundsätze zur Grundlage ihres ganzen Systems macht. Diese Grundlage ist aber von der Einführung der Gewerbesteuer an bis auf den heutigen Tag stets dieselbe geblieben, und haben auch Diejenigen, welche sonst für die Einkommensteuer die Beweglichkeit fordern, für die Gewerbesteuer ein solches Verlangen niemals gestellt.

Der Landtag dagegen hat beantragt, daß die Gewerbesteuer in Simplen veranlagt wird unter Berücksichtigung des durch den Staatshaushaltsplan festzusetzenden Jahresbetrages. Diese Bestimmung widerspricht aber durchaus dem den Entwurfe zu Grunde liegenden Principe und muß folgerichtig dahin

führen, daß die Veranlagung in einem Jahre so oft geschieht, als die Zahl der durch den Staatshaushaltsplan festgesetzten Simplen beträgt. Wie nun aus den bezüglichen Verhandlungen erhellt, geht die Ansicht des Landtags nicht dahin, vielmehr soll nach dieser auch nur eine einmalige Veranlagung stattfinden. Dadurch wird die Bestimmung in sich selbst widersprechend und zwar noch umsomehr, als auch der jedesmalige Jahresbetrag berücksichtigt werden soll. Es läßt sich aber noch gar nicht übersehen, welchen Einfluß die vorgeschlagene Aenderung in allen ihren Consequenzen auf das ganze System des Entwurfs und auf dessen einzelnen Bestimmungen haben wird, namentlich z. B. wie die Bestimmungen des § 20, welche unbedingt von einer Jahressteuer ausgehen, sich dazu stellen werden. Mit einer derselben, nämlich derjenigen des 2. Absatzes, tritt jedoch der Widerspruch der vorgeschlagenen Aenderung sofort klar zu Tage. Nach der eben angeführten Bestimmung hat der Betrag des Mittelsatzes mit der Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks multiplicirt, die Summe zu ergeben, welche der Veranlagungsbezirk von dem betreffenden Gewerbe im Ganzen an Gewerbesteuer aufbringen muß. Die Multiplication des Mittelsatzes im Sinne des beantragten Zusatzes mit der Zahl der zur betreffenden Klasse gehörenden Steuerpflichtigen bringt aber keineswegs das zu vertheilende Jahres-Soll hervor; um dieses zu finden, muß vielmehr der Betrag des Simplums, welches jede Klasse aufzubringen hat, noch mit der Zahl der nach dem Staatshaushaltsplan zu erhebenden Simpeln multiplicirt werden.

Der Landtag geht bei der beschlossenen Abänderung davon aus, daß durch die Veranlagung der Gewerbesteuer nach Simpeln die Möglichkeit gewährt werde, dieselbe besser in ein richtiges Verhältniß zu den übrigen directen Staatssteuern zu setzen. Die Staatsregierung kann sich dieser Anschauung

nicht anschließen, glaubt vielmehr, daß der beabsichtigte Zweck weit eher durch das im Entwurf zum Ausdruck gekommene Princip erreicht werde. Bei Einführung einer jeden neuen Steuer kommt es für den Gesetzgeber vor allem darauf an, dieselbe in ein entsprechendes Verhältniß zu dem Gegenstande der Besteuerung zu bringen, dieses hat zu geschehen durch die Festsetzung der einzelnen Steuersätze. Sind diese richtig bemessen, so ist hierdurch auch das richtige Verhältniß der Steuer im Ganzen zu den übrigen Steuern gegeben, vorausgesetzt natürlich, daß auch die Steuersätze bei diesen angemessen festgestellt sind. Jeder andere Versuch, den hier in Rede stehenden Zweck zu erreichen, sei es, daß die Beträge der einzelnen Steuern, sei es, daß die Anzahl der zu erhebenden Simpeln in jedem Jahre in ein arithemtisches Verhältniß gebracht werden, wird mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ja erscheint wohl fast unausführbar, ist wenigstens bis jetzt noch von keinem Staate in befriedigender Weise ausgeführt worden. Der durch die Veranlagung der Gewerbesteuer nach Simplen beabsichtigte Zweck, den Betrag der Steuer nach dem Bedürfnisse festzustellen, bald eine größere bald eine kleinere Anzahl von Simpeln im Staatshaushaltsetat in Ansatz zu bringen, enthält einen Widerspruch mit dem innern Grunde, welcher zur Einführung einer Gewerbesteuer Veranlassung giebt. Die Gewerbesteuer gehört wie die Grund- und Gebäudesteuer zu den s. g. Ertragssteuern, deren Zweck hauptsächlich darin besteht, daß sie einen Ausgleich für die Härten und Ungerechtigkeiten der Klassen- und Einkommensteuer bilden sollen. Diese letztere trifft ein gleiches Einkommen ganz ohne Rücksicht auf die Quelle desselben, ob dasselbe fundirt oder nicht fundirt ist, mit demselben Steuersatze. Ferner ist es nicht möglich, das Einkommen aus der einen Quelle so genau zu bestimmen, wie das aus der andern Quelle, z. B. das Einkommen aus dem Gewerbe wie das-

jenige aus Gehalt. Um nach den beiden eben erwähnten Richtungen hin wenigstens einigermaßen eine Ausgleichung herbeizuführen, bestehen neben der Einkommensteuer in den meisten Staaten Ertragssteuern, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer; wie könnte aber der beabsichtigte Zweck erreicht werden, wenn der durch diese Steuern aufzubringende Betrag bedeutenden Schwankungen unterworfen wäre! Derselbe muß vielmehr möglichst stabil sein. Und dieser Grundsatz wird von der Steuergesetzgebung des hiesigen Landes auch für zwei der Ertragssteuern, die Grund- und Gebäudesteuer, befolgt; es liegt deshalb umsoweniger eine Veranlassung vor, vom letztern hinsichtlich der Gewerbesteuer abzugehen, als kein innerer Grund dafür spricht. Die Grundsteuer ist, nachdem die neue Vermessung des Landes vollendet, auf jährlich 150,000 M. contingentirt; die Gebäudesteuer ist, wenn auch nicht der Summe nach, doch dadurch fest bestimmt, daß dieselbe nach dem auch vom Landtage gebilligten Prinzip einen gewissen durch das Gesetz fixirten Prozentsatz des jährlichen Nutzungswerths betragen soll. Wie vorher schon ausgeführt wurde, erscheint es sehr schwer, die Steuern in ein richtiges Verhältniß zu setzen, um so schwerer aber, wenn der Betrag der andern Steuern bestimmt, derjenige einer einzigen Steuer aber bald höher bald niedriger angesetzt werden kann. Soll das richtige Verhältniß bemessen werden nach der Zahl der Simpeln oder nach einer bestimmten Summe? Im letzteren Falle könnte es sich leicht ereignen, daß je weniger das Gewerbe blüht und geringer die Zahl der Steuerpflichtigen ist, die übrigen um so stärker zur Steuer herangezogen werden, um die festgesetzte Summe aufzubringen.

Alle drei genannten Ertragssteuern verfolgen denselben Zweck, sie müssen deshalb auch nach denselben Grundsätzen behandelt werden. Es wird aber der Gewerbesteuer durch den Antrag des Landtags ein Vorzug gewährt, welcher

in keiner Weise gerechtfertigt ist, vielmehr als höchst bedenklich erscheint. Die Gegner der Gewerbesteuer werden bei jeder Feststellung des Staatshaushalts-Etats ihr Bemühen dahin richten, daß eine möglichst geringe Zahl von Simplen und dadurch auch ein möglichst geringer Jahresbetrag festgesetzt werde, sie werden beanspruchen, daß jeder Ueberschuß der Einnahme der Gewerbesteuer zu Gute kommt, da die übrigen Steuern ja fest bestimmt seien, die Gewerbesteuer aber nach dem jedesmaligen Bedürfnisse erhoben werden solle, und diese Anschauung kann sich nicht mit Unrecht auf den in Rede stehenden Antrag des Landtags stützen.

Die Interessen der verschiedenen Klassen der Bevölkerung müssen durch diese Sachlage nothwendig in einen Gegensatz gebracht werden, welcher nicht im Interesse des Landes liegt, und welchen von den Berathungen des Landtags fern zu halten der letztere selbst als eine seiner wesentlichsten Aufgaben betrachten muß.

Während der vom Landtage beabsichtigte Zweck durch die Veranlagung der Gewerbesteuer nach Simplen in keiner Weise erreicht wird und auch kein innerer Grund für dieselbe aufgefunden werden kann, sprechen vielmehr die erheblichsten Bedenken gegen die vorgeschlagene Maßregel.

Die Steuerfähigkeit eines Geschäfts wird anders beurtheilt, und in Folge dessen auch der davon zu entrichtende Steuersatz verschieden normirt werden, je nachdem man bei der Veranlagung von dem Simplum oder von dem Jahresbetrage ausgeht; im letzteren Falle auch ob der Jahressteuersatz sich aus einer größeren oder geringeren Zahl von Simplen zusammensetzt. Einem zur Klasse B gehörenden Geschäfte wird die ihm nach dem Gesetzentwurfe unter bestimmten Voraussetzungen zu gewährende Steuerfreiheit bald versagt, bald zugestanden werden, je nachdem man fragt, ob dasselbe im Stande ist,

den niedrigsten Steuersatz von 6 ℳ oder von 50 ₰ aufzubringen. Der Wechsel des Jahresbetrages, welcher durch den Staatshaushaltsplan in ganz verschiedener Höhe bald höher bald niedriger festgesetzt werden kann, beeinträchtigt die so wünschenswerthe und nothwendige Stetigkeit und Gleichmäßigkeit in der Handhabung des Gesetzes und wird die mit der Veranlagung betrauten Gesellschaftsabgeordneten leicht zu den größten Mißgriffen führen.

Durch die Annahme des Grundsatzes der Veranlagung der Gewerbesteuer nach Simpeln hat auch der Schlußsatz des § 21 des Entwurfes in Wegfall kommen müssen, nach welchem bei Vertheilung der Steuer auf die einzelnen Steuerpflichtigen einer Klasse keine anderen als die bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Jahressteuersätze zur Anwendung kommen sollen. Während bei den anderen Steuern z. B. bei der Klassen- und Einkommensteuer die einzelnen Sätze, nach welchen die Besteuerung zu erfolgen hat, durch das Gesetz vorgeschrieben sind, können bei der Gewerbesteuer nach dem Wegfall der eben angeführten Bestimmung die Abgeordneten der Steuergesellschaften, wenn sie nur nicht unter den gesetzlich niedrigsten Satz herabgehen, die verschiedensten Steuersätze anwenden, es steht ihnen kein gesetzliches Hinderniß entgegen, daß sie Steigerungen vom niedrigsten Satze aufwärts mit den kleinsten Beträgen vornehmen. Die Veranlagung, Erhebung und Verrechnung der Steuer wird aber dann mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die preußische Gesetzgebung hat gerade auf die Normirung der zulässigen Jahressteuersätze die größte Sorgfalt verwandt. Verschiedene die ursprünglichen Gesetze abändernde Vorschriften sind im Laufe der Zeit ergangen, um den in der Praxis hervorgetretenen Bedürfnisse, einen möglichst weiten Spielraum bei Festsetzung der Steuersätze nach der Steuerkraft der einzelnen Steuerpflichtigen zu haben, Genüge zu leisten. Geht man z. B. bei der Veranlagung von 40 steuer-

pflichtigen Handwerkern der ersten Abtheilung in welcher der Mittelsatz nach dem Beschlusse des Landtags im Simplo 75 ₰ beträgt, vom Simplum aus, so beträgt die ganze zu vertheilende Summe 30 ℳ, der niedrigste zulässige Satz ist 25 ₰., von diesem an kann, wie eben bereits ausgeführt, eine Steigerung in ganz beliebigen Sätzen stattfinden, z. B. auf 27 ₰, 29 ₰ u. s. w. Werden nun in dem betr. Jahre 7 Simplen erhoben, so ergiebt dies für einen Steuerpflichtigen mit dem Steuersatze von 27 ₰ in 5 simpla die Gesammtsumme von 1 ℳ 89 ₰, für einen andern von 33 ₰. Die Summe von 2 ℳ 31 ₰, Summen, welche so wenig von einander differiren, daß bei ihnen von einem Unterschiede im Umfange der betreffenden Geschäfte keine Rede sein kann, und welche auch der Pfennige wegen die Erhebung und Rechnung sehr erschweren. Wird aber umgekehrt bei der Veranlagung der Jahresbetrag zu Grunde gelegt, so beträgt die zu vertheilende Summe 210 Mk.; der zulässigste niedrigste Satz ist hier 1 Mk. 75 Pf., derselbe kann in beliebigen Sätzen gesteigert werden, z. B. bis auf 5 Mk. Wird dieser Betrag nun nach den 7 Simpeln in sieben Terminen gehoben, so fällt auf jeden Termin $71\frac{3}{7}$ Pf., ein Betrag, welcher gar nicht realisirt werden kann. Noch mehr steigern sich aber die Schwierigkeiten, und es müssen die kleinlichsten, ja unausführbaren Berechnungen entstehen, wenn ein Gewerbebetrieb, welcher zu einem höheren oder niedrigeren als dem Mittelsatze für das folgende Steuerjahr veranlagt ist, nach geschehener Veranlagung für das letztere noch im laufenden Steuerjahre eingestellt, und nach § 20 des Entwurfs die für das folgende Steuer-Jahr durch jene Veranlagung entstehende Differenz an Steuer zwischen dem Mittelsatze und dem veranlagten Steuersatze der betreffenden Klasse für das nächste Jahr zur Last zu legen, bezw. gut zu schreiben ist.

Eine fernere Schwierigkeit wird für die Behandlung der Ab- und Zugänge durch die Veranlagung nach Simpeln begründet.

Die Steuerpflicht überhaupt, bzw. die Erhöhung der veranlagten Steuer beginnt mit dem Anfang des Monats, in welchem das Gewerbe angefangen, oder das bisher steuerfreie Gewerbe in solcher Weise ausgedehnt oder geändert wird, daß dasselbe dadurch steuerpflichtig wird, oder das bisher schon steuerpflichtige Gewerbe in solcher Weise ausgedehnt oder geändert wird, daß dadurch die Verpflichtung zur Entrichtung einer neuen Steuer oder einer erhöhten Steuer begründet wird; von diesem Zeitpunkte an ist der Gewerbtreibende mit der betr. Steuer in Zugang zu bringen. Bei der Veranlagung nach Simpeln kann es aber geschehen, daß der rechtlich begründeten Steuerpflicht die factische Steuerzahlung nicht entspricht, wenn das in dem betr. Jahre aufzubringende Gesammt-Soll an Steuern aus weniger als 12 Simpeln besteht, und in dem Monate des Zugangs keine Steuer erhoben wird.

Hierdurch gestaltet sich aber die Lage eines Gewerbtreibenden, welcher sein Gewerbe nur einen Theil des Jahres ausübt, anders, als diejenige eines Gewerbtreibenden, dessen Gewerbe das ganze Jahr hindurch betrieben wird, bald günstiger, bald ungünstiger, je nachdem das Gewerbe in einem Monat begonnen oder eingestellt wird, in welchem eine Erhebung der Steuer stattfindet oder nicht. Werden z. B. in einem Jahre 7 Simplen erhoben, 4 in den ersten 6 Monaten, 3 in den 6 letzten Monaten, und das Simplum beträgt gleichmäßig für 2 Gewerbtreibende 3 Mk., so hat Derjenige, welcher sein Gewerbe nur für den ersten Zeitraum betreibt, für 6 Monate 12 Mk., derjenige aber, welcher das Gewerbe das ganze Jahr ausübt, für 6 Monate nur 10 Mk. 50 Pf. zu zahlen. Ferner, um bei dem eben erwähnten Beispiele zu bleiben, wenn die 3 Simplen des letzten halben Jahres in den

Monaten August, October, December fällig werden, und der Eine übt sein Gewerbe im Juli, August, September aus, so beträgt die Steuer für diese ganze Zeit nur 3 Mk., während der Andere, welcher das Gewerbe das Jahr hindurch betreibt, für eben dieselbe Zeit 5 Mk. 25 Pf., den ganzen Jahresbetrag von 21 Mk. auf die sämmtlichen Monate des Jahres repartirt, zahlen muß. Wird dagegen das Gewerbe August, September, October ausgeübt, in welche Zeit 2 Hebungstermine fallen, so gestaltet sich die Lage des Ersteren ungünstiger, indem er dann 6 Mk. zu entrichten hat. Diese Ungleichheit, welche verschwindet, sobald die Gewerbesteuer eine Jahressteuer ist, hat in keiner Weise irgend welche innere Berechtigung für sich, erscheint vielmehr als höchst unbillig.

Endlich ist hier noch zu erwähnen, daß die Veranlagung der Steuer nach Simpeln in ihren Folgen zu Widersprüchen mit den Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuchs führt. Nach § 35b des Entwurfs hat Derjenige, welcher den Anfang eines steuerpflichtigen Gewerbes nicht anzeigt, neben der rückständigen, dem Gewerbe aufzuerlegenden Steuer, für die Unterlassung der Anzeige eine Strafe zu erlegen, welche dem doppelten Betrage der einjährigen Steuer gleichkommt.

Nach der vorgeschlagenen Aenderung zu § 22 des Entwurfs soll die Gewerbesteuer für den Betrieb mit Stromschiffen und Lichterfahrzeugen monatlich 16 Pf. für jede 12000 Kilogr. Tragfähigkeit der benutzten Fahrzeuge betragen. Ferner sollen Fuhrleute und Pferdeverleiher, welche 2 Pferde und darüber halten, von jedem Pferde im Simplum 20 Pf. zahlen. Bei zwölfmaliger Hebung beläuft sich im ersteren Falle die jährliche Steuer auf 1 Mk. 92 Pf., im zweiten Falle auf 2 Mk. 40 Pf., der doppelte Betrag der einjährigen Steuer und somit also auch die Strafe im ersten Falle auf 3 Mk. 84 Pf. bezw. auf 4 Mk. 80 Pf.

Ferner, wird die Handwerkssteuer, welche nach den Vorschlägen des Landtags in der ersten Abtheilung monatlich 75 Pf. betragen soll, sieben mal gehoben, so ist die Jahressteuer 5 Mk. 25 Pf., der doppelte Betrag, welcher zugleich auch die Strafe ergiebt 10 Mk. 50 Pf. Nach § 28 des R. St. G. beträgt der Mindestbetrag der Geldstrafe, bei Uebertretungen 1 Mk. und wenn es auch nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, so wird doch ganz allgemein in Theorie und Praxis angenommen, daß eine Steigerung nur um volle Mark stattfinden kann. Sollte hiergegen eingewendet werden, daß die Bestimmungen des R. St. G. B. keine Anwendung fänden, da es sich hier um ein Steuergesetz handele, und dieses Gebiet nach § 2 des Einführungsgesetzes zum R. Str. G. B. der Landes-Gesetzgebung überlassen sei, so ist dieses letztere freilich richtig, allein die allgemeinen Grundsätze und Bestimmungen des R. Str. G. B. sind auch für diejenigen Materien, welche der Landesgesetzgebung überlassen sind, stets als maßgebend zu erachten. Hiernach können also Strafen, die nicht in vollen Mark bestehen, wie es sehr oft der Fall sein würde, wenn die vom Landtage beantragte Aenderung Aufnahme im Gesetz finden würde, mit den Bestimmungen des R. Str. G. B. als nicht vereinbar angesehen werden.

Der zweite Punkt hinsichtlich dessen eine Uebereinstimmung zwischen dem Landtage und der Staatsregierung nicht erzielt worden ist, betrifft die Höhe der Steuersätze. Die vom Landtage beantragten Abänderungen ermäßigen die in der Vorlage enthaltenen Steuersätze und schmälern dadurch in bedeutendem Maße das in Aussicht genommene zur Deckung der Landesbedürfnisse nothwendige finanzielle Erträgniß dieser Steuer. Als Grund hierfür wird in der Erklärung des Landtags angeführt, daß die Annahme der für die zweite preußische Steuerabtheilung geltenden Steuersätze in Anbetracht der von den hiesigen

wesentlich verschiedenen industriellen und gewerblichen Verhältnisse sich nicht empfehle. Abgesehen davon, daß dieses Bedenken doch nur die Herabsetzung der für die Steuerbezirke der 1. Abth. des Entwurfs, die Städte Detmold und Lemgo, vorgeschlagenen Steuersätze rechtfertigen könnte, während sich der Landtag auch für eine Verminderung der Steuersätze in den beiden übrigen Abtheilungen ausgesprochen hat, muß die Staats-Regierung nach wiederholter reiflicher und eingehender Prüfung dabei stehen bleiben, daß überhaupt die Steuersätze des Entwurfs für das hiesige Land als nicht zu hoch gegriffen erscheinen.

Das preußische Gewerbesteuergesetz findet gleichmäßig Anwendung auf alle Theile dieses großen Staates, ohne daß dabei in Betracht gezogen wird, ob in dem einen Theile mehr Handel und Gewerbe herrscht als in dem andern. Welch' bedeutender und großer Unterschied aber in dieser Beziehung zwischen den industriereichen Gegenden der Rheinprovinz, wo der größte Theil der Bevölkerung sich vom Gewerbe nährt, und vielen Theilen der östlichen Provinzen, in welchen fast nur Landwirthschaft betrieben wird, obwaltet, bedarf wohl keiner besondern Erörterung. In den zuletzt genannten Landestheilen macht sich im Allgemeinen gewiß Handel und Verkehr weniger geltend, als im hiesigen Lande, und man kann deshalb durchaus nicht sagen, daß die gewerblichen Verhältnisse des Fürstenthums ungünstiger als die preußischen seien, vielmehr werden dieselben durchschnittlich wohl die gleichen sein.

Als Argument für die Verschiedenheit der hiesigen und der preußischen gewerblichen Verhältnisse wird noch besonders der Umstand hervorgehoben, daß das Fürstenthum eine Eisenbahn entbehre. Dasselbe ist aber auch der Fall bei sehr vielen preußischen Landstrichen, welche ebensoweit, oft noch viel weiter von dem durch die Eisenbahnen vermittelten großen Verkehre abseits liegen.

Der Maßstab, nach welchem sich in der preußischen Gesetzgebung der Mittelsatz in verschiedene Abtheilungen abstuft, bildet hauptsächlich außer der Größe die Wohlhabenheit und Gewerbsamkeit der einzelnen Ortschaften. Die Wohlhabenheit eines Bezirks richtet sich aber nach dem Einkommen. Als ein bedeutender Anhaltspunkt für die Beurtheilung dieses letzteren muß die davon entrichtete Klassen- und Einkommensteuer angesehen werden. Werden nun nach dieser Seite hin Bezirke des hiesigen Landes mit preußischen und zwar mit solchen der entsprechenden Gewerbesteuerabtheilung, verglichen, so ergiebt sich, daß die ersteren hinter den letzteren nicht nur nicht zurückstehen, sondern dieselben sogar übertreffen.

Werden zunächst einige ländliche Bezirke der letzten Gewerbesteuer-Abtheilung einander gegenübergestellt, bei welchen wohl gleiche Verhältnisse als selbstverständlich in erster Linie vorausgesetzt werden können, nämlich die Aemter Schötmar und Oerlinghausen, den preußischen Aemtern Herford und Heepen, letzteres im Kreise Bielefeld, so ergiebt der Betrag der Klassensteuer im Amte Schötmar mit 10710 Einw. = 32572 M., auf den Kopf ca. 3,3 M., im Amte Oerlinghausen mit 8435 Einw. = 21324 M., auf den Kopf der Bevölkerung 2,47 M., dagegen im Amte Herford mit 10,208 Einw. = 17465 M., auf den Kopf 1,71 M., im Amte Heepen mit 9745 Einw. = 15413 M., auf den Kopf 1,58 M. Sogar ein Amt, welches nicht zu den begüterten gerechnet wird, das Amt Schwalenberg, mit 6307 Einw. bringt 13,482 M. auf, es fällt mithin auf den Kopf der Bevölkerung 2,14 M., also mehr wie in den beiden obengenannten preußischen Aemtern, welche als wohlhabend gelten.

Zur zweiten Abtheilung gehören nach dem Entwurfe die Städte Lage, Salzuflen, Blomberg, und mögen zur Vergleichung die benachbarten Städte

Brakel, Beverungen, Lügde, welche zur 3. Abth. des preußischen Gesetzes zählen, und dieselben Verhältnisse zeigen, herangezogen werden. Es wird aufgebracht von der Stadt Salzuflen mit 2474 Einw. 9305 M., auf den Kopf ca. 3,76 M., von der Stadt Lage mit 2733 Einw. 8533 M., auf den Kopf 3,12 M., von der Stadt Blomberg mit 2206 Einw. 7329 M., auf den Kopf 3,41 M. Dagegen von der Stadt Brakel mit 7206 Einw. 8121 M., auf den Kopf der Bevölkerung ca. 3 M., von der Stadt Beverungen mit 1659 Einw. 4767 M., auf den Kopf 2,87 M., von der Stadt Lügde mit 2460 Einw. 5700 M., auf den Kopf 2,31 M.

Besonderes Gewicht ist darauf gelegt, daß die zur ersten Abtheilung des Entwurfs gehörenden Steuerbezirke hinter den Städten der zweiten preußischen Abtheilung zurückstehen. Dies muß aber mit Rücksicht auf die zu zahlende Klassensteuer verneint werden. Es wird nämlich von Detmold aufgebracht mit 6917 Einw. = 46,564 M., also von jedem Kopfe annähernd 6,76 M., dagegen von Minden mit 17,075 Einw. 99,255 M., von jedem Kopfe 5,81 M., von Bielefeld mit 26,377 Einw., 120,294 M., von jedem Kopfe 4,52 M., von Soest mit 13,099 Einw. = 44,272 M., von jedem Kopfe 4,14 M., von Solingen mit 15,115 Einw. = 53286 M., von jedem Kopfe 3,59 M., von Hamm mit 18,877 Einw. = 62,272 M., von jedem Kopfe 3,29 M., von Lissa mit 10,750 Einw. = 26,406 M., von jedem Kopfe 2,45 M., von Leobschütz mit 10,687 Einw., von jedem Kopfe 3,18 M.

Die vom Landtage vorgeschlagene Ermäßigung der Steuersätze kann aber als eine gerechte und billige nicht angesehen werden, da sie nicht gleichmäßig, wie man wohl hätte annehmen können, sämmtlichen Steuerbezirken zu Theil wird, sondern in ganz auffälliger Weise diejenigen Steuerbezirke, welche am

steuerfähigsten sind, die Städte Detmold und Lemgo, insbesondere aber Detmold bevorzugt, während das platte Land, wo bekanntlich das Gewerbe am wenigsten in Blüthe steht, bedeutend zurückgesetzt wird. Durch die verhältnißmäßig größere Herabsetzung der Steuersätze in den Städten Detmold und Lemgo muß sich selbstverständlich auch das Erträgniß dieser Steuer bedeutend niedriger als die Staatsregierung ihrer Berechnung zu Grunde gelegt, gestalten.

Für die Klasse A II nimmt der Entwurf in der 1. Gewerbesteuer-Abtheilung einen Mittelsatz von 48 M., in der 2. und 3. Abtheilung von 30 M. an, der Abänderungsvorschlag des Landtags dagegen in der 1. Abth. einen solchen von 3 M. im Simplum, bei 12maliger Hebung also von 36 M., in der 2. und 3. Abtheilung von 2 M. im Simplum, also von 24 M. unter der gleichen Voraussetzung. Es tritt also hier eine Ermäßigung von 25 und bezw. von 20 Prozent ein, und zwar die erstere und höhere für die Städte Detmold und Lemgo, in welchen die hier in Betracht kommenden Geschäfte durchschnittlich von einem größeren Umfange, von einem erheblicheren Umsatze, überhaupt von einer ganz andern Bedeutung sind, als in den kleineren Städten und insbesondere auf dem platten Lande. Mögen hier hin und wieder sich auch Geschäfte finden, welche denen in den beiden genannten Städten gleich stehen, so ist dieses für die Schätzung und für die Steuerfähigkeit der Geschäfte im Durchschnitt nicht maßgebend. Je mehr in einem Orte städtisches Leben sich entfaltet, je mehr in demselben die Wohlhabenheit und damit die Bedürfnisse zunehmen, je mehr in demselben reiche Fremde sich niederlassen, um so mehr entwickeln sich auch die Geschäfte, welche der Klasse A II angehören. Dies Alles trifft aber vorzugsweise für Detmold zu. Besonders möge noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß vor Allem das Gewerbe der Bäcker und Fleischer in Detmold das gleichartige in den beiden andern Gewerbesteuer-

Abtheilungen bei weitem übertrifft und eine viel größere Steuerfähigkeit besitzt. Die vorgeschlagene Aenderung des Entwurfs erscheint hiernach als eine durch die thatsächlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigte Bevorzugung der Städte Detmold und Lemgo vor den übrigen Theilen des Landes.

Die beantragte Herabsetzung der Steuersätze von 48 M. und 30 M. auf 36 und 24 M. ist aber von nicht unerheblicher finanzieller Tragweite, denn es ergiebt sich dadurch ein ungefährer Ausfall von 3500 bis 4000 M.

Die für die Klasse B vorgeschlagenen Steuersätze von 18, 12 und 6 M. sind vom Landtage auf 12 und 6 M. bei zwölfmaliger Hebung für die 1. und 2. Abtheilung ermäßigt worden, während für die 3. Abtheilung der Steuersatz von 6 M. beibehalten ist, so daß also auch hier wiederum das platte Land den Städten gegenüber im Nachtheile sich befindet. Weder in dem Gutachten des Landtages noch in den Verhandlungen desselben findet sich irgend ein Grund angegeben, aus welchem sich diese verschiedenartige Behandlung erklärt. Wie in den Motiven zum früheren Entwurf näher dargelegt ist, muß das platte Land in Hinsicht auf die Gewerbesteuer bedeutend weniger steuerfähig angesehen werden, als die Städte, und würde dasselbe deshalb, wenn sich überhaupt eine Herabsetzung der Mittelsätze für die Klasse B rechtfertigen ließe, auf dieselbe größeren Anspruch haben als die Städte. Träte eine solche aber ein, z. B. auf 3 M., so würde das System des ganzen Entwurfs vollständig durchbrochen werden, indem der Mittelsatz und der niedrigste Satz zusammenfielen. Es zeigt sich also schon an diesem einen Falle, wie bedenklich es ist, an einem wohl durchdachten und eine lange Zeit von Jahren hindurch bewährten Systeme einer andern Gesetzgebung Aenderungen eintreten zu lassen, denn was in vorliegendem Falle auf der einen Seite die Gerechtigkeit fordert, das läßt auf der andern Seite die Konsequenz des

einmal angenommenen Systems nicht zu. Ferner ist hier zu erwähnen, daß in der ersten Gewerbesteuer-Abtheilung die Stellung der zur Klasse B gehörigen Gewerbtreibenden den Handwerkern gegenüber durch die vorgeschlagene Herabsetzung der Handwerkssteuer von 18 auf 9 M. sich bedeutend ungünstig gestaltet. Dieses tritt nach verschiedenen Richtungen hervor; nach den Beschlüssen des Landtags wird für jeden Gewerbtreibenden der Klasse B ein Mittelsatz von 12 M. in Ansatz gebracht, dagegen für die Handwerker nur ein solcher von 9 M., während es sich wohl nicht leugnen läßt, daß gerade in den beiden hier in Betracht kommenden Städten der Handwerker ebenso, wenn nicht noch mehr steuerfähig ist. Weiter ist die Zahl der zu der Steuergesellschaft der Handwerker gehörenden Personen eine bedeutend größere, als die Zahl derjenigen der Klasse B, so daß also eine Ausgleichung zwischen denjenigen, welche weniger und denjenigen, welche vermöge ihres stärkern Gewerbebetriebes mehr als den Mittelsatz aufzubringen vermögen, leichter stattfinden kann. Endlich ist auch der Spielraum, innerhalb welchem die Einschätzung vom niedrigsten bis zu dem höchsten Steuersatze sich bewegen kann, ein weit größerer bei der Klasse der Handwerker, als bei der Klasse B, indem bei dieser letztern die Gränze durch den niedrigsten Steuersatz der Klasse A II fest bestimmt ist, während bei der Klasse der Handwerker eine solche feste Gränzlinie fehlt, sodaß also auch hierdurch die Verhältnisse der weniger steuerfähigen Gesellschaftsmitglieder eine ausreichende Berücksichtigung finden können.

Was aber den Ausfall an Steuer durch die Abänderungsvorschläge des Landtags betrifft, so ist derselbe ebenfalls nicht unerheblich und kann sich wohl auf 2000 bis 3000 M. beziffern.

Für die Gast-, Schenk- und Speisewirthe und für das Gewerbe der Zimmervermiether sind im frühern Entwurfe die Steuersätze auf 36, 30 und

24 M. nach den drei Steuer-Abtheilungen normirt, während die Vorschläge des Landtags eine Herbsetzung auf 24, 18 und 12 M. beantragen. Schon der erste Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes von 1869 hatte mit Rücksicht auf die im hiesigen Lande stets stattgefundene höhere Besteuerung des Wirthschaftsgewerbes für diesen Gewerbebetrieb einen Steuersatz von 36 M., und zwar nach dem zu Grunde liegenden Prinzip gleichmäßig für das ganze Land proponirt. Während alle andern Steuersätze dieses Entwurfs eine Ermäßigung erfuhren, wurde vom Landtage die erhöhte Besteuerung des hier in Rede stehenden Gewerbes angenommen. Mit Rücksicht auf diesen Vorgang und um der nicht im öffentlichen Interesse liegenden Vermehrung der Wirthschaften auch von dieser Seite entgegen zu treten, hielt die Staatsregierung es für angemessen, ebenfalls wiederum Steuersätze, welche über diejenigen der preußischen Gesetzgebung hinausgingen, für die 2. und 3. Abtheilung in Vorschlag zu bringen, während sie den Steuersatz der 1. Abtheilung zu 36 M. entsprechend demjenigen der 2. preußischen Abtheilung auch für unsere Verhältnisse für angemessen hielt. Der Landtag hat aber nicht nur die vorgeschlagenen erhöhten Steuersätze abgelehnt, sondern ist sogar noch bedeutend unter die nach der preußischen Gesetzgebung für die dortige 2. und 3. Abtheilung geltenden Sätze von 36 und 24 M. herabgegangen, sodaß hierdurch ein Ausfall von über 5000 M. entsteht. So sehr auch die Staatsregierung aus innern Gründen eine stärkere Belastung dieses Gewerbebetriebes für gerechtfertigt hält, so bringt sie doch, um sich auch in dieser Beziehung an die preußische Gesetzgebung möglichst eng anzuschließen, die Steuersätze derselben von 36, 24 und 18 M. in Vorschlag. Gegen eine weitere Ermäßigung muß sie sich aber aussprechen, indem insbesondere in der Stadt Detmold dieses Gewerbe durch den in den letzten Jahren gesteigerten Fremdenverkehr als ein sehr einträgliches

bezeichnet werden kann und deshalb wohl im Stande ist, den Mittelsatz von 36 M. aufzubringen.

Die vom Landtage beantragte Herabsetzung der Steuersätze für die Klasse der Handwerker in Verbindung mit der Aenderung, daß auch diejenigen Handwerker, welche nur einen Gesellen halten, ebenfalls der Steuer unterworfen sein sollen, ist vom finanziellen Gesichtspunkte aus von keiner großen Bedeutung. Indessen glaubt die Staatsregierung sich doch aus andern Gründen für die Beibehaltung der Bestimmung des ersten Entwurfs aussprechen zu müssen, nach welcher Handwerker, abgesehen von dem Halten eines offenen Ladens, so lange steuerfrei sein sollen, als sie das Gewerbe nur für ihre Person oder mit einem erwachsenen Gesellen und Lehrling betreiben. Es spricht hierfür zunächst der Grund, daß sich auch in dieser Beziehung eine Uebereinstimmung mit der preußischen Gesetzgebung empfiehlt, damit die hiesigen Handwerker sich nicht für ungünstiger gestellt halten als diejenigen der benachbarten preußischen Landestheile, mit welchen sie so vielfach in Verkehr kommen. Besonders läßt sich aber für diese Befreiung geltend machen, daß dieselbe dem, dem System zu Grunde liegenden Gedanken entspricht, daß im Allgemeinen nur diejenigen Gewerbe besteuert werden sollen, deren Betrieb vorzugsweise einträglich sei, wie solches die Motive hervorheben. Abgesehen von einzelnen Ausnahmen, welche nicht entscheidend sein können, muß ein Gewerbe um so einträglicher angesehen werden, mit je mehr Personen es betrieben wird. Sollte dieses nicht der Fall sein, so erscheint es sehr auffallend, daß so viele Handwerker überhaupt Gesellen halten, da es ihnen ja jeden Augenblick freisteht, ihr Gewerbe nur für sich allein oder mit einem Gesellen zu betreiben. Für die Bestimmung des Entwurfs fällt ferner ins Gewicht, daß die preußische Gesetzgebung trotz vielfacher und einschneidenden Veränderungen, welche sie seit

ihrem Bestehen erfahren hat, den fr. Grundsatz stets festgehalten, sich also von der innern Berechtigung wohl überzeugt hat. Auch vom praktischen Standpunkte aus empfiehlt sich der von der Staatsregierung vorgeschlagene Grundsatz; nach den angestellten Ermittelungen nämlich ist es bei vielen Handwerkern sehr wechselnd, ob sie mit einem Gesellen oder nur für sich allein arbeiten, so daß also hier eine fortwährende Ab- und Zugangsstellung stattfinden müßte, was die Geschäfte der Veranlagungsbehörden erheblich vermehrt, wogegen diejenigen Geschäfte, welche mit zwei Gesellen und mehr arbeiten, ihrer ganzen Einrichtung nach auf die stete Hülfe von fremden Arbeitskräften angewiesen sind.

Durch die Heranziehung der nur mit einem Gesellen arbeitenden Handwerker zur Steuer kann es sehr leicht geschehen, daß die übrigen nach dem Entwurf zu besteuernden Gewerbsgenossen trotz der Herabsetzung der Mittelsätze auf die Hälfte in höherem Maße getroffen werden, als dies sonst der Fall wäre. Die Ersteren werden im Verhältniß zu denjenigen, welche mit mehren Gesellen arbeiten, meistens unter dem Mittelsatze einzuschätzen sein, da sie nicht so steuerfähig sind. Die Differenz zwischen dem Mittelsatze und dem veranlagten Satze wird also von den besser gestellten aufzubringen sein. Wenn die Zahl derjenigen, welche nach dem Vorschlage des Landtags ebenfalls der Steuer unterliegen sollen, der Zahl der nach dem Entwurf steuerpflichtigen gleich kommt, so ist auch die von der Steuergesellschaft aufzubringende Summe in beiden Fällen die gleiche, da der Mittelsatz sich um die Hälfte ermäßigt. Ist dagegen die Zahl der ersteren eine größere, so steigt auch der aufzubringende Betrag und damit auch die Wahrscheinlichkeit, daß die steuerfähigen Gesellschaftsmitglieder weit über den Mittelsatz zur Steuer herangezogen werden. In der dritten Gewerbesteuer-Abtheilung beträgt die Zahl der nach

den Vorschlägen des Landtags steuerpflichtigen Handwerker dreimal so viel als diejenige der nach dem Entwurf der Steuer unterworfenen Handwerker, in Folge dessen sich auch der Betrag der Steuer erhöht, in der zweiten Abtheilung ungefähr das Doppelte, so daß also die aufzubringende Summe dieselbe bleibt. In der ersten Abtheilung waltet eine Verschiedenheit zwischen den Städten Detmold und Lemgo ob; in der Stadt Lemgo ist die Differenz zwischen den beiden Klassen der steuerpflichtigen Handwerker nur eine geringe, dagegen in der Stadt Detmold findet das umgekehrte Verhältniß wie in den übrigen Steuerbezirken statt, indem die Zahl der Handwerker, welche mit mehr als einem erwachsenen Gesellen und einem Lehrlinge arbeiten, oder einen offenen Laden halten, fast dreimal so groß ist, als die Zahl derjenigen Handwerker, welche nur einen Gesellen beschäftigen. Die Stadt Detmold hat in Folge dieses Umstandes zwischen 400 und 500 M. weniger aufzubringen als nach den Bestimmungen des Entwurfs, ist also auch in dieser Beziehung wieder dem platten Lande gegenüber bedeutend bevorzugt. Hierfür liegt aber kein Grund vor, denn es kann gewiß nicht in Abrede gestellt werden, daß in keinem Orte des Landes die nach dem Entwurf steuerpflichtigen Handwerker sich im Allgemeinen in einer so günstigen Lage befinden, wie gerade in Detmold.

Als eine weitere Aenderung, welche zwar ebenfalls nicht von finanziellem Einflusse ist, aber in ihren Folgen zu großen Härten führen kann, erscheint die Herabsetzung des niedrigsten Satzes in Klasse A I von 144 M. auf 126 M., während der Mittelsatz von 216 M. beibehalten worden ist. Nach dem ganzen Systeme des Entwurfs stehen der Mittelsatz und der niedrigste Satz in einem so engen und sich gegenseitig bedingenden Zusammenhange, daß beide nur gleichzeitig erhöht oder herabgesetzt werden dürfen. Das durch die

Multiplication des Mittelsatzes mit der Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen der betreffenden Klasse sich ergebende Jahressoll ist nämlich auf die einzelnen Steuerpflichtigen der Art zu vertheilen, daß von denjenigen, welche den Mittelsatz nicht aufbringen können, ein bestimmter niedrigerer Satz zu zahlen ist, dagegen der Ausfall, welcher hierdurch entsteht, durch höhere Beiträge derjenigen gedeckt werden muß, welche vermöge ihres stärkern Gewerbebetriebes mehr als den Mittelsatz zahlen können. Je größer nun die Differenz zwischen dem Mittelsatze und dem niedrigsten Satze ist, um so höher müssen sich auch die Beiträge, welche den Ausfall zu decken bestimmt sind, stellen, und es liegt die Gefahr sehr nahe, daß hierdurch eine bedeutende und ungerechte Ueberbürdung der einzelnen besser situirten Gewerbtreibenden herbeigeführt wird. Ferner kommt noch in Betracht, daß je niedriger der in dieser Steuerklasse gesetzlich zulässige Satz ist, sehr leicht Geschäfte, welche ihrem Umfange nach nicht dazu geeignet sind, dieser Klasse zugewiesen werden, und daß in Folge der eben besprochenen gesetzlichen Uebertragung des Unterschieds zwischen dem Mittelsatze und der hinter diesem zurückbleibenden auf die Einzelnen veranlagten Steuersätze, die übrigen wirklich zu dieser Klasse ihrem Umfange nach gehörenden Geschäfte von einer zu großen Steuerlast betroffen werden.

Was den durch die Gewerbesteuer aufzubringenden Betrag betrifft, so ging die Staatsregierung davon aus, daß derselbe bei Zugrundelegung der in der Vorlage enthaltenen Steuersätze sich auf ungefähr 45000 bis 50000 M. belaufen würde. In dieser Berechnung war die Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen zu 10000 bis 11000 M. angenommen, hinter welcher Summe jedoch trotz der Anwendung der gegen die früheren Sätze bedeutend erhöhten Sätze der Vorlage der Ertrag der Steuer im laufenden Jahre um 4000 bis 5000 M. zurückbleiben wird. Es steht auch nicht zu erwarten,

daß die künftigen Jahre einen höheren Ertrag ergeben werden. Derselbe wird sich vielmehr voraussichtlich noch mehr verringern; und zwar wirken verschiedene Ursachen hierzu mit. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen scheint überhaupt mehr abzunehmen, wenn man die Erfahrungen der letzten Jahre berücksichtigt. Aus Gründen der Billigkeit werden in vielen Fällen ermäßigte Steuersätze in weiterem Umfange eintreten müssen. Der Gewerbebetrieb der Ausländer unterliegt vom 1. Jan. k. J. an auf Grund des Bundesrathsbeschlusses vom 7. März d. J. erheblichen Beschränkungen. Endlich wird in Uebereinstimmung mit den oberen Verwaltungsbehörden benachbarter Staaten aus gewerbepolizeilichen Rücksichten die Ausdehnung des Legitimationsscheines der in § 59 der R.-Gew.-O. genannten Personen, wie Musiker ꝛc., überhaupt versagt werden oder eine Beschränkung auf den Marktverkehr stattfinden müssen, wenn auch gerade hierdurch in gewerbesteuerlicher Beziehung ein nicht unerheblicher Ausfall entsteht.

Durch die vom Landtage beantragte Herabsetzung der Steuersätze vermindert sich die Aufkunft der Steuer vom stehenden Gewerbe um ungefähr 10 bis 12000 M., so daß dieselbe sich nur auf ca. 30,000 M. belaufen würde. Es steht auch wohl nicht zu erwarten, daß eine Steigerung des Ertrages durch das Hinzutreten neuer Geschäfte eintreten wird, einmal weil die vorhandenen schon für das Bedürfniß ausreichend sind, dann aber auch weil eine strengere Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen der Vermehrung der Wirthschaftsgewerbe entgegentritt. Durch diesen letzteren Umstand werden die bestehenden Geschäfte dieser Art nicht eine Vermehrung sondern Verminderung erleiden, indem bei dem Wechsel in der Person des Inhabers eines unter der Herrschaft der früheren Gesetzgebung concessionirten Geschäftes die neueren bedeutend strengeren Vorschriften über die an die Locale der Gastwirthschaften

zu stellenden Anforderungen und über die Nothwendigkeit des Bedürfnisses der Schenkwirthschaften und des Kleinhandels mit Spirituosen eintreten.

Die Staatsregierung ist aber, wie vorher ausführlich dargelegt worden, der Ansicht, daß die von ihr vorgeschlagenen Steuersätze für die Verhältnisse des hies. Landes als nicht zu hoch gegriffen erscheinen, daß vielmehr, sollte man auch die jetzt noch zu erzielende Aufkunft nach Ausfall eines beträchtlichen Theils des erwarteten Betrages der Hausirsteuer und nach Ermäßigung der Mittelsätze für die Wirthschaftsgewerbe der 2. und 3. Abth. auf 50,000 M. annehmen können, was aber immerhin noch sehr zweifelhaft erscheint, die Gewerbesteuer in Vergleich zu den sonstigen directen Staatssteuern im hiesigen Lande bedeutend geringer ist als im Königreich Preußen. Dort beträgt die Classen- und Einkommensteuer 71,654,000 M., die Grundsteuer 40,019,00 M., die Gewerbesteuer 18,107,000 M., die erstere also 3,48, die zweite 2,2 mal mehr als die Gewerbesteuer; im hies. Lande dagegen die Klassensteuer 330,000 M., die Grundsteuer unter Annahme des nach Beendigung der Neuvermessung des Landes festgesetzten Contingents 150,000 M., die erstere also 6,6 mal, die zweite 3 mal mehr als die Gewerbesteuer. Im Königreich Preußen kommt auf den Kopf der Bevölkerung an Gewerbesteuer 0,65 M., im hies. Lande 0,44 M. Endlich sei noch erwähnt, daß der Ertrag der Steuer vom stehenden Gewerbe sich im Jahre 1876 im Regierungsbezirk Minden auf 208,672 M., im Regierungsbezirk Münster auf 188,494 M., im Regierungsbezirk Arnsberg auf 526,815 M. belaufen hat; es entfällt also auf den Kopf der Bevölkerung 0,43 M. resp. 0,42 M. und 0,53 M., während wenn im hiesigen Lande die schon sehr hoch gegriffene Summe von 44,000 M. als Ertrag der Steuer vom stehenden Gewerbe angenommen wird, auf den Kopf der Bevölkerung 0,39 M. fällt. Auch im Vergleich zu der Aufkunft der Gewerbe-

steuer im Fürstenthum Waldeck, welches nur 54,673 Einwohner zählt, zu 36,690 M. für die Finanzperiode 1875/77, erscheint die für das hiesige Fürstenthum, welches 112,452 Einwohner zählt, in Aussicht genommene Summe von 50,000 M. als eine mäßige, wobei noch besonders in Betracht zu ziehen ist, daß die Sätze der Hausirsteuer dort bedeutend geringer sind, als nach dem Entwurfe, daß also die stehenden Gewerbe umsomehr aufzubringen haben.

Entwurf

eines Gesetzes, betreffend die Einführung einer Gewerbesteuer.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verordnen mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

§ 1.

Vom 1. Januar 1878 an wird eine nach gleichen Grundsätzen für Stadt und Land geltende und in die Landkasse fließende Gewerbesteuer erhoben. Es hören mit dem obigen Zeitpunkte auf alle Abgaben, welche zur Zeit für den Betrieb eines Gewerbes an die Landkasse zu entrichten sind, sofern sie nicht auf privatrechtlichen Verpflichtungen beruhen.

I. Steuerpflichtige Gewerbe.

§ 2.

Gewerbesteuerpflichtig sind nur folgende Gewerbe, sie mögen von Einzelnen oder von Gesellschaften oder Vereinen betrieben werden:

der Handel;

das Verfertigen von Waaren auf den Kauf, wozu auch der Betrieb des Bäcker-, Schlächter- und Brauereigewerbes gehört;

der Betrieb von Mühlenwerken;
die Gast- und Schenkwirthschaft;
der Betrieb von Handwerken;
das Gewerbe der Schiffer, der Fracht- und Lohnfuhrleute, und der Pferdeverleiher;
diejenigen Gewerbe, welche im Umherziehen betrieben werden.

Die Brennerei unterliegt der Gewerbesteuer nicht.

II. Stehender Gewerbebetrieb.

Der Handelssteuer unterliegende Gewerbe. (Classe A I, A II, B.)

§ 3.

Der Gewerbesteuerpflichtigkeit vom Handel unterliegen alle Handels- und Fabrikunternehmungen mit Einschluß der Commissions- Speditions-, Agentur- Bank-, Geld-, Wechsel-, Versicherungsgeschäfte, der auf Vermittelung von Handels-, Geld- und anderen Geschäften, dieselben mögen kaufmännischer oder nichtkaufmännischer Art sein, gerichteten Gewerbe (Makler, Commissionaire), der Salinen-, Hütten- und Hammerwerke.

Der Betrieb von Bergwerken ist, sofern nicht eine Verarbeitung der Bergwerksproducte (Betrieb von Hütten- und Hammerwerken) stattfindet, steuerfrei.

§ 4.

Der Steuer vom Handel unterliegen ferner die Apotheken, der Betrieb von Leihbibliotheken und anderen Leihanstalten, sowie von Badeanstalten und Wrasemeistereien.

Als steuerpflichtige Badeanstalten werden solche Badeeinrichtungen nicht angesehen, welche von Gastwirthen oder Zimmervermiethern den Miethern nebenbei mit überlassen werden.

§ 5.

Der Steuer vom Handel ist endlich unterworfen das Verfertigen von Waaren auf den Kauf, sofern es nicht handwerksmäßig geschieht, insbesondere das Gewerbe der Bäcker, Schlächter, Brauer und Brenner.

Landleute die in den Städten auf offenem Markte Rockenbrod verkaufen, sind steuerfrei, insofern sie das Backen des Brodes nur als Nebengeschäft betreiben.

§ 6.

Die Veranlagung der Gewerbesteuer vom Handel erfolgt in drei Steuerklassen A. I, A. II. und B. in der Art, daß von der die Regel bildenden mittleren Klasse (A. II.) einerseits ausgesondert werden als 1. Klasse A. I. diejenigen Geschäfte, bei welchen theils nach der Höhe des dazu erforderlichen Anlage- und Betriebs-Capitals, theils nach der Erheblichkeit ihres jährlichen Umsatzes auf einen Betrieb von bedeutendem Umfange zu schließen ist, und andererseits als 3. Klasse B. die Geschäfte der geringsten Art, wie diejenigen der Höcker, Trödler, Victualien-, Obst- und Gemüsehändler und diesen ähnliche Gewerbe. Wird jedoch ein Gewerbe der zuletzt gedachten Art in einem für dasselbe ungewönlich erheblichen Umfange betrieben, so erfolgt dessen Veranlagung in einer der Klassen unter A.

§ 7.

Die Steuer wird von jeder einzelnen Firma, von jedem einzelnen Comptoir, von jedem einzelnen Laden, ohne Rücksicht auf die Zahl der Theilnehmer erhoben.

Eine im hiesigen Lande belegene Fabrik, welche mit dem dazu gehörigen, örtlich von ihr getrennten Comptoir (Verkaufsstätte) dergestalt in Verbindung steht, daß der Verkauf ausschließlich von dem Comptoir aus stattfindet, ist

mit demselben zusammen nur als ein Geschäft, also nur einmal zu veranlagen und zwar in demjenigen Steuerbezirke, in welchem sich das Comptoir befindet.

§ 8.

Von jedem Kleinhandel mit geistigen Getränken, welcher auf Grund einer besonderen Concession als Nebengewerbe betrieben wird und nicht ausschließlich auf den Handel mit Bier und Wein sich beschränkt, ist der Steuersatz von 12 Mark besonders zu entrichten.

§ 9.

Die Regierung ist ermächtigt, solchen Gewerbtreibenden der Classe B., 8a welche nur den niedrigsten Steuersatz aufzubringen vermögen, den Betrieb des Gewerbes steuerfrei zu gestatten. In diesem Falle sind dieselben bei der Berechnung der Gewerbesteuer der Classe B. des Steuerbezirks mit Mittelsätzen nicht in Ansatz zu bringen.

§ 10.

Das Müllergewerbe ist bei einem Betriebe von bedeutendem Umfange mit der Gewerbesteuer vom Handel in der Classe A. I., bei einem Betriebe von mittlerem Umfange mit der Gewerbesteuer vom Handel in der Classe A. II. unter den übrigen Handels- und Fabrikunternehmungen zu veranlagen.

Das Müllergewerbe, welches lediglich oder doch weit überwiegend gegen Lohn oder sonst in geringerem Umfange betrieben wird, unterliegt dagegen der Gewerbesteuer vom Handwerk, dasselbe ist gemeinschaftlich mit den übrigen Handwerken des Steuerbezirks zu veranlagen, die unten nach § 13 dem Handwerk eingeräumte Steuerfreiheit findet jedoch auf das Müllergewerbe keine Anwendung.

§ 11.

Handmühlen, desgl. Mühlenwerke, die nur für den eigenen Verbrauch des

Besitzers arbeiten, oder die zur Ent- oder Bewässerung von Ländereien bestimmt sind, unterliegen der Gewerbesteuer nicht.

Hammer-, Bohr-, Schleif-, Polir-, Papier-, Loh- und Walkemühlen, Maschinen zum Bergbau, zum Hütten- und Salinenwesen, sowie überhaupt durch Elementar- oder thierische Kräfte getriebene Maschinen, die zur Bearbeitung von Fabrikmaterialien, zur Spinnerei, Weberei, Appretur dienen, werden entweder von der Handels- oder von der Handwerks-Gewerbesteuer betroffen und auch dieses nur insofern, als sie selbstständig betrieben werden und nicht zu einer schon außerdem gewerbesteuerpflichtigen Fabrikanstalt oder gewerblichen Gesellschaft gehören.

§ 12.

Gast-, Speise- und Schenkwirthe. (Classe C.)

Wer gewerbsweise ein offenes Lokal hält, um Personen mit oder ohne Kost für Bezahlung zu beherbergen, ist als Gastwirth steuerpflichtig.

Wer gewerbsweise ein offenes Lokal hält, um zubereitete Speisen oder Getränke zum Genuß auf der Stelle oder außerhalb feil zu bieten, ist als Speise- oder Schenkwirth steuerpflichtig.

Auch das gewerbsweise betriebene Vermiethen möblirter Zimmer unterliegt diese Steuer, wenn von demselben Gewerbtreibenden drei oder mehrere heizbare möblirte Zimmer vermiethet werden.

§ 13.

Besteuerung der Handwerker. (Classe D.)

Handwerker, welche in der Regel nur um Lohn und auf Bestellung arbeiten, ohne auch außer den Jahrmärkten ein offenes Lager von fertigen Waaren zu halten, sind steuerfrei, so lange sie nur das Gewerbe für ihre Person oder mit einem erwachsenen Gehülfen und mit einem Lehrlinge betreiben.

Die Hülfe weiblicher Familienmitglieder sowie der eigenen Söhne unter 15 Jahren bleibt dabei unberücksichtigt.

Weberei und Wirkerei, sofern dieselbe auf nicht mehr als 4 Stühlen betrieben wird, sind gewerbesteuerfrei.

Solchen Handwerkern, welche der Natur ihres Gewerbes nach dasselbe in lohnender Weise nicht betreiben können, ohne auch außer den Jahrmärkten ein offenes Lager von fertigen Waaren zu halten, oder die Wochenmärkte ihres Wohnorts zu beziehen, als Holzdrechslern, Seilern, Töpfern, kann der Gewerbebetrieb von der Regierung steuerfrei gestattet werden, so lange der Waarenvorrath nicht von erheblichem Umfange ist, und diese Handwerker das Gewerbe nur für ihre Person, oder mit einem erwachsenen Gehülfen und mit einem Lehrlinge betreiben.

Die Handwerker, denen diese Steuerfreiheit bewilligt wird, sind bei Berechnung der Handwerkssteuer des Steuerbezirks mit Mittelsätzen nicht in Ansatz zu bringen.

§ 14.

Besteuerung der Schiffer, der Lohnfuhrleute und Pferdeverleiher. (Classe E.)

Das Schiffergewerbe mit Stromschiffen und Lichterfahrzeugen unter und bis zu 6000 Kilogramm Tragbarkeit einschließlich ist steuerfrei.

Fuhrleute und Pferdeverleiher, die ihr Gewerbe mit einem Pferde betreiben, sind gewerbesteuerfrei.

Landwirthe, die mit ihrem Wirthschaftsgespann gelegentlich auch Frachtfuhren verrichten, sind der Gewerbesteuer der Fuhrleute nicht unterworfen.

§ 15.

Wenn mehrere Gewerbe absichtlich mit einander in Verbindung gesetzt sind, und an demselben Orte von Einer Person betrieben werden, so ist die

Gewerbesteuer nur einmal nach dem Gesammt-Umfange der vereinigten Gewerbe zu erheben. Der zufällige Betrieb verschiedenartiger Gewerbe durch Eine Person ist einer solchen gewerblichen Verbindung nicht gleich zu achten.

§ 16.

Ausübung des Gewerbebetriebes außerhalb des Wohnorts.

Die in § 38 aufgeführten, sowie alle andern der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen nicht unterliegenden Arten der Ausübung des Gewerbebetriebes außerhalb des Wohnorts und ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung werden hinsichtlich der Besteuerung der Lippischen und der einem andern Deutschen Staate angehörigen Gewerbtreibenden, sowie derjenigen ausländischen Gewerbtreibenden (§ 39), welche ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung in Deutschland haben, dem stehenden Gewerbebetriebe derselben zugerechnet. Lippische Gewerbtreibende, welche die vorbezeichneten Arten des Gewerbebetriebes ausüben, oder durch Stellvertreter ausüben lassen, ohne dasselbe Gewerbe als stehendes zu betreiben, sind verpflichtet, dieses Gewerbe, vor dessen Beginn, sofern sie einen Wohnsitz im hies. Lande haben, bei der Verwaltungsbehörde ihres Wohnorts, in Ermangelung eines solchen bei der Verwaltungsbehörde des Orts, wo der Gewerbebetrieb begonnen werden soll, anzumelden und unterliegen der Besteuerung vom stehenden Gewerbe in der entsprechenden Steuerklasse nach Maaßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes.

Die gleiche Anmeldungsverpflichtung und Besteuerung trifft die einem andern Deutschen Staate angehörigen Gewerbtreibenden nur dann, wenn sie nicht dasselbe Gewerbe in einem andern Deutschen Staate als stehendes betreiben.

Ausländische Gewerbtreibende, welche ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung in Deutschland haben (§ 39) werden in dieser Hinsicht den

Gewerbtreibenden desjenigen Staates gleichgestellt, in welchem sie ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung haben.

§ 17.

Aller Handel (Verkauf und Ankauf von Waaren und Suchen von Waarenbestellungen) der Ausländer auf Messen und Jahrmärkten bleibt von der Gewerbesteuer frei. Desgleichen ist ihnen das Feilbieten von Verzehrungsgegenständen, welche zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören, und der Waarenankauf auf Wochenmärkten gewerbesteuerfrei gestattet.

§ 18.

Anzeigepflicht.

Derjenige, welcher ein Gewerbe betreiben will, es mag steuerfrei oder steuerpflichtig sein, muß der Verwaltungsbehörde des Orts, wo solches geschieht, Anzeige davon machen. Zur Anzeige an diese Behörde ist auch derjenige verbunden, der sein bisheriges Gewerbe im Orte zu betreiben aufhört.

§ 19.

Steuerbezirke.

Für die Veranlagung der Steuer vom stehenden Gewerbe mit Ausnahme der zur Classe A I gehörenden Gewerbtreibenden bilden die Städte Detmold, Lemgo, Blomberg, Salzuflen, Lage je einen Steuerbezirk, die übrigen Ortschaften 3 Steuerbezirke.

Die Steuerbezirke zerfallen je nach der Zahl und Bedeutung der in demselben vorhandenen Unternehmungen und Geschäfte in 2 Abtheilungen.

Zur ersten Abtheilung gehören die Steuerbezirke der Städte Detmold und Lemgo; zur zweiten diejenigen der Städte Blomberg, Salzuflen und Lage; zur dritten Abtheilung die übrigen Steuerbezirke.

Der Steuerbezirk der zur Classe A I gehörigen Gewerbtreibenden umfaßt das ganze Land.

§ 20.

Besteuerung nach Mittelsätzen.

Die Erhebung der Steuer geschieht für die der Handelssteuer unterliegenden Gewerbe, für die Gast- und Schenkwirthschaft, für den Handwerksbetrieb nach Mittelsätzen.

Der Betrag des Mittelsatzes mit der Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks multiplicirt, ergiebt die Summe, welche der Veranlagungsbezirk von dem betr. Gewerbe im Ganzen an Gewerbesteuer aufbringen muß.

Bei der Vertheilung dieser Gesammtsumme auf die einzelnen Gewerbsgenossen ist der Mittelsatz für Diejenigen, welche diesen nicht aufbringen können, bis zu einem bestimmten niedrigeren Satze zu ermäßigen, und der daraus entstehende Ausfall wiederum durch die höheren Beiträge Derjenigen zu decken, welche wegen ihres stärkeren Gewerbebetriebes mehr als den Mittelsatz zu zahlen vermögen.

Wird in den nach Mittelsätzen steuernden Klassen ein Gewerbebetrieb, welcher zu einem höhern oder niedrigeren als dem Mittelsatze für das folgende Steuerjahr veranlagt ist, nach geschehener Veranlagung für das letztere noch im laufenden Steuerjahr eingestellt, so ist die für das folgende Steuerjahr durch jene Veranlagung entstehende Differenz an Steuer zwischen dem Mittelsatze und dem veranlagten Steuersatze der betr. Klasse für das nächste Jahr zur Last zu legen bezw. gut zu schreiben.

Derselbe Grundsatz kommt in Anwendung, wenn in Folge der Entscheidung auf Reclamationen in den Klassen, in welchen die Veranlagung nach Mittelsätzen durch die Steuergesellschaften erfolgt, eine Herabsetzung der veranlagten

Steuer, oder in den Klassen A I A II eine Versetzung eines Steuerpflichtigen in eine niedrigere Klasse stattfindet.

§ 21.

Steuersätze.

Die Sätze, wonach die Vertheilung der Gewerbesteuer zu bewirken ist, sind nachstehend:

Für die Klasse A I beträgt

a. der Mittelsatz der Gewerbesteuer 216 Mark jährlich, oder monatlich 18 Mark,

b. der niedrigste Satz 144 Mark jährlich, oder monatlich 12 Mark.

Für die Klasse A II beträgt

a. der Mittelsatz der Gewerbesteuer:

1. In der ersten Abtheilung 48 Mark jährlich, oder monatlich 4 Mark.
2. In der zweiten und dritten Abtheilung jährlich 30 Mark oder monatlich 2 Mk. 50 Pf.;

b. der niedrigste Satz:

1. In der ersten Abtheilung 24 Mark jährlich, oder monatlich 2 Mark.
2. In der 2. und 3. Abtheilung 18 Mark jährlich oder monatlich 1 Mk. 50 Pf.

Für die Klasse B beträgt

a. der Mittelsatz der Gewerbesteuer:

1. In der ersten Abtheilung 18 Mark jährlich, oder monatlich 1 Mk. 50 Pf.
2. In der 2. Abtheilung 12 Mark jährlich, oder monatlich 1 Mark.

In der 3. Abtheilung 6 Mark jährlich, oder monatlich 50 Pf.

b. der niedrigste Satz:

1. In der 1. und 2. Abtheilung 6 Mark jährlich, oder monatlich 50 Pf.

2. In der 3. Abtheilung 3 Mark jährlich, oder monatlich 25 Pf.

Für die Gast-, Speise- und Schenkwirthschaft beträgt

a. der Mittelsatz der Gewerbesteuer:

1. In der 1. Abtheilung 36 Mark jährlich, oder monatlich 3 Mark.
2. In der 2 Abtheilung 24 Mark jährlich, oder monatlich 2 Mk.

In der 3. Abtheilung 12 Mark jährlich, oder monatlich 1 Mark.

b. der niedrigste Satz:

1. In der 1. Abtheilung 12 Mark jährlich, oder monatlich 1 Mark.
2. In der 2. und 3. Abtheilung 6 Mark jährlich, oder monatlich 50 Pf.

Für die der Gewerbesteuer unterliegenden Handwerker beträgt

a. der Mittelsatz der Gewerbesteuer

1. In der 1. Abtheilung 18 Mark jährlich, oder monatlich 1 Mark 50 Pf.
2. In der 2. und Abtheilung 12 Mark jährlich, oder monatlich 1 Mark.

b. der niedrigste Satz:

1. In der 1. 2. 3. Abtheilung 6 Mark jährlich, oder monatlich 50 Pf.

Bei der Vertheilung der Steuer sind keine anderen als die nachstehend angegebenen Jahressteuersätze anwendbar: 3, 6, 9, 12, 15, 18, 21, 24, 30, 36, 42, 48, 54, 60, 72, 84, 90, 96, 108, 126, 144, 162, 180, 198, 216 Mark und von 216 Mark aufwärts um je 36 Mark steigende Sätze, also 252, 288, 324 Mark u. s. f.

§ 22.

Für den Betrieb des Schiffergewerbes mit Stromschiffen und Lichterfahrzeugen beträgt die Gewerbesteuer jährlich 2 Mark für jede 12000 Kilogr. Tragfähigkeit der benutzten Fahrzeuge.

Fuhrleute und Pferdeverleiher, welche zwei Pferde und darüber halten, zahlen von jedem Pferde jährlich 3 Mark.

§ 23.

Veranlagung der Steuer.

Die Veranlagungsbehörde ist für den Steuerbezirk der Klasse A I ein von der Regierung ernannter Commissarius, für die städtischen Steuerbezirke der Magistrat, für die übrigen Steuerbezirke ein Beamter der zu dem betr. Bezirke gehörenden Aemter.

§ 24.

Zum Zwecke der Vertheilung der Steuer bilden in jedem Steuerbezirk

1. die zur Klasse A I gehörigen Gewerbtreibenden,
2. die zur Klasse A II gehörigen Steuerpflichtigen,
3. die zur Klasse B gehörigen Steuerpflichtigen,
4. die Gast-, Speise- und Schenkwirthe — Klasse C,
5. die steuerpflichtigen Handwerker — Klasse D,

je eine Steuergesellschaft.

§ 25.

Die Vertheilung der Steuer in den Steuergesellschaften unter die Mitglieder derselben wird durch 7 Abgeordnete bewirkt, welche aus der Mitte der Gesellschaft unter Leitung der Veranlagungsbehörde auf drei Jahre gewählt werden.

Die Regierung kann jedoch für einzelne Steuerbezirke, wenn örtliche oder gewerbliche Verhältnisse dies bedingen, die Zahl der Abgeordneten höher oder niedriger festsetzen.

Bei der Wahl der Abgeordneten ist zu beachten, daß mindestens einer derselben zu den am höchsten, einer zu den am niedrigsten zu besteuernden Gesellschaftsmitgliedern gehört und daß zwei aus solchen Mitgliedern gewählt werden, welche das Gewerbe im mittleren Umfange betreiben.

Zugleich mit den Abgeordneten ist für dieselben ein Stellvertreter für Behinderungsfälle nach den für die Wahl der Abgeordneten getroffenen Bestimmungen zu wählen.

Für die erste Wahl der Abgeordneten der Klasse A I bestimmt die Regierung, für diejenige der Klasse A II die Veranlagungsbehörde die Personen, welche die Wahl vorzunehmen haben.

§ 26.

Ist die Zahl der Gewerbegenossen in einem Steuerbezirke nicht hinreichend, um die gesetzlich bestimmte Zahl von Abgeordneten und Stellvertretern zu wählen, so wird durch die Gesammtheit der Gesellschaft die Steuer vertheilt.

§ 27.

Zur Ablehnung der Wahl eines Abgeordneten berechtigen nur anhaltende Krankheit, oder nothwendige Geschäfte, welche längere Reisen nöthig machen, oder ein Alter von 60 Jahren.

Wer ohne solche Gründe die Annahme der auf ihn gefallenen Wahl verweigert, zahlt eine Strafe von 20—60 Mark an die Gemeindekasse desjenigen Bezirks, in welchem er seinen Wohnsitz hat. Die Entscheidung hierüber steht der Veranlagungsbehörde zu. Eben dieselbe hat die Gültigkeit der Wahlen und die Zulässigkeit der Gewählten zu prüfen und darüber zu entscheiden.

Die Berufung gegen diese Entscheidung ist binnen einer ausschließenden Frist von 10 Tagen bei der Regierung anzubringen, welche endgültig entscheidet.

§ 28.

Wird in einem Steuerbezirke die Wahl von Abgeordneten einer Steuergesellschaft, Seitens der Gesellschaftsmitglieder oder die Vertheilung der Steuer Seitens der Abgeordneten nicht bewirkt, so erfolgt die Steuervertheilung bei

der Klasse A I durch die Regierung, bei den übrigen Steuergesellschaften durch die Veranlagungsbehörde.

§ 29.

Behuf Aufstellung der bei der Veranlagung zu Grunde zu legenden namentlichen Nachweisungen der in der Klasse A I zu besteuernden Gewerbtreibenden treten die Abgeordneten jährlich unter dem Vorsitze des Regierungscommissarius zusammen und beschließen nach Stimmenmehrheit. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Dem Vorsitzenden steht das Recht zu, gegen Beschlüsse der Abgeordneten die Berufung an die Regierung einzulegen. Er hat dies der Versammlung sogleich mitzutheilen und deren Erklärung darüber zu Protocoll zu nehmen.

Ueber die Berufung entscheidet die Regierung in letzter Instanz.

§ 30.

Die bei der jährlichen Einschätzung zu Grunde zu legende namentliche Nachweisung der in der Klasse A II zu besteuernden Gewerbtreibenden wird nach Anhörung der Abgeordneten der Steuergesellschaft von der Veranlagungsbehörde aufgestellt. Ist hierbei von dem Ausspruche der Mehrheit der Abgeordneten abgewichen, so steht letzteren die Berufung an die Regierung innerhalb einer 14tägigen ausschließenden Frist zu.

§ 31.

Auf Grund der Nachweisungen werden die Vertheilungen der Gewerbesteuer in den einzelnen Klassen der Steuerpflichtigen nach Maßgabe der im gegenwärtigen Gesetze enthaltenen Bestimmungen vorgenommen, die Steuerrollen von der Veranlagungsbehörde aufgestellt und der Regierung zur Prüfung und Feststellung eingereicht.

§ 32.

Reclamations-Verfahren.

Jedem Steuerpflichtigen wird vor Eintritt des ersten Zahlungstages bekannt gemacht, wie viel er an Gewerbesteuer für ein Jahr zu entrichten habe.

§ 33.

Reclamationen gegen die Veranlagung der Gewerbesteuer sind binnen einer ausschließenden Frist von 3 Monaten nach geschehener Bekanntmachung der zu entrichtenden Steuer geltend zu machen. Die Entscheidung erfolgt durch die Regierung. Die Zahlung der veranlagten Steuer darf durch die Reclamation nicht aufgehalten werden, muß vielmehr mit Vorbehalt der spätern Erstattung des etwa zu viel Bezahlten zu dem bestimmten Termine erfolgen.

§ 34.

Erhebung der Steuer.

Die Gewerbesteuer wird monatlich in den einzelnen Bezirken zugleich mit der Klassen- und Einkommensteuer erhoben. Gegen säumige Zahlungspflichtige wird sofort zur Execution geschritten.

§ 35.

Strafbestimmung.

a. Wer die Anmeldung von dem Beginne oder Aufhören eines Gewerbes unterläßt, verfällt, wenn das Gewerbe nicht steuerpflichtig ist, sofern nicht die Strafe des § 147 und 148 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 eintritt, in eine Geldstrafe von 3 Mark.

b. Wer den Anfang eines steuerpflichtigen Gewerbes nicht anzeigt, erlegt neben der rückständigen, dem Gewerbe aufzuerlegenden Steuer, für die Unterlassung der Anzeige eine Strafe, die dem doppelten Betrage der einjährigen Steuer gleichkommt, sofern nicht die nach § 147 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 bestimmte höhere Strafe verwirkt ist.

c. Wer das Aufhören eines steuerpflichtigen Gewerbes nicht anzeigt, bleibt, so lange er diese Anzeige unterläßt, zur Bezahlung der Steuer verpflichtet.

III. Gewerbebetrieb im Umherziehen.

§ 36.

Gegenstand der Besteuerung.

Wer außerhalb seines Wohnorts, ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bestellung, in eigener Person

1. Waaren irgend einer Art, mit Ausschluß der selbstgewonnenen Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft, des Garten- und Obstbaues, der Jagd und des Fischfangs feilbieten,
2. Waaren irgend einer Art bei andern Personen als bei Kaufleuten, oder an andern Orten als in offenen Verkaufsstellen zum Wiederverkauf ankaufen,
3. Waarenbestellungen aufsuchen,
4. gewerbliche oder künstlerische Leistungen oder Schaustellungen, bei welchen ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse nicht obwaltet,

feilbieten will, unterliegt der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen.

§ 37.

Ausnahmen.

Der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen nicht unterworfen sind

1. Kaufleute, Fabrikanten und andere Personen, welche ein stehendes Gewerbe betreiben, sowie die in deren Diensten stehenden Reisenden, welche außerhalb des Orts ihrer gewerblichen Niederlassung, bezw. der gewerblichen Niederlassung ihrer Geschäftsherren,
   a. Waarenbestellungen suchen, wenn sie von den Waaren, auf welche sie Bestellungen suchen, nur Proben oder Muster mit sich führen,

b. Waaren aufkaufen, wenn sie die aufgekauften Waaren nur behufs deren Beförderung nach dem Bestimmungsorte mit sich führen.

2. Diejenigen, welche ausschließlich im Meß- und Marktverkehre die im § 37 unter 1—3 bezeichneten Arten des Gewerbebetriebes ausüben.
3. Gewerbtreibende, welche außerhalb ihres Wohnortes bei öffentlichen Festen, Truppenzusammenziehungen und andern außergewöhnlichen Gelegenheiten solche Waaren, hinsichtlich deren dies von der Regierung gestattet ist, feilbieten.
4. Gewerbtreibende, welche in nicht größerer Entfernung als 15 Kilometer vom Wohnorte
   a. selbstverfertigte Waaren, welche zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören, feilbieten,
   b. gewerbliche Leistungen, hinsichtlich deren dies nach Landesgebrauch hergebracht ist, anbieten,
   c. das Musikergewerbe ausüben.
5. Gewerbtreibende, welche außerhalb ihres Wohnorts, aber innerhalb des Gemeindebezirks und der etwa durch besondere Anordnung der Regierung dem Gemeindebezirk des Wohnortes in dieser Hinsicht gleichgestellten nächsten Umgebung desselben Waaren aufkaufen, Waaren oder Leistungen feilbieten, oder Waarenbestellungen suchen.

§ 38.

Gewerbebetrieb der Ausländer.

In Betreff der Angehörigen außerdeutscher Staaten, welche weder ihren Wohnsitz noch eine gewerbliche Niederlassung in einem deutschen Staate haben, treten, sofern nicht durch Verträge oder Vereinbarungen oder durch Anord-

nungen der Regierung anderweite Festsetzungen getroffen sind, nachstehende besondere Bestimmungen ein:

1. Dieselben sind der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen auch dann unterworfen, wenn sie selbst gewonnene Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft, des Garten- und Obstbaues, der Jagd und des Fischfangs ohne vorgängige Bestellung in eigener Person feilbieten wollen (§ 36 Nr. 1).
2. Die Bestimmungen des § 38 finden auf dieselben und auf die in ihren Diensten stehenden Reisenden, welche für deren im Auslande betriebenes Geschäft Waaren aufkaufen oder Waarenbestellungen suchen (§ 37 Nr. 1) keine Anwendung.

§ 39.

Ausübung eines Gewerbebetriebes am Wohnorte.

Wer ein der Steuer vom Gewerbe im Umherziehen unterworfenes Gewerbe nach Entrichtung dieser Steuer auch an seinem Wohnorte ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung vorübergehend ausübt, unterliegt dieserhalb nicht der Steuer vom stehenden Gewerbebetriebe.

§ 40.

Anmeldung des Gewerbebetriebes im Umherziehen und Einlösung des Gewerbescheines.

Wer ein der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterliegendes Gewerbe (§ 36. 38) ausüben will, ist verpflichtet, dasselbe für jedes Jahr, in welchem der Gewerbebetrieb stattfinden soll, behufs Entrichtung der Steuer anzumelden, und einen die Bezeichnung der Person, der Art und des Gegenstandes des Gewerbebetriebes, der Anzahl der mitzuführenden Begleiter oder Fuhrwerke, sowie die Festsetzung der Steuer und die Quittung über deren Entrichtung oder die Bescheinigung der Steuerfreiheit (§ 46) enthaltenden Gewerbeschein für das betreffende Jahr vor Beginn des Gewerbebetriebes einzulösen.

Der Gewerbeschein ist nur für die Person und das Kalenderjahr gültig, für welche derselbe ausgefertigt worden ist.

Die Anmeldung ist, insofern es zu dem beabsichtigten Gewerbebetriebe nach den Vorschriften der Reichs-Gew.-Ordn. des Legitimationsscheines einer lippischen-Behörde bedarf, mit dem Antrage auf Ertheilung des letzteren zu verbinden und wird alsdann auch regelmäßig der Gewerbeschein mit dem Legitimationsscheine verbunden.

Andernfalls ist die Anmeldung bei der Verwaltungsbehörde des Bezirks, in welchem der Gewerbtreibende seinen Wohnsitz hat, und wenn derselbe innerhalb des hiesigen Landes keinen Wohnsitz hat, bei der Verwaltungsbehörde des Bezirks, in welchem er den Gewerbebetrieb im hiesigen Lande beginnen will, schriftlich oder zu Protocoll zu bewirken.

Bei der Anmeldung muß der Gegenstand des Gewerbebetriebes, die Anzahl der mitzuführenden Begleiter oder Fuhrwerke angegeben, auch auf Erfordern über die Verrichtungen der Begleiter, die Beschaffenheit und Bestimmung der Transportmittel, Auskunft ertheilt werden.

Nach Maßgabe der Anmeldung fertigt diejenige Behörde, welcher die Festsetzung der Steuer obliegt, den Gewerbeschein aus und überweist denselben der mit der Einziehung der Steuer beauftragten Kasse zur Aushändigung gegen Erlegung der Steuer.

Die Festsetzung der Steuer erfolgt durch die Regierung, kann jedoch für einzelne Gattungen des Gewerbebetriebes im Umherziehen den der Regierung nachgeordneten Verwaltungsbehörden übertragen werden.

Wegen der Form der Gewerbescheine, wegen Verbindung derselben mit den Legitimationsscheinen und wegen des sonstigen Verfahrens sind im Verwaltungswege die erforderlichen Anordnungen zu erlassen.

In die mit einem Legitimationsscheine nicht verbundenen Gewerbescheine kann auch das Signalement des Inhabers aufgenommen werden.

§ 41.

Will der Gewerbtreibende nach Einlösung des Gewerbescheines im Laufe des Jahres ein anderes als das darin bezeichnete Gewerbe im Umherziehen beginnen, oder letzteres auf andere als die im Gewerbescheine bezeichneten Gegenstände, Waaren oder Leistungen ausdehnen, oder Begleiter oder Fuhrwerk mitführen, ohne daß dies im Gewerbeschein vermerkt ist, oder in größerer als der darin angegebenen Anzahl, so ist er verpflichtet, hiervon vorherige Anmeldung, behufs Aenderung bezw. Ergänzung des eingelösten oder Ertheilung eines andern Gewerbescheines zu machen. Die Bestimmungen des § 40 finden hierbei gleichmäßige Anwendung. Insofern die beabsichtigte Aenderung des Gewerbebetriebes eine Erhöhung der Steuer (§ 43) oder die Entziehung der Steuerfreiheit bedingt, hat die Regierung zugleich den zu entrichtenden Steuersatz, auf welchen jedoch der für das betr. Jahr bereits entrichtete Steuerbetrag in Anrechnung gebracht wird, anderweit festzusetzen, und die Aushändigung des Gewerbescheins gegen Erlegung des Mehrbetrages zu veranlassen.

§ 42.

Verpflichtung des Inhabers des Gewerbescheins.

Der Inhaber eines Gewerbescheins ist verpflichtet, diesen während der thatsächlichen Ausübung des Gewerbebetriebes bei sich zu führen, und auf Erfordern den zuständigen Behörden und Beamten vorzuzeigen; er darf weder den Gewerbeschein an einen Andern überlassen, noch Begleiter in größerer als der in dem Gewerbescheine angegebenen Anzahl mitführen.

§ 43.

Betrag der Steuer.

Die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen beträgt in der Regel 24 Mark für jedes Kalenderjahr.

Die Regierung ist jedoch ermächtigt,

1. für Gewerbe geringerer Art, sofern solche nicht in einem für dieselben ungewöhnlichen Umfange betrieben werden, sowie auch für andere Gewerbe, wenn sie in erheblich geringerem als dem gewöhnlichen Umfange betrieben werden, oder der Gewerbebetrieb durch besondere Umstände beeinträchtigt wird, ermäßigte Jahressteuersätze von 18, 12, 9, 6 und 3 Mark,
2. für Gewerbe von bedeutendem Umfange, wie diejenigen der Vorsteher großer Schauspieler-, Musiker-, Kunstreiter- und ähnlicher Gesellschaften, der Pferde- und Viehhändler, mit erheblichem Betriebscapital und Umsatz, der mit größeren Waarenlagern umherziehenden Handeltreibenden u. s. w. erhöhte Jahressteuersätze von 36, 48, 72, 96 oder 144 Mk. festzusetzen. Insbesondere kann zufolge der Bestimmung unter 1 die Steuer
   a. für das Sammeln geringfügiger Erzeugnisse und Abgänge der Haus- und Landwirthschaft, und für das Anbieten gewerblicher Leistungen untergeordneter Beschaffenheit (Ausbessern grober Geräthe) und diesen gleichzustellende Gewerbebetriebe bis auf 3 Mark,
   b. für das Feilbieten von Lebensmitteln, Haushaltungs- und Wirthschaftsbedürfnissen, und andern Waaren von geringerem Werthe und diesen gleichzustellende Gewerbebetriebe bis auf 6 Mark, ausnahmsweise auch bis auf 3 Mark, ermäßigt werden, und soll, falls nicht aus

der Art und Weise der Ausübung des Gewerbebetriebes oder sonstigen Umständen auf einen größern, als den bei diesen Gewerben gewöhnlichen Umfang zu schließen ist, für die Gewerbebetriebe zu a und b den Steuersatz von 12 Mark nicht überschreiten.

§ 44.

Den Mitgliedern von Musiker-, Schauspieler-, Kunstreiter- und ähnlichen Gesellschaften, welche aus mindestens 4 Personen bestehen und unter einem Vorsteher ihr Gewerbe betreiben, können ermäßigte Steuersätze in gleicher Weise, wie den im § 43 unter b bezeichneten Gewerbtreibenden bewilligt werden. Die Gewerbescheine für die Vorsteher und die Mitglieder solcher Gesellschaften können in einen Gewerbeschein zusammengefaßt werden.

§ 45.

Die Angehörigen solcher außerdeutscher Staaten (§ 38), mit denen kein Uebereinkommen dieserhalb getroffen ist, haben auf eine Ermäßigung des Steuersatzes nach Maßgabe der Bestimmungen im § 43 unter 1 keinen Anspruch.

§ 46.

Befreiung von der Steuer.

Die Regierung kann ausnahmsweise für gewisse Gewerbsarten oder in einzelnen Fällen den Gewerbebetrieb im Umherziehen steuerfrei gestatten und demgemäß steuerfreie Gewerbescheine ausstellen.

§ 47.

Vorbehalte wegen der nicht lippischen Gewerbtreibenden.

Insoweit nach der Verfassung und den Gesetzen des deutschen Reiches oder nach besonderen Verträgen und Vereinbarungen nicht lippische Gewerbtreibende auf Befreiung von der Gewerbesteuer oder auf Ermäßigung derselben

für Ausübung des Gewerbebetriebes in Lippe Anspruch haben, wird hieran durch dieses Gesetz nichts geändert.

Die Regierung ist ermächtigt, für die Angehörigen solcher Länder, in welchen die diesseitigen Staatsangehörigen minder günstig als die eigenen Angehörigen behandelt und außer Verhältniß zu den von den Angehörigen anderer Länder in Lippe zu entrichtenden Steuern belastet werden, wie für diejenigen, welche für Rechnung der Angehörigen solcher Länder ein Gewerbe im Umherziehen in Lippe betreiben wollen, die Steuer bis auf das Achtfache zu erhöhen.

§ 48.

Erstattung der Steuer.

Wegen Abstandnahme vom Beginn des Gewerbebetriebes, sowie wegen Einstellung, Unterbrechung oder Verminderung des Betriebes im Laufe des Jahres findet eine Erstattung der Steuer für den eingelösten Gewerbeschein oder eines Theiles derselben in der Regel nicht statt. Ist jedoch wegen unvorhergesehener, von dem Willen des Inhabers des Gewerbescheins unabhängiger Ereignisse der Beginn des Gewerbebetriebes unterblieben, oder de Betrieb eingestellt worden, und wird der Gewerbeschein innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach der Einlösung zurückgegeben, so kann die entrichtete Steuer ersteren Falls ganz, im letzteren Falle zu einem verhältnißmäßigen Theile erstattet werden.

In Fällen solcher Art ist die Regierung auch ermächtigt, auf Antrag des Inhabers des Gewerbescheins oder seiner Hinterbliebenen Behufs Fortsetzung des Gewerbebetriebes für deren Rechnung einen neuen Gewerbeschein für den Rest des Jahres zu ermäßigtem Steuersatze oder steuerfrei zu ertheilen.

Tritt in Folge unvorhergesehener Ereignisse eine allgemeine Unterbrechung der Ausübung des Gewerbebetriebs im Umherziehen oder einzelner Gattungen

desselben, wenn auch nur in einem Theile des hiesigen Landes ein, so ist die Regierung ermächtigt, den davon betroffenen Gewerbtreibenden die erlegte Gewerbesteuer ganz oder theilweise erstatten zu lassen.

§ 49.

Verlust des Gewerbescheins.

Ist es glaubhaft gemacht, daß ein Gewerbeschein verloren, vernichtet oder unbrauchbar geworden, so kann die Ertheilung einer neuen Ausfertigung desselben gegen Erstattung der Auslagen, einschließlich der etwaigen Amortisationskosten verlangt werden. Durch das Vorzeigen beglaubigter Abschriften kann den Vorschriften des § 42 nicht genügt werden.

§ 50.

Strafbestimmungen.

Wer, ohne einen Gewerbeschein eingelöst zu haben, ein der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterworfenes Gewerbe betreibt, wird mit einer dem doppelten Betrage der Jahressteuer für das betriebene Gewerbe gleichen Geldstrafe bestraft.

§ 51.

Wer nach Einlösung eines Gewerbescheins für das betreffende Jahr ein anderes der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterliegendes Gewerbe betreibt, als das im Gewerbeschein bezeichnete, oder den Gewerbebetrieb im Umherziehen auf andere als die darin bezeichneten Gegenstände ausdehnt, verfällt in eine Geldstrafe, die dem Doppelten desjenigen Betrages gleichkommt, um welchen die entrichtete Steuer geringer ist, als die dem thatsächlich ausgeübten Gewerbebetriebe entsprechende Steuer.

§ 52.

Die Bestimmungen der §§ 50 und 51 finden, wenn die Gegenstände

des Gewerbebetriebes zu denjenigen gehören, welche vom Ankauf oder Verkauf im Umherziehen ausgeschlossen sind, ebenfalls mit der Maßgabe Anwendung, daß stets auch in den Fällen des § 51 auf eine dem doppelten Betrage des Jahressteuersatzes von 24 Mark gleichkommende Geldstrafe zu erkennen ist.

§ 53.

Neben den in den §§ 50, 51 vorgeschriebenen Geldstrafen ist die vorenthaltene Steuer zu entrichten.

§ 54.

Wird festgestellt, daß die in den §§ 50—52 bezeichneten strafbaren Handlungen im Auftrage und für Rechnung einer andern Person ausgeübt sind, so ist gegen den Auftraggeber auf die gleiche Strafe, wie gegen den Beauftragten zu erkennen, und haften beide solidarisch für die Strafbeträge, die Kosten und die vorenthaltene Steuer.

§ 55.

Wird festgestellt, daß in den Fällen der §§ 50, 51 der thatsächlich ausgeübte Gewerbebetrieb bei rechtzeitiger Beobachtung der Vorschriften in den §§ 40, 41 steuerfrei, bezw. ohne Erhöhung des schon entrichteten Steuersatzes hätte stattfinden dürfen, so tritt an die Stelle der in den §§ 50—52 bestimmten Geldstrafen eine solche zum Betrage von 1—30 Mark.

§ 56.

Für jede Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des § 42 trifft den Inhaber eines Gewerbescheins eine Geldstrafe von 1—30 Mark, sofern nicht wegen Verbindung des Legitimationsscheins mit dem Gewerbescheine auf dieselbe Handlung oder Unterlassung schon die Strafbestimmungen in § 149 unter 2, 4, 5 der Reichs-Gew.-Ordn. Anwendung finden.

§ 57.

In den in den §§ 50—52 gedachten Fällen können die zum Gewerbebetriebe im Umherziehen mitgeführten Gegenstände, insofern es zur Sicherstellung der Steuer, Strafe und der Kosten oder insofern es zum Beweise der strafbaren Handlung erforderlich ist, in Beschlag genommen werden.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

§ 58.

Vorrecht der Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuer hat hinsichtlich der Beitreibung, desgl. in Concursen die Vorrechte einer öffentlichen Abgabe.

§ 59.

Verjährung der Gewerbesteuer.

Hinsichtlich der Verjährung der Gewerbesteuer kommen die Vorschriften des Gesetzes vom 8. Juli 1851, hinsichtlich der Verjährung der Strafverfolgung diejenigen des Reichsstrafgesetzbuchs (§§ 67—72) zur Anwendung.

Ist in der unterlassenen Entrichtung der Gewerbesteuer eine Zuwiderhandlung gegen die Steuergesetze enthalten, so verjährt die Nachforderung der Steuer nur gleichzeitig mit der gesetzlichen Strafe.

§ 60.

Strafverfahren.

Die auf Grund dieses Gesetzes festzusetzenden, aber nicht beizutreibenden Geldstrafen sind nach Maßgabe der für Uebertretungen geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich (§§ 28 und 29) in Haft umzuwandeln.

§ 61.

Die Untersuchung und Entscheidung in Betreff der in § 35 b und in den §§ 50—55 bezeichneten strafbaren Handlungen steht dem Gerichte zu, wenn nicht der Beschuldigte die von der Regierung vorläufig festzusetzende Geldstrafe nebst den durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten binnen einer ihm bekannt gemachten Frist freiwillig zahlt. Die Regierung ist ermächtigt, hierbei eine mildere als die in §§ 35 b, 50—52 vorgeschriebene Strafe in Anwendung zu bringen.

Ist der Beschuldigte in Haft oder hat derselbe in Lippe keinen Wohnsitz, so erfolgt das Einschreiten des Gerichts ohne vorläufige Festsetzung der Strafe durch die Regierung; dasselbe findet statt, wenn die Regierung aus sonstigen Gründen von der vorläufigen Festsetzung der Strafe Abstand zu nehmen erklärt. oder der Angeschuldigte hierauf verzichtet.

§ 62.

Bei den gerichtlichen Entscheidungen ist hinsichtlich der Höhe der in den §§ 35 b, 50 und 51 vorgeschriebenen Geldstrafen die von der Regierung festzusetzende Jahressteuer zum Grunde zu legen.

Ingleichen ist für die in §§ 54, 55 bezeichnete Feststellung im gerichtlichen Verfahren die einzuholende Erklärung der Regierung maßgebend.

Die Entscheidung wegen der vorenthaltenen Steuer steht in allen Fällen der Regierung zu.

§ 63.

Uebergangs-Bestimmungen.

Entstehen hinsichtlich der bisherigen Abgaben Zweifel darüber, ob und inwieweit dieselben von dem Gewerbebetriebe oder von den Grundstücken, womit derselbe verbunden ist, gezahlt werden, so ist bis zu einer gerichtlichen

Entscheidung darüber die frühere Abgabe neben der neuen Gewerbesteuer, vorbehältlich des künftigen Ersatzes, auch ferner zu entrichten.

§ 64.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden durch Verordnung getroffen.

Detmold, den.....

Proposition,

die Abtretung der Gerichtsbarkeit der Stadt Detmold an die Regierung vom 1. Januar 1878 ab betreffend.

Nach dem am 1. Juni 1877 erfolgten Tode des Raths Runnenberg ist von der Stadt Detmold der schon früher gestellte Antrag auf Uebernahme der städtischen Gerichtsbarkeit Seitens der Regierung erneuert worden.

Die darüber von Commissarien der Letztern und des Magistrats getroffene Uebereinkunft enthält nach dem darüber aufgenommenen Protocolle vom 31. Aug. 1877 folgende nähere Bestimmungen:

1. Die bisherige städtische Gerichtsbarkeit wird ihrem ganzen Umfange nach, also sowohl die Civil- als Strafgerichtsbarkeit und hinsichtlich der ersteren die freiwillige und streitige Gerichtsbarkeit, Seitens der Stadt an die Regierung abgetreten.

2. Mit Abtretung der Gerichtsbarkeit gehen sämmtliche Gerichtseinkünfte, einschl. der Nebengebühren, wie auch der Strafgelder an die Regierung über.

3. Die Stadt überläßt der Regierung zur unentgeltlichen Benutzung sowohl die jetzt für Zwecke des Gerichtes benutzten Räume im Rathhause, als auch das in demselben befindliche Inventar.

Ob über den Zeitpunkt der Einführung der neuen Gerichtsorganisation,

also über den 1. Oct. 1879 hinaus, in gleicher Weise die obige Ueberlassung von Local und Inventar stattfinden wird, soll den Gegenstand weiterer Verhandlung demnächst bilden.

Für Heizung und Erleuchtung des Locals wird von Zeit der Abtretung an dem Magistrat, welcher die Besorgung übernimmt, eine Vergütung in runder Summe gewährt werden.

4. Die Regierung übernimmt von Zeit der Abtretung der Gerichtsbarkeit. an, den jetzigen Stadtrichter Rosen mit einem Gehalte von 2700 M. und bestimmt die nach dem Tode des früheren ersten Stadtrichters, Raths Runnenberg, ihm in billigem Betrage zu gewährende Erhöhung jenes Gehaltes.

Der Stadtrichter Dr. Rosen tritt mit jenem Zeitpunkte ganz in die Rechte und Pflichten als Staatsdiener und bezieht deshalb neben seinem Gehalte nur insoweit Nebengebühren, als auf solche auch andere Staatsdiener Anspruch haben.

Die Regierung bestimmt auch ferner, ob und in welcher Weise dem Stadtrichter Rosen eine Hülfe beizugeben sei.

5. Die Regierung übernimmt den Expedienten Kluckhohn mit 1200 M., den Gerichtsdiener Austermann mit 975 M und den Stadtsdiener und Executor Linnemann mit 675 M. an Gehalt unter denselben Bedingungen hinsichtlich ihrer Anstellung, wie sie bisher fungirten.

6. Die Kosten der Unterhaltung der Gefangenen, soweit sie beim Stadtgerichte in Untersuchung oder von demselben verurtheilt sind, gehen auf die Regierung über.

7. Als Zeitpunkt der Abtretung wird der 1. Januar 1878 bestimmt; wenn bis dahin der Stadtrichter Rosen einer Hülfe bedarf, so wird diese Seitens der Regierung auf Kosten der Stadt gestellt werden.

Der Gehalt des nach dem Tode des Raths Runnenberg als erster Stadt-

richter eingetretenen frühern zweiten Stadtrichters Dr. Rosen wird von jenem Zeitpunkte an und zwar von Zeit der Abtretung der Gerichtsbarkeit, also vom 1. Januar 1878 ab für Rechnung der Regierung von 2700 auf 3000 M. jährlich zu erhöhen, ferner die Remuneration für einen Hülfsarbeiter auf 1500 M. zu bestimmen, endlich der Gehalt des Expedienten Kluckhohn vom 1. Jan. 1878 ab von 1200 auf 1350 M. und der Gehalt des Gerichtsdiener Austermann von 975 auf 1125 M. aufzubessern sein.

Der Expedient Kluckhohn arbeitete auch außer den Büreaustunden und bezog dafür eine außerordentliche Remuneration von 450 M. Diese und jene Arbeit fiele dann weg.

Der Magistrat berechnet im Voranschlage für 1877 die Gesammteinnahme von der Gerichtsbarkeit einschl. der Strafgelder und 45 M. an Rückständen auf 17749 M., die Ausgabe insgesammt und zwar einschl. jener obigen 450 M. für den p. Kluckhohn und 4200 M. an Gehalt und persönlicher Zulage für den verstorbenen Rath Runnenberg auf 18061 Mark. Wenn nun die letztern 4200 M. fort fallen, dagegen beim Stadtrichter Dr. Rosen nur eine Gehaltserhöhung von 300 M. eintritt, und für den Hülfsarbeiter eine Remuneration von 1500 M. bestimmt wird, so steht zu erwarten, daß aus der Uebernahme der Gerichtsbarkeit Seitens der Regierung für diese kein finanzieller Nachtheil entsteht. Durch die jetzt getroffene Uebereinkunft wird aber der mit Ausführung der Reichs-Justizgesetze am 1. October 1879 gesetzlich doch eintretende Uebergang der gesammten Patrimonialgerichtsbarkeit auf den Staat hinsichtlich der Gerichtsbarkeit der Stadt Detmold jedenfalls erleichtert.

Der Landtag wird um Genehmigung der getroffenen Uebereinkunft und der obigen Gehaltserhöhungen ersucht.

Proposition,

bezüglich des Gesetzentwurfes wegen definitiver Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer betr.

Zu dem auf dem letzten Landtage vorgelegten Gesetzentwurfe, die definitive Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer betr., sind seitens des Landtages zwei wesentliche und tief eingreifende Abänderungen in Vorschlag gebracht. Es sind dieß die beantragte Berechnung der für die Gehaltssätze der Hauptlehrer maßgebenden Dienstzeit von der Anstellung derselben als Lehrer überhaupt an (statt von der Anstellung als Hauptlehrer), und namentlich die Uebernahme des ganzen zur Aufbesserung der Lehrergehalte erforderlichen Bedarfes, soweit er nicht aus den mit der Stelle dauernd verbundenen Einkünften gedeckt wird, oder von andern Leistungspflichtigen aufzubringen ist, auf die Landkasse (§ 2 und § 8 des Entwurfes). Die gegen diese Abänderungen an und für sich obwaltenden Bedenken sind in den Landtags-Verhandlungen wiederholt hervorgehoben. Es soll darauf aber nicht zurückgekommen werden, um das Zustandekommen des sehr wünschenswerthen Gesetzes nach Möglichkeit zu fördern. Es liegen jedoch noch Bedenken mehr äußerer Natur vor, deren Beseitigung die Regierung für erforderlich hält, ehe sie ihre Zu-

stimmung zu den vorgeschlagenen Abänderungen und zur Einführung des veränderten Gesetzes geben zu dürfen glaubt.

Die Regierung hegt die Ueberzeugung, daß in gleicher Art, wie ein Bedürfniß hinsichtlich der Volksschullehrer vorliegt, so auch hinsichtlich der übrigen Staatsbeamten eine Aufbesserung der Gehalte dringend erforderlich ist, und daß nicht wohl, ohne große Härten hervorzurufen, einseitig mit der Erhöhung der Volksschullehrer-Gehalte vorgegangen werden darf, ohne in gleicher Weise auch für die übrigen Staatsbeamten Fürsorge zu treffen, zumal dadurch voraussichtlich für die Einführung der erhöhten Gehalte der letzteren unüberwindliche finanzielle Schwierigkeiten geschaffen würden.

Sodann glaubt die Regierung es nicht verantworten zu können, mit der Uebernahme der sehr erheblichen Mehrkosten auf die Landkasse vorzugehen, ehe nicht dauernde Deckungsmittel in hinreichender Weise beschafft werden. Dieß ist bis jetzt nicht der Fall. Allein die Aufbesserung der Lehrergehalte erfordert zur Zeit jährlich 65000 M., wovon durch die erhöhte Schulsteuer höchstens 25000 M. gedeckt werden können, wenn letztere auch ferner in gleichem Maße steigt, als dieß in den letzten Jahren der Fall gewesen ist, was kaum zu erwarten steht. Dagegen kann das Erträgniß der projektirten Steuern (der Häusersteuer und der Gewerbesteuer) im Gesammtbetrage auf nicht viel mehr als 30000 M. veranschlagt werden, wenn bei deren Veranlagung die betr. Steuergesetze, wie sie aus der Berathung des Landtages hervorgegangen sind, zur Anwendung kommen. Es würde also dieß Erträgniß nicht einmal zur Beschaffung der für die erhöhten Lehrergehalte erforderlichen Mittel ausreichen, zumal sich das Bedürfniß voraussichtlich durch die nöthig werdende Anstellung einer größeren Anzahl von Lehrern allmälig steigen wird. Es ist aber außerdem noch das

Landkassen-Deficit von 40000 Mark und der Bedarf für die übrigen Staats-beamten-Gehalte zu decken im ungefähren Betrage von 14000 M.

Es darf indessen gehofft werden, daß die hervorgehobenen Bedenken in Folge der dem Landtage zugehenden neuen Vorlagen wegen der Gehalte der Staatsbeamten, wegen Einführung der Häusersteuer und wegen Einführung der Gewerbesteuer ihre Beseitigung finden werden.

Was namentlich die finanziellen Schwierigkeiten betrifft, so wird nach den angestellten Berechnungen von den gedachten Steuern, falls die Regie-rungs-Vorschläge die Zustimmung des Landtages erhalten, auf ein Gesammt-erträgniß von 65000 M. gerechnet werden dürfen. Es bleibt dann aller-dings von dem Bedarf zu 94000 M. (Lehrergehalte 40000 M., Deficit der Landkasse 40000 M., Beamtengehalte 14000 M.) noch ein Betrag von ungefähr 30000 M. zu decken, derselbe wird aber vorübergehend durch Her-anziehung der Ueberschüsse der Creditinstitute zum Theil, und wenigstens in der Höhe der Gehaltsaufbesserung für die Staatsbeamten, beschafft werden können, und außerdem darf erwartet werden, daß in den nächsten Jahren der Landkasse einerseits neue Einnahmen zufließen, andererseits sich die Aus-gaben durch Herabsetzung der Matricularbeiträge ermäßigen werden.

Es wird nur nicht möglich sein, die Erhöhung der Gehalte sofort und im ganzen Umfange eintreten zu lassen, weil die Veranlagung der Steuern eine längere Zeit in Anspruch nimmt, und im ersten Jahre das Erträgniß durch die Kosten der Veranlagung vermindert wird. Ferner weil in dem Jahre 1879 erhebliche außerordentliche Ausgaben (namentlich die durch die Einführung der Justizgesetze entstehenden sachlichen Ausgaben) zu bestreiten sein werden; die finanzielle Lage der Landkasse für das Jahr 1879 sich

demnach erst am Ende des Jahres 1878 übersehen lassen wird. Die Veranlagung der Gewerbesteuer wird nicht vor Ablauf eines halben Jahres, die der Häusersteuer aber nicht vor Jahresfrist beendet werden können, sodaß im Jahre 1878 nur auf ein Erträgniß von höchstens 15000 M. zu rechnen ist.

Es erscheint deshalb geboten, den Beginn der Gehaltserhöhungen auf einen späteren Termin überhaupt zu verschieben, und anfänglich die Erhöhungen noch nicht im vollen Umfange eintreten zu lassen.

Auf höchsten Befehl wird demnach in der Erwartung, daß im Uebrigen die entgegenstehenden Schwierigkeiten in Folge der neuen Vorlagen wegen der Beamtengehalte und wegen der Häuser- und Gewerbesteuer ihre Beseitigung finden werden, der Landtag um seine Zustimmung dazu angegangen, daß der § 9 des Gesetzes, die definitive Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer folgende Fassung erhalte:

§ 9.

„Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1878 mit der Einschränkung in Kraft, daß die Einführung der fünften Gehaltsklasse (§ 2, Abs. 3, a. E.) einem demnächst zu erlassenden weiteren Gesetze vorbehalten bleibt.

Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben."

Bei dem angenommenen Termine der Inkrafttretung ist vorausgesetzt, daß die erwähnten Steuergesetze noch vor Ende Januar 1878 ihre Erledigung finden werden. Bei einer weiteren Hinausschiebung würde auch ein späterer Termin für die Ausführung vorliegenden Gesetzes zu bestimmen sein, weil in diesem Falle für das Jahr 1878 ein Erträgniß der fr. Steuern in nennenswerthem Betrage kaum erzielt werden wird.

Durch die beantragte vorläufige und vorübergehende Einschränkung wird sich die Ausgabe um rund 9500 M. vermindern.

Ungeachtet dessen wird sich für die meisten Hauptlehrer (nämlich für 81 von der Gesammtzahl zu 128) vom 1. Juli 1878 ab der Gehaltsbezug auf 1500 M. stellen, wenn man dabei die freie Wohnung mit 150 M. in Anschlag bringt. Daß letzteres vorübergehend im Uebergangsstadium geschehe, erscheint um so weniger unangemessen, als bei den sonstigen Staatsbeamten überhaupt die gewährte Wohnung auf den Gehalt in Anrechnung gebracht wird. —

Schließlich wird nur noch bemerkt, daß das Speciellere hinsichtlich der Deckung des erforderlichen Bedarfes in dem Etatgesetze zu bestimmen sein wird. —

In der Erklärung auf die Proposition, die definitive Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer betr., ist, gelegentlich des zu § 6 des Entwurfes gestellten Antrages wegen der Ermäßigung des von den zu den beiden ersten Steuerstufen der Klassensteuer eingeschätzten Personen zu zahlenden Schulgeldes, seitens des Landtages der Ansicht Ausdruck gegeben, es erscheine bezüglich der Schulsteuer eine noch weiter gehende Erleichterung der zu den drei untersten Steuerstufen Eingeschätzten angezeigt. Zugleich ist der Wunsch daran geknüpft, daß dem Landtage dahin gerichtete Abänderungsvorschläge zu dem Schulsteuergesetze vorgelegt werden möchten.

Die Regierung erachtet indessen zur Zeit im Hinblick auf den so ganz außerordentlich gestiegenen Aufwand für die Bedürfnisse der Volksschulen die Zulassung weiterer allgemeiner Befreiungen von der Schulsteuer für die in den 3 untersten Stufen der Klassensteuer eingeschätzten Personen nicht für rathsam. In den meisten Fällen werden jene Personen im Stande sein, den zur Erziehung ihrer Kinder erforderlichen Aufwand in der durch das Gesetz für

einzelne Fälle bereits ermäßigten Weise bestreiten zu können, und, wo dieß aus besondern Gründen etwa nicht geschehen könnte, wird ohnehin ein Nachlaß eintreten. Sollten sich jedoch nach Einführung der erhöhten Schulsteuer Härten ergeben, und sich ein Bedürfniß weiterer Befreiungen herausstellen, so behält sich die Regierung bevor, dem Landtage dieserhalb Vorschläge zu machen.

Proposition,

die organische Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium in Detmold betr.

Die organische Verbindung der Vorschule des Gymnasiums zu Detmold mit dem Letztern ist zufolge der gedruckten Landtagsverhandlungen von $18^{65}/_{68}$ S. 73 ff. 168 ff. bereits im Jahre 1866 von der Regierung beantragt, vom Landtage aber abgelehnt worden.

Der Hauptgrund, welcher damals bei dieser Ablehnung geltend gemacht wurde, war die Befürchtung, daß wenn auch nicht augenblicklich, doch in der Folge sich für jene Anstalt ein Zuschuß aus der Landcasse nöthig machen werde. Diese Befürchtung hat sich nach Verlauf von mehr als zehn Jahren als grundlos erwiesen. Die Anstalt, welche im Jahre 1846 mit 20 Schülern eröffnet wurde, wird jetzt von 79 Schülern besucht, hat zwei Lehrer und ist mit ihren eigenen Mitteln nicht nur fortwährend unterhalten worden, sondern die jährlichen Rechnungen schließen mit einem Bestande, welcher nach der von 1876 1016 M. beträgt.

Die Gefahr, daß sich die Anstalt nicht auch ferner selbst unterhalten würde, ist also nicht vorhanden und insofern auch jene organische Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium nicht nöthig. Sie muß aber gewünscht

werden im Interesse der Lehrer der Anstalt, die mit der Annahme dieser Stellen, wenn man ihnen nach der bisherigen Gewohnheit auch die Jahre an der Vorschule als Dienstjahre beim Wiedereintritt in den Staatsdienst anrechnet und ferner sie in die Schullehrer-Witwencasse eintreten läßt, doch insofern benachtheiligt sind, als sie selbst so wenig wie ihre etwaigen Witwen einen gesetzlichen Pensionsanspruch gleich den im Staatsdienst befindlichen Volksschullehrern haben.

Die Regierung beantragt deshalb wiederholt die Genehmigung des Landtages zu einer organischen Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium.

Proposition,

die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Wegbau-Verwaltung betreffend.

Auf gnädigsten Befehl des Durchlauchtigsten Fürsten wird dem Landtage hierneben ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Wegbau-Verwaltung zur verfassungsmäßigen Berathung und Beschlußfassung zugestellt.

Alle diejenigen Personen, welche mit ihren Fuhrwerken in der Richtung von Barntrup her kommend, über Sevinghausen nach dem Bahnhofe Schieder fahren, müssen zur Zeit die Chaussee über Blomberg benutzen, da der directe Weg, welcher abzweigend von dem an der Barntrup-Blomberger Chaussee belegenen Forsthause durch den Blomberger Stadtforst und die Fürstlich Schaumburg-Lippischen Waldungen nach Schieder führt, wegen seines unfertigen Zustandes mit Wagen nicht zu benutzen ist. Der hierdurch veranlaßte Umweg ist aber nicht unbedeutend, denn die Länge des Weges vom Blomberger Forsthause bis an den Schiederschen Bahnhof beträgt 4701 Meter, während die Chaussee über Blomberg eine Länge hat von 10,812 Meter, so daß also der letztere Weg um 6111 Meter oder etwa $^4/_5$ Meilen weiter ist.

Der directe Weg vom Forsthause ist zum größten Theile chausseemäßig hergestellt, und zwar von der Stadt Blomberg:

die erste Strecke, vom Forsthause weiter in den Wald hinein, in einer Länge von ..... 1100 Meter

und von Seiten Bückeburgs:

die letzte Strecke, von den Siekholzer Colonaten bis zum Schiederschen Bahnhof in einer Länge von.. 2281 Meter

zusammen 3381 Meter.

Es sind demnach bei der oben angegebenen Länge von 4701 Meter nur noch 1320 Meter zu bauen.

In den Jahren 1870 und 1875 hatten der Magistrat zu Barntrup, der Amtsgemeinderath des Amts Sternberg-Barntrup, sowie der landwirthschaftliche Verein Barntrup sich mit dem Gesuche hierher gewandt, die fragliche Strecke auf Landeskosten auszubauen, da dadurch der dortigen Gegend eine große Verkehrserleichterung gewährt würde. Obwohl die Staatsregierung schon im Jahre 1875 von dem großen Nutzen dieser Maßregel überzeugt war, konnte sie dieselbe beim Mangel eines Landtages nicht in Angriff nehmen. Sie hält es aber jetzt für ihre Aufgabe, die Sache soviel in ihren Kräften steht, zur Ausführung zu bringen, wie denn auch in der vorigen Session aus der Mitte des Landtags dieselbe in Anregung gebracht ist.

Nach dem Urtheile aller Sachverständigen ist der Verkehr in der Richtung von Barntrup nach dem Bahnhofe Schieder ein bedeutender; die Stadt Barntrup, der größte Theil des Amts Sternberg-Barntrup, sowie ein Theil des Amts Brake, sind mit ihrem Güterverkehr, namentlich in Kohlen, vorzugsweise auf denselben angewiesen.

Der Ausbau wird voraussichtlich den Verkehr noch mehr steigern und auch den Theil des Güter-Transports, welcher bis jetzt durch die Eisenbahn-Stationen Hameln und Pyrmont vermittelt wurde, der Station Schieder

zuführen; derselbe wird den betreffenden Landstrichen alle diejenigen Vortheile, welche die Nähe einer Eisenbahn mit sich führt, in erhöhtem Maße zu Theil werden lassen und dadurch auch dem ganzen Fürstenthume von großem Nutzen sein.

Aus diesen Gründen hält die Staats-Regierung die Herstellung des fr. Weges aus Landesmitteln für durchaus gerechtfertigt.

Was aber die Baukosten betrifft, so werden sich dieselben auf etwa 9300 M. belaufen und zwar:

für Erdarbeiten	2000 M.
für Steinmaterial und Herstellung der Steinbahn	6700 M.
für Durchlässe ꝛc.	600 M.

Bei der gegenwärtigen Lage der Landesfinanzen ist es nicht möglich, die obige Summe aus den regelmäßigen Einnahmen der Landcasse zu bestreiten und macht sich deshalb die Aufnahme einer Anleihe erforderlich.

Gesetz-Entwurf,

betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Wegbau-Verwaltung.

Von Gottes Gnaden Wir Günther Friedrich Woldemar, Regierender Fürst zur Lippe ꝛc., verordnen mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

Einziger Paragraph.

Die Staats-Regierung wird ermächtigt, die zur Herstellung einer Verkehrsstraße zwischen dem Blomberger Forsthause und dem Bahnhofe Schieder erforderlichen Mittel im Betrage von 9300 M. im Wege des Credits flüssig zu machen und zu diesem Zweck eine Anleihe aufzunehmen.

Detmold, den

Proposition,

die Abänderung des § 35 des Gesetzes über den Civilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 hinsichtlich des Betrages der Pensionen betr.

Nach § 35 des Gesetzes über den Civilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 erhält ein Beamter, welcher in den ersten 10 Jahren der ihm anzurechnenden Dienstzeit in den Ruhestand versetzt wird, 40 Procent seines Gehaltes. Mit jedem vollendeten weiteren Dienstjahre steigt die Pension um $1\,^1/_2$ Procent seines Gehaltes, sodaß derjenige, welcher das 50. Dienstjahr zurückgelegt hat, seinen ganzen Gehalt als Pension zu beziehen hat. Mit Ausnahme des letzten Falles kann jedoch eine Pension jährlich nicht über 1200 Thlr. = 3600 M. betragen.

Diese Bestimmungen erscheinen bei den jetzigen Gehaltsverhältnissen nicht mehr angemessen.

Bei den früheren geringen Gehalten der Beamten erschien es als ein Gebot der Billigkeit, die Pensionen mit den steigenden Dienstjahren bis zur vollen Höhe des Gehaltes anwachsen zu lassen, um nicht den Beamten in hohem Alter Entbehrungen aufzulegen. Wenn aber jetzt die Gehalte in einer den Zeitverhältnissen mehr entsprechenden Weise festgestellt werden, sodaß sie den Gehalten der Beamten anderer Staaten theilweise gleich oder doch nahe

kommen, so erscheint es, um die Staatscasse durch die zu zahlenden Pensionen nicht zu sehr zu belasten, angängig, ebenso wie dieß bei den Beamten anderer Staaten und den Reichsbeamten der Fall ist, die Pensionen in ihrem Maximalbetrage auf einen bestimmten Prozentsatz zu beschränken.

Aus demselben Grunde, nämlich um die Staatscasse nicht zu sehr zu belasten, erscheint es auch zweckmäßig, die bisherige, in andern Staaten, namentlich auch bezüglich der Reichsbeamten freilich nicht existirende Einrichtung beizubehalten, nach welcher die Pensionen einen Maximalsatz auch dann nicht überschreiten dürfen, wenn nach der procentweisen Berechnung im Verhältniß zum Dienstalter eine höhere Pension zu gewähren sein würde. Es wird aber, um zu große Härten und Ungerechtigkeiten zu vermeiden, der Maximalsatz entsprechend den erhöhten Gehalten höher zu greifen sein.

Höchstem Befehle gemäß wird hiernach dem Landtage ein dem Obigen entsprechender, die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen abändernder Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Prüfung und Genehmigung vorgelegt.

Gesetz-Entwurf,

die Abänderung des § 35 des Gesetzes über den Civilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 hinsichtlich des Betrages der Pensionen betr.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. erlassen mit Zustimmung des Landtages folgende gesetzliche Bestimmungen:

§ 1.

Der § 35 des Gesetzes über den Civilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 erhält nachstehende Abänderung:

Ein in Ruhestand versetzter Beamter hat Anspruch auf die gesetzliche Pension.

Die Höhe derselben richtet sich nach der Zahl der dem Beamten anzurechnenden Dienstjahre und nach dem ordentlichen Gehalte, welches derselbe zuletzt oder vor seiner Stellung zur Disposition zu beziehen hatte.

Ein Beamter, welcher in den ersten zehn Jahren der ihm anzurechnenden Dienstzeit in den Ruhestand versetzt wird, erhält 40 Prozent seines Gehaltes. Mit jedem vollendeten weiteren Dienstjahre steigt die Pension um ein und ein halbes Procent seines Gehaltes bis zum Maximalbetrage von 80 Procent.

Eine Pension darf den Betrag von 4800 M. nicht übersteigen.

§ 2.

Ist die nach diesem Gesetze berechnete Pension geringer als diejenige, welche dem Beamten zu gewähren sein würde, wenn er am ..... nach den bis dahin geltenden Vorschriften des Gesetzes über den Civilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 pensionirt wäre, so tritt die letztere Pension an die Stelle der ersteren.

§ 3.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem ..... in Kraft.

Detmold den .....

Proposition,

betreffend den Erlaß eines Gesetzes über den Betrieb der Dampfkessel.

Auf gnädigsten Befehl des Durchlauchtigsten Fürsten wird dem Landtage hierneben ein Gesetzentwurf, betreffend den Betrieb der Dampfkessel, zur verfassungsmäßigen Berathung und Beschlußfassung zugestellt.

Die Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 rechnet die Dampfkessel zu denjenigen Anlagen, deren Betrieb für die öffentliche Sicherheit mit besonderen Gefahren verknüpft ist. Sie bestimmt deshalb, daß zur Anlegung von Dampfkesseln die Genehmigung der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde erforderlich ist, und daß die letztere die Zulässigkeit der Anlage nach den bestehenden bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften und nach den vom Bundesrath zu erlassenden allgemeinen polizeilichen Bestimmungen zu prüfen, nach dem Befunde aber die Genehmigung entweder zu versagen oder unbedingt zu ertheilen oder endlich bei Ertheilung derselben die erforderlichen Vorkehrungen und Einrichtungen vorzuschreiben hat. Vor der Inbetriebnahme ist sodann noch eine besondere Untersuchung darüber anzustellen, ob die Ausführung den Bestimmungen der Concession entspricht, und der Beginn des Betriebes darf erst nach Empfang einer von der Behörde auszustellenden Bescheinigung erfolgen. Unter Strafe ist der Betrieb der Kessel gestellt, wenn

dieser Betrieb vor der Genehmigung begonnen wird, wenn die Bedingungen, unter denen die Genehmigung ertheilt worden ist, nicht innegehalten werden, oder ohne Einholung einer neuen Genehmigung die Betriebsstätte verändert wird.

§§ 24, 25, 147 der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869.

Zur Ausführung dieser Vorschriften sind über das bei Anlegung von Dampfkesseln zu beobachtende Verfahren für das hiesige Land die beiden Verordnungen, die Verordnung, die Anlage von stehenden Dampfkesseln betr., vom 28. Sept. 1869 (L.-V. Bd. XV. S. 296) und die Verordnung zur weiteren Ausführung der Gewerbeordnung ꝛc. betr., vom 7. Decbr. 1869, §§ 15, 16, 17. (L.-V. Bd. XV. S. 305) erlassen. Auf Grund des § 24 der Reichs-Gewerbeordnung hat aber der Bundesrath die, vom Reichskanzler unter dem 29. Mai 1871 bekannt gemachten, allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Dampfkesseln getroffen. (Reichsgesetzblatt pr. 1871. S. 122 ffg.)

Die Sicherheit des Dampfkesselbetriebes ist indessen nicht allein von einer sachgemäßen Einrichtung der Anlage, sondern von einer umsichtigen Bewartung und Beaufsichtigung abhängig; es ist im hohen Grade wichtig, daß Mängel, welche sich beim Betriebe herausstellen, rasch bemerkt und beseitigt werden, daß alle Sicherheitsvorrichtungen, welche für die Anlage angeordnet sind, nicht nur erhalten, sondern auch bestimmungsmäßig benutzt werden, daß der Betrieb überhaupt in einer den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechenden Weise gehandhabt, insbesondere auch die Bewartung des Kessels in sachkundige und zuverlässige Hände gelegt wird.

Derartige Bestimmungen über den Betrieb, welche hierfür eine Garantie gewähren, enthält die Gewerbeordnung nicht. Sie hat überhaupt davon ab-

gesehen, den Betrieb der gewerblichen Anlagen, die einer Genehmigung bedürfen, unter besondere Verpflichtungen und unter eine obrigkeitliche Controle zu stellen, vielmehr den Landesgesetzen überlassen, für Bedürfnisse, welche in dieser Richtung hervortreten, Abhülfe zu gewähren.

In vielen Staaten hat denn mit der steigenden Benutzung der Dampfkraft sehr bald auch die Nothwendigkeit sich herausgestellt, die Dampfkessel während des Betriebes einer gesetzlichen Aufsicht zu unterwerfen. Aus diesem Bedürfniß ist für das hiesige Land die Verordnung, den Gebrauch beweglicher Dampfmaschinen (Locomobilen) betr., vom 18. Octbr. 1864 (L.-V. Bd. XIII. S. 639) hervorgegangen. Dieselbe knüpfte den Betrieb locomobiler Dampfmaschinen an eine auf ein Jahr gültige Erlaubniß der Behörden, deren Erneuerung nur auf Grund eines technischen Gutachtens über die Tüchtigkeit der Maschine erfolgen sollte. Diese Bestimmung kann aber dem § 25 der Reichs-Gewerbeordnung gegenüber nicht mehr als gültig angesehen werden, da die Genehmigung zu den in den §§ 16 und 24 erwähnten gewerblichen Anlagen nicht auf Widerruf ertheilt wird. Ueber den Betrieb stehender Dampfkesselanlagen enthält die hiesige Gesetzgebung gar keine Vorschriften.

Da aber die Zahl dieser letzteren, sowie auch diejenige der Locomobilen im hiesigen Lande eine nicht sehr unerhebliche ist, indem zur Zeit 36 stationäre und 26 bewegliche Dampfkessel im Gebrauche sind, so muß es aus den oben entwickelten Gründen auch als Aufgabe der hiesigen Gesetzgebung erscheinen, den Betrieb der Dampfkessel zu regeln und ist deshalb der anliegende Gesetzentwurf, welcher sich an das bezügliche Preußische Gesetz vom 3. Mai 1872 und das Braunschweigische Gesetz vom 11. Juni 1873 anschließt, ausgearbeitet worden.

Derselbe bezweckt den nachlässigen Betrieb der Dampfkessel unter straf-

rechtliche Verantwortung zu stellen und eine amtliche Revision der Kessel einzuführen.

Der § 1 des Entwurfes bezeichnet die Besitzer von Dampfkesseln oder die an ihrer Statt zur Leitung des Betriebes bestellten Vertreter, sowie die mit der Bewartung der Kessel betrauten Arbeiter als diejenigen Personen, welche die Verantwortlichkeit für den Betrieb eines Dampfkessels zu übernehmen haben und diejenigen Pflichten, welche ihnen vermöge dieser Verantwortlichkeit obliegen. Die genannten Personen sind in erster Reihe verpflichtet, ihre Aufmerksamkeit dem Zustande des Kessels zu widmen, wie sie auch durch ihre beständige Beschäftigung mit demselben am ehesten in der Lage sind, etwaige Schäden und Mängel zu entdecken.

Die Verantwortlichkeit hat sich zunächst darauf zu erstrecken, daß die bei Genehmigung der Anlage vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen während des Betriebes ihrer Bestimmung gemäß, benutzt werden. Sie muß aber noch weiter gehen. Für den Betrieb der Dampfkessel haben sich im Laufe der Zeit bestimmte Regeln und Verhaltungsmaßregeln ausgebildet, deren Kenntniß bei jedem, der den Betrieb eines Dampfkessels handhabt oder leitet, mit Fug und Recht vorausgesetzt werden darf. Ihre Beobachtung ist für die Sicherheit des Betriebes nicht selten von entscheidender Bedeutung. Wie demjenigen, der einen Bau leitet und ausführt, die Beobachtung der allgemein anerkannten Regeln der Baukunst zur Pflicht gemacht ist (§ 330 des Strafgesetzbuches), so erscheint die entsprechende Verpflichtung gegenüber demjenigen, welcher den Betrieb eines Dampfkessels leitet, vollständig am Platze. Der Besitzer eines Dampfkessels oder sein Vertreter hat diese Verantwortlichkeit in so weit zu übernehmen, als es die Leitung des Kesselbetriebes mit sich bringt. Er kann dadurch, daß er die Beaufsichtigung des Betriebes ohne die seiner Stellung

entsprechende Sorgfalt führt, daß er den Kesselwärter in einer ordnungswidrigen Handhabung des Betriebes mit Wissen gewähren läßt, daß er seinerseits unrichtige Anordnungen für den Betrieb ertheilt, daß er endlich die Bewartung des Kessels einem nicht sachkundigen und unzuverlässigen Wärter anvertraut, Gefahren für die allgemeine Sicherheit hervorrufen.

Im Interesse der letztern genügt es indessen nicht, lediglich Privatpersonen verantwortlich zu machen, es muß auch der Verwaltung die Möglichkeit gegeben werden, diese Verantwortlichkeit in wirksamer Weise zu controliren, um dem Publikum eine Garantie gegen die Sorglosigkeit der Dampfkesselbesitzer oder ihrer Arbeiter zu gewähren. Der § 2 verordnet demgemäß, daß auch amtliche Revisionen durch Sachverständige stattzufinden haben, daß diese, um ihren Zweck zu erfüllen, nicht durch den Widerspruch der Besitzer aufgehalten werden dürfen und daß Letztere die dazu nöthigen Mittel und Arbeitskräfte zu gewähren und die Kosten zu tragen haben.

Die Einführung dieser Kesselrevisionen macht sich aber auch noch aus dem Grunde nothwendig, weil der Bundesrath beabsichtigt, eine statistische Aufnahme der Dampfkessel zu veranlassen, welche bei Gelegenheit der amtlichen Kesselrevisionen erfolgen soll. Die näheren Bestimmungen über die Ausführung dieser Revisionen haben im Verordnungswege zu geschehen, da es in dieser Beziehung einer Reihe von Vorschriften technischer Natur bedarf, die zu einer gesetzlichen Feststellung sich nicht eignen.

In den §§ 3 und 4 sind die Strafen der gegen die §§ 1 und 2 verstoßenden Handlungen oder Unterlassungen festgestellt.

Die für die Dampfkessel im Allgemeinen bestehenden Vorschriften finden natürlich auch auf Locomobil-Dampfkessel Anwendung. Die letzteren sind aber in polizeilicher Beziehung mit besondern Gefahren verknüpft und erscheinen

deshalb specielle Bestimmungen geboten, welche nach § 5 im Verordnungswege erlassen werden sollen, und deren Nichtbefolgung unter Strafe gestellt ist.

Um im Falle einer Explosion eines Dampfkessels eine möglichst genaue Ermittelung des Herganges, die doch als sehr wünschenswerth bezeichnet werden muß, anstellen zu können, legt der § 6 bei Strafe dem Besitzer des Dampfkessels oder seinem Vertreter die Verpflichtung zur sofortigen Anzeige und möglichsten Erhaltung des durch die Explosion geschaffenen Zustandes des Kessels auf.

Die hier gegebene Vorschrift ist auch noch deshalb erforderlich, weil bei der oben erwähnten in Aussicht stehenden statistischen Aufnahme der Dampfkessel auch die Dampfkessel-Explosionen Berücksichtigung finden sollen.

Entwurf

eines Gesetzes, den Betrieb der Dampfkessel betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, Regierender Fürst zur Lippe ꝛc. ꝛc. verordnen mit Zustimmung des Landtags, wie folgt:

§ 1.

Die Besitzer von Dampfkesseln oder die an ihrer Statt zur Leitung des Betriebes bestellten Vertreter, sowie die mit der Bewartung von Dampfkesseln beauftragten Arbeiter sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß während des Betriebes die bei Genehmigung der Anlage oder allgemein vorgeschriebenen Sicherheits-Vorrichtungen bestimmungsmäßig benutzt, und Kessel, die sich nicht in gefahrlosem Zustande befinden, nicht im Betriebe erhalten werden.

§ 2.

Die im Betriebe befindlichen Dampfkessel sollen von Zeit zu Zeit durch Sachverständige einer amtlichen Revision unterzogen werden. Die Besitzer der Dampfkessel sind verpflichtet, diese Revision zu gestatten, die zur Untersuchung der Kessel benöthigten Arbeitskräfte und Vorrichtungen zu stellen und die Kosten der Revision zu tragen.

Die näheren Bestimmungen über die Ausführung dieser Revisionen erfolgen durch Verordnung.

§ 3.

Wer den ihm nach § 1 obliegenden Verpflichtungen zuwiderhandelt,

wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

§ 4.

Dampfkessel-Besitzer, welche den ihnen durch § 2 auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommen, verfallen in eine Geldstrafe bis 60, im Wiederholungsfalle bis 150 M. für jeden Dampfkessel, dessen Revision nicht vorschriftsmäßig erledigt worden ist.

Außerdem kann der Dampfkessel bis auf Weiteres polizeilich außer Betrieb gesetzt werden.

§ 5.

Für den Gebrauch der Locomobil-Dampfkessel sollen, um den damit in polizeilicher Beziehung verbundenen besonderen Gefahren zu begegnen, noch besondere Vorschriften durch Verordnung erlassen werden.

Wer diese Vorschriften nicht befolgt, oder wer den darauf gestützten rechtmäßigen Anordnungen der Obrigkeit zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 6.

Im Falle der Zerreißung oder Explosion eines Dampfkessels hat der Besitzer oder sein Vertreter bei der Leitung des Betriebes bei Geldstrafe bis zu 150 M. der zuständigen Polizeibehörde und auch dem mit der Revision der Dampfkessel vom Staate beauftragten Sachverständigen sofort Anzeige zu machen und dafür zu sorgen, daß bis zur Ankunft des letztern alle Theile des Kessels nebst Zubehör thunlichst in dem Zustande verbleiben, in welchem sie durch die Explosion versetzt worden sind.

Detmold den .....

Proposition,

die Gehalte der Staatsbeamten betr.

Der Landtag hat nach seiner Erklärung über die Proposition, den Voranschlag über die Landesbedürfnisse ꝛc. für das Jahr 1877 und über die damit im Zusammenhange stehenden Vorlagen Bedenken getragen, zur Zeit sich mit der Einführung des proponirten Normal-Etats für die Gehalte der Staatsbeamten einverstanden zu erklären, weil in Anbetracht der bevorstehenden Umgestaltung der gesammten Justiz- und Verwaltungs-Verhältnisse und der Ungewißheit der demnächstigen Stellung und des ungefähren Geschäfts-Umfanges der Staatsbeamten der gegenwärtige Zeitpunkt dafür nicht geeignet erscheine.

An sich ist das Bedürfniß zur Aufbesserung der Beamtengehalte, welches auch in der That ein sehr dringendes ist, nicht verkannt.

Die dieserhalb noch obwaltenden Bedenken dürften aber durch nachfolgende Erwägungen und weiteren Mittheilungen ihre Beseitigung finden.

Nach dem Gerichtsverfassungs-Gesetze für das Deutsche Reich vom 27. Januar l. J. soll die streitige Gerichtsbarkeit durch Amtsgerichte und Landgerichte, sowie durch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt werden. Den Amtsgerichten stehen Einzelrichter vor, die übrigen Gerichte

sind collegialisch besetzt, und ergiebt sich die geringste erforderliche Anzahl der bei den letzteren, namentlich den Landgerichten, anzustellenden Richter aus den betreffenden Vorschriften des angezogenen Reichsgesetzes, sie kann nur bei Zuweisung größerer Bezirke vermehrt werden. Ingleichen ist die Zuständigkeit dieser Gerichte durch das Reichsgesetz geregelt. Die Amtsgerichte bilden mit beschränkter Zuständigkeit hinsichtlich der Civilprozesse über Streitgegenstände von höherem Werthe und hinsichtlich der Strafgerichtsbarkeit bei schwereren Vergehen und Verbrechen in der bei Weitem größeren Mehrzahl der Sachen (auch abgesehen von den im Mahnverfahren zu erledigenden Sachen) die erste Instanz; wogegen das Landgericht die Berufungs- und Beschwerde-Instanz für die Amtsgerichte ist und zugleich die erste Instanz für die den Amtsgerichten nicht zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen bildet.

Mit dieser durch das Reichsgesetz vorgeschriebenen Organisation der Gerichte stimmt die zur Zeit im hiesigen Lande bestehende im Wesentlichen überein. Bei den Aemtern und Stadtgerichten wird die Rechtsprechung durch Einzelrichter ausgeübt, und die Obergerichte bilden für dieselben die Berufungs- und Beschwerde-Instanz, sind zugleich aber auch erste Instanz in den Civilstreitigkeiten für die Sachen, in denen ein eximirter Gerichtsstand stattfindet, und in den schwereren Strafsachen (Vergehen und Verbrechen). Es weicht nur die durch das Reichsgesetz geschehene Vertheilung der Zuständigkeit der Einzelrichter und der theilweise erste Instanz, theilweise Berufungs- und Beschwerde-Instanz bildenden untersten Collegialgerichte in einigen Beziehungen von der Competenz der hiesigen Amtsgerichte und Obergerichte ab.

Zur Ausführung der Reichsjustizgesetze im hiesigen Lande bedarf es demnach (was die vorgeschriebenen Amts- und Landgerichte betrifft) nicht der Herstellung neuer Arten von Gerichten, oder der Regelung der Zuständigkeit

für dieselben. Vielmehr werden die bisherigen mit Einzelrichtern besetzten Aemter und Stadtgerichte in die Stelle der reichsgesetzlichen Amtsgerichte, und die Obergerichte in die Stelle des für das hiesige Land einzurichtenden reichsgesetzlichen Landgerichtes einrücken, und ihre Zuständigkeit findet durch die Reichsgesetze selbst ihre Regelung.

Wegen des reichsgesetzlich vorgeschriebenen Oberlandesgerichtes macht sich ebenso, wie dieß bisher hinsichtlich des Oberappellationsgerichtes der Fall war, der Anschluß an einen anderen Staat nöthig.

Die neue Organisation der Gerichte im hiesigen Lande beschränkt sich also hauptsächlich auf die Verbindung der Stadtgerichte mit den Aemtern, soweit erstere nicht einen selbstständigen Bezirk bilden können, und auf zweckmäßige Abrundung der Gerichtsbezirke. Beides ist für die an den Gerichten zu verwendenden Beamten, soweit es ihre geschäftliche Stellung betrifft, nicht von Bedeutung.

Was sodann die freiwillige Gerichtsbarkeit betrifft, so ist dieserhalb den Landesverwaltungen freie Hand gelassen. Aber auch in dieser Beziehung bedarf es für das hiesige Land keiner, oder doch keiner wesentlichen Abänderung. Schon bisher sind hier die Einzelrichter (Aemter und Stadtgerichte) abgesehen von den geringen nicht ins Gewicht fallenden Exemtionen mit der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich der Führung der Hypothekenbücher betraut gewesen. Es wird nicht beabsichtigt, dieserhalb eine weitere Aenderung eintreten zu lassen, als sich durch die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes ergiebt.

Hiernach läßt sich also schon jetzt die Stellung der demnächstigen richterlichen Beamten im hiesigen Lande, wie die Art und der Umfang ihrer Geschäfte ebenso übersehen, wie dieß jemals später der Fall sein wird.

Es tritt allerdings nothwendig mit der Einführung der Reichsjustizgesetze im hiesigen Lande bei den Aemtern insofern eine Aenderung ein, als die bisherige Verbindung der Verwaltung mit der Justiz aufhören muß, und bei den Stadtgerichten wie bei den Aemtern Blomberg und Iggenhausen insofern, als sie in Zukunft Staatsgerichte werden. Die Folge hiervon ist aber doch nur die, daß mit den Verwaltungssachen besondere Beamte zu beauftragen sind, sowie daß zukünftig die Bezirke der Gerichte unabhängig von der durch die Verbindung mit der Verwaltung und durch die Eigenschaft der letztgenannten Gerichte als Patrimonialgerichte gegebenen Einschränkung lediglich nach Maßgabe der von einem Einzelrichter zu bewältigenden Geschäftslast ihrer Größe nach festgestellt werden können. Auf die Stellung der dermächstigen Richter ist diese Aenderung ohne Einfluß, und steht sie namentlich nicht im Wege, schon jetzt die Dotirung der Richterstellen, wie dieß durch einen Normaletat geschieht, vorzunehmen.

Was sodann die Verwaltungsbehörden anbetrifft, so werden das Cabinets-Ministerium und die Regierung durch die zu erwartenden Aenderungen nicht berührt; wenigstens bleibt die geschäftliche Stellung der an diesen Behörden angestellten Beamten fernerhin dieselbe.

Bei den unteren Verwaltungsbehörden tritt, wie bemerkt, die Veränderung ein, daß die Verbindung mit der Justiz aufhören wird, also besondere Verwaltungsbeamte anzustellen sind. So lange die jetzige Gemeindeverfassung bestehen bleibt, wird sich die dienstliche und geschäftliche Stellung der betr. Beamten indessen dadurch nicht weiter verändern, als daß ihnen künftig nur Verwaltungssachen übertragen und ihnen deshalb größere Bezirke zugewiesen werden.

Es ist nun allerdings die Absicht der Regierung, die Gemeindeverfassung

in einer den jetzigen Zeitverhältnissen mehr entsprechenden Weise umzugestalten, und darf gehofft werden, daß noch vor dem Inslebentreten der Reichsjustizgesetze eine Vereinbarung dieserhalb mit dem Landtage erreicht wird. Eine Vorlage in dieser Beziehung hat lediglich wegen der Anhäufung der mannichfachen sonstigen einer sofortigen Erledigung bezw. Vorbereitung bedürfenden Gesetzgebungssachen bis jetzt noch nicht gemacht werden können. Außerdem erscheint es zur bessern Orientirung für den Landtag zweckmäßig, mit einer solchen Proposition einen eingehenden Plan für alle in der Verwaltung des Landes einzuführenden Abänderungen vorzulegen. Hierzu bedarf es aber der vorgängigen Erledigung mancher Vorfragen, welche längere Zeit in Anspruch nimmt. Es läßt sich indessen doch schon jetzt übersehen, daß die dienstliche und geschäftliche Stellung der Vorstände der einzurichtenden Verwaltungsbehörden nicht viel von der der jetzigen ersten Beamten bei den Aemtern abweichen wird. Jedenfalls werden die betreffenden Stellen nicht geringer dotirt werden können, als die Richterstellen.

Sollten indessen dieserhalb noch Bedenken obwalten, so wird die definitive Feststellung des Normaletats für die unteren Verwaltungsbehörden einstweilen ausstehen können, ohne daß hierdurch ein Hinderniß für die Feststellung des Normaletats der übrigen Staatsbeamten gegeben wird.

Dasselbe Verhältniß findet bezüglich der Hebungsbeamten statt. Die bisherige Verbindung der Steuerhebung für das Land mit der für die Landrentei wird ebenso wie die Vereinigung der Steuerhebung mit den Geschäften der zweiten Beamten bei den Aemtern künftig beseitigt werden müssen. Es werden demnach besondere Hebungsbeamte anzustellen sein, denen indessen die Rechnungsführung für die Gemeinden belassen werden kann. Indem es sich hiernach nur um Concentrirung der den zeitigen Beamten neben anderen Dienst-

verrichtungen obliegenden Geschäfte auf Beamte handelt, welche sich nur mit der Landes- bezw. Gemeindehebung zu befassen haben und welche in einer dem Bedürfnisse entsprechenden Zahl anzustellen sind, läßt sich ihre dienstliche und geschäftliche Stellung schon jetzt übersehen; und für sie schon jetzt ein Normaletat der Gehaltssätze bestimmen. Es ist hierbei vorwiegend maßgebend, die auszuwerfenden Gehalte mit denen der übrigen Beamten in ein angemessenes Verhältniß zu bringen. Es wird bei noch obwaltenden Bedenken aber auch dieserhalb die definitive Entschließung ausstehen können.

Nach der Ansicht der Regierung liegt hiernach kein Hinderniß vor, schon jetzt für die einzelnen Beamtencategorieen Normalgehalte festzustellen, welche in Zukunft maßgebend sein sollen, wenigstens nicht hinsichtlich der meisten Beamtencategorieen.

Die von dem Landtage bisher gehegten Bedenken scheinen vorzugsweise durch die Erwägung hervorgerufen zu sein, daß sich noch nicht übersehen lasse, in welcher Weise die jetzigen Beamten demnächst ihre Verwendung finden werden, es deshalb nicht wohl angängig sei, durch jetzige Einführung eines Normaletats ihnen eine bestimmte Zusicherung wegen Vorrückens in einen höheren Gehalt zu gewähren. Diese Erwägung findet ihren Grund in der Verbindung, in welche die jetzigen Beamtenstellen mit den künftigen in der früheren Vorlage gebracht waren. Es beseitigt sich das dadurch entstandene Bedenken, wenn in dem einzuführenden Normaletat die Gehalte ohne Rücksicht auf die jetzige Organisation der Behörden für die demnächstigen Beamtenstellen festgesetzt, und zur Vermittelung des Ueberganges die Gehalte der zeitigen Beamten unter Berücksichtigung des demnächstigen Normaletats besonders vereinbart werden.

Auf höchsten Befehl wird deshalb dem Landtage hierneben ein von diesem Standpunkte ausgehender neuer Gesetzentwurf, die Gehalte der Staatsbeamten betr., nebst Normaletat zur verfassungsmäßigen Prüfung vorgelegt.

Um dem Landtage einen Ueberblick zu geben, in welcher Weise nach dem proponirten Normaletat sich in Zukunft die Gehalte der in dem Etat aufgeführten Beamten gestalten werden, und welcher Kostenaufwand durch die Gehalte veranlaßt wird, sind in der weiteren Anlage die einzelnen Beamten mit den dafür auszuwerfenden Gehaltsbeträgen im Minimal-, Durchschnitts-, und Maximalansatze aufgeführt, und ist eine Berechnung über den erforderlichen Mehrbetrag im Vergleich zu dem jetzigen Aufwande angefügt.

Es wird dazu bemerkt

1. daß, soweit sich bis dahin übersehen läßt, 3 bis 4 Kreisbehörden einzurichten sein werden, wenn die an ihnen angestellten Beamten volle Beschäftigung finden aber auch zur Bewältigung der Geschäfte im Stande sein sollen;

2. daß voraussichtlich sechs Hebungsbeamten genügen aber auch erforderlich sein werden, wenn ihnen die directe Hebung übertragen wird;

3. daß die angenommenen 7 Mitglieder des Landgerichts einschließlich des Präsidenten und des Untersuchungsrichters (welche Zahl von Mitgliedern auch früher bei den Obergerichten beschäftigt war und nur in den letzten Jahren wegen der bevorstehenden Justizreform beschränkt ist), die nach den Reichsjustizgesetzen erforderliche Minimalzahl bilden; daß indessen für den Fall, daß diese 7 Mitglieder volle Beschäftigung nicht finden sollten, dieselben mit der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei dem in Detmold einzurichtenden Amtsgerichte betraut werden können, und deshalb versuchsweise in dieser Weise vorgegangen werden kann;

4. daß bei dem Landgerichte sich voraussichtlich nur die Anstellung eines definitiv zu berufenden Expedienten und eines Pedellen erforderlich machen wird;

5. daß nach den zugewiesenen Competenzverhältnissen durchschnittlich für eine Einwohnerzahl von 9000 ein Amtsrichter gerechnet werden kann, wenn demselben auch die freiwillige Gerichtsbarkeit einschl. der Führung der Grund- und Hypothekenbücher zugewiesen wird.

Nach der angefügten Berechnung wird sich nach Einführung des Normaletats gegen den Etat von 1877 ein Mehrbedarf von rund 32000 M. erforderlich machen, welcher sich durch Vereinfachungen in der Steuererhebung mindestens auf 20000 M. ermäßigen dürfte. Selbst dieser nicht erhebliche Mehrbedarf im Vergleich zu dem bisherigen Aufwande, welcher durch die jetzt zu gewährenden Zulagen fast schon erreicht wird, würde sich noch bedeutend geringer gestalten, wenn nicht in den letzten Jahren in Rücksicht auf die bevorstehende Justizreform die Anzahl der Beamten möglichst eingeschränkt, und dadurch die in Vergleich gebrachte Summe des bisherigen Aufwandes bedeutend herabgedrückt wäre.

Es ist bei Obigen von der Annahme ausgegangen, daß die vom Lande zu übernehmenden Patrimonialrichter sämmtlich als solche Staatsbeamte, wie sie der Normaletat aufführt, Verwendung finden können. Aus diesem Grunde sind auch die auf das Land übergehenden Einnahmen der Patrimonialgerichte ohne Abzug bei Berechnung des sich nach dem Normaletat ergebenden Mehrbedarfes in Anrechnung gebracht.

In derselben Zusammenstellung sind die zeitigen Beamten mit Angabe ihres Dienstalters und ihrer jetzigen Gehaltseinnahmen aufgeführt, und sind in der zweiten Zahlenspalte die Gehalte angefügt, welche ihnen unter Anwendung der in dem Normaletatgesetze enthaltenen Grundsätze zu gewähren

sein werden. Es werden ihnen dabei die aus Nebenämtern zufließenden Remunerationen ganz zur Anrechnung gebracht, doch werden den Amtsassessoren die Gebüren für die Führung der Amtsgemeindekasse nur zur Hälfte anzurechnen sein, und zwar nach einem dreijährigen Durchschnitte. Da dieser Durchschnitt erst berechnet werden muß, so sind die den betreffenden Assessoren anzurechnenden Beträge nicht mit aufgeführt.

Der gegen den Etat von 1877 erforderliche Mehrbetrag beläuft sich danach auf 14605 M. jährlich, wovon indessen die erwähnten halben Gebüren für die Führung der Amtsgemeindekassen noch abgehen.

Auf höchsten Befehl ergeht an den Landtag das weitere ergebenste Ersuchen, den hiernach in Vorschlag gebrachten Gehalts-Erhöhungen für die Zeit vom 1. Juli 1878 an seine Zustimmung zu ertheilen.

Gesetz,

die Gehalte der Staatsbeamten betreffend, vom .....

Von Gottes Gnaden Wir, **Günther Friedrich Woldemar**, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. erlassen mit Zustimmung des Landtages folgende gesetzliche Vorschriften:

§ 1.

Die Gehalte der in dem anliegenden Normal-Etat benannten Staatsbeamten werden vom 1. October 1879 an auf die darin angegebenen Beträge festgestellt.

§ 2.

Die Festsetzung des Gehaltes des Cabinets-Vorstandes und Regierungs-Präsidenten innerhalb der angegebenen Norm unter Berücksichtigung des Dienstalters und der sonst in Betracht kommenden Verhältnisse bleibt Unserer Bestimmung vorbehalten.

§ 3.

Der Gehaltsbetrag für die Mitglieder des Regierungs-Collegs einschl. des Secretairs, der Vorstände der Kreisbehörden, der Kassenrendanten, der Landbaumeister, der Mitglieder des Landgerichtes einschl. des Secretairs und

der Amtsrichter berechnet sich nach dem Dienstalter seit dem ersten Einrücken in eine etatmäßige Stelle innerhalb der angegebenen Grenzen derartig, daß der bis zum vollendeten fünften Dienstjahre zu beziehende Minimalgehalt von fünf zu fünf Jahren um ein Drittheil der Differenz zwischen dem Minimal- und dem Maximalbetrage erhöht wird.

Bei dem Einrücken in eine andere Stelle bzw. in eine höhere Gehaltsklasse derselben Beamtencategorie oder bei derselben Behörde kommen die Dienstjahre der früheren Stellung in Anrechnung.

§ 4.

Bei den übrigen Beamten hat Unser Cabinets-Ministerium die Gehaltsaufbesserungen innerhalb der gegebenen Normen unter Berücksichtigung des Dienstalters und anderer in Betracht kommenden Verhältnisse festzusetzen.

§ 5.

Für die den Beamten gewährte Dienstwohnung wird der Betrag von 300 M. jährlich auf den Gehalt angerechnet.

§ 6.

Ebenso werden die bisherigen Vergütungen

1. für den Vorsitz im Consistorium,
2. für den Vorsitz in der Leihkasse- und der Unterstützungs-Commission,
3. für den Vorsitz in der Cataster- und der Ablösungs-Commission,
4. für die Geschäfte des zweiten Mitgliedes der Ablösungs-Commission,
5. für die Direction der Strafanstalten,
6. für die Geschäfte der Civilvorsitzenden bei den Ersatz-Commissionen,

in die Gehalte der mit diesen Geschäften betrauten Beamten eingerechnet, solange nicht eine andere Einrichtung dieserhalb getroffen wird.

Die unter 1, 2 und 3 erwähnten Geschäfte sind von den Mitgliedern der Regierung, die unter 4 und 5 von den Mitgliedern des Landgerichtes, die unter 6 von den Vorständen der Kreisbehörden zu besorgen.

Ingleichen wird, so lange das betr. Verhältniß dauert, dem Landreceptor die Vergütung für die Rechnungsführung der Brandkasse, den übrigen Kassenbeamten der Gehalt für die etwa mit besorgten Hebungsgeschäfte der Landrentei ganz (mit Ausnahme der dafür gewährten Dienstwohnung), die Vergütung für die Rechnungsführung der Gemeindekassen nach der Durchschnittsaufkunft der letzten 3 Jahre zur Hälfte auf den etatsmäßigen Gehal angerechnet.

§ 7.

Falls Beamte einen höheren Gehalt beziehen, als ihnen nach diesem Gesetze zur Zeit seiner Inkrafttretung zukommt, bleiben sie im Genusse desselben, bis eine Aufbesserung nach Maßgabe ihres Dienstalters eintritt.

Detmold den

Normal-Etat für die Staatsbeamten.

		Künftiger Gehalt. von M.	bis M.
I.	Cabinets-Ministerium und Regierung:		
	1. Cabinets-Vorstand und Regierungs-Präsident (neben freier Wohnung)	7500	9000
	2. Erster Regierungsrath	5400	6000
	3. Zweiter Regierungsrath	4800	5700
	4. Dritter Regierungsrath	4200	5400
	5. Die beiden Referenten:		
	a. Medicinal-Referent	900	1200
	b. Technischer Referent (neben 300 M. Dienstaufwand)	900	1200
	6. Regierungs-Assessor	2400	3600
	7. Regierungs-Secretair	2400	3600
	8. a. Calculator b. Erster Registrator c. Zweiter Registrator d. Cabinets-Registrator	1500	2100
	9. Expedienten:		
	a. Erster Expedient b. Zweiter Expedient	1200	1800
	10. Cabinets- und Regierungspedell	1000	1400
II.	Kreisbehörden:		
	Amtshauptmann oder Landrath	3600	4800
	Kreissecretaire	1500	2100
	Pedellen	900	1200

Normal-Etat für die Staatsbeamten.

		Künftiger Gehalt. von M.	bis M.
III.	Kassen-Verwaltung und Steuerhebung.		
	Rendant der Landcasse	3000	4200
	Rendanten der Steuerkassen	2100	3000
IV.	Bau-Verwaltung:		
	Erster und zweiter Landbaumeister	3600	4200
V.	Landgericht:		
	Die drei ältesten Räthe	4200	5100
	Die drei jüngsten Räthe	3600	4500
	Landgerichtsassessor	2400	3600
	Dirigentenzulage für den ältesten Director	900	900
	Landgerichtssecretair	2400	3000
	Die Registratoren und Expedienten	1200	1800
	Pedell	900	1200
VI.	Staatsanwalt	2400	4800
VII.	Amtsgerichte:		
	Die 4 ältesten Amtsrichter	3900	4500
	Die 4 nächstältesten Amtsrichter	3600	4200
	Die jüngsten Amtsrichter	2400	3900
	Die Amtsgerichtsschreiber	1200	1800
	Die Gerichtsvollzieher auf die Gebüren zu verweisen garantirte Einnahme.	900	1500
	Die Gerichtsdiener	900	1200
VIII.	Auditoren nach zurückgelegten Examen	750	1000

Der sich nach dem Normal-Etat ergebende Aufwand für die jetzigen und die zukünftigen Beamten.

		Für die zeitigen Beamten.		Für die demnächstigen Beamten.		
		bisher M.	künftig M.	Niedrigster Satz. M.	Mittel-satz. M.	Höchster Satz. M.
I.	Cabinets-Ministerium und Regierung.					
	1. Cabinets-Vorstand und Regierungs-Präsident (1852)	7500	7500	7500	8250	9000
	2. Erster Regierungsrath (Meyer 1835)	5400	6000	5400	5700	6000
	3. Zweiter Regierungsrath (Rohdewald 1851)	5190	5700	4800	5250	5700
	4. Dritter Regierungsrath (Steneberg 1857)	4650	5400	4200	4800	5400
	5. Die beiden Referenten:					
	a. Medicinal-Referent . .	600	900	900	1050	1200
	b. Technischer Referent .	900	900	900	1050	1200
	6. Regierungs-Assessor	1800	2400	2400	3000	3600
	7. Regierungs-Secretair . . .	2940	3200	2400	3000	3600
	8. a. Calculator	1725	1800	1500	1800	2100
	b. Erster Registrator . . .	1725	1800	1500	1800	2100
	c. Zweiter Registrator . .	1350	1600	1500	1800	2100
	d. Cabinets-Registrator .	1725	2100	1500	1800	2100
	9. Expedienten:					
	a. Erster Expedient	1950	1950	1200	1500	1800
	b. Zweiter Expedient . .	1080	1200	1200	1500	1800
	10. Cabinets- und Regierungspedell	1252	1252	1000	1200	1400
		=	43702	37900	43500	49100

Der sich nach dem Normal-Etat ergebende Aufwand für die jetzigen und die zukünftigen Beamten.

		Für die zeitigen Beamten.		Für die demnächstigen Beamten.		
		bisher M.	künftig M.	Niedrigster Satz. M.	Mittelsatz. M.	Höchster Satz. M.
II.	Kreisbehörde:					
	Amtshauptmann oder Landrath (4)	—	—	14400	16800	19200
	Kreissecretaire (4)	—	—	6000	7200	8400
	Pedellen (4)	—	—	3600	4200	4800
	Dienstaufwand für die Reisen der Amtshauptleute à 450 M.	—	—	1800	1800	1800
		=	—	25800	30000	34200
III.	Kassen-Verwaltung und Steuererhebung:					
	Rendant der Landcasse	2940 510	3600	3000	3600	4200
	Rendanten d. Steuerkassen (6)	3705	3705	12600	15300	18000
		=	7305	15600	18900	22200
IV.	Bau-Verwaltung:					
	Erster Landbaumeister	3600	3600	3600	3900	4200
	Zweiter Landbaumeister . . .	3600	3600	3600	3900	4200
		=	7200	7200	7800	8400

Der sich nach dem Normaletat ergebende Aufwand für die jetzigen und die zukünftigen Beamten.

		Für die zeitigen Beamten.		Für die demnächst. Beamten.		
		bisher M.	künftig M.	Niedrigst. Satz. M.	Mittelsatz. M.	Höchster Satz. M.
V.	Landgericht:					
	Erster Rath (Preuß 1843)	4800	5100	4200	4650	5100
	Zweiter Rath (Caesar 1852)	4500	5100	4200	4650	5100
	Dritter Rath (Piderit 1853)	4200	5100	4200	4650	5100
	Vierter Rath (Wasserfall 1854)	3600 / 300	4200	3600	4050	4500
	Fünfter Rath (unbesetzt)	3600 / 300	3600	3600	4050	4500
	Sechster Rath (Overbeck 1865)	3300	3600 / 300	3600	4050	4500
	Assessor	—	—	2400	3000	3600
	Dirigentenzulage	—	900	900	900	900
	Landgerichtssecretair	2820	3000	2400	2700	3000
	Erster Expedient	1620	1800	1200	1500	1800
	Zweiter Expedient	1440	1500	—	—	—
	Dritter Expedient	1080	1400	—	—	—
	Erster Pedell	1350	1350	900	1050	1200
	Zweiter Pedell	1200	1200	—	—	—
		—	38150	31200	35250	39300
VI.	Staatsanwalt	—	—	2400	3600	4800

Der sich nach dem Normaletat ergebende Aufwand für die jetzigen und die zukünftigen Beamten.

		Für die zeitigen Beamten.		Für die demnächst. Beamten.		
		bisher ℳ	künftig ℳ	Niedrigst. Satz. ℳ	Mittelsatz. ℳ	Höchster Satz. ℳ
VII.	Amtsgerichte:			(einschl. freier Wohnung)		
	erster Beamter dem Alter nach (Neubourg, Horn, 1845) ...	3600 / 180	4200	3900	4200	4500
	zweiter Beamter (v. Meien, Anst. als Assessor 1846)	3450 / 150	4200	3900	4200	4500
	dritter Beamter (Holzapfel, 1849)	3150 / 180	3600	3900	4200	4500
	vierter „ (Neubourg, Detmold, 1851)	3450	4200	3900	4200	4500
	fünfter Beamter (Piderit (Richter) 1854)	3300	3900	3600	3900	4200
	sechster Beamter (Böhmer, 1856)	3300 / 180	3900	3600	3900	4200
	siebenter „ (Ernst, 1857)	3000 / 450	3900	3600	3900	4200
	achter „ (Sprütten, 1857)	3300 / 150	3900	3600	3900	4200
	neunter „ (Führer, 1858)	3000	3600	2400	3150	3900
	zehnter „ (Heldman, 1860)	3000	3600	2400	3150	3900
	elfter „ (Brandes, 1861) [ohne Wohnung]	900	1200	2400	3150	3900
	zwölfter Beamter (Nieländer, 1866)	3000	3600	2400	3150	3900

neben freier Wohnung

Der sich nach dem Normaletat ergebende Aufwand für die jetzigen und die zukünftigen Beamten.

	Für die zeitigen Beamten.		Für die demnächst. Beamten.		
	bisher M.	künftig M.	Niedrigst. Satz. M.	Mittelsatz. M.	Höchster Satz. M.
dreizehnter Beamter (Eberhard, 1861)	2850	3300	2400	3150	3900
vierzehnter „ (Melm, 1864) Richter)	2250	3000			
fünfzehnter Beamter (Cordemann, 1864) Amtsschr. 1861)	1710 / 600	3000			
sechszehnter Beamter (Sterzenbach, 1864) Amtsschr. 1861)	2550	3000			
siebzehnter Beamter (Kirchhof, 1871)	1410 / 690	2700			
achtzehnter Beamter (Busse, 1872)	1650 / 720	2700			
neunzehnter „ (Clemen, 1874)	2100	2700			
zwanzigster „ (Pustkuchen)	2100	2400			
13 Amtsgerichtsschreiber	—	—	15600	19500	23400
	—	66600	62400	70050	77700
13 Gerichtsdiener	—	—	11700	13650	15600
Die Gehalte der Gerichtsvollzieher werden auf die Gebüren zu verweisen sein.					

Der sich nach dem Normaletat ergebende Aufwand für die jetzigen und die zukünftigen Beamten.

		Für die zeitigen Beamten.		Für die demnächstigen Beamten.		
		bisher	künftig	Niedrigster Satz.	Mittelsatz.	Höchster Satz.
		M.	M.	M.	M.	M.
	Zusammentrag.	Nach dem Etat von 1877.				
I.	Cabinets-Ministerium und Regierung	37787	43702	37900	43500	49100
II.	Kreisbehörden	—	—	25800	30000	34200
III.	Kassenverwaltung u. Steuererhebung	6645 | 510 |	7305	15600	18900	22200
IV.	Bauverwaltung	7200	7200	7200	7800	8400
V.	Landgericht	34500	38150	31200	35250	39300
VI.	Staatsanwalt	—	—	2400	3600	4800
VII	Amtsgerichte ohne Unterbedienten	61710	66600	62400	70050	77700
	=	148352	162957	182500	209100	235700

Nach der obigen Zusammenstellung würden demnächst für die aufgeführten Behörden und Beamten in dem ungünstigsten Falle, d. h. wenn alle Beamte zu den höchsten Gehaltssätzen gelangt sind,

235,700 M.
15,600 „
251,300 M.

235,700 M. bzw. mit Hinzurechnung der Gerichtsdiener 251,300 M. zu verausgaben sein. Es wird dieser Fall aber voraussichtlich kaum jemals eintreten, und wird daher die gefundene Summe

8000 M.

um mindestens 8000 M. niedriger gegriffen werden können. Außerdem werden die höchsten Sätze für die Kreissecretaire und Amtsgerichtsschreiber deshalb erst nach einigen Jahren erreicht werden,

251,300 M. weil jene Beamten im hiesigen Lande erst herangebildet werden
8000 M. müssen und die ausgeworfenen Gehalte erst zu zahlen sein werden, wenn die Beamten den an sie zu stellenden Forderungen entsprechen.
3300 M. Ferner gehen von jener Summe für Dienstwohnungen 3300 M. ab. Sodann werden durch Zusammenlegen einiger Amtsgerichte an einen Ort ein Amtsrichter, einige Gerichtsschreiber und mehrere Gerichtsdiener weniger als ausgeworfen erforderlich sein, wodurch
9000 M. eine Ersparung von etwa 9—12000 M. erzielt werden kann.
20300 M.

20,300 M.
231,000 M.
148,352 M. An bisher gezahlten Gehalten ist oben die Summe von 148,352 M. berechnet. Es kommen aber noch hinzu:

3705 M. 1. der bisher an die Amtsrendanten gezahlte Gehalt mit 3705 M.,

2. was an einzelne Beamte für Nebenposten gezahlt ist und künftig in den Gehalt einzurechnen sein wird oder ganz fortfällt, in der obigen Gehaltsumme aber nicht mit enthalten ist:

a. Remuneration der Civilvorsitzenden der Ersatz-Commission
540 M. — 540 M.,

b. Remuneration für Hebungen und für die Verwaltung des
750 M. Stadtgerichts zu Barntrup — 750 M.,

c. die Gebür für die Rechnungsführungen bei den Amts-
1800 M. gemeindekassen zur Hälfte — 1800 M. (nach einem ungefähren Ueberschlage).

3. Die bisherige Einnahme der Amtspedellen, nämlich an
11600 M. Gehalt 4002 M. und an Gebüren 7609 M., zusammen 11,611 M. (Die Einnahmen der Executoren sind hierin nicht mit enthalten.)

4. Die bisherigen Einnahmen der Stadtgerichte, des Amtes

Blomberg, der Criminalgerichte der Stadt Lemgo und des Amtes Blomberg (ausschließlich der Stempelgebüren) rund 33000 M.

51395 M. = 33000 M. / 51395 M.
199747 M.

Außer den bisher gezahlten im obigen Etat aufgeführten Gehalten sind also bisher ferner an die Beamten gezahlt, bezw. werden durch den Uebergang der Patrimonialgerichte auf den Staat neue Einnahmen erwachsen = 51395 M.

Von dem demnächstigen durch den vorgeschlagenen Normaletat entstehenden Aufwande zu 231,000 M. kommen demnach in Abzug 199,747 M., so daß noch rund 31,000 M. zu decken sein würden.

Es werden aber jetzt außer den oben berechneten Beträgen noch gezahlt an die Bauerrichter als Gehalt 13,461 M. und für sonstige Steuererhebung an Procentgeldern 7823 M., zusammen 21,284 M.

Dieser Aufwand, welcher, da die zu erhebenden Steuern selbst nach Einführung der Häusersteuer und Gewerbesteuer und nach Erhöhung der Schulsteuer nur ungefähr 500,000 M. betragen, 4% des Erträgnisses bilden, wird durch vereinfachte Steuererhebung zum bei Weitem größesten Theile erspart werden können; sodaß sich der oben gefundene demnächst noch zu deckende Betrag von 31,000 M. sehr erheblich noch ermäßigen wird.

Proposition,

den Erlaß eines Gesetzes wegen Zusammenlegung der Grundstücke betreffend.

Dem Landtage wird auf höchsten Befehl hierneben gewünschtermaßen der ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes, die Zusammenlegung der Grundstücke betr., zur verfassungsmäßigen Berathung und Genehmigung ergebenst vorgelegt.

Gesetz,

die Zusammenlegung der Grundstücke betr., vom 187

Von Gottes Gnaden Wir Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. erlassen unter Zustimmung des Landtags das nachfolgende Gesetz über die Zusammenlegung (Verkoppelung) der Grundstücke.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Das Recht, auf Zusammenlegung von vermengt liegenden Grundstücken anzutragen und bei den Verhandlungen gültige Erklärungen abzugeben, steht nur den Eigenthümern der zusammenzulegenden Grundstücke zu.

Ist das Eigenthum streitig, so ist diejenige der streitenden Parteien, die sich im Besitze des betr. Grundstücks befindet, zur Provocation activ wie passiv legitimirt und zur Abgabe der im Verfahren über die Zusammenlegung erforderlichen Erklärungen berechtigt. Die von ihr hiernach vorgenommenen Handlungen verbinden den wirklichen Eigenthümer.

§ 2.

Befindet sich ein Grundstück im Miteigenthum mehrerer Personen, oder

stehen die im § 6 bezeichneten Rechte an einem Grundstücke Mehreren gemeinschaftlich zu, so gelten diese rücksichtlich der Ausübung des Provocationsrechts und rücksichtlich der bei den nachfolgenden Verhandlungen abzugebenden Erklärungen für eine Person.

Können sie sich über die abzugebenden Erklärungen nicht vereinigen, so entscheidet die Mehrheit der Stimmen, welche nach dem Verhältnisse des Antheils eines Jeden berechnet wird.

Ist dieses Antheilsverhältniß streitig oder zweifelhaft, so wird gleiche Theilnahmeberechtigung der betreffenden Personen angenommen.

§ 3.

Ueberall, wo es nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auf den Beschluß der Mehrheit unter mehreren gleichbetheiligten Personen ankommt, wird bei eintretender Stimmengleichheit angenommen, daß sich die Mehrheit für denjenigen Beschluß entschieden habe, welche dem Zustandekommen der in Frage stehenden Zusammenlegung am Förderlichsten ist.

§ 4.

In allen Fällen, in welchen die zu einer Provocation oder sonstigen Erklärung erforderliche Stimmenzahl nach Verhältniß der Antheile zu berechnen ist, kann weder eine Provocation, welche zulässig befunden ist, noch eine zu Stande gekommene Zusammenlegung dadurch, daß später ein anderes Verhältniß der Antheile ermittelt wird, wieder rückgängig gemacht werden.

Die einzelnen Miteigenthümer haben vielmehr in diesem Falle nur gegenseitige Ansprüche auf Ersatz des zu viel Geleisteten oder zu wenig Empfangenen, nicht aber auf Ersatz von Schäden, welche dem Ueberstimmten aus dem Zustandekommen des Geschäfts angeblich erwachsen sind.

§ 5.

So oft die zu einer Provocation oder zu einer im Laufe des Verfahrens erforderlichen Erklärung nöthige Stimmenzahl nach Verhältniß der Antheile am Grundbesitze zu berechnen ist, bedarf es keiner weitläufigen Ermittelung, vielmehr kann sich die Auseinandersetzungsbehörde damit begnügen, die Größe des Grundbesitzes, wenn die Betheiligten darüber nicht einig sind, nach den in den Grundsteuercatastern oder jüngsten Erwerbdocumenten enthaltenen Angaben über den Flächeninhalt der betr. Grundstücke zu ermitteln.

Beim Mangel aller urkundlichen Nachrichten entscheidet die annähernd zu ermittelnde Größe des Besitzstandes.

§ 6.

Bei Grundstücken, welche sich im getheilten Eigenthum befinden, im Erbpachtsverbande stehen oder mit Fideicommißqualität behaftet sind, kann nur derjenige, welchem das nutzbare Eigenthum zusteht, bezw. der Erbpächter oder der Fideicommißinhaber provociren oder provocirt werden und ist allein zur Abgabe der in den auf eine Provocation folgenden Verhandlungen erforderlichen Erklärungen legitimirt.

§ 7.

Diejenigen Personen, denen die Verwaltung oder Benutzung von Grundstücken zusteht, welche Eigenthum einer Kirche, einer Schulanstalt, einer Pfarrei oder einer milden Stiftung sind, können zwar das Provocationsrecht ausüben, haben aber hierzu ebenso, wie alle solche Personen und Corporationen, welche bei Veräußerung von Grundstücken an die Genehmigung einer Behörde gebunden sind, diese vor Anstellung der Provocation auszuwirken.

Außerdem haben diese Personen vor Anfang der Verhandlungen von der

Behörde, an deren Einwilligung sie gebunden sind, die nöthigen Instructionen einzuholen.

§ 8.

Dem Rechte auf Zusammenlegung anzutragen, können Verträge, Verjährung, letztwillige Verordnungen, gesetzliche Veräußerungsverbote und Entscheidungen der Gerichts- und Verwaltungs-Behörden, welche in Sachen, die vor Eintritt der Wirksamkeit dieses Gesetzes anhängig gemacht worden sind, ertheilt wurden, nicht entgegengestellt werden.

II. Zusammenlegung (Verkoppelung) der Grundstücke.

§ 9.

Die wirthschaftliche Zusammenlegung der in vermengter Lage befindlichen Grundstücke verschiedener Eigenthümer einer Feldmark ist statthaft, wenn dieselbe von den Eigenthümern von mehr als der Hälfte der nach dem Grundsteuercataster berechneten Fläche der einem Umlegungsverfahren zu unterwerfenden Grundstücke, welche gleichzeitig mehr als die Hälfte des Katastral-Reinertrags repräsentiren, beantragt wird.

In der Regel sind sämmtliche der Umlegung unterliegenden Grundstücke der nämlichen Feldmark in einem Zusammenlegungsverfahren zu vereinigen. Dasselbe kann jedoch auch auf einen durch natürliche Begrenzung oder besondere Bewirthschaftung als Feldabschnitt kenntlich werdenden Theil der Feldmark beschränkt werden.

Grundstücke einer anderen Feldmark können in das Umlegungs-Verfahren gezogen werden, wenn es zur Herstellung wirthschaftlich zweckmäßiger Grenzen geboten erscheint.

Die Feststellung des Umlegungsbezirks geschieht durch die Auseinandersetzungsbehörde.

§ 10.

Gebäude, Hofplätze, Hausgärten, Kunstwiesen, Parkanlagen und solche Anlagen, deren Hauptbestimmung die Gewinnung von Obst und die Gartencultur ist, Weidenplantagen, Teiche und andere Privatgewässer, Lehm-, Sand-, Kalk- und Mergelgruben, Steinbrüche und sonstige zur Gewinnung von Fossilien oder zu gewerblichen Anlagen dienende Grundstücke, ingleichen Grundstücke, auf welchen sich Mineralquellen befinden, endlich Grundstücke, auf welchen Denkmäler oder Familiengräber sich befinden, können nur mit Einwilligung aller Betheiligten in die Zusammenlegung gezogen werden.

§ 11.

Die im Gemenge liegenden verschiedenen Besitzern gehörigen Forstgrundstücke und die vereinzelt im Felde liegenden Holzblößen, Wald- und Buschparcelen können zur Zusammenlegung gezogen werden, wenn sie nach dem Ermessen der Auseinandersetzungsbehörde zur forstmäßigen Benutzung nicht geeignet sind und mit größerem Vortheile als Ackerland oder Wiese benutzt werden können.

§ 12.

Hat ein Grundbesitzer in den Feldmarken mehrerer Gemeinden Grundstücke, jedoch nur in einer Feldmark einen Wirthschaftshof, so ist, wenn die Zusammenlegung in den Feldmarken eintritt, in welchen er als Flurgenosse (Forense) betheiligt ist, nach Möglichkeit darauf zu sehen, daß seine Antheile in jeder Feldmark in eine günstige Lage zum Wirthschaftshofe gelegt werden.

§ 13.

Jeder Zusammenlegung muß eine specielle Vermessung und Bonitirung aller dabei betheiligten Grundstücke vorangehen.

§ 14.

Bei der Bonitirung ist jedes Grundstück zu demjenigen Ertragswerthe abzuschätzen, welchen es nach seiner natürlichen Bodenbeschaffenheit und dem zur Zeit der Abschätzung vorhandenen Zustande jedem Besitzer bei gehöriger, dem Landesgebrauche und den örtlichen Verhältnissen entsprechender, wirthschaftlicher Benutzung gewähren kann.

§ 15.

Auf einen durch Düngung oder andere Hülfsmittel herbeigeführten ungewöhnlich hohen, oder einen durch Vernachlässigung gesunkenen Culturzustand ist dabei nur insoweit Rücksicht zu nehmen, als hierdurch die Ertragsfähigkeit des Grundstücks bleibend erhöht oder vermindert ist.

Der neueste Düngungs- und Bestellungszustand kommt bei der Bonitirung niemals in Anschlag, sondern bleibt, ebenso wie alle anderen zufälligen Werthsgegenstände, einer besonderen Ausgleichung vorbehalten.

§ 16.

Vorhandene Drain-Anlagen sind, wenn sie nach einem zweckmäßigen Plane in gehöriger Tiefe und mit tüchtigem Material ausgeführt sind, dann als bleibende Bodenmelioration zu berücksichtigen, wenn sich deren guter Erfolg bereits bewiesen hat.

Bei der Bonitirung drainirter Grundstücke ist:

1. die Bodenbeschaffenheit zum Grunde zu legen, wie sie sich nach der Drainirung darstellt,

2. der auf Instanderhaltung der Drainanlagen zu machende Aufwand

bei Ermittelung des jährlichen Reinertrags nach einem Durchschnittssatze in Abzug zu bringen und

3. hiernach der Ertragswerth des durch Drainirung verbesserten Bodens im Verhältniß zu anderm, der Drainirung nicht bedürftigem Boden von gleicher Ertragsfähigkeit zu bestimmen.

§ 17.

Ist nach der Bonitirung der Werth eines Grundstücks durch Naturereignisse oder durch unwirthschaftliche Behandlung des Eigenthümers vermindert, so hat der letztere Denjenigen, welchem das Grundstück bei der Zusammenlegung zugetheilt ist, wegen der Werthsverminderung im Gelde zu entschädigen.

Im Falle der Insolvenz des ursprünglichen Eigenthümers ist das Grundstück nochmals zu bonitiren und Demjenigen, der es zugetheilt erhalten, der Werth des Verlorenen in Gelde zu ersetzen, welches von den Interessenten nach Maßgabe ihrer Theilnehmungsrechte aufzubringen ist.

§ 18.

Forstgrundstücke (§ 11), Anger und Grabenränder sind, wenn sie sich zur Umwandlung in Ackerland oder Wiesen eignen, unter Abrechnung der hierzu nöthigen Culturkosten zu ihrem künftigen Werthe als Ackerland oder Wiese abzuschätzen.

§ 19.

Bei Entwerfung des Zusammenlegungsplans ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß zu den erforderlichen Communicationswegen, zu den übrigen nöthigen Wegen und Triften sowie zu andern für die Bewirthschaftung der gesammten und der einzelnen Grundstücke nöthigen Anlagen z. B. Entwässerungsgräben u. s. w. der erforderliche Grund und Boden ausgewiesen

wird. Communicationswege sind möglichst grade und in gehöriger Breite, Triftwege in der Regel 10 Meter breit anzulegen, während die erforderlichen Culturwege (Feldwege) auf das Bedürfniß zu beschränken sind.

Bei Legung derjenigen Wege, welche mit Gespann passirt werden müssen, ist indessen die gerade Richtung nur in so weit thunlichst zu verfolgen, als die Steigung der Terrains das Befahren durch die mit gewöhnlicher Belastung beschwerten landwirthschaftlichem Geschirre ohne außergewöhnliche Spannkräfte ausführbar erscheinen läßt.

Das deßfallsige Bedürfniß an Boden ist zunächst durch dasjenige Areal zu decken, welches dadurch gewonnen wird, daß bisherige Anlagen dieser Art, Wege und Triften, durch die Zusammenlegung ganz oder theilweise erspart werden.

Dabei sich ergebende Ueberschüsse werden unter sämmtliche Interessenten nach Verhältniß ihrer Theilnahmerechte vertheilt, jeder Theilnehmer hat aber auch zu dem etwaigen Mehrbedarf den entsprechenden Beitrag sich anrechnen zu lassen.

§ 20.

Bei der Zusammenlegung muß jeder Theilnehmer für seine zum Umtausch gelangenden Grundstücke durch Land abgefunden werden.

§ 21.

Kann die Abfindung nach den besonderen Verhältnissen ohne großen Nachtheil für die ganze Eintheilung nicht völlig durch Grund und Boden bewirkt werden, so ist dieselbe durch Rent- oder Kapitalzahlung zu ergänzen. Diese Ergänzung soll jedoch wider den Willen des Abzufindenden nicht mehr als 3 Procent der ihm gebührenden ganzen Abfindung betragen. Der abzuschätzende Reinertrag des fehlenden Bruchtheils der Abfindung ergiebt die zu

leistende Entschädigung durch Renten. Soll Kapitalzahlung eintreten, so beträgt dieselbe den fünf und zwanzigfachen Betrag der ermittelten Rente.

§ 22.

Die Abfindung jedes einzelnen Theilnehmers muß eine genügend zusammenhängende Lage und zweckmäßige Zugänge haben.

Dieselbe muß thunlichst in Grundstücken von gleicher Gattung mit dem abzutretenden Lande bestehen und vorzugsweise Grundstücke von einer dem abzutretenden Lande gleichen oder nahestehenden Güte unter Berücksichtigung desjenigen besondern Werths, welchen die abzutretenden Grundstücke durch ihre Ortslage hatten, enthalten.

Sofern letzteres nicht thunlich ist, muß ein jeder Theilnehmer die Anweisung einer größeren oder geringeren Fläche nach Maßgabe der eintretenden Verschiedenheiten sich gefallen lassen.

§ 23.

Eine Entschädigung, welche eine Veränderung der ganzen bisherigen Art des Wirthschaftsbetriebs des Hauptguts nöthig macht, kann keinem Theilnehmer aufgedrungen werden.

Für solche Veränderungen sind zu achten:

1. wenn eine bisherige Ackerwirthschaft in eine Viehzüchterei verwandelt werden müßte und umgekehrt, oder wenn eine von beiden die Hauptsache war, solche aber künftig nur Nebensache werden würde;

2. wenn ein Hauptzweig der Wirthschaft, der im überwiegenden Verhältnisse zu den übrigen stand, ganz oder größtentheils aufgegeben werden müßte oder doch nur durch Anlegung neuer Fabrikationsanstalten erhalten werden könnte;

3. wenn ein gespannhaltender Ackerwirth solches fernerhin nicht mehr

halten könnte und seine Ländereien mit der Hand bauen müßte oder umgekehrt.

Andere Veränderungen in der bisherigen Art des Wirthschaftsbetriebes kommen nur in so weit in Betracht, als sie von gleicher oder größerer Erheblichkeit sind.

§ 24.

Eine jede Landabfindung ist in derjenigen Lage auszuweisen, welche den gegen einander abzuwägenden wirthschaftlichen Interessen aller Betheiligten am meisten entspricht.

Eine Verlosung findet nur in so weit statt, als die wirthschaftliche Lage der Abfindung dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Die den kleineren Grundbesitzern auszuweisenden Abfindungspläne sind, in so weit es nach der Localität ohne erheblichen Nachtheil für die übrigen Interessenten geschehen kann, möglichst in die Nähe des Ortes zu legen.

Jedem Theilnehmer müssen die erforderlichen Wege und Triften zu seiner Abfindung verschafft werden, auch ist für die nöthigen Gräben zu sorgen, ohne welche der Boden denjenigen Ertrag, zu dem er abgeschätzt worden ist, nicht gewähren kann.

Desgleichen ist jeder Theilnehmer zu verlangen befugt, daß ihm die unentbehrliche Mitbenutzung der Tränkstätten auf den auseinandergesetzten Grundstücken vorbehalten wird. Die schon vor der Zusammenlegung gemeinschaftlich benutzten Lehm-, Sand-, Kalk-, Mergel- und Flachsröthegruben, Kalk- und andere Steinbrüche bleiben zur gemeinschaftlichen Benutzung auch ferner vorbehalten, insofern die Theilnehmer dieserhalb nicht durch Ueberweisung besonderer Vorräthe dieser Art ausgeglichen werden können.

Die zur Herstellung und Unterhaltung aller dieser Anlagen zu machenden

Verwendungen sind von allen Betheiligten nach Verhältniß ihrer Theilnehmungsrechte aufzubringen.

§ 25.

Die Ausgleichung der zufälligen Werthgegenstände anlangend (§ 15), so wird auf Antrag der Betheiligten der neueste Düngungszustand, welcher die örtlich üblichen Saaten noch nicht getragen hat, gleich den übrigen auf periodische Nutzungen schon verwendeten Bestellungskosten bei der Ausführung von der Auseinandersetzungsbehörde festgestellt, und es muß alsdann die nach dem Ergebnisse dieser Feststellung dem einen oder andern Interessenten zukommende Entschädigung von den Uebernehmern der betreffenden Grundstücke in Gelde gewährt werden.

Die auf dem abzutretenden Grundstücke stehenden Bäume und Sträucher ist der bisherige Interessent abzuschlagen nicht berechtigt, wenn Derjenige, dem das betreffende Grundstück überwiesen wird, den von der Auseinandersetzungsbehörde festzustellenden Werth der Bäume und Sträucher zu vergüten bereit ist.

§ 26.

Grundstücke, welche auf Grund dieses Gesetzes nach einem bestätigten Auseinandersetzungsrecesse einer Zusammenlegung unterzogen sind, können in der Regel gegen den Widerspruch des Eigenthümers derselben nicht noch ein Mal einer Zusammenlegung unterzogen werden. Wenn jedoch nach Ausführung der Zusammenlegung durch die Anlage von Eisenbahnen, Chausseen, durch die Verlegung von Flüssen und Bächen oder durch ähnliche Ereignisse eine erhebliche Störung der Plantage eingetreten ist, so ist eine anderweite Zusammenlegung der Grundstücke nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes zulässig.

Dasselbe findet statt, wenn seit der Ausführung einer auf Grund dieses Gesetzes zu Stande gekommenen Zusammenlegung 30 Jahre verflossen sind und die erneuerte Zusammenlegung von den Eigenthümern von mehr als drei Viertheilen der nach dem Grundsteuerkataster berechneten Fläche der dem Umlegungsverfahren zu unterwerfenden Grundstücke, welche gleichzeitig mehr als drei Viertheile des Katastral-Reinertrags repräsentiren, beantragt wird.

III. Rechte und Verbindlichkeiten dritter Personen.

§ 27.

Sind bei einer Zusammenlegung dritte Personen, namentlich

1. Lehns- und Fideicommiß-Interessenten,
2. Erbverpächter,
3. Wiederkaufsberechtigte,
4. Hypothekarische Gläubiger,
5. Nießbrauchsberechtigte und Leibzüchter,
6. Pächter,
7. Personen, welche zur Zurücknahme des Eigenthums berechtigt sind,

betheiligt, so steht denselben weder ein Widerspruchsrecht gegen die Provocation zu, noch bedarf es einer Zuziehung solcher Betheiligten zu den Verhandlungen über die Ausführung der Zusammenlegung. Rücksichtlich aller dieser dritten Personen gilt der Grundsatz, daß die Abfindung, welche jeder der Theilnehmer durch die Zusammenlegung erhält, an die Stelle der dafür abgetretenen Grundstücke tritt, und daß die Rechte dritter Personen an den abgetretenen Grundstücken auf die an deren Stelle tretenden Grundstücke von selbst übergehe.

Auch die auf den abgetretenen Grundstücken haftenden Abgaben gehen von selbst auf die dafür eingetauschten Abfindungsgrundstücke über.

§ 28.

Nießbraucher müssen sich mit dem Genusse der Abfindung begnügen.

Pächter müssen sich mit der Benutzung der Landabfindung begnügen. Die Entschädigungen für vorübergehende Nachtheile fallen ihnen in so weit zu, als sie für die Pachtzeit zu gewähren sind. Auch müssen die Verpächter die Anlegung der erforderlichen Wege, Gräben, Tränken und Einfriedigungen der Grundstücke bewirken oder den Pächtern die dafür gemachten Auslagen erstatten. Eine Rentenentschädigung (§ 21) bezieht während der Pachtzeit der Pächter und bei einer Kapitalabfindung (§ 21) ist er berechtigt, deren Zinsbetrag zu 4 Procent von der jährlichen Pachtzahlung nach Verhältniß der contraktlichen Zahlungstermine abzuziehen.

Will der Pächter mit dieser Entschädigung sich nicht begnügen, so steht ihm frei, binnen drei Monaten, nachdem ihm der Zusammenlegungsplan bekannt gemacht ist, die Pacht zu kündigen.

Die Pacht hört alsdann mit dem Ende des laufenden Pachtjahrs auf. Wenn aber seit dem Tage der Kündigung bis zu diesem Termine nicht mindestens drei Monate verstrichen sind, so währt das Pachtverhältniß noch für das nächste Jahr fort.

Sind zwischen dem Verpächter und Pächter für den Fall einer Zusammenlegung in dem Pachtvertrage andere Abrede über die Auseinandersetzung in rechtsverbindlicher Weise getroffen, so behält es dabei sein Bewenden.

IV. Auseinandersetzungs-Behörden.

§ 29.

Zur amtlichen Regulirung der Zusammenlegung und zur Erledigung aller damit in Verbindung stehenden, auf den Zusammenlegungsplan und die

Schätzungsresultate bezüglichen Angelegenheiten, so weit solche nicht Rechtsstreitigkeiten betreffen, werden Special-Commissionen bestellt, welche

1. aus einem zum Richter qualificirten Rechtsverständigen und
2. aus einem mit den nöthigen theoretischen und praktischen Kenntnissen versehenen Wirthschaftsverständigen,

bestehen und den Unterbehörden des Landes gleichgestellt sind.

Der Recurs gegen die Entscheidungen der Special-Commission geht an die Ablösungs-Commission und muß innerhalb 3 Wochen nach der Bekanntmachung oder Insinuation der gravirlichen Entscheidung ausgeführt werden.

§ 30.

Die Mitglieder der Special-Commissionen werden für jede einzelne Zusammenlegung von der Regierung bestellt. Den bei der Zusammenlegung Betheiligten steht jedoch das Recht zu, nach Mehrheitsbeschluß (§ 9) eine geeignete Persönlichkeit als ökonomischen Commissar zu wählen, oder falls dieß nicht geschieht, den von der Regierung ernannten ökonomischen Commissar einmal abzulehnen.

Die von den Betheiligten vorgenommene Wahl ist von der Regierung zu genehmigen, sofern nicht erhebliche Bedenken entgegenstehen. Wird die Genehmigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen.

§ 31.

Jeder Special-Commissar wird von der Regierung ein für alle Male auf gewissenhafte Geschäftsführung verpflichtet.

§ 32.

Die Geschäftsführung der Special-Commission ist dergestalt getheilt, daß

die Prüfung der Legitimationen, die Wahrung der Rechte Dritter und die Vornahme der auf rechtliche Verhältnisse bezüglichen Ermittelungen vorzugsweise dem juristischen Commissar, die auf die Werthschätzung und auf ökonomische oder sonstige sachliche Verhältnisse bezüglichen Erörterungen ausschließlich dem ökonomischen Commissar, die Entwerfung der Recesse aber beiden gemeinschaftlich zukommen. Jeder der beiden Commissare ist befugt, innerhalb seines Geschäftskreises selbstständig zu handeln; über etwaige Conflicte entscheidet die Regierung.

Die Termine, insoweit sie nicht auf rein ökonomische Verhältnisse, Vermessungen und ähnliche thatsächliche Ermittelungen Bezug haben, werden von beiden Commissaren abgehalten, wobei die Leitung und Protocollführung dem juristischen Commissar zukommt.

Ausfertigungen, welche auf Grund gemeinschaftlicher Verhandlungen vorkommen, werden von Beiden unterschrieben.

§ 33.

Die Bonitirung der bei der Zusammenlegung betheiligten Grundstücke erfolgt durch das ökonomische Mitglied der Special-Commisson, welches hierzu zwei orts- und sachkundige Personen zuzuziehen und deren Angaben bei Abgabe seines Ausspruches nach pflichtmäßigem Ermessen zu berücksichtigen hat.

Die Wahl dieser sachkundigen Personen erfolgt von den betheiligten Grundstücksbesitzern nach Mehrheitsbeschluß (§ 9). Die Gewählten sind von der Special-Commission mittelst Handschlags an Eidesstatt zu verpflichten.

§ 34.

Die Beurkundungen und Ausfertigungen der Special-Commission haben die Beweiskraft öffentlicher Urkunden. Zur Legalität der Protocolle gehört

jedoch noch die Unterschrift der im Termine Erschienenen, es sei denn, daß dieselben die Unterschrift verweigerten, worüber das Erforderliche zu dem Protocolle zu bemerken ist.

Diese Vorschriften gelten auch für Beurkundigungen, Ausfertigungen und Protocolle, welche nur von einem Special-Commissar in solchen Angelegenheiten aufgenommen oder erlassen werden, in welchen er nach den Bestimmungen dieses Gesetzes selbstständig zu handeln befugt ist.

§ 35.

Diejenigen, welche auf eine Zusammenlegung antragen, haben ihrem, bei der Ablösungs-Commission schriftlich einzubringenden Antrage ein Verzeichniß derjenigen Grundstücke, auf welche sie die Zusammenlegung erstreckt wissen wollen, gesondert nach denen der Provocanten und der Provocaten, beizugeben. In diesem Verzeichnisse müssen die einzelnen Grundstücke nach den Bezeichnungen des Grundsteuercatasters aufgeführt sein.

§ 36.

Die Ablösungs-Commission hat Anträge, welche den im vorhergehenden § bezeichneten Erfordernissen nicht entsprechen, den Antragstellern zur Vervollständigung zurückzugeben. Erachtet die Ablösungs-Commisson einen Antrag für vollständig, so hat sie die Ernennung des juristischen Commissars bei der Regierung zu beantragen, und, nachdem diese erfolgt ist, die Wahl des ökonomischen Commissars durch die Betheiligten zu veranlassen.

Diese Wahl findet unter Leitung des juristischen Commissars statt.

Derselbe hat den Wahltermin mindestens 14 Tage vorher durch das Regierungsblatt und durch Anschlag in den betheiligten Gemeinden bekannt zu machen.

Kommt in diesem Termine ein Mehrheitsbeschluß über die Wahl nicht zu Stande, so ist der ökonomische Commissar von der Regierung zu ernennen. Sobald die Commissare definitiv ernannt und verpflichtet sind, wird dieß im Regierungsblatte bekannt gemacht und der Special-Commission der Antrag zur Entscheidung über die Statthaftigkeit der Provocation, sowie zur weiteren Behandlung der Sache überwiesen.

§ 37.

Die Verhandlungen vor der Special-Commission geschehen in der Regel mündlich.

In den Terminen müssen die Betheiligten auf Verlangen der Special-Commission in Person erscheinen, es sei denn, daß sie durch Krankheit, Abwesenheit oder sonstige Verhinderungsursachen, welche erforderlichen Falles bescheinigt werden müssen, abgehalten werden. Beauftragte der Betheiligten haben sich durch Vollmachten auszuweisen, in welchem der Umfang des Auftrages genau bezeichnet ist.

Termine und Fristen sind peremtorisch.

Versäumnisse von Terminen und Fristen begründen die den betreffenden Handlungen entsprechenden Rechtsnachtheile, wenn dieselben für den Versäumnißfall ausdrücklich angedroht waren.

§ 38.

Die Special-Commission hat an Ort und Stelle zu erörtern, in welcher Weise und Ausdehnung die Zusammenlegung stattzufinden hat, wenn sie für alle Betheiligten mit möglichst großem Vortheil verbunden sein soll.

Das Ergebniß dieser Erörterungen ist in einem Termine sämmtlichen Grundstücksbesitzern der Feldmark und denjenigen Personen, deren Zuziehung

die Special-Commission für angemessen erachtet vorzulegen, dabei ist auf eine gütliche Einigung der Betheiligten hinzuwirken. Im Interesse der gütlichen Einigung kann der Termin prorogirt werden. Ist eine Einigung nicht zu erzielen, so hat die Special-Commission den Zusammenlegungsplan nach Maßgabe der in diesem Gesetze enthaltenen Bestimmungen durch Entscheidung festzustellen.

§ 39.

Die Zurücknahme eines Antrags bzw. der Rücktritt einzelner Provocanten ist ohne Zustimmung sämmtlicher Betheiligten (Provocanten und Provocaten) nur bis zum Schlusse des ersten von der Special-Commission in der Sache abgehaltenen bzw. prorogirten Termins zulässig.

Kann in Folge des Rücktritts einzelner Provocanten die Zusammenlegung nicht zur Ausführung gebracht werden, so haben die Zurückgetretenen alle bis dahin erwachsenen Kosten allein zu tragen bzw. zu erstatten.

§ 40.

Ueberzeugt sich die Special-Commission, daß der von der Zusammenlegung zu erwartende Vortheil im Ganzen nicht erheblich ist oder mit den Schwierigkeiten und Kosten derselben in keinem Verhältniß steht, oder daß für die Widersprechenden Nachtheile zu befürchten sind, welche weder durch Unterhandlungen und Zubilligung von Entschädigungen sich beseitigen lassen, noch durch die für dieselben Interessenten zu erwartenden Vortheile überwogen werden, so hat sie, auch wenn die im § 9 gestellten Voraussetzungen vorhanden sind, auf Einstellung des Verfahrens zu erkennen.

Wird gegen diese Entscheidung Recurs eingewendet, so hat die Ablösungs-Commission eine nochmalige Prüfung der Sache, unter Zuziehung von noch

zwei anderen Sachverständigen vornehmen zu lassen, bevor sie eine endliche Entscheidung ertheilt.

§ 41.

Das Resultat der Verhandlungen und Entscheidungen ist durch einen Receß zu beurkunden.

In dem Recesse ist genau anzugeben, welche einzelne Grundstücke gegen einander eingetauscht und welche Grundstücke außerdem noch bei der Zusammenlegung in Berücksichtigung gezogen sind. Ferner ist in dem Recesse ein Tag zu bezeichnen, welcher als Zeitpunkt der Ausführung gelten soll, mit welchem Tage also derjenige Grund und Boden, welchen jeder einzelne Betheiligte zugewiesen erhalten hat, die rechtliche Natur der dafür abgetretenen Grundstücke in jeder Beziehung einnimmt.

§ 42.

Die Special-Commission hat den Entwurf des Recesses nebst den betreffenden Acten der Ablösungs-Commission vorzulegen, welche zu prüfen hat:

a. ob der Legitimationspunkt durchgängig in Ordnung ist,

b. ob die Fassung genügend deutlich und vollständig ist,

c. ob die Rechte Dritter nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen gehörig gewahrt sind.

Nach Erledigung etwaiger Bedenken ist der Receß unter Leitung der Special-Commission unterschriftlich von den Betheiligten zu vollziehen und von der Ablösungs-Commission zu bestätigen.

Die bestätigten Zusammenlegungsrecesse sind in ihren Wirkungen rechtskräftigen Erkenntnissen gleich.

§ 43.

Bedürfen nach Bestätigung des Recesses einzelne Bestimmungen desselben

nach der Ausführung, so hat die Ablösungs-Commission entweder die Special-Commission oder die zuständigen Verwaltungsbehörden damit zu beauftragen.

Die Special-Commission tritt jedoch spätestens ein Jahr nach Bestätigung des Recesses außer Thätigkeit, und haben sich alsdann die Betheiligten mit etwaigen Anträgen auf Ausführung einzelner Bestimmungen des Recesses lediglich an die ordentlichen Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden zu wenden.

§ 44.

Die eingetauschten Grundstücke gehen auf Grund des bestätigten Recesses mit dem darin angegebenen Ausführungstage ohne Ausfertigung neuer Erwerbsurkunden in das Eigenthum der neuen Besitzer über und zwar mit denjenigen Abgaben, Ablösungsrenten und Hypothekenschulden, welche auf den abgetretenen Grundstücken gehaftet haben.

Die Special-Commission hat je eine beglaubigte Abschrift des bestätigten Recesses den Cataster- und Hypothekenbehörden mitzutheilen, und sind von diesen die erforderlichen Eintragungen kostenfrei zu bewirken.

V. Kosten der Zusammenlegung.

§ 45.

Die Kosten einer Zusammenlegung werden von den einzelnen Betheiligten nach demjenigen Verhältnisse getragen, in welchem der Katastral-Reinertrag ihrer in den Zusammenlegungsplan hereingezogenen Grundstücke zu dem gesammten Katastral-Reinertrage aller zusammengelegten Grundstücke stehen.

Die Kosten für die Verhandlungen der Auseinandersetzungsbehörden sind nach den gesetzlichen Bestimmungen über die in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu erhebenden Gerichtssporteln, Stempel- und Nebengebühren mit der Maß-

gabe zu berechnen, daß die Taxen die vierte Werthclasse nicht überschreiten dürfen.

Die Gebühren- und Auslage-Vergütungen der Special-Commission werden durch die Regierung festgesetzt.

Sachverständige, welche zu den Verhandlungen über die Zusammenlegung zugezogen werden, erhalten für ihre Thätigkeit und ihren Reiseaufwand eine angemessene, von der Special-Commission zu bestimmende Vergütung.

Detmold den .....

Proposition,

betreffend die Aufnahme einer Anleihe behufs Ausführung des Gesetzes vom 12. Sept. 1877 über die Entschädigungen für die vom 1. Januar 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen.

Auf gnädigsten Befehl des Durchlauchtigsten Fürsten wird dem Landtage hierneben ein Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe behufs Ausführung des Gesetzes vom 12. Sept. 1877 über die Entschädigungen für die vom 1. Januar 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen zur verfassungsmäßigen Berathung und Beschlußfassung zugestellt.

Nach § 1 des Gesetzes, betreffend die Entschädigung für die vom 1. Jan. 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen vom 12. Sept. 1877 erfolgt die Entschädigung aus der Landcasse, insofern nicht erbpachtweise besessene gewerbliche Anlagen in Frage kommen.

Kann der geltend gemachte Entschädigungs-Anspruch selbst als rechtlich begründet nicht anerkannt werden, so ist nach § 2 d. G. über denselben vorab eine gerichtliche Entscheidung zu treffen. Fällt diese zu Gunsten des angeblich Berechtigten aus, oder der Anspruch selbst wird überhaupt nicht bestritten, so ist der Werth der geltend gemachten Berechtigung zu ermitteln und hat zu

diesem Zweck, sofern nicht eine Vereinbarung zu Stande kommt, das durch das Gesetz § 6 u. ff. vorgeschriebene Verfahren, erforderlichenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen stattzufinden. Die Zahlung des festgesetzten Entschädigungscapitals bezw. der festgesetzten Entschädigungsrente erfolgt nach § 13 des Gesetzes, wenn der Nachweis von Seiten des Berechtigten geliefert ist, daß nach dem 1. Jan. 1871 an demselben Orte oder in demselben Bezirke der Betrieb eines gleichartigen Gewerbes, auf welches die ausschließliche Gewerbeberechtigung sich bezog, begonnen, und fünf Jahre lang fortgesetzt worden ist.

Der vorher kurz dargelegte Gang des Entschädigungsverfahrens zeigt aber, daß die Höhe der zu leistenden Entschädigungen, sowie die Zeit, wann die letzteren zur Auszahlung kommen werden, sich jetzt noch gar nicht bestimmen lassen. Es ist deshalb auch nicht möglich, in den Etat der Landcasse eine Summe aufzunehmen, welche den in der betreffenden Finanzperiode vielleicht zur Auszahlung kommenden Betrag auch nur annähernd trifft.

Ferner sind die Ausgaben, um welche es sich hier handelt, außerordentliche und vorübergehende, dieselben können aus den regelmäßigen Einnahmen, insbesondere bei dem jetzigen Zustande der Landes-Finanzen, nicht bestritten werden und erfordern deshalb außerordentliche Deckungsmittel.

Aus diesen Gründen glaubt die Staatsregierung sich für die Aufnahme einer Anleihe erkären zu müssen.

Entwurf

eines Gesetzes, betr. die Aufnahme einer Anleihe behufs Ausführung des Gesetzes vom 12. Sept. 1877 über die Entschädigungen für die vom 1. Januar 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen, vom .....

Von Gottes Gnaden Wir, **Günther Friedrich Woldemar**, Regierender Fürst zur Lippe ꝛc. verordnen mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

Einziger Paragraph.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, die zur Ausführung des Gesetzes vom 12. Sept. 1877 über die Entschädigungen für die vom 1. Januar 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen erforderlichen Mittel im Wege des Credits flüssig zu machen und zu diesem Zweck eine Anleihe aufzunehmen.

Detmold den .....

Proposition,

die Errichtung einer neuen Hauptlehrerstelle an der Bürgerschule in Detmold betr.

An der Bürgerschule in Detmold, in welcher gegenwärtig 551 Kinder unterrichtet werden, sind nur 5 Lehrer angestellt, welche ihren Gehalt entweder ganz oder theilweise aus Landesmitteln empfangen. Nothgedrungen hat die Stadt Detmold in anerkennungswerther Opferwilligkeit noch drei Lehrerstellen auf ihre eigene Kosten errichtet, da ein Lehrer Vor- und Nachmittags zu gleicher Zeit unmöglich 110 Kinder durchschnittlich unterrichten kann. Es kommen zwar bei der jetzigen Zahl von 8 Lehrern durchschnittlich nur 69 Kinder auf einen Lehrer; aber auch diese Schülerzahl ist für einen gedeihlichen Unterricht, zumal in den obern Klassen, sehr hinderlich. Der Schulvorstand hat daher sich veranlaßt gesehen, noch eine neue Mädchenklasse einzurichten, so daß jetzt 4 Mädchen- und 4 Knabenklassen und 1 gemischte Vorschule besteht und hat den Antrag gestellt, daß die Besoldung des an der neuen Klasse anzustellenden Lehrers aus Landesmitteln erfolgen möchte.

Nun ist zwar in § 8 des Schulgesetzes vom 11. December 1849 bestimmt, daß erst dann, wenn in einer Schule mehr als 120 Kinder zu unterrichten sind, eventuell auf die Errichtung einer neuen Schule Bedacht genom-

men werden solle. Offenbar hat aber dieser Paragraph des Gesetzes nur solche Schulen im Auge, wie sie bei uns auf dem Lande bestehen und in welchen die ganze Schülerzahl in verschiedene Klassen vertheilt zu verschiedenen Zeiten am Tage unterrichtet werden. Es läßt sich dieser Paragraph auf unsere städtischen Schulen, in welchen sämmtliche auf einen Lehrer entfallende Schüler zu gleicher Zeit Vormittags und Nachmittags unterrichtet werden, sowohl aus technischen als lokalen Gründen nicht anwenden; denn es ist durchaus unmöglich, daß ein Lehrer 120 Kinder zu gleicher Zeit Vormittags 3 und Nachmittags 2 Stunden mit Erfolg unterrichte und würde sich hierzu nirgends ein hinreichendes Local finden.

Nachdem die Stadt Detmold bereits so viele Opfer für die Hebung ihres Schulwesens gebracht hat, erfordert es auch die Billigkeit, daß bei dem neuen Bedürfniß einer Vermehrung der Klassen an der Bürgerschule vom Staate die zur Anstellung eines Lehrers erforderlichen Mittel gewährt werden und wird daher der Landtag ersucht zu genehmigen:

> Daß an der Bürgerschule in Detmold eine neue Hauptlehrerstelle errichtet und der Gehalt des Lehrers auf die Generalschulcasse übernommen werde.

Proposition,

bezüglich des Erlasses einer Verordnung, das Auftreten des Colorado-Käfers betreffend.

Das im Juni d. J. erfolgte Auftreten des Kolorado-Käfers auf einem Kartoffelfelde bei Mühlheim a. Rh. hat die Königlich Preußische Regierung veranlaßt, sofort energische und erfolgreiche Maßregeln zur Vernichtung des Insects und zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung desselben zu ergreifen.

Nachdem sodann vom Reichskanzler-Amte ein ähnliches Vorgehn auch im übrigen Reiche angeregt worden ist, hat die hiesige Regierung sich vorerst darauf beschränkt, die nachstehende Bekanntmachung zu erlassen und die Bezirks-Polizeibehörden mit Nachbildungen des Kolorado-Käfers und seiner Puppen, Larven und Eier zu versehen, damit das Vorhandensein des Käfers und seiner Brut sofort festgestellt werden könne. Gleichzeitig hat die Regierung mit Benutzung des vom Reichskanzler-Amts mitgetheilten Materials eine Polizei-Verordnung ausgearbeitet, deren Bestimmungen jedoch so tief in die Dispositionsbefugnisse der Grundeigenthümer über die von dem Käfer inficirt werdenden Grundstücke eingreifen und so erhebliche Kosten verursachen werden, daß zum Erlaß derselben die vorgängige Zustimmung des Landtags erforderlich erscheint. Im Uebrigen erscheint es geboten, rechtzeitig auf die Feststellung gesetzlicher Bestimmungen Bedacht zu nehmen, damit, wenn der Kolorado-Käfer im hiesigen Lande auftreten sollte, die nöthigen Maßregeln unverzüglich auf Grund gesetzlicher Vorschriften getroffen werden können.

Dem Landtage wird daher auf höchsten Befehl der Entwurf einer Verordnung, daß Auftreten des Kolorado-Käfers betreffend, zur Berathung und eventuell Genehmigung hierneben übergeben.

Bekanntmachung,
den Kolorado-Käfer betreffend.

Nachdem von dem Ende Juni d. J. erfolgten Auftreten des Kolorado-Käfers auf einem Kartoffelfelde bei Mühlheim a/Rh. die Königlich Preußische Regierung Veranlassung genommen hat, Maßregeln zu ergreifen, um einer weiteren Verbreitung des Insekts vorzubeugen, ist vom Reichskanzler-Amte ein ähnliches Vorgehen auch im übrigen Reiche angeregt worden. Angesichts der großen Gefahr, von welcher der deutsche Kartoffelbau in Folge des Auftretens des Kolorado-Käfers bedroht ist, erachten wir es — obwohl im hiesigen Fürstenthum der Kolorado-Käfer sich bis jetzt nicht gezeigt hat — für geboten, schon jetzt auf die Möglichkeit der Gefahr und auf die Dringlichkeit kräftiger Abwehr hinzuweisen.

Bei der außerordentlich raschen und starken Vermehrung des Käfers ist eine Vernichtung desselben nur dann ausführbar, wenn das gefährliche Insekt sofort da, wo es sich zeigt, in seinen ersten Stadien — auf dem alsdann noch kleinen Terrain — mit allen Mitteln verfolgt wird. Es haben daher, sobald das Insect irgendwo vorgefunden ist oder der Verdacht des Vorhandenseins entsteht, die Bezirks- und Polizeibehörden — Amt und Magistrat — der bedrohten Umgegend öffentlich bekannt zu machen, daß Jeder, welcher von dem Vorkommen des Käfers Kenntniß erhält, solches sofort der Behörde an-

zuzeigen, jeder Grundbesitzer aber seine Kartoffelfelder regelmäßig wöchentlich etwa zweimal abzusuchen und alle verdächtigen Thatsachen der Behörde mitzutheilen habe. Letztere hat sodann für eine strenge polizeiliche Absperrung der inficirten Grundstücke zu sorgen, damit eine Verschleppung durch Menschen nicht eintritt. Ist zu befürchten, daß in der Zeit vor der Absperrung eine Verschleppung bereits stattgefunden haben könnte, so ist außerdem zu bestimmen, daß jeder, welcher im Besitze von dergleichen Käfern, Eiern, Larven oder Puppen sich befindet, solche sofort zu vernichten oder an die Behörde abzuliefern habe.

Die Vernachlässigung dieser Anordnungen ist mit angemessener Strafe zu bedrohen.

Von dem Auftreten des Kolorado-Käfers und seiner Brut haben die Bezirks-Verwaltungsbehörden uns unverzüglich Anzeige zu machen und alsdann weitere Instruction zu gewärtigen.

Damit das Vorhandensein des Käfers und seiner Brut sofort festgestellt werden könne, haben wir die Bezirks-Polizeibehörden mit Nachbildungen des Kolorado-Käfers und seiner Puppen, Larven und Eier bereits versehen. Außerdem werden wir ein im Auftrage der Königlich Preußischen Regierung hergestelltes Plakat, welches neben einer bildlichen Darstellung des Insekts eine Beschreibung und kurze Geschichte des Auftretens desselben enthält, den Bezirks-Polizeibehörden behuf des Anschlagens in Schulen, besuchten Wirthshäusern u. s. w. in einer entsprechenden Zahl von Exemplaren baldthunlichst zugehen lassen.

Detmold, den 14. August 1877.

Fürstlich Lippische Regierung.

Eschenburg.

Verordnung,

das Auftreten des Kolorado-Käfers betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, Regierender Fürst zur Lippe ꝛc. erlassen zur Abwendung der großen Gefahr, von welcher der deutsche Kartoffelbau in Folge des Auftretens des Kolorado-Käfers in Deutschland bedroht ist, mit Zustimmung des Landtags nachstehende Verordnung:

§ 1.

Jeder, welcher von dem Vorkommen des Kolorado-Käfers und seiner Brut auf Grundstücken des hiesigen Landes Kenntniß erhält, ist verpflichtet, der betreffenden Bezirkspolizeibehörde — Amt oder Magistrat — sofort Anzeige zu machen und die in seinen Besitz gelangten Käfer, Eier, Larven oder Puppen abzuliefern.

§ 2.

Die Bezirkspolizeibehörden haben, sobald das Vorhandensein des Kolorado-Käfers in ihrem Bezirke festgestellt oder in dieser Beziehung ein gegründeter Verdacht vorhanden ist, die inficirten und die angrenzenden Grundstücke sofort völlig abzusperren und das Betreten derselben unter Strafe zu stellen.

Gleichzeitig ist von ihnen der Regierung Anzeige zu machen.

§ 3.

Sodann haben die Polizeibehörden folgende Maßregeln zur Vernichtung

des Kolorado-Käfers und seiner Brut auf den inficirten und verdächtigen Grundstücken zur Ausführung zu bringen.

a. Das Kartoffellaub ist unmittelbar über dem Boden abzumähen und, nachdem es mit Petroleum getränkt und mit Sägemehl bestreut worden, zu verbrennen.

b. Demnächst sind die inficirten und die zunächst angrenzenden Flächen in der Größe von etwa $1\frac{1}{2}$ Hectaren mit einer dünnen Lage von Sägemehl zu bedecken, dieses ist mit Petroleum zu tränken und dann unter fortwährendem Zugießen von Petroleum zu verbrennen.

c. Da nach den gemachten Erfahrungen in denselben Grundstücken, deren Oberfläche mit Käfern, Larven und Eier versehen sind, etwa 10—13 Centimeter tief zahlreiche Puppen sich vorfinden, welche durch die mittelst des Verbrennungsprozesses erzeugte, kaum 2 Centimeter tief in die Erde dringende Hitze nicht vernichtet werden, so ist zunächst die inficirte Fläche mit den anliegenden Grundstreifen auf das Sorgfältigste mit dem Spaten etwa 15 Centimeter tief umzugraben, so daß die Puppen an die Oberfläche gebracht werden. Nachdem alsdann das Grundstück in derselben Weise, wie oben angegeben, nochmals mit Sägemehl und Petroleum abgebrannt sein wird, ist der Boden mit einem Exstirpator aufzulockern und mit einer 13grädigen Lösung von kaustischem Kali und Kalkmilch, aus Pottasche und Kalkmilch angefertigt, reichlich zu begießen.

Die übrigen Flächen sind, soweit sie überhaupt abgemäht waren, umzupflügen, mit einem Exstirpator aufzulockern und in derselben Weise mit der beschriebenen Lauge zu tränken.

§ 4.

Die abgemähten Felder dürfen in demselben Jahre nicht wieder bestellt

werden. Sie sind vielmehr genau zu beobachten und von Zeit zu Zeit flach umzupflügen, damit die etwa noch vorhandenen Puppen an die Oberfläche kommen und vernichtet werden.

Die angrenzenden Felder sind ebenfalls einer regelmäßigen Revision Seitens der Polizeibehörden zu unterwerfen.

§ 5.

Die Besitzer sämmtlicher Kartoffelfelder in einem Bezirke, wo das Vorkommen des Kolorado-Käfers festgestellt oder in dieser Beziehung gegründeter Verdacht vorhanden ist, sind verpflichtet, auf desfallsige Aufforderung der Bezirkspolizeibehörde ihre Kartoffelfelder wöchentlich wenigstens zwei Mal sorgfältig abzusuchen und alle verdächtigen Thatsachen der Polizeibehörde anzuzeigen.

§ 6.

Die Kosten der Vernichtungs- und Desinfections-Maßregeln fallen der Staatscasse zur Last.

Ein Anspruch auf Entschädigung steht den Eigenthümern der betreffenden Grundstücke nicht zu.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der vorstehenden Verordnung sind mit Geldstrafe bis zu 30 Mark zu bestrafen.

Detmold, den.....

Proposition,

den Erlaß eines Gesetzes über die Pensionirung der Gendarmen betreffend.

Zur Begründung des dem Landtage hierneben zur verfassungsmäßigen Berathung und Beschlußfassung zugehenden Gesetzentwurfs über die Pensionirung der Gendarmen wird es keiner Erörterung darüber bedürfen, daß das Institut der Gendarmerie sich im hiesigen Lande als ein äußerst nützliches bewährt hat, und daß die Anstellung möglichst tüchtiger Gendarmen durch das Interesse des Landes dringend geboten wird. Ebenso wenig wird es aber verkannt werden können, daß dieses Ziel sich nur dann erreichen läßt, wenn den Bewerbern einigermaßen günstige pecuniäre Verhältnisse in Aussicht gestellt werden können. Hierzu bieten sich zwei Wege, nämlich eine Erhöhung der verhältnißmäßig geringen Besoldung der Gendarmen, oder ein Anspruch derselben auf Pension; den letzteren Weg erachtet die Staatsregierung für den vorzuziehenden.

Sie proponirt daher dem Landtage, die in den §§ 33 bis 40 incl. des Gesetzes über den Civilstaatsdienst, vom 11. Mai 1859, enthaltenen Bestimmungen auf die Gendarmen zu erstrecken. Eine Aenderung macht sich nur in Betreff des ersten Absatzes von § 36 nöthig, nach welchem bei Berechnung der Dienstzeit von Beamten behufs Festsetzung ihrer Pension das erste Dienstpatent zum Grunde zu legen ist. Es wird nämlich, da die Gen-

darmen kein Patent erhalten, bei ihnen von dem Tage auszugehen sein, an welchem sie als Gendarmen angestellt sind. Dagegen werden diejenigen Zeiträume, welche im letzterwähnten Paragraphen unter 1, 2 und 3 angegeben sind, auch der Dienstzeit der Gendarmen hinzugerechnet werden müssen.

Eine Gleichstellung derselben mit den Staatsdienern in Beziehung auf den Pensionsanspruch wird sich um so mehr empfehlen, als dadurch die hiesige Gesetzgebung mit der Preußischen in Einklang gebracht wird, indem das dortige Gesetz vom 27. März 1872, welches die Pensionirung der unmittelbaren Staatsbeamten betrifft, im § 4 die Bestimmung enthält: das gegenwärtige Gesetz findet auch auf die Oberwachtmeister und Gendarmen der Landgendarmerie Anwendung.

Die Staatsregierung ersucht hiernach den Landtag, dem proponirten Gesetze die Zustimmung nicht zu versagen.

Gesetz,

die Pensionirung der Gendarmen betreffend, vom .....

Von Gottes Gnaden Wir Günther Friedrich Woldemar, Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. erlassen mit Zustimmung des Landtags das nachstehende Gesetz:

§ 1.

Die in den §§ 33 bis 40 incl. des Gesetzes über den Civilstaatsdienst, vom 11. Mai 1859 enthaltenen Bestimmungen über die Versetzung von Beamten in den Ruhestand finden auch auf die Gendarmen Anwendung. Nur wird bei Berechnung ihrer Dienstzeit behufs Festsetzung der Pension statt des ersten Dienstpatents (§ 36, Abs. 1) der Tag zum Grunde gelegt, an welchem sie als Gendarmen angestellt sind.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit seiner Publikation in Kraft.

Detmold, den .....

Zwischen der Königlich Preußischen Regierung und den Regierungen verschiedener anderer deutschen Staaten haben längere Verhandlungen über gemeinsam zu treffende Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei stattgefunden, welche zu dem seitens des Königlich Preußischen Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten hierher nebst Schlußprotokoll mitgetheilten Uebereinkommen geführt haben.

Die hiesige Staatsregierung befand sich nicht in der Lage, sich durch einen abgesandten Vertreter an der behuf Abschlusses des Uebereinkommens stattgefundenen Versammlung der Vertreter der contrahirenden Staaten zu betheiligen, hat sich aber den nachträglichen Beitritt zu dem fr. Uebereinkommen vorbehalten.

Nachdem letzteres zu diesem Zwecke von dem Königlich Preußischen Ministerium für die auswärtigen Angelegenheiten mit dem Schreiben vom $^{15.}/_{16.}$ d. M. hierher mitgetheilt worden, wird höchstem Befehle gemäß dasselbe dem Landtage mit dem ergebensten Ersuchen vorgelegt, sich mit dem Beitritte der hiesigen Staatsregierung zu diesem Uebereinkommen einverstanden zu erklären.

Die Zweckmäßigkeit gemeinsamer Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der besonders im hiesigen Lande sehr darnieder liegenden Fischerei tritt so hervor, daß es einer weiteren Ausführung nicht bedürfen wird.

Detmold, den 25. Januar 1878.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

An
den Landtag.

Uebereinkommen

zwischen Preußen, den Thüringischen Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Bremen und Hamburg wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei.

Nachdem von Seiten der Staats-Regierungen von

1. Preußen,
2. Sachsen-Weimar-Eisenach,
3. Oldenburg,
4. Braunschweig,
5. Sachsen-Meiningen,
6. Sachsen-Altenburg,
7. Sachsen-Coburg-Gotha,
8. Anhalt,
9. Schwarzburg-Sondershausen,
10. Schwarzburg-Rudolstadt,
11. Reuß älterer Linie,
12. Reuß jüngerer Linie,
13. Lübeck,
14. Bremen,
15. Hamburg,

beschlossen worden, eine Vereinbarung Behufs Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei zu treffen, sind als Bevollmächtigte

I. für das Königreich Preußen:
der Ministerial-Director, Wirkliche Geheime Ober-Regierungs-Rath Marcard und der Geheime Regierungs-Rath Fastenau;

II. für die oben unter Ziffer 2, 5, 6, 9, 10, 11, 12 erwähnten Thüringischen Staaten:
der Großherzoglich Sächsische Ministerial-Director, Staatsrath Dr. Schomburg;

III. für das Großherzogthum Oldenburg:
der Geheime Ober-Regierungs-Rath Hofmeister;

IV. für das Herzogthum Braunschweig:
der Kammer-Director Griepenkerl;

V. für das Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha:
der Geheime Regierungs-Rath Hornbostel;

VI. für das Herzogthum Anhalt:
der Regierungs-Rath Rindfleisch;

VII. für die freie und Hansestadt Lübeck:
der Senator Dr Plitt;

VIII. für die freie und Hansestadt Bremen:
der Senator Dr. Tetens;

IX. für die freie und Hansestadt Hamburg:
der Dr. Voigt,

zusammengetreten und haben unter Vorbehalt der Ratifikation folgendes Uebereinkommen getroffen:

§ 1.

Beim Fischfange in nicht geschlossenen Gewässern sollen folgende Vorschriften Anwendung finden:

1. die Fischerei auf Fischhamen ist zu verbieten;

2. Fische der nachbenannten Arten dürfen nicht gefangen werden, wenn sie von der Kopfspitze bis zum Schwanzende gemessen, nicht mindestens folgende Länge haben:

Stör (Acipenser sturio)	100	Centimeter
Lachs (Salm, Salmo Salmar)	50	"
Große Maraene (Mädue-Maraene, Coregonus maraena)	30	"
Aal (Anguilla vulgaris), Zander (Sandart, Lucioperca sandra), Rapfen (Raapfen, Rapf, Schied, Aspius vorax)	35	"
Blei (Brachsen, Brasse, Abramis brama), Lachsforelle (Meerforelle, Silberlachs, Strandlachs, Trump, Salmo trutta), Maifisch (Alse, Clumpea alosa), Finte (Clumpea finta)	28	"
Hecht (Esox lucius)	25	"
Aland (Nerfling, Idus melanotus), Barbe (Barbus fluviatilis), Döbel (Squalius cephalus), Karpfen (Ciprinus carpio), Schlei (Tinca vulgaris)	20	"

Forelle (Salmo fario)	18	Centimeter
Asch (Aesche, Thymullus vulgaris)		
Karausche (Carussius vulgaris)	15	"
Kleine Maraene (Coregonus albula) .		
Rothfeder (Scardinius eritroph thalmus)		
Barsch (Perca fluviatilis)	13	"
Rothauge (Leuciscus rutilus)		
Krebs (Gemeiner Flußkrebs, Astacus fluviatilis)	10	"

Der Königlich Preußischen Regierung bleibt jedoch vorbehalten, für die Provinzen Preußen, Posen und Pommern kleinere Minimal-Maße für Lachs, Zander, Rapfen, Karausche und kleine Maraene zuzulassen und die Rothfeder, Döbel und Finte auszuschließen.

3. Fischsamen, ingleichen Fische der unter Ziffer 2 bemerkten Arten, welche das daselbst vermerkte Maß nicht erreichen, sind, wenn sie lebend in die Gewalt des Fischers fallen, sofort mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht wieder in das Wasser zu setzen.

4. Soweit nicht die gegenwärtige Gesetzgebung der einzelnen Staaten etwas Abweichendes bestimmt, oder wenn dieselbe überhaupt den Begriff eines geschlossenen Gewässers nicht feststellt, sollen in Betreff der Fischerei als geschlossene Gewässer angesehen werden:

a. alle künstlich angelegten Fischteiche, mögen dieselben mit einem natürlichen Gewässer in Verbindung stehen oder nicht;

b. alle solche Gewässer, denen es an einer für den Wechsel der Fische geeigneten Verbindung fehlt.

§ 2.

Fischsamen, ingleichen Fische der im § 1, Ziffer 2 bezeichneten Arten unter dem daselbst angegebenen Maße dürfen weder feilgeboten, noch verkauft, noch versandt werden, ohne Unterschied, ob sie aus geschlossenen oder nicht geschlossenen Gewässern gewonnen sind.

§ 3.

Auf Fischsamen und Fischbrut in den Fischzucht-Anstalten finden die Vorschriften der §§ 1 und 2 keine Anwendung.

Auch können im Interesse wissenschaftlicher Untersuchungen oder gemeinnütziger Versuche und für Zwecke der künstlichen Fischzucht, — soweit erforderlich unter geeigneten Controlmaßregeln, — Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 1 und 2 gestattet werden. Insonderheit kann zu obigen Zwecken einzelnen Fischerei-Berechtigten das Fangen von kleineren Fischen der im § 1 gedachten Arten, einschließlich der Krebse, zeitweilig und widerruflich gestattet werden.

Den Besitzern geschlossener Gewässer kann der Verkauf und Versandt von jungen Setzlingen zu Zuchtzwecken gestattet werden.

§ 4.

Geschlossene Gewässer brauchen einer Schonzeit nicht unterworfen zu werden.

Alle nicht geschlossenen, der Küsten- und Binnenfischerei unterworfenen Gewässer sollen einer wöchentlichen Schonzeit unterliegen.

Die wöchentliche Schonzeit erstreckt sich auf mindestens 24 Stunden und soll in der Regel den Sonntag einschließen.

Während der Dauer der wöchentlichen Schonzeit ist jede Art des

Fischfanges in nicht geschlossenen Gewässern zu verbieten. Das Angeln mit der Ruthe kann gestattet werden.

Im Gebiet der Küstenfischerei ist es den Fischern, welche die sogenannte stille Fischerei ohne ständige Vorrichtungen mit Setznetzen, Reusen oder Angeln betreiben, gestattet, die ausgelegten Gezeuge während der wöchentlichen Schonzeit nachzusehen, auszunehmen und wieder auszusetzen.

Die Regierungen sind ermächtigt, dieselben Ausnahmen für Gewässer, welche dem Gebiete der Binnenfischerei angehören, zuzulassen, wenn daraus nachtheilige Hindernisse für den Zug der Wanderfische nicht zu befürchten sind.

Auch kann in den der Küstenfischerei unterworfenen Gewässern, bei dringendem Bedürfnisse zeitweilig der Fang bestimmter Arten von Fischen während der wöchentlichen Schonzeit gestattet werden.

Der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung bleibt für das Fürstenthum Lübeck vorbehalten, die sogenannte stille Fischerei mit ständigen Vorrichtungen, sowie mit Setznetzen, Reusen oder Angeln dort zu gestatten, wo rechtlich begründete Befugnisse zu dieser Art der Fischerei bestehen.

§ 5.

Nichtgeschlossene Binnengewässer sollen außerdem einer jährlichen Schonzeit unterliegen. Die jährliche Schonzeit tritt entweder im Winter oder im Frühjahr ein und erstreckt sich im Winter auf die Zeit vom 15. October bis zum 14. December und im Frühjahr auf die Zeit vom 10. April bis 9. Juni. Für die Provinz Preußen kann die Frühjahrsschonzeit auf die Zeit vom 15. April bis zum 14. Juni festgesetzt werden.

§ 6.

Alle nicht geschlossenen, der Binnenfischerei unterworfenen Gewässer sind entweder einer Frühjahrs- oder einer Winterschonzeit zu unterwerfen.

Die Bestimmung darüber, welche Gewässer der Frühjahrs- bezw. Winter-Schonzeit zu unterwerfen sind, bleibt der Entschließung der einzelnen Regierungen anheimgestellt. Soweit hierbei das Interesse des einen oder anderen der Eingangs gedachten Staaten mitbetheiligt ist, wird eine vorgängige Verhandlung mit den betreffenden Regierungen stattfinden.

Diejenige Stelle der Gewässer, von welcher an aufwärts die Winterschonzeit und abwärts die Frühjahrsschonzeit beginnt, soll, soweit erforderlich, durch örtliche Merkmale kenntlich gemacht werden.

§ 7.

Für die Dauer der jährlichen Schonzeit ist in den derselben unterworfenen Strecken der Gewässer jede Art des Fischfanges verboten, soweit nicht die nachfolgende Ausnahme eintritt.

Die Regierungen sind ermächtigt, den Betrieb der Fischerei in den der Frühjahrsschonzeit unterworfenen Gewässern an drei Tagen jeder in die Schonzeit fallenden Woche zu gestatten, soweit nicht dringende Rücksichten auf Erhaltung des Fischbestandes entgegenstehen.

Bei dieser Gestattung ist jedoch die Verwendung solcher an sich erlaubter Fangmittel auszuschließen, welche vorzugsweise geeignet sind, die junge Fischbrut zu zerstören.

Der Betrieb der Fischerei vermittelst ständiger Vorrichtungen (Wehre, Zäune, Selbstfänge für Lachs und Aal, feststehende Netzvorrichtungen, Sperrnetze u. s. w.) ingleichen vermittelst schwimmender oder am Ufer oder Flußbette befestigter oder verankerter Netze (Hamen u. s. w.) darf während der jährlichen Schonzeit in keinem Falle gestattet werden. Ausschließlich für den Fang von Lachsen, Lachsforellen, Maifischen, Finten und Stinten soll während der Frühjahrsschonzeit die in Alinea 2 erwähnte dreitägige Frist bis zu

höchstens fünf Tagen einer jeden in die Schonzeit fallenden Woche von den einzelnen Regierungen erstreckt werden können.

Die Großherzoglich Oldenburgische Regierung ist ermächtigt, für das Fürstenthum Lübeck den Aalfang in Aalfängen, sowie mit Körben und unverdeckten Reusen auch während der jährlichen Schonzeit zu gestatten.

Allen betheiligten Regierungen bleibt vorbehalten, das Angeln mit der Ruthe während der jährlichen Schonzeit zuzulassen.

§ 8.

Während der Dauer der in den §§ 4 bis 6 vorgeschriebenen wöchentlichen und jährlichen Schonzeiten müssen die nach den Fischereigesetzen der einzelnen Staaten noch zulässigen ständigen Fischerei-Vorrichtungen in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeräumt oder abgestellt sein.

Für das Fürstenthum Lübeck kann die Vorschrift dieses § für die Dauer der gegenwärtig bestehenden Pachtverträge ausgeschlossen werden.

§ 9.

Die §§ 4 bis 7 finden auf den Krebsfang keine Anwendung.

Für die Zeit vom 1. November bis zum 31. Mai ist der Fang von Krebsen in allen nicht geschlossenen Gewässern zu verbieten. Gelangen Krebse während der angeordneten Schonzeit lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht sofort wieder in das Wasser zu setzen.

§ 10.

Beim Fischfange in nicht geschlossenen Gewässern soll verboten sein:

1. Die Anwendung schädlicher oder explodirender Stoffe (giftiger Köder oder Mittel zur Betäubung oder Vernichtung der Fische, Sprengpatronen oder andere Sprengmittel u. s. w.)

2. Die Anwendung von Mitteln zur Verwundung der Fische, als Fallen mit Schlagfedern, Gabeln, Speere, Stecheisen, Stangen u. s. w. Der Gebrauch von Angeln ist diesem Verbote nicht unterworfen. Die Verwendung von Speeren und Eisen aller Art zum Aalfang, mit Ausnahme jedoch von Aalharken, kann in dringenden Fällen ausnahmsweise gestattet werden.

3. Das Zusammentreiben der Fische bei Nacht vermittelst Leuchten oder Fackeln.

Den einzelnen Regierungen bleibt es überlassen, noch andere, der Fischerei schädliche Fangmittel zu verbieten.

§ 11.

Fischwehre, Fischzäune und damit verbundene sogenannte Selbstfänge für Lachs und Aal dürfen, außer dem Falle einer bestehenden Berechtigung, nicht neu angelegt werden.

Die Erneuerung bestehender Wehre u. s. w. kann jedoch auch außer dem Falle einer für dieses Fangmittel bestehenden Berechtigung gestattet werden.

§ 12.

Nach Ablauf von drei Jahren, vom Tage der Ratifikation dieses Uebereinkommens an gerechnet, dürfen beim Fischfange in nicht geschlossenen Gewässern, vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahme, keine Fanggeräthe (Netze und Geflechte jeder Art und Benennung) angewendet werden, deren Oeffnungen (Maschen) im nassen Zustande an jeder Seite (von Knoten zu Knoten) nicht mindestens eine Weite von 2,5 Centimetern haben.

Diese Vorschrift erstreckt sich auf alle Theile oder Abtheilungen der Fanggeräthe.

Die Regierungen sind jedoch ermächtigt, Ausnahmen von dieser Vorschrift im Falle des Bedürfnisses, für bestimmte Arten von Fanggeräthen zuzulassen.

Der Königlich Preußischen Regierung bleibt vorbehalten, für die Provinz Pommern die Minimalweite der Oeffnungen für die Fanggeräthe auf 2 Centimeter zu beschränken.

§ 13.

In Betreff derjenigen Gewässer, welche theilweise der Hoheit anderer, als der Eingangs genannten Staaten unterworfen sind, können die betreffenden Staats-Regierungen bis dahin, daß auch jene Staaten diesem Uebereinkommen beigetreten sind, die Anwendbarkeit der vorgedachten Bestimmungen ausschließen.

§ 14.

Es ist thunlichst auf die Vermehrung des Fischbestandes in den betreffenden Gewässern auch durch künstliche Ausbrütung der dazu geeigneten Edelfische, namentlich der Salmoniden, sowie dahin zu wirken, daß, soweit nöthig und ausführbar, vorhandene Hindernisse des Aufsteigens der Wanderfische, namentlich der Lachse und Aale durch Einrichtung von Fischpässen oder sonstige geeignete Maßregeln beseitigt werden.

§ 15.

Durch gegenwärtiges Uebereinkommen wird die Befugniß der einzelnen Staaten nicht ausgeschlossen, für ihre Gebiete strengere und umfassendere Bestimmungen zum Schutze der Fische zu treffen, namentlich die Bestimmungen über die Schonzeiten und das Minimalmaß fangbarer Fische zu verschärfen und letzteres auf andere Fischarten auszudehnen.

§ 16.

Die Eingangs gedachten Staaten werden Untersuchungen über die Be-

dürfnisse der Fischerei anstellen lassen und die Hebung derselben nach einem einheitlichen Plane und zuvoriger Verständigung zu erstreben suchen.

§ 17.

Der Betrieb der Fischerei in schiffbaren Gewässern darf die Schifffahrt nicht hindern oder stören. Feste oder schwimmende Fischerei-Vorrichtungen und alle sonstigen Fanggeräthe müssen so aufgestellt oder ausgelegt werden, daß die freie Fahrt der Schiffe und Fähren in nachtheiliger Weise nicht behindert wird.

Durch die gegenwärtige Uebereinkunft wird in der durch die Gesetzgebung der einzelnen Staaten begründeten Zuständigkeit der Behörden, den Betrieb der Fischerei aus schifffahrts-, flößerei-, strom- oder uferpolizeilichen Gründen einzuschränken, nichts geändert.

§ 18.

Dieses Uebereinkommen erstreckt sich auf das ganze Gebiet der contrahirenden Staaten und soll vorläufig für die Dauer von zehn Jahren, vom Tage des Austausches der Ratifikations-Erklärungen an gerechnet, für die contrahirenden Regierungen verbindlich sein.

Jeder Regierung steht das Recht zu, die Aufhebung desselben mit Ablauf der zehnjährigen Frist für sich zu verlangen. Zu diesem Zwecke muß die Kündigung spätestens drei Jahre vor Ablauf der Frist den übrigen contrahirenden Regierungen gegenüber erfolgen. Erfolgt die Kündigung innerhalb dieser Zeit nicht, so gilt das Uebereinkommen je auf zehn Jahre mit Vorbehalt der vorerwähnten Kündigungsfrist als verlängert.

§ 19.

Durch vorstehendes Uebereinkommen wird die zwischen Preußen, den

Thüringischen Staaten und Anhalt vereinbarte Uebereinkunft vom 15. Mai 1876, mit Ausnahme jedoch des § 15 daselbst aufgehoben.

§ 20.

Dieses Uebereinkommen soll ratificirt werden, und die Auswechselung der Ratifikations-Erklärungen soll möglichst bald nach der Unterzeichnung des Uebereinkommens stattfinden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin den 3. December 1877.

(L. S.) gez. Marcard. (L. S.) gez. Fastenau.
(L. S.) gez. Dr. Schomburg.
(L. S.) „ Hofmeister.
(L. S.) „ Griepenkerl.
(L. S.) „ Heinrich Hornbostel.
(L. S.) „ A. Rindfleisch.
(L. S.) „ Gustav Plitt Dr.
(L. S.) „ Tetens.
(L. S.) „ Fr. Voigt Dr.

Für richtige Abschrift.
(L. S.) gez. Neff,
Hofrath und Vorstand.

Schlußprotocoll.

Bei der heute stattgehabten Unterzeichnung des Uebereinkommens zwischen Preußen, den Thüringischen Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Bremen und Hamburg wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei erklärten die sämmtlichen Bevollmächtigten, daß sie bezüglich der Ratifikation dieses Uebereinkommens die zuvorige verfassungsmäßige Zustimmung der Landesvertretung bezw. der Bürgerschaft zu demselben soweit nöthig vorbehalten müßten. Im Uebrigen wurde bemerkt, daß auch dann, wenn von Seiten einzelner Regierungen die vorbehaltene Ratifikation des Uebereinkommens nicht erfolgen möchte, das letztere gleichwohl für alle anderen Staaten, deren Bevollmächtigte dasselbe heute unterzeichnet haben, gültig und verbindlich sein solle.

Die Bevollmächtigten erkannten auf die Anfrage des Großherzoglich Sächsischen Vertreters übereinstimmend an, daß durch die Bestimmung im § 1 des Großherzoglich Sächsischen Gesetzes vom 6. Mai 1876 und durch die gleichlautenden Bestimmungen anderer in den Thüringischen Staaten bestehender Gesetze der Begriff geschlossener und nicht geschlossener Gewässer festgestellt sei, und daß demnach diese Bestimmungen mit Rücksicht auf § 1 Ziffer 4 der Uebereinkunft einer Aenderung nicht bedürfen werden.

Mit Rücksicht darauf, daß von Seiten der Königlich Preußischen Regierung in die Ausführungs-Verordnungen für einzelne Provinzen auch der Schnepel (Schnäpel, Coregonus oxypynchus) mit einem Minimalmaße

von 20 Centimetern aufgenommen ist, erklärten die Bevollmächtigten für Anhalt und Hamburg sich bereit, den Schnepel in gleicher Weise für die dortigen Ausführungs-Verordnungen zu berücksichtigen. Die übrigen Bevollmächtigten wollten für das Gebiet der von ihnen vertretenen Staaten den Erlaß einer gleichen Vorschrift in Erwägung nehmen.

Sämmtliche Bevollmächtigte waren übereinstimmend der Ansicht, daß von dem im § 7 des Uebereinkommens zugestandenen Vorbehalte, das Angeln mit der Ruthe während der jährlichen Schonzeit zu gestatten, insonderheit während der Winterschonzeit möglichst wenig Gebrauch gemacht werden möge. Sodann wurde auf den Antrag des Bevollmächtigten für Lübeck von dem Bevollmächtigten für Oldenburg die Erklärung abgegeben, daß von der im § 7 Alinea 6 des Uebereinkommens der Oldenburgischen Regierung ertheilten Ermächtigung nur in Betreff des Hemmeldarfer Sees Gebrauch gemacht werden solle.

Zur Ausführung des § 16 des Uebereinkommens wurden periodisch wiederkehrende Zusammenkünfte von Bevollmächtigten der kontrahirenden Staaten für wünschenswerth erachtet. An die Preußischen Bevollmächtigten wurde von Seiten aller übrigen Bevollmächtigten das Ersuchen gerichtet, bei ihrer Regierung in Antrag bringen zu wollen, daß die Einladungen zu den vorerwähnten Zusammenkünften von Preußischer Seite erlassen und die dazu etwa weiter erforderlichen Vorbereitungen von dort aus getroffen werden möchten.

Sämmtliche Bevollmächtigte richteten schließlich an die Königlich Preußische Regierung das Ersuchen, mit den Regierungen der heute nicht vertretenen deutschen Staaten und mit der Kaiserlich Königlichen Oesterreichisch-Ungarischen Regierung im Anschlusse an die Grundsätze des gegenwärtigen Uebereinkommens weitere Verhandlungen einzuleiten.

Zu Urkund dessen haben die unten genannten Bevollmächtigten das gegenwärtige Schlußprotokoll aufgenommen, welches dieselbe Gültigkeit haben soll, als wenn die darin enthaltenen Erklärungen in das Uebereinkommen selbst aufgenommen wären. Die Bevollmächtigten haben dieses Schlußprotocoll sowie das Uebereinkommen in je einem Exemplare unterzeichnet, welche beide in dem Preußischen Staatsarchiv niedergelegt und jedem Theile in Abschrift zugestellt werden sollen.

Berlin, den 3. December 1877.

gez. Marcard. gez. Fastenau. gez. Dr. Schomburg. gez. Hofmeister. gez. Griepenkerl. gez. H. Hornbostel. gez. A. Rindfleisch. gez. Gustav Plitt Dr. gez. Tetens. gez. Fr. Voigt Dr.

Für richtige Abschrift.
(L. S.) gez. Neff,
Hofrath und Vorstand.

Proposition

den zwischen der hiesigen und der Königlich Preußischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag wegen Anlage einer Eisenbahn von Herford nach Detmold betreffend.

Nachdem mit der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft über die Anlage einer Eisenbahn von Herford nach Detmold ein Vertrag d. d. Detmold den 26. Mai 1877 / Köln den 21. Mai 1877 abgeschlossen worden, welcher bereits die Zustimmung des Landtages erhalten hat, hat sich, weil die Bahn zum Theil auf Königlich Preußischem Gebiete zu errichten ist, dieserhalb ein mit der Königlich Preußischen Regierung abzuschließender Staatsvertrag erforderlich gemacht. Nach längeren Verhandlungen ist ein solcher am 7. d. M. zum Abschlusse gebracht und von den seitens der beiden Regierungen ernannten Commissarien vorbehältlich der landesherrlichen Ratification unterzeichnet worden.

Einzelne Bestimmungen enthalten Verabredungen finanzieller Natur, hinsichtlich deren es verfassungsmäßig der Zustimmung des Landtages bedarf.

Höchstem Befehle des Durchlauchtigsten Fürsten gemäß wird demnach

An
den Landtag.

dem Landtage der abgeschlossene Vertrag nebst Schlußprotokoll in einem Druckexemplare mit dem ergebensten Ersuchen vorgelegt, demselben die verfassungsmäßige Genehmigung ertheilen zu wollen.

Einer näheren Motivirung wird es nicht bedürfen, vielmehr kann solche, da die in Betracht kommenden Thatsachen dem Landtage bekannt sind, der mündlichen Verhandlung vorbehalten werden, soweit es erforderlich wird.

Detmold, den 11. Juni 1878.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Staatsvertrag

zwischen Preußen und Lippe wegen Anlage einer Eisenbahn von Herford nach Detmold.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen und Seine Durchlaucht der Fürst zur Lippe, von dem Wunsche geleitet, die Eisenbahn-Verbindungen zwischen den beiderseitigen Staatsgebieten zu vermehren, haben Behufs einer hierüber zu treffenden Vereinbarung zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen:

Allerhöchstihren Geheimen Regierungs-Rath Carl Siegmund Ursinus,

Seine Durchlaucht der Fürst zur Lippe:

Höchstihren Regierungs-Präsidenten und Vorstand Höchstihren Cabinets-Ministeriums Heinrich Friedrich August Eschenburg,

welche unter Vorbehalt der Ratification folgenden Vertrag abgeschlossen haben:

Artikel I.

Die Königlich Preußische und die Fürstlich Lippische Regierung sind übereingekommen, eine Eisenbahn von Herford nach Detmold zuzulassen und zu fördern. Jede Regierung wird für Ihr Gebiet die Concession zum Bau und

zum Betriebe dieser Bahn der Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft nach Maßgabe dieses Vertrages ertheilen.

Artikel II.

Die Genehmigung und Feststellung des Bauprojects erfolgt durch die Königlich Preußische Regierung; die Baupläne für die in das Fürstlich Lippische Gebiet fallende Strecke der Bahn und deren Zubehör sollen jedoch von der Königlich Preußischen Regierung vorher der Fürstlich Lippischen Regierung zur Prüfung und Genehmigung in landespolizeilicher Hinsicht, insbesondere in Bezug auf Vorfluth, Wegübergänge und dergleichen vorgelegt werden.

Demnächstige etwaige Abweichungen von den Seitens der Fürstlich Lippischen Regierung genehmigten Anordnungen bedürfen gleichfalls der Genehmigung der letzteren Regierung.

Der Punkt, wo die Bahn die beiderseitigen Landesgrenzen überschreiten wird, soll nöthigenfalls durch deshalb abzuordnende beiderseitige technische Commissarien näher bestimmt werden.

Artikel III.

Die Spurweite der zu erbauenden Eisenbahn soll in Uebereinstimmung mit den anschließenden Bahnen überall gleichmäßig 1,435 m im Lichten der Schienen betragen, auch der Bau und das gesammte Betriebsmaterial so eingerichtet werden, daß die Transportmittel ungehindert nach allen Seiten übergehen können.

Artikel IV.

Die technische Controle der Bauausführung, der Unterhaltung und des Betriebes der Bahn wird die Königlich Preußische Regierung durch Ihre Organe auch im Lippischen Staatsgebiete im Auftrage der Fürstlich Lippischen Regierung

und gegen Zahlung eines Kosten-Pauschquantums von „Sechshundert Mark" jährlich Seitens der letzteren Regierung ausüben lassen.

Artikel V.

Der Gesellschaft soll zwar gestattet sein, die Bahn zunächst nur mit Einem durchgehenden Geleise zu versehen. Das Terrain soll jedoch von vornherein für eine doppelgeleisige Bahn erworben werden, die Gesellschaft auch verpflichtet sein, jeder Zeit auf Aufforderung der beiden Hohen contrahirenden Regierungen, welche Sich hierüber verständigen werden, das zweite Geleise herzustellen.

Artikel VI.

Für den Fall, daß der Erwerb der zur Anlage der Bahn erforderlichen Grundstücke durch gütliche Vereinbarung unter den Betheiligten nicht zu erreichen ist, wird jede der Hohen Regierungen für Ihr Gebiet der Gesellschaft das Expropriations-Recht verleihen.

Artikel VII.

Da das Domicil und der Sitz der Central-Verwaltung der Cöln-Mindener-Eisenbahn-Gesellschaft im Königreich Preußen belegen ist, soll das gesetzliche und statutarische Aufsichtsrecht des Staates in Bezug auf alle Maßnahmen, welche die Verhältnisse der Gesellschaft als solcher und die Verwaltung und den Betrieb ihres Unternehmens im Allgemeinen — z. B. die Abänderung der Gesellschafts-Statuten, die Erweiterung des Unternehmens, die Emission von Prioritäts-Obligationen, die Dotirung des Reserve- und Erneuerungsfonds, Ausführungs-Bestimmungen zu den für die Eisenbahnen Deutschlands Seitens des Reichs erlassenen Reglements u. s. w., insbesondere zu dem Betriebs- und Bahnpolizei-Reglement — betreffen, lediglich von der Königlich Preußischen Regierung ausgeübt werden.

Ingleichen soll die Festsetzung der Fahrpläne und die Genehmigung der Transportpreise auch für die auf Fürstlich Lippischem Gebiete belegene Bahnstrecke lediglich der Königlich Preußischen Regierung zustehen. Es soll jedoch im Personen- wie im Güterverkehr zwischen den beiderseitigen Unterthanen hinsichtlich der Zeit der Abfertigung oder hinsichtlich der Beförderungspreise kein Unterschied gemacht und in beiden Richtungen mindestens eine tägliche Personenbeförderung im Anschlusse an die Hauptzüge der Cöln-Mindener Eisenbahn eingerichtet werden.

Artikel VIII.

Die mit der Ausübung der Bahnpolizei nach Maßgabe des Bahnpolizei-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands betrauten, in den verschiedenen Staatsgebieten stationirten Beamten sind auf Präsentation der Bahnverwaltung bei den competenten Behörden des betreffenden Staates zu verpflichten.

Artikel IX.

Die Angehörigen des einen Staates, welche im Gebiete des anderen Staates angestellt werden, sind den Gesetzen dieses Staates unterworfen, scheiden aber dadurch aus dem Unterthanen-Verbande ihres Heimathlandes nicht aus.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, die auf der Strecke Herford-Detmold von ihr anzustellenden Bahnwärter, Schaffner und sonstigen Unterbeamten, mit Ausnahme der einer technischen Vorbildung bedürfenden, vorzugsweise aus den mit Civilanstellungs-Berechtigung entlassenen Militairs, soweit dieselben das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben, zu wählen.

Artikel X.

Zu Gunsten der Militair- und Postverwaltung ist die Cöln-Mindener-Eisenbahn-Gesellschaft bezüglich der in Rede stehenden Bahnstrecken zu gleichen Leistungen verbunden, wie solche ihr bezüglich ihrer Stammbahn obliegen.

Für Kriegsbeschädigungen und Demolirungen der Bahnen in beiden Staatsgebieten, mögen solche vom Feinde ausgehen oder im Interesse der Landesvertheidigung veranlaßt werden, soll die Gesellschaft oder deren Rechtsnachfolger einen Ersatz weder vom Preußischen oder Lippischen Staate, noch vom Reiche beanspruchen können.

Artikel XI.

Der Reichs-Telegraphen-Verwaltung gegenüber hat die Gesellschaft bezüglich der in Rede stehenden Bahnstrecken diejenigen Verpflichtungen zu übernehmen, welche für die Eisenbahnen im Gebiete des ehemaligen Norddeutschen Bundes durch den Bundesbeschluß vom 31. December 1868 festgestellt sind.

Artikel XII.

Die Königlich Preußische Regierung wird nach Maßgabe der Preußischen Gesetze vom 30. Mai 1853 und 21. Mai 1859, sowie der dazu etwa noch ergehenden ändernden und ergänzenden Bestimmungen, alljährlich von dem Unternehmen der Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft, einschließlich der im Fürstlich Lippischen Gebiete belegenen Bahnstrecke, eine Eisenbahn-Abgabe erheben und von dieser Abgabe an die Fürstlich Lippische Regierung unter Mittheilung des Repartitionsplanes denjenigen Theil abführen, welcher sich nach dem Verhältniß berechnet, in welchem die Länge der auf Fürstlich Lippischem Gebiete liegenden Bahnstrecke zu der Gesammtlänge des Eisenbahn-Unternehmens steht, dessen Theil sie bildet.

Eine Heranziehung der Eisenbahn-Gesellschaft zu anderweiten directen Staatssteuern wird im Fürstenthum Lippe so lange und insoweit nicht stattfinden, als solches im Königreich Preußen nicht geschieht. Insbesondere wird von der Gesellschaft eine Concessions-Abgabe nicht erhoben werden.

Sollte das Eigenthum an der im Fürstlich Lippischen Gebiete belegenen Bahnstrecke auf die Königlich Preußische Regierung übergehen, (Artikel XIII.) so fällt auch die bezüglich dieser Bahnstrecke in dem ersten Absatz dieses Artikels bezeichnete Besteuerung fort.

Artikel XIII.

Der § 42 des Preußischen Gesetzes über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838, wonach dem Staate vorbehalten ist, das Eigenthum der von ihm concessionirten Privat-Eisenbahnen mit allem Zubehör nach Ablauf von 30 Jahren nach der Betriebseröffnung oder auch später, nach mindestens ein Jahr vorher erfolgter Ankündigung, anzukaufen, wird von der Fürstlich Lippischen Regierung auch für die im Lippischen Gebiete belegene, in Rede stehende Bahnstrecke nebst allem Zubehör in Kraft gesetzt.

Die Fürstlich Lippische Regierung verzichtet indessen zu Gunsten der Königlich Preußischen Regierung auf die eigene Ausübung dieses Ankaufsrechtes und tritt dasselbe hierdurch an die Königlich Preußische Regierung ab.

Desgleichen ist die Fürstlich Lippische Regierung einverstanden, daß in dem Falle, daß das gesammte in Preußen belegene Cöln-Mindener Eisenbahn-Unternehmen in das Eigenthum oder die Verwaltung des Preußischen Staates übergehen sollte, auch die Herford-Detmolder Bahnstrecke in das Eigenthum oder die Verwaltung des Preußischen Staates mit übergeht.

Artikel XIV.

Der zwischen der Fürstlich Lippischen Regierung und der Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft über den Bau und Betrieb der Herford-Detmolder Eisenbahn geschlossene Vertrag d. d. $\frac{\text{Detmold den 26. Mai 1877}}{\text{Cöln den 21. Mai 1877}}$ wird Seitens der Königlich Preußischen Regierung hierdurch genehmigt. Abänderungen dieses

Vertrages bedürfen der Genehmigung des Königlich Preußischen Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Artikel XV.

Sollte in der Folge sich zum Weiterbau der Herford-Detmolder Bahn nach Lemförde oder Bergheim ein Unternehmer finden, so ist die Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft auf Verlangen der Preußischen Staatsregierung verpflichtet, auf die Concession zum Bau und Betriebe der Eisenbahn Herford-Detmold zu verzichten und die schon hergestellten Bahnstrecken gegen Erstattung der von ihr nachweislich darauf verwendeten Anlagekosten incl. Bauzinsen und Kursverluste auf die ausgegebenen Prioritäts-Obligationen (abzüglich etwaiger Abnutzungen, und des von der Fürstlich Lippischen Regierung nach Artikel 5 des Vertrages vom $\frac{26.}{21.}$ Mai 1877 zu leistenden und von dem Unternehmer dieser Regierung zu erstattenden Beitrags von 1,500,000 Mark) an den Eingangs bezeichneten Unternehmer abzutreten, falls sie nicht binnen der vom Königlichen Handels-Ministerium festzustellenden angemessenen Erklärungsfrist definitiv die Verpflichtung zur eigenen Ausführung jenes Weiterbaues binnen einer vom Königlichen Handels-Ministerium festzustellenden ausreichenden Baufrist und unter den Concessions-Bedingungen, welche für die Strecke Herford-Detmold gegeben sind, übernommen haben sollte.

Der Werthbetrag der oben gedachten Abnutzungen soll unter Berücksichtigung etwa vorgekommener Verbesserungen durch zwei Sachverständige ermittelt werden, von denen der neue Unternehmer den einen und die Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft den anderen erwählt. Falls diese Sachverständigen sich weder in der Sache selbst noch in der Wahl eines Obmannes einigen können, wird auf die Entscheidung eines von dem zeitigen Vorsitzenden der geschäfts-

führenden Direction des Deutschen Eisenbahn-Vereins zu erwählenden Obmanns kompromittirt. Geht die Herford-Detmolder Bahn innerhalb der ersten fünf Jahre nach Eröffnung des Betriebes auf einen neuen Unternehmer über, so soll ein Abzug für Abnutzungen nicht gemacht werden.

Die Fürstlich Lippische Regierung wird die Ihrerseits erforderliche Concession zum Weiterbau nach Bergheim ohne erschwerende Bedingungen ertheilen.

Wenn die Concession für den Bau und Betrieb einer Bahn von Herford nach Lemförde oder von Detmold nach Bergheim einem anderen Unternehmer als der Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft ertheilt werden sollte, wird die Fürstlich Lippische Regierung wegen Ihrer etwaigen Ansprüche aus dem im vorigen Artikel bezeichneten Vertrage vom $\frac{26.}{21.}$ Mai 1877 Sich lediglich an die Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft halten.

Falls aber diese Gesellschaft selbst zum Bau und Betriebe der einen oder der anderen oder auch der beiden genannten Bahnen concessionirt werden sollte, verbleibt ihr der nach Artikel 5 des Vertrages vom $\frac{26.}{21.}$ Mai 1877 von der Fürstlich Lippischen Regierung zu leistende Beitrag von $1\,^1/_2$ Millionen Mark zum Eigenthum.

Artikel XVI.

Die Fürstlich Lippische Regierung verzichtet Ihrerseits auf jeden Anspruch auf die Caution, welche in Ihrem Auftrage von der Deutschen Eisenbahn-Bau-Gesellschaft in Gemäßheit des Artikels I des Staats-Vertrages vom 10. Juli 1870 bei der Preußischen General-Staats-Kasse in Effecten zum Nominalwerthe von 150,000 Thaler hinterlegt und demnächst verfallen ist.

Artikel XVII.

Dieser Vertrag soll zur landesherrlichen Ratification vorgelegt und die Auswechselung der darüber ausgefertigten Urkunden in Berlin bewirkt werden.

So geschehen Berlin, den 7. Juni 1878.

gez. **Karl Ursinus.** (L. S.)

August Eschenburg. (L. S.)

Schlußprotokoll.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten sind heute zusammengetreten, um den wegen Anlage einer Eisenbahn von Herford nach Detmold unter ihnen vereinbarten Staats-Vertrag durch ihre Unterschrift zu vollziehen. Hierbei ist zu Artikel XVII. des Staats-Vertrags folgende Erklärung zu Protokoll genommen:

Die Fürstlich Lippische Regierung wird zu diesem Staats-Vertrag die Zustimmung der Lippischen Landstände, welche zu diesem Zwecke alsbald einberufen werden sollen, einholen. Sobald diese Zustimmung erfolgt sein wird, soll die Auswechselung der beiderseitigen Ratifications-Urkunden geschehen.

Berlin, den 7. Juni 1878.

Gez.: **Carl Ursinus.** (L. S.)

August Eschenburg. (L. S.)

№ 1.

Geschehen Detmold am Landtage den 10. Dezember 1877.

Gegenwärtig die Abgeordneten: Dr. von Lengerke, von Kerßenbrock, Obermeier, Corbach, Overbeck, Döpping, Körner, Schmidt, Schemmel, Brand, Rhodovi, Grote, Gevekot, Echterling, Hausmann, Sprütten, Husemann und Büxten, so wie der unterzeichnete Landsyndikus Preuß.

In Folge des Einberufungsschreibens Fürstlichen Cabinets-Ministeriums vom 22. November hatten sich die vorbezeichneten Abgeordneten heute um 11 Uhr zur ersten Sitzung im Sitzungssaale des Landtags versammelt.

Der bisherige Präsident, Abg. Dr. von Lengerke eröffnet die Sitzung und theilt der Versammlung zunächst mit, daß Abg. Asemissen Krankheits-halber um einen vorläufigen Urlaub nachsuche, welcher jenem auch bewilligt wird; sodann verliest derselbe ein Schreiben des früheren Abg. Dr. Cäsar, worin derselbe seine Mandatsniederlegung anzeigt. Hierauf wird ein Schreiben des Regierungs-Präsidenten Eschenburg vom 5. d. M., die Eröffnung des Landtags betr., mitgetheilt.

Bei der nunmehr vorgenommenen Wahl eines Präsidenten wird Abg. Dr. von Lengerke mit 17 Stimmen wiedergewählt, 1 Stimme fällt auf den Abg. Sprütten. Dr. von Lengerke dankt der Versammlung für den wieder-holten Beweis von Vertrauen und bittet um die Unterstützung der Abgeordneten,

damit trotz der in Folge des Inhalts und der Form des jüngsten Landtagsabschiedes erklärlichen Verstimmung und Besorgniß ein nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit liegendes Zusammenwirken der beiden gesetzgebenden Faktoren und damit die Förderung des Wohls des Landes erzielt werde.

Bei der nunmehr vorgenommenen Wahl eines Vice-Präsidenten erhält Abg. Sprütten 8, Abg. Hausmann 7 Stimmen; da Keiner die absolute Majorität erhalten hat, ist eine engere Wahl erforderlich, obschon Abg. Sprütten erklärt, daß ihm Uebernahme des ehrenvollen Postens aus Gesundheitsrücksichten, welche ihn sogar überhaupt die Annahme eines Mandats haben zweifelhaft erscheinen lassen, unmöglich sein werde. Bei der engeren Wahl erhält Jeder der beiden Abgeordneten 9 Stimmen, weshalb die Entscheidung durch das Loos zu fällen ist. Das vom Vorsitzenden gezogene Loos entscheidet für den Abg. Sprütten.

Da dieser aus oben angeführtem Grunde nunmehr bestimmt die Annahme der Wahl ablehnt, wird ein nochmaliger Wahlgang nöthig. Hierbei erhalten Abg. Hausmann 7, Abg. Gevekot 6, Abg. Overbeck 4 Stimmen und Abg. Brand 1 Stimme.

Bei der engeren Wahl erhalten Abg. Hausmann 10 und Abg. Gevekot 8 Stimmen, Ersterer ist somit gewählt und nimmt die auf ihn gefallene Wahl unter dem Ausdrucke des Dankes für das ihm erwiesene Vertrauen an.

Hiernächst schreitet der Landtag zur Wahl eines Ausschußdeputirten an Stelle des ausgeschiedenen Dr. jur. Cäsar. Auf Abg. Sprütten fallen 9, auf Abg. Overbeck fallen 8 Stimmen und auf Abg. Brand fällt 1 Stimme. Bei vorgenommener engerer Wahl erhalten die Abg. Sprütten und Overbeck je 9 Stimmen. Das durch die Hand des Präsidenten gezogene Loos trägt den Namen des Abg. Overbeck, welcher sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden ist der Landtag damit einverstanden, daß die Prüfungen der Wahlen der an Stelle der ausgeschiedenen Abgg. Dr. Cäsar und Steneberg zu wählenden Abgeordneten von den im Dezember v. J. gewählten entsprechenden beiden Wahlabtheilungen zur Prüfung der Wahl der beiden früheren Abgg. vorgenommen werden, bezw. daß die zu Wählenden den korrespondirenden Wahlabtheilungen zugewiesen werden.

Der Vorsitzende bringt hiernächst ein Schreiben des Regierungs-Präsidenten Eschenburg zur Verlesung, wonach derselbe eine nochmalige Vereidigung der heute Gewählten für nicht erforderlich hält. Der Landtag billigt die desbezügliche Anschauung des Regierungsvertreters.

Sodann gelangt ein Schreiben des Regierungs-Präsidenten Eschenburg zur Verlesung, womit die Vollmacht für denselben als Kommissarius Sr. Durchlaucht des Fürsten überreicht und zugleich dem Landtage die Mittheilung gemacht wird, daß der landesherrliche Kommissarius in Begleitung der Mitglieder Fürstlicher Regierung morgen um 11 Uhr zur Eröffnung des Landtags im Sitzungslokale desselben sich einfinden werde.

In Betreff des letzteren Punktes ergreift zunächst Abg. von Kerßenbrock das Wort und führt aus, daß nach § 29 der Verfassung vom 6. Juli 1836 die feierliche Eröffnung des Landtags im Residenzschlosse stattzufinden habe, daß dies bisher stets innegehalten sei und in dem nunmehr proponirten Modus eine Zurücksetzung der Rechte des Landtags liege, weshalb er den Antrag stelle: „Der Landtag wolle beschließen: In Erwiderung auf das Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums vom 6. d. M., die Eröffnung der Landtagsversammlung betr., erklärt der Landtag, daß die Eröffnung in seinem Sitzungslokale dem § 29 der Verfassung vom 6. Juli 1836 nicht entspricht, und richtet an Fürstliches Cabinets-Ministerium das Ersuchen, dafür Sorge

zu tragen, daß hinsichtlich der Form der Eröffnung die verfassungsmäßigen Bestimmungen gewahrt werden."

Abg. Hausmann macht hiergegen bemerklich: obschon die Aenderung der Form der Eröffnung keinen erfreulichen Eindruck mache, habe der Landtag bei seiner jetzigen Zusammensetzung und Stellung und bei dem provisorischen Charakter der Verfassungbestimmungen, als welche er zunächst nur das Gesetz vom 24 Juni 1876 anzuerkennen vermöge, doch keine Veranlassung, auf Einhalten dieser Form zu bestehen, umso weniger, da eine Rechtsforderung auf Gewährleistung des alten Modus für den Landtag nicht vorliege und der in dem Antrage liegende Protest im Fall einer Zurückweisung nicht verwirklicht werden könne. Die Abgg. Büxten und Grote treten den Ausführungen des Abg. Hausmann bei.

Abg. von Kerßenbrock hebt hervor, daß allerdings vielleicht eine Auflösung des Landtags durch den in seinem Antrage liegenden Protest beschleunigt werde, da Berathungen, so lange die Eröffnung nicht statt gefunden, nicht möglich sind, daß ihm jedoch in der Abweichung von der verfassungsmäßigen Form eine weitere Zurücksetzung und Beleidigung des Landtags und des Landes zu liegen scheine, zu deren Zurückweisung er nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung zu haben glaube.

Abg. Dr. von Lengerke äußert sich dahin: Die Mehrheit des Landtags anerkenne die Verfassung von 1836 als noch zu Recht bestehend, und müsse er sich, soweit dieselbe nicht thatsächlich oder durch widersprechende Bestimmungen geändert sei, an den Wortlaut derselben halten, folglich auch verlangen, daß dem Landtage das gewährt werde, was ihm nach § 29 zustehe; im Uebrigen enthalte der Antrag keinen Protest, sondern ein Ersuchen an das Cabinets-Ministerium, so zu handeln, wie die Verfassung vorschreibt; auch ihm scheine in

der Abweichung von der hergebrachten verfassungsmäßigen Form eine weitere Zurücksetzung des Landtags zu liegen, und werde er, ebensowenig wie der Antragsteller, einer Eröffnung im Landtagslokale beizuwohnen sich veranlaßt finden.

Auf Veranlassung des Abg. Overbeck konstatiren die Abgg. Obermeier und Büxten, daß früherhin die Eröffnung des Landtags durch einen landesherrlichen Kommissarius im Residenzschlosse stets stattgefunden habe.

Nachdem Abg. Schemmel sich für den Antrag ausgesprochen hat, bemerkt Abg. Gevekot: obschon in der Verfassung von 1836, deren Rechtsbeständigkeit anzuerkennen er nicht umhin könne, die Eröffnung auf dem Residenzschlosse vorgeschrieben sei, könne er die Bestimmung doch nur als eine Etikettefrage ansehn, welche eigentlich gar nicht in die Verfassung gehöre; ihm scheine in dem seitens des Regierungs-Kommissarius beliebten Modus keine Beleidigung des Landtags, sondern vielmehr ein Entgegenkommen seitens der Regierung zu liegen, da er eine Eröffnung in dem Landtagslokale für den Fall, daß Se. Durchlaucht in Person den Landtag zu eröffnen nicht belieben, für ganz passend halte. Redner ist mit dem Abgeordneten Büxten der Ansicht, daß die Herbeiführung eines Konflikts auf Grund einer solchen Formdifferenz und am Ende gar die Auflösung des Landtags als weitere Konsequenz nur bedauerlich sein werde.

Nach längerer Debatte wird der Antrag von Kerßenbrock angenommen.

Hiermit wird die heutige Sitzung geschlossen. Die Zeit der nächsten Sitzung kann erst bestimmt werden, nachdem über die Eröffnung des Landtags Näheres bestimmt ist.

V. g.- u.

von Lengerke
unterschrieben.

G. w. o.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 2.

Geschehen Detmold am Landtage den 11. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden hatten sich die Abgeordneten heute Morgen 11 Uhr im Sitzungslokale des Landtags eingefunden, um von einem Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums Kenntniß zu nehmen, wonach die Eröffnung des Landtags heute Morgen um 12 Uhr im Residenzschlosse stattfinden soll und ferner die Verpflichtung des Vicepräsidenten und dritten Ausschuß-Deputirten heute hier geschehen soll.

Es fand sich demgemäß der Geheime Regierungsrath Meyer in Begleitung des Regierungssekretärs Ulrich im Sitzungslokale ein, produzirte eine von Sr. Durchlaucht dem Fürsten ausgestellte und ihn zur Vornahme der fraglichen Handlungen autorisirende Vollmacht und verpflichtete hiernächst den Vicepräsidenten Abg. Hausmann und den neu gewählten Ausschuß-Deputirten Abg. Overbeck unter Hinweisung auf den bereits bei Eintritt in den Landtag geleisteten Verfassungseid.

Nachdem der Vorsitzende die nächste Sitzung auf heute Nachmittag 5 Uhr anberaumt hatte, und auf die Tagesordnung hierfür die Wahl der nöthigen Kommissionen so wie die erste Lesung des Etatgesetzes gestellt worden war, wurde die heutige Sitzung geschlossen.

V. g. u.

von Lengerke
unterschrieben.

G. w. o.

Zur Begl.: Preuß.

№ 3.

Geschehen Detmold am Landtage den 11. Dezember 1877, nachmittags.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Präsident Eschenburg und Assessor Dr. jur. Dreves.

Nach Vorlesung und Genehmigung der über die Sitzung von gestern und heute Morgen aufgenommenen Protocolle bringt der Vorsitzende folgende Eingänge zur Kenntniß der Versammlung:

1) Eingabe des Kuratoriums der Lemgoer Töchterschule, Befürwortung eines Zuschusses aus Staatsmitteln betr.

2) Antrag der Abgg. Overbeck, Gevekot und Husemann, Herstellung eines Inhaltsverzeichnisses zu dem letzten Bande der Landtagsverhandlungen betreffend.

Ersterer Eingang wird dem Finanz-Ausschusse überwiesen, der zweite soll auf eine der nächsten Tagesordnungen zur Berathung verstellt werden.

Auf der heutigen Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Finanzausschusses, zu dem außer den drei Ausschuß-Deputirten noch vier Mitglieder bestimmt werden müssen. Es werden gewählt: Abg. Gevekot mit 18, Abg. Hausmann mit 18, Abg. Brand mit 14 und Abg. von Kerßenbrock mit 11 Stimmen.

Sodann schreitet man zur Wahl des Petitions-Ausschusses, welcher aus fünf Mitgliedern bestehen soll. Es werden erwählt: die Abgg. von Lengerke mit 17, Sprütten mit 16, Körner und Schemel je 12, Hausmann mit 10 Stimmen.

Weiter steht auf der Tagesordnung die erste Lesung der Vorlage betreffend die Feststellung des Landkassen-Etats für die Jahre 1878 und 1879. Nach Verlesung der einleitenden Bemerkungen sowie des vorgelegten Gesetzentwurfs ergreift zunächst das Wort der Abg. Hausmann, welcher sich gegen die mit Berufung auf das Verfassungsgesetz von 1836 vorgeschlagene zweijährige Finanzperiode erklärt und der Ansicht ist, daß man durch Annahme des Vorschlags einer Bestimmung der demnächst zu berathenden Verfassung vorgreife. Auch aus sachlichen Gründen schlägt Redner in Anbetracht der bevorstehenden gewaltigen Umgestaltungen auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung und dem der Gerichtspflege sowie der geringen Schwierigkeit einer jährlichen Konvokation des lippischen Landtags der Versammlung vor, sich nur mit dem Etat für 1878 zu beschäftigen.

Abg. Sprütten ist im Prinzip mit einer zweijährigen Finanzperiode einverstanden, erklärt sich aber augenblicklich dagegen, einmal wegen der in Aussicht stehenden Gerichtsverfassungsreformen und sodann aus dem Grunde, weil demnächst sonst wieder bei einer vierjährigen Legislaturperiode dieser Landtag den Etat für bloß ein Jahr zu berathen haben werde.

Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt: der Vorschlag einer zweijährigen Finanzperiode sei aus Zweckmäßigkeitsrücksichten entsprungen und eigne sich ganz besonders für die gegenwärtige Legislaturperiode, wo ein so mannichfaltiges Gesetzgebungsmaterial vorliege, daß eine Zeitersparniß sehr geboten erscheine; den hervorgehobenen praktischen Bedenken halte er entgegen, daß durch einen Nachtragsetat das Erforderliche keirt werden könne.

Abg. Dr. von Lengerke erklärt sich aus Zweckmäßigkeitsgründen, einmal wegen des Abschlusses des Etats mit einem Defizit und sodann wegen der beabsichtigten Einführung neuer Steuern, zur Zeit mit dem Vorschlage des

Abg. Hausmann einverstanden, wogegen Vorredner bemerklich macht, daß gerade die Schwierigkeiten bei Veranlagung der neuen Steuern u. s. w. die zweijährige Veranlagung des Etats wünschenswerth erscheinen lassen.

Auf die Erinnerung des Abg. Hausmann, zu seinem Bedauern vermisse er im Etat die Aufnahme der Verbesserungen der Lehrergehalte, entgegnet Regierungs-Präsident Eschenburg, daß dem Landtage dieserhalb eine besondere Vorlage demnächst zugehen werde.

In Beziehung auf die geschäftliche Behandlung der Vorlage empfiehlt der Vorsitzende Berathung im Plenum und eventuelle Verweisung einzelner Titel an den Ausschuß, was von der Versammlung genehmigt wird.

Eine vom Vorsitzenden aufgeworfene Frage, ob die Zinsen der verfallenen Eisenbahnkaution nicht wenigstens vor der Linie hätten ausgeworfen werden müssen, beantwortet Regierungs-Präsident Eschenburg mit dem Hinweis auf den früheren Langtagsbeschluß, wonach nicht nur die Kaution selbst, sondern auch die Zinsen der Regierung überwiesen worden seien, bei welcher Gelegenheit derselbe hervorhebt, daß die Eisenbahnangelegenheit nicht ruhe, daß vielmehr seitens der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft die Konzessionsertheilung beim preußischen Handelsministerium nachgesucht und dessen Entscheidung hoffentlich bald zu gewärtigen sei.

Hiermit schließt die erste Lesung.

Auf Antrag des Abg. Hausmann genehmigt die Versammlung die Abkürzung des zwischen der ersten und zweiten Lesung vorgeschriebenen Zeitraums, und wird sonach die zweite Lesung morgen beginnen.

Auf der Tagesordnung der für morgen früh 10 Uhr anberaumten Sitzung steht:

1, Der heute eingegangene Antrag der Abgg. Overbeck, Gevekot und Husemann.

2, Zweite Lesung des Etats.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: Preuß.

№ 4.

Geschehen Detmold am Landtage den 12. December 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Assessor Dr. jur. Dreves.

Nach Vorlesung und Genehmigung des über die letzte Sitzung aufgenommenen Protokolls bringt der Vorsitzende folgende Eingänge zur Kenntniß der Versammlung:

1. Bericht des Unterzeichneten in Betreff des von den Erben der Gräfin Haßlingen gegen die Landstände wegen Edition von Urkunden angestrengten Prozesses (vergl. Protokoll v. 16. Januar d. J., Nr. 1 der Eingänge). Hiernach sind die Kläger mit ihrer Klage in allen drei Instanzen wegen zeitiger Unzulässigkeit abgewiesen und sind wegen eines Wechsels in der Person der Anwälte nur 15 Mark als Gebür der Arrha auf die Landkasse zu über-

nehmen, womit die Ausschußdeputirten und ebenso auch der Landtag sich einverstanden erklären.

2, Eine Eingabe der Abgg. Echterling, Büxten, Schmidt, Husemann, Grote, sowie des Abg. Hausmann, „Motivirung der Abstimmung" in Betreff des vom Abg. von Kerßenbrock am 10 d. M. wegen Eröffnung des Landtags eingebrachten Antrags, welche diesem Protokolle angelegt ist.

3, Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, womit der Voranschlag der Heil- und Plegeanstalt zu Brake für 1878 zur Einsichtnahme mitgetheilt wird.

4, Ein Schreiben derselben Behörde bezüglich der vom Landtage gewünschten Revision der Verordnung vom 11. October 1864 wegen Eindeckens der Dächer mit Hohlziegeln in Strohdocken.

5, Ein weiteres Schreiben, die vom Landtage gemachten Ausstellungen der Verordnung wegen zwangsweiser Untersuchung des Schweinefleischs auf Trichinen betr.

6, Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, die zur Verhütung von einigen bei den Wahlen der Abgg. Husemann und Gevekot vorgekommenen Unregelmäßigkeiten getroffenen Vorkehrungen betr.

7, Ein auf die angeblichen Unregelmäßigkeiten bei der Landtagswahl in Bexten bezügliches Schreiben derselben Behörde mit den Acten, welche der betr. Wahlabtheilung überwiesen werden.

Auf der heutigen Tagesordnung steht zunächst ein Antrag der Abgg. Overbeck, Gevekot und Husemann, welcher auf bald thunlichste Herstellung eines alphabetischen Inhaltsverzeichnisses zu den Landtagsprotokollen der vorigen Session hinzielt. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß dies als eine Sache des Landtags zu betrachten sei, wird das Präsidium ermächtigt,

einen solchen Index gegen angemessenen Entgelt herstellen zu lassen. Das Präsidium ermächtigt sofort den Landsyndikus, den fragl. Index gegen Entgelt herzustellen oder herstellen zu lassen.

Sodann wird mit zweiter Lesung der Vorlage, betreffend die Feststellung des Landkassen-Etats für 1878 und 1879 begonnen.

Ein vom Abg. Hausmann mit Bezug auf die gestrigen Bemerkungen gestellter Antrag, nur den Etat für das Jahr 1878 festzustellen, wird zum Beschlusse erhoben.

Die Position I, 3, A der Einnahme findet Annahme unter dem Vorbehalt, daß der approximative Betrag der vom Paragium des erbherrlichen Hauses Schaumburg-Lippe im Amte Blomberg zu entrichtenden Grundsteuer in dritter Lesung eingestellt werde.

Eine zu Titel I, 3, F vom Abg. Gevekot geäußerte Bemerkung, wie die Herabsetzung der Gewerbesteuer-Einnahme mit dem in den Vorbemerkungen wegen Anstellung des 21. Gendarmen betonten Wachsen des Gewerbebetriebs im Umherziehen zu vereinen sei, beantwortet Assessor Dr. Dreves dahin, daß der fragl. Gewerbebetrieb allerdings zugenommen habe, jedoch das Ergebniß hinter dem für 1877 ausgeworfenen Betrage bedeutend zurückgeblieben sei.

Zu Titel I, 5, A stellt Abg. Gevekot den Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, zukünftig gleichzeitig mit dem Staatshaushaltsplan einen Nebenetat über Einnahme und Ausgabe der Landeskreditinstitute dem Landtage zugehen zu lassen.

Abg. Hausmann erinnert an die bezüglich der Leihekasse vom Landtage in letzter Session gefaßten Beschlüsse und sucht deren Billigkeit und Angemessenheit zu motiviren. Redner nimmt die bezüglichen Anträge wieder auf

und schlägt gleichzeitig vor, die Frage wegen Wiederaufnahme der Anträge an den Ausschuß zu verweisen.

Der Vorsitzende, Dr. von Lengerke, theilt als Mitglied des Landkassen-Administrations-Kollegiums der Versammlung verschiedene thatsächliche Angaben mit, insbesondere bezüglich der von der Direktion der Leihekasse veranlaßten Erhöhung des Zinsfußes.

Assessor Dr. Dreves erklärt sich zu der Mittheilung ermächtigt, daß wegen Verwendung der Leihekassen-Ueberschüsse in der zu erwartenden Vorlage wegen der Elementarlehrergehalte Bestimmung getroffen sein werde und daß andere Punkte am Besten bei der im Landtagsabschiede in Aussicht gestellten Neuberathung von Statuten Berücksichtigung zu finden haben.

Abg. Gevekot proponirt, auch seinen Antrag zur Prüfung an den Ausschuß zu verweisen.

Bei der Abstimmung finden die Anträge Gevekot und Hausmann Annahme

Ueber Titel I, 7, A, 1 entspinnt sich eine Debatte, ob die zurückgezahlten Darlehne in der Landkasse Aufnahme finden sollen; Abg. Hausmann erklärt, daß er sich einen Antrag für die dritte Lesung vorbehalte.

In Betreff der Position Titel I, 7, A, 2 erklärt auf eine Anfrage des Abg. Gevekot Assessor Dr. Dreves, daß voraussichtlich sehr bald eine weitere Einnahme aus Vertheilung des Rests der französischen Kriegskostenentschädigung zu erwarten sei.

Bei Durchnahme der Anlage 4 verstellt zunächst Abg. Dr. von Lengerke die Frage zur Erwägung, ob nicht bei Substanzveränderungen des Landesvermögens das Landkassen-Administrations-Kollegium gemäß der Bestimmung und des Charakters desselben billig um seine Zustimmung gefragt werden müsse. Abg. Husemann hält es für angemessen, daß nicht der Nominalwerth, sondern

der Ankaufs- oder Kurswerth der Werthpapiere als Landesvermögen ausgeworfen werde.

Abg. Hausmann beantragt: den Finanz-Ausschuß mit Entwerfung von Normen zu beauftragen, welche beim Ankauf oder der Veräußerung fremder Werthpapiere für die Landkasse zu beachten sind, und ergänzt auf Veranlassung des Abg. von Lengerke seinen Antrag dahin, daß der Ausschuß gleichzeitig mit Prüfung der Frage, zu welchem Betrage die angekauften Werthpapiere im Etat anzusetzen seien, beauftragt werde.

Abg. von Kerßenbrock ist der Ansicht, daß vor dem Ankaufe von Werthpapieren auf Abtragung der Passiva Bedacht zu nehmen sei, wogegen Abg. Gevekot bemerklich macht, daß eine Ausführung dieses Vorschlags schwierig sein werde, weil viele Passivkapitalien unkündbar bei der Landkasse belegt seien.

Abg. Dr. von Lengerke erklärt sich gegen eine Abtragung der Passiva, einmal, weil die Werthpapiere einen höheren Zinsgenuß garantiren, und sodann, weil der Staat ein gewisses Interesse daran hat, Unterthanen als seine Gläubiger zu gewinnen, da dadurch das Interesse der Gläubiger am Staate geweckt werde.

Abg. Husemann proponirt dem Finanz-Ausschusse Prüfung der Frage, ob nicht eine Belegung der Activa bei der Leihekasse zu empfehlen sein dürfte.

Abg. Overbeck vermeint, es sei zweckmäßig, die demnächst liquide zu stellenden bedeutenden Summen für die Landesvermessung, die Eisenbahn und eventuell ein Gerichtsgebäude ꝛc. nicht neu anzuleihen, sondern aus den Aktivis zu entnehmen.

Abg. Schemmel beantragt, die Positionen Titel I, 7, A, 2 und Titel I, 7, B an den Finanz-Ausschuß zur Prüfung auf Grund der heutigen Debatte zu verweisen.

Dieser Antrag findet, nachdem Abg. Hausmann den von ihm gestellten zurückgezogen hat, Annahme.

Zu Titel IV bemerkt auf Befragen Assessor Dr. Dreves, es werde wegen Uebernahme des Stadtgerichts Detmold dem Landtage eine besondere Vorlage zugehen.

Die übrigen Positionen der Einnahme werden genehmigt.

Zur Ausgabe verliest zunächst der Vorsitzende zur Position 9 der Anlage 3 ein soeben eingegangenes Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, das Resultat der auf Antrag des Landtags eingeleiteten Untersuchung betr., und wird diese Position mit dem Eingange dem Finanz-Ausschusse überwiesen.

Zur Position 20 derselben Anlage bemerkt Assessor Dr. Dreves, daß bislang die Gendarmen keinen gesetzlichen Anspruch auf Pension gehabt haben und dieserhalb dem Landtage eine besondere Vorlage zugehen würde.

Abg. Dr. von Lengerke schlägt Verweisung dieses Postens zur näheren Prüfung an den Ausschuß vor, womit die Versammlung einverstanden ist.

Titel I, 4 geht ebenfalls zur näheren Prüfung an den Ausschuß.

Abg. von Kerßenbrock hebt zu Titel I, 5 hervor, daß an dieser Stelle die wieder eingegangenen, an Reservisten und Landwehrmänner ausgeliehen gewesenen Kapitalien aufzuführen seien, da er ein Verzehren der Bestände, wozu auch diese Kapitalien gehören, nicht für angemessen erachte. Redner behält sich einen Antrag für die dritte Lesung bevor.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Berathung des Ausgabe-Etats bei Titel II bis morgen früh 10 Uhr vertagt.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 5.

Geschehen Detmold am Landtage den 13. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Assessor Dr. jur. Dreves.

Nach Vorlesung und Genehmigung des über die gestrige Sitzung aufgenommenen Protokolls bringt der Vorsitzende die Eingänge zur Kenntniß der Versammlung:

1, Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums mit folgenden Vorlagen:

a, Proposition, den Erlaß 1. eines Gesetzes bezüglich des Eigenthumserwerbes an Grundstücken und deren dinglicher Belastung, 2. eines Gesetzes bezüglich einer Grundbuchordnung betr.

b, Proposition wegen Erlaß eines Einführungsgesetzes hierzu.

c, Gesetzentwurf, die Vermarkung der Bezirksgrenzen und der Grenzen der Eigenthumsstücke bei der Landesvermessung betr.

2, Ein Schreiben des Magistrats zu Herford mit Abschrift eines an Fürstliches Cabinets-Ministerium eingereichten Gesuchs, eventuellen Anschluß des Fürstenthums Lippe an das Landgericht Herford betr. Ein Antrag des Abg. Gevekot, Berathung dieses Schriftstücks auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen, findet Annahme.

3, Ein von sämmtlichen Abg. unterschriebener Antrag, Vereinbarung eines anderweiten Ausgleichs wegen des Domaniums betr.

Der Landtag nimmt hiernächst die Etatsberathung wieder auf. Assessor Dr. Dreves bemerkt zuvörderst auf zwei gestern an ihn gerichtete Fragen, daß der jetzt eingehende Antheil an der französischen Kriegsentschädigung 36,969 M. betrage und daß für den zuletzt aus diesem Fonds eingegangenen Betrag 4% posensche und sächsische Pfandbriefe angekauft seien.

Auf Anfrage des Abg. von Kerßenbrock erklärt Assessor Dr. Dreves, wegen Baus einer Chaussée von Barntrup nach Schieder werde dem Landtage eine besondere Vorlage zugehen.

Die Position II, 2 D Weser-Uferbauten wird auf Antrag des Abg. Schemmel, welcher die ihm wiederholt gemachte Mittheilung, jene Bauten werden nur zum Schutze der Ufer der Domäne Varenholz aus diesem Fond aufgeführt und müssen Private ihre nöthigen Bauten selbst bezahlen, dem Landtage mittheilt, an den Finanz-Ausschuß verwiesen.

Zu II, 3 entgegnet Assessor Dr. Dreves auf eine Aeußerung des Abg. Schemmel, die Regierung habe schon die Frage in Erwägung gezogen, ob nicht die Schenkwirthe auch hier zu Lande zur Benutzung geeichter Gefäße beim Ausschenken anzuhalten seien.

Bei Titel III, 1 und der dazu gehörigen Anlage 5 erklärt auf Veranlassung des Abg. Dr. von Lengerke der Abg. Schemmel, er behalte sich den Antrag, daß der Landtag die einzelnen Positionen in Beziehung auf eigentlichen Gehalt und bewilligte Zulagen so auffasse, wie sie im Etat für 1877 angeführt gewesen seien, zur dritten Lesung für den Fall bevor, daß der Regierungs-Kommissarius eine entsprechende Antwort nicht ertheilt haben sollte.

Die Position III, 5 wird vom Abg. Dr. von Lengerke beanstandet, welcher eine nähere Begründung vermißt.

Assessor Dr. Dreves motivirt den Ansatz damit, daß die Geschäfte des Stellvertreters des lippischen Bundestagsbevollmächtigten an Umfang gewonnen haben und die Aufnahme des seit mehreren Jahren figurirenden Postens als ständige Etatsposition sich mit Rücksicht auf die nothwendige Beibehaltung desselben für die nächsten Jahre erkläre.

Nach längerer Debatte wird ein Antrag des Abg. Hausmann auf Verweisung an den Ausschuß zur Prüfung angenommen.

Bei Durchnahme der Anlage 6 behält sich Abg. Overbeck einen Antrag, die Verweisung der Remuneration eines Hülfsarbeiters beim Stadtgerichte Detmold von den etatmäßigen Gehalten unter Position III, 2 betr., bis zur Berathung der betr. Spezialvorlage vor.

Abg. Dr. von Lengerke wiederholt seine schon früher geäußerten Bedenken wegen Zusammenfassung der Gehalte und Zulagen auch hier und hebt ferner hervor, daß statt der Namen hier nur der Anstellungsort genannt sei, wodurch es fraglich erscheine, ob der Gehalt an die Stelle oder an die Person geknüpft sei..

Assessor Dr. Dreves entgegnet, nach Ansicht der Regierung sei der Gehalt an die Stelle geknüpft, wogegen Abg. Hausmann bemerklich macht, daß früher stets die persönlichen und sachlichen Verhältnisse sowie das Dienstalter berücksichtigt seien. Abg. Echterling erwähnt, daß der Gehalt nach Maßgabe der Stellen nicht berechnet zu sein scheine.

Abg. Dr. von Lengerke wünscht genaue Auskunft hierüber und Beibehaltung der früheren Form des bezüglichen Titels bezw. der Anlagen.

Zu Titel V, 1, B schlägt Abg. Gevekot Erhöhung der Summe von 10000 auf 20000 M. vor, da eine längere Herbstsession in Aussicht gestellt sei; der Antrag findet jedoch keine Annahme.

In Betreff der Position Titel V, 2, A, 2 entspinnt sich eine längere Debatte wegen Bewilligung des Gehalts für den 21. Gendarmen.

Die Abgg. von Kerßenbrock und Hausmann halten dafür, daß eine Vermehrung der Zahl der Gendarmen auch in den Vorbemerkungen zum Etat nicht genügend motivirt sei, zumal in Nachbarländern der Auffichtsbezirk der Gendarmen viel größer als hier sei; Abg. von Kerßenbrock beantragt Herabsetzung der Position auf 18540 M. Abg. Overbeck befürwortet die Proposition, Abg. Gevekot hält Verweisung an den Ausschuß für zweckentsprechend, damit die Regierung sich über die beabsichtigte räumliche Abgrenzung des Bezirks für den neuen Gendarmen näher auslassen könne.

Die Abgg. Büxten, von Lengerke und Sprütten sind, allerdings aus verschiedenen Gründen gegen die Bewilligung.

Nach Ablehnung des Antrags Gevekot wird der Antrag von Kerßenbrock genehmigt.

In Uebereinstimmung hiermit werden die Positionen V, 2, B 2 und V, 2, C um je 50 M., V, 2, D um 10 M. ermäßigt.

Bei Titel V, 2, E bemerkt Assessor Dr. Dreves dem Abg. von Kerßenbrock, daß nach dem Berichte des Kommandeurs die Anschaffung neuer Gewehre nöthig sei; diese Position wird dem Ausschusse zur näheren Prüfung überwiesen.

Abg. von Kerßenbrock hält bei Durchnahme der Anlage 8 die Forderung von 600 M. für Anschaffung wollener Decken in Anbetracht der geringen Zahl der Gefangenen für zu hoch; die Abgg. Schemmel, Sprütten und Husemann sind der Ansicht, daß der Tagelohn für die Arbeiter von 80 Pf. auf 1 Mark erhöht werden könne, wogegen Abg. Grote bemerklich macht, daß die Gefangenen nicht so viel als andere Arbeiter zu leisten vermögen und eine Erhöhung vielleicht nicht im Interesse der Anstalt liege.

Auf Antrag des Abg. von Kerßenbrock wird die Position „Strafanstalten" dem Ausschusse zur näheren Prüfung zugetheilt.

Die Berathung des Titels VI wird auf Antrag des Abg. Gevekot ausgesetzt, bis der Ausschuß in Betreff der Leihekasse berichtet hat und in Bezug hierauf Beschluß gefaßt ist.

Titel V, 2, A, Gymnasium zu Detmold, mit der Anlage 9 veranlaßt den Abg. Schemmel zu dem Antrage, die ganze Position an den Ausschuß zu verweisen, da einmal die Einstellung der Normaletatssätze nicht korrekt sei und ferner die proponirten Bauten nähere Prüfung verdienen.

Dem Abg. von Kerßenbrock erscheint die Einrichtung neuer Klassenräume nicht nöthig, da Kreirung neuer Klassen nicht intendirt sei, und die Anschaffung einer Schlaguhr als überflüssig.

Abg. Hausmann trägt ebenfalls wegen der beabsichtigten Bauten und Anschaffung Bedenken; Abg. von Lengerke bemerkt, daß die Aufnahme der Normaletatssätze im Etat im Widerspruche mit dem Landtagsabschiede stehe.

Die Position wird an den Ausschuß verwiesen.

Anlage 10 urgirt Abg. Schemmel, daß hiernach der Zuschuß aus der Landkasse nur 127866 M. und nicht, wie im Hauptetat angegeben sei, 133191 M. beantrage, sowie ferner, daß nach den von Lehrern angelegten Obstgärten zu urtheilen der Unterricht in der Obstbaumzucht sehr mangelhaft sein müsse und er, falls nicht Verlegung des Obstgartens in der Vorlage intendirt worden, Streichung der für den fragl. Unterricht angesetzten 150 Mark beantragt haben würde.

Abg. von Kerßenbrock bemerkt, daß früherhin dieserhalb dem Landtage entgegnet worden, der betr. Lehrer sei auf Lebenszeit angestellt, was untersucht

werden müsse; Redner stellt den Antrag auf Streichung der 150 Mark für Unterricht in der Obstbaumzucht.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Sitzung aufgehoben. Auf der Tagesordnung der für morgen früh 10 Uhr anberaumten Sitzung steht die Berathung der beiden heutigen Eingänge Nr. 2 und 3 und Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 6.

Geschehen Detmold am Landtage den 14. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Präsident Eschenburg, Geh. Regierungsrath Meyer und Assessor Dr. jur. Dreves.

Nachdem das Protokoll über die gestrige Sitzung vorgelesen und genehmigt worden, werden folgende Eingänge angezeigt:

1, Proposition, die Abtretung der Gerichtsbarkeit der Stadt Detmold vom 1. Januar 1878 ab betr., deren Berathung als dringlich bezeichnet ist.

2, Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums mit den weiteren Propositionen, die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer und einer Gewerbesteuer betr.

Zum ersten Gegenstande der Tagesordnung wird zuvörderst das Schreiben des Magistrats der Stadt Herford verlesen, wonach die Verwendung des Landtags im Falle, daß das Fürstenthum keinen besonderen Landgerichtsbezirk bilden solle, für die Stadt Herford als Landgerichtssitz angegangen wird. Zu diesem Gegenstande der Tagesordnung liegt folgender Antrag der Abgg. Gevekot, von Kerßenbrock und Schemmel vor:

Der Landtag wolle beschließen:

I. Fürstliches Cabinets-Ministerium zu ersuchen, über die Grundzüge des nach der Eröffnungsrede dem Landtage erst im Herbst k. J. vorzulegenden Planes der Justizreform schon jetzt dem Landtage Mittheilung zu machen, insbesondere über Zahl und Sitz der Amtsgerichte, über das Landgericht und Oberlandesgericht, so wie über die etwaigen Mehrkosten, welche dem Lande durch Errichtung eines eigenen Landgerichts voraussichtlich erwachsen werden, Auskunft zu ertheilen,

II. Fürstliches Cabinets-Ministerium um Auskunft darüber zu ersuchen, welche Schritte seitens desselben gethan sind, um auch in dem eventuellen Falle, daß die Errichtung eines eigenen Landgerichts für nicht thunlich erachtet werden sollte, die Ausführung der Reichs-Justizgesetze in einer für das Land möglichst vortheilhaften Weise zu sichern,

III, die vorstehenden Anträge für dringlich zu erklären und sofort zur Berathung zu ziehen.

Abg. Gevekot motivirt die Anträge in kurzen Worten damit, daß der Landtag bei dem hohen Interesse der Justizreform jedenfalls schon jetzt berechtigt erscheine, über Plan und Grundzüge der von der Regierung intendirten Maßnahmen Auskunft sich zu erbitten.

Zunächst wird der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Regierungs-Präsident Eschenburg entgegnet in Bezug auf die in den Anträgen gestellten Anfragen sofort: die Regierung habe dem Landtage bereits in der vorigen Session bemerkt, daß sie die Errichtung eines besonderen Landgerichts für das Fürstenthum für nöthig erachte, und bei dieser Ueberzeugung sei dieselbe verblieben. Ueber verschiedene der Anfragen in den Anträgen würde der Landtag bereits durch die in kürzester Zeit zur Vertheilung zu gelangende Vorlage wegen Regelung der Beamtengehalte Auskunft erhalten haben, weshalb er hierauf verweise. In Betreff des Oberlandesgerichts seien Verhandlungen in der Schwebe, weshalb er Auskunft zu ertheilen nicht vermöge. Die Regierung halte das Fürstenthum für groß genug, um ein eigenes Landgericht zu bilden, dessen Vortheile klar zu Tage treten, und hoffe, daß die Landesvertretung ihrer Auffassung zustimme. Der Kostenpunkt sei hierbei ja auch nicht außer Acht zu lassen. Welche Kosten der Anschluß an ein nachbarstaatliches Landgericht verursache, könne vor Abschluß eines bestimmten Vertrags nicht gesagt werden, man könne sich nur ein Bild nach Analogie anderer Vorgänge machen. Das Fürstenthum Sondershausen mit kaum 70,000 Einwohner, der einzige Staat, welcher bislang hauptsächlich aus Anlaß seiner besonders ungünstigen territorialen Verhältnisse von Bildung eines eigenen Landgerichts Abstand genommen, habe an Preußen 4 Richter und 1 Staatsanwalt zu stellen, Lippe würde im Verhältniß hierzu und nach dem Exempel, wonach in Preußen etwa auf 18000 Einwohner ein Landrichter komme, 8 bis 9 richterliche Personen abzugeben oder zu besolden haben. Nach dem Reichsgesetze genüge nun aber schon eine Zahl von 7 Richtern zur Kreirung eines selbständigen Landgerichts. Daß Preußen Landestheile einem lippischen Landgerichte nicht überweisen werde, bedürfe wol keiner weiteren

Ausführung, zumal das unser Fürstenthum umschließende Preußen bei Organisation seiner eigenen Landgerichtsbezirke keine Schwierigkeit finde. Bildung eines eigenen Landgerichts sei wichtig wegen der damit zusammenhängenden Verkehrs-Verhältnisse, wegen richtiger Würdigung partikularer Gesetze und Einrichtungen. So habe z. B. die Preußische Regierung für die viel kleineren hohenzollerschen Fürstenthümer ein eigenes Landgericht zu bilden vorgeschlagen, damit das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Preußischen Staate nicht verloren gehe. Die Regierung setze voraus, daß der Landtag ihrer Auffassung zustimme, und habe keinen Bedacht auf eventuellen Anschluß an Preußen genommen. Betreffs der Amtsgerichte werde die Umwälzung nicht so sehr durch die Gerichts- als durch die Verwaltungsorganisation hervorgerufen werden. Abgesehen von der Kleinheit der Gerichtssprengel vollziehe sich die Umgestaltung einfach. Die Einrichtung der Sprengel ergebe sich nach den Verhältnissen, man müsse Bedacht darauf nehmen, daß nicht zu verschwenderisch vorgegangen und Rücksicht auf das Recht suchende Publikum genommen werde. Nach dem Plane der Regierung werde etwa 1 Amtsrichter auf etwa 9000 Einwohner kommen und sonach etwa 12 bis 13 Amtsgerichte zu bilden seien. Im Uebrigen entspreche es nur einer vernünftigen Anschauung, wenn die Landgerichtsräthe nicht zu sehr mit Arbeit überbürdet werden, da diese zum Zwecke juristischer Weiterbildung und zur Verwirklichung ihres natürlichen Einflusses auf die Rechtsprechung mehr Muße haben müssen. Es existiren seiner Ueberzeugung nach für Lippe keine Hindernisse einer Einrichtung eines eigenen Landgerichts. Er wolle noch bemerken, daß, wenn Lippe sich einmal an Preußen angeschlossen habe, ein Rücktritt fast unmöglich sei, während späterhin ein Anschluß an Preußen noch stets ausführbar sein werde.

Abg. Hausmann nimmt hiernächst das Wort. Der Regierungsvertreter

habe im Vorstehenden den größten Theil des Inhalts des Antrags erledigt, Betreffs der Petition des Magistrats Herford bemerke er, daß das Fürstenthum Lippe nur Folie sein solle, der Stadt Herford einen Landgerichtssitz zu erwerben. Der Landtag dürfe jedoch nicht vor die abgeschlossene Thatsache hintreten, daß für Lippe ein Anschluß unmöglich sei; um die Vortheile und Nachtheile eines Anschlusses an den Nachbarstaat klar übersehen zu können, bedürfe es einer von der Regierung einzuholenden Ermittelung wegen der eventuellen Kosten pp. Dies sei erforderlich, um dem Landtage die Freiheit der Berathung zu sichern; dies halte er für nöthig, wenn er auch für Bildung eines eigenen Landgerichts wegen der vielen Vorzüge und bei den nicht viel bedeutenderen Kosten sich aussprechen müsse.

Abg. Dr. von Lengerke: er halte an seiner schon früher geäußerten Ansicht fest, daß ein Kondominalgericht mit dem Sitze des Landgerichts in Detmold oder Kommittirung lippischer Richter an ein preußisches Landgericht für das Beste halte, er glaube jedoch erstere Alternative noch vorziehen zu müssen. Er glaube, daß Preußen einen derartigen Vorschlag, worin ja gewissermaßen ein Machtzuwachs liege, nicht von der Hand weisen werde. Abgesehen von den Kosten sei für ihn der Umstand maßgebend, daß Lippe auf die Dauer nicht die geistigen Kräfte zur Disposition haben werde, um ein qualifizirtes Landgerichtspersonal zu schaffen, da die meisten jungen Juristen außer Landes gehen, nicht so sehr wegen des im Auslande höheren Gehalts als wegen der Aussicht auf ein besseres Fortkommen. Die Absorption der jungen Kräfte seitens der größeren Staaten werde durch Erhöhung der Gehalte nicht aufgehalten werden, im Gegentheil halte er ein Wachsen dieses Prozesses für wahrscheinlich. Er bedauere, daß nicht bisher schon Schritte gethan seien, um eventuell günstige Bedingungen für einen Vertrag mit Preußen zu sichern. Nach

seiner Anschauung würde Lippe auch bei einem Landgerichte außer Landes doch stets mehrere Richter nicht nur zu bezahlen, sondern auch zu ernennen haben, wodurch die Rechte des Partikular-Staats und die Berücksichtigung spezieller Gesetze und Einrichtungen garantirt werde.

Regierungs-Präsident Eschenburg: Die Herforder Petition sei schon vom Abg. Hausmann abgethan. Er wolle nur bemerken, daß Herford von Seiten Preußens nie ins Auge gefaßt sei, und scheine eventuell ein Anschluß an die Provinz Hannover wegen der Rechtsgleichheit naheliegender. Das Fürstenthum müsse jedoch seine Selbständigkeit in Beziehung auf das Landgericht wahren. Die Möglichkeit habe er nachgewiesen. Die Kosten seien nur unbedeutend höher. Wenn Lippe kein eignes Landgericht schaffe, so würden auch bald die erforderlichen Kräfte für Besetzung der Amtsgerichte, der Verwaltungsposten sowie Gelegenheit zur Ausbildung der Beamten fehlen. Er glaube, daß es nie an geistigen Kräften fehlen werde, um ein Landgericht zu besetzen; die Auswanderung ins Ausland werde aufhören. Die Frage, ob es nicht zweckmäßig sei, bei Preußen wegen eventuellen Anschlusses anzufragen, beantworte er dahin, daß er eine derartige Verhandlung für unmöglich halte. Die Bedingungen stellen sich ja erst durch veritable Verhandlungen heraus, eine Verhandlung auf Probe gehe nicht an. Außerdem dürfe der Staat nicht alle Hoheitsrechte abschütteln, und das liege in einem Absehen von einem eigenen Landgerichte.

Abg. Hausmann ist der Ansicht, daß sich, ohne der Sache vorzugreifen, doch wol Ermittelungen erheben lassen, und hält die Ausführungen des Abg. von Lengerke für nicht zutreffend, meint vielmehr, daß, wenn jetzt genug Richter vorhanden seien, dies später gewiß der Fall sein werde.

Eine desbezügliche Bemerkung des Regierungs-Präsidenten Eschenburg beantwortet Redner dahin: wenn die Regierung an die patriotische Gesinnung

des Landtags appelliren wolle, so habe dieselbe zunächst ihrerseits nicht einmüthige Beschlüsse des Landtags ganz bei Seite setzen müssen, wie es im Landtagsabschiede geschehen sei.

Abg. Gevekot erklärt zunächst, daß verschiedene Punkte des Antrags durch die Auskunftsertheilung des Regierungs-Präsidenten Eschenburg erledigt seien und hebt sodann hervor: Für ihn gebe es nur zwei Alternativen: ein eigenes, lippisches Landgericht in Detmold, oder Anschluß an ein preußisches Landgericht, welches theilweise mit lippischen Richtern besetzt werde. Wenn auch die Kosten eines eigenen Landgerichts bedeutender seien, so müsse er darauf hinweisen, daß andernfalls die einzelnen rechtsbedürftigen Unterthanen die Kosten aus eigener Tasche zu zahlen haben werden. Die Frage wegen des eigenen Landgerichts solle ja nicht heute entschieden werden, sie sei nur von ihm angeregt, damit auch die Nichtjuristen unter den Abgeordneten vor dem Zeitpunkte, wo die definitive Entscheidung zu treffen sei, sich gründlich informiren mögen und später kein übereilter Beschluß in dieser hochwichtigen Sache gefaßt werde. Er wünsche, daß auch für die Eventualität eines Anschlusses Verhandlungen mit Preußen angeknüpft werden, und vermeine er, daß die Regierung bei dem Versuche vom preußischen Ministerium nicht zurückgewiesen werde, falls sie sich dabei auf die heutige Beschlußfassung im Landtage beziehe.

Abg. Büxten hält den Kostenpunkt für hauptsächlich entscheidend und glaubt, falls die Kosten eines eigenen Landgerichts zu bedeutend seien, den Vorschlag des Abg. von Lengerke: ein Landgericht unter preußischer Justizhoheit, prüfen zu müssen, zumal die Bevölkerung von einem solchen Gerichte keinen Nachtheil verspüren werde.

Abg. Dr. von Lengerke: es sei eine Thatsache, daß die meisten jungen Juristen ausgewandert seien, er könne auch nicht glauben, daß sich dies bessern

werde. Auch er habe einen Anschluß an ein preußisches Landgericht nur unter der Bedingung, daß dem Fürstenthum das Mitbesetzungsrecht für jetzt und später garantirt werde, im Auge. Preußen werde sich gewiß in ernstgemeinte, wenn auch nur auf eine Eventualität berechnete Verhandlungen einlassen

Abg. Overbeck: nach den Motiven der preußischen Vorlage rechne man ein Landgericht mit 15 Räthen auf durchschnittlich 250000 Seelen, dies ergebe auch für Lippe 7 bis 8 Richter, die Kosten eines eigenen Landgerichts werden sich sonach nicht höher belaufen, als wenn ein Anschluß stattfinden sollte. Aber auch wenn die Kosten eines eignen Gerichts größer sein sollten, würde, falls die andere Alternative beliebt werden sollte, der indirekte Schaden bedeutend größer sein, da die Anwälte sich an den Sitz des Landgerichts ziehen, die Parteien, Zeugen und auch z. B. die Geschworenen sich dorthin zu begeben haben. Kräfte für ein eigenes Landgericht werden genugsam zu finden seien, der Zuzug werde besonders wachsen, wenn erst ein einheitliches bürgerliches Gesetzbuch in's Leben gerufen ist. Die Justizhoheit dürfe man keinenfalls aufgeben.

Abg. von Kerßenbrock ist in Beziehung auf letztgenannten Punkt anderer Ansicht und glaubt, daß ein Anschluß an Preußen nicht nachtheilig sein werde.

Abg. Schemmel erklärt es für dringend wünschenswerth, daß für Lippe ein eigenes Landgericht geschaffen werde, hält aber, da er sich über die Möglichkeit dieser Schöpfung noch nicht klar sei, und der Landtag eine unbefangene Anschauung gewinnen müsse, Anknüpfung mit der preußischen Regierung für geboten; ein Aufgeben der Justizhoheit glaubt Redner von der Hand weisen zu müssen.

Im Laufe der längeren Debatte, wobei auch die Modalitäten der Bildung eines Landgerichts Besprechung finden, stellt Abg. Hausmann den An-

trag: der Landtag wolle beschließen: Fürstliches Cabinets-Ministerium zu ersuchen, Verhandlungen einzuleiten, um zu ermitteln, unter welchen Bedingungen ein eventueller Anschluß an ein preußisches Landgericht möglich sein werde, und dem Landtage demnächst über das Ergebniß Mittheilung zu machen.

Nachdem der Antrag Gevekot und Gen. zurückgezogen, findet der Antrag Hausmann Annahme.

Unter Abänderung der Tagesordnung wird hierauf die Etatsberathung fortgesetzt. Die Beschlußfassung über die Positionen Titel VII, 6, VII 7 D und VII 8 wird ausgesetzt, bis der Finanz-Ausschuß wegen der Leihekasse Bericht abgestattet haben wird.

Zu Anlage Nr. 11 stellt Abg. von Kerßenbrock den Antrag, die jüngeren Armenärzte nicht besser zu stellen als die älteren.

Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt hierauf: es komme bei den betr. Ansätzen auf die den Aerzten dafür obliegende Arbeit an. Da demnächst die Frage, ob diese Ausgaben von der Landkasse oder den Gemeinden zu tragen seien, zum Austrage gelangen werde, sei es unzweckmäßig, jetzt eine Aenderung vorzunehmen.

Abg. von Kerßenbrock: ältere Aerzte mit großen Bezirken haben nicht so viel Gehalt wie jüngere; früherhin sei der Gehalt nach dem Alter bemessen, sein Antrag enthalte nur einen Ausgleich einer ungerechten Behandlung.

Regierungs-Präsident Eschenburg entgegnet: es sei zu berücksichtigen, daß die Aerzte den betr. Gehalt als Amtschirurgen und als Armenärzte bezögen, und könne der Antrag von Kerßenbrock nur nach einer auf die Prüfung und Würdigung dieses Moments gerichteten Untersuchung Berücksichtigung finden.

Die Anfrage des Abg. Körner: ob der Staatszuschuß nicht vielleicht unter sämmtliche Aerzte vertheilt werden könne, beantwortet Regierungs-Präsi-

dent Eschenburg dahin, daß dies nicht möglich sei, weil sonst einigen Aerzten der ihnen zugewiesene Gehalt zum Theil entzogen werde, und es überhaupt am Besten sei, für einen bestimmten Bezirk einen bestimmten Armenarzt anzustellen.

Wegen Fortschritts der Zeit wird die Berathung hier abgebrochen.

Auf die Tagesordnung der für morgen früh 10 Uhr anberaumten Sitzung werden als Berathungsgegenstände gestellt:

1, Der Antrag wegen des Domanialabkommens.

2, Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats.

3, Erste Lesung der Vorlage, wegen Abtretung der Gerichtsbarkeit der Stadt Detmold.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Leugerke

Zur Begl.: Preuß.

№ 7.

Geschehen Detmold am Landtage den 15. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Präsident Eschenburg, Geh. Regierungs-Rath Meyer und Assessor Dr. jur. Dreves.

Nach Vorlesung und Genehmigung des über die gestrige Sitzung aufgenommenen Protokolls und Mittheilung eines zu der Petition des Magistrats zu Herford gehörigen Schreibens tritt der Landtag sofort in die Tagesordnung ein.

Erster Gegenstand der heutigen Berathung ist der von sämmtlichen Abgeordneten unterzeichnete, als Anlage zu diesem Protokolle abgedruckte Antrag wegen des Domaniums.

Abg. Hausmann übernimmt für Abg. Dr. von Lengerke, welcher den Antrag motiviren will, den Vorsitz. Letzterer ergreift hiernächst das Wort: Die Meisten der Abgeordneten haben bedauert, daß die in voriger Session bezüglich des Domaniums gemachten Vorschläge, welche den gerechten Anforderungen entsprachen, von Sr. Durchlaucht abgelehnt seien. Nachdem dies geschehen, betrachte es der Landtag als eine Pflicht, mit neuen Anträgen hervorzutreten. Unter Darlegung der divergirenden Rechtsanschauungen über die Natur des Domaniums führt Redner aus, daß die Antragsteller sich auf Erreichung dessen, was thatsächlich noth thut, beschränken zu müssen glaubten und sie auf direktem Wege, durch einen besonderen Antrag, dies zu erreichen

für das Beste halten. Im Antrage sei vermieden, über die Erhöhung der Rente bestimmte Vorschläge zu machen; man wolle der Entschließung Sr. Durchlaucht nicht vorgreifen und es demselben überlassen, zu erklären, wie viel Hochderselbe etwa geben wolle. Diesen Vorschlag werde der Landtag demnächst dann wieder zu prüfen haben. In Betreff der dem Tenor des Antrags vorausgeschickten Erwägungsgründe wolle er bemerken, daß der Landtag seine in letzter Session bezüglich der Domanial-Vorlage gefaßten Beschlüsse als Abänderungen derselben betrachtet und die Basis der Proposition nicht verlassen habe; die vorgeschlagene Erhöhung der Rente von 15000 bezw. 24000 *M.* auf 30000 *M.* genüge nicht, um das Land für die durch den Vertrag von 1868 erlittene Benachtheiligung schadlos zu halten, denn die Faktoren der Rechnung bei jenem Vertrage seien nicht überall vollkommen gültige und sei dabei auch die auf dem Domanium ruhende Verpflichtung, für die Regierungslasten nach seiner Suffizienz aufzukommen, nicht gewürdigt. Eine baldige Entscheidung der Angelegenheit sei sehr zu wünschen.

Regierungs-Präsident Eschenburg: es sei ihm sehr erwünscht, daß der Landtag die Angelegenheit wieder aufgenommen habe, und er werde gern der Uebermittler der Wünsche des Landtags an Sr. Durchlaucht sein. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wolle er bemerken, daß die Regierung allerdings vermeine, der Landtag habe bei seinen Beschlüssen in letzter Session die Basis der Proposition verlassen; die Proposition sei von einem beabsichtigten Kassenausgleich ausgegangen, der Landtag keineswegs, und deshalb habe man die Proposition als von Seiten des Landtags abgelehnt betrachtet. Die am Schlusse enthaltenen Worte „unbeschadet der beiderseitigen Rechtszuständigkeiten" seien sehr vage; er lege sie dahin aus: daß der Vorbehalt sich nur auf den Fall beziehe, wo die Fürstliche Familie die Landeshoheit verlieren sollte. Er wolle

ferner bemerken, daß die Gewährung von 9000 M. zur Erhöhung der Beamtengehalte in gar keinem Zusammenhange mit der Rente stehe, welche nach dem Abkommen von 1868 nur 15000 M. betrage. Zur Beruhigung, nicht um eine Debatte zu erregen, wolle er darauf hinweisen, daß die ständigen Ausgaben der Landkasse seit 1868 nur unwesentlich gestiegen seien; es sei schwer, einen zutreffenden Einblick in diese Verhältnisse zu gewinnen. Ein Hinweis auf andere Staaten sei nach seiner Ueberzeugung sehr unzutreffend, da doch stets die Besonderheiten des vorliegenden Falls maßgebend seien.

Abg. Dr. von Lengerke entgegnet dem Vorredner, daß er die Worte „unbeschadet der beiderseitigen Rechtszuständigkeiten" für seine Person nur als eine Rekapitulation des zweiten Erwägungsgrundes auffasse.

Abg. Büxten: Der Landtag habe schon in voriger Session einen solchen Antrag einbringen müssen, und sei dies nicht geschehen, weil man von der Realisirung des von Sr. Durchlaucht gegebenen Versprechens Erledigung erhofft habe; nach Erlaß des Landtagsabschiedes müsse der Landtag nothwendig vorgehen und das in Anspruch nehmen, was er verlangen könne. Redner wird, da er die Person des Landesherrn mit einer abfälligen Beurtheilung in die Debatte zu ziehen sucht, vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen.

Die Abgg. von Kerßenbrock und Husemann geben Nachweise, um nach dem Beispiele anderer Staaten bezw. nach den Erträgnissen des Domaniums die Erhöhung der Rente zu rechtfertigen. Abg. von Kerßenbrock hebt hervor, daß in Waldeck von den Erträgnissen des Domaniums zu 210,000 M. 40,000 M. an das Land gezahlt werden und auch in Schaumburg-Lippe das Land ganz bedeutende Summen der Erträgnisse aus dem Domanium beziehe.

Bei vorgenommener Abstimmung findet der Antrag einstimmig Annahme.

Unter Abänderung der Tagesordnung wird hierauf die erste Lesung der Vorlage, die Abtretung der Gerichtsbarkeit der Stadt Detmold an die Regierung vom 1. Januar 1878 ab betr., vorgenommen.

Abg. Overbeck beantragt Verweisung an den Finanz-Ausschuß, da vielleicht einzelne Punkte (z. B. die Ueberlassung der Lokalitäten für fernerhin) der Prüfung bedürfen.

Abg. Gevekot empfiehlt Berathung im Plenum und Vornahme der zweiten und dritten Lesung in heutiger Sitzung, da eine materielle Schädigung des Landes nicht in Aussicht stehe und die Gehalte schon in der zweiten Lesung des Etats bewilligt seien.

Der Landtag beschließt Ablehnung des Antrags Overbeck und sofortige Vornahme der zweiten Lesung.

Abg. Hausmann empfiehlt Annahme der Vorlage. Abg. von Kerßenbrock hat Bedenken, ob nicht die Stadt Detmold verpflichtet werden könne, auch nach dem Aufhören der Patrimonialgerichtsbarkeit die nöthigen Lokalitäten zu stellen, worauf ihm die Abgg. Gevekot und Hausmann sowie Regierungs-Präsident Eschenburg bemerklich machen, daß der Uebergang der Patrimonialgerichtsbarkeit auf den Staat höchstens der Stadt Detmold einen Anspruch auf Entschädigung gewähren könne.

Abg. Grote erklärt, daß die schon jetzt erfolgende Abtretung der Jurisdiktion an den Staat lediglich ihren Grund in der Unzulänglichkeit des vorhandenen einen Beamten zur Bewältigung der bedeutenden Arbeiten habe. Auf Anfrage des Abgeordneten Overbeck bemerkt Geh. Regierungs-Rath Meyer, die Stadt Detmold sei nicht im Stande, zu erklären, ob sie auch nach dem 1. Okt. 1879 die nöthigen Lokalitäten überlassen könne.

Bei der Abstimmung finden in zweiter Lesung der Vertrag und die be-

antragten Gehalte Annahme, ebenso ohne Debatte in der sofort stattfindenden dritten Lesung. Die Proposition ist somit genehmigt.

Die Versammlung nimmt hierauf die Etatsberathung wieder auf.

Zu Anlage 11, A 4 hat Abg. von Kerßenbrock bereits in voriger Sitzung einen Antrag gestellt, welcher nochmals vom Antragsteller sowie von dem Abg. Grote befürwortet wird, während Abg. Schemmel auf die gestern vom Regierungs-Kommissarius geäußerten Bedenken rekurrirt.

Abg. Hausmann macht den Abg. von Kerßenbrock darauf aufmerksam, daß dem Antrage die nöthige Präzisirung fehle und Angabe bestimmter Namen älterer Armenärzte, denen Antragsteller Aufbesserung zuzuwenden wünsche, nöthig sei, weshalb Zurücknahme des Antrags und Einbringung präziserer Vorschläge in dritter Lesung am Platze sei.

Abg. von Kerßenbrock zieht seinen Antrag vorläufig zurück, behält sich jedoch für die dritte Lesung Wiederaufnahme bevor.

Zu Anlage 12, Einnahme, Titel II, C, empfiehlt Abg. Dr. von Lengerke Trennung der Position in zwei Positionen und giebt anheim, den in voriger Session wegen Vorlegung des Katasters des Falkenhagener Forstes gefaßten Antrag wieder aufzunehmen.

Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt hierzu: dem Antrage werde bereitwillig stattgegeben werden, und werde der Landtag durch Einsicht des Katasters die Ueberzeugung gewinnen, in wie hohem Maße der Forst mit Dienstbarkeiten belastet sei.

Zur Ausgabe der Anlage 12, Titel II, 4. erwähnt Abg. Dr. von Lengerke: dieser Posten gehöre nicht hieher, sondern müsse bei der reichlichen Staatssubvention vom Landkrankenhause selbst getragen werden, worauf Regierungs-Präsident Eschenburg entgegnet, daß dann die Landkrankenhaus-Ver-

waltung durch erhöhte Verpflegungssätze, gegen welche der Landtag sich früher stets ausgesprochen habe, das Erforderliche zu beschaffen suchen werde.

Abg. Hausmann spricht sich gegen Anstellung eines festen Seelsorgers aus, zumal dessen religiöser Standpunkt nicht allen Kranken genehm sein werde und ebenso auch Mitglieder aller Konfessionen im Landkrankenhause Aufnahme finden.

In einer längeren Debatte, woran die Abgg. von Kerßenbrock, Büxten, Grote, von Lengerke und Schemmel theilnehmen, wird über die Frage, ob Anstellung eines besonderen Seelsorgers nöthig sei, diskutirt, Abg. Dr. von Lengerke bemerkt unter Billigung der Anstellung eines besonderen Seelsorgers, daß der Posten in dem Etat der Generalkasse keinenfalls zu figuriren habe.

Die Position II, 4 wird nicht genehmigt.

Abg. Gevekot äußert den Wunsch, daß die Netto-Einnahme der Generalkasse im Titel I des Hauptetats aufgeführt werde, wogegen Regierungs-Präsident Eschenburg das Bedenken hervorhebt, es möchte dadurch leicht eine nicht zulässige Vermischung der Einnahmen der Landkasse und der Generalkasse herbeigeführt werden.

Abg. von Kerßenbrock beantragt, Fürstliches Cabinets-Ministerium um Mittheilung der Zahl des Forstverwaltungspersonals anzugehen.

Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt, daß einer solchen Mittheilung Nichts im Wege stehe, im Uebrigen nach einer Verfügung der Fürstin Pauline für die obere Verwaltung Nichts bezahlt werde, das angestellte Personal mit der ungeheuren Belastung des Forstes im Zusammenhange stehe, daß zur Zeit, wo nach Ablösung der lästigen Hudeservituten ein eigentlicher Kulturplan entworfen sei, nicht störend in die Verwaltung eingegriffen werden dürfe, deren Leiter sich große Mühe mit dem Forste gegeben habe, und daß die

Regierung nach ihrer Ueberzeugung eine Verminderung des Forstpersonals nicht für zulässig erachten könne.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von Kerßenbrock angenommen.

Hiermit ist die zweite Lesung des Etats mit Ausnahme der an den Ausschuß verwiesenen Positionen beendet.

Die nächste Sitzung wird auf Dienstag den 18. d. M. morgens 10 Uhr angesetzt. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der übrigen eingegangenen Propositionen.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: Preuß.

Anlage

zum Protokolle vom 15. Dezember 1877.

Der Landtag wolle beschließen:

In Erwägung, daß die zu der Domanialvorlage vom 14. Febr. d. J. in Vorschlag gebrachten Abänderungen die Zustimmung des Durchl. Fürsten nicht gefunden haben,

daß demnach für jetzt von der Erledigung der auf künftige Eventualitäten bezüglichen Bestimmungen abgesehen werden muß,

daß aber eine Erhöhung der bisher an das Land gezahlten jährlichen Rente von 15000 resp: 24000 M. ebensowohl den Intentionen des Durchl. Fürsten, wie einer gerechten Würdigung der thatsächlichen und historisch begründeten Verhältnisse wie auch dem Finanzzustande in den meisten andern deutschen Staaten entspricht;

in fernerer Erwägung,

daß die proponirt gewesene Erhöhung der Rente auf 30000 *M.* weder für die Schädigung der Landesinteressen seit 1868 noch für die seitdem eingetretene und ferner in Aussicht stehende Erhöhung der Landesausgaben, welche ohne das Abkommen von 1868 unzweifelhaft zum Theil der Landrentei als der in erster Linie zur Tragung der Regierungslasten verpflichteten Kasse obgelegen hätten, einen angemessenen Ersatz bietet;

daß vielmehr ein wesentlich höherer Betrag nicht bloß durch die oben gedachten Rücksichten gerechtfertigt, sondern auch zugleich mit der Leistungsfähigkeit der Domanialerträgnisse, wie sie aus den dem Landtage mitgetheilten Uebersichten erhellen, vereinbar erscheint;

in endlicher Erwägung,

daß die vorab erfolgende Erledigung der Rentenfrage für die Beschlußfassungen des Landtags über den Staatshaushaltsetat wie über manche andere noch zu erwartenden Propositionen von präjudicieller Bedeutung sein dürfte,

stellt der Landtag an Fürstliches Cabinets-Ministerium den Antrag, bei dem Durchl. Fürsten, unbeschadet der beiderseitigen Rechtszuständigkeiten, die Zustimmung zu einer der in voriger Session dargelegten Auffassungen des Landtags entsprechenden Erhöhung der jährlich aus dem Domanium an die Landkasse zu zahlenden Rente einschließlich des jetzt ablaufenden Jahres, und die geneigte baldige Kundgebung der Allerhöchsten Entschließung erwirken zu wollen.

v. Lengerke.	W. Büxten.	Körner.
Schmidt.	C. Husemann.	Schemmel.
E. Brand.	F. Hausmann.	M. Gevekot.
R. Döpping.	v. Kerßenbrock.	Obermeier.
Echterling.	D. Grote.	Corbach.
F. Sprütten.	Overbeck.	Rhodovi.

№ 8.

Geschehen Detmold am Landtage den 18. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurde nach Feststellung des Protokolls vom 15. d. M. eine von den Abg. von Kerßenbrock, Husemann und Schemmel eingebrachte Interpellation wegen Inkrafttretens der Brandkasse-Ordnung der Versammlung mitgetheilt; die Staatsregierung ist von diesem Eingange in Kenntniß gesetzt worden. Sodann wurde mit der ersten Lesung der Proposition, den Erlaß 1. eines Gesetzes bezüglich des Eigenthumserwerbes an Grundstücken und deren dinglicher Belastung, 2. eines Gesetzes bezüglich einer Grundbuchordnung betreffend, vorgegangen.

Nach Vorlesung der Motive beantragen die Abgg. von Lengerke und Hausmann übereinstimmend, die Beschlußfassung über die weitere geschäftliche Behandlung der Vorlage auszusetzen, und beschließt der Landtag dementsprechend.

Der zu der Vorlage, den Erlaß eines Einführungsgesetzes zu diesen Gesetzen betr., gestellte gleiche Antrag findet ebenfalls Annahme.

Hierauf wird der proponirte Gesetzentwurf, die Vermarkung der Bezirksgrenzen und der Grenzen der Eigenthumsstücke bei der Landesvermessung betr., verlesen.

Die Ansichten gehen darin auseinander, ob diese Vorlage vor Beginn der Landesvermessung berathen oder zurückgesetzt werden solle. Die Erledigung

der geschäftlichen Behandlung soll gleich nach dem Wiederzusammentritt des Landtags im Januar stattfinden.

Schließlich werden die einleitenden Bemerkungen zu den Vorlagen, die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer und einer Gewerbesteuer betr., vorgelesen. Wegen der geschäftlichen Behandlung werden Ansichten auf Verweisung an besondere Ausschüsse oder an den Finanz-Ausschuß laut. Zunächst beschließt der Landtag Verweisung an einen Ausschuß und Aussetzung der Wahl des Ausschusses bis nach stattgehabter Neuwahl der beiden fehlenden Abgeordneten.

Hiermit wird die heutige Sitzung geschlossen. Wenn der Finanz-Ausschuß seine Berichterstattung bis morgen fertig stellen kann, soll dann eine Sitzung um 5 Uhr nachmittags stattfinden, in welcher auch die 7. Wahlabtheilung über die Wahlumtriebe in Bexten referiren wird.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 9.

Geschehen Detmold am Landtage den 19. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Gevekot,
als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Der Vorsitzende eröffnet die heutige Sitzung mit dem Bemerken, daß Abg. Gevekot für heute beurlaubt sei, und bringt nach Vorlesung und Genehmigung des gestrigen Protokolls die weiter eingegangenen Vorlagen zur Anzeige, nämlich

1, Proposition, bezüglich des Gesetzentwurfes wegen definitiver Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer betr.,

2, Proposition, die Gehalte der Staatsbeamten betr.,

3, Proposition, betreffend den Erlaß eines Gesetzes über den Betrieb der Dampfkessel.

Abg. Hausmann theilt namens des Finanz-Ausschusses mit, daß derselbe über Position Titel I, 5 der Einnahme schlüssig geworden sei und den Abg. Dr. von Lengerke zum Berichterstatter ernannt habe.

Da Regierungs-Präsident Eschenburg sich zur Beantwortung der von den Abgg. von Kerßenbrock, Husemann und Schemmel eingebrachten Interpellation bereit erklärt, erhält vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. von Kerßenbrock das Wort zur Begründung der Interpellation und bemerkt: Er

habe vernommen, daß die Ausführung des Gesetzes über die Neugestaltung der Brandkasse durch eine Verfügung Fürstlicher Regierung vom 26. Juni d. J. hinausgeschoben sei und daß durch diese einseitige, eine Gesetzesveränderung enthaltende Ordonnanz die Aufnahme verschiedener, gesetzlich ausgeschlossener Fabriken pp. in die Brandkasse angeordnet sei. Durch diesen unzulässigen, einseitigen Erlaß werde das Inkrafttreten des Gesetzes hinausgeschoben.

Regierungs-Präsident erklärt zunächst zur Beantwortung des Wortlauts der Interpellation: Die Klassifikation der Gebäude werde noch in diesem Jahre beendet werden; dann müsse das Brandkataster aufgestellt und revidirt werden, worüber etwa 5 bis 6 Monate verfließen können; hiernächst könne erst die Regierung die erforderlichen Verträge wegen Rückversicherung abschließen, nach deren Beendigung eine achtwöchentliche Frist für die ingrossirten Gläubiger der ausscheidenden Gebäude zu laufen beginne. Der Termin der Ausführung sei daher erst auf den 1. Januar 1879 anzunehmen.

Was die vom Abg. von Kerßenbrock erwähnten s. g. Veränderungen betreffe, so sei ihm davon Nichts bekannt. An die verwaltende Behörde, das Regierungskollegium, trete allerdings in einzelnen Fällen die Nothwendigkeit einer Deklaration des Gesetzes heran; wenn hierüber Beschwerden laut werden, so mögen sich die Betreffenden zur Abhülfe an das Cabinets-Ministerium wenden.

Abg. von Kerßenbrock wiederholt, es sei die Verzögerung der Ausführung des Gesetzes jener Regierungsverfügung zur Last gelegt worden, und bemerkt, daß er jene nicht als eine Deklaration sondern als eine Veränderung des Gesetzes betrachte, und eine solche einseitige Gesetzesabänderung um so auffallender erscheinen müsse, wo eben dem Landtage im Landtagsabschiede Ueberschreitung der Befugnisse vorgeworfen werde.

Nachdem ein Antrag, die Angelegenheit sofort heute zu besprechen, Annahme gefunden hat, entspinnt sich eine Debatte, ob jene Regierungsverfügung eine Deklaration oder eine Abänderung des Gesetzes involvire. Abg. von Kerßenbrock beantragt, Fürstliches Cabinets-Ministerium zu ersuchen, daß durch seine Vermittelung eine Verfügung Fürstlicher Regierung vom 26. Juni d. J. betreffs der Ausführung der in voriger Landtagssession beschlossenen und publizirten neuen Brandkassenordnung dem Landtage zur Einsichtnahme vorgelegt werde.

Den Einwendungen des Regierungs-Präsidenten Eschenburg hält Abg. Hausmann entgegen, es sei erst nach Mittheilung der fraglichen Verfügung eine Prüfung möglich, ob dieselbe eine Gesetzesverletzung enthalte, und erscheine deshalb der Antrag von Kerßenbrock lediglich als ein präparatorischer Schritt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Der Landtag tritt hierauf in die Tagesordnung ein, deren ersten Gegenstand der Bericht der 7. Wahlabtheilung über die angestellte Untersuchung wegen der angeblichen Unregelmäßigkeiten bei der Landtagswahl in Bexten bildet. Abg. Sprütten als Referent trägt unter Rekapitulation der thatsächlichen Verhältnisse vor: Die Untersuchung sei hauptsächlich mit beantragt, um dem Wahlvorstande Gelegenheit zu geben, sich von den ihm gemachten Vorwürfen zu entlasten, die mitgetheilten Akten ergeben überall keinen Anhalt zur Annahme von Unzuträglichkeiten; die Wahlabtheilung beantrage, die Angelegenheit für erledigt zu erklären.

Der Landtag erhebt diesen Antrag ohne Debatte zum Beschlusse.

Betreffs der angekündigten Anträge des Finanz-Ausschusses beschließt der Landtag die Dringlichkeit und sofortige Berathung. Abg. Hausmann übernimmt für den Berichterstatter Dr. von Lengerke den Vorsitz.

Der Finanz-Ausschuß stellt zu Titel I, 5, A und B der Einnahme folgende Anträge:

Der Landtag wolle beschließen

I. Die Fürstliche Staatsregierung wird aufgefordert:

1, in den Voranschlag über die Landes-Einnahmen und Ausgaben einen Spezialetat über die Einnahmen und Ausgaben der Leihekasse und der Sparkasse einzustellen, welcher in Betreff der Leihekasse auch diejenigen ihrem Stiftungszwecke entsprechenden Ausgaben enthält, die für die betr. Finanzperiode durch Beschluß der Regierung und des Landtags auf die Ueberschüsse der Leihekasse anzuweisen sind;

2, über die Einrichtung und Verwaltung beider Institute mit dem Landtage ein Statut zu vereinbaren, welches insbesondere auch Bestimmungen enthält;

a, über die bei Feststellung, bezw. Abänderung des Zinsfußes zu beobachtenden Normen,

b, über den Verbleib des nach Ausführung des bewilligten Specialetats etwa vorhandenen Rechnungsüberschusses,

c, über die Erhöhung, bezw. Ergänzung des vorhandenen Stammvermögens,

d, über ein an der Verwaltung zu betheiligendes und vom Landtage zu erwählendes Kuratorium.

II. Für das Jahr 1878 werden im Etat abgesetzt und auf die Ueberschüsse der Leihekasse neben den bewilligten 10500 M. angewiesen folgende Positionen des Ausgabe-Etats.

Titel III, 4 (statistische Zwecke)	750	M.
„ V, 5 (Gewerbeschulen)	600	„
„ V, 7, C, (ärztl. Hülfe für arme Wöchnerinnen)	500	„
„ V, 7, D. (Landkrankenhaus)	4500	„
„ V, 8 (German. Museum)	75	„
„ V, 6 B — H (Landesbibliothek)	2520	„
und vom Ausgabe-Etat der Generalkasse Titel II, 4 (Seelsorger am Landkrankenhause)	300	„
Zusammen	9245	M.

Abg. Dr. von Lengerke als Berichterstatter bemerkt zunächst in Betreff des Antrags I: Im Ausschusse sei regierungsseitig die Bereitwilligkeit zur Vereinbarung eines Statuts und Vorlegung eines Specialetats ausgesprochen, und glaube der Ausschuß sich im Wesentlichen im Einvernehmen mit der Staatsregierung zu befinden. In Betreff der in voriger Session bezüglich der Kreditinstitute gefaßten Beschlüsse sei der erste Punkt derselben im Landtagsabschiede falsch ausgelegt, da der Landtag nicht Einstellung der ganzen Rechnung gewünscht hat; der jetzige Antrag dieserhalb werde wol keine Zurücksetzung zu erfahren haben.

Sodann sei zweitens die Regierung bei ihrer von der Anschauung des Landtags abweichenden Ansicht über die Zwecke der Leihekasse stehen geblieben, und habe der Ausschuß deshalb und auch aus innern Gründen sich in dieser Beziehung akkommodirt. In Betreff des Punktes über den Zinsfuß sei der Landtag ebenfalls im Landtagsabschiede mißverstanden, da nur die Normen über die Abänderung des Zinsfußes vereinbart werden sollen. Belegung der Gelder bei ausländischen Bankinstituten finde zur Zeit nicht mehr statt, und werde es genügen, wenn das zu vereinbarende Statut hierüber Bestimmungen

enthalte. In Betreff des Stammvermögens habe man die früheren Anträge in allgemeiner Fassung wiederholt und Festsetzung dem Statut vorbehalten. Von Betheiligung der Ausschuß-Deputirten habe man Abstand genommen, und empfehle Bildung eines Kuratoriums aus Fachmännern.

Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt hierauf: Ihm sei nicht klar, ob schon für den Etat für 1878 ein Spezialetat gewünscht werde; in einem solchen Spezialetat würden nach seiner Ansicht nur die Ergebnisse des Vorjahrs über die Einnahme und Ausgabe aufzunehmen sein; dies sei für dieses Jahr noch nicht möglich. Er halte es für das Beste, in diesem Jahre die Ueberschüsse der Leihecasse möglichst zur Deckung des Defizits heranzuziehen und demnächst erst die eigentlichen Pläne in's Leben treten zu lassen.

Nachdem Abg. Dr. von Lengerke noch erwidert hat, daß für 1878 Einstellung eines Spezialetats nicht verlangt werde und nur wegen der Ueberschüsse für das Jahr 1878 sofort nähere Bestimmungen getroffen werden sollten, wird über den Antrag I abgestimmt und derselbe angenommen.

Zu dem Antrage II hebt der Berichterstatter hervor: die Posten des Etats: welche für gemeinnützige Zwecke im engeren Sinne bestimmt seien, habe der Ausschuß auf die Ueberschüsse der Leihekasse angewiesen. Da der Ausschuß die disponiblen Ueberschüsse unterschätzt habe, beantrage er im Verein mit drei Mitgliedern des Ausschusses, außer den aufgeführten Positionen noch folgende aus dem Etat abzusetzen und auf die Ueberschüsse anzuweisen:

Titel II, C, 2 (Zuschüsse zu den Kosten der Gemeindestraßen) 4400 M.

Titel VI (landwirthschaftliche Angelegenheiten) 3200 M.

Die Gesammtsumme könne aus den Ueberschüssen für das Jahr 1878 wol bestritten werden.

Regierungs-Präsident Eschenburg: auch die Regierung habe beabsichtigt,

die Leihekasse-Ueberschüsse für 1878 in erheblichem Maße heranzuziehen, wie in der Vorlage wegen Aufbesserung der Volksschullehrergehalte angegeben sei. Statt des vom Ausschusse vorgeschlagenen Modus empfehle er jedoch, wenn man nicht, was er für das Rationellste halte, den Beschluß über Deckung des ganzen Deficits ausstehen lassen wolle, Einstellung einer bestimmten Summe in den Hauptetat.

Abg. Dr. von Lengerke entgegnet, der Landtag werde nach seinem Dafürhalten mit Vereinbarung einer fixen Summe sehr wol zufrieden sein, und stelle er den Antrag, in den Etat Titel I, 5, A der Einnahme statt 10500 M. 27000 M. einzustellen.

Nachdem der Ausschuß den Antrag II zurückgezogen hat, findet letzterer Antrag Annahme.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung zur Entgegennahme weiterer Anträge des Finanz-Ausschusses wird auf morgen Nachmittag 5 Uhr anberaumt.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 10.

Geschehen Detmold am Landtage den 20. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nach Vorlesung und Genehmigung des gestrigen Protokolls zeigt der Vorsitzende den Eingang nachstehender Propositionen an:

1. den Erlaß eines Gesetzes wegen Zusammenlegung der Grundstücke betreffend,

2. die Aufnahme einer Anleihe behuf Ausführung des Gesetzes vom 12. September 1877 über die Entschädigung für die vom 1. Januar 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen betr.,

3. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Wegbau-Verwaltung betr.,

4. die organische Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium in Detmold betr., und

5. die Abänderung des § 35 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 hinsichtlich des Betrages der Pensionen betr.

Abg. Hausmann berichtet im Namen des Finanz-Ausschusses, daß derselbe über die ihm überwiesenen Positionen bis auf den Pensions-Etat schlüssig geworden sei und der zum Referenten bestimmte Abg. Gevekot mündlich Bericht erstatten werde. Die Versammlung erklärt sich zur sofortigen Entgegennahme dieses Berichts bereit.

Abg. Gevekot trägt zunächst über die Position I, 4, A der Ausgabe

wegen des beabsichtigten Ausgleichs der Aktiva und Passiva vor: die Majorität des Ausschusses empfehle, daß dieser Punkt bis zum demnächstigen Wiederzusammentritt des Landtags ausgesetzt werde, da diese hochwichtige Frage einer reiflichen Prüfung bedürfe. Auf Grund der Randbemerkung zu dieser Position habe der Ausschuß den Regierungs-Kommissar befragt, ob nicht eine besondere Vorlage wegen der Anleihe für die Landesvermessung am Platze sei, und die Antwort erhalten, daß die Beantragung der Bewilligung gleich mit in der Etatsvorlage enthalten sein solle. Bei dieser Sachlage müsse Aussetzung der Beschlußfassung um so dringender befürwortet werden.

Abg. Hausmann: Ein Ausgleich der Aktiva und Passiva erspare der Landkasse Verrechnung eines durchlaufenden Postens von bedeutender Höhe, es werde dadurch eine Kassenvereinfachung erzielt und Aufwand an Zeit und Geld erspart. Außerdem werde der ganze Finanzzustand ein schwankender, da die Aktiva einer steten Kursschwankung ausgesetzt seien. Er halte es für passend, der Regierung die Wünsche des Landtags nicht vorzuenthalten, und beantrage deshalb namens einer Minorität des Ausschusses: der Landtag wolle beschließen: an Fürstliche Staatsregierung die Aufforderung zu richten:

1. bezüglich der seit dem Jahre 1873 von Reichswegen als Antheile an der französischen Kriegsentschädigung sowie als Ausgleichung für nicht emittirtes Papiergeld in die Landkasse eingeflossenen baren Summen von über 1,500,000 M. — zu deren Verausgabung behufs Ankaufs der aus den Jahresrechnungen ersichtlichen ausländischen Werthpapieren die verfassungsmäßige erforderliche Zustimmung des Landtags seither weder nachgesucht noch ertheilt worden — die 4½ % Preußischen Konsols baldthunlichst zu verwerthen, und den Erlös soweit er nicht zur Deckung bewilligter Ausgaben nothwendig, zur Abtragung von angeliehenen Kapitalien zu verwenden;

2. ohne vorher eingeholte Zustimmung des Landtags Einnahmen oder Barbestände der Landkasse zum Ankaufe von Werthpapieren nicht zu verwenden, auch die jetzt vorhandenen nicht gegen andere umzusetzen;

3. auf Abtragung der vorhandenen Schulden mittelst der in Werthpapieren angelegten Kapitalien behufs Erleichterung und Vereinfachung der Kassenverwaltung Bedacht zu nehmen, um so die staatlichen Geldmittel für die Bedürfnisse des Verkehrs im eigenen Lande verfügbar zu machen. — Antragsteller verweist auf die im Antrage bereits ausgesprochenen Motive und hebt noch hervor, daß der Landtag, wenn ein solcher 1873 existent gewesen, wegen Ankaufs der Werthpapiere hätte gefragt werden müssen, und diese Zustimmung nachzuholen sei, daß ferner die Entäußerung der Konsols wegen deren voraussichtlichen Fallens im Kurse zunächst vorzunehmen sei.

Abg. Dr. von Lengerke tritt dem Antrage Hausmann entgegen und empfiehlt Aussetzung des Beschlusses, da der Landtag über diesen Punkt möglichst präzise und erschöpfend sich äußern müsse, was er im Antrage Hausmann vermisse, und bemerkt, daß der Landtag sich völlig klar darüber werden müsse, wie weit der Regierung die vorläufige Unterbringung von Barbeständen zu gestatten sei, in welchem Umfange die Passiva durch Aktiva abgetragen werden können, daß eine Aufforderung an die Regierung, sich hierüber zu äußern, das Zustimmungsrecht des Landtags besser wahre, und daß der sofortige Verkauf der $4\,^1/_2\,\%$ Preußischen Konsols, abgesehen von der Frage der Nothwendigkeit, momentan mit sicherem Schaden für die Landkasse verknüpft sei.

Abg. Husemann befürwortet den Antrag Hausmann und hält es für nothwendig, daß die Werthpapiere veräußert und die Gelder im Lande angelegt und Passiva abgetragen werden. Redner legt in längerer Rede die

Gründe dar, welche ein demnächstiges weiteres Sinken der Konsols für ihn zur Gewißheit machen.

In längerer Debatte sprechen sich die Abgg. Schemmel, Gevekot und von Lengerke für Aussetzung des Beschlusses aus, wogegen die Abgg. Husemann, Büxten und Hausmann für den Minoritätsantrag eintreten und Abg. Overbeck den Antrag auf Verkauf der Konsols als empfehlenswerth und keine Uebereilung involvirend darstellt.

Gegen die Bemerkung, daß nach dem Antrage Hausmann ja nicht eine sofortige Veräußerung des ganzen Bestandes an Konsols intendirt sei, macht Abg. Gevekot geltend, daß dann, wenn die Staatsregierung nicht sofort mit dem Verkaufe vorgehen soll, dieser Antrag mit dem der Majorität homogen sei, da nach letzterem die Beschlußfassung nur bis zum Wiederzusammentritt des Landtags ausgesetzt werden solle, während welcher Zeit die Regierung die Verkaufsfrage ja ventiliren könne.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Aussetzung des Beschlusses angenommen, wodurch der Antrag Hausmann seine Erledigung gefunden hat.

Abg. Gevekot berichtet sodann weiter zu Titel II, 2, D „Weserufer-bauten", daß der Mehraufwand von 4000 M. durch die beabsichtigte und nothwendige Verbindung der sog. Buhnen mit Faschinen zur Erreichung einer gleichmäßigen Fahrstraße in der Weser dem Ausschusse genügend motivirt erscheine, weshalb er Bewilligung dieser Position vorschlage. Der Landtag beschließt dementsprechend.

Zu Titel III, 5 stellt der Ausschuß den Antrag, die Position zu streichen, da die Summe von 1500 M. für Vertretung des Landes im Bundesrathe, welche an und für sich keineswegs beanstandet werden solle, bereits in den Positionen Titel III, Nr. 2 und 3 enthalten sei.

Nachdem längere Zeit untersucht, ob dies wirklich der Fall sei, wird die Position III, 5 formell gestrichen.

Zu Titel V, 2, E trägt Abg. Gevekot vor: dem Ausschusse sei mitgetheilt, daß die Anschaffung neuer Gewehre für die Gendarmen durchaus nothwendig sei und die beabsichtigte Anschaffung von Hinterladern als zweckmäßig, besonders zum Gebrauch bei Gefangenen-Transporten auf der Eisenbahn, empfohlen worden sei, daß der Ausschuß jedoch vorschlage, die Position von 1260 M. einstweilen abzulehnen, bis die Frage, ob nicht eine andere Art der Bewaffnung, etwa mit Revolvern, zweckmäßig sei, geprüft worden.

Regierungs-Präsident Eschenburg empfiehlt Annahme des Postens, da die Regierung sich nie für eine andere Art der Bewaffnung aussprechen könne, allein schon um die Gendarmen ihren Kameraden im Preußischen und der hiesigen Bevölkerung gegenüber wegen Abweichung der Bewaffnung nicht um ihr Ansehen zu bringen.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag auf einstweilige Streichung abgelehnt.

Zu Anlage 8, Etat der Strafanstalten, referirt Abg. Gevekot: die Anschaffung von neuen Decken sei durchaus erforderlich, da die alten völlig abgenutzt seien; die Summe von 600 M. sei nicht zu hoch gegriffen, da die Zahl der Detinirten nicht unbedeutend sei, z. B. gegenwärtig 44 betrage. In Betreff des Vorschlages, die Arbeitslöhne der Gefangenen zu erhöhen, habe der Regierungs-Kommissar dem Ausschusse mitgetheilt, daß die Direktion der Anstalt bereits mit derartiger Weisung versehen worden sei. Der Ausschuß beantrage Genehmigung.

Der Landtag bewilligt den Spezialetat und Position Titel V, 3 des Hauptetats.

Zu VII, 2, A bezw. Anlage 9 (Gymnasium zu Detmold) beantragt Abg. Gevekot: da die Normaletatssätze noch nicht angebracht seien, indem die Basis, das Normaletat-Gesetz, noch nicht ins Leben getreten, wolle der Landtag beschließen: einstweilen die im Etat für 1877 ausgeworfenen Summen zur Bestreitung der Gehalte des Direktors und der 9 ordentlichen Lehrer am Gymnasium zu Detmold für das Jahr 1878 zu bewilligen, zugleich aber auch die Regierung zu ermächtigen, die im Etat für 1878 zu dem gedachten Zwecke eingestellten Summen zu verausgaben, jedoch unter der Bedingung, daß gleichzeitig auch der Normaletat für die Elementarlehrer ausgeführt wird.

Regierungs-Präsident Eschenburg: dieser Antrag passe nicht; die Regierung habe vorausgesetzt, daß der Landtag gegen die Ausführung des Normaletats Nichts zu erinnern haben werde, und habe außerdem Unzuträglichkeiten dadurch vermeiden zu können geglaubt. Der in voriger Session gefaßte Landtagsbeschluß dürfe nicht durch das jetzige Hinzufügen einer Bedingung eingeschränkt werden. Es möge sich etwa empfehlen, den Beschluß auszusetzen bis zur Erledigung der anderen Vorlagen wegen der Gehaltserhöhungen.

Abg. Dr. von Lengerke: er halte das Einstellen der Normaletatssätze nicht für korrekt. Die Ausführung des Gesetzes sei durch die feierliche Erklärung im Landtagsabschiede ausgesetzt. Es liege ein Entgegenkommen des Landtags darin, wenn er die Ausführung für einen Zeitpunkt genehmigt, der näher liegt, als der im Landtagsabschiede ins Auge gefaßte.

In einer längeren Debatte wird die Frage erörtert, ob überhaupt die Publikation des Normaletats-Gesetzes ohne Weiteres nach der Erklärung im Landtagsabschiede möglich sei, und weiter ausgeführt, daß die Aufbesserung der Volksschullehrergehalte, ein dringendes, unabweisbares Bedürfniß, gleich-

zeitig mit Einführung des Normaletats zu geschehen habe. Die Abgg. Gevekot und Schemmel halten den Vorschlag des Regierungs-Präsidenten Eschenburg für akzeptabel; ein vom Abg. Schemmel gestellter Antrag dieserhalb findet jedoch keine Unterstützung. Die Abgg. Hausmann, von Lengerke, Grote und von Kerßenbrock befürworten den obigen Ausschuß-Antrag.

Im Laufe der Debatte wird noch über die Möglichkeit der Annahme des Gesetzes wegen der Volksschullehrer in voriger Session diskutirt, und glaubt insbesondere Abg. Hausmann, der Regierung seien genügende Mittel hierfür an die Hand gegeben worden; was Regierungs-Präsident Eschenburg zu bestreiten sucht. Ferner wird darauf hingewiesen, daß zur Förderung einigen Zusammengehens der Volksvertretung und der Regierung erhöhte Zuziehung der Regierungs-Kommissare zu den Ausschußsitzungen dienlich sein werde. Von Seiten der Versammlung wird hervorgehoben, daß die Regierung bei dritter Lesung der Propositionen in voriger Session ihre Anschauung habe äußern müssen, wogegen Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt, daß bei der Gebäudesteuer-Vorlage die Regierung ihre Ansicht über die in dritter Lesung eingebrachten tief eingreifenden Anträge frei herausgesagt habe.

Vor der Abstimmung beantragt Abg. Overbeck, welcher den zweiten Abschnitt des Antrags für überflüssig hält, Theilung der Frage. Es werden jedoch sowol der erste als auch der zweite Theil des Außschuß-Antrages angenommen.

Die ebenfalls an den Ausschuß verwiesene Position IV des Nebenetats des Gymnasiums zu Detmold, Bauten und Reparaturen, findet hiernächst Besprechung. Der Berichterstatter Abg. Gevekot bemerkt dazu: die Summe

von 4274 M. bilde die Hälfte der Kosten für Bau eines neuen Zeichensals, für Ankauf des Gebäudetheils vom Hermanns-Verein und für Anschaffung einer Schlaguhr. Der Ausschuß halte letztere Ausgabe für überflüssig, da kein Bedürfniß für die Anlage vorhanden sei. Ebenso könne der Bau eines Zeichensals nicht für dringend erforderlich erachtet werden, eventuell könne die Aula hierzu benutzt werden. Der Ausschuß beantrage Ablehnung dieser Position.

Regierungs-Präsident Eschenburg: Anschaffung einer Schlaguhr sei ein langgehegter Wunsch und diene zur Förderung der Pünktlichkeit, sei somit kein Luxusartikel. Ein Zeichensal könne nicht entbehrt werden. Die Bildung von weiteren Klassenzimmern sei ein dringendes Bedürfniß, und habe man sich bisher nur kümmerlich durch Kombination von Klassen beholfen. Sodann müsse für Unterbringung der Bibliothek und der Registratur ein Raum geschaffen werden. Die verlangten Kosten seien sehr mäßig gegriffen.

Abg. Dr. von Leugerke: Wenn Schaffung neuer Klassenzimmer sich nöthig erweise, sei Erbauung eines neuen Zeichensales die unausbleibliche Konsequenz. Wenn trotz der ungünstigen Finanzlage die Angelegenheit kein Jahr mehr hinausgeschoben werden könne, so müsse die Position bewilligt werden.

Nachdem Regierungs-Präsident Eschenburg erwidert, daß nach den erstatteten Berichten und seiner eigenen Anschauung die Schaffung neuer Klassenzimmer durchaus nothwendig erscheine, wird die Abstimmung vorgenommen, wobei Streichung der Position von 4274 M. beschlossen wird.

Hiermit wird die heutige Sitzung geschlossen. Morgen nachmittags 5 Uhr findet wiederum eine Sitzung statt, in welcher die zweite Lesung des

Etats zu Ende geführt und die erste Lesung verschiedener heute und gestern eingegangener Propositionen vorgenommen werden soll.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 11.

Geschehen Detmold am Landtage den 21. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Geh. Regierungs-Rath Meyer.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage gelangen folgende Propositionen zur ersten Lesung:

1. die Aufnahme einer Anleihe behufs Ausführung des Gesetzes vom 12. September 1877 über die Entschädigungen für die vom 1. Januar 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen betr.;

2. die Abänderung des § 35 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 hinsichtlich des Betrages der Pensionen betr.;

3. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Wegbau-Verwaltung betr.;

4. die definitive Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer betr. und

5. die Gehalte der Staatsbeamten betr.

Diese Vorlagen werden sämmtlich ohne Debatte an den Finanz-Ausschuß verwiesen.

Zu dem Pensions-Etat Nr. 20, Gendarm Schneider, berichtet namens des Ausschusses Abg. Gevekot: die Bewilligung der Pension werde empfohlen, da der betr. Pensionär im Dienste mißhandelt und zum Krüppel gemacht worden sei. Gleichzeitig möge jedoch der Wunsch Ausdruck finden, daß die Staatsregierung bei Anstellung neuer Gendarmen auf Verwendung von Zivilversorgungsberechtigten ihr Augenmerk richte. Der Ausschuß beantrage daher: der Landtag wolle beschließen: die Pension für den Gendarm Schneider zu 697 M. 20 Pf. unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse zu bewilligen, gleichzeitig jedoch die Erwartung auszusprechen, daß von Fürstlicher Staatsregierung bei künftiger Anstellung von Gendarmen stets auf zivilversorgungsberechtigte Personen Bedacht genommen werde.

Der Antrag findet ohne Debatte Annahme.

In Betreff der Position 9 des Pensionsetats wird nach zuvoriger vertraulicher Besprechung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Hiermit ist die heutige öffentliche Sitzung beendet.

Die nächste Sitzung zur dritten Lesung des Etats wird auf morgen früh 11 Uhr angesetzt.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 12.

Geschehen Detmold am Landtage den 22. Dezember 1877.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nach Vorlesung und Genehmigung des über die letzte Sitzung aufgenommenen Protokolls tritt die Versammlung sofort in die Tagesordnung, dritte Lesung des Etats, ein.

Bei der Einnahme stellt zu Titel I, 3, A Abg. von Kerßenbrock den Antrag: für die Grundsteuer aus dem Domanium im Amte Blomberg 1500 M. einzustellen, zieht jedoch diesen Antrag wieder zurück, nachdem ihm Seitens des Regierungsvertreters bemerklich gemacht, daß die Heranziehung des Paragiums zur Grundsteuer nach Beendigung der Vermessungen und Taxationen sich von selbst verstehe, und im Etat nur feste Positionen aufzunehmen empfehlenswerth sei.

Zu Titel I, 5, A erklärt Regierungs-Präsident Eschenburg, die Aufnahme von 27000 M. „Ueberschüsse aus der Leihekasse" könne nur vorbehältlich der demnächstigen landesherrlichen Genehmigung geschehen, die Regierung habe stets empfohlen, in dieser Beziehung keinen festen Beschluß zu fassen und die Entscheidung über die Deckung des Defizits auszusetzen. Nach längerer Debatte, wobei insbesondere Abg. von Kerßenbrock hervorhebt, daß im Falle der Nichtgenehmigung der erhöhten Position verschiedene Ausgabeposten abzusetzen und auf die Ueberschüsse der Leihekasse anzuweisen seien, spricht der Vorsitzende sich

dahin aus, daß er nach der Aeußerung des Regierungsvertreters an der demnächstigen landesherrlichen Sanktion nicht zweifle.

Abg. Gevekot beantragt zu Titel I, 7, B, 2 die Erhöhung von 76455 M. auf 78118 M., mit dem Bemerken, daß der Mehrbetrag die Zinsen der letzten Rate der französischen Kriegsentschädigung zu 36669 M. repräsentire. Dieser Antrag findet Annahme.

Derselbe Abg. beantragt zu Titel IV, 1 Erhöhung um 5000 M., da die Erträgnisse des Stadtgerichts Detmold nach der Spezialvorlage höher angegeben seien, zieht den Antrag jedoch zurück, nachdem regierungsseitig bemerkt, der Ansatz von 98000 M. erscheine nach Lage der Sache gerechtfertigt, da schwerlich die Erträgnisse des Jahres 1876 erreicht werden würden und man auf unbestimmte Hoffnungen nicht bauen dürfe.

Zu dem Ausgabe-Etat stellt zunächst Abg. von Kerßenbrock den Antrag, die dritte Lesung bis nach den Weihnachtsferien auszusetzen, der Antrag findet jedoch keine Unterstützung.

Die Position I, 3, C vermindert sich nach dem Beschluß in zweiter Lesung auf 20918 M. 67 Pf.

Bei Titel I, 5 beantragt Abg. von Kerßenbrock Einstellung von 930 M., welche unter Titel I, 7, A, 1 vereinnahmt sind, mit dem Bemerken, daß er einmal Aufzehren der Kapitalbestände nicht für räthlich erachte und er ferner der Ansicht sei, die den Reservisten und Landwehrleuten gewährten und allmälig zurückgezahlten Darlehne müßten auch fernerhin mit ihrem Zinsertrage zur Unterstützung Jener, wo es nöthig sei, verwandt werden.

Regierungs-Präsident Eschenburg entgegnet: ein derartiger Antrag müsse eingehender motivirt werden und erfordere gründliche Erwägung; er halte dafür, daß jetzt bei den veränderten Zuständen die Verwendung der Zinsen

zur Unterstützung von Reservisten ꝛc. den 1870 wirklich Unterstützungsbedürftigen nicht mehr zu Gute komme und nur eine ungerechtfertigte Entlastung der Gemeinden herbeiführen werde.

Nach längerer Debatte erklärt Antragsteller, er werde wegen Verwendung der Zinsen später einen besonderen Antrag stellen, er proponire jetzt nur Einstellung der 930 M., um die Aktiva zu erhalten. Dieser Antrag wird von den Abgg. Schemmel und Hausmann befürwortet und bei der Abstimmung auch angenommen.

Bei Titel III beantragt Abg. Schemmel, der Gleichförmigkeit wegen auch hier wie beim Generalschulkassen-Etat statt „Gehalte" zu setzen „Gehalte und Zulagen."

Der Regierungs-Kommissarius bemerkt, daß diese Verschiedenheit rein zufällig und die Bedeutung des Antrags ihm unklar sei, daß die gesonderte Aufführung von Gehalt und Zulage im vorigen Etat nur zur näheren Information des um nachträgliche Genehmigung der Gehaltszulagen angegangenen Landtags habe dienen sollen.

Der Vorsitzende macht hiergegen geltend, die Zulagen seien insofern nur provisorische, als die Gehalte selbst einstweilen unverändert geblieben, dies falle bei der Berechnung etwaiger Pensionen ins Gewicht.

Regierungs-Präsident Eschenburg erwiedert: Wenn der Landtag Gehalte und Zulagen, welche den Beamten als unwiderruflich gewährt seien, genehmige, so werde die ganze Summe Gehalt; wenn der Landtag anderer Ansicht sei, so habe bei der Bewilligung ein Vorbehalt gemacht werden müssen, was nicht geschehen sei; die frühere Bewilligung könne jetzt der Landtag nicht mehr zurückziehen, und etwas Derartiges scheine ihm in dem Antrage zu liegen.

Der Vorsitzende und die Abgg. Hausmann und Gevekot heben hervor, daß der Finanz-Ausschuß die Zulagen zwar als definitive, jedoch nicht als Gehaltserhöhungen betrachtet habe, und wird bemerkt, daß allerdings diese Auffassung bei der Plenarberathung vielleicht nicht zum klaren Ausdrucke gekommen sei.

Abg. Overbeck tritt der Auffassung des Regierungs-Kommissars bei; Letzterer hält das, was der Landtag beschlossen und gesagt, nicht das, was der Ausschuß sich gedacht habe, für maßgebend.

Den zurückgezogenen Antrag Schemmels nimmt Abg. von Kerßenbrock wieder auf, mit dem Bemerken, er habe letzthin für die Gehalte und Zulagen nur unter der Voraussetzung gestimmt, daß letztere den ersteren nicht zugerechnet werden sollten.

Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt auf eine Aeußerung des Abg. Hausmann: die Regierung habe mit der Vorlegung des Etats die Zulagen als definitiv bewilligte, als Gehaltstheile und bei etwaiger Pensionirung mit in Betracht kommende aufgefaßt; durch den Antrag werde ein früherer Beschluß des Landtags wieder in Frage gestellt.

Abg. Dr. von Lengerke spricht sich dahin aus: daß es sich nicht um Zurückziehung der bewilligten Zulagen, sondern um eine Erklärung des Charakters dieser Zulagen handle, worüber man noch nähere Nachforschungen anstellen müsse.

Abg. Gevekot ist der Ansicht, daß die Erklärung des Landtags auf den Etat für 1877 maßgebend und hiernach jede andere Auffassung als die des Regierungsvertreters ausgeschlossen sei, und daß der Landtag, wenn er seine entgegengesetzte Ansicht nicht geäußert, Etwas versäumt habe.

Nach längerer Debatte findet der Antrag in der vom Abg. Hausmann vorgeschlagenen Form: zu setzen: Gehalte einschließlich der Zulagen, welche bei eventueller Pensionirung nicht anrechenbar sind, Annahme, nachdem der Regierungs-Präsident Eschenburg nochmals sich dagegen ausgesprochen hatte.

Position Titel IV, 1, C wird auf Antrag des Abg. Gevekot um 150 M., welche die bereits bewilligte Zulage für den Gerichtsschreiber beim Stadtgerichte Detmold bilden, erhöht, ebendaselbst E auf Grund der angenommenen Vorlage, wegen Uebernahme des Detmolder Stadtgerichts auf 22076 M. festgesetzt.

Zu Titel V, 2, E wird der Antrag, die Summe von 1260 auf 1200 M. herabzusetzen, angenommen; ein vom Abg. von Kerßenbrock gestellter Antrag: die Bewilligung auf 300 M. zu ermäßigen und gleichzeitig die Regierung aufzufordern, alte Gewehre (Chassepots) für die Gendarmen zu acquiriren, findet nicht die Zustimmung des Landtags.

Titel VII, 1 beziffert sich nach Angabe des Abg. Gevekot nach richtiger Berechnung und Berücksichtigung des Beschlusses zweiter Lesung auf 19662 M. Abg. von Kerßenbrock wünscht zu der Position VIII in der Ausgabe der Anlage 12 nähere Angaben mit dem Bemerken, Einbringung eines besonderen Antrags habe er in zweiter Lesung versäumt.

Nachdem Regierungs-Präsident Eschenburg den Vorredner auf die genügende Bemerkung im Nebenetat und die Unzulässigkeit derartiger Anträge in dritter Lesung hingewiesen, findet der von: Abg. Hausmann befürwortete Antrag auf Aussetzung der Beschlußfassung Annahme.

Zu Position Titel VII, 2 legt der Regierungsvertreter nochmals Verwahrung dagegen ein, daß der Landtag seine frühere Genehmigung jetzt unter

eine Bedingung stellen wolle; der Vorsitzende erwidert, in dem Beschlusse zweiter Lesung liege keine Zurückziehung der früheren Genehmigung.

Der zu Titel VII, 7, D gestellte Antrag des Abg. Schemmel: den Zuschuß für das Landkrankenhaus auf 4800 Mark zu erhöhen, findet Genehmigung.

Die übrigen Etatspositionen finden in der Form zweiter Lesung Annahme.

Der Landtagspräsident trägt hierauf vor: da eine Gesammtabstimmung wegen der Aussetzung des Beschlusses über Titel VII, 1 der Ausgabe unzulässig und jedenfalls die Staatsregierung zur Fortführung der Landesregierung autorisirt werden müsse, schlage er vor, die Staatsregierung zu ermächtigen, auf Grundlage des Staatshaushaltsplans für 1877 die Landesverwaltung bis Ende Januar 1878 fortzuführen. Der Landtag beschließt dementsprechend.

Der Vorsitzende bemerkt, daß vorläufig die Arbeiten erledigt seien und außerdem wegen der bevorstehenden Feiertage der Landtag Ferien machen wolle, der Finanz-Ausschuß werde seine Arbeiten fortsetzen und weitertagen; mit Zustimmung der Versammlung beraume er die nächste Sitzung auf Dienstag den 15. Januar 1878, nachmittags 5 Uhr an. Auf der Tagesordnung stehen die ersten Lesungen der Vorlage wegen der organischen Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium zu Detmold und wegen des Betriebs der Dampfkessel, sowie die ausgesetzte Beschlußfassung über die Wahl verschiedener Ausschüsse.

Der Vorsitzende erklärt hiermit die heutige Sitzung für geschlossen.

Hierauf ergreift Regierungspräsident Eschenburg das Wort dahin: er betrachte das Auseinandergehen des Landtages als eine Vertagung, wozu die landesherrliche Genehmigung nöthig sei, obwol ihm keine Mittheilung hierüber

zugegangen, sei er auf seinen Vortrag bei Sr. Durchlaucht ermächtigt, die Zustimmung zur Vertagung des Landtags bis zum 14. Januar 1878 im Namen des Landesherrn zu ertheilen.

Der Vorsitzende entgegnet: er habe dem Fürstlichen Cabinets-Ministerium keine Anzeige gemacht, weil er für diesen Fall die Zustimmung des Landesherrn nicht für nöthig erachte.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: Preuß.

№ 13.

Geschehen Detmold am Landtage den 15. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten, als neu gewählte die Abgg. Neubourg und Pothmann.

Der Landtagspräsident eröffnet die heutige Sitzung mit der Mittheilung vom inzwischen eingetretenen Tode des Abg. Hausmann, weist mit anerkennenden Worten auf die Thätigkeit des Verstorbenen hin, drückt die Hoffnung aus, daß das von demselben angebahnte Zusammenwirken der Parteien zum Wohle des Landes auch fernerhin bestehen bleiben möge und ersucht die Versammlung, das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen zu ehren, was auch geschieht.

Nachdem das Protokoll der Sitzung vom 22. Dezember sowie die Protokolle über die geheimen Sitzungen vom 21. und 22. Dezember v. J. vorgelesen und genehmigt worden, theilt der Vorsitzende der Versammlung mit, daß die Abgg. Asemissen und Sprütten Krankheitshalber am Erscheinen verhindert seien, begrüßt die neu eingetretenen Abgg. Neubourg und Pothmann und verweist dem früher gefaßten Beschlusse des Landtags entsprechend die Prüfung der Wahl des Abg. Pothmann der 1. Wahlabtheilung, während die Beschlußfassung über die Verweisung der Wahlprüfung bezüglich des Abg. Neubourg wegen Unvollständigkeit der 6. Wahlabtheilung bis morgen ausgesetzt wird.

Hiernächst werden die beiden neu eingetretenen Landtagsmitglieder vom Vorsitzenden vereidigt.

Als Eingänge werden der Versammlung mitgetheilt:

1. Ein Antwortschreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums vom 27. v. M. auf die Beschlußfassung des Landtags wegen des Domanialabkommens. Die Besprechung soll auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.

2. Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums vom 4. d. M. mit den Vorlagen:

   a. die Errichtung einer neuen Hauptlehrerstelle an der Bürgerschule zu Detmold betr.,

   b. den Erlaß einer Verordnung wegen des Auftretens des Kolorado-Käfers betr.,

   c. den Erlaß eines Gesetzes über die Pensionirung der Gendarmen betreffend.

3. Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums vom 12. d. M. an den Finanz-Ausschuß, die vom Landtag gewünschte Vorlegung des Katasters der Generalkasse betr.

4. Zwei Schreiben derselben Behörde mit den die Wahl der Abgg. Neubourg und Pothmann betr. Akten.

5. Eine Petition des Ziegelmeisters Schmidt zu Oberschönhagen, welche dem Petitions-Ausschusse übergeben wird.

6. Ein Schreiben des Amts Varenholz, die Kosten für die Weserufer-bauten betr., welches dem Finanz-Ausschusse zugewiesen wird.

7. Verschiedene Anträge des Finanz-Ausschusses.

Hiernächst tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Die geschäftliche Behandlung der Vorlagen wegen Einführung einer Gewerbesteuer und einer allgemeinen Gebäudesteuer betreffend, schlägt der Vorsitzende vor: für letztere Vorlage einen neuen Ausschuß von 7 Mitgliedern zu wählen, welchem auch noch verschiedene Vorlagen überwiesen werden könnten, die Gewerbesteuervorlage jedoch, bei welcher nur finanzielle Fragen in Betracht kommen, dem Finanz-Ausschusse zu überweisen und denselben zu diesem Zwecke um 2 Mitglieder zu verstärken.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Die Vorlage wegen eines Verkoppelungsgesetzes wird dem neu zu wählenden Ausschusse überwiesen.

Hiernächst folgt erste Lesung der Vorlage wegen Erlasses eines Gesetzes über den Betrieb der Dampfkessel. Auf Antrag des Abg. Neuburg wird Berathung dieser Vorlage im Plenum beschlossen.

Die sich hieran schließende erste Lesung der Vorlage, die organische Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium zu Detmold betr., ergiebt Verweisung derselben an den Finanz-Ausschuß.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf morgen früh 10 Uhr anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen:

1. Wahl einer Abtheilung zur Prüfung der Wahl des Abg. Neubourg.
2. Wahl eines neuen Vicepräsidenten.
3. Ergänzung des Petitions- und des Finanz-Ausschusses.
4. Wahl der zwei Mitglieder, welche zum Zweck der Berathung der Gewerbesteuer-Vorlage zum Finanz-Ausschusse hinzutreten sollen.
5. Wahl des neuen Ausschusses von 7 Mitgliedern.
6. Erste Lesung der heute eingegangenen drei Propositionen.
7. Berathung der heute eingegangenen Anträge des Finanz-Ausschusses.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 14.

Geschehen Detmold am Landtage den 16. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls über die gestrige Sitzung wird ein ferner eingegangenes Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums vom 6. d. M., Vorlegung des Forst-Geld-Etats und des Forst-Natural-Etats des Falkenhagener Forst betr., zur Kenntniß der Versammlung gebracht und dem Finanz-Ausschusse überwiesen. Ferner ist ein weiterer Antrag des Finanz-Ausschusses eingegangen.

Zur Tagesordnung übergehend, beschließt der Landtag zunächst die Verweisung der Prüfung der Wahl des Abg. Neubourg an die 3. Wahlabtheilung.

Bei der nunmehr vorgenommenen Wahl eines Vice-Präsidenten erhält Abg. Gevekot 10, Abg. Overbeck 7 Stimmen und Abg. Neubourg 1 Stimme. Ersterer ist also gewählt und nimmt die auf ihn gefallene Wahl an.

Abg. Schemmel beantragt hierauf, um alle Abgeordneten in Thätigkeit zu setzen, für Berathung der Gewerbesteuer-Vorlage den Finanz-Ausschuß um 3 Mitglieder zu verstärken und den neu zu wählenden Ausschuß aus 9 Mitgliedern bestehen zu lassen, ferner sämmtliche Wahlen, da ja bereits eine vertrauliche Vorbesprechung stattgefunden habe, durch Akklamation vorzunehmen. Dieser Antrag findet Annahme.

Der Vorsitzende schlägt hierauf vor,

1. in den Finanz-Ausschuß an Stelle des Abg. Hausmann den Abg. Husemann, zur Berathung der Gewerbesteuer-Vorlage die Abgg. Döpping, Grote und Echterling,

2. in den Petitions-Ausschuß an Stelle des Abg. Hausmann den Abg. Neubourg,

3. in den neuen Ausschuß folgende Abgg. zu wählen: Neubourg, Pothmann, Sprütten, Schemmel, Körner, Obermeier, Corbach, Schmidt und Rhodovi.

Die Versammlung wählt in angegebener Weise durch Akklamation.

Demnächst beschließt der Landtag die erste Lesung der gestern eingegangenen Propositionen heute vorzunehmen.

Die Vorlage, die Errichtung einer neuen Hauptlehrerstelle an der Bürgerschule in Detmold betr., wird, nachdem Abg. Grote dieselbe befürwortet hat, an den Finanz-Ausschuß verwiesen.

Die zweite Vorlage, den Erlaß einer Verordnung wegen des Auftretens des Kolorado-Käfers betr., wird dem heute neu gewählten Ausschusse, die Vorlage wegen Erlasses eines Gesetzes über die Pensionirung der Gendarmen dem Finanz-Ausschusse zugetheilt.

Weiter folgt die Berathung der vom Finanz-Ausschusse eingebrachten Anträge.

Zu Titel VII, 6 der Ausgabe (Bibliothek) proponirt der Ausschuß: 1) auszusprechen, daß die Herstellung eines gedruckten Katalogs zwar wünschenswerth sei, zur Zeit jedoch unthunlich erscheine, daß der Landtag sich jedoch vorbehalte, auf diese Frage später zurückzukommen, 2) die Staatsregierung zu ersuchen, die Vorschrift unter Nr. 5 der Bekanntmachung, die Bestimmung über die Benutzung der öffentlichen Bibliothek in Detmold betr., vom

28. Okt. 1851 dahin abzuändern, daß auch an Nichtbewohner der Stadt Detmold, wenn sie persönlich auf der Bibliothek sich einfinden, Bücher zu verleihen sind und im Uebrigen den Auswärtigen die Benutzung der Bibliothek thunlichst erleichtert werde.

Nachdem der Berichterstatter, Abg. Gevekot, auf die bedeutende Arbeit und Kosten der Herstellung eines gedruckten Katalogs und die zeitige Unzulässigkeit der Ausführung hingewiesen, findet der erstere Antrag Annahme. Abg. Husemann beantragt Einschiebung folgenden Zusatzes in dem zweiten Antrage: die Landesbibliothek nicht wie bisher im Dezember, sondern in den Monaten Juli oder August schließen zu lassen. Nach kurzer Motivirung findet der Antrag mit dem Amendement Annahme.

Sodann beantragt der Ausschuß zu dem Titel VIII der Ausgabe der Generalkasse (Anlage 12), worüber die Beschlußfassung ausgesetzt worden war: die für die Witwe Lohmeier geforderte Entschädigungssumme von 600 Mark zu bewilligen. Der Berichterstatter befürwortet die Bewilligung des Betrags, welcher nach den dem Ausschusse gemachten Mittheilungen nur gerecht und billig erscheint, und beschließt der Landtag auch dem entsprechend.

Zu der Petition des Kuratoriums der Töchterschule in Lemgo um Bewilligung eines von der Regierung zu proponirenden Zuschusses von 600 Mark aus Landesmitteln liegt seitens des Finanz-Ausschusses der Antrag vor: die Petition der Staatsregierung zur Prüfung zu überweisen.

Der Berichterstatter, Abg. Gevekot, befürwortet diesen Antrag unter Hinweis darauf, daß sofortige Bewilligung eines Zuschusses für die Lemgoer Töchterschule den übrigen ähnlichen Anstalten gegenüber präjudiziell sein müsse und der Zuschuß für Detmold nicht vom Landtage bewilligt, sondern 1868 vom Lande als eine Verpflichtung übernommen sei. Abg. Overbeck hält es

für billig, daß der Staat da, wo durch derartige Anstalten die theilweise oder vollständige Arbeitskraft eines sonst anzustellenden Volksschullehrers gespart werde, den betr. Anstalten im Verhältniß zu ihrer Frequenz einen Zuschuß gewähre oder mindestens denselben das Schulgeld zu überweisen habe. Abg. Schemmel bemerkt, es liege, da die Regierung noch keine desbezügliche Vorlage gemacht habe, für den Landtag kein Grund zur Bewilligung vor und würde man sonst noch über das Petitum hinausgehen.

Abg. Pothmann beantragt, einzuschalten „und zur Berücksichtigung", wogegen sich die Abgg. Schemmel und Brand erklären, während Abg. Grote eine Bewilligung nur für gerecht hält. Abg. Brand bemerkt: die Stadt Lemgo ziehe, worauf er schon früher hingedeutet, die Konsequenz aus der Bewilligung eines Zuschusses für die Detmolder Töchterschule für ihre Anstalt, und würden viele Anstalten jener folgen; wenn derartige Wünsche Berücksichtigung finden sollen, empfehle sich wohl Regelung im gesetzlichen Wege statt die einzelnen Petitionen abzuwarten, auch materiell sei das Verlangen der Petenten keineswegs gerechtfertigt.

Nach Ablehnung des Amendements Pothmann findet der Ausschußantrag Annahme.

Zum Gesetz-Entwurfe betr. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Wegebauverwaltung beantragt der Ausschuß: dem Gesetze folgende Fassung zu geben: Gesetz, den Bau einer Verkehrsstraße von dem Blomberger Forsthause nach dem Bahnhofe Schieder betr.

Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, Regierender Fürst zur Lippe ꝛc. ꝛc. verordnen mit Zustimmung des Landtags was folgt:

Einziger Paragraph.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, die zur Herstellung einer Verkehrs-

straße zwischen dem Blomberger Forsthause und dem Bahnhofe Schieder erforderlichen Mittel im Betrage von 9300 Mark aus dem Bestande der Landkassen-Rechnung vom Jahre 1876 zu entnehmen.

Seitens der Versammlung wird die Nothwendigkeit der Bewilligung für den Bau der Verkehrsstraße, welche für den ganzen östlichen Theil des Landes ein dringendes Bedürfniß, anerkannt; bezüglich der Aufbringung der Mittel hebt Abg. Gevekot hervor: die von der Regierung proponirte Aufnahme einer Anleihe empfehle sich nicht, da Chaussee-Bauten und Reparaturen zunächst eine ständig wiederkehrende Ausgabe seien und eine Anleihe nur die Passivkapitalien, deren Verminderung man anzustreben suche, vermehre; der Bestand der Landkasse vom Jahre 1876 genüge vollkommen zur Deckung; die Einstellung der Summe in den Etat würde an Stelle des Gesetzes genügt haben, wenn jener Bestand nur Aufnahme in den Etat gefunden habe, was nicht der Fall sei. — Auf eine Anfrage des Abg. Schemmel bemerkt der Berichterstatter, der Regierungs-Kommissarius habe gegen eine Entnahme der Kosten aus dem Bestande von 1876 Nichts erinnert.

Die Abgg. Neubourg und Husemann vertheidigen den Grundsatz, daß Neubauten nicht aus den laufenden Einnahmen bestritten werden dürfen, haben aber in concreto gegen eine Bestreitung der nicht sehr bedeutenden Kosten aus dem Bestande Nichts einzuwenden.

Die Frage, ob nicht die Regierung auch noch zu ermächtigen sei, eventuell eine Chausseegeldhebestelle einzurichten, wird vom Abg. Gevekot durch den Hinweis darauf, daß diese Materie bereits gesetzlich geregelt sei, abgethan.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz in der vom Ausschusse vorgeschlagenen Form einstimmig genehmigt.

Weiter beantragt der Ausschuß zu dem Gesetz-Entwurfe, betr. die Aufnahme einer Anleihe behufs Ausführung des Gesetzes vom 12. Sept. 1877 über die Entschädigung für die vom 1. Januar 1871 ab aufgehobenen ausschließlichen Gewerbeberechtigungen: die Vorlage abzulehnen, die Regierung aber zu ermächtigen, die als Entschädigung für aufgehobene ausschließliche Gewerbeberechtigungen in diesem Jahre etwa auszuzahlenden Gelder aus dem Bestande der Landkassen-Rechnung vom Jahre 1876 zu entnehmen.

Der Berichterstatter motivirt diesen Antrag damit, daß obschon theoretisch die Aufnahme einer Anleihe zur Bestreitung dieser außerordentlichen Ausgabe zu rechtfertigen sei, bei der Geringfügigkeit der 1878 auszuzahlenden Beträge Bestreitung aus dem hinreichende Deckung gewährenden Bestande aus dem Jahre 1876 sich empfehle.

Nachdem Abg. Overbeck noch hervorgehoben, der Antrag erscheine auch schon dadurch begründet, daß in jenem Bestande eingegangene Aktiva stecken, findet der obige Antrag Annahme.

Der heute eingegangene Antrag des Finanz-Ausschusses, welcher für dringlich erklärt wird, lautet folgendermaßen: Der Landtag wolle beschließen: a, in den Titel VII, 3 der Einnahme einzustellen die Summe von 33638 M., b, in dem Titel VII, 1 der Ausgabe statt der beschlossenen Summe von 19662 M. auszuwerfen die Summe von 53300 M.

Abg. Gevekot bemerkt hierzu: der sich nach dem Spezialetat der Generalkasse ergebende Ueberschuß zu 33638 M. sei im Hauptetat nicht vereinnahmt und desselben nur in einer Randbemerkung Erwähnung gethan.

Der Ausschuß halte es für sachentsprechend, wenn die Einnahme und die ganze Ausgabe (50,000 M. und für dieses Jahr 53300 M.) aufge-

führt werde. Das regierungsseitig geäußerte Bedenken sei nicht zutreffend, da die Rechnungsführung der Generalkasse durch diese Maßnahme gar nicht tangirt werde.

Der Ausschuß-Antrag findet Annahme.

Hiernächst übernimmt, da Abg. Dr. von Lengerke Berichterstatter über einen weiteren Antrag ist, der Vize-Präsident Gevekot den Vorsitz. Abg. von Lengerke verliest folgenden Antrag: der Landtag wolle beschließen: In Erwägung, daß bei Fassung des Beschlusses vom 22. Dez. v. J., die durch Cabinets-Ordre vom 1. Sept. 1873 den Staatsbeamten und Elementarlehrern gewährten Gehaltszulagen betr., der Wortlaut des fragl. Aktenstücks nicht vorlag, — daß aus der nachträglichen Einsicht desselben sich ergiebt, der Anspruch auf Berücksichtigung dieser Zulagen bei etwaiger Pensionirung solle so lange suspendirt bleiben, bis sie durch Nachbewilligung des Landtags etatmäßig geworden seien, — in fernerer Erwägung, daß bei Feststellung des Staathaushaltsetats für 1877 weder die Staatsregierung die Etatsmäßigkeit dieser Zulagen ausdrücklich beantragt, noch auch der Landtag bei Genehmigung derselben seine Absicht, ihnen den Anspruch auf Berücksichtigung bei Pensionirung nicht zuzugestehen, ausdrücklich ausgesprochen hat, — daß somit, da die Staatsregierung von der entgegengesetzten Anschauung ausging, ein Zweifel über die Tragweite des damals gefaßten Beschlusses obwaltet, den durch nachträgliche Präzisirung desselben zu beseitigen erforderlich ist, — in endlicher Erwägung, daß unter Anerkennung des Bedürfnisses der geschehenen Gehaltsaufbesserungen den vorhandenen Zweifel über ihre Tragweite zum Nachtheile der Beamten, zu entscheiden unbillig sein würde, erklärt der Landtag nunmehr, unter Zurückziehung des Beschlusses dritter Lesung zu Titel III, 1 A und B und Titel IV, 1 A bis E der Ausgaben, sein Einverständniß

mit der Auffassung Fürstlicher Staatsregierung, daß die im vorigen Jahre bewilligten Zulagen in jeder Beziehung als Theile des Gehalts zu gelten haben.

Abg. Dr. von Lengerke weist unter Bezugnahme auf die mit dem Antrage bereits verbundenen Motive darauf hin, daß die Rückgängigmachung eines Beschlusses dritter Lesung in der Regel wol nur statthaft sei, wenn der betr. Beschluß auf falschen Prämissen, ungenügender Information und Unklarheiten der Ansichten beruhe, daß dies im vorliegenden Falle zutreffe, wo insbesondere der Wortlaut der fragl. Verfügung Fürstlichen Cabinets-Ministeriums in der Sitzung vom 22. Dez. v. J. nicht vorgelegen habe. Es rechtfertige sich deshalb wol der vorliegende Antrag.

Die Versammlung genehmigt denselben ohne Debatte.

In Betreff der weiteren Anträge des Finanz-Ausschusses zu den Titeln des Etats wegen der Landesschulden-Verwaltung ꝛc. wird zunächst Vervielfältigung desselben beschlossen und ferner die Gesammtabstimmung über den Etat bis nach Erledigung dieser Anträge ausgesetzt.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung zur Berathung der letzterwähnten Anträge und der Gesammtabstimmung über den Etat wird auf Freitag den 18. d. M., morgens 10 Uhr angesetzt.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 15.

Geschehen Detmold am Landtage den 18. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten, als Regierungs-Kommissarien Regierungs-Präsident Eschenburg und Geh. Regierungsrath Meyer.

Nach Vorlesung und Genehmigung des über die gestrige Sitzung aufgenommenen Protokolls werden als Eingänge bekannt gemacht:

1. Bericht der 3. Wahlabtheilung, die Wahl des Abg. Neubourg betr.,

2. Antrag des Abg. von Kerßenbrock und Genossen, die Veränderung des Steuerfußes für die Beiträge zu Schul- und Kirchenkosten.

3. Antrag des Finanz-Ausschusses, das vom Amte Varenholz eingegangene Schriftstück über die Weseruferbauten betr.

4. Antrag desselben Ausschusses zu dem Etatgesetz.

Zuvoriger Benachrichtigung zufolge hatte sich Geh. Regierungsrath Meyer in Begleitung des Regierungssekretärs Ulrich eingefunden und verpflichtete Ersterer nach Produktion einer ihn autorisirenden Vollmacht den zum Vice-Präsidenten gewählten Abg. Gevekot als solchen unter Hinweis auf den bereits geleisteten Abgeordneteneid.

Vice-Präsident Gevekot übernimmt den Vorsitz, da Abg. Dr. von Lengerke Berichterstatter des Finanz-Ausschusses ist.

Zu Titel I, 7 A, B und C der Einnahme und zu Titel I, 4 A und B und 5 der Ausgaben proponirt der Ausschuß, die in der Anlage abge-

druckten Erklärungen und Anträge an Fürstliches Cabinets-Ministerium zu richten.

Die Nr. 1 rechtfertigt Abg. Dr. von Lengerke damit, daß in den Landkassen-Rechnungen keine ganz genauen Angaben enthalten seien und Besitz eines derartigen corpus bonorum wünschenswerth sei und die Fortführung der Veränderungen durch den Landtag keine Schwierigkeiten machen werde. Auf Vorschlag des Abg. Husemann wird am Schlusse der Ausdruck „Emissionen, Serien u. s. w." eingestellt.

Nr. 1 und die lediglich eine Ordnungsmaßregel darstellende Nr. 2 werden angenommen, ebenso die Nr. 3, 4 und 5, nachdem sie vom Berichterstatter erläutert und befürwortet worden. Zu Nr. 4 bemerkt Abg. Gevekot, daß der Beschluß vom Landtage bereits durch Einstellung der eingegangenen Kapitalien zu 930 M. in Ausgabe thatsächlich durchgeführt sei.

Zu Nr. 6 hebt der Berichterstatter hervor, daß sowol im Etat des Deutschen Reichs als auch in dem des Preußischen Staats der Bestand aufgeführt werde, jedoch nicht der ganze Bestand einzustellen sei, sondern vielmehr eine Summe im proponirten Betrage von 40000 M. zur Ermöglichung der Verwaltung und Bestreitung eines etwaigen Defizits davon abgezogen werden müsse.

Regierungs-Präsident Eschenburg weist darauf hin, daß nach der Buchführung für das Jahr 1877 nur ein reiner Bestand von etwa 40000 M. zu erwarten sein werde. — Nr. 6 findet Genehmigung seitens des Landtags.

Zu Nr. 7 bemerkt der Berichterstatter: da hin und wieder das Bedürfniß auftreten könne, Reservisten und Landwehrleute aus dem Jahre 1870 zu unterstützen, so empfehle es sich, das noch vorhandene Kapital zu konserviren und der Staatsregierung Verwendung der Zinsen im Sinne der

ursprünglichen Bestimmung zu empfehlen. Abg. Neubourg hält das Bedürfniß für Unterstützungen für ein sehr geringes, da 1870 gar keine Landwehrleute und nur sehr wenige Reservisten vorhanden waren. Nr. 8 wird in der proponirten Form genehmigt.

Nachdem der Berichterstatter den Antrag unter Nr. 9 motivirt hat, hebt Abg. Overbeck noch hervor: da durch das Ablösungsgesetz die Regierung in den Stand gesetzt sei, ohne Genehmigung und Vorwissen der Landesvertretung Schulden zu machen, und beispielsweise in den Jahren 1873 und 1874 die eingegangenen Ablösungs-Kapitalien geistlicher Gefälle ꝛc. auch zur Deckung laufender Ausgaben, nicht allein zur Abtragung von Passivkapitalien gedient haben, sei eine Gesetzesänderung sehr angebracht. Abgesehen von den Unbequemlichkeiten, welche der bestehende Modus für die Landkasse habe, könne man der Kirche, welche jetzt auf eigene Füße gestellt sei, auch die Fürsorge für ihre Aktiva überlassen.

Abg. Schemmel erwidert hierauf: die in finanzieller Beziehung keineswegs selbständig gemachte Kirche dürfe auch deshalb nicht das Verfügungsrecht über die derselben gehörigen Aktiva erhalten; seiner Ansicht nach enthalte der Antrag nur eine Veränderung des Belegungsorts der Ablösungskapitalien und lasse die staatliche Garantie für Erhaltung derselben bestehen.

Nachdem der Berichterstatter sich mit dem Abg. Schemmel bezüglich der Tragweite des Antrags Nr. 8 einverstanden erklärt hat, wird Letzterer angenommen.

Zu Nr. 9 trägt der Referent, Abg. Dr. von Lengerke, vor: Zur Aufbringung der für Vermessungsarbeiten geforderten 72,000 M. halte der Ausschuß statt Annahme einer Anleihe den proponirten Modus für empfehlenswerther, zumal, wie schon in einer früheren Sitzung hervorgehoben sei, die

Veräußerung der 4 1/2 % Konsols wünschenswerth sei, jedoch wohl nur, wenn die Landkasse dabei keinen Verlust leide. Der Schlußpassus sei vom Regierungsvertreter selbst in einer Ausschußsitzung befürwortet.

Regierungs-Präsident Eschenburg hält es für nothwendig, auch für den Fall, daß keine Papiere mit Nutzen verkauft werden könnten, Fürsorge zu treffen, und empfiehlt der Versammlung, der Regierung hierbei freiere Hand zu lassen.

Der Berichterstatter glaubt, daß genug Papiere mit Vortheil verkauft werden könnten, und sucht dies durch Beispiele und Zahlenangaben darzuthun, und weist darauf hin, daß im ungünstigsten Falle die Regierung das nöthige Geld vorläufig aus der Leihekasse entnehmen und dieserhalb möglichst bald die nachträgliche Genehmigung des Landtags einholen könne.

Abg. Husemann hält es für zweckmäßig, die 4 1/2 % Werthpapiere zu veräußern, da bei den 4-prozentigen bei eventueller Ausloosung ein größerer Nutzen zu erwarten sei, und spricht sich gegen Aufnahme einer Anleihe aus, durch welche den Bewohnern des Landes das Geld nur vertheuert und ein künstlicher, hoher Zinsfuß hervorgerufen werde.

Abg. Gevekot spricht sich für den Ausschuß-Antrag aus, wenn dieser noch den Zusatz erhalte, daß eventuell die Regierung zur Aufnahme der Gelder aus der Leihekasse ermächtigt werde. Abg. Schemmel ist derselben Ansicht und tritt insbesondere dafür auf, daß die Gelder im Wege einer Anleihe aufgebracht werden, weil die Kosten der Vermessung durch den höheren Ertrag der Grundsteuer zu amortisiren seien, wozu Abg. Gevekot bemerkt, daß auch die Regierung die Amortisation dieses Aufwandes vorgesehen habe.

Abg. Grote schließt sich dem Abg. Husemann an, Abg. Overbeck beantragt: unter c. hinter „Konsols" einzuschalten „oder Westpreußische Pfand-

briefe"; Abg. von Lengerke bringt das Amendement ein: als Buchstabe d aufzunehmen: wenn ein Verkauf von Werthpapieren ohne Schaden nicht zu ermöglichen ist, eine entsprechende Anleihe aus der Leihekasse.

Bei der Abstimmung werden beide Amendements und Nr. 9 mit denselben angenommen.

Zu Nr. 10 berichtet Abg. Dr. von Lengerke, daß die Mehrheit des Ausschusses sich dafür erklärt habe, die vorhandenen Aktiva zur Schuldentilgung zu verwenden, und daß von diesem Standpunkte aus der formulirte Antrag als zweckentsprechend erscheine.

Abg. Pothmann hält es für wünschenswerth, lediglich über das Prinzip schlüssig zu werden, und beantragt Streichung des Schlußpassus.

Abg. Dr. von Lengerke spricht sich für seine Person gegen Antrag Nr. 10 aus, da er das darin zum Ausdruck gelangte Prinzip für unrichtig halte; denn zuvörderst stehen dem Lande in nächster Zeit ganz bedeutende Extraausgaben bevor, für die man dann zu sorgen habe, sodann sei Verwendung der gute Zinsen tragenden Aktiva mit einem Ausfall von jährlich mehreren Tausend Mark Zinsen verbunden, und schließlich sei nur den wenigsten Gläubigern der Landkasse die Kündigung ihrer Kapitalien genehm.

Abg. Overbeck tritt für den Ausschußantrag ein und hebt hervor: man dürfe die kündbar bei der Landkasse angelegten Kapitalien nicht vermehren, müsse vielmehr für eine Verminderung Sorge tragen, da sonst bei unruhigen Zeiten durch plötzliche Kündigungen die Landkasse in große Verlegenheit gesetzt werden könne. Unkündbare Kapitalien seien nicht so billig, wie bisher die kleinen Anleihen, zu beschaffen, da die Kosten für Verwaltung ꝛc. und die Unmöglichkeit einer Emission al pari in Betracht kommen.

Die Abgg. von Lengerke und Schemmel finden grade in dem letzten Argumente eine Begründung ihrer Ansicht, die Aktiva für die größeren extraordinären Ausgaben zu reserviren, und bemerken, daß viele Leute gern Gläubiger der Landkasse seien und in den letzten Jahren hauptsächlich die Landkasse gekündigt habe, nicht die Gläubiger, was Abg. Pothmann bestätigt.

Abg. von Kerßenbrock spricht sich für Ausgleichung der Aktiva und Passiva aus, Abg. Pothmann für Konservirung der Aktiva.

Abg. Husemann hält eine Ausgleichung für wünschenswerth, jedoch nur eine allmälige und womöglich mit materiellen Nutzen verbundene, und beantragt, da ihm hauptsächlich daran liege, den Preis des Geldes gleichmäßig im Lande erhalten zu sehen, die Nr. 10, soweit er sich auf Veräußerung der Papiere erstreckt, zu streichen, und als Nr. 11 folgende Bestimmung aufzunehmen: „Im Fall die Landeskreditinstitute in die Lage gerathen sollten, aus Mangel an disponiblen Mitteln oder bei der Unmöglichkeit der Aufnahme vierprozentiger Anleihen die Kreditbedürfnisse der Landesbewohner, soweit sie nach den betr. Kassenstatuten hinreichende Sicherheit bieten, nicht befriedigen zu können, so sind von der Staatsregierung den Kreditinstituten die Mittel dazu durch den Verkauf von Werthpapieren, wie sie in Nr. 10 angegeben sind, gegen angemessene Verzinsung zur Verfügung zu stellen.

Abg. Schemmel proponirt, diesen Antrag dem Finanz-Ausschusse zur Prüfung zu überweisen.

Regierungs-Präsident Eschenburg weist darauf hin, daß der größte Theil der Aktiva demnächst durch die großen extraordinären Ausgaben konsumirt werde, und empfiehlt dem Landtage Spezialisirung der verschiedenen in Betracht kommenden Punkte.

Abg. Büxten spricht sich zu Gunsten des Ausschuß-Antrags aus, weil

es nicht wirthschaftlich sei, neben Schulden Aktiva zu haben, und durch den Vorschlag die Verwaltung vereinfacht werde.

Nach längerer Debatte empfiehlt Abg. Dr. von Lengerke, zur Zeit das Prinzip unberührt zu lassen und nur wegen Beseitigung der kleinen Ablösungskapitalien jetzt Beschluß zu fassen, und stellt folgenden Antrag: statt Nr. 10 zu setzen: der Landtag wünscht unter Bezugnahme auf die Erklärung unter Nr. 8, daß es sich ermöglichen lasse, die kleinen, nicht auf runde Summen lautenden Beträge der Ablösungskapitalien geistlicher Gefälle zu beseitigen, und ermächtigt die Staatsregierung schon jetzt zu diesem Zwecke zum Verkaufe solcher Werthpapiere, die ohne Verlust im Vergleich mit dem Ankaufspreise verkauft werden können.

Nach Ablehnung des Amendements Pothmann findet der Antrag von Lengerke Genehmigung, wodurch der Ausschußantrag erledigt ist. Ebenso findet der Antrag Schemmel auf Verweisung des Antrags Husemann an den Finanz-Ausschuß Annahme.

Wegen vorgerückter Zeit wird die heutige Sitzung geschlossen, morgen früh 10 Uhr findet die nächste Sitzung statt zur Berathung eines Ausschuß-Antrages zum Etatgesetz und der heute angezeigten Eingänge.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: **Preuß.**

Anlage zum Landtagsprotokoll vom 18. Januar 1878.

Antrag des Finanz-Ausschusses.

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Titel I, 7, A, B und C der Einnahmen und zu Titel I, 4, A und B und 5 der Ausgaben sieht sich der Landtag zu folgenden Erklärungen und Anträgen an Fürstliches Kabinets-Ministerium veranlaßt:

1. Er hält für sein Archiv und zur Einsicht seiner Mitglieder stets bereit liegend ein vollständiges Verzeichniß der Eigenthumsobjekte, sowie der Passivkapitalien des Landes für erforderlich und ersucht Fürstliches Kabinets-Ministerium um die Vorlage eines solchen, in welchem die etwaigen künftigen Veränderungen einzutragen Aufgabe des Landtags selbst sein wird. Der Vorlegung eines Theils dieses Verzeichnisses, soweit es die im Eigenthum des Landes befindlichen Werthpapiere umfaßt, glaubt er schon im Laufe der gegenwärtigen Sitzungsperiode entgegen sehen zu können, und zwar mit Angabe des Namens, der Serie u. s. w., des Nominalwerths, des Netto-Einkaufspreises, der Zeit und des Courses des Ankaufs, sowie der seit dem Ankauf Statt gehabten Ausloosungen.

2. Er hält in Betreff der gedachten Werthpapiere ferner für erforderlich, daß die bei der Einlösung, beim Ankauf und Verkauf entfallenden Unkosten und Stückzinsen abgesondert in die entsprechenden Titel, resp. Unterabtheilungen der Landkassen-Rechnung eingestellt werden.

3. Wie hinsichtlich aller sonstigen mit Eigenthumstheilen des Landes vorgehenden Substanzveränderungen, nimmt der Landtag auch hinsichtlich aller eingehenden Kapitalien das Mitbestimmungsrecht über deren Verwerthung in Anspruch und wünscht, daß dieselben bis zu erfolgter Vereinbarung über die weitere Verwendung bei einem der Kreditinstitute des Landes zinsbringend angelegt werden.

4. In Uebereinstimmung mit der im Landtagsabschied vom 12. Sept. v. J. ertheilten Zusage, daß alle zurückfließenden Kapitalien wieder zur Ausleihung gelangen sollen, erklärt der Landtag für erforderlich, daß für alle eingehenden Kapitalien, soweit nicht über deren Verwendung ein anderweitiger Beschluß vorliegt, die gleiche Summe unter der Rubrik „anzulegende Kapitalien" im Etat ausgeworfen werde.

5. Dem Beschlusse gemäß, daß die 1875 verfallene Eisenbahncaution von nominell 150,000 Thlrn. nebst allen seit der Zeit des Verfalls aufgelaufenen und ferner auflaufenden Zinsen zur Bezahlung des Beitrags zum Bau der Eisenbahnlinie Herford-Detmold zur Verwendung steht, ist der in den Etats von 1875 und 1876 bereits eingestellte und verrechnete Zinsbetrag dieser Kapitalien von zusammen 27,770 M. 50 Pf. von dem Bestande der Rechnung von 1877 in Abzug zu bringen und in die jährlich vorzulegende Separat-Rechnung über den gedachten Fonds einzustellen.

6. Da sich mehrfach, z. B. in den Jahren 1875 und 1876, bei Abschluß der Landkassen-Rechnung außerordentlich hohe Bestände ergeben haben und zwar weit höhere, als sie für das laufende Verwaltungsbedürfniß erforderlich sind, so wünscht der Landtag, daß stets der etwaige Ueberschuß des Bestandes über den Betrag von 40,000 M. hinaus in den Voranschlag der

auf den betreffenden Rechnungsabschluß folgenden Finanzperiode eingestellt, und somit bei Feststellung des Etats ausdrücklich berücksichtigt werde.

7. Den noch vorhandenen Rest des aus der Reichskasse zur Unterstützung von Reservisten und Landwehrleuten des Kriegs von $18^{70}/_{71}$ eingezahlten Kapitals, wünscht der Landtag, im Zweifel darüber, ob und welche Summen für den gedachten Zweck noch erforderlich sind, im vollen Umfange, einschließlich der etwa auflaufenden Zinsen, bis auf Weiteres erhalten, resp. seiner Bestimmung gemäß verwandt zu sehen.

8. Die in der Verordnung vom 23. März 1841 bezw. vom 21. Dez. 1870 Nr. 10 getroffene Bestimmung, daß die Ablösungs-Kapitalien für geistliche Gefälle durch Vermittelung der Konsistorialkasse bei der Landkasse belegt werden müssen, hält der Landtag für unangemessen, vielmehr die Belegung bei einem der Landes-Kreditinstitute für zweckentsprechender, und ersuch Fürstliches Kabinets-Ministerium den Gegenstand zu prüfen und demnächst dem Landtage eine entsprechende Vorlage zugehen zu lassen.

9. Zur Deckung der laut Bemerkung zu Titel I, 4, A der Ausgaben für das Jahr 1878 behufs der Landesvermessung erforderlichen 72,000 M. werden bestimmt

a. der Erlös von etwa in diesem Jahre zur Ausloosung gelangenden Werthpapieren,

b. etwaige aus der Reichskasse als Antheil an der Französischen Kriegscontribution noch eingehende Gelder,

c. soweit noch erforderlich, diejenigen Preußischen Konsols, die zum Ankaufspreise wieder zu verwerthen sind, event. solche Papiere, deren Verkauf einen Ueberschuß über den Ankaufspreis ergiebt.

Ueber die sämmtlichen für den gedachten Zweck erhobenen Gelder und

gemachten Verwendungen ist eine Separat-Rechnung zu führen und alljährlich dem Landkassen-Administrations-Collegium vorzulegen.

10. Behufs Vereinfachung der Finanzwirthschaft hält der Landtag die weitere Abtragung der Landesschulden durch Verkauf Preußischer Konsols, soweit solche zum Ankaufscourse zu verwerthen sind, eventuell solcher anderen Werthpapiere, bei deren Verkauf sich im Vergleich zum Ankaufspreise der größtmögliche Gewinn ergiebt, für zweckmäßig und ermächtigt die Fürstliche Staatsregierung zur Ausführung dieser Maßregel für die laufende Finanzperiode, soweit sie nach den obigen Normen ausführbar ist. Insonderheit wünscht er unter Bezugnahme auf die Erklärung sub 8, daß es sich ermöglichen lasse, die kleinen nicht auf runde Summen lautenden Beträge der Ablösungs-Kapitalien geistlicher Gefälle zu beseitigen.

von Lengerke. von Kerßenbrock. M. Gevekot. E. Brand.
Overbeck. Büxten.

№ 16.

Geschehen Detmold am Landtage den 19. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten.

Nach Vorlesung und Genehmigung des über die gestrige Sitzung angenommenen Protokolls tritt die Versammlung sofort in die Berathung der Gegenstände der Tagesordnung ein.

Zunächst beantragt Abg. Overbeck namens der 3. Wahlabtheilung, die Wahl des Abg. Neubourg für gültig zu erklären, da keinerlei Bedenken aufgetaucht seien und genehmigt der Landtag den Antrag ohne Debatte.

Sodann referirt Abg. Dr. von Lengerke namens der 1. Wahlabtheilung über die Wahl des Abg. Pothmann, bei welcher sich auch Nichts zu erinnern gefunden hat. Nach der Gültigkeitserklärung der Wahl bemerkt der Berichterstatter: es sei ein mit dem Namen des Abg. Pothmann versehener Wahlzettel vom Wahlvorstande für ungültig erklärt worden, weil das dazu verwandte Papier auf beiden Seiten liniirt gewesen sei und zwar nicht mit einem Wasserzeichen, sondern mit Farbstoff; er halte den Zettel für ungültig und Besprechung der Frage für thunlich.

Die Abgg. Overbeck und Gevekot sprechen sich dahin aus, daß derartige Wahlzettel, weil sie äußerlich durch Linien gekennzeichnet, als ungültig zu betrachten seien, während Abg. von Kerßenbrock die Linien nicht als ein Kennzeichen anerkennt.

Abg. Neubourg hält Klarstellung der Wahlordnung nach dieser Richtung hin für nöthig, weil vielfach solches liniirtes Papier verkauft werde, und stellt den Antrag: die Regierung zu veranlassen, daß zu den für Wahlzettel unzulässigen Papiersorten auch dies weiße Papier mit Linien gerechnet und § 15 der Wahlordnung dahin abgeändert werde.

Abg. Overbeck weist auf die dem § 15 konforme Bestimmung der Reichstagswahlordnung hin, Abg. Husemann wünscht auch Klarheit darüber, ob solche Zettel zurückgewiesen oder vernichtet oder für ungültig erklärt werden sollen.

Abg. Gevekot beantragt Verweisung des Antrags Neubourg an den Geschäftsordnungs-Ausschuß, und findet dieser Antrag Annahme.

Sodann referirt Abg. Gevekot namens des Finanz-Ausschusses über eine Eingabe des Amts Varenholz, die Kosten der Weseruferbauten betr., worin hervorgehoben wird, daß die im Etat ausgesetzte Summe nur zu Gunsten der die Domäne Varenholz berührenden Ufer verwandt werde, während die sonstigen Anwohner die Kosten für Uferreparaturen selbst tragen müssen. Berichterstatter stellt namens des Ausschusses den Antrag: dem Amtsgemeinderath des Amts Varenholz zu eröffnen, daß nach den Erklärungen der Regierung für den Landtag keine Veranlassung vorliege, dem in der Eingabe gestellten Gesuch auf Absetzung des betr. Postens zu entsprechen, und bemerkt zur Motivirung: es handle sich nicht um Uferbauten, sondern um Korrektion der Stromschifffahrt und Herstellung einer sicheren Fahrstraße, es sei rein zufällig, daß die Bauten im Strome dort aufgeführt werden, wo die Ufer zur Domäne Varenholz gehören.

Der Ausschußantrag findet Annahme ohne Debatte.

Zu dem Gesetz-Entwurfe wegen Feststellung des Landkassen-Etats beantragt der Ausschuß: dem Gesetze folgende Fassung zu geben:

§ 1.

Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Etat der Landkasse für das Jahr 1878 wird

in Einnahme auf 890475 M. 38 Pf.
in Ausgabe auf 895977 M. 47 Pf.

festgesetzt.

§ 2.

Zur Deckung des die Einnahme übersteigenden Betrages der Ausgabe von 5502 M. 9 Pf. wird der Bestand der Landkassen-Rechnung aus dem Jahre 1876 verwandt.

Der Berichterstatter weist die Richtigkeit der obigen Zahlenangaben auf Grund der gefaßten Beschlüsse nach und empfiehlt, das geringe Defizit nicht durch eine besondere Anleihe, sondern aus dem Bestande von 1876 zu decken, welcher dazu ausreichen werde und, wenn die Einnahmen und Ausgaben für 1877 richtig berechnet seien, auch noch jetzt vorhanden sein müsse. Redner bemerkt: Selbst wenn der aus dem Jahresabschlusse für 1877 sich ergebende Bestand nicht ausreichen sollte, könne das Defizit durch einen Vorschuß gedeckt werden, es empfehle sich jedoch der Ausschußantrag, damit das Etatgesetz jetzt publizirt werden könne.

Abg. Dr. von Lengerke ist der Ansicht, daß der Bestand, trotz der voraussichtlichen Erhöhung des Defizits um etwa 6500 M. zur Deckung desselben ausreichen werde und außerdem ein genügender Betriebsfond verbleibe.

Der Ausschußantrag findet Annahme.

Hiermit ist der Etat in dritter Lesung genehmigt.

Es folgt nunmehr Berathung eines gestern eingegangenen Antrags der Abgg. von Lengerke, Pothmann, von Kerßenbrock und Brand: der Landtag wolle beschließen: Fürstliches Kabinets-Ministerium wird ersucht, dem Landtage im Laufe des gegenwärtigen Jahres eine Vorlage über Abänderung des bisherigen Steuerfußes für die Beiträge zu den Bedürfnissen der Kirchen und Schulen zugehen zu lassen.

Abg. Dr. von Lengerke, an dessen Stelle der Vice-Präsident, Abg. Gevekot, den Vorsitz übernimmt, begründet den Antrag unter Hinweis auf die bereits 1870 dem damaligen Landtage gemachte, aber nicht erledigte Proposition über eine gerechtere Regelung der Beiträge zu Schul- und Kirchenkosten und hebt hervor, daß das Bedürfniß einer Aenderung in angedeuteter Hinsicht nunmehr, wo die Brandkassenordnung völlig umgestaltet und deshalb die

Berechnung der Beiträge nach Maßgabe der Einschätzung zur Brandkasse theilweise illusorisch gemacht sei, um so fühlbarer werde und sich als unabweisbar herausstelle.

Die Abgg. von Kerßenbrock, Pothmann und Büxten sprechen sich zu Gunsten des Antrags aus, Letzterer tritt dem Abg. Echterling, welcher behauptet, die Beiträge zu Schulzwecken müssen bereits laut gesetzlicher Vorschrift nach der Klassen- und Einkommensteuer gehoben werden, entgegen, und sieht sich Abg. Neubourg dadurch veranlaßt, die bestehenden gesetzlichen Vorschriften und die Gestaltung in der Praxis ausführlich darzulegen; Abg. Neubourg hebt hervor, es erscheine fraglich, ob jetzt, bevor der Landtag sich über die neu zu kreirenden Steuern schlüssig gemacht habe, der Antrag passe. Abg. von Lengerke hält den Antrag für nicht verfrüht, da die Angelegenheit vor dem Inkrafttreten des Brandkassegesetzes neu geregelt sein müsse. Abg. Döpping bedauert, daß die in dieser Beziehung mangelhafte Gesetzgebung nicht schon längst korrigirt sei; die Abgg. Grote und von Lengerke betonen das dringende Bedürfniß einer Abänderung.

Bei der Abstimmung findet der Antrag Annahme.

Ein während der Sitzung eingegangener, als dringlich bezeichneter Antrag der Abgg. von Kerßenbrock, Döpping und Brand wird nachträglich auf die heutige Tagesordnung gestellt. Der Antrag lautet: der Landtag wolle beschließen: Fürstliche Regierung aufzufordern, die in der Sitzung vom 21. Dez. v. J. seitens des Landtags erbetene Verfügung vom 26. Juni v. J., das Brandkassegesetz betr., dem Landtage zugehen lassen zu wollen.

Abg. von Kerßenbrock befürwortet den Antrag unter Hinweis auf seine bezüglichen früheren Angaben.

Abg. Neubourg bemerkt: der Landtag scheine vorauszusetzen, daß die

Regierung eine Abänderung des Gesetzes vorgenommen habe; dies sei irrig, denn die fragl. Zirkularverfügung sei auf Anfragen einzelner Behörden erlassen und involvire keine Abänderung des Gesetzes, solle der Regierung nur das Material verschaffen, um Ausführungsbestimmungen zu erlassen, und sei lediglich präparatorischen Inhalts.

Die Abgg. von Lengerke und von Kerßenbrock befürworten den Antrag, Ersterer hebt hervor: die Zirkularverfügung widerstreite der Bestimmung des § 3 des Brandkassengesetzes, indem die Regierung vorschreibe, daß einzelne der in jenem aufgeführten Etablissements, weil sie nicht feuergefährlich, nicht ausgeschlossen werden sollten; der Landtag habe, sobald derartiges zu seiner Kenntniß komme, Ursache genug, die ergangene Verfügung sich vorlegen zu lassen.

Abg. Gevekot ist der Ansicht, daß die Zirkularverfügung nur die Ausführung des Gesetzes vorbereiten solle, und der Landtag zu einem Eingriffe in derartige präparatorische Bestimmungen nicht berechtigt erscheine.

Nach längerer Debatte, an welcher sich die Abgg. Neubourg, Brand von Kerßenbrock, Echterling und von Lengerke betheiligen, findet die Abstimmung statt, wobei sich die Annahme des Antrags herausstellt.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf Dienstag den 22. d. M. morgens 10 Uhr anberaumt und die zweite Lesung der Vorlage wegen des Betriebes der Dampfkessel auf die Tagesordnung gestellt.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: Preuß.

№ 17.

Geschehen Detmold am Landtage den 22. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten, als Vertreter Fürstlicher Regierung Assessor Dr. jur. Dreves.

Nach Vorlesung und Genehmigung des über die letzte Sitzung aufgenommenen Protokolls werden folgende Eingänge zur Kenntniß der Versammlung gebracht:

1. Petition verschiedener Eingesessener des Amts Lage wegen eines Zuschusses aus Landesmitteln zur Einquartierungsvergütung; wird dem Petitions-Ausschuß zugetheilt.

2. Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, die Abänderung der Vorlage wegen des Kolorado-Käfers betr., welches an den mit Berathung der Vorlage betrauten Ausschuß abgegeben wird.

3. Drei Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, die Aufbesserung der Gehalte des Leihekassen-Sekretärs Varenholz, des Katasterschreibers Wantrup und des Rechnungsführers der Landessparkasse, Rendanten Weber betr. und

4. Ein Schreiben derselben Behörde, Bewilligung einer Unterstützung für die Witwe des am 5. Mai v. J. verstorbenen Lehrers Vögeler zu Belle betr., welche sämmtlich dem Finanz-Ausschusse überwiesen werden.

5. Proposition, die authentische Interpretation des § 3 des Gesetzes wegen der Brandversicherungsanstalt vom 26. April v. J. betr., welche demnächst zur Berathung auf die Tagesordnung gestellt werden soll.

Hierauf beginnt man die auf der heutigen Tagesordnung stehende zweite Lesung der Vorlage, den Erlaß eines Gesetzes über den Betrieb der Dampfkessel betr.

Von einer Generaldebatte wird abgesehen und § 1 ohne Abänderung genehmigt. Zu § 2 stellt der Abg. Döpping die Anfrage, ob die Fassung des ersten Satzes eventuell die Konzessionirung eines Vereins für den Dampfkesselbetrieb im hiesigen Lande gestatten werde, und bemerkt, daß die Mitglieder eines solchen Vereins von den amtlichen Revisionen befreit seien, ferner noch manche andere Vortheile von den für sie stattfindenden Revisionen haben, und daß der betr. Magdeburger Verein 1874 auch für das Herzogthum Braunschweig konzessionirt sei.

Assessor Dr. Dreves entgegnet, daß die Fassung des § 2 einem Anschlusse der Betheiligten an einen solchen Verein nicht im Wege stehe.

Abg. Döpping fragt weiter an, ob die Regierung im Besitze eines Kontrol-Manometers sei, der im vorigen Jahre noch nicht angeschafft gewesen, worauf Dr. Dreves erwidert: die reichsgesetzlich vorgeschriebene Führung eines Kontrol-Manometers durch die Behörde sei Sache des betr. technischen Beamten, welcher auch für Anschaffung Sorge zu tragen habe.

Das Bedenken des Abg. Dr. von Lengerke, ob nach der Fassung des § 2 den Mitgliedern eines der oben erwähnten Vereine die Befreiung von den amtlichen Revisionen gewährt werden können, wird durch die Bemerkung des Assessors Dr. Dreves beseitigt, daß eben die Vereine an Stelle der kontrolirenden Behörde treten.

Der § 2 und ebenso die §§ 3 bis 6 werden in der Form der Vorlage genehmigt.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf Donnerstag den 24. d. M. morgens 10 Uhr angesetzt.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung

1. der heute eingegangenen Vorlage zu § 3 des Gesetzes wegen der Brandversicherungsanstalt und

2. des Antwortschreibens Fürstlichen Cabinets-Ministeriums wegen der Domanialangelegenheit.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: Preuß.

№ 18.

Geschehen Detmold am Landtage den 24. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen, Döpping und Sprütten, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Präsident Eschenburg und Regierungs-Rath Rohdewald.

Nachdem das Protokoll vom 22. d. M. vorgelesen und genehmigt, kommen folgende Eingänge zur Anzeige und Verlesung:

1. Petition des Rittergutsbesitzers Merckel zu Brannenbruch, Abänderung des § 3 des Gesetzes wegen der Brandversicherungsanstalt betr.

2. Anträge des Ausschusses zu der Gebäudesteuer-Vorlage.

3. Anträge des verstärkten Finanz-Ausschusses zu der Gewerbesteuer-Vorlage.

4. Antrag des Finanz-Ausschusses in Betreff des ihm am 19. d. M. überwiesenen Antrags Husemann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung der Vorlage wegen authentischer Interpretation des § 3 des Gesetzes wegen der Brandversicherungsanstalt.

Abg. von Kerßenbrock beantragt Verweisung an einen Ausschuß von 7 Mitgliedern.

Der Vorsitzende fragt: in welcher Form nach Ansicht der Regierung die authentische Interpretation vorgenommen werden solle, worauf Regierungs-Präsident Eschenburg entgegnet: dadurch, daß der Landtag seine Genehmigung der seitens der Regierung in der Zirkularverfügung vom 26. Juni v. J. ausgesprochenen Anschauung zu erkennen giebt, welche Auffassung demnächst, wie es bereits in einzelnen Fällen geschehen sei, publizirt werde.

Abg. Dr. von Lengerke hält eine Abänderung des Gesetzes, nicht lediglich eine authentische Interpretation für beabsichtigt, was die zu erwählende Kommission zu prüfen haben werde.

Der Antrag auf Verweisung an einen Ausschuß von 7 Mitgliedern wird angenommen und die heute eingegangene Petition Merckel demselben überwiesen.

Abg. Overbeck empfiehlt Ernennung des Ausschusses durch Akklamation.

Der Vorsitzende schlägt als Mitglieder vor die Abgg. Neubourg, Pothmann, von Kerßenbrock, Döpping, Grote, Husemann und Brand.

Der Landtag ernennt die Genannten durch Akklamation zu Ausschußmitgliedern.

Ferner steht die Besprechung des Antwortschreibens Fürstlichen Cabinets-Ministeriums auf den Beschluß des Landtags wegen des Domanialabkommens auf der Tagesordnung.

Zunächst ergreift das Wort Abg. Büxten: Er spreche sich für eine Berathung im Plenum aus, da er die gestellten Bedingungen für unannehmbar und eine Besprechung derselben in einem Ausschusse für nutzlos halte. Denn die erste Bedingung, welche Lösung einer prinzipiellen Frage involvire, breche einer nicht ausbleibenden Anfechtung des 68er Abkommens die Spitze ab. Die zweite Bedingung sei inakzeptabel, weil dadurch die streitige Eigenthumsfrage zu Gunsten der Fürstlichen Familie beantwortet werde. Bezüglich der dritten Bedingung sei zunächst zu untersuchen, ob die mehr bewilligten 30,000 M. zu den in Nr. 3 angedeuteten Zwecken ausreichen, was er nicht glaube. Die Vertrauenskommission habe für 1868 die Schädigung des Landes auf jährlich 45,000 M. berechnet, jetzt betrage dieselbe mehr. Nach seiner Ansicht sei die wünschenswerthe Fortexistenz des Fürstenthums als selbständiger Staat nur durch thätiges Eingreifen aller zur Staatsregierung beitragspflichtigen Faktoren aufrecht zu erhalten, da man das Land nicht wie das benachbarte Waldeck arm regieren dürfe.

Abg. Schemmel: Nach seiner Ansicht müsse man das Anerbieten nicht ohne Weiteres von der Hand weisen und die Bedingungen durch einen Ausschuß prüfen lassen, da leider einmal die fragl. Bedingungen gestellt seien. Uebrigens halte er die Bedingungen für nicht so gefährlich wie der Abg. Büxten. In Nr. 1 sei nur die Wortfassung eine unglückliche, nur der Landtag als solcher solle sich darnach verpflichten, auf die Gültigkeit des 68er

Abkommens nicht mehr zurückzukommen. In Nr. 2 handle es sich nicht um Aufgeben von wichtigen Rechten, sondern nur um Substanzveränderungen in ganz präzisirten Fällen, es werde dadurch der Fideikommiß-Verwaltung keine freie Veräußerung der Bestandtheile von unter 3000 Mark Werth gewährleistet. In Betreff der dritten Bedingung halte er die Ansicht des Abg. Büxten über die Entscheidung der Vertrauenskommission für nicht richtig, vielmehr die Forderung Sr. Durchlaucht, daß die Mehrbewilligung zur Aufbesserung der Beamtengehalte verwandt werde, für berechtigt, Prüfung in einem Ausschusse sei jedoch auch in dieser Beziehung erforderlich.

Abg. von Kerßenbrock: Er glaube ein Eingehen auf das jetzige Anerbieten empfehlen zu müssen, welches doch auf ganz anderer Basis beruhe, als die vorigjährige Vorlage. Ihn habe nur verletzt, daß die Erhöhung des Zuschusses von dem Tode eines Mitgliedes des Fürstlichen Hauses abhängig gemacht werde. Er hoffe, daß sich die lästigen Bedingungen wol beseitigen lassen, und empfehle Prüfung des Schreibens in einem Ausschusse.

Abg. Dr. von Lengerke: Nach seiner Ansicht müsse der Landtag im Interesse des Landes auf das Angebot näher eingehen; die Ansichten des Abg. Schemmel über die Tragweite der gestellten Bedingungen könne er nicht ganz theilen. Der im Dezember gefaßte Beschluß des Landtags habe Schaffung eines modus vivendi herbeiführen wollen, und diesem hätte ein Anerbieten ohne Bedingungen entsprochen. Zu Nr. 1 halte er den ausgesprochenen Wunsch Sr. Durchlaucht nach endlicher Beilegung der Streitigkeiten für begreiflich, aber nicht die Wiedergabe in Form einer Bedingung: Er sehe in dieser Formulirung eine Mißachtung des Landtags, welcher bei seinen Anforderungen stets auf sein gutes Recht sich stützen zu können geglaubt habe, und ihm sage sein Gefühl, daß diese Bedingung unannehmbar sei. Die

Prüfung der zweiten Bedingung, wodurch nach seiner Auffassung die Kontrole des Landtags über die Substanzerhaltung des Domaniums abgeschwächt werde, möge man der zu erwählenden Kommission überlassen. Die Bedingung unter Nr. 3 zwinge den Landtag zur Anstellung einer Berechnung, was dementsprechend billig gefordert werden müsse. Die dadurch aufgeworfenen Fragen zu prüfen, werde ebenfalls Sache der Kommission sein, deren Ernennung er hiermit befürworte.

Abg. Schemmel stellt den Antrag auf Verweisung an einen Ausschuß von 5 Mitgliedern und genehmigt die Versammlung denselben.

Bei der sofort vorgenommenen Wahl werden in diesen Ausschuß gewählt die Abgg. von Lengerke, Sprütten, Overbeck, Gevekot und Büxten.

Der heute eingegangene (Nr. 4) Antrag wird für dringlich erklärt und dessen sofortige Berathung beschlossen. Der Antrag lautet: Der Landtag wolle zu den Anträgen zu Titel I, 7, A, B und C der Einnahme und zu Titel I, 4 (A, B) und 5 der Ausgabe als Nr. 11 folgende Bestimmung aufnehmen:

„Die Regierung wird ermächtigt, in dem Falle, daß die Leihekasse und Landessparkasse sich außer Stande sehen, den Kreditbedürfnissen der Landesbewohner gerecht zu werden, von den dem Staate gehörenden Werthpapieren und zwar von den über Pari angekauften, sofern sie ohne Verlust, von den unter Pari angekauften, sofern sie mit Nutzen realisirt werden können, die erforderliche Anzahl zu verkaufen, und den Erlös darlehnsweise oder gegen Uebernahme der bei der Landkasse belegten Ablösungskapitalien als Selbstschuldner den gedachten Landeskreditinstituten auszuzahlen.

Abg. Husemann bemerkt, daß dieser Antrag mit dem von ihm früher eingebrachten im Wesentlichen konform sei und die darin beabsichtigten Maßnahmen nur im Interesse der Landkasse und der Landesbewohner liegen.

Regierungs-Präsident Eschenburg hebt, um Täuschungen über die Tragweite des Antrags vorzubeugen, hervor, daß die Papiere zur Bestreitung der bevorstehenden bedeutenden Extraordinarien dienen sollen, und die Ablösungskapitalien erst nach erfolgter Gesetzesabänderung umgeliehen werden können, daß deshalb die Regierung schwerlich in der Lage sein werde, von der ertheilten Ermächtigung ausgiebigen Gebrauch zu machen, und jedenfalls zunächst eine eingehende Prüfung vorzunehmen sei.

Bei vorgenommener Abstimmung findet der obige Antrag Annahme.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf morgen früh 10 Uhr angesetzt; zur Berathung werden verstellt:

1. die Vorlage über den Betrieb der Dampfkessel in dritter Lesung;

2. die heute eingegangenen Anträge zu der Gebäudesteuer- und Gewerbesteuervorlage.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: Preuß.

№ 19.

Geschehen Detmold am Landtage den 25. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Präsident Eschenburg und Assessor Dr. jur. Dreves.

Nach Vorlesung und Genehmigung des über die gestrige Sitzung aufgenommenen Protokolls theilt zunächst der Vorsitzende mit, daß dem Abg. Sprütten auf ein weiteres Urlaubsgesuch nochmals ein Urlaub von 3 Tagen ertheilt sei, und bringt sodann folgende Eingänge zur Kenntniß der Versammlung:

1. Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, die Uebernahme des Criminalgerichts der Stadt Lemgo seitens des Staats betr.

2. Eine Petition des Schulvorstandes zu Lage, Beibehaltung des Krankeschen Rechenbuchs in der dortigen Bürgerschule betr., welche dem Petitions-Ausschusse überwiesen wird.

3. Antrag der Abgg. Schmidt, Husemann und Grote, den Wildstand im Domanialforste betr.

4. Antrag der Abgg. Pothmann, Obermeier und Schemmel, die Revision des Klassensteuergesetzes und der dazu gehörigen Instruktion betr.

Die Nr. 1, 3 und 4 sollen auf eine der nächsten Tagesordnungen gestellt werden.

Der Landtag beginnt hierauf die dritte Lesung der Vorlage, den Betrieb der Dampfkessel betr.

§ 1 wird mit einem vom Abg. Pothmann eingebrachten Amendement, wonach die Schlußworte lauten: „sofort außer Betrieb gesetzt werden", angenommen.

Zu § 2 stellt Abg. Pothmann den Antrag: hinter „von Zeit zu Zeit" einzuschalten: „mindestens jährlich einmal", damit eine Handhabe zum Einschreiten gegen säumige Revisoren gegeben sei und weil auch in Preußen, wie ihm mitgetheilt, eine zweimalige Revision im Jahre vorgeschrieben sei. Der Antrag wird jedoch zurückgezogen, nachdem Assessor Dr. Dreves bemerkt, daß in Preußen die äußere Revision alle 2 Jahre, die innere Revision alle 6 Jahre stattfinde, ferner hierbei die vom Bundesrathe in dieser Beziehung zu erlassenden Vorschriften über statistische Aufnahmen in Betracht kommen, und jedenfalls eine derartige Bestimmung der beaufsichtigenden Verwaltungsbehörde anheim zu geben sei. Gegen den Antrag sprechen sich auch noch die Abgg. Gevekot und Döpping aus, während Abg. Büxten denselben befürwortet.

Abg. Döpping empfiehlt unter Hinweis auf seine in zweiter Lesung gestellten Anfragen die jetzt von ihm eingebrachten Anträge:

1. hinter „Sachverständigen" einzuschalten: „oder durch von der Regierung konzessionirte Vereine für Dampfkesselbetrieb",

2. in Zeile 4 hinter „Verrichtungen" zu setzen „ausschließlich der von der Regierung zu liefernden Kontrol-Manometer."

Nachdem regierungsseitig bemerkt, daß die Anschaffung des Kontrolmanometers bereits durch die betr. Vorschrift des Bundeskanzlers erledigt sei, und Abg. Döpping entgegnet hat, daß der prüfende Beamte im vorvorigen

Sommer noch nicht im Besitz desselben gewesen sei, wird abgestimmt und finden beide Amendements und hiernächst § 2 mit denselben Annahme.

§§ 3 bis 6 bleiben unverändert.

Hierauf erfolgt die Gesammtabstimmung, in welcher das Gesetz genehmigt wird.

Auf der Tagesordnung steht sodann die zweite Lesung der Gewerbesteuer-Vorlage.

In der Generaldebatte ergreift zunächst der Berichterstatter, Abg. Overbeck, das Wort: der Unterschied zwischen den Vorschlägen des Ausschusses in voriger Session und der jetzt vorliegenden bestehe in dem Einschlagen eines anderen Weges zur Herbeiführung der Erleichterung der Steuerlast. Alle neuen Steuern seien drückend, insbesondere aber wenn zwei zu gleicher Zeit eingeführt werden. Aus diesem Grunde und in Anbetracht der ungünstigen Zeitverhältnisse für die Gewerbetreibenden sehe sich der Ausschuß bewogen, eine Erleichterung der Steuerlast zu proponiren. In voriger Session habe man die Sätze ermäßigt, jetzt halte der Ausschuß ein Herabsetzen der Simplenzahl für empfehlenswerth, weil dadurch in der That eine gleichmäßigere Steuererleichterung herbeigeführt werde. Deshalb werde Hebung der Steuer nach Simplen und eine Vereinbarung zwischen den gesetzgebenden Faktoren über die Zahl der Simplen, wie Fixirung der Simplenzahl für die nächsten drei Jahre empfohlen.

Abg. Schemmel: Da die Gewerbesteuer an Stelle einer alten Abgabe, welche lange Jahre nicht gehoben worden, trete, handle es sich eigentlich nur um Neuregulirung einer alten Steuer. Ihm erscheine die Veranlagung nach Simplen ebenso bedenklich wie die Vereinbarung über die Zahl für die nächsten drei Jahre, weil der wirkliche Ertrag der Steuer noch gar nicht feststehe. Zunächst müsse man sich vergewissern, ob die Erträgnisse der proponirten

Steuer für die beabsichtigten Ausgaben reichen, und erst dann überlegen, welche Steuer Erleichterung verdiene. Eventuell halte er eine Revision des Klassensteuergesetzes zu Gunsten der untersten Klassen für angezeigter, als Ermäßigung einer Steuer, deren Ertrag noch gar nicht feststehe.

Abg. Husemann vermißt in der Vorlage die Heranziehung von Leuten, die er als Gewerbtreibende betrachte und deren Heranziehung zu dieser Steuer gerechtfertigt sei, wie z. B. Aerzte, Advokaten, Pensionatsinhaber ꝛc.

Abg. Grote ist der Ansicht, daß die wirklich Steuerfähigen zu neuen und Mehrsteuern herangezogen werden müssen und deshalb Einführung einer Kapitalsteuer dringend nothwendig sei, daß der von der Regierung gewünschte Steuerertrag bereits durch Hebung von 8 Simplen erzielt werde und bei der erst in einigen Jahren zu erwartenden Erhöhung der Grundsteuer der vom Ausschusse proponirte Modus, wie ihn Abg. Overbeck angegeben, in jeder Beziehung gerechtfertigt sei.

In einer längeren Debatte, an welcher sich die Abgg. Schemmel, Pothmann, Overbeck, Büxten, Neubourg, Döpping und Husemann betheiligen, wird darüber diskutirt, ob die Einführung der Gewerbesteuer das platte Land oder die Städte härter treffe, ob die Hebung von 8 Simplen genügenden Ertrag liefere und ob der Ausschuß-Antrag motivirt sei.

Die Regierungs-Kommissarien sind der Ansicht, daß Hebung von 8 Simplen keineswegs genüge und die proponirten Sätze angemessen seien.

Zum Schluß der Generaldebatte ergreift Regierungs-Präsident Eschenburg das Wort: die Gewerbesteuer sei in dem Maße einzuführen, wie sie in dem benachbarten Preußen existire, und, wenn sie dort nicht drücke, werde sie dies auch hier nicht thun. Von dieser Voraussetzung sei die Regierung ausgegangen und sie glaube, daß die Gewerbesteuer

im vorgeschlagenen Maße in einem richtigen Verhältnisse zu den übrigen Steuern stehe. Die Regierung habe sich im vorigen Jahre mit einer gewissen Ermäßigung der beiden neuen Steuern einverstanden erklärt in dem Glauben, daß ein Theil der Volksschullehrergehalte den Gemeinden auferlegt werde. Da dies der Landtag nicht wolle, müsse man neue Steuern in genügendem Maße schaffen. Er anerkenne wol die Gründe für die Steuerermäßigung wegen des Drückenden der neuen Steuern überhaupt, aber wenigstens müsse dann festgesetzt werden, daß die Steuer demnächst in vollem Betrage gehoben werde. Die Regierung sei überzeugt, daß durch die Hebung der vollen Sätze keine Unzuträglichkeiten herbeigeführt werden.

Hierauf beginnt die Spezialberathung.

Zu § 1 beantragt der Ausschuß: statt 1. Januar den 1. Juli zu setzen und die letzten drei Zeilen zu streichen.

Der Berichterstatter, Abg. Overbeck, hält ersteren Antrag für zweckmäßig und bemerkt, daß die Aufnahme der letzten drei Zeilen nach Angabe des Regierungs-Kommissarius auf einem Versehen beruhe.

Regierungs-Präsident Eschenburg hält die Aenderung des Einführungstermins für bedenklich, weil dann die bisher zur Hebung gelangten Gewerbeabgaben, welche Jahressteuern seien, ganz außer Betracht zu lassen seien, und bei einer Hebung von etwa 5 Simplen im zweiten Halbjahre der ganze diesjährige Ertrag der Gewerbesteuer nach Absetzung der Summe der alten Abgaben auf etwa 10000 M. reducirt werde.

Der Vorsitzende empfiehlt Rückverweisung des § 1 an den Ausschuß, da dies Bedenken im Ausschusse nicht aufgestoßen und angeregt sei. Ein vom Abg. Gevekot gestellter hierauf bezüglicher Antrag findet Annahme.

Zu § 2 stellt Abg. Husemann den Antrag: vor dem zweitletzten

Absatze einzuschieben: das Gewerbe der Aerzte, Thierärzte, Zahnärzte und Zahntechniker, Advokaten, Privatbaumeister und Bauunternehmer, der Inhaber von Pensionaten, Privatlehranstalten, Privat-, Heil- und Entbindungsanstalten.

Nachdem auf die in voriger Session für und wider den Antrag vorgetragenen Gründe zurückgewiesen, wird bei der Abstimmung der Antrag abgelehnt.

Die §§ 3 bis 19 werden nach Rektifikation kleiner Irrthümer und Vornahme einiger Redaktionsverbesserungen genehmigt.

Abg. Overbeck beantragt: die Berathung des § 62a vor der des § 20 vorhergehen zu lassen, womit die Versammlung einverstanden ist.

Der Ausschuß proponirt: als § 62a einzustellen:

„Die Gewerbesteuer wird unter Zugrundelegung der Jahressteuersätze veranlagt. Ein Zwölftel des Jahressteuersatzes bildet das Simplum. Die Anzahl der zu erhebenden Simplen wird bei der Berathung des Etats zwischen Regierung und Landtag vereinbart.

In den nächsten drei Jahren sind nicht mehr als 8 Simplen jährlich zu heben. Kommt nach Ablauf dieser Zeit keine anderweite Vereinbarung zu Stande, so bleibt es bei der bisherigen Hebung von 8 Simplen."

Der Berichterstatter, Abg. Overbeck, verweist auf die bei der Generaldebatte hervorgehobenen Motive und bemerkt, daß im Ausschusse nur einige Mitglieder Hebung von 9 statt 8 Simplen vorgeschlagen haben.

Abg. von Kerßenbrock bringt das Amendement ein: statt 8 Simplen deren 9 in § 62a einzustellen und empfiehlt zu Gunsten der Handwerker: Ermäßigung der Steuer, zumal da nach seiner Ueberzeugung die Hebung von 9 Simplen grade den von der Regierung gewünschten Ertrag liefere.

Abg. Schemmel spricht sich gegen Aufnahme des § 62a aus und

wiederholt seine oben angeführten Bedenken, daß der Landtag für die bewilligten und zu bewilligenden Ausgaben genügende Einnahmen schaffen und den wirklichen Ertrag der proponirten Steuersätze abwarten müsse, bevor eine Ermäßigung derselben beschlossen werde, daß der Landtag bereits mehrere Ausgaben auf Bestände angewiesen habe, die wohl gar nicht vorhanden sein werden, daß manche Einnahmen später fortfallen und manche Neuausgaben nöthig sein werden, und daß endlich die Härten der Erhöhung der Steuer sich jederzeit fühlbar machen. Auf die Bemerkung des Abg. Grote, daß bei vermehrten Ausgaben die Einführung einer Kapitalsteuer beschlossen werden möge, erwidert Abg. Schemmel, daß er stets für eine durchführbare Kapitalsteuer votiren werde.

Abg. Döpping, weist darauf hin, daß die hiesigen gewerblichen Verhälthältnisse durch die große Entfernung bis zu der Eisenbahn und insbesondere durch die Forterhebung des Chausseegeldes gedrückt werden, und nach seiner Ansicht der Ausschußantrag in gerechter Würdigung der realen Verhältnisse das Richtige treffe.

Regierungs-Präsident Eschenburg bezieht sich auf seine Aeußerungen bei der Generaldebatte, und hält dem Abg. Döpping entgegen, daß in Preußen das Weggeld nur auf den Staatschausseen aufgehoben sei, worauf Abg. Echterling bemerkt, seines Wissens werde von den preußischen Kreisverwaltungen kein Chausseegeld erhoben.

Abg. Büxten entgegnet dem Abg. Schemmel, daß die Mehrausgaben noch gar nicht festgesetzt seien, und hält bei Ansetzung eines mäßigen Steuerbetrags die bedingungslose Bewilligung des erhöhten Zuschusses aus der Landrentei für ermöglicht.

Nach Annahme eines Antrags auf Schluß stellt Abg. Echterling den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Die Frage: ob in § 62a statt 8 die Zahl von 9 Simplen aufgenommen werden solle, beantworten mit Ja die Abgg. Brand, Corbach, Gevekot, von Kerßenbrock, Körner, von Lengerke, Obermeier, Rhodovi, Schemmel, mit Nein die Abgg. Büxten, Döpping, Echterling, Grote, Husemann, Neubourg, Overbeck, Pothmann, Schmidt.

Da 9 für und 9 gegen das Amendement gestimmt haben, muß die Abstimmung morgen wiederholt werden.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Sitzung bis morgen früh 10 Uhr vertagt.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: Preuß.

№ 20.

Geschehen Detmold am Landtage den 26. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Präsident Eschenburg und Assessor Dr. jur. Dreves.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom 25. d. M. tritt der Landtag sofort in die Tagesordnung ein.

Nachdem zuvor mehrere Abgg. ihre demnächstige Stimmabgabe motivirt haben, wird die zu wiederholende Abstimmung über das Amendement zu § 62a vorgenommen. Bei namentlichem Aufruf antworten heute mit Ja: die Abgg. Büxten, Döpping, Gevekot, Grote, Husemann, von Kerßenbrock, Körner, von Lengerke, Overbeck, Pothmann, Schmidt, mit Nein: die Abgg. Brand, Corbach, Echterling, Neubourg, Obermeier, Rhodovi, Schemmel. Das Amendement des Abg. von Kerßenbrock ist also mit 11 gegen 7 Stimmen angenommen.

Der so amendirte § 62a wird in namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 6 Stimmen genehmigt, dagegen votirten die Abgg. Brand, Corbach, Neubourg, Obermeier, Rhodovi und Schemmel.

Referent, Abg. Overbeck, behält sich für die dritte Lesung bevor, einen Antrag auf Einschaltung des § 62a in veränderter Fassung als § 21a einzubringen, da nach der Ansicht des Ausschusses von einzelnen Gewerben eine Jahressteuer erhoben werden soll.

Hiernächst geht die Berathung auf § 20 der Vorlage zurück. Abgesehen von einer Redaktionsverbesserung beantragt der Ausschuß in Absatz 2 Zeile 3 hinter „Veranlagungsbezirk" Einschaltung der Worte „bei der Hebung von 12 Simplen", als Konsequenz der Bestimmung in § 62a, und in Absatz 4 in vorletzter Zeile statt „das nächste Jahr" zu setzen „das zweitfolgende Jahr", um eine präzisere Wortfassung zu erhalten. Beide Anträge finden Annahme.

Wegen des an den Ausschuß zurückverwiesenen § 1 berichtet Abg. Overbeck, daß der Ausschuß nunmehr Annahme der Vorlage in Beziehung auf das Datum und Streichung der 7 letzten Worte, welche bereits durch die Bestimmungen der Gewerbeordnungen erledigt seien, beantrage.

Der Landtag genehmigt § 1 in der Form der Vorlage bis auf die 7 letzten Worte, deren Streichung auch Abg. Pothmann für nöthig erachtet.

§ 34, welcher mit § 62 a im Widerspruch steht und dessen Inhalt eigentlich in eine Instruktion gehören würde, wird gestrichen.

Die übrigen §§ werden unverändert genehmigt, § 43 mit einer redaktionellen Aenderung.

Hiermit ist die zweite Lesung der Gewerbesteuer-Vorlage beendet.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage, die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer betr.

Bei der Generaldebatte nimmt zunächst Berichterstatter, Abg. Neubourg, das Wort und legt der Versammlung die mit der jetzigen Vorlage im Vergleich zu der früheren vorgenommenen Veränderungen sowie die Tragweite der Ausschußanträge vor Augen. Derselbe bemerkt, daß der Ausschuß sich den Motiven der jetzigen Vorlage anschließe und die in voriger Session in dritter Lesung beschlossene Durchbrechung des Prinzips für ungeeignet halte, daß die seitens des Ausschusses proponirten Anträge nur zur Beseitigung einzelner Ungleichheiten dienen sollen.

Abg. Büxten hält die Gebäudesteuer überhaupt für ungerecht und drückend und empfiehlt, besonders da auch die Reparaturkosten von dem Nutzungswerthe nicht abgesetzt werden sollen, Minderung des Prozentsatzes von 4 auf 3.

Regierungs-Präsident Eschenburg befürwortet die Vorlage, hält ein Herabsetzen des Betrags für unthunlich, besonders bei der beschlossenen Ermäßigung der Gewerbesteuer, und weist darauf hin, daß der Landtag sich nicht wundern möge, wenn bei derartigen Beschlüssen die Session resultatlos verlaufe.

Nachdem noch die Einführung einer Kapitalsteuer von verschiedenen Seiten empfohlen und erörtert worden, wird die Generaldebatte geschlossen.

Zu § 2 Ziffer 3 beantragt der Ausschuß zu setzen: „Gebäude bezw. Gebäudetheile." Dieser Antrag steht im Zusammenhange mit dem zu § 6 der Anlage B proponirten, welcher dahin geht: im ersten Absatze zu sagen: „Gebäude bezw. Gebäudetheile"; in Zeile 3 hinter dem Worte „Gebrauche" einzuschalten: „oder zu Dienstwohnungen der im öffentlichen Dienste stehenden Beamten bestimmt sind;" dem Absatze 2 folgende Fassung zu geben: „Einzelne Räume eines solchen Gebäudes, welche zu anderen Zwecken benutzt werden (z. B. vermiethete Kaufmannsläden oder Schenklokale in einem Rathhause) sind nach Maßgabe ihres jährlichen Nutzungswerths einzuschätzen."

Nachdem Referent, Abg. Neubourg, die zur Verdeutlichung dienenden und auf Grund eines Beschlusses in voriger Session hier wieder aufgenommenen Anträge befürwortet hat, werden § 6 der Anlage B und hierauf § 2 des Gesetzes mit den Amendements angenommen.

Zu § 4 beantragt Abg. Overbeck, in Nr. 1 statt 4% 3% und in Nr. 2 statt 2% 1% zu setzen.

Regierungs-Präsident Eschenburg empfiehlt Annahme der Vorlage, da die Gebäudesteuer so wie in Preußen als eine Ausgleichssteuer eingeführt und der Betrag nicht herabgesetzt werden müsse, da der Landtag, wenn er Mehrausgaben bewillige, nicht die Mittel zur Bestreitung derselben verringern dürfe und derselbe sich nicht wundern könne, wenn die Beschlüsse später nicht ins Leben treten.

Abg. Echterling behält sich einen Antrag dahin bevor, daß der Landtag die jährlich zu erhebende Quote der proponirten Sätze, über deren Ertrag man ja noch ungewiß sei, mit der Regierung vereinbare.

In einer längeren Debatte befürworten die Abgg. Schemmel und von Kerßenbrock die Sätze der Vorlage, die Abgg. Overbeck und Husemann sprechen sich für eine Ermäßigung derselben aus. Abg. Overbeck beantragt, für den Fall der Annahme des Antrags zu Nr. 1, den letzten Satz des § 4 zu streichen.

Bei vorgenommener namentlicher Abstimmung votiren für den Antrag Overbeck, in Nr. 1 statt 4% zu setzen 3%, die Abgg. Büxten, Döpping, Echterling, Gevekot, Grote, Husemann, Overbeck, Pothmann und Schmidt, dagegen die Abgg. Brand, Corbach, von Kerßenbrock, Körner, von Lengerke, Neubourg, Obermeier, Rhodovi und Schemmel. Wegen Stimmengleichheit muß die Abstimmung in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Für den Antrag zu Nr. 2 (1% statt 2%) stimmen die Abgg. Büxten, Döpping, Echterling, Grote, Husemann, Overbeck, Pothmann und Schmidt, dagegen die Abgg. Brand, Corbach, Gevekot, von Kerßenbrock, Körner, von Lengerke, Neubourg, Obermeier, Rhodovi und Schemmel; der Antrag ist also mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Die Gesammtabstimmung über § 4 steht aus.

Zu § 8 beantragt der Ausschuß Verkürzung der Frist auf 4 Wochen, was von der Versammlung genehmigt wird.

§ 13 wird mit einer redaktionellen Aenderung angenommen, in § 17 werden auf Befürworten des Berichterstatters die Absätze 2 und 3 gestrichen.

Die übrigen §§ des Gesetzes bleiben unverändert. Abg. Echterling bemerkt nochmals, daß er einen Antrag wegen der Ermäßigung der Gebäudesteuer für die nächsten drei Jahre sich vorbehalte.

Die Berathung der mit § 4 des Gesetzes im engsten Zusammenhang stehenden Anlage A wird ausgesetzt.

Zu Anlage B liegen, abgesehen von dem § 6, zu § 17 die Anträge

des Ausschusses vor: Ziffer 2 so zu fassen: Solche städtische Nebengebäude ..... mit inbegriffen ist, sind bei der Veranlagung außer Berücksichtigung zu lassen; der Ziffer 4 folgenden Satz hinzuzufügen: Sind dagegen derartige Gebäude nach ihrer Beschaffenheit und ihrem Zwecke den ländlichen ganz gleich zu achten, so sind sie als solche zu behandeln und nach Vorschrift im § 26 zu veranlagen.

Der Berichterstatter, Abg. Neubourg, empfiehlt diese durch die Billigkeit motivirten Anträge und genehmigt der Landtag dieselben ohne Debatte.

In § 19 wird auf Antrag des Ausschusses und in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen in Preußen hinter „wie" das Wort „Leibzüchter" hinzugesetzt.

In § 29 wird, wie bereits der Landtag in voriger Session beschlossen hatte, der Zeitraum von 15 auf 10 Jahre herabgesetzt.

Im Uebrigen werden die §§ der Anlage B, abgesehen von verschiedenen Redaktionsverbesserungen unverändert genehmigt.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf Montag den 28. d. M. nachmittags 5 Uhr angesetzt. Auf der Tagesordnung steht:

1. Abstimmung über § 4 und Anlage A des Gebäudesteuer-Gesetzes.
2. Dritte Lesung der Gewerbesteuer-Vorlage.
3. Erste Lesung der Vorlage wegen Uebernahme des Lemgoer Criminalgerichts.
4. Antrag Schmidt und Gen.
5. Antrag Pothmann und Gen.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 21.

Geschehen Detmold am Landtage den 28. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Präsident Eschenburg und Assessor Dr. jur. Dreves.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom 26. d. M. werden als Eingänge angezeigt:

1. ein Antrag des Abg. Büxten, Einführung einer Kapitalsteuer betr.

2. Gesuch der Herforder Ackerbauschule um Bewilligung einer jährlichen Subvention, welches dem Finanz-Ausschusse überwiesen wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift Regierungs-Präsident Eschenburg das Wort und weist darauf hin, der Landtag möge bei der beantragten Aenderung des § 4 der Gebäudesteuer-Vorlage bedenken, daß mit der Herabsetzung von 4 auf 3 % der Mehrertrag der Steuer sich nicht um ein Viertel, sondern um die Hälfte verringere, da der Ertrag bei 4 % auf etwa 54000 M. berechnet sei, bei 3 % also nur etwa 40000 M. betrage und nach Absetzung der Kontribution von der Haustaxe zu 24000 M. der Mehrbetrag statt auf 30000 M. rund auf 16000 M. sich belaufe.

Abg. Büxten hält im Gegensatze zu dem Vorredner die Hebung von 3 % für noch zu hoch, empfiehlt eventuell 3 %.

Bei wiederholter namentlicher Abstimmung wird der Antrag Overbeck zu § 4 Ziffer 1 (3 % statt 4 %) mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Da-

gegen stimmten die Abgg. Brand, Corbach, von Kerßenbrock, Körner, von Lengerke, Neubourg, Obermeier, Rhodovi, Schemmel und Sprütten, dafür die Abgg. Büxten, Döpping, Echterling, Gevekot, Grote, Husemann, Overbeck, Pothmann und Schmidt.

§ 4 und Anlage A werden hiernächst in der Form der Vorlage genehmigt, womit die zweite Lesung dieser Proposition beendet ist.

Auf der Tagesordnung steht sodann die dritte Lesung der Gewerbesteuer-Vorlage.

Abg. Overbeck beantragt, den in zweiter Lesung angenommenen § 62 a in redaktionell veränderter Fassung hinter § 20 einzuschalten, da nach Ansicht des Ausschusses die Gewerbesteuer in gewissen Fällen, z. B. beim Gewerbebetrieb im Umherziehen und Branntweinsschank, als Jahressteuer und nicht nach Simplen gehoben werden solle, was nach der Stellung der Bestimmung in § 62 a zweifelhaft sein könne.

Regierungs-Präsident Eschenburg empfiehlt Annahme der unveränderten Vorlage und Ablehnung des Antrags mit dem Bemerken, daß er kein Prinzip darin zu erblicken vermöge, bei einzelnen Gewerbebetrieben die volle Steuer zu heben, bei andern eine Herabsetzung eintreten zu lassen, und in dieser Bestimmung eine besondere Härte für das Schankgewerbe liege.

Abg. Overbeck motivirt die Absicht des Ausschusses damit, daß es sehr schwer sei, vom Gewerbebetrieb im Umherziehen eine andere als eine Jahressteuer zu heben, und eine Einschränkung und Erschwerung des Branntweinschanks aus Gründen des öffentlichen Wohls gerathen sei.

In der Debatte sprechen sich die Abgg. Büxten und Grote für die Erniedrigung des Steuerbetrags aus, während Abg. Schemmel nochmals seine in zweiter Lesung gegen den Antrag geltend gemachten Bedenken wiederholt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Im Uebrigen werden in dritter Lesung keine Abänderungen beschlossen.

Bei vorgenommener Gesammtabstimmung findet das Gesetz Annahme.

Ferner steht auf der heutigen Tagesordnung die erste Lesung der Vorlage, die Uebernahme des Criminalgerichts der Stadt Lemgo seitens des Staats betr.

Abg. Pothmann spricht sich zunächst als Mitglied des aufzuhebenden Gerichts über seine persönliche Stellung in demselben aus, hält Uebertragung der Strafgerichtsbarkeit auf den Staat ebenfalls für angezeigt und empfiehlt sodann Verweisung der Vorlage an einen Ausschuß, welcher nach seiner Ansicht auch sein Augenmerk darauf zu richten habe, daß die Geschäfte des Justizmagistrats sehr vermehrt werden würden durch Aufbürdung der sämmtlichen Untersuchungen, und ob nicht zugleich auch die übrige Jurisdiktion auf den Staat zu übertragen sei.

Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt sich bereit, Näheres der mit Berathung der Vorlage zu betrauenden Kommission mitzutheilen, mit dem Hinzufügen, daß der Magistrat, jedoch noch nicht das Stadtverordneten-Kollegium sich mit der Vorlage einverstanden erklärt habe, daß aber die Frage wegen Uebernahme der ganzen Jurisdiktion zur Zeit nicht mehr in Betracht gezogen werden könne.

Abg. Neubourg beantragt Verweisung der Vorlage an den Finanz-Ausschuß, und wird dies auch beschlossen.

Ferner steht auf der heutigen Tagesordnung der von den Abgg. Pothmann, Obermeier und Schemmel eingebrachte folgendermaßen lautende Antrag: der Landtag wolle beschließen, Fürstliche Staatsregierung zu ersuchen,

das Gesetz über die Klassen- und klassifizirte Einkommensteuer vom 6. Juni und die dazu erlassene Instruktion vom 16. Juni 1868 im Allgemeinen einer Revision zu unterziehen und dem Landtage baldmöglichst eine hierauf bezügliche Vorlage, welche namentlich die Abänderung der §§ 4 und 7 des Gesetzes und des § 9 der Instruktion enthält, zuzustellen.

Abg. Pothmann motivirt diesen Antrag damit: das genannte Haupt-Steuergesetz und die dazu erlassene Instruktion enthalte viele Lücken, gebe zu manchen Zweifeln und zu verschiedenartiger Einschätzung Anlaß, insbesondere bedürfe § 4 des Gesetzes, wonach die kleinen Handwerker und Grundbesitzer ohne Nebengewerbe zu mindestens 1 Mark im Simplum einzuschätzen seien, und ferner die Bestimmung, daß bei mangelndem Pachtertrage der Ertrag der Grundstücke nach dem unzutreffenden Katastertaxate bemessen werden solle, der Abänderung. Gleichzeitig mit der beabsichtigten Revision könne vielleicht auch die Frage wegen Einführung einer Kapitalsteuer erledigt werden.

Abg. Schemmel befürwortet ebenfalls den Antrag und zwar außer den bereits angeführten Gründen noch deßhalb, weil nach seiner Ueberzeugung bei den Einschätzungen zu den unteren Stufen den Ausschüssen freiere Hand zu lassen sei, als das Gesetz gestatte.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Abg. Schmidt proponirt, den von ihm eingebrachten und auf die heutige Tagesordnung gestellten Antrag, den Wildstand im Domanialforste betr., bis auf Weiteres (bis zur Vorlegung der Kultur- und Hauungspläne an den Landtag) von der Tagesordnung abzusetzen, und wird dies genehmigt.

Hiermit ist die heutige Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch morgens 10 Uhr. Gegenstände der Tagesordnung:

1. Dritte Lesung der Gebäudesteuer-Vorlage.
2. Antrag Büxten wegen Einführung einer Kapitalsteuer.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 22.

Geschehen Detmold am Landtage den 30. Januar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Rath Rohdewald.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom 28. d. M. wird eine Petition Eingesessener zu Detmold, Errichtung eines eigenen Landgerichts mit dem Sitze in Detmold betr., welche vorläufig zurückgelegt wird, und ein Antrag der Abgg. Overbeck, von Kerßenbrock und Neubourg zu der Gebäudesteuer-Vorlage bekannt gemacht. Letzterer lautet: der Landtag wolle beschließen: der Landtag genehmigt den Gesetzentwurf, die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer betr., mit nachstehenden Modifikationen: ..... Die Hebung der Steuer erfolgt nicht vor dem Zeitpunkte, in welchem mit der in Aussicht genommenen Aufbesserung der Gehalte der Elementarlehrer, der Lehrer am Gymnasium zu Detmold und der übrigen Staatsbeamten begonnen wird,

und wird zugleich die Staatsregierung ersucht, die Veranlagung der Steuer möglichst zu beschleunigen.

Zunächst findet bei der auf der heutigen Tagesordnung stehenden dritten Lesung dieser Vorlage eine Generalbesprechung statt, in welcher Abg. von Kerßenbrock den obigen Antrag damit motivirt, daß die neuen Steuern deshalb von der Regierung proponirt seien und dazu dienen sollen, um die Mehrausgaben wegen der beabsichtigten Gehaltserhöhungen insbesondere der Elementarlehrer zu decken, und der Antrag diesen Zweck in passender Weise wiedergebe.

Bei der Spezialdebatte stellt zu § 3 der Abg. Gevekot im Verein mit den Abgg. Sprütten und Döpping folgenden Antrag: dem Absatze 1 des § 3 folgende Fassung zu geben: die Veranlagung der Gebäudesteuer erfolgt dergestalt, daß jedes der Steuer unterliegende Gebäude nach Maßgabe seines jährlichen Nutzungswerths zu einer der im Tarife (Anlage A) bestimmten Steuerstufe eingeschätzt wird. Die Gebäudesteuer wird in Simplen gehoben. Ein Zwölftheil der in dem Tarife normirten Jahressteuer bildet das Simplum. Die Anzahl der zu erhebenden Simplen wird bei der Berathung des Etats zwischen Regierung und Landtag vereinbart. § 17 soll dementsprechend gestrichen werden.

Abg. Gevekot führt zur Begründung an: das in voriger Session eingeführte Prinzip, die neuen Steuern nach Simplen zu heben und die Zahl der Simplen durch Vereinbarung zwischen Regierung und Landtag festzusetzen, finde in diesem Antrage Ausdruck, welcher das Praktische biete, daß die Erhöhung- oder Erniedrigung der Steuer erleichtert und dem Prinzipe des § 3 eine andere Fassung gegeben werde. Nach Auffassung der Regierung werde die Steuer, so lange eine anderweite Vereinbarung nicht erzielt sei, in dem

durch das Gesetz festgestellten Betrage weiter erhoben, während nach der Ansicht des Landtags eine jedesmalige besondere Vereinbarung über die Steuerhöhe erforderlich sei. Die Art und Weise, wie die Regierung dieser Ansicht des Landtags entsprochen habe, gewähre nun aber nicht genau das, was der Landtag bezwecke, weshalb der Antrag auf Abänderung des § 3 angemessen sei. Ferner empfehle sich der Antrag deshalb, weil der wirkliche Ertrag der Gebäudesteuer nach Ansicht Vieler bedeutend das angenommene Maß übersteigen werde und der Zweck der Gebäudesteuer als einer Ausgleichssteuer so nicht werde erreicht werden.

Es wird beschlossen, die Berathung des § 3 mit der des § 17 zu verbinden.

Abg. Schemmel spricht sich gegen den Antrag Gevekot aus, weil in demselben eine Bestimmung fehle, wie es gehalten werden solle, wenn keine Vereinbarung über die Zahl der Simplen zu Stande komme, und nach seiner Auffassung dann eventuell gar keine Gebäudesteuer gehoben werden könne, man also ein praktisch wirkungsloses Gesetz schaffe. Redner beantragt: bei der Wichtigkeit des Antrags die Beschlußfassung auszusetzen und den Antrag an den Ausschuß zu verweisen.

Regierungs-Rath Rohdewald empfiehlt gleichfalls Prüfung des Antrags, dessen Tragweite sich nicht sofort übersehen lasse, im Ausschusse.

Abg. Overbeck bringt im Verein mit den Abgg. Grote und Husemann das Amendement zum Antrage Gevekot ein: demselben hinzuzusetzen: In den nächsten 3 Jahren sind nicht mehr als 9 Simplen jährlich zu erheben, wobei es auch künftig so lange bleibt, bis eine anderweite Vereinbarung zu Stande kommt.

Antragsteller glaubt hiermit das Bedenken des Abg. Schemmel als beseitigt anzusehen und empfiehlt dringend eine Ermäßigung des Betrags der Gebäudesteuer, welche nach der Vorlage außerordentlich hoch und drückend erscheine.

Abg. Gevekot entgegnet dem Abg. Schemmel, daß die Veränlagung dieser Steuer lange Zeit in Anspruch nehmen werde, während dies bei der Gewerbesteuer nicht der Fall sei, daß die geäußerten Bedenken und der Antrag Overbeck erst dann angebracht seien, wenn bei nächster Etatberathung über die Höhe der Steuer eine Vereinbarung getroffen werden solle. Der Abg. Gevekot hält seinen Antrag noch aus den Gründen für zutreffend, weil die Summe der Mehrausgaben noch gar nicht feststehe und weil die Ansichten über den wirklichen Ertrag der Steuer so auseinandergehen und bei einer Hebung des ganzen Betrags, den die Regierung als einen gerechten Ausgleich ansehen werde, dem wirklichen Zwecke der Steuer nach Ansicht des Landtags nicht entsprochen werden könnte.

Abg. Echterling hält es für nothwendig, die definitive Bewilligung jedenfalls solange ausstehen zu lassen, bis die nothwendigen Ausgaben übersichtlich feststehen, glaubt, daß das Gesetz dazu dienen werde, Stadt und Land in Gegensatz zu bringen, weil die Steuer besonders die Städte treffe, und spricht sich gegen die Vorlage aus.

Abg. von Kerßenbrock erklärt sich gegen den Antrag Gevekot und hält den Antrag Overbeck für akzeptabel, falls darin die Summe von 12 Simplen aufgenommen werde.

Abg. Dr. von Lengerke erklärt sich im Prinzipe mit dem Abg. Gevekot einverstanden, jedoch nicht mit dem jetzigen Antrage, da zur Deckung der Ausgaben für Mittel gesorgt werden und dazu diese Steuer im vollen Betrage

dienen müsse. Derselbe empfiehlt, beide eingebrachten Anträge im Ausschusse zu prüfen. —

Abg. Grote spricht sich gegen die projektirte, drückende und ungerechte Gebäudesteuer aus und hält bei Mehrbedarf von Mitteln ein Zurückgreifen auf die Klassensteuer für angezeigter, zumal seine Behauptung, die Gebäudesteuer sei ungerecht und stehe in auffallendem Mißverhältniß mit der Klassensteuer bislang keine Widerlegung gefunden habe.

Abg. Büxten weist darauf hin, die neue Steuer soll eine Ausgleichssteuer und keine drückende sein, man müsse deshalb erst den wirklichen Ertrag abwarten, und erklärt sich zunächst für den Antrag Gevekot und erst in zweiter Linie für den Antrag Overbeck.

Abg. Pothmann, welcher die proponirte Steuer ebenfalls für zu hoch hält und sich mit dem vom Abg. Gevekot aufgestellten Prinzipe einverstanden erklärt, empfiehlt auch seinerseits zuvorige Prüfung des Antrags im Ausschusse.

Abg. Overbeck ändert, da für die Gewerbesteuer die Hebung von 9 Simplen für die Jahre 1878 bis 80 beschlossen sei, in seinem Amendement die Worte „in den nächsten 3 Jahren" dahin ab „in den Jahren 1879 und 1880", um für beide Steuern ein Uebergangsstadium zu schaffen, bis die divergirenden Ansichten über den wirklichen Ertrag durch die Wirklichkeit geklärt seien.

In längerer Debatte wird zwischen den Abgg. Overbeck und Gevekot über die Konnexität der beiderseitigen Anträge, zwischen den Abgg. Pothmann, Schemmel und Büxten über das Verhältniß der hiesigen Grundsteuer zu dem Ertrage der preußischen Grundsteuer, und über die Frage diskutirt, ob die Berathung im Plenum angezeigt sei oder nicht.

Regierungsrath Rohdewald erklärt am Schluß der Debatte: wenn nicht die Verweisung der Anträge an den Ausschuß beschlossen werden sollte, müsse man der Regierung jedenfalls Zeit geben, über die Tragweite und Annehmbarkeit sich schlüssig zu machen.

Abg. Overbeck beantragt: den § 3 mit sämmtlichen Anträgen und den § 17 an den Ausschuß zurückzuverweisen, und wird dies von der Versammlung genehmigt.

Zu § 4 Nr. 1 beantragt Abg. Büxten Ermäßigung des Prozentsatzes von 4 auf 3. Der Antrag wird jedoch mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Zu § 16 urgirt Abg. Husemann, daß Nr. 4 mit dem letzten Absatze nicht harmonire und dadurch eine Ungleichmäßigkeit in dem Steuernachlasse hervorgerufen werde.

§ 16, dessen ungenaue Formulirung nur auf einem Irrthume zu beruhen scheint, wird auf Antrag des Abg. Gevekot an den Ausschuß zurückverwiesen.

Die übrigen §§ des Gesetzes, Anl. A und Anl. B werden in der Fassung der zweiten Lesung genehmigt. Die Gesammtabstimmung muß ausstehen.

Weiter steht auf der heutigen Tagesordnung die Berathung des Antrags Büxten über Einführung einer Kapitalsteuer, welcher in der Anlage wiedergegeben ist.

Antragsteller weist auf seine schon früher hervorgehobenen Motive, welche ihm Einführung einer Kapitalsteuer als unerläßlich erscheinen lassen, zurück, bemerkt, daß er Berathung der gewünschten Vorlage in der diesjährigen Herbstsession im Auge habe, und empfiehlt den Antrag, welcher dazu diene,

Ungleichheit in der Besteuerung und sonst etwa entstehende Unzufriedenheit zu beseitigen.

Abg. Gevekot hält auch Einführung dieser Steuer als weiterer Ausgleichssteuer für wünschenswerth, erklärt sich aber gegen die Form des Antrags und empfiehlt Verweisung desselben an den Finanz-Ausschuß zur Prüfung; der Vorsitzende spricht sich in eben dem Sinne aus.

Abg. Büxten ist mit Verweisung an jenen Ausschuß einverstanden und bemerkt noch, daß nach seiner Ansicht die Kapitalsteuer nicht mit dem Klassensteuergesetz in Zusammenhang gebracht werden könne.

Abg. Schemmel, prinzipiell mit Einführung der Kapitalsteuer einverstanden, ist gegen den Antrag, wie er gestellt worden, da der demnächstigen Entschließung der Regierung und des Landtags nicht vorzugreifen sei.

Bei der Abstimmung wird die Verweisung an den Finanz-Ausschuß angenommen.

Hiermit ist die heutige Sitzung geschlossen. Auf die Tagesordnung der auf Freitag Nachmittag 5 Uhr anberaumten Sitzung wird gestellt der Bericht des Ausschusses über die §§ 3, 16 und 17 des Gebäudesteuergesetzes und die dazu eingegangenen Anträge und eventuell Bericht des Finanz-Ausschusses.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: Preuß.

Anlage zum Landtagsprotokolle vom 30. Januar 1878.

Antrag.

In Erwägung daß durch die bereits bestehende Grundsteuer, so wie durch die einzuführende Gewerbe- und Gebäudesteuer die von diesen Steuern getroffenen Einwohner, indem sie schon die Classen- und classifizirte Einkommensteuer zahlen, doppelt besteuert werden, wogegen das freie Capitalvermögen nur der einfachen Besteuerung unterliegt, durch welche Ungleichheit in den von der Doppelbesteuerung betroffenen Einwohnerclassen mit Recht eine große Unzufriedenheit besteht, — wolle der Landtag beschließen:

An Fürstliche Regierung das Gesuch zu richten: dem nächsten Landtage eine Gesetzesvorlage zu machen, nach welcher die Inhaber eines freien Capitalvermögens über 1500 M. — bis 1500 M. bleibt frei — außer der Classen- und classifizirten Einkommensteuer eine Capitalsteuer zu zahlen haben, welche von je 100 M. jährlich ca. 5 Pf. beträgt.

(Für die Betreffenden würde diese Steuer ungefähr $^2/_5$ ihrer Einkommensteuer oder $1\,^1/_4$ Prozent des Einkommens aus dem Capitalvermögen betragen.)

Detmold, 28. Januar 1878.

W. Büxten.

№ 23.

Geschehen Detmold am Landtage den 1. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom 30. Januar werden als Eingänge zur Kenntniß der Versammlung gebracht:

1. Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, die Ermäßigung des von den Bauerschaften Niese und Köterberg an den Falkenhagener Kornboden zu liefernden Zinskorns betr., welches an den Finanz-Ausschuß geht.

2. Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, den Beitritt zu dem Uebereinkommen zum Schutz und zur Hebung der Fischerei betr.

3. Eine Anfrage des Gymnasialdirektors Horrmann, bezw. Fürstlicher Regierung, die Benutzung d. s. Kommissionszimmers für die Examen-Arbeiten der Gymnasial-Abiturienten vom 11. bis 16. Febr. betr.

4. Anträge des Gebäudesteuer-Ausschusses zu den §§ 3, 16 und 17, sowie des Finanz-Ausschusses zu verschiedenen Propositionen.

5. Antrag verschiedener Abgg., die Errichtung des Landgerichts betr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangt das unter Nr. 3 bezeichnete Schreiben zur Besprechung, es wird beschlossen, für die gewünschte Zeit das Kommissionszimmer zu dem angegebenen Zwecke frei zu stellen und das Schreiben demgemäß zu beantworten.

Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung, Bericht des Ausschusses zu den §§ 3, 16 und 17 der Gebäudesteuer-Vorlage, wird auf Antrag des Abg. Schemmel von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und die Berathung der eingegangenen Anträge des Finanz-Ausschusses beschlossen.

Zur Proposition, die organische Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium in Detmold betr., beantragt der Ausschuß:

1. die Proposition zu genehmigen unter der Bedingung, daß das Schulgeld von 36 M. auf 42 M. erhöht wird;

2. die Regierung zu ersuchen, die Einnahme und Ausgabe für die Vorschule unter besonderen Titeln in dem Etat und der Rechnung für das Gymnasium aufzuführen.

Berichterstatter, Abg. Gevekot, legt den Inhalt des Vorschlags und die Folgen der Annahme dar und hält eine Verbindung der Vorschule mit dem Gymnasium für zweckmäßig und wünschenswerth, besonders da die Vorschule, welche einen Kapitalbestand von über 1000 M. gesammelt habe, der Landkasse keine weiteren Kosten verursachen werde. Bauten seien vorläufig nicht nöthig, das erhöhte Schulgeld werde den Mehrbedarf für die Lehrergehalte, etwaige Pensionen ꝛc. decken. Die Höhe der Gehalte sei zwischen Regierung und Landtag besonders zu vereinbaren. Der zweite Antrag diene nur zur Klarhaltung der Einnahmen und Ausgaben.

Regierungs-Präsident Eschenburg hält eine Erhöhung der Einnahme durch Erhöhung des Schulgeldes für nicht ganz sicher, da sich vielleicht die Zahl der Schüler verringern werde, und empfiehlt eine Erhöhung des Schulgeldes erst dann eintreten zu lassen, wenn höhere Ausgaben nöthig seien, zumal noch die Schulsteuer und ein Eintrittsgeld von 8 M. neben dem Schulgelde zu zahlen sei. Die Lösung der Frage, ob die Lehrer als Elementarlehrer oder

wirkliche Staatsdiener zu fungiren haben, was für den Eintritt in eine der Wittwenkassen von Gewicht sei, müsse offen gelassen werden.

Abg. Overbeck hält das Bedenken des Vorredners gegen die sofortige Erhöhung des Schulgeldes für gerecht und stellt einen Antrag, welcher auf Vorschlag des Vorsitzenden folgendermaßen formulirt wird: hinter „Schulgeld" einzuschalten: „sobald es in seinem jetzigen Betrage die Ausgaben nicht mehr deckt."

Abg. Grote ist gleichfalls gegen die sofortige Erhöhung des Schulgelds, wodurch vielleicht nur eine Verringerung der Schülerzahl herbeigeführt werde, und weil die Aufbringung des jetzigen Betrages schon Manchem schwer genug werde, Redner empfiehlt Aufnahme der Lehrer unter die Elementarlehrer, da dieselben sonst eine zu unbestimmte Stellung einnehmen.

Auf Grund der auf letzteren Gegenstand bezüglichen Debatte wird auf Veranlassung des Abg. Schemmel das weitere Amendement zu Nr. 1 vorgeschlagen: als Zusatz folgen zu lassen: „und daß die betr. Lehrer an der Vorschule die Stellung als Elementarlehrer bis zu etwa erfolgender Aenderung beibehalten", womit der Regierungs-Kommissarius einverstanden ist.

Abg. Büxten erklärt sich zu Gunsten des ersteren Amendements, Abg. Brand gegen dasselbe, weil eine Belastung der Landkasse in Folge nothwendig werdender Bauten nach seiner Ansicht nicht ausbleiben werde; Abg. Gevekot sucht dies Bedenken des Abg. Brand zu beseitigen. Abg. Husemann hält 42 M. Schulgeld für nicht zu hoch und nicht zu hart und weist darauf hin, daß die außerdem zu zahlende Schulsteuer eben aus einem Gesetze entspringe, welches eventuell in dieser Beziehung abgeändert werden könne.

Bei der Abstimmung werden beide Amendements zu Nr. 1, Nr. 1 mit

denselben und Nr. 2 angenommen, womit diese Proposition ihre Erledigung gefunden hat.

Es folgt hierauf die zweite Lesung der Vorlage bezüglich des Gesetzentwurfes wegen definitiver Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer. Der Ausschuß beantragt: dem § 9 in seinem ersten Absatze folgende Fassung zu geben: „Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1878 mit der Einschränkung in Kraft, daß die Einführung der fünften Gehaltsklasse (§ 2, Abs. 3 a. E.) der Verordnung Fürstlicher Regierung vorbehalten bleibt, spätestens aber am 1. Juli 1879 erfolgt."

Berichterstatter, Abg. Gevekot, erläutert die jetzige Vorlage und den obigen Antrag dazu und führt aus, daß es sich im Interesse des Lehrerstandes empfehle, für die Einführung der fünften Gehaltsklasse einen festen Termin zu bestimmen und die Regierung zu früherer Einführung zu ermächtigen, daß die Lehrer im Verhältniß zu den Staatsbeamten, für welche die Aufbesserung der Gehalte wol nicht bis zur Höhe der Normaletatssätze erfolgen werde, durch den festen Termin des Inkrafttretens des gesammten Gesetzes besser gestellt seien. Die Aenderung des Gesetzes sei von der Regierung wegen Unzulänglichkeit der Mittel proponirt, und auch der Ausschuß glaube, daß faktisch die Mittel nicht das Inslebentreten des ganzen Gesetzes gestatten.

Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt, es werde der Regierung nur angenehm sein, wenn sie den Lehrern die volle Wohlthat des Gesetzes baldmöglichst zu Theil werden lassen könne, ob dies aber bereits zu dem präfigirten Termine möglich sein werde, stehe dahin und werde erst das nächste Jahr hierüber Auskunft geben.

Die Abgg. Gevekot und von Lengerke glauben, daß nach den angestellten Ueberschlägen die Mittel vorhanden sein werden, Letzterer hält es für unzulässig,

die volle Erhöhung der Lehrergehalte in Frage zu stellen und müßten eventuell die nöthigen Summen nächstes Jahr beschafft werden.

Regierungs-Präsident Eschenburg hält eine Garantie, daß die Mittel an dem bestimmten Termine da sein werden, für nöthig, da nicht feststehe, ob der Landtag nächstes Jahr das Erforderliche bewilligen werde, und der Landtag die Regierung auf dies Ungewisse nicht hinweisen könne.

In der sich hieran schließenden Debatte wird die Frage, ob die Fixirung des Termins vom 1. Juli 1879 in Anbetracht der Finanzlage statthaft sei, ventilirt, wobei der Berichterstatter und der Vorsitzende unter Darlegung der speziellen Zahlenangaben die Wahrscheinlichkeit nachzuweisen suchen, während der Regierungs-Kommissar sichere Garantie zu haben wünscht.

Abg. Grote spricht sich für den Ausschußantrag aus, wonach die endliche Gewährung einer mäßigen Abhülfe für die lange Zeit vertrösteten und schlecht gestellten Volksschullehrer lange genug hinausgeschoben werde, glaubt, daß der Landtag gewißlich die etwa erforderlichen Ausgaben beschließen werde, zumal noch andere Steuerkräfte, z. B. das Kapital herangezogen werden könnten, und empfiehlt, die Lehrer endlich wissen zu lassen, wann sie das ihnen Gewährte voll bekommen werden.

Abg. Schemmel befürwortet ebenfalls den Ausschußantrag und spricht die Erwartung aus, daß die regierungsseitig in Beziehung auf die Gewährung der erforderlichen Mittel geäußerten Worte an anderer Stelle Gehör finden.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag angenommen. Die zweite Lesung dieser Vorlage ist damit beendet.

Hierauf wird die zweite Lesung der Vorlage, die Abänderung des § 35 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 hinsichtlich des Betrages der Pensionen betr., vorgenommen.

Der Ausschuß beantragt zu dem Gesetzentwurfe: 1. im § 1 letzter Absatz statt 4800 M. zu setzen 4500 M.; 2. im Uebrigen den Gesetzentwurf unter dem Vorbehalte zu genehmigen, daß das Gesetz erst mit dem Zeitpunkte in Kraft tritt, in welchem die Vorlagen betreffend a, die definitive Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer, b, die Einführung des Normaletats für die ordentlichen Lehrer am Gymnasium zu Detmold, c, die Erhöhung des Gehalts der übrigen Staatsbeamten zur Ausführung gelangen.

Zur Generalbesprechung erläutert der Berichterstatter, Abg. Gevekot, den Unterschied, welcher zwischen dem § 35 und der proponirten Bestimmung besteht, und motivirt die Ausschußanträge, deren letzterer nur der Intention der Regierung und der an die Vorlage geknüpften Voraussetzung entspreche und zu Gunsten der Staatsbeamten im Allgemeinen aufgenommen sei. Referent begründet den Antrag 1 damit, daß die Summe von 4500 M. den seit 1859 eingetretenen Gehaltsverbesserungen (etwa 25 %) entsprechend sei und einem Pensionär ein hinlängliches Auskommen sichere.

Bei der Spezialberathung werden der § 1 mit dem Ausschußantrage, die §§ 2 und 3 unverändert angenommen.

Der Antrag Nr. 2 kommt erst bei der Gesammtabstimmung in dritter Lesung in Betracht.

Ferner beantragt der Finanz-Ausschuß: die proponirte Erhöhung des Gehalts des Leihekassesekretärs Varenholz von 2070 M. auf 2400 M., die des Katasterschreibers Wantrup von 1050 auf 1400 M. und die des Sparkassenrendanten Weber von 2160 M. auf 2400 M. zu genehmigen.

Nachdem Referent die zur Motivirung dienlichen Thatsachen angegeben, findet der Antrag debattelos Genehmigung.

Sodann hatte Fürstliches Cabinets-Ministerium proponirt, der Witwe des Lehrers Vögeler in Belle, deren Ehemann zwischen der Vorlegung und Publikation des Witwen-Pensionsgesetzes gestorben war, eine den Bestimmungen jenes Gesetzes entsprechende jährliche Unterstützung von 150 M. zu gewähren, und der Ausschuß Genehmigung dieser Proposition beantragt.

Nach Vortrag des Referenten wird der Ausschußantrag ohne Debatte angenommen.

Zu der Proposition, die Aufhebung des Criminalgerichts der Stadt Lemgo und die Uebertragung der bezüglichen Jurisdiktion auf das Landes-Criminalgericht betr., hat der Finanz-Ausschuß beantragt, derselben die Genehmigung zu ertheilen.

Abg. Gevekot als Berichterstatter bemerkt hierzu: der Ausschuß habe den Erwägungen Fürstlichen Cabinets-Ministeriums beipflichten zu müssen geglaubt und erachte die Aufhebung jenes Spezialgerichts als im Interesse einer geordneten Criminalrechtspflege liegend. Die für die Landkasse etwa entstehenden Kosten würden keinenfalls von irgend welcher Bedeutung sein. Der Landtag möge einen auf Aufhebung des Lemgoer Criminalgerichts zielenden Vertrag im Voraus genehmigen und die Urtheilsgebüren Fürstlichem Cabinets-Ministerium zu Remunerationen für die Mitglieder des Landes-Criminalgerichts zur Verfügung stellen.

Nachdem Abg. Pothmann auch seinerseits die Annahme der Vorlage empfohlen hat, beschließt der Landtag dementsprechend.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Sitzung bis morgen früh 10 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht außer den noch vorliegenden unerledigten Anträgen des Finanz-Ausschusses der Bericht des Ausschusses über die §§ 3,

16 und 17 der Gebäudesteuer-Vorlage und eventuell der heute eingegangene Antrag, die Errichtung eines Landgerichts betr.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 24.

Geschehen Detmold am Landtage den 2. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nachdem eine Eingabe des landwirthschaftlichen Hauptvereins für das Fürstenthum Lippe, Subvention der Herforder Ackerbauschule betr., bekannt gemacht und dem Finanz-Ausschuß zugetheilt worden, tritt die Versammlung sofort in die Tagesordnung ein.

Zunächst liegt folgender Antrag des Finanz-Ausschusses vor: der Landtag wolle beschließen: „die Staatsregierung zu ersuchen, darauf Bedacht zu nehmen, ob und wie die Ungleichheit, welcher durch § 41 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 hinsichtlich des Bezugs des Quartalsgehalts seitens der Angehörigen eines verstorbenen Staatsbeamten Spielraum gewährt ist, in Zukunft zu beseitigen sei."

Referent, Abg. Gevekot, bemerkt hierzu: der § 41 des allegirten Gesetzes treffe sehr ungleich, je nachdem ein Beamter zu Beginn oder zu Ende eines Quartals versterbe, welchem Uebelstande nach Kräften vorzubeugen sei. Der Ausschuß habe von bestimmten Vorschlägen, wie z. B. die vom Ausschuß in Bezug genommenen Bestimmungen des preußischen Gesetzes enthalten, abgesehen und empfehle Annahme des vorliegenden Antrags.

Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt: der Antrag sei der Regierung sehr erwünscht, dieselbe habe den beregten Gegenstand bereits geprüft, sei aber noch nicht schlüssig geworden. Im Ausschusse habe er bereits auf die Härte eines kürzlich eingetretenen Falls hingewiesen, wofür der Landtag speziell Sorge tragen möge.

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden: jener Fall (der am 30. September erfolgte Tod des Regierungsraths Hoffmann) sei im Ausschusse nur als Beispiel der im Gesetze liegenden Ungleichheit angeführt und auf eine Abhülfe nicht hingewiesen, entgegnet Regierungs-Präsident Eschenburg: er habe die Initiative des Landtags gewünscht, um nicht bis zu einer gesetzlichen Regelung für die Regierung ein Präjudiz zu schaffen.

Abg. Overbeck hält unter Hinweis auf die hiesigen und preußischen Verhältnisse es vielleicht für angezeigt, die Hebung des Gehalts je im zweiten Monate des Quartals erfolgen zu lassen, um einen Ausweg zu finden.

Bei der Abstimmung findet der Antrag Annahme.

Weiter beantragt der Finanz-Ausschuß: „der Landtag wolle beschließen: 1. die Staatsregierung aufzufordern, diejenigen Volksschullehrer, deren gesammtes Diensteinkommen einschließlich der Wohnung die Summe von 1500 M. jährlich nicht übersteigt, vom 1. Januar bis zum 1. Juli 1878 für den Ausfall, welchen dieselben durch Vorenthaltung der auf Grund der Ver-

ordnung vom 9. Dezember 1874 aus Gemeindemitteln bezogenen Theile des Diensteinkommens erleiden, aus der Landkasse im vollen Umfange zu entschädigen; 2. die Regierung zu ermächtigen, die hierzu erforderlichen Mittel aus dem Ertrage der Gewerbesteuer oder aus den Ueberschüssen der Leihekassenrechnung von 1877, eventuell aus den Aktivkapitalien des Landes zu entnehmen."

Abg. Gevekot als Berichterstatter bemerkt zu diesem Antrage: der Landtag habe durch die Nichtgenehmigung der Verordnung vom 9. Dezember 1874 indirekt Anlaß zu der Gehaltsverkürzung gegeben, und erscheine es billig, die Betroffenen aus der Landkasse zu entschädigen. Man nehme an, daß die Gemeinden wol sonst alle bis Ende 1877 den Zuschuß bezahlt haben, woraus sich der betr. Passus des Antrags erkläre. Voraussichtlich werden die Erträgnisse dieses Jahres hierzu die Mittel gewähren, eventuell sei der Ueberschuß der Leihekasse von 1877 heranzuziehen, höchst eventuell die Aktiva. Letzteres rechtfertige sich dadurch, daß die betr. Verordnung hauptsächlich deshalb nicht nachträglich genehmigt worden, weil der Landtag keine Nothlage anerkennen konnte beim Vorhandensein so bedeutender Aktiva, falls die Regierung bereits 1874 die letzteren zur Aushülfe benutzt habe anstatt die Gemeinden zu belasten würde der jetzige Bestand nicht so groß sein.

Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt, daß die Regierung wie alle solche Anträge so auch diesen bereitwillig entgegennehmen, zumal derselbe nur das beabsichtige, was die Regierung bereits 1874 auf anderm Wege zu erreichen suchte, und daß er den Antrag gern prüfen und befürworten werde.

Bei der Abstimmung findet der Ausschußantrag Annahme.

Schließlich liegt ein Antrag des Finanz-Ausschusses zu der Proposition, die Pensionirung der Gendarmen betr., zur Berathung vor.

Der Ausschuß beantragt: dem § 1 folgende Fassnng zu geben: „Die in den §§ 33 bis 40 einschließlich des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 enthaltenen Bestimmungen über die Versetzung von Beamten in den Ruhestand finden auch auf die Gendarmen mit der Maßgabe Anwendung, daß 1. bei Berechnung ihrer Dienstzeit behufs Festsetzung der Pension statt des ersten Dienstpatents (§ 36 Abs. 1) der Tag zum Grunde gelegt wird, an welchem sie als Gendarmen angestellt sind, und daß 2., wenn ein pensionirter Gendarm im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienste ein Diensteinkommen bezieht, das Recht auf den Bezug der Pension so lange und insoweit ruht, als der Betrag dieses neuen Diensteinkommens unter Hinzurechnung von zwei Dritteln der Pension den Betrag des vor seiner Pensionirung von ihm bezogenen Diensteinkommens übersteigt.

Abg. Overbeck als Berichterstatter empfiehlt Annahme der Vorlage mit den zwei im obigen Antrage enthaltenen Modifikationen, welche zweckmäßig und angemessen seien; die Bestimmung unter Nr. 2 sei insofern noch günstiger als die in Preußen geltende, als dem Pensionär stets ein Drittel der Pension belassen werden solle, wodurch andrerseits das Interesse an dem Aufsuchen einer anderweiten Stellung geweckt werde.

Bei der Spezialdebatte wird ohne Debatte § 1 in der vom Ausschusse vorgeschlagenen Form, § 2 unverändert genehmigt, womit die zweite Lesung dieser Vorlage beendet ist.

Auf Antrag des Abg. Sprütten wird die Berichterstattung über die §§ 3, 16 und 17 der Gebäudesteuer-Vorlage nochmals von der Tagesordnung abgesetzt und beschlossen, am Montag abends 5 Uhr unter Zuziehung eines Regierungs-Kommissarius eine Sitzung des Landtags als Ausschuß zur Besprechung dieses Berathungsgegenstandes stattfinden zu lassen.

Sodann steht noch folgender, vom Abg. von Lengerke und Gen. eingebrachter Antrag auf der Tagesordnung: der Landtag wolle beschließen: „der Landtag erklärt, daß ein unter Vereinbarung mit Preußen hier im Lande zu bestellendes Landgericht erhebliche Vorzüge vor einem eigenen Landgerichte bietet, er erneuert in der Zuversicht, daß darauf gerichtete Verhandlungen nicht ohne Aussicht auf Erfolg sein werden, das Ersuchen an Fürstliche Staatsregierung, solche Verhandlungen zu beginnen, und behält sich bis dahin, daß ihm über die Resultate derselben Mittheilungen gemacht werden, die Beschlußfassung über alle mit diesem Gegenstande zusammenhängende Fragen vor."

Vice-Präsident Abg. Gevekot übernimmt den Vorsitz, da Abg. Dr. von Lengerke den Antrag motiviren wird. Derselbe ergreift das Wort dahin: Dem im Dezember v. J. gefaßten Beschlusse des Landtags sei, wie der Regierungs-Kommissarius dem Domanial-Ausschusse kürzlich mitgetheilt habe, keine Folge gegeben, weil nach Ansicht der Regierung der Antrag weniger darauf gerichtet gewesen wäre, einen Anschluß an Preußen herbeizuführen, als wie über das Verhältniß der Kosten eines eigenen und eines gemeinschaftlichen Landgerichts Aufschluß zu erhalten, und Verhandlungen zu letzterm Zwecke nicht angemessen erschienen wären. Da jedoch wol in dem Antrage ein ernstliches Auffordern, einen Anschluß an Preußen zu versuchen, gelegen habe und unter bewandten Umständen ein Zurückkommen auf diese Angelegenheit nöthig erscheine, werde vorliegender Antrag eingebracht, welcher in der Fassung präziser als der frühere sei. Zur Sache selbst setze der Antrag voraus, daß das gemeinschaftliche Landgericht seinen Sitz im Lande bekomme, und ebenso sei das Recht der Mitbesetzung des Gerichts festzuhalten. Die Vortheile eines gemeinschaftlichen Landgerichts liegen auf der Hand: die bei Schaffung eines eignen Landgerichts nothwendige Einschränkung bei Besetzung desselben

habe materiell große Mängel, so besonders im Fall einer eintretenden Verhinderung eines oder mehrerer Richter, und ferner sei ein derartig knapp gehaltenes Gericht keineswegs als normal anzusehen. Die Juristen könnten in ihrem Interesse die Bildung eines gemeinschaftlichen Landgerichts nur freudig begrüßen, da die Anregung und Zirkulation der geistigen Kräfte frischer erhalten werde. Ueber die Kosten könne man sich noch kein klares Bild machen, unter keinen Umständen würden dieselben jedoch die für Bildung eines selbständigen Landgerichts übersteigen. Die gegen den Antrag etwa geltend zu machenden Bedenken seien zunächst darauf basirt, daß es Sr. Durchlaucht dem Fürsten allerdings schwer fallen werde, die Justizhoheit aufzugeben; darum handle es sich nach dem Antrage und dessen Voraussetzungen ja auch keineswegs, es sei jedenfalls eine offene Frage, ob nicht für den Landesherrn das, was billig sei, wie z. B. die Rechtsprechung im Namen des Regenten, gewahrt werden könne. Jedenfalls habe die Justizhoheit durch die Reichsgesetze und den Einfluß der Reichsbehörden bereits eine Einbuße erlitten. Der andere Einwand sei der Hinweis auf die Unmöglichkeit, auf dieser Basis mit Preußen zu verhandeln. Diese Unmöglichkeit sei jedoch keineswegs nachgewiesen. Der Vertrag mit Sondershausen könne nicht als Beispiel angeführt werden, denn dieses Fürstenthum sei viel kleiner und außerdem in zwei Theile gespalten. Der lippische Staat könne mit Preußen auf anderer Grundlage verhandeln. Uebrigens deuten die Verhandlungen im preußischen Landtage auf eine Geneigtheit der preußischen Regierung zu einer Vereinbarung mit den kleineren Staaten hin, insbesondere habe aber nach einer Zeitungsnachricht in der Sitzung des Herrenhauses vom 30. Januar der Kommissarius erklärt, daß Preußen auf einen Anschluß des Fürstenthums eingehen werde, die Regierung aber auf desbezügliche Anfrage von hier aus

ablehnend beschieden sei. (Redner verliest den betr. Passus aus dem Bielefelder Tageblatt.) Obschon stenographische Berichte über diese Sitzung nicht vorliegen, könne jedoch eine Geneigtheit der preußischen Regierung angenommen werden, jedenfalls erscheine hiernach die Möglichkeit der Verhandlungen nicht ausgeschlossen. So sehr auch die Selbständigkeit des Staats aufrecht erhalten werden müsse, habe der Landtag aber auch die Verpflichtung, das Interesse des Landes zu wahren, und dies geschehe durch Annahme des Antrags.

Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt hierauf: die Regierung werde den Antrag prüfen, vorher könne er sich über das Speziellere nicht auslassen, besonders bei der Konnexität der Frage mit der Domanialangelegenheit. Er wolle nur jetzt schon bemerken: in Beziehung auf Sondershausen habe er auf Thatsachen hingewiesen und thatsächlich habe Sondershausen die Justizhoheit verloren. Ueber den beregten Vorfall im Herrenhause lauten die Berichte verschieden. Die Regierung habe direkte Anfragen Preußens nicht abgelehnt, es sei nur auf diplomatischem Wege durch den Gesandten Prinzen Isenburg tentirt, ob vielleicht Lippe auf einen Anschluß an Preußen reflektire. Die Antwort sei gewesen: es sei noch kein Beschluß gefaßt, zur Zeit habe man die Einrichtung eines eigenen Landgerichts im Auge, die hiesige Regierung würde jedoch sehr dankbar sein, wenn preußischerseits über die Geneigtheit der Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts nähere Erklärungen abgegeben würden. Hierauf hin sei keine Erwiderung eingetroffen. Ferner sei mit dem Justizminister wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Amtsgerichts in Beziehung auf das Amt Lipperode verhandelt, ein solches jedoch von Seiten Preußens abgelehnt. Dies sei ziemlich deutlich gewesen und stütze sich also seine Anschauung, daß Preußen auf einen solchen Anschluß, wie ihn der Antrag im Auge habe, nicht eingehen werde, keineswegs auf Luftgebilde.

Abg. Dr. von Lengerke: er freue sich, daß eine Prüfung des Antrags zugesagt sei; er könne diese Frage nicht in Zusammenhang mit anderen Fragen bringen, und hoffe, daß Se. Durchlaucht dies auch nicht thun werden.

Abg. Overbeck erklärt: ihn habe der Schlußsatz von einer Unterzeichnung des Antrags abgehalten, da darnach die Verhandlungen über das Domanium abgeschnitten seien.

Auf Veranlassung des Abg. Dr. von Lengerke und mit Genehmigung der übrigen Unterzeichner des Antrags wird der Schlußsatz gestrichen.

Vice-Präsident, Abg. Gevekot, legt dem Regierungs-Kommissarius ans Herz, die Erwägung dieser hochwichtigen, ja wichtigsten Angelegenheit thunlichst bald in die Hand zu nehmen und dem Landtage von dem Entschlusse Mittheilung zu machen, denn es werde eine große Beruhigung für das Land sein, wenn Alles versucht werde, die Selbständigkeit des Landes für die Zukunft zu erhalten, und er habe die Ueberzeugung, daß für die Dauer ein eigenes Landgericht nicht aufrecht erhalten werden könne, diese Frage stehe also im Zusammenhange mit der wünschenswerthen Selbständigkeit des Fürstenthums für die Zukunft.

Bei der Abstimmung findet der Antrag einstimmig Annahme.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erschöpft; die nächste Plenarsitzung wird vom Vorsitzenden noch anberaumt werden.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 25.

Geschehen Detmold am Landtage den 6. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Regierungs-Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nach Vorlesung und Genehmigung der Protokolle vom 1. und 2. d. M. werden als Eingänge bekannt gemacht:

1. ein Schreiben des Professors von Neureuther zu München, mit welchem eine zur Vertheilung an die Abgg. gelangte Denkschrift über die Pflege der Kunst an öffentlichen Bauwerken überreicht ist;

2. Verschiedene Anträge und Berichte des Finanz-Ausschusses;

3. Anträge des Ausschusses zu den Vorlagen wegen der Vermarkung der Bezirksgrenzen ꝛc. und wegen des Kolorado-Käfers, deren Vervielfältigung beschlossen wird.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Ausschusses zu den §§ 3, 16 und 17 der Gebäudesteuer-Vorlage.

Außer den dem Ausschusse überwiesenen Anträgen, von denen das Amendement Overbeck zum Antrage Gevekot nunmehr zurückgezogen wird, liegen folgende Anträge vor:

1. der des Ausschusses: im ersten Absatze des § 3 die Worte: „vorbehältlich einer etwaigen Ermäßigung der Steuersätze bei Feststellung des Etats“ zu streichen und dem § 17 folgende Fassung zu geben: „die Gebäude-

steuer wird in 12 Simplen gehoben, vorbehältlich einer etwaigen Ermäßigung der Anzahl der Simplen bei Feststellung des Etats.

2. Der Antrag des Abg. Büxten: die Schlußabstimmung über das Gesetz, die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer betr., bis zum Abschluß der Domanialfrage auszusetzen.

3. Der Antrag des Abg. Overbeck und Gen.: folgenden § 3a aufzunehmen: „Bis auf weitere Vereinbarung erfolgt die Hebung der Gebäudesteuer in so viel Simplen, bis zum Maximalsatze von 12, als erforderlich sind, um der Landkasse einen jährlichen Ertrag von 57,000 Mark zu sichern."

Abg. Neubourg als Berichterstatter empfiehlt Annahme des Ausschußantrages mit dem Bemerken, daß der Ausschuß dem Antrage Gevekot sich nicht anschließen zu können geglaubt habe.

Abg. Gevekot hebt unter Hinweis auf die in der Zwischenzeit stattgehabten vertraulichen Sitzungen und Besprechungen hervor, daß der Ausschußantrag nunmehr zwecklos erscheine und empfiehlt Annahme seines Antrags, welcher weder der zu hebenden Zahl der Simplen noch dem aufzubringenden Betrage der Steuer präjudizire. Redner erklärt sich mit dem Inhalte des Antrags Overbeck einverstanden, hält aber eine Aufnahme ins Gesetz nicht für angemessen.

Abg. Overbeck tritt für den von ihm eingebrachten Antrag ein und hält die Aufnahme ins Gesetz für wichtiger als Fassung eines nebenher laufenden Beschlusses, erklärt sich jedoch eventuell damit einverstanden, den Inhalt seines Antrags als Resolution zu dem gesammten Gesetze zu beschließen, was er eventuell beantrage.

Abg. Gevekot beantragt hierauf, in dem bei der Gesammtabstimmung zur Sprache zu gelangenden Antrage von Kerßenbrock hinter „Modifikationen"

die Worte einzuschalten: „die Hebung der Gebäudesteuer erfolgt bis auf weitere Vereinbarung in so viel Simplen bis zum Maximalsatze von 12, als erforderlich sind, um der Landkasse einen jährlichen Ertrag von 60,000 M. zu sichern."

Abg. Overbeck zieht den von ihm eventuell gestellten Antrag (bis auf die Höhe der Summe) zurück.

Abg. Schemmel spricht sich in erster Linie für den Ausschußantrag aus, höchst eventuell könne er sich mit dem eben eingebrachten Amendement einverstanden erklären, aber die Summe von 60,000 M. sei fest zu halten, um der Regierung, falls man die Gehaltserhöhungen zur That werden lassen wolle, die eben nöthigen Mittel zu gewähren.

Regierungs-Präsident Eschenburg, welcher nochmals die Vorlage zur Annahme empfiehlt, bemerkt, die Regierung werde prüfen müssen, ob nach den Beschlüssen des Landtags auch die Ausgaben Deckung finden, und wolle er, um Mißverständnissen vorzubeugen, erklären, daß sich eintretenden Falls die Regierung die Erhöhung der Steuer auf die in der Vorlage proponirten Beträge in ihrem vollem Umfange vorbehalten müsse.

In der sich hieran schließenden Debatte spricht sich Abg. Grote für Festsetzung eines bestimmten Betrags der Gebäudesteuer aus, zumal die mäßige Grundsteuer eine derartige Sicherung gefunden habe. Abg. Schemmel erklärt, daß er die Festsetzung der Summe von 60,000 M. nur als Mittel, um die nothwendige Simplenzahl zu finden, betrachten könne, und man eventuell auf die volle Zahl von 12 Simplen zurückkommen müsse; Abg. Dr. von Lengerke spricht sich in Ansehung des Wechsels der zu besteuernden Objekte gegen eine Kontingentirung der Gebäudesteuer aus und ebenso gegen Aufnahme des Antrags Overbeck ins Gesetz. Redner erklärt, daß es ihm bei

einem so wichtigen Gesetze hauptsächlich darum zu thun sei, eine angemessene Majorität zu gewinnen, weshalb er, wenn dieses durch Annahme der Ziffer 57,000 statt 60,000 M. erreicht werde, gern auf jene Summe herabgehen werde.

Abg. Gevekot spricht sich in demselben Sinne aus und weist darauf hin, daß bei der Verschiedenheit der Ansichten über den Ertrag der Steuer die Bewilligung von 60,000 M. auf dasselbe hinauskomme, wie bei Annahme höherer Erträge die Minderung von 12 auf 9 Simplen.

Abg. Büxten hält 57000 M. für genügend, um die Ausgaben, soweit sie nöthig, zu bestreiten, und weist darauf hin, daß später durch besondere Vereinbarung die Deckung weiterer Ausgaben beschlossen werden könne. Abg. Grote hebt nochmals das Mißverhältniß hervor, in welchem diese Steuer zu der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer stehe, und hält die Einführung einer so hohen, drückenden und ungerechten Steuer auch deshalb für nicht gerechtfertigt, weil noch andere heranziehbare Steuerkräfte, besonders das Kapital, existiren. Abg. Overbeck giebt als Tendenz seines Vorschlags die an, der Regierung die für nächstes Jahr voraussichtlich nöthigen Mehrausgaben zu gewähren und deren Deckung zu sichern, nur wünsche er nicht, daß durch die Gebäudesteuer mehr gehoben werde, als eben nöthig. Abg. Husemann hebt hervor, daß den Vertretern der Städte, welchen die Verhältnisse in denselben besser bekannt seien, ihre Pflicht ein Bestehen auf möglichste Herabsetzung der Steuer auferlege, was Abg. Schemmel nicht genugsam zu würdigen scheine.

Nach Annahme eines Antrags auf Schluß schreitet die Versammlung zur Abstimmung.

Nach Ablehnung des Ausschußantrags findet der Antrag Gevekot Annahme, während der Antrag Overbeck keine Genehmigung findet.

Zu § 16 beantragt der Ausschuß: statt des 4. Absatzes zu setzen: „Wenn ein Gebäude erweislich während eines Vierteljahrs unbenutzt geblieben ist und keinen Ertrag gewährt hat, so fällt für den betr. Zeitraum die Gebäudesteuer weg."

Nachdem Referent, Abg. Neubourg, diesen durch die Beschlüsse voriger Session motivirten Antrag zur Annahme empfohlen, findet derselbe auch die Genehmigung des Landtags.

Vor der Gesammtabstimmung hebt Abg. Büxten zur Motivirung seines auf Aussetzung gerichteten Antrags hervor: Sein Antrag solle nicht die Annahme des Gebäudesteuer-Gesetzes hintertreiben, vielmehr erscheine er als das einzige Mittel, eine Erledigung der hochwichtigen Domanialfrage zu fördern, weshalb er Annahme seines durchaus zulässigen Antrags empfehle.

Bei namentlicher Abstimmung wird der Antrag Büxten mit sämmtlichen Stimmen gegen die der Abgg. Büxten, Echterling, Grote, Husemann und Schmidt abgelehnt.

Nach Annahme des Amendements Gevekot zum Antrage von Kerßenbrock wird letzterer und somit das ganze Gesetz mit 14 gegen 5 Stimmen genehmigt.

Auf der heutigen Tagesordnung steht ferner die dritte Lesung der Vorlage bezüglich des Gesetzentwurfs wegen definitiver Regelung des Diensteinkommens der Volksschullehrer. Der § 9 wird ohne Debatte in der Fassung der zweiten Lesung genehmigt, womit also das betr. Gesetz erledigt ist.

Die dritte Lesung der Vorlage, die Abänderung des § 35 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 11. Mai 1859 ꝛc. betr., giebt zu Debatten

keinen Anlaß. Das ganze Gesetz wird mit dem vom Ausschusse gestellten, bereits bei zweiter Lesung erwähnten Antrage Nr. 2 angenommen.

Ebenso wird die Vorlage, die Pensionirung der Gendarmen betr., debattelos mit der in zweiter Lesung beschlossenen Abänderung genehmigt, womit diese Vorlage erledigt ist.

Endlich steht auf der Tagesordnung die erste Lesung der Vorlage, den Anschluß an die Uebereinkunft zum Schutz und Hebung der Fischerei betr.

Abg. Döpping empfiehlt Verweisung an einen neuen Ausschuß von drei Mitgliedern, Abg. Gevekot dagegen Ueberweisung an den sog. Verkoppelungs-Ausschuß.

Regierungs-Präsident Eschenburg weist darauf hin, daß es sich nicht um Prüfung einzelner Bestimmungen sondern um Beitritt zu dem abgeschlossen vorliegenden Vertrage handle, und erklärt, daß ein Gesetz, welches auf Grund des Vertrags zu erlassen sein werde, nicht sofort vorgelegt sei, weil ein solches am Besten mit einem so wie so nothwendigen Fischereigesetz verbunden werde.

Abg. Pothmann hält ein Eingehen auf die Uebereinkunft für empfehlenswerth, da die Fischerei sehr im Argen liege.

Auf Veranlassung des Abg. Husemann wird die erste Lesung bis zur Fertigstellung der gedruckten Vorlage ausgesetzt.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf Sonnabend morgens 10 Uhr angesetzt, in welcher mit Berathung der heute eingegangenen Ausschußanträge begonnen werden soll.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 26.

Geschehen Detmold am Landtage den 9. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Landtagsabgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Rath Rohdewald.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom 6 d. M. wird als Eingang eine Vorstellung der Stadt Lemgo, Rektifikation des Rieperberges betr., bekannt gemacht und dem Finanz-Ausschusse überwiesen. Hierauf tritt der Landtag sofort in die heutige Tagesordnung ein.

Zunächst liegt ein Antrag des Finanz-Ausschusses zu den Petitionen wegen Subventionirung der Herforder Ackerbauschule vor, dahin lautend:

1. das Kuratorium der landwirthschaftlichen Schule zu Herford dahin zu bescheiden, daß in Ansehung der schlechten Finanzverhältnisse, wie sie zur Zeit für das hiesige Land bestehen, eine Subventionirung der landwirthschaftlichen Schule in Herford aus Lippischen Staatsmitteln sich nicht ermöglichen läßt;

2. dem landwirthschaftlichen Hauptverein für das Fürstenthum Lippe zu eröffnen, daß aus Mangel an disponiblen Fonds und in Ansehung der augenblicklich schlechten Finanzverhältnisse des Landes eine Subventionirung der landwirthschaftlichen Schule in Herford aus Staatsmitteln nicht rathsam erscheint.

Abg. Husemann als Referent befürwortet diese Anträge und giebt zu bedenken, daß die Finanzverhältnisse eine weitere Belastung der Landkasse als

nicht thunlich erscheinen lassen, zumal die vom Kuratorium verlangte Unterstützung im Verhältniß zu der Schülerzahl nicht unbedeutend sei, und ferner durch Gewährung einer Unterstützung ähnlichen Anstalten gegenüber ein unbequemes Präjudiz geschaffen werde.

Abg. von Kerßenbrock empfiehlt, der Ackerbauschule wenigstens die vom landwirthschaftlichen Hauptvereine in Vorschlag gebrachten 600 M. zu bewilligen, da dem Fürstenthum für den Zuschuß nicht unwesentliche Vorrechte eingeräumt werden sollen und der Nutzen der Schule hinlänglich bekannt sei.

In der sich hieran schließenden Debatte halten die Abgg. Schemmel, Brand und von Lengerke prinzipiell eine Unterstützung der Schule in Anbetracht des für die Landwirthe aus dem Besuche resultirenden Vortheils wol für angemessen und glauben, nur in der Beschränktheit der Mittel ein zeitweises Nichteingehen auf die Petitionen als begründet ansehen zu können, während Abg. Grote sich überhaupt gegen eine Unterstützung einer solchen außer Landes belegenen Anstalt erklärt. Abg. Schemmel bringt zu Antrag 1 das Amendement ein, zu sagen: sich gegenwärtig nicht ermöglichen läßt.

Regierungsrath Rohdewald erklärt sich mit dem Ausschußantrage einverstanden, da die Landesmittel zu beschränkt seien, als daß die Regierung, obwol sie den Nutzen einer derartigen Schule nicht verkenne, eine Unterstützung aus Staatsmitteln für opportun halten könne.

Nach Annahme des Amendements Schemmel finden die beiden Ausschußanträge Genehmigung.

Zu der Proposition, die Errichtung einer Hauptlehrerstelle an der Bürgerschule in Detmold betr., beantragt der Finanz-Ausschuß: den Gehalt des Lehrers für die neu zu errichtende Hauptlehrerstelle an der Bürgerschule zu Detmold auf die Generalschulkasse zu übernehmen.

Abg. Husemann als Berichterstatter empfiehlt Annahme des Antrags, da Gründe der Billigkeit für die Uebernahme des Gehalts auf die Generalschulkasse sprechen, indem Detmold zu den Gehaltszulagen der Lehrer, welche aus den beiden neuen Steuern bestritten werden sollen, bedeutend kontribuire, durchschnittlich auf jeden Lehrer die hohe Zahl von 110 Kindern komme, und die Stadt Detmold in liberaler Weise ihre Anstalten für den Besuch von Kindern, die in andern Theilen des Landes wohnhaft, ohne weitere Beschwer derselben öffne.

Abg. Grote spricht sich ebenfalls für Annahme des Ausschußantrags aus und hebt hervor, wie viel Detmold für Anstalten thue, welche dem ganzen Lande zu Gute kommen, weshalb es nicht mehr als billig erscheine, auf die Vorlage einzugehen.

Abg. von Kerßenbrock anerkennt zwar die für den Ausschußantrag sprechenden Billigkeitsgründe, hält aber den Antrag für nicht gerecht, da nach dem Schulgesetz nur bei einer Schülerzahl von über 120 für jeden Lehrer eine neue Stelle kreirt werden solle, derselbe beantragt, da die Landesmittel so knapp bemessen seien, die Vorlage für jetzt abzulehnen.

Abg. Brand hält es ebenfalls für bedenklich, das gesetzlich sanktionirte Prinzip zu verlassen, zumal man sich auf unbequeme Konsequenzen gefaßt machen könne; die Regierung selbst habe anerkannt, daß höchstens Billigkeitsgründe für die Vorlage sprächen; auf dem platten Lande seien einzelne Lehrer noch mehr belastet als in Detmold, der Staat komme der Stadt Detmold in mancher Beziehung zu Hülfe; er empfehle Ablehnung des Antrags.

Abg. Grote und Abg. Husemann weisen nochmals darauf hin, daß nicht zu übersehende Billigkeitsgründe für die Annahme des Antrags sprechen.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag genehmigt, wodurch der Antrag von Kerßenbrock erledigt ist.

Auf der Tagesordnung steht ferner der Bericht des Ausschusses über den Antrag Büxten wegen Einführung einer Kapitalsteuer. Der Ausschuß beantragt: der Landtag wolle beschließen: Fürstlicher Staatsregierung wird zur Erwägung verstellt, ob und wie sich eine Kapital-Renten-Steuer für alle aus Aktien, aus öffentlichen und privaten Darlehen, aus Leib- und Lebensrenten u. s. w. fließenden Einnahmen einführen läßt.

Der Vorsitzende bemerkt: mit Einvernehmen des Antragstellers habe der Ausschuß sich auf diesen generellen Antrag geeinigt, da die Ausführung der als Ausgleichssteuer gerechtfertigten Kapitalsteuer schwierig sei.

Abg. Büxten erklärt sich vorläufig mit diesem allgemeinen Antrage einverstanden, behält sich aber Einbringung seines Antrags, falls die Regierung auf das Steuerprojekt nicht eingehen sollte, jeder Zeit vor.

Abg. Echterling empfiehlt eine Besteuerung alles nutzbaren Vermögens anstatt der einseitigen Heranziehung des Kapitals, wogegen verschiedene Abgg. ihre Bedenken laut werden lassen.

Bei der Abstimmung findet der Ausschußantrag Annahme.

Es folgt nunmehr die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, die Vermarkung der Bezirksgrenzen und der Grenzen der Eigenthumsstücke bei der Landesvermessung betr.

In der Generaldebatte legt zunächst Referent, Abg. Pothmann, die Stellung des Ausschusses zu der Vorlage und die hauptsächlich in Betracht kommenden Gesichtspunkte der Versammlung dar, weist darauf hin, daß die Kosten der Vermarkung besonders in Betracht kommen und solche nach Mittheilung eines Sachverständigen sich ziemlich hoch belaufen werden, daß der

Ausschuß aber Vermarkung mit geometrischer Hülfe und Vornahme der ersteren vor der Detailvermessung befürworten zu müssen glaube.

Abg. Schemmel äußert, die jedenfalls werthvolle und wünschenswerthe Durchführung der Versteinung mit geometrischer Hülfe werde einen bedeutenden Kostenaufwand erfordern, weshalb man zweifelhaft werden könne, ob dem Vorschlage zuzustimmen sei, wegen Vereinfachung der Geradelegung der Grenzen (mit Ausschluß der gerichtlichen Verlautbarung) werde er einen besonderen Antrag einbringen.

Abg. Sprütten ist der Ansicht, daß die Kosten nicht so hoch sich belaufen werden, wie der Ausschuß annehme, da die Versteinung einzelner Theile des Landes (der Forsten, Rittergüter ꝛc.) bereits mit geometrischer Hülfe vorgenommen sei.

In der Spezialberathung wird § 1 unverändert genehmigt.

Zu § 2 beantragt der Ausschuß: in Absatz 1 Zeile 2 statt der Worte „und Beschaffenheit" zu setzen: „und von dauerhaftem, der Verwitterung nicht ausgesetztem Material."

Nachdem Referent, Abg. Pothmann, die beantragte Abänderung als zur Vereinfachung und Minderung der Kosten dienlich empfohlen und die Errichtung von unbehauenen, aber dauerhaften Steinen als genügend bezeichnet hat, findet § 2 mit dem Ausschußantrage Genehmigung.

Für § 3 empfiehlt der Ausschuß zu Absatz 1 zu setzen: „In den Städten haben die Magistrate, auf dem Lande die Gemeindevorstände ꝛc.", die Worte „in den Aemtern nach Bauerschaften getrennt" demgemäß zu streichen und am Schlusse nachstehenden Satz hinzuzufügen: „die Gemeindevorsteher haben die Verzeichnisse dem Amte einzureichen"; als neuer Absatz 4 soll die Bestimmung hinzugesetzt werden: „die Verzeichnisse sind in zwei Exemplaren

einzureichen, von denen das eine dem Geometer, das andere der nach § 4 zu bestellenden Kommission mitzutheilen ist".

Referent theilt mit, daß nach Ansicht des Ausschusses die Gemeindevorstände bessere Lokalkenntnisse besitzen als die Bezirksverwaltungsbehörden, und hält die Bestimmung des neuen Absatzes 4 für zweckdienlich.

Die Ausschußanträge und § 3 mit denselben werden genehmigt.

Zu § 4 liegt abgesehen von einer redaktionellen Verbesserung der Antrag des Ausschusses vor: Zeile 1 und 2 so zu fassen: „In den Städten ist von den Magistraten, auf dem Lande von den Gemeindeversammlungen ꝛc.", und in Zeile 6 hinter „bestellen" einzuschalten: „welche auf die getreue Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch die Verwaltungsbehörden handgeblich an Eidesstatt zu verpflichten sind."

Referent bemerkt, daß letzterer Antrag mit der Absicht des Ausschusses, der Vermarkung öffentlichen Glauben beizulegen, zusammenhänge.

Auf Veranlassung des Abg. Grote beantragt der Gleichmäßigkeit halber Abg. Echterling, hinter „Magistraten" einzuschalten: „und Stadtverordneten". Abg. Grote bemerkt, er wünsche Aufstellung eines einheitlichen Prinzips wegen der Befugnisse der Gemeindevertretungen in Stadt und Land, wogegen Abg. Neubourg auf den Unterschied zwischen dem aus einer Person bestehenden Amtsvorstande und dem kollegialisch zusammengesetzten Magistrate, welcher für seinen Bezirk hinreichende Lokalkenntniß haben werde, hinweist. Abg. Gevekot glaubt, daß durch Annahme des Amendements der Apparat zur Ausführung des Gesetzes nur erschwert werde.

Bei der Abstimmung findet das Amendement Echterling und hiernächst die Ausschußanträge, sowie § 4 mit denselben Annahme.

Zu § 5 Zeile 3 beantragt der Ausschuß: zu sagen: „in Gegenwart der

Kommission und der Grundeigenthümer klar zu stellen und die noch zu vermarkenden Punkte ꝛc., was von der Versammlung genehmigt wird. Der so amendirte § 5 findet ohne Debatte Annahme.

Abg. Schemmel beantragt, hinter § 5 als 5a folgende Bestimmung folgen zu lassen: „Kleinere Austauschungen in Grund und Boden, welche bei Gelegenheit der Vermarkung zwischen zwei Grenznachbaren zum Zweck der Geradelegung von Grenzen stattfinden, erlangen durch gegenseitige Erklärung vor dem mit der Vermarkung beauftragten Geometer und der zugezogenen Kommission ohne gerichtliche Verlautbarung Rechtsgültigkeit. Einer Zustimmung dritter Personen aus irgend welchem Rechtsgrunde bedarf es hierzu nicht, wenn Geometer und Kommission nach pflichtmäßigem Ermessen der Ueberzeugung sind, daß eine Schädigung des beiderseitigen Besitzstandes nicht stattfinde."

Abg. Obermeier erklärt, daß er einen ähnlichen Antrag in allgemeinerer Fassung am Schlusse des Gesetzes einbringen werde.

Abg. Pothmann weist darauf hin, daß der Antrag Schemmel gegen das Gesetz vom 23. März 1864 verstoße, in welches einzugreifen hier nicht statthaft sei, und daß jedenfalls die Zustimmung der ingroſſirten Gläubiger und Realberechtigter eingeholt werden müsse.

Abg. Gevekot erklärt sich mit der im Antrag Schemmel liegenden Tendenz einverstanden, aber nicht mit der Fassung, und schlägt dem Antragsteller Weglassung des Absatzes 2 vor. Abg. Sprütten spricht sich auch für den Inhalt des ersten Absatzes und gegen den des letzten aus und hält es ferner für angezeigt, eine solche generelle Bestimmung am Schlusse des Gesetzes aufzunehmen.

Abg. Schemmel ist mit Streichung des zweiten Absatzes und ebenso mit Berathung seines Antrags am Schlusse des Gesetzes einverstanden.

Der Ausschuß beantragt neben einigen Redaktionsverbesserungen zu § 6: im Absatz 1 den ersten Satz so zu fassen: „Die Betheiligten sind zu den Terminen, in den Städten durch Vermittelung der Magistrate, in den Aemtern durch Vermittelung der Gemeindevorstände persönlich vorzuladen", in Zeile 6 statt „geeignete" „legitimirte Vertreter" zu setzen, in Absatz 2 zwischen „Termine" und „vorzuladen" einzuschalten „persönlich", und am Ende des Absatzes 2 aufzunehmen: „die Kosten des zweiten Termins, einschließlich der Vorladungen dazu, tragen die Säumigen."

Auf Befürworten des Referenten finden sämmtliche Anträge und § 6 mit denselben Annahme.

Der Ausschuß beantragt, als § 7 folgende Bestimmung einzuschalten: „die nach Maßgabe der §§ 5 und 6 ausgeführte Vermarkung hat öffentlichen Glauben". Referent, Abg. Pothmann empfiehlt den Antrag, weil durch diese Anordnung etwaigen Streitigkeiten vorgebeugt werde, und erhebt der Landtag den Antrag zum Beschlusse.

§ 7 (jetzt § 8) findet mit einigen redaktionellen Veränderungen ohne Debatte Annahme.

Für § 8 (jetzt § 9) proponirt der Ausschuß folgende Fassung: „Die Kosten der Vermarkung sind für jeden Bezirk zur Liquidation zu bringen und innerhalb desselben auf die einzelnen Grundeigenthümer nach der Grundsteuer zu vertheilen. Die säumigen Grundbesitzer tragen jedoch vorab die durch ihre Säumigkeit veranlaßten, im § 6 näher bezeichneten Kosten. Die Einziehung der sämmtlichen Kosten geschieht in den Amtsbezirken von den Gemeindevorständen, erforderlichen Falls im Wege administrativer Exekution".

Der Antrag wird, nachdem er vom Referenten befürwortet, ohne Debatte angenommen.

Als neuen § 10 schlägt der Ausschuß folgenden vor: „Die Gebühren der Geometer sind nach Tagen zu liquidiren und von dem Preußischen Kommissar festzusetzen. — Die Gebüren der Kommissionen betragen täglich für jedes Mitglied bis zu drei Mark, während die der Gemeindevorsteher und deren Auslagen zu liquidiren und auf Erfordern von den Bezirksverwaltungsbehörden festzusetzen sind."

Auch dieser Antrag findet, nachdem der Berichterstatter das Angemessene desselben hervorgehoben, ohne Debatte Annahme.

§ 9 (jetzt § 11) wird unverändert genehmigt.

Nunmehr sollen der oben angeführte Antrag Schemmel und der Antrag Obermeier zur Berathung kommen. Letzterer lautet: dem Gesetze folgenden § hinzuzufügen: „Zur Geradelegung von Grenzen mit gegenseitiger Ausgleichung in Grund und Boden bedarf es der gerichtlichen Anzeige nach dem Gesetze vom 23. März 1864 nicht".

Abg. Gevekot beantragt, die Sitzung zu vertagen, um in zweiter Lesung einen gut formulirten § zu erhalten, wozu eingehendere Prüfung der Anträge nothwendig sei. Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Die nächste Sitzung wird auf Dienstag nachmittags 5 Uhr anberaumt. Außer den heute unerledigt gebliebenen Gegenständen soll die ausgesetzte erste Lesung der Vorlage, Beitritt zu dem Uebereinkommen zum Schutze und zur Hebung der Fischerei betr., vorgenommen werden.

Nachträglich werden noch so eben eingegangene Anträge des Brandkasse-Ausschusses zu der überwiesenen Vorlage und der Petition Merckel verlesen, und soll eventuell deren Berathung ebenfalls am Dienstage stattfinden.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 27.

Geschehen Detmold am Landtage den 12. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete ohne den Abg. Asemissen, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom 9. d. M. macht der Vorsitzende als Eingänge bekannt:

1. Petition der Witwe Kantors Wagener zu Horn wegen Bewilligung einer Pension, welche an den Finanz-Ausschuß geht.

2. Petition der Dorfschaft Holzhausen, Amts Horn, wegen Herstellung eines Wahllokals im Dorfe Holzhausen, welche dem Petitions-Ausschuß zugewiesen wird.

Sodann tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand die Fortsetzung der zweiten Lesung des Versteinungsgesetzes bildet.

Abg. Gevekot bringt einen Antrag ein, welcher auf thunlichste Erleichterung der Geradelegung von Grenzen hinausgeht und nicht die gegen den Antrag Obermeier sprechenden juristischen Bedenken hat. Die Abgg. Obermeier und Schemmel ziehen ihre Anträge zurück.

Auf Veranlassung des Regierungs-Präsidenten Eschenburg, welcher zum Zweck der Geradlegung von Grenzen Aufnahme einer ähnlichen Bestimmung, wie sie im Verkoppelungsgesetz enthalten, empfiehlt, schlägt nach längerer Debatte Abg. Dr. von Lengerke vor: dem ersten Absatze des Antrags Schemmel hinzuzufügen: „sofern von dem Geometer und der Kommission die Gleich-

werthigkeit der ausgetauschten Parzellen bescheinigt wird. Der Zustimmung der ingrossirten Gläubiger und Realberechtigten bedarf es in diesem Falle nicht."

Abg. Schemmel nimmt seinen Antrag mit diesem Zusatze wieder auf und findet derselbe auch, nachdem Abg. Gevekot seinen Antrag zurückgezogen, vorbehältlich einer Redaktionsverbesserung in dritter Lesung die Genehmigung der Versammlung.

Hiermit ist die zweite Lesung der Vorlage beendet.

Es folgt nunmehr die zweite Lesung der Proposition, das Auftreten des Kolorado-Käfers betr.

Zur Generalbesprechung ergreift zunächst Referent, Abg. Pothmann, das Wort dahin: der Ausschuß hoffe, daß bei einem vermehrten Auftreten des Kolorado-Käfers das Reich sich der Angelegenheit annehmen, da die Kosten der zu ergreifenden Maßregeln und die Tragweite derselben sehr bedeutend seien. In der Voraussetzung, daß bald billigere Vernichtungs- und Schutzmaßregeln mit dem größern Bekanntwerden der Natur und Verbreitungsart des Thiers bekannt werden, habe der Ausschuß die speziellen Bestimmungen des § 3 gestrichen und der Regierung die Instruktion eines Sachverständigen überlassen, ferner empfehle es sich, das Auftreten des Käfers erst durch Sachverständige konstatiren zu lassen, da leicht Irrthum möglich. Gegen Zuerkennung einer Entschädigung der Grundbesitzer aus der Landkasse müsse er für seine Person sich entschieden aussprechen, er empfehle vielmehr die Vorlage, da eventuell auch einer gegenseitigen Versicherung der Landwirthe durch Gewährung einer Entschädigung entgegengearbeitet werde.

Abg. Schemmel glaubt, daß die Regierung durch die entsprechende Bestimmung im § 6 motivirt sei, die Angelegenheit durch Gesetz und nicht durch

Verordnung zu regeln, weil sie die Verantwortlichkeit für eine so harte Maßregel nicht übernehmen wolle, und spricht sich für Gewährung einer mäßigen Entschädigung aus.

Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt, die Regierung sei gegen eine Entschädigung, weil dadurch eventuell eine zu große Belastung der Staatskasse herbeigeführt und einer Vereinigung der Grundeigenthümer zu gegenseitiger Unterstützung entgegengearbeitet werde; der beste Schutz gegen den Käfer sei große Aufmerksamkeit des Landwirths. Die Entschädigung könne gar zu leicht die Mittel des Landes übersteigen, und ein kleines Land könne nicht dieselbe Last wie ein großes Land, in welchem sich jene mehr vertheilt, tragen; eine Neigung zum Erlasse eines Reichsgesetzes sei nach seinen Erfahrungen nicht vorhanden. Es frage sich, ob nicht vielleicht eine Zwangsversicherung der Grundbesitzer einzuführen sei. Wenn aber aus der Landkasse Entschädigung gewährt werden solle, dürfen zur Aufbringung dieser Last nicht sämmtliche Einwohner herangezogen werden.

Abg. Schemmel entgegnet: nach seiner Ueberzeugung sei der Antrag des Ausschusses gerecht, denn es sei hart und unerhört, derartigen Maßregeln gegenüber, wie sie die Vorlage enthalte, keine Entschädigung zu gewähren; die verlangte mäßige Entschädigung solle nur etwa den Grundbesitzern die aufgewandten Kosten ersetzen.

Abg. Pothmann spricht sich nochmals gegen Gewährung einer Entschädigung aus und weist darauf hin, daß ähnliche Gesetze einen Eingriff in die privatrechtliche Sphäre ohne Zusicherung einer Entschädigung sanktioniren.

In längerer Debatte versicht Abg. Schemmel den Ausschußantrag gegen die entgegengesetzte Ansicht der Abgg. Pothmann, Grote, Döpping und Husemann, welche letztere zwar nicht die in der Vorlage allerdings enthaltene

Härte übersehen, jedoch die Aufbringung der Entschädigung durch den Staat für unthunlich halten. Abg. Overbeck ist der Ansicht, daß, wenn eine Entschädigung gewährt werden solle, diese nach Analogie der Beitragspflicht zur Brandkasse nur durch die Grundbesitzer aufzubringen sei. Abg. von Kerßenbrock spricht sich gegen das ganze Gesetz aus, eventuell aber für den Ausschußantrag, da der Staat ebenso gut die Grundbesitzer entschädigen wie die Desinfektionsmittel anschaffen könne. Abg. Büxten ist für Gewähr einer mäßigen Entschädigung in der Zeit des ersten Auftretens des Käfers, hält aber bei etwaiger Verbreitung des Thiers Aufbringung einer solchen durch den Staat für unmöglich und eher die Verwerfung des ganzen Gesetzes für angezeigt.

Der Vorsitzende äußert sich dahin, daß Materien wie die vorliegende nur für die Gesetzgebung des Reichs angebracht seien, daß das Gesetz nur das Auftreten des Käfers unterdrücken solle und wenn jener sich einmal verbreitet habe, so wie so außer Kraft zu setzen sei, und an Stelle des Gesetzes die Regierung durch polizeiliche Verordnungen Fürsorge treffen möge.

In der Spezialberathung beantragt der Ausschuß, dem § 1 folgende Fassung zu geben: „Jeder, welcher davon Kenntniß erhält, daß der Kolorado-Käfer und seine Brut auf Grundstücken des hiesigen Landes aufgetreten sein soll, ist verpflichtet der betr. Bezirkspolizeibehörde — Amt oder Magistrat — sofort Anzeige zu machen und die in seinen Besitz gelangten Käfer, Eier, Larven oder Puppen abzuliefern."

Referent Pothmann berichtet, daß die Regierung nachträglich proponirt habe: statt „beseitigen" zu setzen „sofort an Ort und Stelle zu vernichten", daß aber der Ausschuß Abweisung dieses Vorschlags beantrage, da die Fest-

stellung des wirklichen Vorhandenseins des Käfers durch Laien nicht ganz leicht sein solle.

Regierungs-Präsident Eschenburg hält den Ausschußantrag wol für zweckmäßig, um nicht grundlosen Befürchtungen Spielraum zu geben, bemerkt aber, daß nur bei den Larven, nicht bei den Käfern ein Irrthum möglich sei, und sobald das Vorhandensein konstatirt, die sofortige Tödtung an Ort und Stelle erfolgen müsse, um einer Verschleppung vorzubeugen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zu sagen „aufgetreten ist", um nicht auf ein bloßes Gerücht hin bei bestehender Anzeigepflicht die Behörden zu belästigen.

Nach Annahme dieses Amendements wird der Ausschußantrag genehmigt.

Zu § 2 liegt der Ausschußantrag vor: dem Absatz 2 folgende Fassung zu geben: „Gleichzeitig ist von den Bezirkspolizeibehörden der Regierung Anzeige zu machen, damit diese durch einen Sachverständigen das Vorhandensein des Kolorado-Käfers feststellen läßt", den Absatz 1 demgemäß redaktionell zu ändern und ferner statt „völlig" zu sagen „in geeigneter Weise."

Nachdem Abg. Pothmann diese Abänderungen befürwortet, werden dieselben zum Beschlusse erhoben.

Für § 3 proponirt der Ausschuß folgende Fassung: „Ist dieses festgestellt, so hat der betr. Sachverständige die zur Vertilgung desselben und seiner Brut auf den infizirten Grundstücken erforderlichen Maßregeln nach Maßgabe der ihm von der Regierung zu ertheilenden Instruktion anzuordnen, deren Ausführung den Bezirkspolizeibehörden obliegt.

Abg. Pothmann bemerkt, es empfehle sich, den Sachverständigen die Auswahl der anzuwendenden Mittel zu überlassen, da vielleicht bald andere und billigere Mittel, als in der Vorlage angegeben, ausfindig gemacht werden.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag genehmigt.

Zu § 4 stellt der Ausschuß einen mit Annahme des abgeänderten § 3 zusammenhängenden Antrag, Abg. Sprütten beantragt Streichung des §, da die in diesem berührte Frage ebenfalls der Beurtheilung der Sachverständigen unterstellt werden könne. Der Antrag auf Streichung findet Annahme.

Der Ausschuß beantragt zu § 5: Zeile 1 zu setzen: „Die Besitzer sämmtlicher Kartoffelfelder in der Nähe des Grundstücks" 2c. und in Zeile 2 die Worte „oder in dieser Beziehung gegründeter Verdacht vorhanden" zu streichen.

Auf Veranlassung des Regierungs-Präsidenten Eschenburg beantragt Abg. Pothmann zur größeren Präzisirung, den Eingang des § so zu fassen: „Wo das Vorkommen des Kolorado-Käfers festgestellt ist, sind innerhalb eines von der Regierung zu bestimmenden Umkreises die Besitzer sämmtlicher Kartoffelfelder verpflichtet 2c."

Der so amendirte Ausschußantrag und § 5 mit demselben wird genehmigt.

Für den Absatz 2 des § 6 proponirt der Ausschuß folgende Bestimmung: „Aus derselben ist auch den Eigenthümern der desinfizirten Grundstücke eine Entschädigung hinsichtlich der Bestellung und Aussat zu gewähren. Diese Entschädigung wird auf 40 Mark für die Scheffelsat der Flächen, deren Frucht auf Anordnung des Staats vernichtet ist, festgestellt."

Abg. von Kerßenbrock tritt für diesen Antrag ein, während die Abgg. Pothmann, Husemann und Echterling sich gegen denselben aussprechen.

Abg. Dr. von Lengerke ist gegen das ganze Gesetz, weil beim wirklichen Auftreten des Käfers dessen Bestimmungen doch unausführbar seien, und es

besser sei, für den einzelnen Fall nach allgemeinen Grundsätzen durch die Polizeibehörden Remedur eintreten zu lassen.

Regierungs-Präsident Eschenburg hält es für angemessen, die Dauer des Gesetzes zu beschränken, da vielleicht die Wissenschaft über die Natur des Käfers und die Vernichtungsmaßregeln gegen denselben weitere Fortschritte mache.

Bei der Abstimmung findet der Ausschußantrag Annahme.

Zu § 7 beantragt der Ausschuß: in Zeile 2 zu setzen: „bis 300 Mark oder entsprechender Haft zu bestrafen", und den nachträglich vom Fürstlichen Cabinets-Ministerium proponirten Zusatz folgenden Inhalts anzunehmen:

„Die angedrohte Strafe trifft auch denjenigen, welcher es unterlassen hat, Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Zuwiderhandlung gegen obige Vorschriften abzuhalten."

Berichterstatter, Abg. Pothmann, bemerkt, der Ausschuß halte die Erhöhung der angedrohten Strafe für besonders gravirende Uebertretungen des Gesetzes für angemessen. Auf Veranlassung des Regierungs-Präsidenten Eschenburg wird ein Zusatz zu Zeile 3 vorgeschlagen, wonach die letztere lautet: „Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes und gegen die in Gemäßheit dieses Gesetzes von Fürstlicher Regierung getroffenen Anordnungen ꝛc." Bei der Abstimmung wird die Abänderung des § 6 in vorgedachter Art beschlossen.

Abg. Pothmann beantragt nunmehr, als § 8 aufzunehmen: „Das Gesetz tritt am 1. Januar 1879 außer Kraft", während Abg. Neubourg folgende Fassung beantragt: „Dieses Gesetz hat vorläufig nur für ein Jahr Gültigkeit."

Regierungs-Präsident Eschenburg empfiehlt, eine derartige Bestimmung im Eingange des Gesetzes aufzunehmen. Abg. Pothmann, welcher ebenso wie Abg. Neubourg seinen Antrag zurückzieht, nimmt diesen Vorschlag als Antrag auf.

Dieser Antrag: im Eingange zu sagen: „Wir ꝛc. erlassen für die Dauer des laufenden Jahres ꝛc." findet Annahme.

Hierauf ist die zweite Lesung dieser Vorlage beendet.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Sitzung bis Donnerstag nachmittags 5 Uhr vertagt.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 28.

Geschehen Detmold am Landtage den 14. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete ohne den Abg. Asemissen, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung werden vom Vorsitzenden folgende Eingänge bekannt gemacht:

1. Petition der Stadt Lemgo, den Sitz des Landgerichts betr., welche vorerst zurückgelegt wird.

2. Petition des Amtsgemeinderaths Brake, die Rektifikation der Chaussee von Lemgo nach Barntrup betr., welche mit der denselben Gegenstand betreffenden Petition der Stadt Lemgo zu erledigen sein wird.

3. Der Bericht des Domanial-Ausschusses.

4. Anträge des Finanz-Ausschusses zu der Vorlage, die Gehalte der Staatsbeamten betr., und zu verschiedenen diesem Ausschusse überwiesenen Petitionen.

Hiernächst tritt der Landtag in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand die Berathung des proponirten Anschlusses an die Uebereinkunft zum Schutze und zur Hebung der Fischerei bildet. Der Landtag erklärt eine einmalige Lesung für diesen Gegenstand für genügend.

Nachdem von dem Regierungs-Kommissar und einzelnen Abgeordneten die zu einigen §§ gestellten Anfragen beantwortet worden, wird dem Anschlusse an die Uebereinkunft seitens des Landtags die Genehmigung ertheilt.

Weiter steht auf der Tagesordnung der Antrag des Ausschusses zu der proponirten authentischen Interpretation des § 3 des Gesetzes, die Brandversicherungsanstalt für das Fürstenthum Lippe betr.

Der Ausschuß beantragt: der Landtag wolle beschließen: In Erwägung, daß die Zirkularverfügung Fürstlicher Regierung vom 26. Juni 1877 eine Veränderung des § 3 b des Gesetzes vom 26. April 1877 in sich schließt, daß dieser § aber eine genaue Bezeichnung der in der Landes-Brandkasse nicht zu versichernden Baulichkeiten bezw. Risikos giebt und eine authentische Interpretation des gedachten § nicht nothwendig erscheint, kann sich der Landtag nicht mit einer solchen einverstanden erklären und ersucht Fürstliche Staatsregierung, den § 3 ohne eine solche zur Ausführung zu bringen."

Abg. Neubourg in Gemeinschaft mit den Abgg. Schemmel und Brand beantragt: der Landtag wolle beschließen: „1. der von der Staatsregierung beantragten authentischen Interpretation des § 3 b des Gesetzes über die Brandversicherungsanstalt vom 26. April 1877 die Zustimmung zu ertheilen; 2. die Staatsregierung zu ermächtigen, in Abänderung des § 3 b dieses Gesetzes Ziegeleien und Mahlmühlen, welche nicht mit Dampfkraft betrieben werden, aus demselben in Wegfall zu bringen."

Berichterstatter, Abg. Husemann, motivirt den Ausschußantrag: In der Zirkularverfügung der Regierung liege eine Aenderung des Gesetzes; bei dem bestimmten Wortlaute des § 3 b bedürfe es keiner authentischen Interpretation, eine Härte für die Eigenthümer von Ziegeleien, Druckereien ꝛc. vermöge er nicht zu entdecken, da § 4 ihnen Eintritt in die Brandkasse gestatte, und solche Gebäude, falls sie nicht gerade feuergefährlich, bei andern Gesellschaften billiger als in der Brandkasse zu versichern seien. Eine Aenderung des jungen Gesetzes sei noch nicht am Platze, sondern erst nach Jahren, wenn man Erfahrungen gesammelt. Er empfehle den Ausschußantrag.

Abg. Neubourg: die Unterzeichner seines Antrags haben sich nicht überzeugen können, daß eine authentische Interpretation nicht erforderlich erscheine, eine andere Frage sei die, ob selbe in dem beantragten Umfange nöthig. Einzelne Gewerbebetriebe, z. B. die Bereitung von Taback und Zigarren durch die sog. Hausindustrie, verlangen gar kein besonderes Gebäude; die Härte des Ausschlusses solcher Gebäude, in denen dieser Industriezweig getrieben werde, treffe also oft die unschuldigen Hausbesitzer. Man müsse einen Unterschied machen zwischen der Hausindustrie und großen Fabriken. Ferner liege keine Veranlassung vor, Bleichereien, die eben auch nicht feuergefährlich, ohne Weiteres auszuschließen, was nach dem Wortlaut des Gesetzes geschehen

müsse. In der Zirkularverfügung seien wegen der andern Anstalten die nöthigen Kriterien, unter denen sie in der Brandkasse belassen werden könnten, gegeben. Durch den Ausschluß von der Brandkasse sei weder den Landesbewohnern noch der Brandkasse selbst gedient, der Hinweis auf § 4 sichere die Leute nicht immer. Obwol er noch lieber ein entschiedenes Durchgreifen in den § 3 b sehe, wolle er zunächst nur die allein in größerer Anzahl im Lande vorkommenden Mahlmühlen ohne Dampfkraft und Ziegeleien ausnehmen, die meistens wegen ihrer isolirten Lage kein großes Risiko bieten. Es sei Wunsch der Landesbewohner, in der bewährten und liebgewonnenen Anstalt zu verbleiben, und ferner werde sonst der Landkasse eine bedeutende jährliche Einnahme entzogen, weshalb er Annahme seines Antrages empfehle.

Abg. von Kerßenbrock ist für den Ausschußantrag, weil beim Zustandekommen des § 3 b, welchen die Regierung selbst proponirt, sich ergeben habe, daß die darin aufgeführten Etablissements in Tarifen der auswärtigen Versicherungsgesellschaften höher herangezogen werden, weil zum allergrößten Theile solche Risikos in den Städten belegen seien, auswärtige Gesellschaften billiger als die Brandkasse versichern können, weshalb die Betroffenen nicht geschädigt werden, und er die in der Verfügung genannten Objekte sämmtlich für mehr oder minder feuergefährlich halte.

Abg. Grote weist darauf hin, daß bei Berathung des Gesetzes der verstorbene Abg. Hausmann sich gegen die im § 3 beantragten Ausschließungen erklärt habe, weil die meisten der aufgeführten Etablissements nicht feuergefährlich seien, und man die Beiträge nicht außer Landes gehen lassen dürfe, er billige diese Auffassung und halte es für das Beste, den ganzen § 3 zu ändern und die Regierung zu ermächtigen, einzelne besonders feuergefährliche Anstalten auszuschließen.

Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt: die Regierung wolle keine Abänderung des Gesetzes, weshalb er sich auch gegen den zweiten Theil des Antrags Neubourg aussprechen müsse; es handle sich nur um die Frage, wie das Gesetz auszulegen sei. Da die von der Regierung in der Zirkularverfügung geäußerte Auffassung von Einzelnen im Lande nicht getheilt sei, habe die Regierung, um Unzufriedenheiten zu vermeiden und die Ausführung des Gesetzes zu befördern, auch um das Zutrauen zu dem Landesinstitute zu heben, es für das Beste gehalten, den Landtag dieserhalb anzugehen. Die Brandkasse habe ein Interesse daran, die Gebäude nicht ausgeschlossen zu sehen, die nach dem Sinne des Gesetzes in der Anstalt zu verbeiben haben; auch für die Besitzer sei der Ausschluß nicht angenehm und keineswegs immer erwünscht. In § 3 b seien nun ausgenommen „Fabriken", eine Bezeichnung, deren Definition sehr schwierig sei, die Regierung müsse sich aber zu einer Auslegung des Begriffs entschließen.

Bei andern Anstalten, wie Tischlereien ꝛc., wobei das gewöhnliche Gewerbe den Charakter einer Fabrik annimmt, sei das entscheidende Moment das der Feuergefährlichkeit der Vorrichtungen. Nach dem Sinne des Gesetzes sollen Fabriken und größere Gewerbebetriebe nur und insoweit ausgeschlossen werden, als bei ihnen größere Feuersgefahr anzunehmen ist. Die Regierung sei hiernach konsequent bei Ausführung des Gesetzes vorgegangen.

Abg. Schemmel hält eine authentische Interpretation des § 3 für angemessen und wünschenswerth, da derselbe wohl nicht strikt ausgeführt werden könne, ohne mehr Anstalten von der Brandkasse auszuschließen als lieb sei, und ferner dürfe man die Lebensfähigkeit des Instituts durch Entziehung von Beiträgen nicht gefährden; es seien nur die großen feuergefährlichen Risikos auszuschließen. Abg. Brand spricht sich in demselben Sinne aus, billigt die

Absicht der Regierung bei Erlaß der fragl. Verfügung, obwol er sein formelles Bedenken nicht unterdrücken könne, und empfiehlt den Antrag Neubourg in seinem ersten Theile.

Abg. Dr. von Lengerke ist gegen Abänderung eines Gesetzes, welches noch nicht einmal ins Leben getreten sei, betrachtet die Zirkularverfügung als eine das Gesetz abändernde Verfügung, weist in Betreff der Frage, ob eins der im § 3 aufgeführten Gebäude als wirkliche Fabrik zu betrachten sei, auf den § 56 des Gesetzes hin, welcher die Entscheidung der Regierung anheim gebe, und hält, da § 3b in Betreff der übrigen Anstalten (Färbereien, Druckereien ꝛc.) klare Begriffe enthalte, eine authentische Interpretation für überflüssig.

Abg. Gevekot spricht zu Gunsten des ersten Theils des Antrags Neubourg, weil § 3 nach buchstäblicher Ausführung eine Härte für die Betroffenen herbeiführe und der Erlaß der Regierung ein Versuch sei, die Härten des Gesetzes zu mildern, wobei die Regierung nach § 56 auf gesetzlichem Boden sich bewegt habe, weil ferner der nunmehrige Vorschlag, § 3b authentisch zu interpretiren, dazu diene, der Verfügung die Einseitigkeit zu nehmen und das Verfahren der Regierung der Bevölkerung gegenüber als gerechtfertigt hinzustellen.

Abg. Echterling, welcher sich auch im Allgemeinen gegen die Landesbrandassekuranz wegen ihrer geringen Kautelen ausspricht, befürwortet den Ausschußantrag, da die in der Zirkularverfügung aufgeführten Gebäude mehr oder minder feuergefährlich seien.

Abg. Büxten hält gleichfalls das ganze Gesetz wegen der vielen Ausnahmen für ein verfehltes, erklärt sich mit einer etwaigen Abänderung des Gesetzes, welche baldigst zu proponiren er Fürstliche Regierung ersuche, ein-

verstanden, aber nicht mit der authentischen Interpretation, weil diese den Charakter des Gesetzes ändern.

Abg. Overbeck hält die in der Zirkularverfügung ausgesprochene Ausführungsbestimmung für dem Geiste des Gesetzes entsprechend, wonach nur die feuergefährlichen Risikos ausgeschlossen sein sollen, bemerkt, daß die Regierung nur dem Begriffe des großen Betriebs den des Feuergefährlichen substituire, und empfiehlt den ersten Theil des Antrags Neubourg.

Abg. von Kerßenbrock meint, daß die authentische Interpretation eine Abänderung des Gesetzes involvire, insofern nunmehr z. B. keine Färberei oder Destillation ausgeschlossen sein werde, was dem § 3 widerspreche, und daß die Regierung durch die fragl. Verfügung die ihr im § 56 eingeräumten Befugnisse überschritten habe.

Abg. Dr. von Lengerke hält es für angemessen, in dem Ausschußantrage auf den § 56 und die darnach der Regierung zustehenden Befugnisse hinzuweisen.

Regierungs-Präsident Eschenburg setzt auseinander, daß durch die Vorlage keine Abänderung des Gesetzes ins Leben gerufen werde, da der Gesetzgeber sich in § 3b nicht präzis ausgedrückt habe, was man nunmehr durch eine authentische Interpretation haben wolle, und nicht das gewollte Prinzip des Gesetzes, sondern höchstens der Wortlaut geändert werde.

Der Vorsitzende, Dr. von Lengerke, äußert sich dahin: eine authentische Interpretation sei nur da am Platze, wo der Wortlaut des Gesetzes unverändert bleibe und nur eine Unklarheit gehoben werden solle, hier liege also eine Abänderung vor, mit der er wol einverstanden sei, aber dann möge man das Ding auch beim rechten Namen nennen.

Abg. Overbeck wiederholt nochmals, daß nach seiner Auffassung die authentische Interpretation dem Geiste des Gesetzes entspreche, und bemerkt dem Vorredner, daß in einem ähnlichen Falle der Wortlaut der Gütergemeinschaftsordnung durch eine authentische Interpretation verändert sei, um dem Geiste des Gesetzes Geltung zu verschaffen.

In einer längeren Debatte, an welcher sich die Abgg. Husemann, von Kerßenbrock, von Lengerke, Grote, Gevekot, Büxten und der Regierungs-Kommissarius betheiligen, werden die beiden Anträge diskutirt. Der Vorsitzende hält es für angemessen, den Ausschußantrag präziser zu formuliren. Abg. Gevekot wünscht, daß der Wortlaut der authentischen Interpretation dem Landtage vorgelegt werde, was Regierungs-Präsident Eschenburg zusagt. Abg. Neubourg zieht die Nr. 2 seines Antrags zurück.

Der Antrag auf Aussetzung der Beschlußfassung bis zum Eingange des Wortlauts der authentischen Interpretation findet Annahme.

Zu einer vom Rittergutsbesitzer Merckel in Braunenbruch eingereichten Petition, den § 3 des Brandversicherungsgesetzes vom 26. April 1877 betr., beantragt der Ausschuß: über die Vorstellung zur Tagesordnung überzugehen, da die dem Petenten von Seiten Fürstlicher Regierung unterm 28. August 1877 gemachte Eröffnung wegen der von ihm zu versichernden Baulichkeiten durchaus dem Gesetze vom 26. April 1877 entspricht.

Nach Vorlesung der Petition und einer Motivirung des Ausschußantrages, welcher auf einem Berichte des Regierungs-Baraths Overbeck basire, von Seiten des Referenten, Abg. Husemann, wird derselbe genehmigt.

Hiermit wird die heutige Sitzung geschlossen.

Auf der Tagesordnung der nächsten, auf morgen früh 10 Uhr anberaumten Sitzung werden die heute eingegangenen Anträge des Finanz-

Ausschusses und die dritte Lesung der Vorlage, das Auftreten des Kolorado-Käfers betr., gestellt.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 29.

Geschehen Detmold am Landtage den 15. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als Vertreter Fürstlicher Regierung Regierungs-Präsident Eschenburg.

Der Vorsitzende eröffnet die heutige Sitzung mit der Mittheilung folgender Eingänge:

1. Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, den Ankauf eines Gebäudes für die Geschäftslokale der Landkasse betr., welches auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden soll.

2. Ein für dringlich erklärter Antrag verschiedener Abgeordneter zu dem Vermarkungsgesetze.

Der Landtag erklärt den Antrag für dringlich und wird die sofortige Berathung vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen. Der Antrag lautet: der Landtag wolle beschließen: „Fürstliches Cabinets-Ministerium wird

ersucht, behufs genauer Aufklärung über die bei der Grenzvermarkung zu befolgenden Grundsätze und Maßregeln veranlassen zu wollen, daß vor der in Aussicht genommenen Vertagung des Landtags eine eingehende Besprechung über den Gegenstand mit dem Steuerrath Kossak stattfinden könne."

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß bei einer Besprechung des Gesetzes in freier Vereinigung sich Unklarheit über manche Punkte, das Verfahren der Vermarkung, die Thätigkeit der Geometer und die Kosten, zu erkennen gegeben habe, weshalb eine Besprechung mit einem Sachverständigen, wozu Steuerrath Kossak sich besonders qualifizire, rathsam erscheine.

Regierungs-Präsident Eschenburg hält es für zweifelhaft, ob der genannte Sachverständige ohne Weiteres von Hannover abkommen könne, bemerkt, die Sache eile nicht so sehr, da in diesem Jahre die spezielle Vermessung, mit welcher die Versteinung zu verbinden sei, noch nicht stattfinden werde, außerdem leuchte ihm der beabsichtigte Erfolg einer solchen Besprechung nicht ein.

Abg. Schemmel bemerkt zu letzterer Aeußerung: Zwischen der Vorlage und einem erst kurz vor zweiter Lesung eingetroffenen Schreiben des Steuerraths Kossak herrsche ein Widerspruch, letzteres stelle die Versteinung nicht als ein besonderes Stadium, sondern als mit der Spezialvermessung zusammenfallend dar, dabei werde es fraglich, welche Kosten der Grundeigenthümer und welche der Staat zu tragen habe, eine Besprechung mit dem genannten Sachverständigen sei deshalb erwünscht.

Regierungs-Präsident Eschenburg, dem das eingegangene Schreiben unbekannt ist, hält es für nothwendig, daß bei einer beabsichtigten Aenderung der Vorlage auch die Regierung sich schlüssig mache, was nicht in ein paar Tagen geschehen könne, und erklärt weiter, auch nach Ansicht der Regierung

solle die Vermarkung kein besonderes Stadium sein, sondern mit der Vermessung Hand in Hand gehen, natürlich bilde die Vermarkung einen selbständigen Akt, wobei die Frage, ob die Arbeit zur Vermessung oder zur Versteinung zu rechnen sei, gar nicht auftauchen könne.

Abg. Dr. von Lengerke: die Ansichten, in welcher Weise die Vermarkung zu beschaffen seien, gehen auseinander, zur Verringerung der Kosten diene sicherlich die aus freien Stücken vorgenommene Versteinung durch die Grundbesitzer, die Arbeit bei Spezialvermessung und Vermarkung könne nicht so ganz leicht auseinandergehalten werden, ein Hinausschieben der Erledigung der Vorlage sei nicht wünschenswerth.

Regierungs-Präsident Eschenburg erwidert, eine Aufforderung an die Grundbesitzer, die Grenzbezeichnungen vorzunehmen, könne erlassen werden, die Vermarkung müsse durch Geometer geschehen; über die beabsichtigten Veränderungen vermöge die Regierung sich nicht in ein paar Tagen schlüssig zu machen.

Abg. Gevekot ist ebenfalls der Ansicht, daß die Einigung der Grundeigenthümer über die Grenzen mit der Vermarkung Nichts zu thun habe, daß ferner, wenn eine Abänderung der Vorlage für nöthig gehalten werde, die Berathung und Beschlußfassung zu vertagen sei, nachdem der Ausschuß aus seiner Mitte der Regierung die intendirten Abänderungen mitgetheilt habe.

Abg. Pothmann bemerkt: die Vorlage sei nach zweiter Lesung im Ausschusse wieder über den Haufen geworfen, der Hauptpunkt betreffe die Kosten; einige Ausschußmitglieder beabsichtigen, die Kosten für den Geometer den Grundbesitzern abzunehmen und als Kosten der Landesvermessung hinzustellen. Abg. Schemmel erwidert hierauf: er habe schon in zweiter Lesung erklärt, daß ihm nach Kenntnißnahme des Schreibens des Steuerraths Kossak die Vorlage

bedenklich erscheine; er sei überzeugt, daß bei der unbestimmten Fassung des § 9 der Vorlage die Kosten den Grundeigenthümern zu schwer fallen; das, was von den Kosten der Vermarkung der Landesvermessung zu Gute komme, sei auch auf die Landkasse zu übernehmen, zunächst sei wol die Regierung von den beabsichtigten Aenderungen der Vorlage in Kenntniß zu setzen, worauf vielleicht eine Einigung auch ohne den Sachverständigen erzielt werde.

Regierungs-Präsident Eschenburg hält die geäußerten Bedenken für unbegründet, da eine Vermischung der Kosten für die Vermarkung und für die Landesvermessung nicht möglich sei, und weist darauf hin, daß es sich bei der gewünschten Zuziehung des Steuerraths Kossak nicht um Aufklärungen, sondern um Abänderungen der Vorlage handle, wobei auch die Regierung zu hören sei, was sich nicht in ein paar Tagen abmachen lasse.

Abg. Büxten empfiehlt, auf die Verringerung der Kosten hinzuwirken, einerlei, ob sie das Ganze oder einen Theil treffen, und hält eine Besprechung mit Steuerrath Kossak für wünschenswerth und nicht schwierig.

Abg. Schemmel bemerkt, daß es sich bei der Besprechung mit Steuerrath Kossak um Aufklärungen handle, und legt das Verfahren, wie es nach Ansicht des Ausschusses stattzufinden habe, und die dabei auftauchenden Unklarheiten der Versammlung dar.

In der sich hieran schließenden Debatte vertheidigt Abg. Pothmann den Standpunkt des Regierungs-Kommissarius, wonach die Vermarkungskosten mit den Vermessungskosten nicht zusammenfallen können; Abg. Körner hält es für das Beste, die dritte Lesung der Vorlage bis zum Herbst auszusetzen und die Grundbesitzer schon jetzt aufzufordern, ihre Grenzen im Laufe des Sommers klarzustellen; mit letzterem Modus erklärt sich Regierungs-Präsident Eschenburg einverstanden.

Der Vorsitzende bedauert, daß dem im Antrage geäußerten Wunsche regierungsseitig so lebhafter Widerspruch entgegengesetzt werde und das Gesetz nunmehr bis zum Herbst liegen bleiben werde, und hält es eigentlich für das Beste, wenn die Aufforderung der Grundbesitzer zur Grenzklarstellung, was nunmehr unmöglich sei, im Gesetz ausgesprochen werde, da sie sonst wirkungslos sein werde.

Abg. Gevekot schlägt nach längerer Debatte vor: die Berathung des Antrags bis zur dritten Lesung der Vorlage auszusetzen, was genehmigt wird.

Auf der Tagesordnung steht ferner die zweite Lesung der Vorlage, die Gehalte der Staatsbeamten betr., wozu der Finanz-Ausschuß die in der Anlage abgedruckten Anträge gestellt hat.

Zu Antrag Nr. I bemerkt Referent, Abg. Gevekot: ohne auf die Frage wegen Zweckmäßigkeit der Einführung eines Normaletats einzugehen, könne der Ausschuß es nicht als räthlich bezeichnen, jetzt, wo sich die Verhältnisse, wie sie nach Durchführung der Reform des Justiz- und Verwaltungswesens sich gestalten werden, noch nicht überblicken lassen, über diesen Punkt der Vorlage schlüssig zu werden.

Der auf Aussetzung der Beschlußfassung gerichtete Antrag findet ohne Debatte Genehmigung.

Zu Antrag Nr. II referirt Abg. Gevekot: die Erhöhung der Beamtengehalte sei absolut nothwendig; die Bestimmungen der Nr. 1 und 2 seien der Vorlage entnommen, Nr. 3 sei motivirt, weil man keine etatmäßige Stelle schaffen wolle, Nr. 4 sei konform mit einem früher geäußerten Wunsche des Landtags, auf Verringerung der etatmäßigen Stellen Bedacht zu nehmen; Nr. 5 sei lediglich als Gewährung von Dienstaufwandsentschädigung anzusehen, der Ausschuß halte es für billig, die Gehalte nach dem Dienstalter

zu bemessen und die Vorschläge en bloc anzunehmen, die Erhöhung der Gesammtsumme gegen früher belaufe sich auf 17,622 M., was ungefähr dem von der Regierung als nöthig erachteten Mehraufwande gleichkomme.

Abg. Büxten stellt den Antrag: „die Schlußabstimmung über die Feststellung der erhöhten Gehalte für die Staatsbeamten bis zum Abschluß der Domanialfrage auszusetzen" und führt zur Motivirung an: die Gehaltserhöhungen seien zwar nöthig und den Beamten zu gönnen, jedoch nicht vor Erledigung der Domanialfrage abzumachen, mit der sie deshalb, weil die Gewährung der Gehalte früher Sache des Landesherrn war, im engsten Zusammenhange stehen.

Abg. Neubourg bemerkt: die unter Nr. 1 aufgeführten Zivilvorsitzenden bei den Ersatz-Kommissionen bedürfen einer Dienstaufwandsentschädigung, da sie für Schreibhülfe 2c. Barauslagen haben und mindestens die Hälfte des früher Bezogenen hierzu verwandt sei, andernfalls würden die Zivilvorsitzenden das Amt, zu dessen Uebernahme sie nicht verpflichtet seien, niederlegen; wenn nach der Vorlage den Verwaltungsbeamten das Amt ohne Enschädigung auferlegt werde, so sei hierbei vorausgesetzt, daß denselben die nöthige Schreibhülfe zur Hand sei und unentgeltliche Uebernahme der Geschäfte dienstinstruktionsmäßig obliege.

Abg. Gevekot stellt mit dem Bemerken, es sei dem Ausschuß unbekannt geblieben, daß die Zivilvorsitzenden Barauslagen haben, den Antrag: „die Regierung zu ermächtigen, die baren Auslagen, welche von den Beamten für die Geschäfte als Zivilvorsitzende der Ersatz-Kommissionen aufgewandt werden, festzustellen und aus der Landkasse den Beamten zu vergüten."

Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt: er wolle in der Voraussetzung, daß die den Intentionen der Regierung zwar nicht völlig entsprechenden

Ausschußanträge Annahme finden, sich nur über den Antrag Büxten dahin äußern, daß die Regierung die gleichzeitige Erhöhung der Gehalte sämmtlicher Beamtenkategorien als erforderlich erklärt habe und bei der Konnexität beharre, was sie präzis genug zu erkennen gegeben habe; der Antrag Gevekot sei der Sachlage entsprechend.

Abg. Büxten äußert sich dahin, daß so bedeutende Gehaltserhöhungen nicht eher als bis die Domanialfrage festgestellt sei, zu gewähren seien, und er die Verbindung dieser Gehaltsfrage mit der Erhöhung der übrigen Gehalte nicht als gerechtfertigt anerkennen könne. Abg. Husemann giebt sein Einverständniß mit dem Abg. Büxten zu erkennen.

Der Vorsitzende hält den Antrag Büxten nicht für gerecht, da er die eine Klasse der Staatsbeamten gegen die übrigen zurücksetze, und auch nicht für politisch klug.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Büxten mit sämmtlichen Stimmen gegen die der Abgg. Büxten, Echterling, Grote, Husemann und Schmidt abgelehnt; der Ausschußantrag mit dem Amendement Gevekot findet Annahme.

Der der Vorlage entsprechende Antrag Nr. III wird auf Befürworten des Referenten als durch die Billigkeit geboten angenommen.

Abg. Dr. von Lengerke ist als Berichterstatter des Finanz-Ausschusses über eine Vorlage und einige Petitionen ernannt; Vicepräsident, Abg. Gevekot, übernimmt deshalb den Vorsitz.

Der Ausschuß beantragt: „auf die Mittheilung Fürstlichen Cabinets-Ministeriums vom 25. Januar d. J. zu erklären: 1. daß der Landtag zwar der beantragten Ermäßigung des von den zinspflichtigen Kolonen der Dorfschaften Niese und Köterberg an den Kornboden zu Falkenhagen nach einer für 1877 festgesetzten Redemtionstaxe, in Gelde zu zahlenden Betrages um

ein Viertel für dieses Mal in Anbetracht der dafür geltend gemachten langjährigen Praxis zustimmen wolle; 2. daß er jedoch diese Praxis selbst, namentlich in der Ausdehnung auf sämmtliche zinspflichtige Kolonen der gedachten Ortschaften, für bedenklich und daher in Zukunft die Abweisung solcher Gesuche für geboten erachte." Der Berichterstatter bemerkt: der Erlaß für dieses eine Mal sei geboten, weil die betr. Zinspflichtigen wol darauf rechnen, im Uebrigen sei es doch der etwaigen Konsequenzen wegen bedenklich, wenn die Staatskasse solche Ermäßigungen zugestehe, eventuell müssen jedoch wenigstens die Verhältnisse jedes Einzelnen der zu Entlastenden geprüft werden.

Abg. von Kerßenbrock ist gegen den Ausschußantrag, weil die Weggabe solcher der Landkasse gebürenden Einnahmen nicht zu billigen sei, und überdies die betr. Dorfschaften aus dem Falkenhagener Forste eine Gegenleistung beziehen, welche die von ihnen zu prästirende an Werth übersteige.

Abg. Husemann legt nochmals die Gründe dar, welche die Ermäßigung des Zinskornbetrages rechtfertigen.

Der Ausschußantrag findet Annahme.

Zu der Petition der Stadt Lemgo, die Rektifikation der Chaussee über den Riperberg betr., beantragt der Ausschuß: „die Eingabe der Staatsregierung zur Erwägung zu verstellen und den Magistrat der Stadt Lemgo hiervon zu benachrichtigen."

Berichterstatter, Abg. von Lengerke, begründet diesen Antrag damit, daß zwar die fragl. Chaussee Nachtheile und Unbequemlichkeiten habe, bei der Erschöpfung der Staatskasse jedoch Vorsicht bei Bewilligungen, welche dafür Abhülfe gewähren sollen, anzuwenden sei, und außerdem die Sachlage viel zu generell und noch nicht angegeben sei, was die Interessenten thun wollen, und

wie hoch die Kosten sich belaufen, daß übrigens der Ausschußantrag nunmehr auch auf die Petition des Amtsgemeinderaths Brake zu erstrecken sein werde.

Von den Abgg. Overbeck, Brand, Pothmann und Grote wird der herrschende Uebelstand und das Wünschenswerthe einer baldigen Rektifikation der fragl. Chausseestrecke hervorgehoben, jedoch im Allgemeinen der Ausschußantrag gebilligt. Bei der Abstimmung findet derselbe Annahme, womit die beiden Petitionen erledigt sind.

Zu der Petition der Witwe Kantors Wagener zu Horn wegen Pension beantragt der Finanz-Ausschuß: „In Erwägung, daß aus der Darstellung der Petentin nicht ersichtlich ist, daß sie die Entscheidung Fürstlichen Cabinets-Ministeriums angerufen hat, die Petentin auf diesen Weg zu verweisen."

Auf Befürworten des Referenten wird dieser Antrag ohne Debatte genehmigt.

Schließlich steht auf der heutigen Tagesordnung die dritte Lesung der Vorlage, das Auftreten des Kolorado-Käfers betr.

Hierzu liegt folgender, von den Abgg. von Lengerke und Gen. unterzeichneter Antrag vor: der Landtag wolle beschließen: „in der Erwartung, daß Fürstliche Staatsregierung für den Fall des Auftretens des Kolorado-Käfers die zu seiner Vertilgung wirksamsten Maßregeln sofort und mit aller Energie ergreifen wird, lehnt der Landtag den vorgelegten Gesetzentwurf ab."

Die Abgg. von Kerßenbrock und Schemmel befürworten bei der Generalbesprechung diesen Antrag, Regierungs-Präsident Eschenburg erklärt, daß er gegen denselben Nichts zu erinnern habe, unter der Voraussetzung, daß die von der Regierung in der Vorlage zu erkennen gegebenen Maßregeln vorläufig gebilligt werden.

Abg. von Lengerke bemerkt hierzu: daß, was die Vernichtung des Käfers

betreffe, die Maßregeln der Vorlage seitens der Antragsteller Billigung finden.

Abg. Gevekot hebt den Unterschied hervor, daß nach der Vorlage gar keine Entschädigung gezahlt werden solle, während bei Annahme des Antrags auf Grundlage der allgemeinen Regeln die Polizeibehörde entschädigen müsse.

Der Antrag wird bei der Abstimmung abgelehnt.

Die in zweiter Lesung beschlossene Fassung der Einleitung giebt den Abgg. Brand und von Lengerke Gelegenheit, sich gegen die Kreirung eines Gesetzes für so kurze Zeitdauer auszusprechen, Abg. Schemmel beantragt Streichung der Worte „für die Dauer des laufenden Jahrs." Nach Ablehnung dieses Antrags wird der Eingang in der aus zweiter Lesung hervorgegangenen Formulirung angenommen.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Sitzung bis morgen früh 10 Uhr vertagt. Außer diesem Gegenstande werden auf die Tagesordnung gesetzt:

1. Bericht des Domanial-Ausschusses,
2. Ankauf eines Hauses für die Land- und Leihekasse,
3. dritte Lesung des Versteinungsgesetzes und Erledigung des heutigen Antrages.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: Preuß.

Beilage zum Landtagsprotokolle Nr. 29 vom 15. Februar 1878.

Vorschläge des Finanz-Ausschusses zur Proposition, die Gehalte der Staatsbeamten betreffend.

Der Landtag wolle beschließen:

I. Die Beschlußfassung über den Normaletat für die Staatsbeamten bis zu dem Zeitpunkte auszusetzen, in welchem die bevorstehende Reform im Justiz- und Verwaltungswesen berathen wird.

II. Vom 1. Juli dieses Jahres an für die in dem anliegenden Verzeichnisse aufgeführten Beamtenstellen die in der zweiten Columne ausgeworfenen Gehalte und bezw. Remunerationen unter folgenden Modalitäten zu bewilligen:

1. Die bisherigen Vergütungen
   a. für den Vorsitz im Consistorium,
   b. für den Vorsitz in der Leihekasse- und der Unterstützungs-Commission,
   c. für den Vorsitz in der Cataster- und der Ablösungs-Commission,
   d. für die Geschäfte des zweiten Mitgliedes der Ablösungs-Commission,
   e. für die Direction der Strafanstalten,
   f. für die Geschäfte der Civilvorsitzenden bei den Ersatz-Commissionen,

werden in die Gehalte der mit diesen Geschäften betrauten Beamten eingerechnet, so lange nicht eine andere Einrichtung dieserhalb getroffen wird.

2. Desgleichen wird, so lange das betreffende Verhältniß dauert, dem

Renommten der Landkasse die Vergütung für die Rechnungsführung der Brandkasse, den übrigen Beamten der Gehalt für die etwa mit besorgten Hebungsgeschäfte der Landrentei ganz (mit Ausnahme der dafür gewährten Dienstwohnung), die Vergütung für die Rechnungsführung der Gemeindekassen nach der Durchschnittsaufkunft der letzten drei Jahre zur Hälfte auf den etatsmäßigen Gehalt angerechnet.

3. Die sub I 7 der Anlage für den Regierungs-Assessor ausgeworfene Summe von 2400 M. gilt nur als Remuneration und wird nur für das laufende Jahr bewilligt.

4. Die Staatsregierung wird ersucht, die vacante fünfte Rathsstelle am Obergerichte nicht wieder zu besetzen und wird ermächtigt, von den für diesen Posten ausgeworfenen 3600 M., so lange derselbe unbesetzt bleibt, jährlich 1500 M. unter die Mitglieder des Obergerichts als Vergütung für die erhöhte Arbeit zu vertheilen.

5. Dem achten Beamten (V 8 der Anlage) wird außer dem Gehalte zu 3900 M. für die Besorgung der Geschäfte am Stadtgerichte zu Barntrup als Dienstaufwands-Entschädigung jährlich die Summe von 150 M. gewährt.

III. Vom 1. Juli d. J. an den Auditoren nach bestandenem zweiten Examen, welche im Staatsdienste beschäftigt werden, eine jährliche, von der Staatsregierung festzustellende Remuneration im Betrage von 750—1000 M. zu bewilligen, falls dieselben nicht schon für anderweitige Dienstleistungen eine entsprechende Vergütung aus Staatsmitteln beziehen.

Detmold, den 11. Februar 1878.

Der Finanz-Ausschuß des Landtages.

v. Lengerke. M. Gevekot. Büxten mit Vorbehalt. v. Kerßenbrock.
Overbeck. Husemann a. V. E. Brand.

Anlage A.

	Bisherige Gehaltssätze.	Zukünftige Gehaltssätze.	Davon entfallen auf die Land-	Rentei-Kasse.	Amtsgem.	Bemerkungen.
	M.	M.	M.	M.	M.	
I. Cabinets-Ministerium und Regierung:						
1. Cabinets-Vorstand und Reg.-Präsident	7500	7500	7500	—	—	excl. freier Wohnung.
2. erster Reg.-Rath (Meyer)	5400	6000	6000	—	—	
3. zweiter Reg.-Rath (Rohdewald)	5190	5700	5700	—	—	
4. dritter Reg.-Rath (Steneberg)	4650	5100	5100	—	—	
5. Medicinal-Referent (Kirchner)	600	900	900	—	—	
6. Technischer Referent (Overbeck)	900	900	900	—	—	
7. Reg.-Assessor (Dreves)	1800	2400	2400	—	—	
8. Reg.-Secretair (Ulrich)	2940	3200	3200	—	—	
9. Calculator (Neumann)	1725	1800	1800	—	—	
10. erster Registrator (Varenholz)	1725	1800	1800	—	—	
11. zweiter Registrator (Schmidt)	1350	1600	1600	—	—	
12. Cabinets-Expedient (Fischer)	1725	2100	2100	—	—	
13. erst. Reg.-Exped. (Emmighausen)	1950	1950	1950	—	—	
14. zweiter Reg.-Expedient (Solveen)	1080	1200	1200	—	—	
15. Cabinets- u. Reg.-Pedell (Funke)	1252	1252	1252	—	—	
II. Verwaltung der Landkasse:						
1. Rendant derselben (Hasse)	2940	3090	3090	—	—	bezieht 510 M aus der Brandkasse.
III. Bau-Verwaltung:						
1. erster Landbaumeister (Overbeck)	3600	3600	3600	—	—	
2. zweiter Landbaumeister (Hermann)	3600	3600	3600	—	—	
IV. Obergericht:						
1. erster Rath (Preuß)	4800	5100	5100	—	—	
2. zweiter Rath (Cäsar)	4500	5100	5100	—	—	
3. dritter Rath (Piderit)	4200	5100	5100	—	—	
4. vierter Rath (Wasserfall)	3900	4200	4200	—	—	
Transp.	67327	73192	73192	—	—	

	Bisherige Gehaltssätze.	Zukünftige Gehaltssätze.	Davon entfallen auf die Land-Kasse.	Rentei-Kasse.	Amtsgem.	Bemerkungen.
	M.	M.	M.	M.	M.	
Transp.	67327	73192	73192	—	—	
IV. Obergericht:						
5. fünfter Rath (unbesetzt)	3900	3600	3600	—	—	
6. sechster Rath (Overbeck)	3300	3900	3900	—	—	
7. Dirigentenzulage	—	900	900	—	—	
8. Secretair (Ludolph)	2820	3000	3000	—	—	
9. erster Expedient (Berkemeier)	1620	1800	1800	—	—	
10. zweiter Expedient (Niermann)	1440	1500	1500	—	—	
11. dritter Expedient (Meyer)	1080	1400	1400	—	—	
12. erster Pedell (Bax)	1350	1350	1350	—	—	
13. zweiter Pedell (Lesemann)	1200	1200	1200	—	—	
V. Untere Justiz- und Verwaltungs-Behörden:						
1. erst. Beamter (Neubourg. Horn)	3780	4200	4200	—	—	excl. fr. Wohn.
2. zweiter „ (v. Meien)	3450	4200	4200	—	—	Desgl.
3. dritter „ (Holzapfel)	3330	3600	3600	—	—	Desgl.
4. vierter „ (Neubourg. Detm.)	3450	4200	4200	—	—	Desgl.
5. fünfter „ (Piderit)	3300	3900	3900	—	—	Desgl.
6. sechster „ (Böhmer)	3480	3900	3900	—	—	Desgl.
7. siebenter „ (Ernst)	3450	3900	3900	—	—	Desgl.
8. achter „ (Sprütten)	3300 + 150	3900 + 150	4050	—	—	Desgl.
9. neunter „ (Führer)	3000	3600	3600	—	—	Desgl.
10. zehnter „ (Heldman)	3000	3600	3600	—	—	Desgl.
11. elfter „ (Brandes)	900	1200	1200	—	—	ohne fr. Wohn.
12. zwölfter „ (Nieländer)	3000	3600	3600	—	—	neben fr. Wohn.
13. dreizehnter Beamter (Eberhardt)	2850	3300	3300	—	—	ohne fr. Wohn.
14. vierzehnter „ (Melm)	2250	3000	2545	—	455	
15. fünfzehnter „ (Cordemann)	1710 [600]	3000	2216	600	184	
Transp.	128437	145092	143853	600	639	

	Bisherige Gehaltssätze.	Zukünftige Gehaltssätze.	Davon entfallen auf die Landes-Rentei-Kasse.		Amtsgem.	Bemerkungen.
	M.	M.	M.	M.	M.	
Transp.	128437	145092	143853	600	639	
V. Untere Justiz- und Verwaltungs-Behörden:						
16. sechszehnter Beamter (Sterzenbach)	2550	3000	3000	—	—	
17. siebenzehnter „ (Rosen)	2700	3300	3300	—	—	
18. achtzehnter „ (Kirchhof)	1410 [690]	2700	1764,50	690	245,50	
19. neunzehnter „ (Busse)	1650 [720]	2700	1807	720	173	
20. zwanzigster „ (Clemen)	2100	2700	2700	—	—	
21. einundzwanzigster Beamter (Pustkuchen)	2100	2400	2144,50	—	255,50	
=	140947	161892	158569	2010	1313	
			140947			
			= 17622	mehr gegen früher.		

№ 30.

Geschehen Detmold am Landtage den 16. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete mit Ausnahme des Abg. Asemissen, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom 14. d. M. wird sofort die dritte Lesung der Vorlage, das Auftreten des Kolorado-Käfers betr., wieder aufgenommen.

Die §§ 1 bis 5 werden in der Fassung der zweiten Lesung genehmigt.

Zu § 6 stellt Abg. Husemann und Gen. den Antrag: dem zweiten Absatze folgende Fassung zu geben: „Ein Anspruch auf Entschädigung aus der Staatskasse steht den Eigenthümern der betr. Grundstücke (nur insoweit zu, als dieselben den Nachweis zu liefern vermögen, daß ihnen durch die Desinfektions- und Vernichtungsmaßregeln Verluste entstanden sind) mit der Beschränkung, daß die Entschädigung für die Scheffelsat höchstens 30 M. betragen soll. Die Gesammtsumme, welche für dieses Jahr zu Entschädigungen aus der Staatskasse verwandt werden darf, soll 10,000 M. nicht übersteigen, welche unter die Beschädigten nach Maßgabe ihres Verlustes prozentweise repartirt werden soll.

Die Abgg. Husemann, Grote und Büxten empfehlen diesen Antrag als billig und entgegenkommend; Abg. von Kerßenbrock hält eventuell Zubilligung einer Entschädigung für durchaus nothwendig, spricht sich aber zunächst gegen das ganze Gesetz aus, ebenso Abg. Dr. von Lengerke, welcher ein Eingreifen

der Polizeibehörde eintretenden Falls für genügend erachtet. Abg. Pothmann beantragt Wiederherstellung der Vorlage. Auf Veranlassung des Abg. Schemmel werden die eingeklammerten Worte des Antrags Husemann zurückgezogen.

Bei der Abstimmung findet nach Ablehnung der Fassung zweiter Lesung der Antrag Husemann Annahme, wodurch der Antrag Pothmann erledigt ist.

Im Uebrigen werden keine Veränderungen beschlossen.

Bei der Gesammtabstimmung, welche eine namentliche ist, stimmen mit Ja die Abgg. Büxten, Echterling, Gevekot, Grote, Husemann, Schmidt und Sprütten, mit Nein die Abgg. Brand, Corbach, Döpping, v. Kerßenbrock, Körner, v. Lengerke, Neubourg, Obermeier, Overbeck, Pothmann, Rhodovi und Schemmel, das Gesetz ist also mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht weiter der Bericht des Domanial-Ausschusses. Letzterer hat den in Anlage 1 abgedruckten Antrag eingebracht.

Als Berichterstatter nimmt zunächst Abg. Sprütten das Wort und legt der Versammlung den Gang der bisherigen Verhandlungen in dieser Angelegenheit anschaulich dar, bezüglich der jetzigen Vorlage bemerkt derselbe: das jetzige Anerbieten wegen der aus dem Domanium zu zahlenden Rente möge der Landtag annehmen, da dieselbe etwa den billigen Ansprüchen des Landes entspreche und das Kammervermögen zur Zeit nicht mehr aufzubringen vermöge. Der Ausschuß könne jedoch nicht empfehlen, auf die Bedingungen, so wie sie gestellt, einzugehen. Die Bedingung unter Nr. 1 sei inakzeptabel, denn der Landtag könne gegen etwaige Angriffe des 68er Abkommens (z. B. durch die Presse) nicht einstehen, eine Majorität bei der Abstimmung nicht von vornherein sichern und für Beschlüsse späterer Landtage nicht gutheißen. Die Bedingung Nr. 2 erscheine als vollständig unverfänglich. Wegen der dritten Bedingung verweise er auf die bereits gefaßten Beschlüsse wegen der

Beamtengehalte und wegen der Verhandlungen mit der Krone Preußen in Betreff eines Landgerichts. Er empfehle den Ausschußantrag zur Annahme.

Abg. Büxten und Gen. stellen den als Anlage 2 abgedruckten Antrag. Abg. Büxten motivirt denselben: es sei gerecht, einen höheren Zuschuß aus dem Domanium zu verlangen, wenn man auf die ursprünglich auf jenem ruhenden Verpflichtungen zurückgehe. 1868 sei eine Abrechnung zwischen den Kassen erfolgt, keine Auseinandersetzung über das Domanium, zu der die Landesvertretung gar nicht einmal berechtigt erscheine. Er habe erwartet, daß wenn auch die Rechtsbeständigkeit des 1868er Abkommens von der Majorität des Landtags anerkannt werde, man doch dem erhöhten Bedürfnisse Rechnung trage. Die erhöhten Mehrausgaben für die Beamtengehalte seien zu 30,000 M. anzurechnen, dann restiren noch die 45,000 M. betragende Schädigung des Landes durch jenes Abkommen, welche die vom Landesherrn berufene Kommission herausgerechnet habe. Sein Antrag enthalte ein rechtliches, billiges Verlangen. Das Steigen der Rente sei dem Lande zu garantiren, dessen Fortexistenz dadurch gesicherter erscheine. Durch Annahme seines Antrags werde dem Lande der Friede erhalten, dieser sei auf Recht und Gerechtigkeit zu basiren, zu große Nachgiebigkeit führe zu Absolutismus und Unfrieden. Das Domanium vermöge die von ihm geforderte Rente aufzubringen. Man möge nicht Alles aus der Hand geben und wenigstens das, was sein Antrag gewähre, festhalten.

Abg. Husemann giebt an, daß das Domanium in den Jahren 1869 bis 75 durchschnittlich einen höheren Ueberschuß als 30,000 M. geliefert habe, welcher noch höher gewesen sein würde, wenn die Forstverwaltung anders gewirthschaftet hätte, diese habe aber auf einen niedrigen Ertrag des Waldes hingearbeitet, die Einkünfte aus den Domainen würde noch steigen, so würde

bei Einzelverpachtung von Domänen und besserer Verwerthung von Grundstücken, wie z. B. der in der Nähe Detmolds belegenen, der Ertrag bedeutend erhöht werden können. Die Landrenteikasse könne ohne Beschwer den im Antrage Büxten geforderten Zuschuß leisten.

Regierungs-Präsident Eschenburg hebt hervor, daß er das Domanium nicht zu vertreten habe und sich deshalb über die Anführungen der beiden Vorredner nicht auslassen werde, daß jedoch die Angaben der Kammeralbehörden über die Erträgnisse anders lauten. Zu den Ausschußvorschlägen wolle er bemerken, daß in Nr. 1 der Ausdruck „für die Dauer dieser Verhältnisse" klar zu stellen sei, daß es sich ferner nicht um einen Gesetzentwurf oder um eine von der Regierung vorgelegte Proposition handle, sondern um Modifikation eines früher abgeschlossenen Vertrags. 1868 sei ein Uebereinkommen getroffen, welches in seinen Wirkungen nach außen allerdings legis vicem habe, bei der jetzigen Abänderung sei derselbe Weg wie 1868 einzuschlagen, mit Rücksicht auf die seitdem veränderten Ressortverhältnisse. Nach der Nr. 3 des Antrags werde der als solcher bezeichnete Gesetzentwurf wol auch bis zum Herbst ausstehen müssen. Er werde die Beschlüsse des Landtags pflichtgemäß Sr. Durchlaucht dem Fürsten überbringen.

Abg. Gevekot erwidert hierauf: der Ausschuß könne, da dem Landtage die Macht fehle, zukünftige Landesvertretungen durch seine Beschlüsse zu binden, auf die Bedingung Nr. 1 nicht eingehen, der Landtag könne nur erklären, daß er „für die jetzigen Verhältnisse und deren Dauer" sich befriedigt erachte. Bei gänzlich veränderten Verhältnissen, z. B. bei ungeheurer Belastung der Landkasse und unerwartetem Steigen der Domanialeinkünfte, dürfte doch nicht ein etwaiges Gesuch an den Landesherrn abgeschnitten sein. Der Ausschuß betrachte sämmtliche Mittheilungen des Cabinets-Ministeriums als Propositionen

und so auch diese. Durch diese Vorlage und ein Eingehen darauf werden bestehende Gesetze abgeändert, besonders durch Nr. 2. Der Ausschuß vindizire dem in der Gesetzsammlung publizirten 68er Abkommen Gesetzeskraft und, was legis vicem habe, sei selbst Gesetz. Ueber die Erklärungen brauche deshalb der Landtag nur einmal zu votiren, über die Gesetzentwürfe müsse dreimal abgestimmt werden.

Regierungs-Präsident Eschenburg: seine Aeußerungen haben sich nur auf das 68er Abkommen, nicht auf das Gesetz von 1869 bezogen. Nicht die Uebereinkunft werde durch die Publikation Gesetz, sondern nur die daraus resultirenden Folgen gewinnen die Eigenschaften eines Gesetzes. Ein Vertrag könne nur durch einen Vertrag aufgehoben oder modifizirt werden.

Abg. Gevekot: der Ausschuß glaube korrekt zu handeln; es sei kontravers, ob ein solcher Vertrag zwischen dem Träger einer Krone und einer Landesvertretung möglich sei. 1868 sei das Uebereinkommen als Verordnung publizirt, und in der Gesetzsammlung seien viele Gesetze als Verordnung bezeichnet. Andere Motive habe der Ausschuß nicht gehabt.

Abg. Overbeck entgegnet auf eine Bemerkung des Regierungs-Präsidenten Eschenburg: der Ausschuß wolle nicht die Beschlußfassung bis zum Herbste aussetzen sondern wünsche, daß die Erklärungen als genügend angesehen werden und die anderweite Vereinbarung schon jetzt ins Leben trete. Redner beantragt weiter: am Schlusse der Nr. 1 hinter „geben" einzuschalten: „auch geeignete Entwürfe über eine Aenderung der Vereinbarung vom 24. Juni 1868 und bezw. des Gesetzes vom 10. Febr. 1869 dem Landtage vorlegen zu wollen."

Der Vorsitzende bemerkt: die Stellung des Cabinets-Ministeriums zu dieser Vorlage sei wol Manchem nicht recht klar geworden; wenn dasselbe

nur Uebermittler sei, hätte dies in dem Schreiben vom 27. Dezember v. J. angedeutet werden müssen; er habe dies nicht so aufgefaßt. Die Form als „Gesetzentwürfe" erkläre sich hieraus.

Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt dagegen: er habe stets gesagt, die Regierung vertrete das Domanium nicht, deshalb sei auch voriges Jahr nicht ein Gesetzentwurf, sondern eine Uebereinkunft vorgelegt. Daß das Cabinets-Ministerium diese Uebereinkunft übermittle, sei wegen der Ressortverhältnisse nicht anders möglich.

Abg. Gevekot bemerkt zu dem Antrage Overbeck: der Ausschuß habe die Entwürfe gleich mit vorgelegt, weil er hoffte, daß Sr. Durchlaucht das Anerbieten annehmen und sofort ins Leben treten lassen werde; trotz des Antrages Overbeck müsse man über die Nr. II und III abstimmen.

Regierungs-Präsident Eschenburg erwidert hierauf: die Uebereinkunft könne nicht sofort ins Leben treten, da erst im Herbste die Bedingungen sämmtlich ihre Erledigung finden; ob interimistisch bis dahin die Rente gezahlt werde, sei der Entschließung des Durchlauchtigsten Fürsten zu überlassen; den Antrag Overbeck empfehle er zur Annahme.

Abg. Dr. von Lengerke hält es unter allen Umständen für angemessen, anzunehmen, daß das Uebereinkommen schon jetzt vom Landesherrn genehmigt werde, weshalb über Nr. II und III abzustimmen sei, er beantragt: in Nr. II zu sagen: „die nachstehenden Entwürfe" und ebendaselbst unter Nr. 1 „Entwurf wegen Abänderung 2c."

Abg. Overbeck setzt auf Veranlassung des Abg. Gevekot seinem Antrage hinzu „falls nicht die nachstehenden Entwürfe Genehmigung finden."

Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen, daß die beiden Entwürfe noch eine dritte Lesung zu passiren haben werden, wird die Debatte geschlossen.

Ueber Antrag Büxten wird namentlich abgestimmt. Derselbe wird mit sämmtlichen Stimmen gegen die der Abgg. Büxten, Echterling, Grote, Husemann und Schmidt abgelehnt.

Die Amendements zu den Ausschußanträgen finden Genehmigung und werden hiernächst die Letzteren mit den Amendements angenommen und zwar mit 14 gegen 5 Stimmen.

Auf der heutigen Tagesordnung steht ferner die Berathung der Vorlage wegen Ankaufs des Hauses in der Externstraße Quartier B Nr. 72 für die Geschäftslokale der Landkasse und der Leihekasse.

Nach Vorlesung des Schreibens und Auskunftertheilung des Regierungs-Präsidenten Eschenburg auf verschiedene Anfragen des Vorsitzenden beantragt Letzterer, dem Kontrakte die Zustimmung zu ertheilen und die Ausschußdeputirten zu ermächtigen, die für die Einrichtung des angekauften Hauses nöthigen Ausgaben ebenfalls aus den Mitteln der Landessparkasse zu bewilligen. Dieser Antrag wird ohne Debatte zum Beschlusse erhoben.

Als letzter Gegenstand steht die dritte Lesung des Vermarkungsgesetzes auf der Tagesordnung.

Dazu liegt folgender, von dem Abg. von Lengerke und Gen. unterzeichneter Antrag vor: „der Landtag wolle beschließen: 1. die dritte Lesung des Gesetzentwurfs, die Vermarkung der Grundstücke ꝛc. betr., bis zum Wiederzusammentritt des Landtags nach der Vertagung auszusetzen; 2. die Staatsregierung aufzufordern, daß sie inzwischen in geeignetem Wege und unter Hinweis auf die im Falle der Nichtausführung muthmaßlich höheren Kosten die Eigenthümer solcher Grundstücke, deren Grenzen noch nicht festgestellt bezw. vermarkt sind, zur Ausführung dieser Maßregel veranlasse."

Der Vorsitzende befürwortet diesen Antrag, obschon die Aussetzung bis

zum Herbste wegen der bevorstehenden zahlreichen Berathungsgegenstände unbequem sei, mit dem Hinweis auf die gestrige Debatte. Derselbe wird darauf angenommen.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf Dienstag den 19. d. M. morgens 10 Uhr angesetzt. Auf der Tagesordnung steht:

1. dritte Lesung der Entwürfe zu der Domanialvorlage;
2. Erledigung von Petitionen und
3. eventuell die Vorlage wegen authentischer Interpretation des § 3 des Brandversicherungsgesetzes.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben

von Leugerke.

Zur Begl.: Preuß.

Anlage 1 zum Landtagsprotokoll vom 16. Februar 1878.

Vorschläge des Domanial-Ausschusses.

Der Landtag wolle zu der Proposition, die Abänderung der Vereinbarung über die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte betr., vom 27. Decbr. 1877 beschließen:

I. Die in Aussicht gestellte Erhöhung der Domanialrente von 15000 auf 45000 bezw. 60000 M. unbeschadet der beiderseitigen Rechtszuständigkeiten für den Fall des Aufhörens der Souverainität des Fürstlichen Hauses im hiesigen Fürstenthume dankbar zu acceptiren, dabei aber bezüglich der daran geknüpften Bedingungen zu erklären:

Zu 1. Daß der Landtag die proponirte Erhöhung der Rente unter den obwaltenden Verhältnissen für den billigen Ansprüchen des Landes genügend erachtet, durch deren Annahme zu erkennen giebt, daß er für die Dauer dieser Verhältnisse auf erneute Anforderungen an das Fürstliche Domanium verzichtet, damit aber auch die in der Proposition sub 1 gestellte Bedingung als erledigt ansehen darf;

Zu 2. Daß er mit der in Vorschlag gebrachten Abänderung des § 4 des Gesetzes wegen Verwaltung des Fürstlichen Hausfideicommisses vom 10. Febr. 1869 einverstanden ist;

Zu 3. Daß zwar der Landtag schon jetzt die demnächstige Einführung eines Normaletats für die Gehalte der Staatsbeamten als nothwendig und den Sitz eines Landgerichts im Fürstenthume als den Interessen des Landes

im höchsten Maße förderlich und als ein gemeinsam von der Staatsregierung und der Landesvertretung anzustrebendes Ziel erachtet; daß jedoch die sub 3 in der Proposition gestellten Bedingungen nach der Ueberzeugung des Landtages ihre definitive Erledigung erst in dem Zeitpunkte finden können, in welchem der Landtag über die zu vollziehende Reform im Justiz- und Verwaltungswesen des Landes Beschluß zu fassen hat; daß er demgemäß Fürstliches Cabinets-Ministerium ersucht, im Falle der Durchlauchtigste Fürst auf Grund der vorstehenden Erklärungen des Landtages die Ausführung des gnädigsten Anerbietens nicht schon jetzt belieben sollte, die Genehmigung Höchstdesselben zur Aussetzung der Beschlußfassung über die sub 3 in der Proposition gedachten Bedingungen bis zu jenem Zeitpunkte erwirken und von der allerhöchsten Entschließung dem Landtage baldthunlichst Kenntniß geben zu wollen.

II. Die nachstehenden Gesetzentwürfe zu genehmigen:

1. Gesetzentwurf wegen Abänderung des § 4 der Verordnung vom 24. Juni 1868, die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte betr., vom . . . . . .

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, regierender Fürst zur Lippe ꝛc. ꝛc. verordnen unter Zustimmung des Landtages was folgt:

§ 1.

Anstatt der nach § 4 e der Verordnung vom 24. Juni 1868, die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte betr., bisher vergleichsweise auf das Domanium übernommen, aus der Landrenteicasse an die Landcasse jährlich gezahlten Rente von 5000 Thlrn. wird vom 1. Jan. 1878 an eine jährliche Rente von 45000 M., vorbehältlich der im § 2 gedachten eventuellen Erhöhung, aus der Landrenteicasse an die Landcasse abgeführt.

§ 2.

Für den Fall, daß die aus den Domanialeinkünften zur Zeit gewährten Apanagen sich verringern sollten, wird die Rente während dieser Zeit um den entsprechenden Betrag und, wenn der entfallende Apanagenbetrag soweit reicht, bis auf 60,000 Mark jährlich erhöht.

Gegeben Detmold den . . . . . .

2. Gesetzentwurf wegen Abänderung des § 4 des Gesetzes vom 10. Febr. 1869, betreffend die nähere Bestimmung der Voraussetzungen, unter welchen Veränderungen in der Substanz des Fürstlichen Hausfideicommisses oder die Belastung desselben mit Schulden zulässig sind, vom . . . . . .

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar,** regierender Fürst zur Lippe ꝛc. ꝛc., verordnen mit Zustimmung des Landtags was folgt.

Einziger Paragraph.

Der Schlußsatz des § 4 des Gesetzes zur näheren Bestimmung der Voraussetzungen, unter welchen ꝛc. ꝛc. vom 10. Febr. 1869, wörtlich lautend

„In den sub c bis f erwähnten Fällen soll jedoch der Werth des zu veräußernden Gegenstandes die Summe von 1000 Thlrn., geschr. Eintausend Thalern nicht übersteigen,

wird aufgehoben.

Gegeben Detmold den . . . . . .

Detmold den 8. Februar 1878.

Der Domanial-Ausschuß.

v. Lengerke. M. Gevekot. Overbeck. F. Sprütten.
W. Büxten mit Vorbehalt.

Anlage 2 zum Landtagsprotokoll vom 16. Februar 1878.

Antrag zu den Vorschlägen des Domanial-Ausschusses.

In Erwägung, daß

1. das für das Land so nachtheilige Domanialabkommen der Rechtsgültigkeit entbehrt, das frühere Verhältniß, nach welchem die Regierungskosten aus der Landrenteikasse zu bestreiten waren, noch fortbestehen müßte;

2. die in der Proposition vom 27. Dezember v. J. in Aussicht gestellte Erhöhung der Domanialrente aber nur 10,000 Thlr. = 30,000 M. beträgt, mit welcher Summe nicht einmal die seit dem Abkommen bereits vollzogenen und noch bevorstehenden Gehaltserhöhungen der Staatsbeamten bestritten werden kann;

3. dann aber noch die von Sr. Durchlaucht dem Fürsten in Aussicht gestellte Vergütung der dem Lande durch das Domanialabkommen zugefügte Benachtheiligung zu decken bleibt, welche nach Ermittelung der eingesetzten Commission im einfachen Jahresbetrage 15,000 Thlr. und unter Hinzurechnung des Zinsbetrages für das seit dem Abkommen bis jetzt angewachsene Capital jährlich ca. 20,000 Thlr. betragen würde;

4. dieser Betrag also den in Aussicht gestellten 10,000 Thlr. noch zugelegt werden muß, wenn den rechtlichen Verpflichtungen gegen das Land nur einigermaßen Rechnung getragen werden soll;

5. bei rationeller Ausnutzung des Domanialvermögens die Erträgnisse desselben auch sehr gut ausreichen, den obigen Zuschuß zu leisten, ohne daß

die bisherigen Bedürfnisse des Fürstlichen Hauses eingeschränkt zu werden brauchen, wolle der Landtag beschließen:

die Erwartung auszusprechen, daß der gebotene Zuschuß mindestens gleich verdoppelt und dann nach den steigenden Erträgnissen des Domanialvermögens der Zuschuß ebenfalls erhöht werde, damit das Land auf diese Art Aussicht habe, für die bis jetzt erlittenen großen Nachtheile einen wenn auch nicht vollen, so doch annähernden Ersatz zu erlangen.

Büxten. Husemann. Schmidt.
Echterling. D. Grote.

№ 31.

Geschehen Detmold am Landtage den 19. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten.

Nach Vorlesung und Genehmigung der Protokolle vom 15. und 16. d. M. theilt der Vorsitzende mit, daß Abg. Sprütten durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert sei, und bringt hierauf folgende Eingänge zur Kenntniß der Versammlung:

1. einen Antrag wegen Vertagung des Landtages;

2. eine Interpellation der Abgg. von Lengerke, Körner und Gevekot, die Verhandlung mit Preußen wegen des Landgerichts betr.;

3. einen Antrag des Abg. Büxten, die Kosten der Bekanntmachungen im Amtsblatt betr.

4. Anträge des Petitions-Ausschusses und

5. Entwurf einer authentischen Interpretation des § 3 des Brandversicherungsgesetzes.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung der vom Finanz-Ausschusse beantragten beiden Entwürfe zu der Domanialvorlage. Dieselben werden vom Landtage unverändert und ohne Debatte genehmigt.

Es folgt sodann die Erledigung von Petitionen.

Zu der Vorstellung mehrer Bewohner des Amts Lage vom $^{3}/_{22}$. Januar, Gewährung eines Zuschusses zu der Einquartierungsvergütung betr., proponirt der Petitions-Ausschuß: „In Erwägung, daß nach § 4 des Reichsgesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 und der Instruktion dazu vom 2. September 1875 die Verpflichtung der Quartiergeber zur Verabreichung der Naturalverpflegung sich nur auf die auf Märschen befindlichen Mannschaften, nicht auch auf Truppen in Kantonnements, wie bei den Regimentsübungen, sich erstreckt, vielmehr in diesen Fällen eine Verpflegung nur auf Grund einer vorherigen Vereinbarung unter Mitwirkung der Zivilbehörde gefordert werden kann, wo alsdann das Maß der Vergütung von den der Militairbehörde reglementsmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln abhängt; mithin ein Grund nicht vorliegt, zu einer solchen vereinbarten, wenn auch ungenügenden Vergütung einen Zuschuß aus Landesmitteln zu befürworten: über die Vorstellung zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem Referent Abg. Neubourg diesen Antrag motivirt, findet derselbe ohne Debatte Annahme.

Zu einer Petition des Ziegelmeisters Fr. Schmidt zu Oberschönhagen stellt der Ausschuß folgenden Antrag: „In Erwägung, daß die Frage, ob nach dem Reichsgesetze über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 der Ortsarmenverband des Amts Detmold zur Erstattung der vom Petenten dem verstorbenen hülfsbedürftigen Fr. Möller gewährten Unterstützung verpflichtet sei, in dem gesetzlichen Instanzenzuge noch nicht scheint erledigt zu sein, andernfalls aber, wenn dieser Weg nicht betreten werden sollte oder konnte, es sich lediglich um solche für einen Hülfsbedürftigen in der Erwartung der Erstattung von den zu dessen Alimentation verpflichteten Angehörigen geleistete Auslagen handeln würde: sieht der Landtag sich nicht veranlaßt, näher auf die Sache einzugehen."

Dieser Antrag wird, nachdem er vom Abg. Neubourg als Referenten erläutert, ohne Debatte zum Beschlusse erhoben.

Zu einer Petition der Dorfschaft Holzhausen wegen Einrichtung eines besonderen Wahllokals beantragt der Ausschuß, über die Vorstellung in Erwägung, daß von den Petenten zunächst der Weg der Vorstellung an Fürstliche Regierung und an Fürstliches Cabinets-Ministerium zu beschreiten ist, zur Tagesordnung überzugehen.

Referent, Abg. Dr. von Lengerke, für welchen der Vice-Präsident den Vorsitz übernimmt, befürwortet kurz den Antrag, welcher ohne Weiteres genehmigt wird.

Bei Prüfung der Wahl des Abg. Pothmann war ein für ungültig erklärter Wahlzettel auf liniirtem Papier dem Petitions-Ausschusse zur Erwägung, ob dieserhalb eine Aenderung des Wahlreglements sich empfehle, überwiesen worden. Der Ausschuß proponirt nunmehr: „Fürstliche Staatsregierung zu ersuchen, im Wege öffentlicher Bekanntmachung auf die genaue Beachtung der

Vorschriften der §§ 15 und 19 des Wahlreglements vom 29. Juni 1876, nach welchen die Stimmzettel von weißem Papier und ohne äußeres Kennzeichen sein müssen, und namentlich dabei auf den Umstand hinzuweisen, daß mit äußerlich erkennbaren Linien durchzogenes Papier für die Benutzung zu Stimmzetteln sich nicht eignet.

Abg. Dr. von Lengerke referirt: der Ausschuß habe von dem Vorschlage einer Abänderung des Wahlreglements Abstand genommen, da dieses mit dem für die Reichstagswahlen konform bleiben müsse, halte es aber für angemessen, auf die Untauglichkeit derartigen Papiers öffentlich aufmerksam machen zu lassen.

Der obige Antrag wird debattelos genehmigt.

Ferner steht auf der heutigen Tagesordnung die Berathung des inzwischen vorgelegten und in der Anlage zu diesem Protokolle abgedruckten Entwurfs einer authentischen Interpretation des § 3 des Gesetzes vom 26. April 1877, die Brandversicherungsanstalt für das Fürstenthum Lippe betr.

In der ersten Lesung sprechen sich die Abgg. von Kerßenbrock, Grote, von Lengerke und Husemann dafür aus, daß man statt „authentischer Interpretation" „Abänderung" sage, da thatsächlich eine Abänderung des Gesetzes intendirt werde; Abg. Dr. von Lengerke sucht unter Hinweis auf Autoritäten die Unzulässigkeit einer authentischen Interpretation für vorliegenden Fall darzuthun.

Abg. Overbeck entwickelt seine Ansicht dahin, daß bei divergirenden Ansichten der gesetzgebenden Faktoren die authentische Interpretation am Platze sei.

Abg. Büxten spricht sich für Annahme der authentischen Interpretation aus, da sie eine Verbesserung des Gesetzes herbeiführe.

Die Versammlung beschließt, die zweite Lesung sofort folgen zu lassen.

In der Spezialberathung stellen die Abgg. von Lengerke, Husemann und Döpping den Antrag: in der Ueberschrift zu setzen: „Nachtrag zu dem Gesetze vom ꝛc." und in den Eingangsworten statt „Zweifel" „Bedenken" und statt „authentische Interpretation" „näheren Bestimmungen" zu sagen.

Abg. Gevekot erklärt, daß er mit der Auffassung des Abg. Overbeck übereinstimme.

Bei der Abstimmung wird vorstehender Antrag angenommen.

Zu Nr. 1 beantragt Abg. von Kerßenbrock, hinter „geschieht" die Worte „und ohne Anwendung von leicht entzündlichen Chemikalien und Präparaten" einzuschalten.

Abg. Husemann spricht sich gegen diesen Antrag aus. Bei der Abstimmung wird derselbe abgelehnt und Nr. 1 unverändert genehmigt.

Zu Nr. 2 stellt Abg. von Kerßenbrock den Antrag, hinter „beschäftigt werden" die Worte „ohne daß ein besonderer Trockenraum vorhanden ist" aufzunehmen.

Abg. Echterling, welcher sich bei dieser Gelegenheit gegen die ganze Vorlage ausspricht, hält das Amendement für unmotivirt, da bei der Tabacksfabrikation Trockenräume durchaus erforderlich seien. Abg. Pothmann bestätigt das Letztere. Nach Ablehnung des von Kerßenbrock'schen Antrags wird Nr. 2 genehmigt.

Abg. von Kerßenbrock spricht sich gegen Nr. 3 aus, da Destillationen sehr feuergefährlich seien. Abg. Husemann weis. darauf hin, daß Destillationen durch § 3 des Gesetzes gar nicht ausgeschlossen seien. Nr. 3 wird unverändert genehmigt. Nr. 4 ebenso.

Hiermit ist die zweite Lesung beendet.

Die Versammlung setzt nunmehr den als dringlich bezeichneten Antrag der Abgg. von Lengerke, Gevekot und von Kerßenbrock wegen der Vertagung des Landtags nachträglich auf die heutige Tagesordnung.

Der Antrag lautet: der Landtag wolle beschließen: „In der zuversichtlichen Erwartung, daß zugleich mit den vom Landtage genehmigten Steuergesetzentwürfen der Gesetzentwurf über die Gehaltsaufbesserung der Elementarlehrer in seiner jetzt festgestellten Fassung, derjenige über die Einführung des Normaletats für das Gymnasium zu Detmold, sowie die für die übrigen Staatsbeamten bewilligten Gehaltserhöhungen und die den Elementarlehrern für den Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Juli d. J. zugesprochenen Entschädigungen die Allerhöchste Sanktion erhalten und zur Ausführung kommen, setzt der Landtag für jetzt die Berathung und Beschlußfassung über die vorgelegten und noch nicht erledigten Gesetzentwürfe aus und ersucht Fürstliches Cabinets-Ministerium, sich mit der Vertagung der Sitzungen bis zu dem Zeitpunkte einverstanden zu erklären, in welchem die Vorschläge für die Neuorganisation der Verwaltungs- und Justizverhältnisse zur Vorlage gelangen können, und diese Vorlagen im Interesse einer gründlichen Berathung und des für die Ausführung der Vorbereitungsmaßregeln erforderlichen Zeitraums thunlichst zu beschleunigen.

Nachdem Abg. Dr. von Lengerke den Antrag kurz befürwortet, wird derselbe genehmigt.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die Sitzung wird geschlossen, nachdem die nächste Sitzung auf morgen nachmittags 5 Uhr zur Berathung der dritten Lesung der Vorlage zu § 3 des Brandversicherungsgesetzes, des Antrags Büxten wegen der Insertionskosten

des Amtsblatts und zur Erledigung einer Petition des Schulvorstands zu Lage anberaumt worden ist.

So gesch., vorg., gen. und unterschrieben.

von Lengerke

Zur Begl.: Preuß.

Dem Landtage wird hierneben gewünschtermaßen der Entwurf zu der in Antrag gebrachten authentischen Interpretation bezüglich des § 3 des Gesetzes vom 26. April v. J., die Brandversicherungs-Anstalt betreffend, in wörtlicher Fassung zur weiteren Beschlußfassung vorgelegt.

Detmold, den 15. Februar 1878.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.

Eschenburg.

Authentische Interpretation des § 3b des Gesetzes vom 26. April 1877, die Brandversicherungs-Anstalt für das Fürstenthum Lippe betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir Günther Friedrich Woldemar ꝛc.

erlassen zu § 3b des Gesetzes vom 26. April 1877, die Brandversicherungs-Anstalt für das Fürstenthum Lippe betreffend, behuf Beseitigung der hinsichtlich des Ausschlusses einzelner gewerblichen Etablissements und Fabriken von der Versicherung entstandenen Zweifel mit Zustimmung des Landtages nachstehende authentische Interpretation:

1. Zu den wegen ihrer Feuergefährlichkeit von der Versicherung auszuschließenden Färbereien sind diejenigen nicht zu rechnen, zu deren Betriebe keine Dampfmaschinen gebraucht werden, in welcher vielmehr das Waschen und Kochen der Garne und Zeuge, sowie das Auflösen der Farben auf die in den gewöhnlichen kleineren Färbereien hergebrachte Weise, theils auf kaltem Wege, theils in Kesseln mit darunter liegender Feuerung geschieht.

2. Unter Tabacks- und Cigarren-Fabriken sind nur solche größere Geschäfte zu verstehen, in denen dieser Zweig der Industrie in besonders dazu eingerichteten Räumlichkeiten in umfangreicher und kaufmännisch geregelter Weise betrieben wird.

Die Gebäude, in denen nur wenige Personen mit der Verarbeitung von Taback und der Anfertigung von Cigarren beschäftigt werden, in denen dies Geschäft also nur als Hausindustrie betrieben wird, sind demnach von der Versicherung nicht auszuschließen.

3. Zu den wegen ihrer Feuergefährlichkeit von der Versicherung ausgeschlossenen Rectifications-Anstalten gehören nicht Destillationen, in welchen aus Spiritus mittelst Zusatzes von Wasser ꝛc. weniger brennbare Flüssigkeiten fabricirt werden.

4. Gerbereien, Druckereien, Stein- und Thonwaaren-Fabriken und Bleichereien sind nur dann als besonders feuergefährlich von der Versicherung auszuschließen, wenn sie mit Benutzung von Dampfkraft und sonstigen feuergefährlichen Vorrichtungen, oder mit Anwendung von leichtentzündlichen chemikalischen Stoffen und Präparaten betrieben werden.

Detmold, den . . . . .

№ 32.

Geschehen Detmold am Landtage den 20. Februar 1878.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete mit Ausnahme der Abgg. Asemissen und Sprütten, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage werden als Eingänge bekannt gemacht:

1, Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, die Genehmigung zur Vertagung des Landtags betr.

2, Eine Interpellation der Abgg. Döpping, Husemann und Grote, den Bau der Eisenbahn betr.

Der Regierungs-Kommissarius erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Dieselbe lautet: „Ist der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft nunmehr die Konzession zum Bau und Betriebe der Eisenbahn von Herford nach Detmold ertheilt und steht eine baldige Inangriffnahme des Baues mit Sicherheit zu erwarten?"

Nachdem Abg. Döpping zur Begründung der Interpellation auf die mehrfach umlaufenden divergirenden Gerüchte wegen der Eisenbahn hingewiesen hat, bemerkt Regierungs-Präsident Eschenburg: Die Konzession zum Bau der Bahn sei noch nicht ertheilt, weil noch Verhandlungen im Gange seien, übrigens befinde sich die lippische Regierung mit der preußischen in Harmonie wegen aller in Betracht kommenden Fragen.

In der sich hieran schließenden Besprechung fragt Abg. Dr. von Lengerke an, ob ein Wiederzusammentreten des Landtags wegen dieser Frage in nächster Zeit zu erwarten sei, worauf regierungsseitig erwidert wird, daß dies höchst wahrscheinlich wegen der zu ertheilenden Genehmigung des abzuschließenden Staatsvertrages der Fall sein werde.

Die Bedenken der Abgg. von Lengerke und Grote, ob vielleicht das Gerücht, daß die Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft absichtlich den Bau zu verzögern suche, begründet sein möge, sucht Regierungs-Präsident Eschenburg durch die Angabe, daß bisher die betr. Gesellschaft keinerlei Schwierigkeit gemacht habe, zu beseitigen.

Die Interpellation ist hiermit erledigt.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage zu § 3 des Brandversicherungsgesetzes.

Zur Einleitung beantragt Abg. Gevekot Wiederherstellung der Vorlage.

Regierungs-Präsident Eschenburg befürwortet diesen Antrag und bemerkt: Nur die Vorlage sei korrekt, diese enthalte keine Abänderung des Gesetzes, welche die Regierung auch durchaus nicht intendirt habe. Eine authentische Interpellation sei gerade im vorliegenden Falle am Platze, da über die Tragweite der Wortfassung Zweifel herrsche, und bereits bei Erlaß des Gesetzes die Absicht vorgelegen habe, das Gesetz so, wie jetzt in der Vorlage proponirt, auszuführen.

Abg. Dr. von Lengerke: er sei als Jurist entgegengesetzter Ansicht in Beziehung auf die Zulässigkeit einer authentischen Interpellation für vorliegenden Fall; die Vorlage enthalte eine Abänderung des Gesetzes und erscheine die in zweiter Lesung beschlossene Bezeichnung als „Nachtrag zum Gesetze pp." als unverfänglich und harmlos.

Nachdem Abg. für die Zulässigkeit und Nothwendigkeit einer authentischen

Interpellation sich ausgesprochen hat, wohingegen Abg. von Kerßenbrock in der Vorlage eine Gesetzesänderung erblicken zu müssen glaubt, spricht der Regierungs-Kommissarius nochmals für die Wiederherstellung der Vorlage, während Abg. Echterling seine Ansicht dahin abgiebt, daß durch eine solche Interpellation das Gesetz noch unklarer werde, da das Kriterium, wonach die Feuergefährlichkeit zu bestimmen sei, nicht geboten werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Gevekot abgelehnt.

Die Nr. 1, 2, 3 und 4 werden unverändert genehmigt, ebenso die ganze Vorlage in Form zweiter Lesung bei der Gesammtabstimmung.

Abg. Brand bringt folgende Interpellation ein: „Ist es der Regierung bekannt, daß bei Bewilligung der Pension für die Wittwe Vögler aus Belle eine Verwechslung stattgefunden, indem der Lehrer Vögler aus Belle schon am 21. Januar 1875 verstorben ist, weshalb nur die Wittwe Vögler aus Brakelsiek, deren Mann im Anfang Mai 1877 verstorben ist, gemeint sein kann?"

Nachdem Regierungs-Präsident Eschenburg sich zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt hat, wird ein Eingehen auf die Interpellation beschlossen.

Abg. Brand weist darauf hin, daß der Landtag nur aus Billigkeitsrücksichten die Pension bewilligt habe und dieser Grund treffe nicht bei der Witwe Vögler zu, deren Mann bereits im Januar 1875 gestorben sei, hiernach könne nur die Witwe Lehrers Vögeler zu Brakelsiek gemeint sein.

Regierungs-Präsident Eschenburg erwidert: die Petentin habe in ihrer Bittschrift wegen Pensionsbewilligung gesagt, ihr Mann sei im Mai v. J. gestorben, des Wohnorts des Mannes derselben entsinne er sich zwar nicht mehr, allein es habe stets nur diejenige Witwe Vögler, deren Mann im Mai 1877 verstorben, bedacht werden sollen, und dies werde er bewerkstelligen.

Abg. Gevekot beantragt, damit die Regierung der Absicht der Zuwendung entsprechen könne, dieselbe zu ermächtigen, die bewilligte Pension derje-

nigen Witwe Vögler zu Theil werden zu lassen, deren Mann im Mai v. J. mit Tode abgegangen.

Mit Annahme dieses Antrags ist die Interpellation erledigt.

Es ist eine weitere Interpellation der Abgg. von Lengerke, Körner, Gevekot folgenden Inhalts eingegangen: „Ist von Fürstlicher Staatsregierung der Beschluß des Landtages vom 2. Febr. d. J., das künftige Landgericht betr. in Erwägung gezogen und sind zur Ausführung desselben Verhandlungen mit der Krone Preußen eröffnet worden?"

Zur Begründung der Interpellation, zu deren sofortigen Beantwortung sich der Regierungs-Kommissarius bereit erklärt, weist Abg. Gevekot darauf hin, daß bei dem damaligen Beschlusse der Wunsch nach baldigen Mittheilungen geäußert sei.

Regierungs-Präsident Eschenburg: bisher sei noch nicht eine Geneigtheit der Preußischen Regierung zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts im hiesigen Lande konstatirt worden, und der Durchlauchtigste Fürst behalte, sich seine Entschließung vor, bis dies konstatirt worden.

Abg. Dr. von Lengerke verliest den stenographischen Bericht über die betr. Sitzung des Preußischen Herrenhauses und bemerkt: nach solchen Aeußerungen eines Preußischen Regierungs-Kommissars in öffentlicher Sitzung werde sich muthmaßlich die Bereitwilligkeit der preußischen Regierung herausstellen, wenn eine Anfrage im Sinne des damaligen Antrags seitens der hiesigen Regierung gestellt werde.

Die Interpellation ist hiermit erledigt.

Weiter steht der in der Anlage abgedruckte Antrag Büxten wegen der Insertionsgebühr für amtliche Bekanntmachungen zur Berathung.

Antragsteller hebt hervor, daß die Insertionskosten oft nicht im Verhältniß zu dem Objekte stehen, und man jetzt, wo das Amtsblatt von der politischen Zeitung getrennt sei, die Preise möglichst herabsetzen müsse.

Regierungs-Präsident Eschenburg entgegnet: Bei Einrichtung des Amtsblattes habe die Regierung sich bei allen benachbarten Regierungen nach den Preisen erkundigt und hiernächst einen sehr günstigen Vertrag mit dem Drucker abgeschlossen; wenn Bekanntmachungen für kleine Objekte viel kosten, so sei damit noch nicht gesagt, daß die Gebühren überhaupt herabgesetzt werden müssen.

Nachdem Abg. Büxten hervorgehoben, daß es sich um Fixirung des Preises im Interesse des Publikums handle, und Abg. Grote bestätigt hat, daß das Publikum vielfach den Preis für zu hoch halte, wird die Abstimmung vorgenommen, wobei der Antrag Büxten Annahme findet.

Schließlich steht noch auf der Tagesordnung der Bericht des Petitionsausschusses zu der Eingabe des Schulvorstandes zu Lage, die Beibehaltung des Rechnenbuchs von Kranke für die Bürgerschule daselbst betr. Der Ausschuß beantragt: „In Erwägung, daß der Landtag sich nicht berufen erachtet, über den Werth und Inhalt von Schullehrbüchern ein Urtheil abzugeben, daß daher auf das in der Eingabe enthaltene Gesuch nicht eingegangen werden kann, in fernerer Erwägung aber, daß zwar die Einführung des Kranke'schen Rechnenbuchs ohne Konsens der oberen Schulbehörde erfolgt ist, daß aber die sofortige Abschaffung desselben für alle Klassen nicht unerhebliche Unkosten für die Eltern der die Schule besuchenden Kinder mit sich führt, daher eine allmälige, in den unteren Klassen beginnende Ersetzung durch das von der obern Schulbehörde vorgeschriebene Buch der Billigkeit entspricht, beschließt der Landtag, das Gesuch in diesem Sinne der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen."

Referent, Abg. Dr. von Leugerke motivirt den Ausschußantrag und hebt besonders hervor, der Schulvorstand habe zwar gefehlt, aber der Thatsache, daß das Kranke'sche Buch angeschafft sei, verdiene aus Billigkeitsrücksichten Rechnung getragen zu werden.

Abg. Echterling weist darauf hin, daß das Erscheinen des von der obern Schulbehörde vorgeschriebenen Buchs über ein Jahr habe auf sich warten lassen, und empfiehlt den Ausschußantrag, der nur der Billigkeit entspreche. Derselbe wird hierauf genehmigt.

Vor Schluß der Sitzung ergreift Regierungs-Präsident Eschenburg das Wort: Obschon ihm der Beschluß des Landtags wegen des Domaniums noch nicht mitgetheilt sei, habe er Sr. Durchlaucht doch sofort über den Beschluß vorgetragen, worauf ihm Sr. Durchlaucht zur Ertheilung folgender Antwort ermächtigt habe. Derselbe verliest hiernächst das in der Anlage abgedruckte Schreiben.

Nachdem die Abgg. von Lengerke, Gevekot, von Kerßenbrock, Overbeck und Schemmel ihrer Befriedigung über den Inhalt dieses Schreibens Ausdruck gegeben, wird die heutige Sitzung geschlossen.

Der Landtag ist somit bis zu seiner Wiedereinberufung vertagt.

So gesch., vorg., gen. u. unterschrieben.

M. Gevekot.

Zur Begl.: **Preuß.**

Anlage 1 zum Protokoll vom 20. Februar 1878.

Antrag,

die amtlichen Bekanntmachungen im Amtsbl. betr.

Vor Umänderung des frühern Reg.- u. Anzeigeblattes kosteten die amtlichen Bekanntmachungen pr. Zeile quer über die ganze Seite 15 damalige = 12 jetzige Pfennige.

Seit Umänderung des Blattes unter dem Cab.-Ministerium v. Flottwell kosten die Anzeigen pr. gespaltene Zeile 15 jetzige Pf., also 3 Pf. mehr.

Außer diesem um drei Pfennige höhern Preise pr. Zeile kommt aber noch in Betracht, daß die damalige Zeile durchschnittlich 21 Silben enthielt, wogegen die jetzige Zeile durchschnittlich nur 14 Silben zählt, wonach sie gegen früher nur 8 Pf. kosten dürfte.

Da nun die jetzigen bedeutenden Insertionskosten im Vergleiche zu den der Bekanntmachung unterliegenden oft unbedeutenden Objekten in keinem Verhältniß stehen, so daß öfters — z. B. bei geringen Ablösungen — die Kosten der Bekanntmachung die Höhe des betr. Ablösungsbetrags fast erreichen, so sehe ich mich, durch mehrseitige Aufforderung, zu dem Antrage veranlaßt,

der Landtag wolle beschließen:

Fürstl. Regierung ist zu ersuchen, anzuordnen oder die Einrichtung zu treffen, daß die der Insertionsgebühr unterliegenden amtlichen Bekanntmachungen zu einem möglichst billigen Preise gedruckt werden.

Detmold, 19. Fbr. 1878.

W. Büxten.

Anl. 2 zum Prot. vom 20. Febr. 1878. Eing. d. 23. Febr. 1878.

Dem Landtage wird auf das Schreiben vom $^{19}/_{22}$. d. M. die Abänderung der Vereinbarung über die Trennung des Staatshaushalts vom Domanialhaushalte vom 24. Juni 1868 betreffend, Folgendes erwidert:

Der Durchlauchtigste Fürst wollen darauf gnädigst vertrauen, daß die Voraussetzungen, unter denen Höchstdieselben die Erhöhung der nach dem Domanialvertrage vom Jahre 1868 aus Fürstlicher Landrentei an die Landkasse jährlich zu zahlenden Rente von 15000 *M.* auf 45000 *M.* bezw.

60000 ℳ vom 1. Januar 1878 ab huldvollst zugesichert haben, auch in den Punkten, hinsichtlich deren der Landtag seine Beschlußfassung bis dahin auszusetzen wünscht, daß über die zu vollziehende Reform im Justiz- und Verwaltungswesen Beschluß gefaßt worden, ihre befriedigende Erledigung finden werden, und haben deßhalb zu befehlen geruht, daß die erhöhte Rente im Betrage von 45000 ℳ schon für laufendes Jahr in vierteljährlichen Raten aus Fürstlicher Landrentei postnumerando an die Landkasse abgeführt werde.

Der Durchlauchtigste Fürst wollen Sich aber für den Fall, daß die in dem disseitigen Schreiben vom 27. December v. J. unter Nr. 3 bezüglich der Gehaltsfeststellung für die Staatsbeamten und bezüglich des hiesigen Landgerichtes gestellte Bedingung nicht in Erfüllung gehen sollte, die weitere Entschließung wegen Fortzahlung der erhöhten Rente vorbehalten; und muß daher die definitive Regelung dieser Angelegenheit bis dahin ausstehen, daß der Landtag sich wegen der ausgesetzten Punkte schlüssig gemacht haben wird.

Zu der betreffenden Zeit soll alsdann dem Landtage ein entsprechender Entwurf des wegen der Abänderung der Vereinbarung über die Trennung des Staatshaushaltes vom Domanialhaushalte von 1868 zu treffenden Uebereinkommens und des Gesetzes wegen Abänderung des § 4 des Gesetzes vom 10. Februar 1869, die Veränderungen in der Substanz des Fürstlichen Hausfideicommisses pp. betreffend, vorgelegt werden.

Detmold, den 23. Februar 1878.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

№ 33.

Geschehen Detmold am Landtage den 19. Juni 1878.

Gegenwärtig: sämmtliche Abgeordnete ohne den Abg. Dr. von Lengerke, als neu gewählt Abg. Moritz von Lage, als landesherrlicher Kommissarius Regierungs-Präsident Eschenburg.

An Stelle des durch eine Badereise verhinderten Dr. jur. von Lengerke eröffnet der Vice-Präsident, Abg. Gevekot, die heutige Sitzung des wieder zusammenberufenen Landtags. Vor Eintritt in die Berathung weist der Vorsitzende darauf hin, daß das jüngste Attentat auf das Oberhaupt des Deutschen Reichs hier wol Veranlassung gebe, diese Mordthat öffentlich zu brandmarken und das gütige Geschick, welches das Leben Seiner Majestät des Kaisers bewahrt, zu preisen. Mit dem Wunsche, daß die Erkenntniß eines vorhandenen Krebsschadens unserer sozialen Zustände gute Früchte bringen und das Deutsche Reich neu gestärkt aus der Krisis hervorgehen möge, daß ferner das hartgetroffene Oberhaupt des Reichs durch den tausendfachen Wiederhall, in dem sich der Abscheu vor den geplanten Mordversuchen ausgesprochen, und durch das Vertrauen auf das Deutsche Volk getröstet werde und nach hoffentlich baldiger Genesung sich noch lange der Liebe des Deutschen Volks erfreue, fordert der Vorsitzende die Versammlung auf, sich von den Sitzen zu erheben, um von diesem Gefühle und diesem Wunsche Zeugniß abzulegen.

Die Versammlung erhebt sich hierauf von den Sitzen.

Regierungs-Präsident Eschenburg spricht die Hoffnung aus, daß die abscheuliche That gegen Se. Majestät in ihren Folgen zum Besten des Reichs ausschlage und das Zusammengehen und die Uebereinstimmung zwischen den Regierungen und den Volksvertretungen fördere.

Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung vom 20. Februar d. J. vorgelesen und genehmigt worden, bringt der Vorsitzende die Eingänge zur Kenntniß der Versammlung. Es sind dies:

1) Die Proposition, den zwischen der hiesigen und der Königlich Preußischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag wegen Anlage einer Eisenbahn von Herford nach Detmold betr.

2) Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums, die Wahl des Abg. Moritz betr., nebst den Wahlakten.

3) Ein Antrag des Abg. Büxten, die Verwendung von Lippern bei Anstellung des Eisenbahnpersonals betr.

4) Eine Erklärung des Abg. Husemann und Gen., die Ersatzwahlen für den verstorbenen Abg. Hausmann für den Reichstag und den Landtag betr., die diesem Protokoll angefügt ist, Anlage 1.

5) Eine Interpellation des Abg. Overbeck und Gen., die Errichtung des Landgerichts betr.

6) Ein Antrag des Abg. Overbeck und Gen., die Absendung einer Adresse an Se. Majestät den Kaiser betr.

Nachdem die Tagesordnung festgestellt, wird zunächst die 4. Wahlabtheilung mit Prüfung der Wahl des Abg. Moritz beauftragt und dieser Abg. selbst der 6. Abtheilung überwiesen.

Sodann gelangt der als dringlich erklärte und angenommene Antrag Overbeck zur Berathung; derselbe lautet: Der Landtag wolle beschließen: In

Veranlassung des auf Seine Majestät den Kaiser stattgefundenen Attentats eine Beileids- und Glückwunsch-Adresse an Allerhöchstdenselben zu erlassen und zu diesem Zweck eine Kommission von fünf Mitgliedern zu ernennen.

Abg. Overbeck befürwortet seinen Antrag. Abg. Husemann schlägt vor, die Mitglieder der Kommission durch Akklamation zu wählen, und zwar die Abgg. Gevekot, Overbeck, Büxten, von Kerßenbrock und Körner. Da Niemand Widerspruch erhebt, wird der Antrag Husemann angenommen.

Hiernächst gelangt die Proposition, Nr. 1 der Eingänge, zur Berathung. Der Vorsitzende bemerkt, daß die Vorlage nur eine einmalige Lesung durchzumachen habe.

Regierungs-Präsident Eschenburg weist darauf hin, daß die Regierung nicht in der Lage gewesen, Neues zu schaffen, vielmehr gezwungen sei, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen, zu Aufklärungen sei er gern bereit.

Bei der Specialberathung werden die Artikel I bis XI debattelos genehmigt. Zu Art. XII fragt Abg. Schemmel an, ob das Pauschquantum für Aufsicht wegfalle, wenn die Bahn dermaleinst eine preußische Staatsbahn werde, was regierungsseitig bejaht wird. Die Art. XIII und XIV werden ebenfalls angenommen.

Zu Art. XV macht Regierungs-Präsident Eschenburg darauf aufmerksam, daß hierin eine außerordentliche und anerkennenswerthe Konzession der Köln-Mindener E.-G. liege, da nach dem früheren Vertrage der Beitrag für alle Fälle unrückforderbar sein sollte, und giebt dem Abg. Gevekot einige Aufklärungen, worauf auch dieser seine Befriedigung über die Aufnahme des Art. XV ausspricht.

Zu Art. XVI hebt der Regierungsvertreter hervor, daß darin kein Verzicht der diesseitigen Regierung liege, da nach eingeholtem Gutachten Rechtsverständiger die Regierung keinerlei Anspruch auf die durch Lippe in Preußen bestellte und demnächst verfallene Kaution habe, daß die Bestimmung vielmehr nur auf Wunsch der preußischen Regierung aufgenommen sei, um etwaige später auftauchende Differenzen von vornherein zu beseitigen.

Hiernächst wird bei Gesammtabstimmung der abgeschlossene Staatsvertrag genehmigt.

Der Antrag Büxten, Nr. 3 der Eingänge, soll nach Angabe des Antragstellers nur dazu dienen, die Regiernng an einen früheren Beschluß des Landtags zu erinnern.

Regierungs-Präsident Eschenburg bemerkt, daß er auf Grund des früheren Beschlusses (Seite 106 der L. V. von 1876|7) mit der K.-M. E.-G. sich in Einvernehmen gesetzt habe und diese, wenn tüchtige Kräfte im hiesigen Lande vorhanden seien, etwaige Meldungen gern berücksichtigen werde.

Auf Veranlassung des Abg. Sprütten zieht Abg. Büxten seinen Antrag zurück.

Nunmehr gelangt die Interpellation des Abg. Overbeck und Gen., in der Anlage 2 abgedruckt, zur Verlesung und, da Regierungs-Präsident Eschenburg zur sofortigen Beantwortung bereit ist, zur Berathung.

Abg. Overbeck weist auf die bereits in der Interpellation ausgesprochenen Motive und darauf hin, daß in dem Wunsch, über die Landgerichtsfrage etwas Näheres zu erfahren, kein ungerechtfertigtes Drängen auf die Staatsregierung liege und liegen solle.

Regierungs-Präsident Eschenburg erwidert: es seien mittlerweile eifrige Verhandlungen mit Preußen gepflogen, worüber er jedoch, da solche noch

nicht abgeschlossen seien, Mittheilungen zu machen nicht in der Lage sich befinde; der Erfolg derselben lasse sich noch nicht übersehen.

Hiermit ist die Interpellation erledigt.

Da die Tagesordnung erledigt ist, wird die heutige Sitzung geschlossen und die nächste auf heute Nachmittag 4 Uhr angesetzt, worin der Bericht der Commission zur Entwerfung einer Adresse an Se. Majestät den Kaiser und der Bericht der Kommission über die Wahl des Abg. Moritz entgegengenommen werden sollen.

So gesch., vorg., gen. u. unterschrieben.

M. Gevekot.

Zur Begl.: **Preuß.**

№ 34.

Geschehen Detmold am Landtage den 19. Juni 1878 nachmittags.

Gegenwärtig: sämmtliche Abgeordnete mit Ausnahme des Abg. Dr. von Lengerke.

In der heutigen Nachmittagssitzung tritt die Versammlung sofort in die Tagesordnung ein.

Zunächst wird der von dem Ausschusse ausgearbeitete, dem Protokoll angefügte Entwurf einer Adresse an Se. Majestät den Kaiser verlesen und angenommen.

Sodann berichtet Abg. Pothmann namens der 4. Wahlabtheilung über die Wahl des Abg. Moritz dahin: die Wahl sei nicht zu beanstanden, obwol kleine Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, so sei der Kandidat nicht genau bestimmt, und besonders in Tintrup und Sabbenhausen nur 2 Beisitzer zugezogen gewesen, auch der Stand der Beisitzer nicht überall angegeben. Selbst wenn diese Unregelmäßigkeiten berücksichtigt worden seien, werde dadurch das Resultat der Wahl nicht berührt. Die Kommission beantrage Gültigkeitserklärung der Wahl.

Auf Antrag des Abg. Büxten soll die Regierung ersucht werden, in Zukunft auf Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften bezüglich der Beisitzer hinwirken zu wollen.

Die Wahl des Abg. Moritz wird hierauf für gültig erklärt.

Vor seiner Verpflichtung giebt Abg. Moritz dieselbe Erklärung ab, wie es die Abgg. Hausmann u. Gen. und letzthin Abg. Husemann gethan, und leistet hiernächst den vorgeschriebenen Abgeordneteneid.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung damit, daß er im Einvernehmen mit Fürstlichem Cabinets-Ministerium den Landtag für wiederum vertagt erklärt.

So gesch., vorg., gen. u. unterschrieben.

M. Gevekot.

Zur Begl.: **Preuß.**

Anlage 1 zum Protokoll vom 19. Juni 1878.

Eing. am Landtage den 19. Juni 1878.

An Hohen Landtag!

Die unterzeichneten Mitglieder des Landtags finden sich veranlaßt, folgende Erklärung hiermit abzugeben:

Die Wiedereinberufung des Landtags auf den heutigen Tag ist erklärtermaßen nur zu dem Zwecke geschehen, um über den zwischen der hiesigen und der Königl. Preußischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag wegen einer Eisenbahn von Herford nach Detmold vom 7ten dieses Monats zu berathen. —

Aus diesem Grunde sehen die Unterzeichneten von einer Interpellation des Fürstl. Cabinets-Ministeriums resp. Stellung von Anträgen hinsichtlich der stattgefundenen Verschleppung der Ersatzwahl eines Reichstagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Reichstagsabg. Hausmann, sowie des gegen das lippische Wahlgesetz verstoßenden zu spät anberaumten Termins einer Ersatzwahl an Stelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten Hausmann für heute ab mit dem Vorbehalte, bei einem späteren Zusammentritt des Landtags eine Discussion über eben beregte Wahlangelegenheiten zu veranlassen.

Detmold, 19. Juni 1878.

F. Schmidt. C. Husemann. Echterling.
D. Grote. Bürten.

Anlage 2 zum Protokoll vom 19. Juni 1878.

Interpellation.

In Erwägung, daß nach Zeitungsmittheilungen zwischen der Fürstl. Lippischen Staatsregierung einerseits und der Königl. Preußischen Staatsregierung andererseits wegen der Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts kürzlich Verhandlungen stattgefunden haben;

in Erwägung, daß die künftige Gestaltung unserer Gerichtsverhältnisse, und insbesondere die künftige Gestaltung des Landgerichts, faßt alle Theile der Bevölkerung lebhaft interessirt;

in Erwägung, daß auch der Landtag bereits mehrfach Gelegenheit genommen hat, auf diesen Gegenstand näher einzugehen und dadurch ebenfalls sein Interesse dafür an den Tag gelegt hat:

gelangt an Fürstliche Staatsregierung die ergebenste Anfrage:

1., ob jene Mittheilungen begründet sind? und eventuell

2., zu welchem Ziele die gepflogenen Verhandlungen geführt haben?

Overbeck.
Pothmann.
v. Kerßenbrock.